

**Die andere Front: Pressepolitik in den US-
Kriegen des 20. Jahrhunderts**

**Inauguraldissertation zur Erlangung des
Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät der Universität zu
Köln**

vorgelegt von

Andreas Elter
Saarbrücker Str. 5
51107 Köln

Köln, April 2003

Danksagung

Angeregt wurde diese Dissertation durch den verstorbenen Leiter der Anglo-Amerikanischen Abteilung der Universität zu Köln, Prof. Jürgen Heideking. Unmittelbar nach Abschluss meines Studiums im Jahre 1996 kamen Prof. Heideking und ich in mehreren Gesprächen gemeinsam zu der Auffassung, dass bei der Untersuchung US-amerikanischer Kriege des 20. Jahrhunderts häufig ein ganz entscheidender Aspekt fehlte: Nämlich eine übergreifende Analyse der Pressepolitik, die vor allem die Bedeutung der Medienlenkung im Krieg herausarbeitet. Auf dieser Grundlage entstand überhaupt erst mein Entschluss, eine entsprechende Dissertation vorzulegen. Daher soll hier an erster Stelle Prof. Heideking gedankt werden.

Durch einen beruflich bedingten Umzug nach Mainz und den Tod Prof. Heidekings verzögerte sich der Start des Projekts um drei Jahre. Eine Initialzündung für die Wiederaufnahme und Vervollständigung der Recherchen stellte dann 1999 ein Aufenthalt als "Visiting Media Fellow" der RIAS-Kommission am "Institute for Public Policy" der Duke University in North Carolina dar. Die Leiterin des Instituts, Ellen Mickiewicz, gewährte mir unter anderem auf Grund ihrer Erfahrungen einer Beratertätigkeit für den ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter tiefe Einblicke ins Innenleben pressepolitischer Zusammenhänge und Kontakte zu amerikanischen Journalisten. Ihr und den anderen Lehrkräften der Duke University, insbesondere Prof. David Paletz, gebührt ebenfalls Dank.

In den USA haben mich darüber hinaus Martin Bohley (CNN Atlanta), Susan Tifft (New York Times), Rick Atkinson (Washington Post), Albert Dagliesh (Presseabteilung des Pentagon) sowie die freundlichen Damen und Herren im CBS und NBC-Archiv sowie an der Library of Congress und den National Archives bei meinen Recherchen unterstützt.

Es folgte ein weiterer längerer Rechercheaufenthalt in den USA am Historischen Institut in Washington. Seinem Leiter, Prof. Christof Mauch, der sich auch bereit erklärte, Prof. Heideking als meinem Doktorvater nachzufolgen, gebührt schließlich ein ganz besonders herzliches Dankeschön. Erst durch seine intensive Betreuung und seine systematischen Anregungen konnte ich die unübersehbare Menge des gesammelten Quellen-Materials erfassen und strukturieren. Ebenso möchte ich mich bei Prof. Norbert Finzsch von der Anglo-Amerikanischen Abteilung der Universität zu Köln für seine Ratschläge und Hinweise bedanken.

Diese Arbeit wäre aber niemals fertig gestellt worden, hätte ich nicht die Hilfe und Ermutigung zahlreicher Freunde und Kollegen gehabt. Stellvertretend sei hier Kai und Hanna gedankt, die sich die Mühe gemacht hat, in kürzester Zeit das gesamte Manuskript Korrektur zu lesen.

Über die Jahre ständig begleitet hat mich bei dieser Arbeit meine Frau Constanze, der diese Dissertation gewidmet ist. Sie hat mich wie kein anderer stets inhaltlich wie ideell unterstützt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Thematische Einführung	1
Grundüberlegungen und Definitionen	10
Thesen, Methoden und Forschungsstand	16
Gliederung und Quellenlage	20

I. Medientheoretische Ansätze

Der konstitutionelle Ansatz und die First Amendment Forschung	22
Die Rolle der FCC	31
Der realistische Ansatz	34
Der skeptische Ansatz	40
Theorien vom visuellen Primat	45

II. Krieg der Worte und Bilder: Der Erste Weltkrieg

Isolation oder Intervention? Die ideologische Ausgangssituation	49
Der Krieg um die öffentliche Meinung: Struktur, Gliederung und Aufgaben des CPI	55
Die Zentralisierung des Informationsflusses: Die Nachrichtenabteilung	68
Zensur an der Front	74
Das juristische Schlachtfeld: Der Espionage Act und seine Folgen	81
Propaganda versus Demokratie: Die Debatte nach dem Krieg	89

II.I. Krieg der Worte und Bilder: Der Zweite Weltkrieg

Zensur im Zweiten Weltkrieg: Das Office of Censorship	94
Wieder Zensur an der Front	102
Propaganda im Zweiten Weltkrieg: Das Office of War Information	108
Neue Waffen der Propaganda: Film und Radio	115
Folgen und Auswirkungen der Propaganda	126

III. Krieg im Fernsehen: Der Vietnamkrieg

Ein neues Medium: Aufstieg der TV-Berichterstattung (1948-60)	133
Der unsichtbare Krieg: Die Frühphase (1961-64)	139
Begrenztes Engagement oder Eskalation?	
Pressepolitik in der Johnson-Ära (1964-68)	152

Die Stimmung kippt: Die Tet-Offensive und ihre Folgen (1968)	165
Ein ehrenvoller Frieden? Pressepolitik in der Nixon-Ära (1969-71)	172
Lügen fliegen auf: Die Pentagon-Papers (1971)	191
Ein unehrenhaftes Ende: Watergate und die Folgen (1972-74)	202

IV. Zwischenspiele: Grenada und Panama

Die Grenadainvasion: Hintergründe und Legitimation	217
Zugangsverweigerung und Ausschluss: Eine neue Form der Pressepolitik?	223
Rechtsbruch durch die Regierung? Die juristische und politische Debatte nach der Grenadainvasion	232
Perspektiven einer neuen Pressepolitik: Die Sidle-Kommission	238
Legitimationen für die Panamainvasion: Das Feindbild Noriega	241
Pressepolitik während der Operation "Just Cause"	244
Spätfolgen der Invasionen: Die Pool-Regelung setzt sich durch	249

V. Fernsehkrieg: Der Golfkrieg

Der CNN-Faktor: Krieg im Zeitalter der Live-Berichterstattung	257
Die "Patriotismusfalle": Abhängigkeiten und Zwänge großer Medienkonzerne	263
Journalismus unter militärischer Kontrolle: Das Poolsystem im Golfkrieg	275
Die Schlacht der Lügen: Zensur, Desinformation und Propaganda	295
Inszenierungen eines sauberen Krieges: "Chirurgische Eingriffe" und "intelligente Bomben"	305
Ein Desaster für die Pressefreiheit? Reaktionen und Reflexionen nach dem Golfkrieg	319

Resümee

US-Pressepolitik zwischen Kontinuität und Wandel	328
--------------------------------------------------	-----

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	341
Literaturverzeichnis	342

Einleitung

Thematische Einführung

Congress shall make no law... abridging the freedom of speech or the press

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist im ersten Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung als staatstragendes Element verankert. Sie genießt daher in der öffentlichen Diskussion in den USA einen besonders hohen Stellenwert. Das Konzept der Presse- und Meinungsfreiheit US-amerikanischer Prägung geht auf das ausgehende 18. Jahrhundert zurück: im heutigen Sinne schließt es auch die Informations-, Kommunikations- und Medienfreiheit mit ein. Der Diskurs um die öffentliche Meinung wird in den USA eng mit dem Prinzip der Volkssouveränität verbunden und damit wesensgemäß der Demokratie zugeordnet. Das lässt sich bis in die Gründungsgeschichte der Vereinigten Staaten zurückverfolgen. Die Verfassungsväter übersahen keineswegs den möglichen Missbrauch der Pressefreiheit und damit die Beeinflussung der öffentlichen Meinung:

Give to any set of men the command of the press, and you give them the command of the country, for you give them the command of public opinion, which commands everything.¹

Jedoch erschienen ihnen eine Reglementierung der Presse und eine generelle Zensur in jeglicher Art als wesentlich abträglicher für das Gemeinwesen als eine freie Presse. Für diese Geisteshaltung sprechen die Worte von Thomas Jefferson:

The basis of our governments being the opinion of the people, the very first object should be to keep that right; and where it left to me to decide whether we should have a government without newspapers or newspapers without a government, I should not hesitate a moment to prefer the latter. ²

¹Richter Alexander Addison zit. in. Sloan, W.D.: *The Media in America. A History*, Northport (AL), S.87

²Thomas Jefferson to Edward Carrington in: *Writings of Thomas Jefferson*, The Memorial Edition, 20Bde, Washington D.C. 1903-1904, Bd.6., S.57. Vgl. auch Steffens, Bradley: *Censorship*, San Diego (CA) 1996, S.99

Die Überzeugung, dass die Medien³ - damals noch ausschließlich die Zeitungen - überhaupt erst einen demokratischen Staat ermöglichen und einen seiner wichtigsten konstitutionellen Eckpfeiler darstellen, findet sich auch bei James Madison:

A popular [democratic] government, without popular information [available to the public] or the means of acquiring it, is but a Prologue to a Farce or a Tragedy; or, perhaps, both.⁴

Damit setzte sich der neue Staat USA bewusst von alten europäischen Traditionen ab. Die historischen Erfahrungen der geistigen Enge und des Absolutismus europäischer Staaten sollten überwunden werden. Einwanderer der ersten Generation hatten Europa auch auf Grund religiöser Verfolgung oder Diskriminierung verlassen. Viele US-Denker der "ersten Stunde" waren zudem durch ein neues, liberales Gedankengut geprägt. Die Legitimation von Regierungsgewalt ließ sich nicht mehr nur aus der reinen militärischen Macht eines Herrschers oder durch das Konzept des Gottesgnadentums aufrechterhalten.⁵ Stattdessen bezogen sich die Gründerväter der amerikanischen Verfassung auf das moderne Gedankengut, das im Zuge der Aufklärung entstanden war. Der Philosoph und Staatsrechtler Alexis de Tocqueville, der die USA zu Beginn des 19. Jahrhunderts bereiste, schilderte seine Erfahrungen mit der US-Demokratie unter anderem in seinem Werk „De la démocratie en Amérique“.⁶ Darin versuchte er, den Europäern das neue amerikanische Denken zu erklären. Er kam zu dem Schluss, dass unter den damals rund zwölf Millionen Menschen, die das Gebiet der Vereinigten Staaten bewohnten, kein einziger zu finden sei, der es wagen würde, eine Einschränkung der Pressefreiheit vorzuschlagen.

³Die Begriffe „Medien“ und „Presse“ werden im Folgenden in dieser Arbeit synonym verwendet. Streng genommen bezeichnet der Begriff "Presse" historisch gesehen nur den Printbereich - also Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter. Hingegen gilt die Bezeichnung Medien für die Gesamtheit sämtlicher publizistischer Erzeugnisse. Sie bezeichnet sowohl den Printbereich als auch das Radio und Fernsehen, das Internet, Kino und Videoproduktionen sowie elektronische Speicher und Überträger, wie z.B. Computer und Satelliten. Die Unterschiede zwischen einem Produkt, seinem Hersteller und seinem Übertragungsweg verschwimmen sowohl im Begriff "Presse" als auch in der weiter gefassten Definition "Medien". In der Regel sind hier entweder alle der drei oben genannten Implikationen gleichzeitig gemeint oder aber die Unterscheidungen werden aus dem Satzzusammenhang ersichtlich. Spätestens beim Bedeutungsinhalt zusammengesetzter Substantive, wie Pressefreiheit/Medienfreiheit, Pressepolitik/Medienpolitik wäre eine Unterscheidung zwischen "Medien" und "Presse" wenig hilfreich. Für eine detaillierte Begriffsbestimmung vgl. Faulstich, W. (Hrsg.): *Grundwissen Medien*, München 1994, S.36 ff.; Nünning, Ansgar (Hrsg.): *Metzlers Lexikon der Literatur- und Kulturtheorie*, Stuttgart 1998, S.344 sowie Inglis. F.: *Media Theory. An Introduction*, Cambridge (Mass.) 1990, passim

⁴Steffens, S.101. Vgl. auch: Rakove, Jack N.: *James Madison and the Creation of the American Republic*, New York 1990.

⁵Vgl. Irion, Frederick C.: *Public Opinion and Propaganda*, New York 1952, S.21ff.

⁶Vgl. De Tocqueville, Alexis: *De la démocratie en Amérique* in: *Œuvres Complètes*, Tl 8 in 3Bdn, ed. J.P. Mayer, Paris 1967.

Die enorme Bedeutung der Presse für die öffentliche Meinung trat auf dem nord-amerikanischen Kontinent während der amerikanischen Revolution und im Krieg gegen England erstmals voll zu Tage. So wurden zum Beispiel von Thomas Paines politischer Flugschrift „Common Sense“ bereits 1776 in nur drei Monaten 120.000 Exemplare verkauft.⁷ Diese Zahl mag einem heute angesichts von Millionen-Auflagen gering vorkommen; zu seiner Zeit war „Common Sense“ aber nahezu jedem gebildeten Kolonisten bekannt und damit ein Bestseller. Eine ähnlich populäre Breitenwirkung erzielten nicht zuletzt die „Federalist Papers“ sowie unzählige weitere politische Schriften, Pamphlete und Traktate politisch agierender Zeitgenossen.⁸ Die oben geschilderten Überlegungen von Madison, Jefferson und anderen Gründervätern zur Pressefreiheit müssen daher im historischen Kontext interpretiert werden. Die Möglichkeiten einer freien Presse dienten ihnen, um ihre eigenen Ideen und die daraus resultierenden staatspolitischen Konzeptionen einer breiten Masse vorzustellen. Sie waren somit auf ein politisches Ziel gerichtet, das wurde unter anderem in den Auseinandersetzungen zwischen "Federalists" und "Republicans" deutlich.⁹

Mindestens ebenso wichtig wie die Pressefreiheit war aus Sicht der Kolonisten die Überlegung, dass nur eine starke, geeinte Nation Ansprüche und Einflüsse der europäischen Mächte erfolgreich abwehren und den inneren Frieden des neuen Staates sichern könne. So argumentierte der Gesandte Oliver Ellsworth in einer Rede vor dem Ratifizierungskonvent des Staates Connecticut:

A Union is necessary for the purposes of national defense. United we are strong; divided we are weak. It is easy for hostile nations to sweep off a number of separate states one after another... Also we must unite, in order to preserve peace among ourselves.¹⁰

Die Hintergründe und Argumente in der Diskussion um die Entstehung einer Bundesregierung sind nur multikausal zu analysieren. An dieser Stelle sei allerdings der Aspekt der militärischen Sicherung des neu entstehenden Staatswesens

⁷Adams, Willi Paul & Angela: *Die amerikanische Revolution und die Verfassung*, München 1995, S.163. Vgl. auch Steffens, S.26

⁸Vgl. dazu beispielsweise: Levy, Leonard (ed.) *Encyclopedia of the American Constitution*, New York 1986; Kammen, Michael: *Sovereignty and Liberty. Constitutional Discourse in American Culture*, Madison (Wis.) 1988 und Silverman, Kenneth: *A Cultural History of the American Revolution*, New York 1987.

⁹Zum politischen Streit zwischen "Federalists" und "Republicans" vgl. Brinkley, Allan: *The Unfinished Nation. A Concise History of the American People*, New York 1993, S.166ff. Zu den staatspolitischen Vorstellungen der "Federalists" vgl. außerdem: Cooke, Jacob E.: *The Federalists*, Middletown (Conn.) 1982.

¹⁰aus: Speech to the Con. Ratifying convention, 4. Jan 1788, *Ratification 15:244*; zit. in : Kohn, Richard: *The United States Military under the Constitution 1789-1989*, New York 1991, S.64

hervorgehoben.¹¹ Hintergründe für die in den 1780er Jahren geführten Debatten über die militärischen Kompetenzen des Bundesstaates waren unter anderem die konkrete Furcht vor inneren Revolten, der Schutz von Handelsrouten und die Angst vor möglichen Aggressionen von außen:

At the same time that they saw broad and general dangers to the nation's security, Americans in the 1780s also identified more direct and specific threats. First were the British – close by in Canada, not necessarily willing to abide by the outcome of the war, eager to prevent American expansion, and continuing to protect their erstwhile allies, the Indians, by stopping expansion and aborting America's western imperial dreams. In Florida and Louisiana lay the Catholic Spain - also unenthusiastic about American expansion into the Mississippi Valley, which would loosen Spain's tenuous hold on her own colonial territory.¹²

Unabhängig von ihrer politischen Einstellung und Heimat waren sich daher alle Mitglieder des Verfassungskonvents von Philadelphia (1787-88) einig, dass militärische Stärke eine unabdingbare Notwendigkeit für den zu schaffenden neuen Staat sei. So betonte der Vertreter des Staates New Jersey, William Paterson: "No government could be energetic on paper only, which was no more than straw..., there must be a small standing force to give every government weight."¹³ In dieser grundlegenden Überzeugung ist bereits der Keim enthalten, der die USA im Verlauf ihrer Geschichte zur größten Militärmacht der Welt erwachsen ließ.

Bereits in den Debatten des Verfassungskonvents von 1787 war zudem ein Konflikt angelegt, der später für die Entwicklung der Pressefreiheit essentiell sein sollte: der stets präsente Dualismus zwischen den Interessen einer offenen Gesellschaft und den Interessen der nationalen Sicherheit. Diese beiden Staatsprinzipien kollidierten erstmals auf juristischer Ebene im „Sedition Act“ von 1798. Der formale Titel des Gesetzes war: „An Act for the Punishment of certain crimes against the United States“.

¹¹So spielten z.B. Wirtschaftsinteressen, die Sklavenfrage oder die Debatte um einen Machtverlust der Einzelstaaten zugunsten eines Bundesstaates eine große Rolle. Vgl. dazu unter anderen: Dippel, Horst: *Die Amerikanische Revolution*, Frankfurt/Main 1985, S.70ff. Eine ausführliche, deutschsprachige Quellenedition zur Geschichte der Amerikanischen Revolution und zum Prozess der Verfassungsgebung findet sich bei Adams. Ein Standardwerk mit Handbuchcharakter haben Jack P. Greene und J.R. Pole vorgelegt: *The Blackwell Encyclopedia of the American Revolution*, Oxford 1991. Vgl. auch: Beeman, Richard, Botein, Stephen und Carter, Edward: *Beyond Confederation. Origins of the Constitution and American National Identity*, Chapel Hill (NC) 1987. Eine deutschsprachige Gesamtdarstellung zur Geschichte der Verfassung hat Jürgen Heideking erstellt. Vgl. Heideking, Jürgen: *Die Verfassung vor dem Richterstuhl. Vorgeschichte und Ratifizierung der Amerikanischen Verfassung, 1787-1791*, Berlin/NewYork 1988. Vgl. auch: Elkins, Stanley und McKittrick, Eric: *The Age of Federalism*, New York 1993.

¹²Kohn, S.65

¹³Paterson, William: *Records, 14 June 1787, I:246*, zit in Kohn. S 67. Ähnliche Äußerungen finden sich bei fast allen anderen Delegierten des Konvents. Vgl. dazu unter anderen: Wilson, James: *Speech to the PA. ratifying convention*, 11. Dec. 1787 oder Rush, Benjamin: *Address to the People of the United States*, Philadelphia American Museum, Jan. 1787.

Mit diesem Gesetz wurden jegliche Taten unter Strafe gestellt, die dazu geeignet gewesen wären, der Regierung zu schaden:

Sec 1. Be it enacted..., That if any persons shall unlawfully combine or conspire together, with intent to oppose any measure or measures of the government of the United States, (...) ; and if any person or persons, with intent as aforesaid, shall counsel, advise or attempt to produce any insurrection, riot, unlawful assembly or combination, whether such conspiracy, threatening, counsel advice or attempt shall have the proposed effect or not, he or they shall be deemed guilty of a high misdemeanor, and on conviction, before any court of the United States having jurisdiction thereof, (...)¹⁴

Es wurde aber nicht nur jegliche bereits ausgeführte Tat, die sich gegen die Regierung oder den Staat richtete, unter Strafe gestellt, sondern ebenso jegliches potenziell staatsfeindliche Gedankengut, wenn es in irgendeiner Form geäußert, publiziert oder auf andere Weise kommuniziert wurde:

Sec. 2. That if any person shall write, print, utter. Or publish, or shall cause to procure to be written , printed, uttered or published, or shall knowingly and willingly assist or aid in writing, printing, uttering or publishing any false, scandalous and malicious writing or writings against the government of the United States or either house of the Congress of the United States, or the President of the United States, with the intent to defame the said government, (...) , shall be punished (...)¹⁵

In seiner Intention und seiner Auswirkung war der „Sedition Act“ eindeutig ein politisches Instrument.¹⁶ Seine Entstehung kann nicht losgelöst vom Streit zwischen "Federalists" und "Republicans" gesehen werden. Der "Sedition Act" hatte aber auch - über diesen konkreten historischen Kontext hinaus - weitreichende Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Pressepolitik. Es war das erste Mal in der Geschichte der USA, dass die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit durch ein vom US-Kongress beschlossenes Gesetz massiv eingeschränkt wurden. Hier wurde zudem der Vorstellung, dass der Präsident, die Regierung und ihre ausführenden Organe vor Teilen der Bevölkerung zu schützen seien und sogar vor bestimmten ideologischen Strömungen geschützt werden müssten, erstmals juristische Form verliehen. Auch wenn

¹⁴*The Sedition Act (1798)*: US Historical Documents Archive, Washington D.C. 1995.

¹⁵ibid

¹⁶Der „Act“ wurde von einem Kongress verabschiedet, in dem die "Federalists" die Mehrheit hatten. Sie wollten mit dem Gesetz ihre politischen Rivalen, die Anhänger des Republikaners Thomas Jeffersons, treffen, die sich in populären Flugschriften und in Zeitungen wiederholt gegen die Politik des amtierenden Präsidenten John Adams (1797-1801) gewandt hatten. Als Jefferson später selbst zum Präsidenten gewählt wurde, rehabilitierte er die nach dem „Sedition Act“ verurteilten Publizisten und stellte ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung, damit sie ihre Strafen abgelten konnten. Vgl. Hurwitz, Daniel: *Historical Dictionary of Censorship in the United States*, Westport (Connecticut) 1999. S.14ff.

sich der „Sedition Act“ noch nicht unmittelbar gegen einen Angriff von außen richtete, spielte schon das Konzept der nationalen Sicherheit eine Rolle, das durch eine allzu zügellose Presse gefährdet werden könnte. Der zeitgeschichtliche Hintergrund war die Angst vor einem größeren Einfluss der Franzosen auf dem amerikanischen Kontinent, die im Inneren bei den Republikanern Unterstützung hätten finden können.¹⁷ Die Angst vor eventuellen äußeren Gefahren, mit der dann eine Einschränkung der Pressefreiheit begründet wurde, war aber schon älter. Bereits in den früheren Auseinandersetzungen mit dem "Mutterland" Großbritannien, hatten die Führer des späteren Bundesstaates Massachusetts 1689 in Pamphleten vor "false reports" des Königs von England gewarnt und eine Zensur dieser Berichte eingefordert.¹⁸

Diese Befürchtungen und Ängste bilden noch bis heute gemeinsam mit vielen anderen Einschätzungen die Grundlage für eine Einschränkung der Pressefreiheit. Der „Sedition Act“ selbst wurde zunächst im Jahre 1918 revitalisiert, 1921 dann aber wieder abgeschafft. 1930 gab es einen erneuten Versuch, ihn wieder ins Leben zu rufen, der schließlich scheiterte. Sein oben skizziertes Gedankengut und die politisch-ideologischen Überzeugungen, die hinter dem Gesetz standen, fanden aber Eingang in zahlreiche, andere Bundesgesetze sowie in juristische Verordnungen und Erlasse der Einzelstaaten. Jüngstes Beispiel sind die infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 im so genannten "Patriot Act" zusammengefassten juristischen Leitlinien und organisatorischen Neuausrichtungen der Bürokratie. Außerdem zeigt sich am Beispiel des „Sedition Act“, dass bei Restriktionen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit die vorgebrachten Argumente nicht unbedingt mit den tatsächlichen Motiven der Zensoren identisch sind.

Der erste Krieg im Ausland, von dem US-amerikanische Kriegsberichterstatter berichteten, war der mexikanisch-amerikanische Krieg (1846-1848). Schon zu diesem Zeitpunkt gab es - für die Ära neue - Kommunikationswege, die ersten Telegrafen. Über diese Wege und mit Hilfe des "pony express", der Eisenbahn und auf dem Seeweg, übermittelten die Reporter ihre Berichte von der Front.¹⁹ Häufig hatten die Reporter, die direkt und unzensiert von den Kriegsschauplätzen berichten konnten, einen Informationsvorsprung vor dem Militär:

¹⁷Brinkley, S.167

¹⁸Vgl. "The Present State of New-England Affairs 1689" in: Sloan, S.31

¹⁹Emery, Edwin & Emery, Michael: *The Press and America*, Englewood Cliffs, (N.J.) 1988, S.15f.

In fact, at times, data gathered by these first American war correspondents were better than that prepared by military sources. Reporters, for instance, prepared casualty lists that were more complete and accurate than those gathered by the army.²⁰

Das führte dazu, dass aus Sicht der Regierung und im Besonderen aus Sicht von Präsident James Polk die Presse militärische Geheimnisse verriet:

President Polk was exasperated to learn of the American victory at Vera Cruz via a telegram from the publishers of the "Baltimore Sun". He was livid when he discovered that so many newspapers and magazines were openly discussing what he considered to be a secret mission. Foreign policy, particularly in wartime, Polk believed was best conducted confidentially.²¹

Doch der Informationsvorsprung wurde von der Presse nicht genutzt, um den Krieg generell in Frage zu stellen. Eine Loyalität der Reporter und Herausgeber zu den Kriegszielen war durchaus gegeben, das räumen auch Militärhistoriker ein:

Nonetheless, it was a time when the press threw its full support behind the war effort, when in fact, war correspondents were an important part of the war-making apparatus.²²

Nichtsdestotrotz spielte bei Präsident Polk die Angst vor möglichen "Leaks" (undichten Stellen) in der eigenen Administration und im Kongress eine große Rolle. Er befürchtete, dass die Kriegsanstrengungen durch eine unterlaufene Geheimhaltungsstrategie gefährdet werden könnten.²³ Diese Überlegung hatte aber - wie in so vielen Kriegen, die noch folgen sollten - nicht unbedingt nur einen militärischen, sondern vielmehr einen politischen Hintergrund. Der Krieg wurde durchaus kontrovers diskutiert, viele Abolitionisten sahen ihn als Versuch an, für die Union neue Staaten hinzuzugewinnen, die zu "Sklavenstaaten" hätten werden können. Dies wiederum hätte zu Stimmzahlveränderungen im Kontinentalkongress und zu neuen politischen Mehrheiten führen können.²⁴ Presseartikel seiner politischen Gegner, der "Whigs" in Zeitungen wie dem "Intelligencer", so befürchtete Präsident Polk, hätten vom militärischen Feind in Mexiko abgedruckt werden können und so den Eindruck geweckt, dass sich die Demokratische Partei in den USA nicht mehr lange an der Macht halten

²⁰Blanchard, Margaret A.: "Free Expression and Wartime: Lessons from the Past, Hopes for the Future" in: *Journalism Quarterly*, Vol.69, No.1, Spring 1997, S.8

²¹ibid

²²Feldman, Marc D. (Lt.Col USAF): *The Military/Media Clash and the New Principle of War*, Thesis presented to the Faculty of the School of Advanced Airpower Studies, Maxwell Air Force Base, Alabama 1991, S.4

²³Vgl. Nelson, Anna Kasten: "Secret Agents and Security Leaks: President Polk and the Mexican War" in: *Journalism Quarterly*, Vol.52, No.14, Fall 1975, S.98f.

²⁴Vgl. Blanchard, S.6

würde. Dies wiederum hätte die Moral der Mexikaner stärken und die der eigenen Truppen schwächen können.²⁵ Alle Überlegungen über die operationale Sicherheit waren also auch schon zu diesem Zeitpunkt politisch motiviert, was zum Teil - im Gegensatz zur Pressepolitik in vielen Kriegen des 20. Jahrhunderts - im 19. Jahrhundert von Präsident Polk sogar zugegeben wurde.

Zum Zeitpunkt des amerikanischen Bürgerkrieges (1861-1865) hatte sich die Presselandschaft in den USA erheblich verändert. Die Medien waren Bestandteil des "big business" geworden, es hatte bereits eine Tendenz zur Kommerzialisierung eingesetzt und die unterschiedlichen Zeitungen wetteiferten um die beste Geschichte vom Schlachtfeld. Außerdem waren die technologischen Möglichkeiten der Nachrichtenübertragung durch einen massiven Ausbau des Telegrafennetzes erheblich gestiegen:

A profound parallel can be drawn between the stunning improvements in technology that allowed reporters in Desert Storm to beam their stories instantly to television viewers around the world and the quantum leap in technology that the telegraph and railway brought to the Civil War. In both cases, attention to operational security suddenly became notably more sensitive than in previous wars.²⁶

Darüber hinaus lagen bereits Erfahrungen mit der Pressepolitik in einem Krieg vor. Militär und Regierung, sowohl der Union als auch der Südstaaten, zogen ihre "Lehren" aus dem amerikanisch-mexikanischen Krieg, in dem die Presse unzensiert hatte berichten konnte. Im Bürgerkrieg versuchten sie eine freie Berichterstattung, die ihren Zielen hätte wiederlaufen können, zu unterbinden:

Attempts to censor the press were initially clumsy, sometimes illegal, and pitted the antithetical goals of the press and the military against each other as never before in American history.²⁷

Das Militär entwickelte zum Teil seine eigene Pressepolitik, die der Regierungslinie nicht entsprechen musste. Es setzte sich bei den Generälen die Überzeugung durch, dass sie am Besten entscheiden könnten, welche Nachrichten kriegsrelevant und sicherheitsgefährdend sein könnten und welche nicht:

Generals began to cultivate a hatred for journalists, scorning the misinformation they spread and fearing the damage they could do to military security and their own military

²⁵Vgl. Cohen, Bernard: *The Press and Foreign Policy*, Princeton 1967, S.13f.

²⁶Feldman, a.a.O.

²⁷Mathews, Lloyd J.: *Newsmen and National Defense*, Washington D.C. 1991, S.3f.

careers. General Sherman vociferously disapproved of the government policy of allowing newsmen to accompany the armies. Many of the censorship rules developed during the Civil War laid the foundation for the measures used today.²⁸

Während des Bürgerkrieges zeigte sich noch eine weitere Konstante eines jeden Krieges: die enorme Bedeutung der Medien für die öffentliche Meinung. Neben der militärischen Planung mussten Regierung und Militär von nun an immer die Auswirkungen ihres Handelns auf die Presse und damit auf die öffentliche Meinung und die eigene Bevölkerung beachten. Häufig wurden sie in ihren Zielen von den Medien dabei gewollt oder ungewollt unterstützt.

Ein Beispiel dafür, dass die Medien überhaupt erst in der Bevölkerung die Bereitschaft für einen Krieg schafften, ist die Politik des "Medienzaren" William Randolph Hearsts im Vorfeld des spanisch-amerikanischen Kriegs (1898). Als sein Korrespondent Remington aus Kuba meldete: "Everything is quiet. There is no trouble here. There will be no war. I wish to return.", antwortete Hearst: "Please remain. You furnish the pictures. I will furnish War!".²⁹ Auch wenn diese Äußerung einer gewissen Selbstüberschätzung entsprach, ist unbestreitbar, dass die Zeitungen des Medienimperiums von Hearst einiges dazu beitrugen, die Bevölkerung auf einen Krieg einzustimmen. So schlachtete er zum Beispiel die Zerstörung des amerikanischen Kriegsschiffes "Maine" im Hafen von Havanna publizistisch aus. Obwohl die Spanier immer wieder betonten, dass es sich bei der Explosion auf der "Maine" um einen Unfall gehandelt habe und eine unabhängige Untersuchungskommission anboten, ignorierten dies die Zeitungen der Hearst-Gruppe und forderten einen Krieg.³⁰

Schon in den Kriegen des 19. Jahrhunderts wurden wichtige und grundlegende Voraussetzungen für die Ausgestaltung der Pressepolitik in den folgenden Kriegen deutlich. So zeigte sich während des amerikanisch-mexikanischen Krieges, dass es ein gesteigertes Sicherheitsinteresse der Regierung und des Präsidenten gab. Im Bürgerkrieg wurde dieses Interesse erstmals mit den Mitteln der Zensur zu schützen gesucht. Dabei ging es aber nicht nur um den Schutz militärischer Missionen, sondern auch um die politischen Ziele der Zensoren. Dies Phänomen gilt auch für die Kriege des 20. Jahrhunderts und wird daher im Folgenden näher beleuchtet.

²⁸Feldman, S.4f.

²⁹Knightley, Philip: *The First Casualty*, New York 1975, S.55f.

³⁰Zu diesem "Zwischenfall" und zur Rolle und Bedeutung der Presse im spanisch-amerikanischen Krieg vgl.: Brown, Charles H.: *The Correspondent's War: Journalists in the Spanish-American War*, New York 1967.

Grundüberlegungen und Definitionen

Da eine politische Zensur in den USA gemäß dem ersten Zusatzartikel der Verfassung (First Amendment) einen Verfassungsbruch darstellt, sind politische Motive für eine Zensur häufig mit dem Mittel der militärischen Zensur durchgesetzt worden. In ihren Auswirkungen auf die Medien und damit schließlich auch auf die Bevölkerung unterscheiden sich militärische und politische Zensur in einem Kriegsfall selten. Für die wissenschaftliche Analyse ist es jedoch unerlässlich, diesen Unterschied herauszuarbeiten, um die Beweggründe für die jeweilige Zensur im Einzelfall konkret ermitteln zu können.

Echten militärischen Motiven für Zensur lag in aller Regel die Überlegung zu Grunde, dass die Veröffentlichung bestimmter, vom Militär als geheim eingestufte Informationen die Kriegsanstrengungen der eigenen Nation untergräbt oder aber dem militärischen Feind wichtige, kriegsrelevante Informationen liefern könnte. Zensur war in diesem Fall ein Mittel zum Schutz militärischer Geheimnisse, der eigenen Soldaten und der Strategie. Daten über Bewaffnung, Truppenstärke und Überraschungsmanöver sollten dem Feind nicht vor einem Angriff bekannt sein, sonst wäre dieser Angriff unter Umständen unwirksam gewesen. Einschränkungen der Pressefreiheit richteten sich hierbei zunächst nicht primär gegen die Medien des eigenen Landes. Ihr Adressat war vielmehr der militärische Feind.³¹

Eine andere Stoßrichtung lässt sich indes bei der politisch motivierten Zensur ausmachen. Hier war der Adressat nicht der Feind, sondern der innenpolitische Gegner oder die eigene Bevölkerung. Zeitweilig verhängten US-Regierungen eine politisch motivierte Zensur, um diplomatische Geheimverhandlungen nicht zu gefährden.³² In der Regel nutzten die unterschiedlichen Administrationen diese allerdings bei Ereignissen, die geeignet waren, das Vertrauen der Bevölkerung in die militärische oder politische Führung zu zerstören; so zum Beispiel bei Niederlagen, schweren taktischen Fehleinschätzungen, Disziplinlosigkeit oder Kriegsverbrechen der eigenen oder alliierter Truppen.³³ Besonders notwendig erschien Zensur schließlich aus Sicht verschiedener

³¹Militärisch motivierte Einschränkungen der Pressefreiheit wurden in der Regel von erfahrenen Kriegsberichterstattern akzeptiert, wie Beispiele aus dem Zweiten Weltkrieg oder aus Vietnam belegen.

³²Vgl. Gottschalk, Jack A.: *Consistent With Security. A History of American Military Press Censorship* in: *Communications and the Law*, Summer 1983, S.37

³³Vgl. Knightley, Philip: *The First Casualty-From the Crimea to Vietnam. The War Correspondent as a Hero, Propagandist and Myth Maker*, New York 1975, S.92ff.

US-Regierungen bei einer generellen Anti-Kriegsstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung. Militär und Regierung haben in Kriegszeiten ein ausgeprägtes innenpolitisches Interesse an einem Bild der Stärke der eigenen oder alliierten Truppen.

Außerdem hatte und hat ein Krieg immer eine finanzielle Komponente. Entscheidungen über Militärausgaben müssen im Rahmen des Haushaltsplans in einem demokratischen Staat parlamentarisch - also auch unter Umständen, je nach Mehrheitsverhältnissen, mit Stimmen der Opposition - gefällt werden. Auf Grund dieser Überlegungen war und ist jede demokratische Regierung bestrebt, in einem Kriegsfall der Opposition, den Medien und der Bevölkerung einen einleuchtenden Kriegsgrund anzugeben.³⁴ Solche Gründe waren in der Vergangenheit meistens Staatsnotwehr, humanitäre Interventionen, Hilfestellung für militärische und politische Verbündete, die Abwehr von Terrorangriffen oder der Schutz eigener Staatsbürger im Ausland.³⁵ Bis heute ist es ein immanentes Interesse jeder Regierung geblieben, den Kriegsgrund nicht in Frage stellen zu lassen.³⁶ Denn der Kriegsgrund bietet nicht nur die demokratische, sondern auch die moralische Legitimation für einen Krieg. Konnte eine Regierung durch eigene Verlautbarungen einen eventuell bestehenden Zweifel der Presse, der Opposition oder der Bevölkerung gegenüber dem von ihr angegebenen Kriegsgrund nicht ausräumen, sah sie häufig Zensurmaßnahmen als unausweichlich an.³⁷

Als Zensur gilt im Allgemeinen die staatliche Überwachung und Unterdrückung von Veröffentlichungen und Publikationen.³⁸ Unter diesem Oberbegriff werden in dieser Untersuchung alle Formen der direkten, nicht verschleierte und offen ersichtlichen Einschränkung der Pressefreiheit verstanden.³⁹ Die Formen der Einschränkung der

³⁴Zu diesen grundlegenden politologischen Thesen vgl. Patzelt, Werner J.: *Einführung in die Politikwissenschaft*, Passau 1992.

³⁵So wurde in den USA die Frage nach der tatsächlichen Gefährdung amerikanischer Studenten auf Grenada breit diskutiert. Die Bestrebung der Administration, diese Gefahr zu belegen, zeugt von der Wichtigkeit dieses Sachverhalts für die Legitimation der Invasion.

³⁶Dabei ist die politische Ausrichtung der jeweiligen Regierung völlig unerheblich. Es ist kein Fall dokumentiert, in dem eine demokratische Regierung keinen Kriegsgrund angegeben hat. Ob der offiziell erklärte Kriegsgrund auch immer der tatsächliche Kriegsgrund ist, kann nur im Einzelfall entschieden werden. Betrachtungen zu dieser Frage werden in dieser Untersuchung nur dann angestellt, wenn eine direkte inhaltliche Verbindung zur Pressepolitik erkennbar ist.

³⁷Vgl. Berkman, Ronald und Kitch, Laura W.: *Politics in the Media Age*, New York 1986, S.189

³⁸Lusky, Louis: "Censorship" in: *Encyclopedia Americana* (Vol.6) Danbury 1989, S.161ff. Zur Geschichte und zum System der Zensur vgl. Jansen, Sue Curry: *Censorship. The Knot That Binds Power and Knowledge*, New York 1988.

³⁹Zur direkten Zensur gehören in der Regel eine staatliche Zensurbehörde oder militärische Zensoren, denen bereits geschriebene Artikel (bzw. Fernseh- und Hörfunkberichte) vorgelegt werden müssen. Die direkte Zensur ist eine der ältesten und am meisten praktizierten Formen der Zensur. Dabei bestimmt der Zensor, welche Teile eines Berichts

Presse- und Meinungsfreiheit sind aber im Zeitalter der Massenmedien längst nicht mehr mit dem Begriff der direkten Zensur **allein** zu charakterisieren. Daher wird in dieser Arbeit prinzipiell zwischen Techniken der *direkten* und *indirekten Zensur* unterschieden. Während bei der direkten Zensur der "output" der Medien (also ihre Artikel, Berichte und Sendungen) kontrolliert wird, ist es bei der indirekten Zensur der "input" der Medien (also ihre Nachrichten-, Bild- und Recherchequellen, ihre Informanten oder ihre Bewegungsfreiheit). Unterformen der indirekten Zensur sind die *Informationsverweigerung* und die *Zugangsverweigerung*. Bei der ersteren werden den Medien bestimmte relevante Informationen, ohne die ein Bericht nicht erstellt werden kann, einfach vorenthalten; bei letzterer dürfen die Journalisten bestimmte Orte (zum Beispiel einen Kriegsschauplatz) nicht betreten und können daher ihre Augenzeugenfunktion und ihre Chronistenpflicht nicht ausreichend wahrnehmen. Richtet sich die direkte Zensur also nur auf die bereits erstellten Produkte der Medien, so beginnt die indirekte Zensur schon bei der Informationssammlung, die für die Erstellung eines journalistischen Beitrags Voraussetzung ist.

Neben den unterschiedlichen Formen der Zensur gibt es zahlreiche weitere Presse- und Meinungslenkungstechniken, die einen aktiveren Charakter als die Zensur aufweisen. Zielt die Zensur eher darauf ab etwas zu verhindern, etwa einen konkreten Bericht oder die Informationssammlung durch einen Journalisten, sind Meinungs- und Presselenkungsstrategien offensiv ausgerichtet. Sie konzentrieren sich darauf, etwas herbeizuführen. Um diese mannigfaltigen Strategien zu charakterisieren und in einen Gesamtzusammenhang einordnen zu können, wird in dieser Arbeit unter anderem zwischen den Beeinflussungsformen der *Manipulation* und *Desinformation* unterschieden. Beide Formen bedienen sich lediglich der Presseorgane als Übermittler bestimmter, vom Manipulator ausgewählter Informationen. Eine wichtige Möglichkeit der Manipulation ist im Fernsehzeitalter zum Beispiel die Bereitstellung von Bildmaterial, das nur das zeigt, was der Manipulator den Zuschauer sehen lassen will. Dies kann zum Beispiel klassische Werbung in Form von Firmen-Imagevideos sein oder vom Pentagon bearbeitetes Filmmaterial eines tatsächlichen oder fingierten Angriffs, um die Schlagkraft bestimmter Waffensysteme zu demonstrieren. Weitere Techniken sind die bewusste Lancierung von verfälschten oder komplett erfundenen „Stories“, die den Medien zugespielt werden. Die Übergänge von der *Manipulation und Desinformation* zur *Propaganda* und *Public Relations* sind fließend.

(oder Hörfunk-/ Fernsehreportage) so bleiben dürfen, wie sie sind und welche nicht oder ob der Bericht überhaupt publiziert bzw. gesendet werden darf. Der Journalist hat dabei keinerlei Mitsprache- oder Vetorecht. Eine weitere Form der direkten Zensur ist die Nachrichtensperre.

Außerdem ist noch ein weiteres Phänomen zu beobachten, dass auf die Berichterstattung der Medien zensierende Wirkung ausübt. Dabei handelt es sich aber nicht wie bei den anderen oben beschriebenen Kategorien um ein Phänomen, dass von außen auf die Medien und Presseorgane einwirkt, sondern von innen. In dieser Arbeit wird dieses Phänomen als *Selbstzensur* eines Journalisten und als *sozialer Zensurdruck* beschrieben. Auf die unterschiedlichen Formen der direkten und indirekten Zensur, der Selbstzensur sowie auf die offensiven Presse- und Meinungslenkungstechniken wird an gegebenem Ort in den einzelnen Kapiteln detaillierter eingegangen. Es bleibt einstweilen festzuhalten, dass alle beschriebenen Formen der Zensur und Presselenkung letztlich zensierende oder meinungsbeeinflussende Wirkung in der öffentlichen Debatte haben, unabhängig davon, wer ihr Urheber oder Adressat ist.⁴⁰

Im Vordergrund dieser Arbeit steht eine qualitative Analyse historischer Fallbeispiele. Der Fokus richtet sich auf die Frage, wie und warum die Medien als Träger einer offenen Gesellschaft beeinflusst worden sind und dadurch letztlich selbst die öffentliche Meinung und damit wiederum die Gesellschaft beeinflusst haben. Dabei ist wiederum eine Analyse aller Presse- und Meinungslenkungs-Techniken und des politisch-militärischen *News-Managements* essentiell, da durch diese Mittel das Agenda-Setting, also die thematische Ausrichtung und Fokussierung der Medien, nachhaltig beeinflusst wird.⁴¹ Der Begriff *Presse- oder Medienpolitik* beschreibt in dieser Untersuchung die Gesamtheit aller staatlicher Maßnahmen und Regulierungen, die **sowohl die Medien direkt als auch die Bevölkerung indirekt** als Adressaten haben. Unter dem Begriff *Informationspolitik* wird in dieser Arbeit hingegen die Gesamtheit aller Aktionen und Regulierungen der Administrationen verstanden, die sich ausschließlich direkt auf die Bevölkerung beziehen.⁴² Der Begriff Presse- oder Medienpolitik ist also der

⁴⁰Die Berichterstattung der Medien kann auch noch durch weitere Faktoren beeinflusst werden, die weder als Zensur noch als Presse- und Meinungslenkung zu bezeichnen sind, beispielsweise durch eine einstweilige Verfügung oder durch eine Gegendarstellung. Diese juristisch legitimierten Einschränkungen der Pressefreiheit werden aber in der Regel von einem Individuum und nicht von einer Institution angestrengt. Sowohl das deutsche als auch das amerikanische Presserecht sehen diese Maßnahmen als Schutz des Einzelnen vor einer ungerechtfertigten, falschen oder diffamierenden Berichterstattung an.

⁴¹Unter dem Begriff des „Agenda Setting“ versteht die Kommunikationswissenschaft in der Regel die Themenauswahl und die Themengewichtung innerhalb der Medien. Vgl. dazu Schenk, Michael: *Medienwirkungsforschung*, Tübingen, 1987, S.195. Bei beiden Vorgängen werden Wertungen vorgenommen: Die Medien haben dabei nicht notwendigerweise direkten Einfluss darauf, **wie** in der Öffentlichkeit über einen bestimmten Sachverhalt diskutiert wird und wie bestimmte Themen politisch bewertet werden. Allerdings ist der Einfluss der Medien durch ihr Agenda Setting auf das „**Worüber**“ unumstritten. Vgl. Schenk a.a.O., S.120

⁴²Zum Begriff der Pressepolitik, vgl. Wilke, Jürgen: „Begriff und Gegenstand der Medienpolitik“ in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn 1985, S.3-16. Eine eindeutige Festlegung auf eng definierte Begrifflichkeiten gibt es in der

weiter gefasste, der beide Elemente einschließt und daher bei der Untersuchung der Fallbeispiele oftmals angebracht erscheint, da Informations- und Pressepolitik von den Akteuren Regierung und Militär in ihren grundsätzlichen Planungen zusammengelegt wurden und nur in ihrer bürokratischen Abwicklung getrennt in Erscheinung traten.

Die einzelnen Fallbeispiele sind so gewählt, dass sich ein Gesamtbild der Presse- und Informationspolitik des 20. Jahrhunderts ergibt. Diese Geschichte zu dokumentieren, zu analysieren und unter gemeinsamen, übergeordneten Fragestellungen zu betrachten, ist das vordringliche Ziel dieser Arbeit. Die Konzentration auf den Zustand der Pressefreiheit in Kriegszeiten wird gewählt, da hier die beiden Pole nationale Sicherheit und offene Gesellschaft direkt aufeinander treffen. In diesen kritischen Perioden zeigen sich Problem- und Konfliktstellungen besonders deutlich, die in Friedenszeiten oftmals nicht so zugespitzt auftreten. Wie der Kommunikationswissenschaftler Hedrick Smith bemerkt, kann eine Untersuchung über die Pressepolitik in Kriegszeiten daher auch Aufschlüsse über das System der Demokratie als solcher geben:

War (...) tests democracy's commitment to its central values of freedom, openness, independent inquiry, dissent and lusty public debate (...) that most distinguishes democracy from dictatorship.⁴³

Auf Grund dieser Ausgangsvoraussetzung ist es wichtig, drei weitere zentrale Begriffe dieser Arbeit zu definieren, mit denen das Verhältnis der beiden Pole offene Gesellschaft und nationale Sicherheit zueinander bestimmt werden soll. Dabei handelt es sich um die *legitime Kontroverse*, den *nationalen Konsens* und die *Sphäre der Abweichung*. Diese Begriffe wurden erstmals von Daniel Hallin in Bezug auf den Vietnamkrieg angewandt.⁴⁴ Hier werden sie aber aus dem Erfahrungshorizont des Vietnamkrieges herausgelöst und so definiert, dass sie auf die gesamte Breite der vorgestellten historischen Fallbeispiele Anwendung finden können.

Der Begriff *legitime Kontroverse* bezeichnet die politischen Meinungsdivergenzen über einen Sachverhalt, ohne dass dabei der Sachverhalt selbst in Frage gestellt wird. Mit legitimer Kontroverse ist also die öffentliche Debatte gemeint, die durch Politik und Medien geprägt und beeinflusst wird. Diese bezieht sich zumeist auf eine oder mehrere

Forschung nicht. Teilweise überschneiden sich die semantischen Bedeutungen, teilweise werden die oben differenzierten Definitionen auch nur allgemein unter dem Überbegriff Propaganda subsumiert.

⁴³Smith, Hedrick: *The Media and the Gulf War*, Washington D.C. 1992, S.XV

⁴⁴vgl. Hallin, *The Uncensored War*, passim

enger definierte Fragestellungen zu wichtigen, aktuellen politischen Themen. Die hier unter dem Begriff legitime Kontroverse subsumierten Meinungen und Ansichten können je nach politischem Standpunkt des Betrachters als bedingt kritisch eingeordnet werden. Keinesfalls eignet sich die legitime Kontroverse hingegen dazu, um grundsätzliche Bedenken an staatstragenden Prinzipien oder im Falle eines Krieges Zweifel an der moralischen Berechtigung desselben aufkommen zu lassen. Charakteristisch für die legitime Kontroverse ist, dass die in ihr vorgebrachten Argumente und Meinungen nicht dem *nationalen Konsens* widersprechen.

Unter *nationalem Konsens* oder *allgemeinem politischen Konsens* werden hier neben den, durch konkrete Wahlentscheidungen des Volkes herbei geführten Mehrheiten und den von den Mehrheitsträgern vertretenen Positionen, auch politische Grundüberzeugungen und tradierte kulturelle Standards verstanden, die von der Bevölkerungsmehrheit grundsätzlich als Wertespektrum akzeptiert werden. In den USA können das zum Beispiel der Glaube an die Demokratie und die freie Selbstbestimmung des Individuums sein, gleichzeitig aber auch die Überzeugung, diese Vorstellungen militärisch verteidigen zu dürfen und zu müssen.

Mit dem Begriff *Sphäre der Abweichung* werden Auffassungen charakterisiert, die der aktuellen Mehrheitsmeinung politischer Entscheidungsträger und weiter Teile der Bevölkerung widersprechen. In die Sphäre der Abweichung können zum Beispiel krasse Minderheitsmeinungen radikaler Gruppierungen, deren Ziel es ist, geltende Staatsprinzipien abzuschaffen, eingeordnet werden. In die Sphäre der Abweichung fallen aber auch - und das ist für diese Arbeit das wesentlich wichtigere Element - kritische Überlegungen, die bestimmte Axiome politischen Denkens sowie kulturell tradierte Wertemuster in Frage stellen oder Meinungen, die den nationalen Konsens prinzipiell hinterfragen. Diese Meinungen, die oft aus religiösen, politischen oder ideologischen Grundanschauungen resultieren, widersetzen sich häufig manipulatorischen Strategien, sie sind sozusagen beeinflussungsresistenter. Daher wird die Sphäre der Abweichung vor allem während Kriegs- und Krisenzeiten, in denen der nationale Konsens besonders wenig Widerstand toleriert, von Militärs, Politikern und auch von weiten Teilen der Bevölkerung häufig zu einer *Sphäre des Ausschlusses* umfunktioniert. Durch dieses Vorgehen werden widersprechende Meinungen relativ einfach isoliert: ein offener Diskurs über die in der Sphäre der Abweichung geäußerten Positionen kann somit als nicht mehr gesellschaftskonform diskreditiert werden. So fielen zum Beispiel in Kriegszeiten Ansichten von Pazifisten, die grundsätzlich jeden

Krieg für falsch hielten, in die Sphäre des Ausschlusses. Allgemein und fast das gesamte 20. Jahrhundert überdauernd konnten und können darüber hinaus für die USA, sozialistische, anarchistische oder kommunistische Überzeugungen, je nach dem Zeitpunkt an dem sie öffentlich geäußert wurden, entweder in die Sphäre der Abweichung oder in die Sphäre des Ausschlusses eingeordnet werden.⁴⁵

Die hier definierten Kategorien legitime Kontroverse, nationaler Konsens und Sphäre der Abweichung bzw. des Ausschlusses sind keine statischen Größen. Welche Meinung, zu welcher historischen Epoche, noch dem Bereich der legitimen Kontroverse oder vielleicht schon der Sphäre der Abweichung zugeordnet werden muss, hängt eben gerade von der zeitgenössischen geistigen Strömung selbst und dem Grad der Manipulation ab. Die Veränderungen in der öffentlichen Meinung und damit auch der beschriebenen Kategorien, werden daher in den Einzelkapiteln jeweils in ihrem historischen Kontext interpretiert und analysiert.

Thesen, Methoden und Forschungsstand

Arbeiten zur Pressegeschichte der USA setzten ihren Schwerpunkt zumeist nur auf die Auswertung der täglichen Berichterstattung und nicht explizit auf eine **übergreifende** Analyse der Informations- und Pressepolitik über einen längeren, historisch relevanten Zeitraum. Entweder wurden also bislang systemorientierte, theoretisch-publizistische Studien vorgelegt, die sich bewusst auf zeitlich sehr begrenzte Perioden konzentrierten und denen daher die historische Dimension fehlen musste oder aber das Gegenteil: also historische Überblicksdarstellungen, die sich wiederum der umfassenden Dokumentation, und nicht explizit der Analyse verpflichtet fühlten.⁴⁶ Diese Arbeit versucht daher erstmals eine **Kombination** dieser beiden Ansätze. Zudem gibt es bislang nur wenige Studien, die die enorme Bedeutung der Presse- und Informationspolitik speziell für Kriegszeiten herausgearbeitet haben. Häufig handelte es sich dabei um populär-wissenschaftliche Arbeiten, denen eine breite Quellengrundlage fehlt. Die hier vorgestellten Fallbeispiele sind daher so gewählt worden, dass sie sich

⁴⁵Vgl. dazu zum Beispiel: Chakotin, Serge: *The Rape of Masses*, New York 1971.

⁴⁶Zu den ersteren sind unter anderem die Standardwerke von Hallin, Halberstam, Hersh, Smith und in jüngster Zeit Kellner, Denton, Hammand, Taylor oder MacArthur zu nennen. Zur zweiten Kategorie zählen unter anderem die Arbeiten von Knightley, Bernard oder Beham. Im Allgemeinen sind in der wissenschaftlichen Literatur Analysen zeitlich stark begrenzter Perioden häufiger zu finden, als Überblicksdarstellungen. Vgl. dazu auch die Literaturliste im Anhang dieser Arbeit.

sowohl für eine detaillierte Einzelanalyse, als auch für eine historische Einordnung eignen. Dadurch wird die **rezeptionsgeschichtliche Analyse** der Einzelereignisse und ihre Einbindung in einen historischen Kontext betont. Dies ist ein weiteres originäres Element dieser Studie. Die Veränderungen in der Presse- und Informationspolitik in den USA dürfen nicht isoliert von ihren historischen Vorbildern betrachtet werden. Sie sind nur aus einer eigenen, sukzessiv gewachsenen Erfahrungskultur heraus zu interpretieren. Denn mindestens so bedeutend wie die Betrachtung der Informations- und Pressepolitik in einzelnen Kriegen und Krisen der USA, ist eine Analyse der Übergänge, Berührungspunkte sowie Parallelen zwischen ihnen. Die **zentrale These** dieser Arbeit ist, dass die unterschiedlichen Ausprägungen der Presse- und Informationspolitik im Verlauf der Geschichte der USA nur aus ihrer historischen Erfahrung zu interpretieren sind.

Da es sich beim Umfang dieses Projekts nicht realisieren lässt, alle Kriege in gleicher Intensität zu berücksichtigen, ist es folgerichtig, durch die ausgewählten Fallbeispiele Schwerpunkte zu setzen. Einen dieser Schwerpunkte stellt die Behandlung der Kriege der "Vor-Fernsehzeit" (Erster und Zweiter Weltkrieg) dar, einen weiteren der Vietnamkrieg und einen dritten der Golfkrieg.⁴⁷ Im Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden moderne presse- und informationspolitische Techniken und Ansätze von der Propaganda über die Public Relations bis hin zu einer ausgefeilten Zensurpraktik entwickelt und von Militär und Regierung professionell angewendet. Der Vietnamkrieg markierte dann ein tiefes Zerwürfnis im Verhältnis zwischen US-Medien und Militärs. Das Ende des Krieges und die zunächst geheimgehaltene Bombardierung Kambodschas sowie Berichte über Massaker an der Zivilbevölkerung - um nur einige Beispiele zu nennen - haben eine tiefe Vertrauenskrise in der amerikanischen Öffentlichkeit ausgelöst. Außerdem verlor das US-Militär im Vietnamkrieg den Nimbus der Unbesiegbarkeit. Oftmals wurde der Vietnamkrieg daher von der Presse und in der Forschungsliteratur als „nationales Trauma“ bezeichnet. Aus Sicht der Militärs und Teilen der damaligen Regierung trug die amerikanische Presse durch ihre Berichterstattung über den Krieg eine nicht geringe Mitschuld am Vertrauensverlust der Öffentlichkeit. Weil sie diese grundlegende Überlegung, deren Richtigkeit zumindest in Teilen in Frage zu stellen ist, teilten und weil diese Überlegung zu einer Überzeugung

⁴⁷Die hier gemeinten Kriege müssten korrekt als „Zweiter Indochina-Krieg“ und „Zweiter Persischer Golfkrieg“ bezeichnet werden. Der Autor passt sich jedoch der allgemeinen Sprachregelung "Vietnam- und Golfkrieg" an. Im Falle des Golfkrieges wird inzwischen auch die Bezeichnung "Golfkrieg Eins" verwendet, da der Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 als Golfkrieg Zwei titulierte wird. Ist im Zusammenhang dieser Arbeit jedoch vom Golfkrieg die Rede, so ist der Krieg des Jahres 1991 gemeint.

wurde, entschlossen sich das Militär und nachfolgende Administrationen zu einer restriktiveren Pressepolitik als vor dem Vietnamkrieg. Diese Beschränkungen waren allerdings nicht immer offensichtlich; teilweise wurden sie sehr subtil ausgeübt. Der Vietnamkrieg war zudem der erste große „Fernsehkrieg“: Auch wenn die TV-Berichterstattung schon in Korea eine Rolle gespielt hat, ist das Ausmaß nicht vergleichbar. Die oben genannten Überlegungen machen es also unumgänglich, dem Vietnamkrieg einen besonderen Stellenwert zuzumessen.

Die beiden Weltkriege sowie der Vietnamkrieg bieten sich zudem als Schwerpunkte dieser Arbeit an, weil hier eine außergewöhnlich gut dokumentierte Quellengrundlage existiert: Viele relevante Akten, Dokumente und Interviews aus diesen Kriegen sind inzwischen freigegeben und unterliegen nicht mehr der Klassifizierung. Wenn der Vietnamkrieg als erster „Fernsehkrieg“ zu bezeichnen ist, dann war der Golfkrieg der bisher größte „Medienkrieg“ der USA überhaupt. Diese Einschätzung bezieht sich sowohl auf den Umfang der Berichterstattung als auch auf deren Bedeutung für die öffentliche Meinung und den politischen Willensbildungsprozess. Schon vor dem Krieg gegen den Irak waren in der US-Pressepolitik neue Maßstäbe gesetzt worden. Denn bereits während der Grenada- und Panamainvasion wurden erhebliche qualitative Veränderungen der Zensurstrategie und Zensurpraxis, wie zum Beispiel die Einführung der *Poolregelung*, erprobt.⁴⁸ Diese Untersuchung versucht unter anderem zu belegen, dass vor und infolge des Golfkriegs die öffentliche Meinung stark durch die Presse- und Informationspolitik des US-Militärs und der Regierung beeinflusst, wenn nicht gar kontrolliert wurde. Dies war nur der vorläufige Endpunkt einer langfristigen Entwicklung, die - wie die jüngsten Beispiele Afghanistankrieg oder der Irakkrieg 2003 zeigen - offensichtlich noch nicht abgeschlossen ist.

Die US-amerikanische Presse- und Informationspolitik in Kriegszeiten muss stets unter Berücksichtigung der Konkurrenz von Pressefreiheit und nationaler Sicherheit gesehen werden. Diese beiden Staatsprinzipien bilden daher auch den Nukleus dieser Untersuchung. Ihnen werden Akteure zugeordnet, die sich in einem Kreis um diesen Kern bewegen. Das sind auf der einen Seite die Medien, auf der anderen das Militär. Zwischen diesen beiden bewegen sich zwei weitere Akteure: die Regierung und die

⁴⁸Hatten Journalisten im Vietnamkrieg die Möglichkeit gehabt, sich relativ frei im Kriegsgebiet zu bewegen, wurde diese Bewegungsfreiheit im Golfkrieg erheblich eingeschränkt. Durch die Errichtung so genannter „Pools“ wurden bestimmte Journalisten ausgewählt. Nur diese Pool-Mitglieder konnten an den Militär-Pressekonferenzen teilnehmen; und nur sie durften - vom Militär eskortiert - von ausgewählten Kriegsgebieten berichten. Durch die Poolregelung wurde also sowohl die Anzahl der Reporter als auch deren Zugang zum Schauplatz stark begrenzt.

Öffentlichkeit. Die Analyse des Verhältnisses der vier Akteure zueinander wird daher betont.⁴⁹ Dabei bildet folgende Grundsatzüberlegung den theoretischen Rahmen: Im Spannungsfeld und Wechselspiel der vier Akteure (Medien, Militär, Regierung, Öffentlichkeit) entsteht in Kriegsfällen die konkrete Presse- und Informationspolitik. Sie beeinflusst die Medien und diese beeinflussen die herrschende Meinung. Die Begriffe herrschende Meinung und öffentliche Meinung werden in dieser Arbeit synonym verwendet.⁵⁰ Die herrschende Meinung wiederum hat Rückwirkungen auf das Handeln aller vier Akteure. Die Aktionen laufen also nicht in eine Einbahnstraße. Sie sind auch nicht hierarchisch geordnet, sondern stehen gleichberechtigt nebeneinander. Die Aktionsrichtungen bewegen sich wie in einem modifizierten Kreismodell - modifiziert insofern, als sich der Kreis nicht unbedingt immer schließen muss. Das Handeln eines Akteurs **kann** stets eine Kettenreaktion auslösen, an deren Endpunkt wieder der erste Akteur steht. Dies **muss** aber nicht unbedingt der Fall sein. Kausalzusammenhänge und Aktions-Reaktionsmuster werden unter dieser Prämisse analysiert.

Wenn diese vier Akteure und die öffentliche bzw. herrschende Meinung sich also um beim entworfenen Kreismodell zu bleiben - auf einer ersten „Umlaufbahn“ bewegen, so gibt es noch eine zweite, vom Nukleus weiter entfernte Bahn. Auf ihr sind die größeren Politikfelder angesiedelt, die die Presse- und Informationspolitik beeinflussen. Dazu zählen die außenpolitischen Grundkonzepte und ideologischen Überzeugungen, die innenpolitische Situation sowie die wirtschaftspolitischen Interessen der Nation oder einzelner Interessensgruppen. Diese Bereiche haben sich im Verlauf der amerikanischen Geschichte stets gegenseitig bedingt. Sie werden daher als Elemente einer demokratischen Gesellschaft angesehen, die sowohl zusammenspielen als auch konkurrieren können. Wann das eine oder das andere eintritt, hängt von den spezifischen, politisch-soziologischen Verhältnissen, dem Stand des technischen Fortschrittes sowie von der Stärke der jeweiligen Institutionen oder einzelner Personen ab.

Gliederung und Quellenlage

⁴⁹Weitere zu berücksichtigende Akteure sind verschiedene untergeordnete juristische Instanzen und vor allem der Supreme Court. Durch seine Entscheidungen wurden häufig Leitlinien zur Behandlung der Pressefreiheit und damit auch der Presse- und Informationspolitik gesetzt.

⁵⁰Prinzipiell gibt es Unterschiede zwischen öffentlicher bzw. herrschender Meinung und veröffentlichter Meinung. Nicht immer muss die veröffentlichte Meinung der öffentlichen Meinung entsprechen.

Die historischen Perioden, die hier in Kapiteln zusammengefasst werden, orientieren sich grob an der Einführung des Kommunikationsmediums Fernsehen. Das bedeutet aber keinesfalls, dass die Presse- und Informationspolitik ausschließlich in Hinblick auf die Berichterstattung von TV-Sendern analysiert wird. Durch die Einteilung wird jedoch der Bedeutung des historisch gesehen neuen Mediums Fernsehen für die Massenkommunikation in einer demokratischen Gesellschaft Rechnung getragen. Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel: Das erste wendet sich grundlegenden medientheoretischen Ansätzen zu, die in wesentlichen Teilen auf alle Fallbeispiele angewandt werden können. Im zweiten Kapitel werden die "Kriege der Worte und Bilder", die beiden Weltkriege, behandelt, das dritte widmet sich dem Vietnamkrieg, in dem die soziologisch relevanten Implikationen des Fernsehens erstmals offensichtlich wurden. Im vierten Kapitel werden die Grenada- und Panamainvasion untersucht, die im Bereich der Pressepolitik die Grundlagen für den Golfkrieg geschaffen haben. Im fünften Kapitel steht dann der Golfkrieg im Vordergrund, in dem die „Live-Bild-Berichterstattung“ ihren bisherigen Höhepunkt erreichte.

Durch die zeitgeschichtliche Ausrichtung dieses Projekts ergeben sich spezifische Schwierigkeiten in Bezug auf die Quellenlage, vor allem bei den aktuelleren Fallbeispielen. Viele relevante Regierungs- und Militärdokumente unterliegen noch einer Archivsperrfrist bzw. der generellen Geheimhaltung. Es können daher nur die bisher deklassifizierten Akten genutzt werden. Diese bieten allerdings schon beachtliche Möglichkeiten.⁵¹ Darüber hinaus sorgen Memoiren von Politikern und Journalisten, Gerichtsurteile, zahlreiche Presseartikel, Videobänder und die Sekundärliteratur anderer Wissenschaften für einen umfangreichen Materialfundus. In naher Zukunft wird vermutlich durch die Offenlegung und Deklassifizierung sicherheitsrelevanter Unterlagen weiteres Material hinzukommen, das in dieser Untersuchung noch nicht berücksichtigt werden konnte. Insofern versteht der Verfasser diese Arbeit, vor allem bei den aktuellen Fallbeispielen als „work in progress“; als einen Beitrag zu einer Diskussion, die zum Teil erst begonnen hat und noch weiter voranschreiten wird.

Vor diesem Hintergrund wird ein interdisziplinär-komparativer Ansatz gewählt, der auch die Erkenntnisse anderer, benachbarter Geistes- und Sozialwissenschaften berücksichtigt. So fließen in die chronologische Vorgehensweise stets medien-

⁵¹Für den Golfkrieg sind zum Beispiel die „Hearings before the Committee on Governmental Affairs (Congress)“ zu nennen. Vgl. Literaturliste. Im Anhang dieser fast 2000 Seiten umfassenden Quellensammlung sind zahlreiche Memoranden des „Department of Defense“ zu finden sowie aufschlussreiche Briefwechsel zwischen Regierungadministration und Medienorganisationen. Vgl. die Angaben in der Literaturliste.

theoretische Untersuchungsergebnisse mit ein. Diese theoretischen Ansätze werden im Folgenden kurz grundsätzlich vorgestellt, damit sie in den einzelnen Kapiteln jeweils an geeignetem Ort auf die konkreten Fallbeispiele angewandt werden können, ohne sie dann noch einmal ausführlich diskutieren zu müssen.

I. Medientheoretische Ansätze

Im Zeitalter der Massenmedien gibt es zahlreiche unterschiedliche Theorien, um die gesellschaftliche Rolle von Medien, ihre soziokulturelle Bedeutung und ihre technischen Implikationen zu definieren. Teilweise verfolgen diese Theorien vollkommen unterschiedliche Richtungen. Medientheorien sind heute unter anderem Gegenstand von Literatur- und Kommunikationswissenschaften, der Soziologie und Politologie, der Betriebswirtschaftslehre, der Rechtswissenschaften, der Publizistik sowie der empirisch ausgerichteten Medienwissenschaft. Sie reichen von Balazs' Filmtheorie über Shannons kybernetischen Ansatz, Adornos kulturhistorischen Überlegungen bis hin zu Flussers und Kittlers psychoanalytischen Elementen.⁵²

Die auf den Erkenntnissen unterschiedlicher Geistes- und Naturwissenschaften basierenden Medientheorien und Kritiken lassen sich daher auch nur schwerlich in unterschiedlichen "Schulen" zusammenfassen. Deshalb handelt es sich bei den hier vorgestellten Ansätzen um eine ganz bewusste Selektion, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Für die Zielausrichtung dieses Projektes erscheint eine Katalogisierung und Schematisierung der unterschiedlichen Ansätze angebracht, um der Fülle der einzelnen Theorien und Thesen zu bündeln, ihnen Struktur zu geben und sie dadurch konkret auf die Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit anwenden zu können. Daher werden die im Folgenden zu behandelnden Ansätze von Medienwissenschaftlern, Soziologen, Juristen, Ökonomen und Politologen hier auch nur ausschließlich in Bezug auf ihre Relevanz zu gesellschaftspolitischen und historischen Fragestellungen genutzt. Eine der ältesten Herangehensweisen zur Beurteilung der Rolle von Presse und Medien in der Gesellschaft ist in den USA ein verfassungsrechtlich, juristisch geprägter Ansatz.

Der konstitutionelle Ansatz und die First Amendment Forschung

Ungleich den Verhältnissen in Europa, wo es lang bestehende soziale Ordnungen, dynastische Herrschaften und Traditionslinien gab, die sich zum Teil über Jahrhunderte nicht verändert hatten, konnten in der "Neuen Welt" neue Regeln, Traditionen und Ordnungen geschaffen werden.

⁵²Für einen ersten Überblick vgl. Nünning, Lexikon, S.355. Eine detaillierte Darstellung bietet: Stevenson, N.: *Understanding Media Studies. Social Theory and Mass Communication*, London 1997, passim

Von der Voraussetzung ausgehend, dass die Verfassung das Fundament moderner Nationalstaaten bildet, beziehen die meisten Konstitutionalisten die Rolle der Medien auf die Verfassung und auf die ihr zu Grunde liegenden Ideale. So werden die Medien als *vierte Gewalt* im Staat angesehen, ihnen wird die Rolle eines Überwachers (watchdog) zugewiesen, der die "Machtausübenden", also zumeist die demokratisch legitimierte Regierung, kontrollieren soll. Schließlich ist es nach Auffassung der Konstitutionalisten die vordringlichste Aufgabe der Medien, die gesamte Öffentlichkeit zu informieren.⁵³ Häufig wird dieser postulierte Idealzustand dann in die Zeit der Amerikanischen Revolution zurückverlegt. Fest steht, dass es zu dieser Zeit schon eine - an der Bevölkerungsanzahl gemessen - erhebliche Dichte an Publikationen und Zeitungen gab, die nicht zensiert wurden.⁵⁴ Fest steht aber auch, dass diese Zeitungen keineswegs alle gesellschaftlichen Schichten repräsentierten.⁵⁵ Das Ideal einer freien, unabhängigen Presse, in der sich alle Rassen, Religionen, Geschlechter und Weltanschauungen wiederfinden können, ist zu keiner Zeit vollständig realisiert worden. Diesen absoluten Anspruch hat der konstitutionelle Ansatz daher auch fallengelassen. Vielmehr geht es inzwischen darum, dass die Vielzahl frei florierender Meinungen die gesellschaftliche Realität widerspiegeln und die Gesamtheit aller Publikationen möglichst viele soziale Schichten und politische Überzeugungen repräsentieren soll. Die Aufgabe diese Freiheit zu garantieren, fällt nach Ansicht der Konstitutionalisten dem Staat zu. Die Medien sollen, so die Forderung, fest in das System der *checks and balances* und der staatlichen Gewaltenteilung eingebunden sein.⁵⁶ Die Konstitutionalisten haben einerseits einen idealistischen, andererseits einen pragmatischen Anspruch. Idealistisch insofern, als dass sie von den Medien **fordern**, dass sie ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat einnehmen. Indes gehen pragmatisch orientierte Konstitutionalisten nicht davon aus, dass sie dies auch immer tatsächlich tun.

⁵³Diese Grundfunktionen werden von allen Konstitutionalisten, aber auch von anderen Medientheoretikern betont. Zu den Vertretern des „konstitutionellen Ansatzes“ können zum Beispiel Emery, Seigenthaler oder Kohn gerechnet werden. Vgl. dazu die Literaturliste im Anhang dieser Arbeit.

⁵⁴So gab es zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges schon 37 - zumeist tägliche erscheinende - Zeitungen in den britischen Kolonien. Westphal, D'Val J.: *From the Mai Lai Massacre to the Slaughter of Sarajevo*, Albuquerque (N.M.) 1995. S.12

⁵⁵Vgl. Emery, Edwin and Michael: *The Press and America. In interpretative History of the Mass Media*, Prentice Hall (N.J.) 1984, S.84ff. Viele der Zeitschriften und Flugblätter waren interessensgelenkte Publikationen, die sich häufig als politische Kampfschriften verstanden und sich der Linie des Herausgebers verpflichtet fühlten.

⁵⁶Tuchman, Gaye: *Making News*, New York 1978. Tuchman übernimmt diese Grundforderung der Konstitutionalisten ; in seiner Analyse ist er aber eher den Realisten zuzurechnen.

Entfernen sich also entweder die Medien zu weit von der ihnen zugedachten Rolle oder aber schränkt die Regierung die Presse- und Meinungsfreiheit zu sehr ein, soll das dadurch entstandene Missverhältnis durch staatliche Intervention in Form von parlamentarischer Kontrolle oder durch den Gesetzgeber wieder zurechtgerückt werden. Wann dies geschehen muss, hängt der Theorie zufolge vom Einzelfall ab. Viele Vorstellungen und Forderungen der Konstitutionalisten haben ihren Niederschlag in den Urteilen des obersten Gerichtshofes der USA, dem Supreme Court, gefunden. So kamen die Richter des Supreme Courts zum Beispiel beim Urteil *Near v. Minnesota* zu dem Schluss, dass die Pressefreiheit vor Zensur zu schützen sei. Auf dieses und weitere Urteile wird bei den Fallbeispielen noch näher eingegangen.⁵⁷

Im Umkehrschluss wird die Weiterentwicklung des konstitutionellen Ansatzes stark durch die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes und seiner maßgeblichen untergeordneten Instanzen (Bundesgerichte und Berufungsgerichte) beeinflusst. Rechtstheorie und Rechtspraxis haben sich im Verlauf der Geschichte stets gegenseitig befruchtet. Einige der führenden Vertreter der Konstitutionalisten waren selbst Richter am Supreme Court. Andere orientierten sich in ihrer Theorie wiederum an den Kommentaren und Begründungen der Gerichte, um ihre Thesen zu vervollständigen. Der konstitutionelle Ansatz berücksichtigt also beides zugleich: theoretische Ideen und Vorstellungen sowie die praxisnahe, fallorientierte US-Rechtsprechung.

Diese Kombination ist auch der **First Amendment Forschung** inhärent. Der konstitutionalistische Ansatz ist somit ein Ausgangspunkt für alle Untersuchungen und Analysen dieser Forschungsrichtung, obgleich die First Amendment Forschung sich nicht nur auf diesen Ansatz beschränkt, sondern sämtliche in den vergangenen Jahrzehnten hinzu gekommenen Ansätze ebenfalls berücksichtigt. Inzwischen gibt es unzählige Einzelveröffentlichungen sowie über 10.000 staatliche und nicht staatliche Organisationen in den USA, die sich mit dem Thema befassen.⁵⁸ Exakte Trennlinien zwischen dem konstitutionalistischen Ansatz und der First Amendment Forschung lassen sich nicht immer ziehen. Der *Congressional Research Service* (CRS) hat inzwischen zwei Datenbanken eingerichtet, mit denen gezielt nach bestimmten Themen bzw. Organisationen, die sich mit der First Amendment Forschung beschäftigen,

⁵⁷Vgl. zum Beispiel: *Near vs. Minnesota*, 283 U.S. 697 (1931). Gleichzeitig erlaubt die Interpretation des Urteils aber auch die zeitlich begrenzte Einschränkung der Publikationsfreiheit aus Gründen der nationalen Sicherheit.

⁵⁸Eine Bibliographie zur aktuellen Rechtsprechung und zu den Veröffentlichungen der First Amendment Forschung findet sich in: Congressional Research Service: *Federal Courts and the First Amendment, Pursuant to Public Law 88-246, House of Representatives, 99th Congress, 2nd Session, Document 99-252*, Washington D.C. 1986.

gesucht werden kann.⁵⁹ Die juristischen Abteilungen der US-Universitäten unterhalten zum Teil eigene Lehrstühle zur First Amendment Forschung. Im Internet sind Hintergründe und Neuigkeiten zu Themen, die das First Amendment betreffen, über das *First Amendment Center* zu recherchieren.⁶⁰ Aktuelle Gerichtsentscheidungen und Forschungsströmungen werden darüber hinaus in den juristischen Fachzeitschriften, wie zum Beispiel der *Harvard Law Review* oder der *California Law Review*, debattiert. Die Vielzahl der Publikationen und ihre Aufspaltung in die unterschiedlichen Aspekte des Forschungszweigs macht es schwer, wenn nicht gar unmöglich, in diesem Bereich Standardwerke zu definieren.⁶¹

Für den hier behandelten Untersuchungszeitraum können drei zentrale Fragen ausgemacht werden, die häufig den Ausgangspunkt für die Behandlung von konkreten juristischen Entscheidungen zur Meinungs- und Pressefreiheit bildeten. Diese Fragen lauten:

Was oder wer wird durch das Prinzip der freien Meinungsäußerung geschützt?

Ist dieser Schutz absolut oder relativ?

Wie erfolgt die Abwägung der Interessen, wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung anderen Grundrechten widerspricht?

Um diese Fragen zu klären und auf einen konkreten Fall anzuwenden, analysierten Juristen die Rechtssprechung zu Fragen der Presse- und Meinungsfreiheit im Laufe des gewählten Untersuchungszeitraums hauptsächlich anhand vier verschiedener Theorien, die zum Teil in konkreten Urteilsbegründungen miteinander verknüpft wurden: Der Theorie vom *Marktplatz der Ideen*, der Theorie der *Partizipation im Staatswesen*, der Theorie der *Individuellen Autonomie* sowie der Theorie von der *Stabilisierung des*

⁵⁹Für die Themensuche ist dies CRS: *The Washington Information Directory*, LC, Washington D.C. Für die Suche nach Organisationen und Behörden vgl. CRS: *Encyclopedia of Associations*, LC, Washington D.C. Beide Datenbanken verfügen über einen Index und werden ständig aktualisiert. In der "Encyclopedia" finden sich über 20.000 Namen und Anschriften von US und internationalen Einrichtungen, die sich der First Amendment Forschung bzw. den Themenbereichen "Civil Liberties", "Freedom of Speech" oder "Freedom of the Press" widmen. Zur Suche nach Artikeln in Fachzeitschriften und Veröffentlichung der Behörden vgl. den *Current Law Index* bzw. das *Public Affairs Information Service Bulletin(PAIS)*. Beide sind über die Datenbanken der Library of Congress zu recherchieren.

⁶⁰Vgl. www.fac.org. Auch im "Media Institute", einer Nonprofit-Organisation, haben sich ehemalige und praktizierende Juristen zusammengefunden. Es stellt einen "think tank" im Bereich der Kommunikationspolitik dar. Vgl. www.mediainst.org.

⁶¹Überblicksdarstellungen mit Einführungscharakter sind zum Beispiel: Hurwitz, Leon: *Historical Dictionary of Censorship in the United States*, Westport (Conn.) 1985 oder Hemmer, Joseph Jr.: *Free Speech*, Metuchen (N.J.) 1979.

Staatswesens. Bevor diese Theorien näher erläutert werden, soll kurz auf zwei grundsätzliche Gegebenheiten der Rechtssprechung in den USA hingewiesen werden. So spielt in den USA das *case law*, also die Einzelfallentscheidung, eine etwas wichtigere Rolle als in anderen juristischen Systemen, wie zum Beispiel in Deutschland. Dies bedeutet eine Einschränkung der normativen Entscheidungsgewalt der Verfassung und der Rechtsprechung des Obersten Gerichts. Weil etwas in der Verfassung steht oder in der Vergangenheit vom Supreme Court entschieden wurde, muss es nicht automatisch immer geltendes Recht sein. Das Prinzip der Einzelfallentscheidung bedeutet aber im Umkehrschluss auch, dass sich Kläger und Verteidiger immer wieder auf Präzedenzfälle berufen und zu diesen Analogien herstellen können. Dieser Punkt führt zur zweiten Grundsatzüberlegung: Die amerikanische Verfassung - das gilt nicht nur für die Presse- und Meinungsfreiheit - ist dynamisch ausgerichtet. Viele bedeutende staatsrechtliche Fragen wurden erst durch Zusatzartikel geklärt.⁶² Insofern ist das positivistische Element, das in vielen europäischen Verfassungen vorherrscht, in den USA geringer. Schon der verfassungsgebende Konvent ging nicht davon aus, dass seine Leitlinien für immer Gültigkeit besitzen würden. Die Ausformungen, Veränderungen und Ergänzungen der Verfassung sind daher integraler Bestandteil derselben.

Dies lässt sich gerade am Beispiel der Presse- und Meinungsfreiheit, also am ersten Zusatzartikel zur Verfassung aufzeigen: „Congress shall make no law respecting an establishment of religion, ... or abridging the freedom of speech, or of the press; ...“ In seiner kurzen, präzisen Formulierung richtet sich der Artikel zunächst eigentlich nur an den Kongress, vom Präsidenten ist zum Beispiel nicht die Rede. Auch die Einzelstaaten finden keine Erwähnung. Dennoch besteht Einvernehmen darüber, dass der Artikel über seinen Wortlaut hinaus nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative und Judikative anspricht. Außerdem wird sich kaum ein Richter in einem Einzelstaat finden, der die Gültigkeit des *First Amendment* für seinen Staat bezweifelt. Schon allein dies mag illustrieren, dass die interpretatorische Ausgestaltung eines Verfassungsartikels für den Juristen entscheidend ist und nicht nur sein genauer Wortlaut. So findet sich in den Artikeln der US-amerikanischen Verfassung keinerlei Definition dafür, was genau unter den Begrifflichkeiten *freedom of speech* oder *freedom of the press* zu verstehen ist. Seit Inkrafttreten der Verfassung bedurfte es also ständig weitergehender Ausformungen des

⁶²Ein Beispiel dafür ist Artikel 14 der Verfassung, der „equal protection of the law“ garantiert.

Prinzips der Presse- und Meinungsfreiheit durch Zusatzartikel zur Verfassung (wie das First Amendment), den Supreme Court und die übrigen Gerichte.⁶³

Diese Interpretationsproblematik führt zurück zu den angesprochenen vier Theorien. Die Grundrechtstheorie, die in den USA wohl den größten Einfluss auf die Ausgestaltung der Presse- und Meinungsfreiheit hatte, ist die Theorie vom *Marktplatz der Ideen* (marketplace-theory). Sie wurde vom Supreme Court-Richter Oliver Wendell Holmes formuliert, der in seinem von der Mehrheit abweichenden Votum im Fall *Abrams v. United States* zu dem Schluss kam:

The best test of truth is the power of the thought to get itself accepted in the competition of the market, and that truth is the only ground upon which their wishes safely can be carried out. That at any rate is the theory of our constitution.⁶⁴

Nachfolgende Richter haben dieses Konzept übernommen und weiter entwickelt. In seinem Urteil zu *Dennis v. United States* schreibt Richter William O. Douglas:

When ideas compete in the market for acceptance, full and free discussion exposes the false and they gain few adherents. Full and free discussion even of ideas we hate encourages the testing of our own prejudices and preconceptions. Full and free discussion keeps a society from becoming stagnant and unprepared for the stresses and strains that work to tear all civilizations apart.⁶⁵

Doch die Theorie stieß und stößt nicht überall auf Akzeptanz. Viele Kritiker verweisen darauf, dass das Marktplatz-Konzept nicht der Realität entspricht. Es sei veraltet und unpraktisch.⁶⁶ Der Jurist Jerome A. Barron argumentiert, dass selbst dann, wenn der Staat einen freien Zugang zum *Marktplatz der Ideen* gewährleiste, dieser noch lange nicht für alle gesichert sei, da in dieser Theorie mögliche ökonomische Restriktionen überhaupt nicht berücksichtigt würden. Er kommt daher zu einer „market failure theory“:

With the development of private restraints on free expression, the idea of a free marketplace where ideas can compete on their merits has become just as unrealistic in the twentieth century as the economic theory of perfect competition. The world in which an essentially rationalist philosophy of the first amendment was born has vanished and what was rationalism is now romance.⁶⁷

⁶³Einen sehr guten Überblick über die Rechtsprechung in diesem Bereich bietet: Campbell, Douglas S.: *The Supreme Court and the Mass Media*, New York 1990.

⁶⁴Vgl. *Abrams vs. United States*, 250 U.S. 616, 630 (1919)

⁶⁵Vgl. *Dennis vs. United States*, 341 U.S. 494, 584 (1951)

⁶⁶Barron, Jerome A.: *Freedom of the Press for Whom? - The right of access to mass media*, Bloomington (IN) 1973, S.4ff.

Es sei noch ein weiterer Kritikpunkt hinzugefügt. Die Marktplatz-Theorie geht davon aus, dass sich der Einzelakteur eine Meinung zu Eigen machen kann, die er dann auf dem Marktplatz vertritt. Die Theorie vernachlässigt allerdings die Überlegung, wo und wodurch diese Meinung überhaupt entsteht. Entspringt sie einem autonomen, unbeeinflussten sowie soziokulturell isolierten Individuum oder stellt sie die reine Überlieferung tradierter Werte einer gesellschaftlichen Schicht, eines Klans oder einer ethnischen Gruppe dar? Außerdem beantwortet die Marktplatz-Theorie auch nicht die Frage, ob eine neu geäußerte Meinung nicht vielmehr gerade durch den *Marktplatz der Ideen* entstanden ist; somit der Markt sich also ausschließlich selbst reproduziert und daher nicht wirklich neue Meinungen entstehen. Und letztlich geht die Theorie davon aus, dass die geäußerten Meinungen rationalen Überlegungen entsprechen und nicht unkontrollierten Emotionen. Ein kurzer Blick auf das Feld der Medienwirkungsforschung genügt, um festzustellen, dass Meinungen häufig durch emotionale Impulse und nicht nur kognitiv hervorgerufen werden. Trotz ihrer hier nur kurz skizzierten, potentiellen Schwächen hat die Marktplatz-Theorie bis heute einen wesentlichen Anteil an der juristischen Debatte und der konkreten Rechtsprechung.

Ein weiterer Erklärungsansatz zur Interpretation des ersten Zusatzartikels ist die Theorie von der *Partizipation im Staatswesen* (participation-theory). Sie betont den demokratischen Aspekt bei der Ausübung der Kommunikationsfreiheit. Der Begriff wurde im Wesentlichen vom Jura-Professor Alexander Meiklejohn geprägt.⁶⁸ Er hebt den Unterschied zwischen privater und öffentlicher Rede hervor. Nur letztere sieht Meiklejohn durch den ersten Zusatzartikel voll und ganz geschützt. Denn seiner Meinung nach liegt die Bedeutung des „First Amendment“ darin, den demokratischen Diskurs zu bewahren. Nur durch die öffentliche Rede werde die Basis für die Selbstregierung einer Nation geschaffen. Ein Staatswesen, das seinen Bürgern kein explizites Mitspracherecht über die Belange des Gemeinwohls einräumt, ist aus Meiklejohns Sicht nicht als Demokratie zu bezeichnen.

In diesem Punkt ist die Theorie von der Partizipation im Staatswesen in den USA etabliert; sie stellt eine tragende Säule für das amerikanische Selbstverständnis von Demokratie dar. Hier ähnelt die Theorie also sehr den Überlegungen und Argumentationslinien, die schon bei den Gründervätern zu finden waren. Fast alle Demokratien - nicht nur die westlicher Prägung - haben diese theoretische Fundierung

⁶⁷Barron, Jerome A. in: *80 Harvard Law Review 1641, 1678 (1967)*

⁶⁸Meiklejohn, Alexander: *Free Speech and its Relation to Self-Government*, New York 1948. Der Ansatz der Partizipation im Staatswesen wird in der Literatur daher oftmals auch als „Meiklejohn interpretation“ bezeichnet.

übernommen, auch wenn die Partizipation im Staatswesen von Land zu Land unterschiedlich gedeutet wird. Der Meiklejohn-Ansatz stieß aber auch auf Kritik. Seine Haupt-Schwäche sei offensichtlich: Durch die Unterteilung von öffentlicher und privater Rede werde eine künstliche Trennlinie erzeugt, die so in der Realität kaum existiere. Und selbst wenn es diesen Unterschied gäbe, wer sollte dann entscheiden, wo die private Rede aufhört und die öffentliche anfängt? So verwiesen die meisten Meiklejohn-Kritiker, wie zum Beispiel der Jura-Professor Chafee, auch darauf, dass nahezu jede Meinungsäußerung öffentliche Belange tangiere.⁶⁹ Ein zweiter Kritikpunkt baut auf derselben Überlegung auf, die schon bei der Analyse der Marktplatz-Theorie zu finden war. Er wirft Meiklejohn vor, zu stark auf die rationale Komponente und die intellektuelle Qualifikation der Meinungsäußerung abzielen. Die gefühlsmäßige Rolle, etwa in Form der Selbstverwirklichung, werde durch seine Definition nicht erfasst. Die alleinige Ausrichtung des Schutzbereichs des ersten Zusatzartikels auf demokratische Belange reiche daher nicht aus.⁷⁰ Durch das First Amendment würden auch ausgesprochen persönliche Rechte geschützt. Dieser Kritikansatz führt weiter zur Theorie der *Individuellen Autonomie* (individual autonomy-theory).

Im Gegensatz zum vorherigen Modell legt diese Theorie ihren Schwerpunkt auf die Gewährleistung **individueller** Freiheitsrechte. Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung seien die eigentlichen Schutzgüter der freien Meinungsäußerung: „Indeed, political democracy is merely a means to - or, in other sense, a logical outgrowth of - the much broader value of individual selfrealization.“⁷¹ Den wichtigsten Ansatz zu einer Kritik dieser Theorie bildet die Frage: Was geschieht, wenn ein Individuum ein anderes in seinem Recht auf Selbstverwirklichung einschränkt und bedrängt oder wenn der Staat dies tut? Diese entscheidenden Interessenskonflikte werden in der Theorie der Individuellen Autonomie ausgeklammert. Wichtige Aufgaben des Staates, wie zum Beispiel der Minderheitenschutz, bei dem das absolute Recht einer Person oder Gruppe eingeschränkt werden muss, um das Recht für eine andere garantieren zu können, verschieben die Werteskala. Ein Recht auf **absolute** individuelle Autonomie existiert also nicht. So fallen Meinungen, die dazu geeignet sind, das Staatswesen zu zerstören oder die zu Straftaten aufrufen, in den USA nicht unter den Schutz des First Amendment. In die Rechtspraxis hat die Theorie der Individuellen

⁶⁹Chafee Jr., Zechariah: *Book Reviews: Free Speech and its Relation to Self-Government* in: 62 Harvard Law Review, 891-901 (1949).

⁷⁰Tribe, Laurence: *American Constitutional Law*, New York 1988, S.787. Dieselbe Kritik findet sich bei Schuster, Detlev: *Meinungsvielfalt in der dualen Rundfunkordnung*, Berlin 1990, S.197

⁷¹Redish, Martin H.: *The value of Free Speech* in: 130 University of Pennsylvania Law Review, 591-645 (1982), S.601

Autonomie insofern Einzug gefunden, als dass ihre liberale Komponenten weiter entwickelt wurden. So genießt das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in Wort und Schrift einen hohen Schutz. Das anarchistische Element dieser Theorie wurde indes begrenzt oder durch Verweise auf andere Gesetze und staatliche Regeln in seine Schranken gewiesen. So ist es sinnvoll, sich zu vergegenwärtigen, dass es sich bei diesem Ansatz immer nur um eine Theorie der **eingeschränkten** individuellen Autonomie handeln kann.

Die vierte Theorie, die sowohl die akademische Debatte als auch die praktische Rechtssprechung beeinflusst hat, ist als Theorie von der *Stabilisierung des Staatswesens* (stabilizing-theory) zu bezeichnen. Nach dieser Theorie bildet die freie Meinungsäußerung unter anderem den Rahmen zur Austragung von Konflikten.⁷² Die Möglichkeit, Konflikte in einer Gesellschaft offen austragen zu können, sorgt demnach auf längere Sicht für Stabilität in dieser Gesellschaft, da die divergierenden Interessen nicht im Geheimen schlummern und letztlich durch ihren Widerstreit in einen ständigen Ausgleich gebracht werden.⁷³ Daher erfülle das Recht auf freie Meinungsäußerung eine Kontroll- und Sicherheits-Funktion für das Gemeinwesen. In der Fachliteratur wird dieser Prozess häufig anschaulich mit dem Bild eines Schiffsmotors verglichen. Die freie Meinungsäußerung sei das Sicherheitsventil (safety valve), durch welches das Volk angestauten Dampf ablasse (let off steam).⁷⁴ Somit würden angestaute Konflikte nicht unterdrückt. Sie könnten - so die Theorie - die Sicherheit des gesamten Staatswesens nicht gefährden, weil sie im öffentlichen Diskurs abgebaut oder zumindest für Staat und Regierung offensichtlich werden. Auch gegen diese Theorie gibt es erhebliche Einwände. Zum einen definiere sie die Meinungsfreiheit nur aus einer negativen Variante heraus (also nach der Frage: Was wird durch die Meinungsfreiheit verhindert? und nicht nach der Frage: Was wird durch die Meinungsfreiheit geschaffen?), zum anderen sei sie zu eindimensional ausgerichtet, da sie außer der Funktion des Dampfablassens alle anderen Bedeutungsebenen des „First Amendment“ nicht berücksichtige.⁷⁵

⁷²Emerson, Thomas I.: *First Amendment Doctrine and the Burger Court* in: 68 California Law Review, 422-481 (1980) S.423ff.

⁷³Schuster, S.196

⁷⁴Zuckmann, Harvey L.: *Mass Communications Law in a Nutshell*, St.Paul (Minn.) 1988, S.8

⁷⁵Bork, Robert H.: *Neutral principles and some First Amendment Problems* in: 47 Indiana Law Journal 1-35 (1971). S.25

Allen oben vorgestellten Theorien sind auf die ein oder andere Weise in die konkrete Rechtsprechung des Supreme Courts eingeflossen. Entscheidend ist also nicht die Aussagekraft **einer** diese Theorien für sich allein genommen, sondern ihre **Kombination** in Anwendung auf einen konkreten Fall. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist also nicht zuvorderst eine statische Größe des Verfassungsrechts, sondern zeitgeschichtlichen Strömungen und tagesaktuellen Entscheidungen ausgesetzt. Das zeigt sich unter anderem auch in den Untersuchungsergebnissen zahlreicher Arbeiten und Studien der First Amendment-Forschung.⁷⁶

Die Rolle der FCC

Ein weiteres Element zur Beeinflussung und Steuerung medienpolitischer Entscheidungen und damit auf indirektem Wege auch der Pressefreiheit in den USA, ist die Regelungspraxis der Federal Communications Commission (FCC). Die FCC kontrolliert die Vergabe von Sende-Frequenzen und überwacht gemeinsam mit dem Justiz- und Wirtschaftsministerium die Wettbewerbsrichtlinien. In der Theorie soll sie so eine Kartellbildung im Medienbereich verhindern und dafür Sorge tragen, dass die Presse- und Meinungsfreiheit nicht durch Medienmonopole eingeschränkt werden kann. Hier spielt also der Gedanke vom Marktplatz der Ideen eine wichtige Rolle. Durch die FCC solle der Wettbewerb gesichert und damit eine Vielzahl von Meinungen gewährleistet werden, so die Theorie. In der Praxis sah das oftmals anders aus, die Bildung von Monopolen wurden nicht nur nicht verhindert, sondern noch unterstützt:

The cumulative power of a conglomerate can best be described with the example of AOL/ Time Warner, one of the biggest media enterprises today. (...) In the medium of television alone AOL owns at least 50 % of available channels to include WB, movie channels HBO and Cinemaxx, TBS, TNT (both light entertainment channels), Cartoon Network, and CNN. (...) They are also the second-largest cable provider with 12.8 Million subscribers in wholly and partially owned systems. In terms of online domains, AOL owns AOL, CompuServe, Netscape, the messenger system ICQ and AIM, as well as multitude of websites. The publishing media shows that AOL owns more than sixty magazines, including three current bestsellers: TIME, LIFE and PEOPLE. So pervasive is the presence of this conglomerate that one can spend unlimited time surfing various outlets, domains or watching many TV channels, or reading magazines without leaving the domain and influence of AOL.⁷⁷

⁷⁶Vgl. unter anderen z. B. Hentoff, Nat: *The First Freedom. The Tumultuous History of Free Speech in America*, New York 1984 oder: Bartlett, Jonathan (ed.): *The First Amendment in Free Society*, New York 1979.

⁷⁷"The Big Ten" in: <http://www.the.nation.com/special/bigten/html>, Dec.18, 2002, 21.45 MEZ.

Das Phänomen der Medienkonzentration ist nicht neu. Kaum hatte die FCC ihre Arbeit aufgenommen (die FCC wurde durch den Federal Communications Act von 1934 ins Leben gerufen, seit 1927 gab es bereits die Federal Radio Commission, die dann in der FCC aufging), wandte sie sich einem bis heute aktuellen Problem der Medienregulierung zu - den *cross-media-ownerships*.⁷⁸ Auch wenn man zu diesem Zeitpunkt noch nicht erwartete, dass Zeitungsverlage sich in größerem Umfang für den Kauf von Rundfunkstationen interessieren würden, war man sich des Problems aber schon bewusst. So erklärte der Commissioner Irwin Stuart bereits 1936:

Combining the two [Zeitungen und Radio A.d.V.] under the same control inevitably presents a problem of major moment, which should be squarely faced by the commission in determination of the public interest, convenience and necessity.⁷⁹

Die zunehmende Konzentration auf dem Medienmarkt wurde aber von der FCC Anfang der dreißiger Jahre nicht als wesentliche Gefahr für die Pressefreiheit und die öffentliche Meinung angesehen. Seine Enttäuschung darüber, die zunehmende Konzentration von Medienmacht nicht rechtzeitig vorausgesehen zu haben, äußerte im Nachhinein der ehemalige Senator Clarence Dill, der in der Literatur oftmals als Vater des Federal Communications Act bezeichnet wird.

If I had dreamed that newspapers would acquire radio and television stations, I would have written a prohibition into the act. Certainly newspapers which occupy monopoly positions in a city should not be permitted also to own radio and television stations. This country cannot afford to have monopoly over public opinion any more than it can afford to have a monopoly in industry.⁸⁰

Eine globale multimediale Unternehmensverflechtung konnte oder sollte spätestens Ende der siebziger Jahre nicht mehr verhindert werden. Obwohl die FCC keinen Einfluss auf die Inhalte der Medien (also ihre Berichte und Reportagen) nehmen darf, hat sie einen erheblichen Einfluss auf die Pressefreiheit. Denn durch die Vergabe von Lizenzen und die Erlaubnis bzw. das Verbot von Fusionen auf dem Medienmarkt

⁷⁸Mit dem Begriff soll hier vor allem die Überlagerung und wirtschaftliche Verknüpfung von Medienkonzernen gemeint sein. Insbesondere gilt dies für Unternehmen, die multimedial ausgerichtet sind; die also Medienprodukte unterschiedlicher Gattungen (Fernsehen, Radio, Zeitungen) anbieten und gleichzeitig deren Verbreitungswege sowie die damit verbundenen Techniken (Kabelnetze, Telekommunikationsfirmen, Satelliten) in einer Hand vereinen. Beispiele dafür sind unter anderem General Electric, Warner Brothers, Sony, Microsoft, Disney oder Bertelsmann. Zu einer genaueren juristischen und ökonomischen Definition vgl. Bender, Gunnar: *Cross-Media-Ownership*. Münster 1997, S.28ff.

⁷⁹Sterling, Christopher: *Newspaper Ownership of Broadcast 1920-1968* in: Journalism Quarterly, Summer 1969, S.227-236, S.227

⁸⁰Zit. in: 75 *Michigan Law Review*, S.1719, 1977.

hat die FCC eine enorme Macht, was die ökonomischen Interessen der Medienkonzerne betrifft. Diese ökonomische Macht kann auch zur Ausübung politischer Macht führen:

While the Commission was not allowed to censor the actual content of any station, it did have the power to refuse renewal of licenses in cases of flagrant disregard of broadcasting responsibility as stated above. Thus the stations must be ever mindful to remain in good standing with the FCC. (...) Or in other words: Daily censorship is made unnecessary by anticipatory self-censorship.⁸¹

Ein wissenschaftlicher Nachweis politischer Beeinflussung durch die FCC ist durch die Kompetenzlage der FCC in Hinsicht auf die Medieninhalte nur schwer zu führen. Da es sich um ein informelles System der Einflussnahme handelt, das sich häufig auch durch vorauseilenden Gehorsam auszeichnet, bleiben nur indirekte Rückschlüsse, um zu belegen, dass die FCC politische Macht ausgeübt und Interessen bestimmter politischer Gruppierungen wahrgenommen hat. Jedoch gibt es zahlreiche Indizien, die solche Rückschlüsse nahe legen. Vor allem während der Reagan-Administration (wenn auch nicht ausschließlich während dieser Zeit) gab es zahlreiche Versuche, über die FCC Druck auf die Medien auszuüben.⁸² Dieser Druck wurde von den Verlegern an die Redakteure weitergegeben und dies führte letztlich zu einer politisch-inhaltlichen Einflussnahme, die aber offiziell bestritten wurde:

C. Peter Jorgensen, publisher of Century newspapers in Boston even made it clearer than any state censor could have done, when he advised his reporters to avoid any articles on candidates opposing Republican candidates in the upcoming elections: If this unclear in any way, resolve every question in your mind with a decision not to print.⁸³

Hinzu kommt, dass die FCC vom Kongress kontrolliert wird und dass eine politische Einflussnahme nicht immer ursprünglich von der FCC selbst ausgehen muss, sondern dass sie selbst als Transporteur bestimmter Interessen von Lobbygruppen im Kongress fungieren kann. Auch hierfür lassen sich, der Natur der Dinge entsprechend, nicht immer eindeutige Beweise finden. Jedoch gibt es auch in diesem Fall erneut die Möglichkeit eines indirekten Rückschlusses:

Just how strong this control and influence can be is illustrated by a comment of Speaker Sam Rayburn in 1961. During a commission hearing, Rayburn put his arm

⁸¹Parenti, S.38

⁸²Emery, S.24f.

⁸³Parenti, S.34

around the FCC Chairman and said: 'Just remember one thing, son. Your agency is an arm of Congress, you belong to us. Remember that, and you'll be all right.'⁸⁴

In den Augen der Konstitutionalisten haben sich das juristische Gesamt-System und vor allem die Ideen, die hinter ihm stecken, dennoch bewährt. Das gelte auch für den Fall, dass die oben genannten Institutionen (Parlament, FCC, Supreme Court, Kartellbehörde) in ihrer Kontrollfunktion versagten. Nach Ansicht der Konstitutionalisten sei so ein Versagen kein systemimmanenter Fehler, sondern ein Fehler der handelnden Individuen, der prinzipiell nie ausgeschlossen werden könne. Der Glaube an den ersten Zusatzartikel der Verfassung und das Ideal bzw. Postulat einer freien Presse ist bis heute in der politischen Debatte über die Rolle der Medien lebendig. Allerdings sind diese Elemente inzwischen von anderen Ansätzen überlagert worden.

Der realistische Ansatz

Seit den Tagen der Amerikanischen Revolution haben sich die Medien von familiengeführten Unternehmen zu einem festen Bestandteil des *big business* gewandelt. Viele Medienkritiker tragen in ihren Schriften dieser Entwicklung Rechnung und betonen, dass die Medien heute nicht mehr ausschließlich unter den ideellen Prämissen der Verfassung zu messen seien. Der *realistische Ansatz*, der diese Erkenntnis internalisiert hat, ist ökonomisch geprägt. Das Vertrauen in die Selbstreinigungskräfte der Demokratie und damit auch in die der Medien ist deutlich geringer als bei den Konstitutionalisten. Die Medien werden daher auch nicht in erster Linie als Instrumente des politischen Willensbildungsprozess angesehen, sondern vielmehr wird ihre Funktion als Wirtschaftsbetrieb betont.

Journalists do not work for benevolent, non profit organizations. Today's journalists, more than ever before, are dispensable employees of major media conglomerates whose executives are as concerned with the bottom line as they are with editorial quality.⁸⁵

Der realistische Ansatz "akzeptiert", dass die Medien - vor allem die großen kommerziellen Konzerne - ebenso unterhalten wie informieren müssen, um eine

⁸⁴Seiden zit. in Sloan, S.183

⁸⁵Moldea, Dan E.: "The First Amendment: What's it worth today?" in: *Editor and Publisher*, 20 July 1991, 52, S.44

möglichst große Zahl an Zuschauern, Lesern oder Hörern binden zu können. Denn nur mit einer hohen Auflage oder Einschaltquote können sich die Medienorgane gegenüber den Anzeigenkunden rechtfertigen, die letztlich den Betrieb der Zeitung oder des Senders finanzieren. Daher müssten die kommerziellen Medien ihren Blick immer auf ein breites Publikum richten. Dies führt dann nach Meinung der Realisten dazu, dass Unterhaltung oftmals über die Information siegt.⁸⁶ Die Medien-Erzeugnisse werden von den Realisten daher in erster Linie als Produkt oder Ware betrachtet und nicht als journalistische Artikel, literarische Beiträge oder politische Information. Die Qualität der Reporter und Redakteure werde daher nicht mehr ausschließlich nach ihren journalistischen Fähigkeiten bewertet, sondern vor allem nach ihrer Bereitschaft, sich in bestehende Hierarchien einzuordnen und den ökonomischen Interessen ihres Konzerns zu entsprechen:⁸⁷

Reporters who please their editors by writing well received stories get better assignments and move up to editing jobs, editors who please their managers by assigning and crafting such stories get better departmental positions and move up into management, managers who please their publishers get groomed for even better positions.⁸⁸

Diese Struktur der Hierarchien lässt sich um zwei weitere wichtige Ebenen erweitern: Die Aufgabe der Herausgeber ist es, den Vorstand des Unternehmens zufrieden zustellen; der Vorstand seinerseits ist den Aktionären verpflichtet. Vor allem in den vergangenen Jahren hat die letzte Ebene immer größere Bedeutung erlangt, da die meisten Medienbetriebe Mischkonzerne geworden sind und nicht mehr einem einzelnen Anteilseigner gehören. So sehr die Mehrheitsverhältnisse diversifiziert sind, so sehr unterscheiden sich auch die Interessen der Anteilseigner. Nur scheinbar paradoxer Weise können sie aber in gewissen Situationen und bei bestimmten Betrieben auch wieder kumulieren, da trotz einer weiten Streuung der Besitzverhältnisse letztlich wiederum doch nur **ein** Großkonzern durch seine Aktienmehrheit den Ton angibt.⁸⁹

Vor allem in Krisenzeiten könne diese Tatsache zu bedenklichen Entwicklungen führen, so die Realisten, da in dieser Situation eine unabhängige Berichterstattung

⁸⁶Vgl. Gans, Herbert: *Deciding What's News. A Study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek and Time*, New York 1979, S.85ff. Weitere Anhänger der realistischen Theorie sind zum Beispiel Hallin, der diese in Bezug zu den Konstitutionalisten setzt, und Wood, Sharkey, Denton oder Auletta.

⁸⁷Tuchman, S.169

⁸⁸Himmelstein, Hal: *Television News and the Television Documentary* in: *Television - the Critical View* S.225-291

⁸⁹Vgl. zu diesem Gedankengang z.B.: Compaine, Benjamin M: *Who owns the Media?*, Mahwah (NJ) 2000 oder Bagdikian, Ben: *The Media Monopoly*, Boston (Mass.) 1992ed. Ed Horace, New York, S.260

oftmals von staatlicher Seite eingeschränkt sei. Das Wesen von Kriegsnachrichten, ein hohes Maß an Spannung, Dramatik und Aktion, gemischt mit exotischen Schauplätzen und Emotionen biete aus Sicht der Medien besonders gute Vermarktungsmöglichkeiten. Die fernsehgerechte Aufarbeitung eines Krieges mit Hilfe von Grafiken und Schaubildern erzeuge eine ideale Mischung aus Information und Unterhaltung, die dem Zuschauer gut zu "verkaufen" sei, argumentieren die Realisten.⁹⁰ Im wirtschaftlichen Wettkampf um Einschaltquoten und Auflagen werde es sich keine große Zeitung oder Fernsehanstalt leisten, das Thema Krieg nicht zu behandeln. Der hohe visuelle Reiz, den vor allem Fernsehberichte vom Krieg erzeugen, ist in der Tat unbestritten. So wurde während des Golfkrieges trotz Bildzensur das Fernsehen zur ersten Informationsquelle und viele Zuschauer waren überzeugt, gut informiert zu werden.⁹¹ Eine Steigerung der Zuschauer- bzw. Auflagenzahlen bringe den Medien, vor allem dem Fernsehen, Gewinne über den direkten Verkauf ihres Programms durch Kabelmieten oder die Möglichkeit zur Erhöhung der Anzeigenpreise für Werbung.⁹² Gerade in Kriegsfällen gehe es oftmals nicht um langfristiges Platzieren des Produkts (Zeitung oder Fernsehprogramm) am Markt, sondern um kurzfristige Einschalt- bzw. Auflagenerfolge, argumentieren einige Realisten. Sie gehen daher davon aus, dass der Nachteil einer unzureichenden oder gar unkorrekten Berichterstattung oft genug nicht nur geduldet, sondern bewusst einkalkuliert werde.⁹³

In dieser Schlussfolgerung sind sich aber nicht alle realistischen Theoretiker einig. Denn in Kriegs- und Krisenzeiten kalkulieren die Unternehmen zum Teil auch bewusst Verluste ein. Viele Werbekunden wünschten keine direkte Platzierung ihres Produktes im Umfeld von Kriegsberichterstattung. Eine Shampoo-Werbung, die auf Bilder von Leichen folge, könnte vom Zuschauer als geschmacklos empfunden werden. Außerdem sei in Krisenzeiten die Bereitschaft der Unternehmen zu werben geringer, als in Friedenszeiten. Nichtsdestotrotz - und hier stimmen die unterschiedlichen realistischen Ansätze wieder überein -, profitierten die Medien letztlich doch von ihrer Kriegs-Berichterstattung. Durch hohe Einschaltquoten und Auflagen werde das Renommee des Senders oder der Zeitung gestärkt. Dies wiederum eröffne den Medienkonzernen die

⁹⁰Zur Bedeutung der Fernsehgrafik - vor allem im Golfkrieg - vgl. Mac Arthur, John R.: *Second Front. Censorship and Propaganda in the Gulf War*, New York 1992. Kap.3 "Designing War", S.78ff.

⁹¹Ein Indiz dafür ist unter anderem eine repräsentative Umfrage der „New York Times“. "Poll Backs Control of News" in: *„New York Times“*, 31.Jan.1991.

⁹²Die Fernsehanstalt CNN erhöhte wegen der Einschaltquotensteigerung durch den Golfkrieg ihre Anzeigenpreise für einen 30-Sekunden-Werbespot um 300 Prozent. Vgl. Mansel, Bernd: "A nice return of investment" (Originaltext) in: *Publizistik und Kunst*, Nr. 3, März 1991, S.16

⁹³Vgl. dazu Kellner, Douglas: *The Persian Gulf TV War*, Boulder (Col.) 1992, S.125ff.

Möglichkeit, höhere Werbepreise zu erzielen, da sie argumentieren könnten, die Zeitung oder der Sender würde - wie die jüngsten Auflagenzahlen beziehungsweise Quoten aus dem Krieg belegten - ein größeres Publikum als ursprünglich angenommen erreichen.⁹⁴

An dieser Stelle zeigt sich, dass die ökonomische Abhängigkeit der Medien von ihren Werbe-Kunden und Aktionären nicht auf einen einfachen Nenner zu bringen ist. So muss, um die ökonomischen Abhängigkeit konkret nachzuweisen, neben vielen anderen Überlegungen auch die prinzipielle Frage gestellt werden: Wer will in welchem Medium für was für ein Produkt werben und welche Zielgruppe soll durch diese Werbung erreicht werden? Wirtschaftliche Interessen beeinflussen die Medien in Kriegen aber auch noch auf eine andere Art und Weise, so die Realisten. So wünschten sich Rüstungsbetriebe auch im redaktionellen Teil, also in den Artikeln oder Berichten, Hinweise auf die Effektivität ihrer Produkte. Für diese Art der Werbung, die dem Fernsehzuschauer nicht als solche kenntlich gemacht werde und dadurch erheblich effektiver sei, würden zum Teil Summen gezahlt, die weit über dem normalen Anzeigenpreis lägen.⁹⁵ Mögliche Einflüsse von Rüstungsbetrieben auf die Medien lassen sich - nach Ansicht vieler Realisten - schließlich dann vermuten, wenn diese Betriebe an Medienunternehmen wirtschaftlich beteiligt sind.⁹⁶ Diese begründete Annahme allein stellt allerdings noch keinen Beweis für konkrete Einflussnahme dar.

Denn eine Verflechtung von Medien- und Rüstungskonzernen ist nicht immer offen erkennbar. So sind die Aktienmehrheiten häufig auf unterschiedliche Beteiligungsgesellschaften aufgeteilt, die wiederum Anteile an anderen Firmen halten. Zudem sind viele der betroffenen Unternehmen Mischkonzerne; teilweise können ihre Produkte (wie zum Beispiel elektronische Steuerungseinheiten) sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden. Auch personelle Überschneidungen müssten, so ein andere Theorie des realistischen Ansatzes, nicht unbedingt ein Indiz dafür sein, dass die handelnden Personen (z.B. Vorstandsvorsitzende oder Aufsichtsratsmitglieder) auch tatsächlich Einfluss auf das innere Management eines Medien-Betriebs und damit auf

⁹⁴Vgl. Fußnote 48. CNN erhöhte seine Anzeigenpreise nicht nur **während** des Golfkrieges, sondern vor allem noch einmal **danach**.

⁹⁵Kellner, a.a.O.

⁹⁶So gehört eine der vier großen US-Fernsehanstalten, die National Broadcasting Corporation (NBC) dem Konzern General Electric (GE), der auch Rüstungsprodukte vertreibt. GE und andere Firmen sind wichtige Geldgeber für die kommerziellen Fernsehsender, sie finanzieren zum Teil auch öffentlich-rechtliche Programme in den USA mit. Darüber hinaus sitzen in den Aufsichtsräten und Vorständen großer amerikanischer Mediengesellschaften Vertreter von Rüstungsfirmen oder ehemalige Außen- und Verteidigungsminister der USA, die inzwischen für die Industrie tätig sind. Zu diesen Angaben vgl.: Lee, Martin A.: "Arms and the media- business as usual" in: *Index on Censorship*, Nr. 10/1991, S.29ff.

die tägliche Berichterstattung nehmen. Das bestätigen auch Praktiker: "Solange die Einschaltquote stimmt, gibt es auch keine inhaltlichen Handlungsanweisungen aus der Führungsetage".⁹⁷ Nicht zuletzt würde, wenn es zur einer Beeinflussung der Journalisten durch das Management käme, dies nicht in Mitschriften oder Aktennotizen vermerkt, sondern die Anweisungen erfolgten wenn überhaupt in Vier-Augen Gesprächen, so Bohley. An dieser Stelle haben die Realisten daher häufig das Problem, ihre Vermutungen nicht durch Quellen belegen zu können. Insofern kann also nur von Annahmen oder begründeten Vermutungen gesprochen werden. Eine Beweisführung im juristischen Sinne ist keinesfalls möglich. Auch die Mittel der historischen Quellenkritik helfen hier nur sehr bedingt weiter oder können keine Anwendung finden, da es oftmals keine relevanten Quellen gibt. Trotz ihrer unterschiedlichen und sich teilweise widersprechenden Argumentationen und ihrer systeminhärenten Beweisschwächen, bieten die Theorien des realistischen Ansatzes einen enormen analytischen Vorteil, da sie bei der Debatte über die Bedeutung und Rolle der Medien in der Gesellschaft die wirtschaftliche Komponente zu recht als sehr stark einschätzen.

So bleibt zum Beispiel unumstritten, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen Journalisten arbeiten und Medienmanager ihre Zeitungen, Radio und TV Sender führen, ständig erheblich verändert haben:

Switching focus from a responsibility to the public to responsibility to shareholders, giants Gannett, Scripps Howard, Times-Mirror, General Electric (NBC), Cap Cities (ABC) and Loews Enterprises (CBS) are changing business from one that is based on information to one that is based on the bottom line.⁹⁸

Dabei registrierten die Realisten häufig eine Tendenz, Informationen zu popularisieren, um sie einem größeren Publikum schmackhaft zu machen.⁹⁹ Dadurch bleibe das Recht der Öffentlichkeit, informiert zu werden, zeitweise auf der Strecke. Denn „the public's right to know“ werde mit dem Recht des Medienkonzerns, Geld zu verdienen, konfrontiert. Aber auch hier lässt sich wiederum keine Zwangsläufigkeit nachweisen. Beide Interessen können durchaus übereinstimmen. Die Realisten gehen davon aus, dass trotz des Primats des ökonomischen Interesses die wichtigsten politischen Informationen an die Öffentlichkeit durchdringen, solange sie vom Endverbraucher - also dem Leser, Zuschauer oder Hörer - nachgefragt werden. Die Zuspitzung dieses Prinzips

⁹⁷Kurzinterview des Autoren mit Martin Bohley (International Newsource Producer) CNN Atlanta, Atlanta (GI) Okt. 1999.

⁹⁸Auletta, Ken: *The Blind Mice*, New York 1991, S.475

⁹⁹a.a.O., S.205

bestehe darin, dass die Medien inzwischen teilweise nicht mehr über das berichten, was Journalisten und Herausgeber für wichtig halten. Stattdessen stünde die vermutete Erwartungshaltung des Publikums im Vordergrund: "The news media are now seen as giving the public what it thinks it needs."¹⁰⁰ Dadurch entsteht nach Auffassung der Realisten ein fataler Kreislauf. Die vordringliche Wirkung der Medien bestehe nicht mehr darin die Öffentlichkeit möglichst wertneutral zu unterrichten, wie es der konstitutionelle Ansatz zumindest postuliert, sondern vielmehr darin, die existierende Sozialstruktur zu erhalten. Die Medien seien Bindeglied und Erzeuger gesellschaftlicher Realität zugleich. Die Medien versicherten der Öffentlichkeit, dass „the things really are O.K. in a great big crazy world, rather than telling them things really aren't ok at all...“¹⁰¹

Diese Entwicklung gelte insbesondere für das 20. Jahrhundert und dabei wiederum insbesondere für die Massenmedien. Bei dieser These des realistischen Ansatz fließt also auch eine soziologische Betrachtungsweise mit ein. Die Schuld für diese Entwicklung, die unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten sehr gefährlich sei, sehen die Realisten aber nicht ausschließlich bei den Medien, sondern auch bei den Rezipienten selbst. Der Medienwissenschaftler Seigenthaler beschreibt dieses Phänomen als Zustand der „Nichtkontroverse“: „ We must accept, if we are honest to ourselves, that the public is intolerant to controversial news and provocative ideas...“.¹⁰²

Die kulturelle und politische Funktion der Medien sei daher nicht nur die Bewahrung und Wiederholung des bestehenden gesellschaftlichen Grundkonsens als Selbstzweck oder zum Zwecke der Identitätsstiftung, sondern vor allem die Garantie dafür, wirtschaftlich profitabel zu bleiben. Diese Entwicklung ist nicht grundsätzlich neu: Schon seit dem 19. Jahrhundert mussten die Zeitungen um „Werbedollars“ kämpfen. Zwischen 1870 und 1900 vervierfachten sich die Auflagen der Tageszeitungen in den USA.¹⁰³ Auch der damalige Wettbewerb um schnellere Berichterstattung, effektivere Druckmaschinen und die ersten Fotos war Ausdruck der Konkurrenz zwischen Großunternehmen. Um den Herausforderungen des Wettbewerbs besser begegnen zu können, gründete sich 1887 die „American Newspaper Publishers Association“.¹⁰⁴ Bereits im darauf folgenden „Age of Yellow Journalism“ wurde der Erfolg einer Zeitung

¹⁰⁰Altman, Rick: *Television Sound* in: Studies in Entertainment-Critical Approaches to the Mass Culture, ed. Modleski, Tania, Bloomington (Ind.) 1986, S.39-54, S.43

¹⁰¹Morse, Margaret: *The Television News Personality and Credibility: Reflections on the News in Transition* in: Modleski, S.55-79, S.67

¹⁰²Seigenthaler, John: *Tell it like it is* in: Quill, Jan/ Feb. 1992, S.46-48, S.46

¹⁰³Emery, S.191

¹⁰⁴a.a.O., S.268

nach ökonomischen Gesichtspunkten bewertet. Der Unterschied, der damals zunächst zwischen der Popularisierung und der Sensationalisierung eines Medien-Produktes gezogen worden war, dann aber alsbald verwischt wurde, hat eine Debatte zwischen Realisten und Skeptikern entfacht.

Der skeptische Ansatz

Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Realisten und Skeptikern besteht darin, dass die Skeptiker auf Grund eines ähnlichen Ansatzes und vergleichbarer Untersuchungsergebnisse zu anderen Schlüssen gelangen. Während die Realisten trotz des ökonomischen Primats über die Information noch davon ausgehen, dass wichtige politische Informationen, die die Meinungsbildung beeinflussen, nach wie vor an die Öffentlichkeit gelangen, sind die Skeptiker der Auffassung, dass durch die Medien **keinerlei** für die Gesamtgesellschaft politisch relevanten Informationen mehr transportiert würden. Vielmehr hätten sich die Medien zu einem Propaganda-Instrument der Eliten gewandelt. Der texanische Philosophie-Professor und Medientheoretiker Douglas Kellner definiert diese Art der Propaganda als Mittel zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung.¹⁰⁵ Nach Ansicht des Linguisten und Philosophen Chomsky dient die Propaganda der Kontrolle der Information. Gemeinsam mit dem Ökonomen Herman entwarf Chomsky ein Modell von fünf Filtern, mit deren Hilfe die Medien die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit lenken.¹⁰⁶ Herman und Chomsky betonen wie schon die Realisten vor allem die Größe und die Besitzverhältnisse eines multi-medialen Konzerns.¹⁰⁷ Obwohl es in den USA Tausende unterschiedliche Zeitungen sowie Hörfunk- und Fernsehsender gibt, sei schon Ende der 80er Jahre der Großteil an politischen Nachrichten von lediglich 24 Mega-Unternehmen produziert worden. Kleinere unabhängige, lokale Zeitungen, TV- und Radiostationen seien auf die nationalen Nachrichten-Agenturen angewiesen, wenn sie mehr als regionale Berichterstattung leisten wollen.¹⁰⁸

Der Pulitzer-Preisträger und Journalismusprofessor Bagdikian stützt diese Untersuchung. In seinem Standardwerk „The Media Monopoly“ kommt er zu dem

¹⁰⁵Kellner, Douglas: Television, *Politics and the Making of a Conservative Hegemony*, Boulder (Col) 1990, S.6

¹⁰⁶Chomsky, Noam and Herman, Edward S.: *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media*, New York 1988, S.2

¹⁰⁷Weitere Vertreter dieser Schule sind zum Beispiel Kellner, Barsamian, Hertsgaard, Fishman oder Himmelstein.

¹⁰⁸Chomsky, S.4

Schluss, dass „... 23 corporations control most of the business...“¹⁰⁹ Ein Artikel der Fachzeitschrift „Quill“ stellte fest, dass im Jahre 1993 in 98 Prozent aller US-amerikanischen Städte Zeitungen Monopole aufgebaut hätten. 75 Prozent davon gehörten wiederum zu einer nationalen Gruppe oder Kette.¹¹⁰ Diese Zahlen verdeutlichten die Macht der großen Medienkonzerne und ihre Verquickung untereinander. Bagdikian spitzt dies zu: „ ...five major media organisations already dominate the fight for hundreds of millions of minds throughout the world.“¹¹¹ Die Entwicklung zu einer Konzentration der Medienunternehmen auf wirtschaftlicher Ebene ist nicht neu. Im Jahre 1979 ermöglichte die FCC den bis dahin größten Zusammenschluss der US-Geschichte: Durch die Fusion der Gannett Co. und der Combined Communications Corporation entstand ein Unternehmen, dem insgesamt 80 Tageszeitungen, sieben Fernsehstationen, sechs AM und sieben FM- Radiostationen (Kurz- und Ultrakurzwellen-Stationen) angehörten.¹¹² Ein steter Trend in diese Richtung folgte. In jüngster Zeit ist als Beispiel die Fusion von Time Warner (dem Mehrheitsaktionär am Fernsehsender CNN) und dem Internetprovider AOL zu nennen. Die Kabelfernsehindustrie entwickelte sich von einer Vielzahl kleinerer Netzbetreiber zu einer Anzahl großer, so genannter *multiple system operators* kurz MSO. Diese MSO beschränkten sich nicht mehr auf die reine Übertragung von Medieninhalten, sondern weiteten ihre Interessen auf die Produktion eigener Inhalte aus.¹¹³ Anfang der 90er Jahre erreichte die Fusionswelle auf dem US-Medienmarkt eine neue Qualität. Der ohnehin schon bestehende Trend zur Reproduktion der Inhalte in möglichst vielen verschiedenen Formaten wurde durch die technische Neuerung der Digitalisierung befördert.¹¹⁴

Auf Grund dieser Fakten, also der wirtschaftlichen Konzentration der Medien - sei es nun auf den traditionellen oder den Multimedia-Märkten - folgern die Skeptiker wesentliche Auswirkungen auf die Programmgestaltung und damit wiederum auf das Prinzip der freien Meinungsäußerung:

¹⁰⁹Bagdikian, Ben: *The Media Monopoly*, Boston (Mass.) 1992.

¹¹⁰Roth, Richard J.: *The Profit of Doing* in: Quill, May 1993, 19-21. Zur lokalen Medienkonzentration vgl auch: Barnett, Stephen R.: *Cross-Ownership of Mass Media in the Same City*, Berkeley (Cal.) 1974, passim

¹¹¹Bagdikian, S.43ff.

¹¹²Spieler, Ekkehard: *Fusionskontrolle im Medienbereich*, Berlin 1988. S.112

¹¹³Gomery, E.: „Who owns the media“ in: Alexander, Alison: *Media Economics. Theory and Practice*, Hillsdale (N.J.) 1993, S.47

¹¹⁴Zu den Akteuren, Strategien und Interessen der Multimedia-Märkte vgl. Barrett, Andrew C.: „Shifting Foundations: The Regulation of Telecommunications in an Era of Change“ in: *Federal Communications Law*

Such deals [hier ist die Übernahme von CBS durch Westinghouse gemeint A.d.V.] illustrate that whereas the public once decried centralized control of information by the government as censorship, they now accept centralized control of information by money hungry media corporations.¹¹⁵

Der Strom der Information werde durch die Größe und Besitzverhältnisse von Medienkonzernen stark beeinflusst.¹¹⁶ Die Skeptiker gehen davon aus, dass nur eine kleine, sozial dominante Klasse diesen Strom lenke und damit die öffentliche Meinung entscheidend beeinflusse. Dies geschehe durch die Inhalte der Medienprodukte. So betont die Medien-Fachzeitschrift „Quill“, dass „... too many newspaper owners believe that shorting the readers on quality is the road to a nice bottom line.“¹¹⁷ Dies betreffe - so die Skeptiker - die elektronischen Medien, die noch viel größere Zuschauermengen im Blick haben, umso mehr. Hier gelte die Regel: „...viewers must be kept in a state of high excitement or they might switch to another channel.“¹¹⁸ Die Angst der Fernsehmacher, Zuschauer zu verlieren, führe dazu, dass besonders in diesem Medium einfache, symbolträchtige *Images*.¹¹⁹ benutzt werden, die eher Eindrücke und Gefühle als Ideen und Gedanken des Zuschauers ansprechen würden. Wiederkehrende Klischees und Stilformen seien daher keineswegs auf die Einfalt der Autoren und Produzenten zurückzuführen, vielmehr wollten diese damit den Zuschauer schnell und nachhaltig ansprechen. Der Publizist Walter Lippmann formuliert es so: „... the way the media help form generic public opinion is through powerful symbols that trigger common emotions.“¹²⁰

In Chomskys Theorie sind die Medienorganisationen inzwischen zudem eine symbiotische Beziehung mit den sogenannten „News Sources“ eingegangen. In der Tat benötigen die Medien einen ständig neuen Fluss an Information. Politiker und Wirtschaftskräfte wiederum sind daran interessiert, ihre Meinung zu verbreiten. An dieser Stelle liege der Schnittpunkt, der dazu führe, dass häufig Vertreter des politischen und ökonomischen Establishments von den Medien zitiert würden und damit nur noch ihre Sicht der Dinge an die Öffentlichkeit gelange, so die Skeptiker. Diese Tendenz werde dadurch befördert, dass eine Quelle ernster genommen werde, wenn sie sich

Journal, Nr. 46 1993, S 39-62, S.43ff. und Bogart, Leo „Media Mergers“ in: *Media Studies Journal*, Nr 10, Spring/Summer 1996, S.15ff.

¹¹⁵Barsamian, David: *Stenographers to Power. Media and Propaganda*, Monroe (Maine) 1992, S.21

¹¹⁶Diese These wurde schon im Kapitel über die Realisten analysiert und kontrovers diskutiert.

¹¹⁷Roth., S.21

¹¹⁸O'Neill, Michael J.: *The Roar of the Crowd: How Television and People Power are changing the world*, New York 1993, S.41

¹¹⁹Zur Definition des Begriffs „Images“ vgl. auch das folgende Kapitel.

¹²⁰Lippmann zit in. Ders. S.82

einen offiziellen Anstrich gäbe.¹²¹ Darüber hinaus sei die eigene Recherche der Medien oft durch Budgetkürzungen und Personalmangel eingeschränkt. Informationsangebote offizieller Stellen oder die Dienste der Nachrichtenagenturen würden häufig genutzt. Der Medientheoretiker Fishman analysiert daher: „Only other bureaucracies can satisfy the input needs of a news bureaucracy.“¹²² Durch diese Abhängigkeit von den Quellen und durch mangelnde eigene Recherche würden sich die Redakteure nach Ansicht der Skeptiker oftmals zum Transporteur der Meinungen anderer machen. Die Reporter setzten nicht mehr selbst die Agenda der Themen. Der Auslandschef der Zeitschrift „New Yorker“ beschreibt dies so:

(Right now) the press takes its cue from Washington, and Washington obviously puts the spotlight on places where it looks good and not places where it is involved in terrible crimes.¹²³

Die Medien nehmen also die ideelle Rolle als Advokat des „kleinen Mannes“ und unabhängiger Berichterstatter nach Ansicht der Skeptiker nicht mehr wahr. Stattdessen hätten sie es zugelassen, dass sie selbst von der „ruling hierarchy“ manipuliert werden und so wiederum die Öffentlichkeit einseitig manipulierten.¹²⁴ Barsamian vertritt die Auffassung, dass die Medien die bestehende ökonomische, soziale und politische Ordnung vor allem dadurch verteidigen und erhalten, dass sie ihren Fokus auf apolitische Themen richten.¹²⁵ Kellner interpretiert dieses Phänomen noch weiter in eine andere Richtung. Seiner Meinung nach sei das System der „checks and balances“ und die aus den Verfassungsideen erwachsende Funktion der Medien als Überwacher der Regierenden inzwischen aufgehoben. Das System der Gründerväter „... has been eroded by capitalistically-based media entities who have too much at stake not to side with big business and big government.“¹²⁶

Ein weiterer entscheidender Filter, um wieder auf das Chomsky-Modell zurückzukommen, sei vor allem in Kriegszeiten der nationale Konsens. Danach gelte es

¹²¹Kellner, Television S.105

¹²²Fishman, Mark: *Manufacturing the News*, Austin (Tex.) 1980, S.143. Chomsky weitet das Phänomen der „offiziellen Quellen“ aus und beschreibt die Rolle von Experten, die gerne als Interviewpartner und Informationsquelle genutzt werden. Diese Experten würden oftmals von „think tanks“ beschäftigt, die wiederum von Regierungsstellen finanziert werden. Da dies dem Publikum aber nicht bekannt sei, entstehe der Eindruck einer „objektiven“ Meinung. Vgl. zu diesem Gedankengang Chomsky, S.23ff.

¹²³Allan Nairn zit. in: Silverstein, Ken: *Follow the Leader* in : American Journalism Review, Nov. 1993, S.31-36, S.36

¹²⁴Broder, David: *Behind the Front Page*, New York 1987, passim

¹²⁵Barsamian, S. 78ff.

¹²⁶Kellner, Television, S.174

in allen Krisenzeiten als unpassend, die eigene Regierung oder die Leistung der Militärs in Frage zu stellen. Aus Sicht der Medien hätten kontroverse Meinungen in Kriegen aber noch einen anderen Nachteil. Da die amerikanische Öffentlichkeit im Krieg zumeist eng zusammenrückt und auch über die Parteigrenzen hinaus oftmals Einigkeit bestehe, sei es für Auflagenzahlen und Einschaltquoten kontraproduktiv, eine andere Sicht der Dinge zu vertreten.¹²⁷ In Zeiten des Krieges rückten daher oft Klischees und einfache Erklärungsmuster in den Vordergrund. Dadurch entstünde eine Aufteilung der Welt in „us and them“.¹²⁸ Die Skeptiker kommen weiterhin zu dem Schluss, dass der nationale Konsens auch in Friedenszeiten bestehe. In der Geschichte der USA definiere er sich im Zwanzigsten Jahrhundert und vor allem im „Kalten Krieg“ häufig aus einer starken antikommunistischen Ideologie sowie dem Anspruch der USA, die Freiheit der Völker zu verteidigen. Wie der Politologe Michael Parenti betont, hätten nicht zuletzt die Medien einen wesentlichen Anteil an der Aufrechterhaltung dieser moralischen Ordnung.¹²⁹

Abschließend lassen sich die Gemeinsamkeiten der sehr unterschiedlichen systemkritischen Ansätze der Skeptiker auf einige Punkte verdichten. Die Medien seien integraler Bestandteil des politischen und ökonomischen Establishments. Daher hätten sie ein Interesse daran, die bestehende gesellschaftliche Ordnung und den nationalen Konsens nicht zu gefährden und würden so ausschließlich einer sozial dominanten Schicht dienen. Sie verlören durch ihr starkes Vertrauen auf offizielle Quellen häufig den Blick für konkurrierende Meinungen und dadurch wiederum einen wichtigen Teil ihrer eigenen Kontrollfunktion.

Theorien vom visuellen Primat

Während die Realisten und Skeptiker einen Ansatz vertreten, der sich stark an sozio-ökonomischen und sozio-politischen Faktoren orientiert und sehr systemkritisch vorgeht, gibt es zahlreiche andere medientheoretische Ansätze, die sich nur schwerlich unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zusammenfassen lassen. So verfolgen unterschiedliche Theoretiker zum Beispiel auch einen stark von der Semiotik beeinflussten, sozio-kulturellen Ansatz. Eine einheitliche Lehrmeinung ist dabei indes nicht auszumachen. Deswegen sollen hier unter dem Begriff "Theorien vom visuellen

¹²⁷Auf dieses Phänomen des „rally around the flag“ wird bei den einzelnen historischen Beispielen noch intensiver eingegangen.

¹²⁸Chomsky, S.29-31

¹²⁹Parenti, Michael: *Make-Believe Media. The Politics of Entertainment*. New York 1992, S.35ff.

Primat" Autoren subsumiert werden, die sich besonders stark auf die Bedeutung von Images“ konzentriert haben.¹³⁰ Die Definition "Image" ist semantisch unterschiedlich belegt. Im Zusammenhang dieser Arbeit sind damit bildhafte Klischees, wiederkehrende Stereotypen oder signalartige Bilder gemeint, die an Emotionen appellieren. Diese Images hätten, so die unterschiedlichen Theorien, jedoch längst mehr Bedeutung erlangt als bloße Abbilder zu sein. Sie hätten sich von ihrem ursprünglichen Inhalt abgekoppelt und verselbständigt und fungierten nun als Ikonen gesellschaftlicher Wertvorstellungen. Anhänger dieser Theorien betonen das Primat des Image und sehen es als Standardcharakteristikum einer postmodernen Gesellschaft.¹³¹ So sei zum Beispiel das Aufrichten der US-Flagge solch ein Image. Dieses Symbol fand sich nicht nur auf den verschiedenen Schlachtfeldern wieder, sondern auch in den Trümmerfeldern des World Trade Centers. In beiden Fällen stand das Aufrichten der Flagge für die Widerstandsfähigkeit des amerikanischen Volkes.

Anders als die Skeptiker bewerten die Theorien vom visuellen Primat die Vermischung von Quelle und Nachricht, das Auflösen der Kontrollfunktion der Medien und eine Verschmelzung der Interessen von Wirtschaft und Politik **nicht** ausschließlich als Ergebnis einer bewusst von einer sozial dominanten Schicht ausgelösten Entwicklung. Vielmehr sei dieser Status Quo das unausweichliche Ergebnis eines frei florierenden Meinungsstroms. Der neo-marxistisch geprägte Kulturkritiker Frederic Jameson beschreibt das 20. Jahrhundert als eine spezifische Periode, in der Hoch- und Populärkultur immer mehr verschmelzen und in der an Stelle von gesellschaftlichen Leitbildern die Vermischung sämtlicher Stilrichtungen getreten sei. Ein historischer Kontext, so Jameson, sei nicht mehr erkennbar.¹³² „There are no new styles, no new worlds, and therefore anything representing itself as new is nothing but an imitation of the old.“¹³³ Ein weiteres Charakteristikum dieser Zeit sei die „Schizophrenie“. Jameson meint damit die Auflösung klassischer Kommunikationseinheiten, wie Sender, Nachricht und Empfänger. Seine Theorie dehnt die Begrifflichkeiten über ihre Bedeutung für die Medien hinaus aus und definiert sie "as a breakdown between signifiers (words or photos), the signified (their meaning) and the referent (what the sign actually refers to).“¹³⁴ In dieser Arbeit soll Jamesons Theorie indes nur auf die Medien selbst bezogen

¹³⁰Das sind zum Beispiel Baudrillard, Jameson, McLuhan, Connor, Postman, Caputi, Olalquiaga oder Solomon.

¹³¹Baudrillard, Jean: *The Precession of Simulacra*, New York 1983. S.70

¹³²Jameson, Frederic: *Postmodernism and Consumer Society* in: Foster, Hal. (ed.): *The Anti-Aesthetic. Essays on Postmodern Culture*, Reprint as „Postmodern Culture“, London and Sydney 1985, S.111-125

¹³³Ders. S.115

¹³⁴ibid

werden. Durch das Fehlen eines historischen Kontextes und die ständige Imitation alter Stile verschwinde sukzessiv die Grenze zwischen dem Wirklichen und dem von den Medien Geschaffenen. Realität und Virtualität seien für den Zuschauer nicht mehr zu unterscheiden, so Jameson.

Der Franzose Jean Baudrillard führt den oben beschriebenen Zustand der „Schizophrenie“ auf eine andere Entwicklung zurück. Seiner Meinung nach entsteht sie, wenn es zu viele Informationen gibt. Wenn also die ungeheure Menge an „Realem“ vom Zuschauer nicht mehr verarbeitet werden könne, entwickle er eine Art „Hyperrealität“. In Baudrillards Theorie konstruieren die Medien eine Welt, in der die Distanz zwischen Zuschauer und Thema aufgehoben ist. Die „Hyperrealität“ zeichne sich dadurch aus, dass die Grenzen zwischen Sender, Nachricht und Empfänger nicht mehr klar definierbar sind.¹³⁵ Ausgehend von der McLuhan-These „The medium is the message“, kommt Baudrillard zu dem Schluss, dass das Publikum zum Medium geworden ist und dass Quelle und Nachricht inzwischen identisch seien. Diese Analyse basiert im Wesentlichen - wie bei Jameson - auf der Einschätzung, dass es keinen historischen Kontext mehr gibt, in den die medial präsentierten Ereignisse eingeordnet werden. Die Medien hätten sich stattdessen zu einer perfekten Maschinerie gewandelt, „which provides all the signs of the real and short-circuits all its vicissitudes.“¹³⁶ Erst durch die Präsentation des Negativen werde das Positive definiert:

War proves what peace is, crime proves what law is, etc. In the end, opposing viewpoints end up engendering and start overlapping one another.¹³⁷

Dadurch entstehe ein Mangel an öffentlicher Debatte - die Medien schafften erst das „Normale“. Gleichzeitig sorgen sie - nach Baudrillard - durch Massenreproduktion und große Reichweiten dafür, dass diese konstruierten, sozialen Identitäten propagiert, wenn nicht gar indoktriniert würden. Während die Skeptiker hier die sozioökonomische Variante betonen und der Frage nachgehen, **wer** der Initiator dieser vermeintlichen Indoktrination ist, legen viele Postmodernisten ihren Schwerpunkt hauptsächlich darauf, **wie** diese Entwicklung zustande gekommen ist.

Diese Vorgehensweise wird von einigen Skeptikern als zu oberflächlich kritisiert: „The postmodern approach completely ignores economics and the role of material

¹³⁵Baudrillard, S.56

¹³⁶Ders. S.4

¹³⁷Ders. S.30ff.

interests, focusing instead on signs, images and technologies.“¹³⁸ Umgekehrt argumentieren die Postmodernisten, dass die Fokussierung auf den ökonomischen Aspekt einen komplexen kulturellen Prozess zu stark reduziere. Eine Verbindung der beiden Ansätze findet sich beim Semiotiker Jack Solomon.¹³⁹ Solomon geht davon aus, dass die Bedeutung nicht so sehr allein in den Images liege, sondern vielmehr in den etablierten gesellschaftlichen Konzepten hinter diesen stets wiederkehrenden Bildern. Erst durch bekannte Rezeptionsmuster würden die Images entschlüsselbar. Um diese Theorie am Beispiel des Aufrichtens der Flagge zu illustrieren: Erst durch das Wissen um die Bedeutung des Symbols wird es für den Betrachter lesbar. Fehlt dieses Wissen, könne auch das Image in seiner tieferen Bedeutung nicht entschlüsselt werden. Es gäbe also durchaus einen historischen Kontext, allerdings würde dieser je nach unterschiedlichem Zweck konstruiert, so Solomon.

Eine andere Theorie kommt zu dem Schluss, dass nicht das einzelne Image entscheidend ist.¹⁴⁰ Sie betont die permanente **Abfolge von zahlreichen Images** hintereinander. Dieser ständige Fluss von Stereotypen beschreibt wohl am besten die postmoderne Vorstellung von Medien. Hinzu komme ein so genannter „subtext“: die Verbindung von Nachrichten, Werbung und Unterhaltung. Diese sich ständig wiederholende Abfolge - so beschreibt es die Soziologin und Medientheoretikerin Caputi - sei mehr als zufällig. Durch die Propagierung immer gleicher Images in unterschiedlichen Formen würden gerade die Unterschiede dieser Formen verwischt. Am Ende seien Nachrichten, Werbung und Unterhaltung - zumindest in ihrer tiefenpsychologischen Wirkung - nicht mehr voneinander zu unterscheiden.¹⁴¹ Zudem ergänze sie sich nahezu perfekt in ihrer Reihung, wenn zum Beispiel einem Nachrichten-Bericht über eine erntegefährdende Insektenplage eine Werbung für Schädlingsbekämpfungsmittel folge.¹⁴²

Die kalifornische Kulturwissenschaftlerin Morse wirft in diesem Zusammenhang ein Schlaglicht auf die Funktion der Moderatoren in unterschiedlichen Sendungen im Fernsehen. Auch sie selbst seien ein Image. Durch die permanente Reproduktion bekannter Klischees im Inhalt ihrer Worte, aber vor allem durch ihr eigenes optisches

¹³⁸Kellner, Television, S.160

¹³⁹Solomon, Jack: *The Signs of our Time*, New York 1988, passim

¹⁴⁰Als Vertreter dieser Theorie sind vor allem Caputi, McGray oder Morse zu nennen.

¹⁴¹Caputi, Jane: *Charting the flow: The Construction of Meaning Through Juxtaposition in Media Texts* in: Journal of Communication Inquiry 15.2 (Summer 1991), S.32-47, S.33ff.

¹⁴² Caputi nennt noch weitere Beispiele dieses „news-to-commercial-to-entertainment subtexts“, ibid

Erscheinungsbild, ihren Gestus und Habitus transportierten und propagierten sie eine gesellschaftskonforme Vorstellung von Realität. De facto seien die Moderatoren aber letztlich lediglich austauschbare Kunstfiguren.¹⁴³ Auch hier spielt wieder die Vorstellung des ununterbrochenen Pseudoinformationsflusses eine wichtige Rolle:

... the morning news are a perky, gearing up period for the work day and the evening news a more somber, cooling-off period leading into a relaxed prime-time – a cycle that keeps the worker bees working.¹⁴⁴

In ihrer Untersuchung „Media Knowledge“ widmen die Medientheoretiker Schwoch, White und Reilly auch den Überbringern der Information, also den Journalisten, ihr Augenmerk.¹⁴⁵ Diese seien Angestellte transnationaler Unternehmen, die die Nachrichten verbreiteten, die gewünscht würden. Hier gibt es eine Parallele zu den Realisten und Skeptikern.

Eine gleichbleibende Anwendbarkeit aller hier vorgestellten medien-theoretischen Ansätze auf sämtliche untersuchten Perioden und Fallbeispiele ist zu verneinen. Die unterschiedlichen Ansätze werden im Folgenden, wo es angebracht ist, unterschiedlich intensiv auf die einzelnen Fallbeispiele bezogen und mit der historischen Analyse verknüpft.

II. Krieg der Worte und Bilder: Der Erste Weltkrieg

Isolation oder Intervention? Die ideologische Ausgangssituation

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges vertraten die USA eine Politik der Neutralität. Dies änderte sich erst mit einer konzeptionellen Neuorientierung der US-Außenpolitik in Richtung eines liberal-demokratischen Internationalismus Wilsonscher Prägung. Die Tradition der amerikanischen Abstinenz von jeglicher militärischer oder bündnispolitischer Intervention auf dem europäischen Kontinent dauerte bis zum Kriegseintritt, der daher als Einschnitt zu werten ist. Bis dahin galt der Konsens der Nichteinmischung, der auch geostrategisch motiviert war: Die militärischen Kräfte der

¹⁴³Morse, Margaret: *The Television News Personality and Credibility. Reflections on the News in Transition* in: *Studies in Entertainment-Critical Approach to Mass Culture*, Bloomington (Ind) 1986, S.55-79

¹⁴⁴Dies. S.75

¹⁴⁵ ¹⁴⁴Schwoch, James (et al): *Media Knowledge: Readings in Popular Culture, Pedagogy and Critical Citizenship*. Albany (New York) 1992.

europäischen Mächte waren durch den Krieg gebunden, was den USA für ihre eigenen Ambitionen in Mittel- und Südamerika sowie im Pazifik nur nützlich sein konnte. Sich zugunsten der einen oder anderen Seite zu entscheiden, hätte die US-Verhandlungsposition gegenüber den europäischen Kolonialmächten in diesen Regionen schwächen können. Durch ihre Neutralität blieb die Wilson-Administration in ihren außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten flexibel. Der Konsens der Nicht-Einmischung spiegelte sich auch in der frühen US-Berichterstattung (1914-1916) über den Krieg wider. Insofern ist der Erste Weltkrieg ein Beispiel für das in der Einleitung entwickelte Kreismodell. Die außen- und innenpolitischen Ansprüche und Bedürfnisse waren in Bezug auf den Krieg kongruent und somit gab es auch zunächst kein Bedürfnis, die Berichterstattung aus staatlicher Sicht zu lenken. Nach dem Kriegseintritt änderten sich allerdings die Vorzeichen erheblich und die öffentliche Meinung musste nun in eine entgegengesetzte Richtung gesteuert werden. Auch hier ist das Kreismodell ein geeignetes Analyseinstrument. Ab 1917 wirkten die meisten gesellschaftlich relevanten Kräfte wieder gemeinsam in eine Richtung, diesmal allerdings in die umgekehrte, nämlich in Richtung Intervention.

Gerade weil der Kriegseintritt nicht unumstritten war und es starke neutralistische Tendenzen in der Bevölkerung und im Kongress gab, konzentrierte sich die Wilson-Administration bei ihrer Presse- und Informationspolitik besonders stark darauf, nach dem Kriegseintritt einen breiten Konsens für ihr militärisches Handeln und die ideologischen Motivationen, die diesem Handeln zugrunde lagen, herzustellen. Dieser „Kampf um die Weltmeinung“ richtete sich sowohl auf die Bündnispartner, vor allem aber war es ein Kampf um die öffentliche Meinung in den USA.¹⁴⁶ Zum ersten Mal in der Geschichte der USA wurde mit dem „Committee on Public Information“ (CPI) eine Regierungseinrichtung zur Koordination und Durchführung der Presse- und Informationspolitik der Regierung geschaffen. Die Hauptaufgabe des CPI bestand darin, den allgemeinen politischen Konsens in Richtung Kriegsunterstützung zu lenken, bzw. auf diesem Kurs zu halten.¹⁴⁷

¹⁴⁶Dieser von Schumacher benutzte Begriff bezieht sich auf die ideologische Neuausrichtung der US-Außenpolitik durch die Wilson-Regierung. Vgl. Schumacher, Frank: *Kalter Krieg und Propaganda*, Trier 2000 (Diss.) S.37ff. Schumacher konzentriert sich in seiner Arbeit auf die Auslandswerbung der USA und setzt dabei einen Schwerpunkt auf das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland.

¹⁴⁷Eine exemplarische Auswahl von Propaganda-Beispielen und eine Analyse der Veränderung der politischen Landschaft in den USA bietet die CBS-Kurzdokumentation: *Home Front 1917-1919 War Transforms America*, 17.Min (Film), 1967, CBS-Archiv.

Die wissenschaftliche Analyse der US-amerikanischen Pressepolitik im Ersten Weltkrieg widmet sich fast ausschließlich dem CPI. Dabei konzentrieren sich viele Autoren auf die Auslandsaktivitäten der Behörde.¹⁴⁸ Diese Studien stellen die Bedeutung des CPI in einen diplomatiegeschichtlichen oder außenpolitischen Zusammenhang. Grund dafür ist unter anderem, dass sich die Arbeit des CPI in der Tat in weiten Teilen auf die Auslandswerbung und die Darstellung der USA in anderen Ländern konzentrierte. Der größte einzelne Ausgabenposten des Komitees war für diese Art der Werbung oder positiven Propaganda vorgesehen.¹⁴⁹ Das CPI erreichte aber während des Ersten Weltkrieges eine nicht minder erhebliche Bedeutung im Innern; die Beeinflussungs- und Manipulationsmaschinerie des CPI zielte auf alle Bereiche der US-Gesellschaft.¹⁵⁰ Aus Sicht dieser Analyse ist es daher sinnvoll, auf diesen Aspekt zu fokussieren.¹⁵¹ Dabei bieten die Akten des CPI und die Schriftwechsel mit anderen Behörden eine breite Quellengrundlage.¹⁵² Darüber hinaus geben die Veröffentlichungen des CPI einen Aufschluss über Intention und Adressaten der von der Behörde betriebenen Informationspolitik. Der Historiker Scholz zählt hier allein

¹⁴⁸Vgl. z.B. Wolper, Gregg: *The Origins of Public Diplomacy: Woodrow Wilson, George Creel, and the Committee on Public Information*, University of Chicago 1991 (Diss.); Nigro, John Louis Jr.: *The New Diplomacy in Italy. American Propaganda and U.S.-Italian Relations 1917-1919*, New York 1999 oder Privalova, Yevgeniya: "Information and Propaganda Activities of the United States in Russia 1917-1920" in: Wilke Jürgen (Hg.): *Propaganda in the 20th Century. Contribution to its History*, Crenskill (NY) 1998. Einen Überblick über die Propaganda im angloamerikanischen Raum während des Ersten Weltkrieges bietet: Buitenhuis, Peter: *The Great War of Words: British, American and Canadian Propaganda and Fiction 1914-1933*, Vancouver 1987.

¹²²In den Jahren 1917-1919 wurden insgesamt 2.426.327, 23 US-Dollar für die Auslandswerbung bereitgestellt. Vgl. Creel, George: *Complete Report of the Chairman of the Committee on Public Information 1917-1919*, Washington D.C. 1920, S.2; im Folgenden zit. als CPI-Report ¹⁴⁹In den Jahren 1917-1919 wurden insgesamt 2.426.327, 23 US-Dollar für die Auslandswerbung bereit gestellt. Vgl. Creel, George: *Complete Report of the Chairman of the Committee on Public Information 1917-1919*, Washington D.C. 1920, S.2; im Folgenden zit. als CPI-Report.

¹⁵⁰Auf die innenpolitischen Implikationen der CPI-Arbeit wurde schon früh hingewiesen. Vgl.: Chambers, Frank P.: *The War Behind the War 1914-1918. A History of the Political and Civilian Fronts*, New York 1939.

¹⁵¹Zur Heimatfront und zur historischen Einordnung der Pressepolitik sind in den vergangenen 20 Jahren einige neue Studien erschienen. Vgl z.B. Jackall, Robert: „America’s First Propaganda Ministry” in: Jackall, Robert (Ed.): *Propaganda*, London 1995, Vaughn, Stephen: *Holding Fast the Inner Lines: Democracy, Nationalism, and the Committee on Public Information*, Chapel Hill (NC) 1980 oder Cornebise, Alfred E.: *War as Advertisement. The Four Minute Men and America’s Crusade 1917-18*, Philadelphia. Eine der nach wie vor umfassendsten Studien zur inneren Struktur des CPI und seiner Inlandsaktivitäten bleibt: Scholz, Gotthard: *Staatliche Information und Propaganda im Krieg. Das U.S. Committee on Public Information*, Heidelberg 1966 (Diss.). Grundlegende Arbeiten zu den generellen Arbeitsweisen und Zielen des CPI wurden verstärkt von Zeitgenossen nach dem Ersten Weltkrieg und vor dem Hintergrund der Debatte um die Ausgestaltung der Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg geschrieben. Vgl. hier unter anderem: Mock, James R. & Larson, Cedric: *Words that Won the War. The Story of the Committee on Public Information 1917-1919*, Princeton 1939 oder Creels Memoiren: Creel, George: *How We Advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information*, New York 1920. Inzwischen widmet sich die Forschung vor allem den beschriebenen Teilaspekten und nicht mehr dem einordnenden Überblick.

¹⁵²Vgl. dazu *Records of the Committee on Public Information*, RG 63 NA und *Records of the Department of State*, RG 59 NA, sowie die Papers of Newton D. Baker, George Creel, Woodrow Wilson, Robert Lansing und anderen in: *Division of Manuscripts*, LC, Washington D.C.

75.099.023 Einzelveröffentlichungen.¹⁵³ Eine komplette, lückenlose Auswertung des Materials ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung geblieben. Das liegt zum einen an der schier unübersehbaren Menge der Quellen, zum anderen aber auch daran, dass das Material nicht systematisch erfasst wurde und teilweise nur als Lose-Blatt-Sammlung bzw. in Form von handgeschriebenen Manuskripten vorliegt.¹⁵⁴

Das CPI war in erster Linie eine Propaganda-Institution. Daher macht es Sinn an dieser Stelle eine kurze generelle Definition von Propaganda einfließen zu lassen, die für den Ersten Weltkrieg und das CPI aber darüber hinaus auch für alle anderen Fallbeispiele Gültigkeit besitzt. Die Propaganda ist eine der ältesten und am meisten genutzten Formen der Beeinflussung der öffentlichen Meinung.¹⁵⁵ Die Propaganda ist nicht als direkte Form der Zensur einzustufen, da ihr Adressat nicht ausschließlich die Medien in ihrer Funktion als Multiplikator sind, sondern die Öffentlichkeit selbst. Außerdem nehmen Propagandisten als solche keine Einschränkungen oder Beeinflussungen der freien Berichterstattung vor. Ihre Wirkung ist allerdings nicht minder effektiv. Sie wenden sich direkt an die Bevölkerung. Dabei stellen bestimmte staatliche oder militärische Stellen die notwendigen Informationen zur Verfügung. Die Propaganda-Mittel sind weit gefächert; sie reichen von der Verbreitung von Schriften und Flugblattaktionen über Radio- und inzwischen auch TV-Sendungen, das Produzieren von Werbefilmen bis hin zur Ausrichtung von Großveranstaltungen. Häufig sind die Übergänge zwischen Propaganda und *Public Relations* (PR) fließend. Während

¹⁵³Vgl. Scholz, Anhang F. „Die Veröffentlichungen des CPI“, S.186ff.

¹⁵⁴Vgl. RG 63, Boxes 212-215

¹⁵⁵Zur Definition und Diskussion des Begriffs Propaganda und Public Relations vgl. unter anderem: Dipper, Christof & Schieder, Wolfgang: „Propaganda“ in: Brunner, Otto & Conze, Werner & Koselleck, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politischen-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5., Stuttgart 1984, S.69-112; Daniel Taylor & Daniel, Ute (Hg.): *Propaganda: Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789-1989*, Frankfurt/Main 1994. Für den Begriff der Propaganda in den USA: Cole, Robert (ed.): *The Encyclopedia of Propaganda*, 3Bde., Armonk (NY) 1998. Ders.: *Propaganda in Twentieth Century War and Politics*, Lanham (MD) 1996; Jowett, S. & O'Donnell, Victoria: *Propaganda and Persuasion*, Newbury Park (CA) 1992. Zu Techniken und Strukturen von Propaganda vgl. Taylor, Philipp M.: *Munitions of the Mind: A History of Propaganda from the Ancient World to the Present Day*, Manchester 1995; Nelson, Richard Alan: *A Chronology and Glossary of Propaganda in the United States*, Westport (CT) 1996; Jowett, Garth S. & O'Donnell, Victoria: *Propaganda and Persuasion*, Beverly Hills (CA) 1986; Choukas, Michael: *Propaganda comes to Age*, Washington D.C. 1965 sowie: Wilke, Jürgen (Hg.): *Propaganda in the 20th Century. Contributions to its history*, Cresskill (NJ) 1997. Für Deutschland hat Wilke den Zusammenhang von Propaganda und Pressepolitik untersucht: Ders.: *Pressepolitik und Propaganda, Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg*, Köln 1997. Für Propaganda in demokratischen Systemen: Sproule, Michael J.: *Propaganda and Democracy. The American Experience of Media and Mass Persuasion*, Cambridge (UK) 1997; immer noch einen guten Überblick über die Einflüsse von Propaganda auf die öffentliche Meinung bietet Irion, Frederick C.: *Public Opinion and Propaganda*, New York 1952. Für das Verhältnis von Propaganda und Medien vgl.: Johnson, John M. & Altheide, David L.: *Bureaucratic Propaganda*, Boston (Mass) 1980 und Irwin, Will: *Propaganda and the News*, Westport (CT) 1970 (Reprint). Zu den sozio-psychologischen Faktoren: Chakotin, Serge: *The Rape of the Masses*, New York 1971.

die PR aber zumeist gezielt bestimmte soziologisch selektierte Multiplikatoren in einer Gesellschaft anspricht, richtet sich die Propaganda an breitere Bevölkerungsschichten. Sinn und Zweck der Propaganda ist es, eine bestimmte, eindeutig gefärbte Sichtweise der Dinge zu vermitteln und damit die öffentliche Diskussion in eine Richtung zu lenken.

Der Begriff Propaganda ist spätestens nach den Erfahrungen der Nazi-Zeit negativ belegt. Dennoch hält dies viele demokratische Regierungen, Militärs und die Wirtschaft nicht davon ab, Propaganda zu betreiben.¹⁵⁶ Inhalt und Begriff dürfen also nicht verwechselt werden. Propaganda-Techniken wurden nicht nur im Ersten Weltkrieg angewandt, sie gehörten in allen Kriegen und in Friedenszeiten bis heute zum Arsenal der staatlichen und militärischen Informations- und Pressepolitik. Indes wird die Propaganda inzwischen sprachlich anders deklariert. In der Forschungsliteratur werden häufig **alle** Maßnahmen zu Beeinflussung und Lenkung von Presse und Öffentlichkeit einheitlich als Propaganda subsumiert. Dies ist jedoch eine zu grobe Definition, wie das vorliegende Fallbeispiel zeigt.

Beim amerikanischen Kriegseintritt vom 6. April 1917 erwies sich, dass die US-Bevölkerung noch nicht so weit emotionalisiert war, als dass sich das von Präsident Wilsons Privatsekretär Joseph Tumulty eingeforderte Gefühl des „righteous wrath“ verbreitet hätte.¹⁵⁷ Wilson selbst hatte sich noch Anfang Januar massiv gegen einen Krieg ausgesprochen, seine Meinung dann aber vermutlich auch unter dem Eindruck eines Stimmungsumschwungs in der eigenen Partei geändert.¹⁵⁸ Um die öffentliche Meinung auf Kriegskurs zu bringen, wurde nun die erste große, regierungsamtliche Propaganda-Behörde der US-Geschichte ins Leben gerufen. Am 14. April, also nur acht Tage nach Kriegseintritt, hob Präsident Wilson das „Committee on Public Information“ (CPI) aus der Taufe, das mit einem Jahresetat von fünf Millionen Dollar ausgestattet wurde.

¹⁵⁶Zu einer umfassenden Analyse der Propaganda-Maßnahmen im demokratischen System der USA vgl.: Sproute, Michael J.: *Propaganda and Democracy. The American Experience of Media and Mass Persuasion*, Cambridge (NY) 1997, passim

¹⁵⁷Zu den britischen Versuchen, die USA von ihrer Neutralitätspolitik abzubringen und als Kriegspartei zu gewinnen, vgl. Peterson, Horace C.: *Propaganda for War. The Campaign Against American Neutrality 1914-1917*, Norman (Okla.) 1939. Selbst nach dem durch die Gründung des CPI die Propagandaanstrengungen der USA und ihrer Verbündeten gebündelt wurden, zeigte sich der Leiter des CPI, George Creel, noch skeptisch gegenüber der britischen Art der Meinungsbeeinflussung. Vgl. dazu einen internen Briefwechsel der CPI-Mitarbeiter Shotwell und Ford: *Shotwell to Ford; 22.6.1917, NA RG 63, CPI 3- A1 (23), M-2C-12*

The CPI blended advertising techniques with a sophisticated understanding of human psychology, and its efforts represent the first time that a modern government disseminated propaganda on a large scale. It is fascinating that this phenomenon, often linked with totalitarian regimes, emerged in a democratic state.¹⁵⁹

Das Selbstverständnis des Komitees und seines Leiters George Creel war dabei sehr stark durch moralische Elemente bestimmt. Es entsprach dem religiösen und demokratischen Sendungsbewusstsein, das auch in vielen Reden des Präsidenten seinen Niederschlag fand.¹⁶⁰ In Wilsons Weltsicht repräsentierten die USA den radikalen Gegenentwurf zum Egoismus, Militarismus und Imperialismus der europäischen Mächte. Durch dieses Deutungsmuster wurde der Weltkrieg für Wilson und später – unter anderem durch die hier zu beschreibenden Beeinflussungen des CPI - für einen Großteil der Amerikaner zur grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Autokratie und Demokratie.¹⁶¹ Dieser idealistische Politikansatz bildete die ideologische Grundlage zur Mobilisierung der Massen und zur Herstellung eines starken Gemeinschaftsgefühls. Außerdem wurde damit die eigene Politik und der Kriegseintritt legitimiert. Der Anspruch, die freie Welt vor Unterdrückung und Sklaverei zu schützen und die Demokratie zu verteidigen, hatte gerade in seiner Wirkung auf die eigene Bevölkerung erhebliche Bedeutung. In der öffentlichen Meinung machte es einen enormen Unterschied, ob die USA in einen Krieg zogen, um ökonomische und geostrategische Interessen zu wahren, oder ob sie dies taten, um die Welt „zu retten“. Diese ideelle Überhöhung der eigenen Kriegsziele und Aufgaben diente zur Rechtfertigung von Propaganda-Anstrengungen. Da das Wort Propaganda aber in den USA auch schon vor dessen Benutzung durch die Nationalsozialisten, also bereits zur Kaiserzeit, negativ belegt war und die mit diesem Begriff implizierten Techniken der Meinungsbeeinflussung im Selbstverständnis vieler US-Amerikaner nur von totalitären Staaten benutzt wurden, entschieden sich Präsident Wilson und George Creel dafür, den Begriff in der öffentlichen Debatte möglichst zu vermeiden:

¹⁵⁸Vgl. dazu ein Gespräch Wilsons mit Colonel House: „There will be no war. This country does not have the purpose to be involved in a war. (...) it would be a crime against civilisation, if we'll play an active role in this war.“ zit. in: *The Intimate Papers of Colonel House*, hg. von Charles Seymour, Bd. 2, London 1926, S.415

¹⁵⁹*Propaganda Analysis - World War I Propaganda*, by Aaron Delwiche, revised March 12, 1995, <http://carmen.artsci.washington.edu/propaganda/war2.htm>, 15.08.2001.

¹⁶⁰Zur Bedeutung religiöser Konzepte für die politische Gedankenwelt Wilsons und damit auch Creels, vgl. Brecht, Werner: *Selbstbestimmung und imperiale Herrschaft. Zur Haltung Woodrow Wilsons gegenüber der außereuropäischen Welt*, Münster 1992 und Brands, H.W. : *What America Owes the World: The Struggle for the Soul of Foreign Policy*, Cambridge (UK) 1998. Immer noch Gültigkeit besitzt: Krakau, Knud: *Missionsbewusstsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Frankfurt/Main 1967.

¹⁶¹Vgl. Schumacher, S.42

We did not call it propaganda, for that word in German Hands, had come to be associated with deceit and corruption. Our effort was educational and informative throughout, for we had such confidence in our case as to feel that no other argument was needed than the simple, straightforward presentation of facts.¹⁶²

Die Arbeit des CPI bestand aber nicht nur darin, Fakten zu präsentieren und die Bevölkerung objektiv zu unterrichten, sondern vor allem darin, die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Nation auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und die Kriegsanstrengungen zu intensivieren. Daraus machte George Creel keinen Hehl:

What we had to have was no mere surface unity, but a passionate belief in the justice of America's cause that should weld the people of the United States into one white-hot mass instinct with fraternity, devotion, courage, and deathless determination. The war-will, the will-to-win, of a democracy depends upon the degree to which one of all the people of that democracy can concentrate and consecrate body and soul and spirit in the supreme effort of service and sacrifice.¹⁶³

Aus diesen Worten wird deutlich, dass sich das CPI also keineswegs als reine Informationsbehörde verstand, die möglichst detailgetreue und unbeeinflusste Nachrichten an die Bevölkerung weitergeben sollte, sondern vor allem als Institution zur Herstellung eines nationalen Konsens für die amerikanische Kriegsbeteiligung. Darüber hinaus ist ersichtlich, dass die Initiatoren der nun anlaufenden nationalen Propaganda-Kampagne ihre Arbeit als moralische Verpflichtung verstanden.

Zusätzlich intensivierten auch die Briten ihre Propaganda, die sie nach 1917 mit Duldung, respektive im Einvernehmen mit der US-Regierung lancieren konnten.¹⁶⁴ In Großbritannien hatte es aber auch schon vor dem Kriegseintritt der USA Überlegungen gegeben, wie die USA zu einem Kampf an der Seite der Alliierten bewogen werden könnten. Diese Überlegungen mündeten in konkreten Propagandamaßnahmen, mit denen die US-Bevölkerung und der Kongress beeinflusst wurden.¹⁶⁵ So unterstützte der Besitzer der Londoner „Times“, Lord Northcliffe, eine Mission in die USA, deren Ziel es

¹⁶²Creel, George: *Selling the War*, zit in: <http://web.mala.bc/davies/H324War/Creel.SellingWar.1920.htm>, 28.09.2001. 23.04 MEZ

¹⁶³ibid

¹⁶⁴Zur britischen Propaganda im Ersten Weltkrieg vgl.: Lane, Allan: *Keep the Home Fires Burning. Propaganda in the First World War*. London 1977.

¹⁶⁵Einen guten Überblick über die britische Propaganda in den USA geben: Sanders, Michael & Taylor, Philip M.: *British Propaganda during the First World War 1914-1918*, Part III Case Studies: British Propaganda in the United States, S.169ff., London 1982. Bei ihrer Beeinflussungstaktik der öffentlichen Meinung in den USA versuchte die britische Propaganda, die ideologischen und weltanschaulichen Prädispositionen verschiedener gesellschaftlicher und ethnischer Gruppen zu berücksichtigen. Vgl. dazu unter anderem: Hachey, Thomas E.: „British War Propaganda and American Catholics in 1918“ in: *Catholic Historical Review*, 61, 1975.

war, eine amerikanische Niederlassung des britischen „Department of Information“ zu gründen. Die Mission hatte Erfolg. In New York wurde das „British Bureau of Information“ etabliert. In seinen Spitzenzeiten verfügte es über 500 offizielle Mitarbeiter sowie 10.000 Assistenten, die über das gesamte Territorium der USA verteilt waren.¹⁶⁶ Sowohl das „Committee on Public Information“ als auch das „British Bureau of Information“ hatten das Ziel, die öffentliche Meinung in den USA direkt zu manipulieren. Beide Einrichtungen sind daher in erster Linie als Propaganda-Apparate einzuordnen und nicht als Zensurbehörden.

Der Krieg um die öffentliche Meinung: Struktur, Gliederung und Aufgaben des CPI

Das CPI finanzierte Hunderttausende Redner, Schriftsteller, Journalisten, Karikaturisten, Werbeagenten und Regierungsbeamte, die alle versuchten, die amerikanische Bevölkerung vom Krieg gegen die Mittelmächte zu überzeugen.¹⁶⁷ Insgesamt bestand das CPI im Jahr 1918 aus 23 Abteilungen und dem Foreign Service. Die US-Heimatabteilung des CPI war wiederum in 19 Unterabteilungen gegliedert; jede davon hatte einen bestimmten, eigenen Propaganda-Ansatz oder Adressaten, durch den sie sich von den anderen Divisionen unterschied.

Die *Division of Syndicated Features* rekrutierte bekannte Journalisten und Schriftsteller, die Kurzgeschichten und Essays für Zeitungen schrieben. Diese journalistische Gattung ist zugleich eine Literaturform und war damals vor allem in den Wochenendbeilagen der Zeitungen nicht selten. Es wird vermutet, dass so mehr als zwölf Millionen Menschen im Monat erreicht worden sind. Für diese Abteilung arbeiteten viele der bekanntesten Schriftsteller und Kolumnisten der Zeit, wie zum Beispiel Samuel Hopkins Adams, Booth Tarkington, Mary Roberts Rinehart, Harvey O' Higgins oder Walter Lippmann. Obwohl sich einige Intellektuelle gegen den Krieg ausgesprochen hatten, wurden diese Stimmen durch die überwältigende Zahl der Professoren, Schriftsteller und Künstler in den Hintergrund gedrängt, die sich für eine Teilnahme am

¹⁶⁶Peterson, S.231

¹⁶⁷Zur Organisationsstruktur und zur Arbeit des Komitees vgl. die Primärquelle: Creel, George: *How we Advertised America*, New York 1920. Neben klassischen Propaganda-Techniken, die den militärischen Gegner in Misskredit bringen sollten, setzte die Behörde vor allem auf eine positive Vermittlung amerikanischer Werte und die Betonung der militärischen sowie moralischen Überlegenheit der USA.

Krieg aussprachen und aktiv für die Verbreitung des ideellen Gedankenguts Wilsonscher Prägung einsetzen:

One of the CPI's great triumphs was the extent to which it succeeded in enlisting wordsmiths of every sort to frame the war as a crusade for democratic ideals and traditions threatened by autocracy, parameters that made dissent seem foolish at best.¹⁶⁸

Das CPI beschränkte seine Tätigkeiten aber keineswegs auf das geschriebene Wort. In der Erkenntnis über die Wirkungskraft von Bildern wurde eine Abteilung für visuelle Propaganda gegründet:

The Division of Pictorial Publicity had at its disposal many of the most talented advertising illustrators and cartoonists of the time, and these artists worked closely with publicity experts in the Advertising Division.¹⁶⁹

In zahlreichen Flugschriften, Plakataktionen und Büchern sind nationale Klischees transportiert und Vorurteile verstärkt worden.¹⁷⁰ So wurden angebliche Kriegsverbrechen deutscher Soldaten dargestellt, der Einmarsch der Deutschen in das neutrale Belgien als Raubfeldzug thematisiert, deutsche Soldaten mit Satansköpfen und Hörnern gezeigt, Opfer des U-Boot-Krieges in Märtyrer-Pose gezeichnet.¹⁷¹ Auf einem anderen Plakat war eine hilflose Mutter dargestellt, aus deren Armen deutsche Soldaten ein Baby entrissen.¹⁷² Der Kaiser wurde als Krimineller diskreditiert; ein ständig wiederholtes

¹⁶⁸Jackall, Robert & Hirota, Janice M.: "America's First Propaganda Ministry: The Committee on Public Information During the Great War" in: Jackall, Robert (ed.): *Propaganda*, New York 1995, S.140; im Folg. zit. als Jackall. Zur Rolle der intellektuellen Elite und vor allem zum Einsatz von Historikern in Reihen des CPI vgl. Blakey, George: *Historians on the Home Front. American Propagandists for the Great War*, Lexington (Kentucky) 1970; McLaughlan, Andrew: "Historians and the War" in: *The Dial*, 62, 17. May 1918, S.427-429; Knoles, George H.: "American Intellectuals and World War I" in: *Pacific Northwest Quarterly*, 59, Oct. 1968, S.203-215 und: Ford, Guy Stanton: "The Committee of Public Information" in: *Historical Outlook*, 11, 3. March 1920. Ford stellte sich im Zweiten Weltkrieg dann selbst in den Dienst der offiziellen Regierungspropaganda.

¹⁶⁹Propaganda Analysis, S.2

¹⁷⁰Zur Bedeutung des „Posters“ für Propagandazwecke vgl.: Metzl, Irvine: „The Poster“ in: Metzl, Irvine: *The Poster. Its History and Its Art*, New York 1963; Rawls, Walton: *Wake Up America. World War I and the American Poster*, New York 1988 und: Chenault, Libby: *Battlelines. World War Posters from the Bowman Gray Collection*, Chapel Hill (NC) 1988.

¹⁷¹Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Zu den Arbeiten der Pictorial Division vgl. „The Interim Report of the Work Accomplished by the Division of Pictorial Publicity from Oct.1th.,1917 to March,1th, 1918“ in: *RG 63. CPI 1 A-5, Box 35, Folder 12, NA.*

¹⁷²Zu den Plakaten des Ersten Weltkrieges sind in den siebziger Jahren mehrere Überblicksdarstellungen und Veröffentlichungen staatlicher und privater Sammlungen erschienen. Vgl. unter anderen: Daracott, Joseph & Loftus, Bellinda: *First World War Posters*, London 1972, Daracott Joseph: *The First World War in Posters*, New York 1974 und Rickards, Maurice: *Posters of the First World War*, New York 1968. Bis heute liegen aber nur wenige umfangreiche Studien vor, die sich explizit und ausschließlich mit diesem Bereich der Arbeit des CPI beschäftigen. Vgl. Fußnote 162

National-Klischee war die preußische Pickelhaube, die Militarismus und Autokratie symbolisieren sollte. Oftmals wurden die Deutschen grundsätzlich mit den Preußen gleichgesetzt.¹⁷³ Alles in allem dienten die Plakate und Poster zur Konstruktion eines Feindbildes des bösen und gefährlichen Deutschen.¹⁷⁴ Die Feindbild-Konstruktion war eine schon seit den amerikanisch-britischen Unabhängigkeitskriegen bekannte Technik; sie ist bis heute eines der wichtigsten Propaganda-Mittel geblieben.¹⁷⁵ Beim Aufbau von Feindbildern bedient sich der Propagandist wiederum der Technik der ständigen Wiederholung von Klischees und dem gezielten Appell an ethnische, nationale oder soziale Vorurteile.¹⁷⁶ Durch ihre Konzentration auf Übersteigerung und undifferenzierte, vereinfachende Zuspitzung von Stereotypen eignete sich die Feindbild-Konstruktion vor allem für die visuelle Darstellung in Karikaturen. In der nationalsozialistischen Propaganda kamen rassistische Motive hinzu; aber auch die Propaganda demokratischer Staaten, wie Großbritanniens, Frankreichs oder der USA bediente sich in Kriegszeiten rassistischer Motive.¹⁷⁷

Leiter der Abteilung für optische Öffentlichkeit war Charles Dana Gibson, der Präsident der „Society of Illustrators“. Zu seiner Rekrutierung gibt es unterschiedliche Darstellungen: Während Creel in seinen Memoiren die Variante vertritt, dass Gibson sich bei ihm gemeldet hätte und nachgefragt habe, was seine Organisation zu den Kriegsanstrengungen beitragen könne, vertreten Mock und Larson die These, dass Gibson gezielt von Creel angeworben wurde.¹⁷⁸ Fest steht, dass es Gibson auf Grund seiner Funktion als Präsident der „Society of Illustrators“ und seiner guten Kontakte in Künstlerkreisen gelang, die wichtigsten und bekanntesten Zeichner und Illustratoren für die Arbeit im CPI zu motivieren. Dazu zählten unter anderen James Montgomery Flagg, Herbert Paus, N.C. Wyeth, Howard Chandler Christy, Henry Reuter Dahl, Joseph Pennell, Charles Buckles Falls oder Edmond Tarbell. Es zeigt sich also auch hier - ebenso wie bei der Division of Syndicated Features - dass keineswegs mittellose und

¹⁷³Vgl. z. B. *RG 63, CPI-A2-B1, NA*.

¹⁷⁴Viele dieser visuellen Klischees und Images finden sich auch in der britischen Flugsschriften und Zeitungen. Teilweise sind die Motive bestimmter Zeichnungen sogar identisch. Es ist davon auszugehen, dass es im Bereich der sogenannten „Hate-Propaganda“ einen starken Einfluss der britischen auf die US-amerikanische Propaganda gegeben hat. Vgl. Lane Allen: *Keep the Home Fires Burning*, Chapter 5: „The Evil Hun“ S.79ff., London 1977.

¹⁷⁵Vgl. dazu in Teilen: Wood, Gordon S.: *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1992.

¹⁷⁶Die soziologischen und psychologischen Implikationen der Feindbild-Konstruktionen haben Kurt R. Spillman und Kati Spillmann analysiert. Vgl. dazu dies. „Some Sociobiological and Psychological Aspects of Images of the Enemy“ in: Fiebig-von Hase, Ragnhild & Lehmkuhl, Ursula (eds.): *Enemy Images in American History*, Providence (RI) 1997, S.43ff.

¹⁷⁷Vgl. Dower, John W.: *War without Mercy. Race and Power in the Pacific War*, New York 1986.

¹⁷⁸Vgl. Creel, George: *Rebel at Large: Recollections of Fifty Crowded Years*, New York 1947, S.162 und Mock, Larson: *Words that Won the War*, Princeton (N.J.) 1939, S.101

nach Arbeit suchende Durchschnittskünstler rekrutiert wurden, sondern bereits etablierte und finanziell unabhängige Maler und Zeichner. Bei der Durchsicht der Personallisten des CPI gewinnt man insgesamt den Eindruck, als habe die intellektuelle Elite des Landes fast geschlossen für die Behörde gearbeitet.¹⁷⁹ Die Pictorial Publicity Division organisierte darüber hinaus Kunst-Ausstellungen in allen Landesteilen. Im Frühjahr 1918 gipfelte dieser Teil ihrer Arbeit in der Organisation und Bestückung der bis dahin größten Kriegsausstellung in der Geschichte der Vereinigten Staaten in Chicago. Die „War Exposition“ war aber keine reine Kunstausstellung im klassischen Sinne. Auf ihr wurden vor allem „Trophäen“, wie zum Beispiel Überreste versenkter bzw. abgeschossener deutscher U-Boote und Flugzeuge gezeigt. Diese Exponate gingen nach der Ausstellung in Chicago auf Tour und wurden in mehr als 20 Städten der USA präsentiert.¹⁸⁰ Die Wanderausstellung, die sich beim Publikum großer Beliebtheit erfreute, diente der Darstellung der Siegesfähigkeit der Alliierten.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Pictorial Publicity Division bestand darin, Plakate zu produzieren und zu veröffentlichen, die die Mobilisierung der Heimatfront befördern sollten oder zum Kauf von sogenannten „liberty bonds“ (Kriegsanleihen) aufriefen. Durch den Kauf dieser Anleihen flossen dem Staat Gelder zu, die er zur Finanzierung des Krieges nutzen konnte. Außerdem wurde auf den Plakaten für eine direkte Beteiligung der Bürger an konkreten Aktionen oder für die Mitgliedschaft in verschiedenen zivilen Organisationen oder im Militär geworben.¹⁸¹ Diese optischen Darstellungen zielten darauf ab, der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass jeder Einzelne seinen Teil zu den Kriegsanstrengungen beizutragen habe:

Soon, famous illustrators such as N.C. Wyeth were painting patriotic canvases 19 feet high and 25 feet long to promote another Liberty Loan drive. The brushmen created 1438 works of art, which were reproduced by the millions. Probably the most famous was James Montgomery Flagg's portrait of Uncle Sam, pointing his finger and declaring, „I want you“.¹⁸²

Die *Division of Cartoons* bediente sich zum Teil der Vorlagen der Künstler der Division of Pictorial Publicity, fertigte aber in weitaus größerem Maße eigene Arbeiten

¹⁷⁹RG63 CPI-1, A1, B2+3, Box 14, NA

¹⁸⁰Jackall, S.141

¹⁸¹Auch in Filmen setzten sich populäre Schauspieler der Zeit für den Kauf von „Liberty Bonds“ ein. Vgl.: Chaplin, Charlie: *The Bond*, Film, 10 Min., The American Film Institute Collection, LOC und: Lasky Studios: *The Great Liberty-Bond Hold Up*, Film, 10 Min., LOC.

¹⁸²Flemming, Thomas: “When the United States entered World War I, propagandist George Creel set out to stifle anti-war sentiment”, in: *Military History*, Dec.1995, S.4

an. Mit wöchentlichen Bulletins, sollte die Arbeit der Karikaturisten des Landes koordiniert werden. Außerdem wurde darin den Künstlern die Aufgaben und Ziele ihrer Arbeit verdeutlicht. So wurde in Bulletin Nummer drei das Ziel formuliert: „urge woman to take the industrial places of man gone to war“, in Bulletin Nummer sieben war es „urge the public to root German property interests out of America“, in Bulletin zehn: „urge industrial workers of all sorts to stick to their jobs because of the high costs of labor turnover“, in Bulletin elf: „undercut German propaganda at home supporting the Campaign ‘Where did you get your facts?’“ und in Bulletin 19 hieß es: „urge resistance to premature peace propaganda until the last vestige of Germany’s crime is atoned for.“¹⁸³ Künstlerische Vorgaben gab es nicht: Die darstellerische Umsetzung der politischen Ziele wurde der Kreativität des einzelnen Künstlers überlassen.

Einer der bekanntesten Karikaturisten in Diensten des CPI war C.R. Macauley. Aus seiner Feder stammt zum Beispiel die Zeichnung „the soap box traitors“, die Kriegsgegner als Schwächlinge und windige Händlergestalten entlarven sollte. Seinen wohl größten Erfolg erzielte er aber mit der Karikatur „The Hun“, die einen wildgewordenen Gorilla mit riesigen Reißzähnen zeigt, der eine Pickelhaube trägt.¹⁸⁴ Hier wurde also wieder auf ein bereits etabliertes Symbol zurückgegriffen: Die Pickelhaube wurde gleichgesetzt mit preußischem Militarismus und Kriegsfanatismus. In der Karikatur hinterlässt der „preußische Gorilla“ eine Blutspur, in der mehrere geschändete Jungfrauen verenden. Den Jungfrauen werden die Namen „Law of God and Man“, „Right“, „Justice“, „Humanity“, „Hope“, „Faith“, „Charity“ und „Decency“ zugeordnet. Damit wurde das Bild zu einer Konfrontation von deutscher Brutalität und US-amerikanischer Werthaltung vervollständigt. In vielen Karikaturen fällt auf, dass religiöse oder sexuelle Motive verwendet und miteinander verknüpft wurden. Die Zeichnungen und Karikaturen setzen noch mehr als die Schriften auf einfach zu erfassende und von jedem zu entschlüsselnde Symbole. Hinter dieser Technik stand die wirkungs-psychologische Erkenntnis, dass das beeinflussbarste menschliche Sinnesorgan das Auge ist. Einfache Bilder können zudem wesentlich schneller vom Hirn verarbeitet werden als Texte. Zu ihrer Decodierung bedarf es weniger kognitiv-intellektueller Fähigkeiten. Im Gegensatz zur Division of Syndicated Features zielten die Division of Pictorial Publicity und die Division of Cartoons auf ein breites Massenpublikum. Jackall weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass weite Teile

¹⁸³Auch diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Die noch erhaltenen Bulletins der "Division of Cartoons" finden sich in: *RG63, CPI 1 C-5, Box 47, NA*

¹⁸⁴Zu den Arbeiten Macauleys vgl. im speziellen „The Butterfield Syndicate’s collection of Macauley’s work. America’s Spirit in the War“ in: *RG63, CPI 1 A-5, Box 33, Folder 5, NA*

der US-Bevölkerung im Ersten Weltkrieg nur eine unzureichende Lesefähigkeit besaßen.¹⁸⁵

Bewegte Bilder waren noch populärer als Zeichnungen oder Karikaturen. Die Experten der *Division of Films* setzten ebenfalls auf schnell zu erfassende optische Symbole; sie waren sich der enormen Suggestionskraft filmsprachlicher Mittel bewusst. Mit Auftragsproduktionen für Propagandafilme stimulierten sie indirekt auch die rezessionsgeschädigte Hollywood-Industrie.¹⁸⁶ Die Produzenten versprachen mit dem CPI an einem Strang zu ziehen und erklärten: „We will spread that propaganda so necessary to the immediate mobilization of the country’s great resources.“¹⁸⁷ Das CPI produzierte aber auch selbst eine Anzahl an Dokumentarfilmen, die in erster Linie die Kriegsanstrengungen oder den Kampf an der Heimatfront zum Thema hatten. Sie trugen Titel wie „Torpedo Boat Destroyers“, „Making of Big Guns“, „The Bath of Bullets“ oder „Storm of Steel“. Dem Tenor nach waren sie alle klassische Propagandafilme, die mit Durchhalte-Aufforderungen und Siegessymbolen gespickt waren.¹⁸⁸ Eine der bekanntesten Produktionen war der Film „Pershings Crusaders“. Die Werbebroschüre für die Aufführung in der „Chicago Orchestra Hall“ trifft den Ton der meisten Propagandafilme des CPI und kann somit als stellvertretend für fast alle anderen Produktionen angesehen werden:

The first official American War Film shows the grim earnestness of the United States Government in its war activities and its determination to stamp out Kaiserism. Our boys in Khaki are pictured in the very front firing lines. You see Americans taking over the fighting trenches. You see Secretary of War Baker and General Pershing inspecting our preparations in France. You see the first German prisoners captured by our brave boys,- two dozen disheartened, defeated Boches. The last half of the picture is entirely devoted to what our boys are accomplishing over there. You also see what Uncle Sam’s countless civilian army is doing over here. Miles of cantonments grow over-night. You see the raw recruit become the hardened fighter. Fleets of aeroplanes darken the skies. Massive ships of steel, concrete and wood speed down the ways. Mighty guns and projectiles are made before your very eyes. Millions of uniforms are turned out with magic-like rapidity. You realize that every American is doing his best

¹⁸⁵Jackall, S.138

¹⁸⁶Zum Propagandafilm des Ersten Weltkriegs sind inzwischen zahlreiche Einzelstudien erschienen. Übergreifende Arbeiten, die eine Einordnung der Filmanstrengungen in den Gesamtkontext der CPI-Aktivitäten vornehmen, finden sich indes seltener. Vgl. allgemein zum Film: Isenberg, Michael T.: „The Mirror of Democracy“ in: „Reflections of the War of Films in World War I“ in: *Journal of Popular Culture*, 9, 4 (Spring 1976) S.878-885; Johnston, Winifred: *Memo on the Movies. War Propaganda 1914-1919*, Norman (Oklahoma) 1939; Lyons, Timothy J.: „Hollywood and World War I 1914-1918“ in: *Journal of Popular Film*, Winter 1972, S.15-30; Moul, David H.: *American News Film 1914-1919. The Underexposed War*, New York 1983 und Ward, Larry Wyne: *The Motion Picture Goes to War. The U.S. Government Film Effort During World War I*, Ann Arbor (Mich.) 1985.

¹⁸⁷Flemming, S.3

¹⁸⁸Eine Auswahl der Filme findet sich in der audio-visuellen Abteilung der Library of Congress. Vgl. „Films of the Great War“, Laserdisc, Madison Building, LC.

to help win this war. Our great Navy, our huge and growing Army, and all our immense resources of field and mine and forest are in this struggle to the successful end. It is a picture that every soldier's mother, wife, or sweetheart will want to see. You may see your boy over there.¹⁸⁹

Tote US-Soldaten sahen die Zuschauer in diesen Filmen allerdings nicht. Andere Filme wie „The Kaiser: The Beast of Berlin“ oder „Wolves of Culture“ hatten eine andere Intention. Sie zielten darauf ab, den Kriegsgegner als barbarisch und vollkommen unzivilisiert zu diskreditieren.¹⁹⁰ Auch sie wurden millionenfach gespielt. Eine zeitgenössische Schätzung kam zu dem Schluss, dass täglich zwischen zehn und dreizehn Millionen Menschen ins Kino gingen.¹⁹¹ Der Film „To Hell with the Kaiser“ war so beliebt, dass in Massachusetts die Polizei eine aufgebrachte Menge davon abhalten musste, ein Kino zu erstürmen. Die Vorstellung war ausverkauft gewesen und die Randalierer wollten sich ohne Karte Eintritt zum Kino verschaffen.¹⁹²

Die Kinos wurden aber noch in einer ganz anderen Art und Weise zu Propaganda-Zwecken genutzt. In ihnen traten sogenannte „Four Minute Men“ auf. Dabei handelte es sich um Männer und Frauen, die für die Zeit des Krieges spontan rekrutiert wurden, um in den Pausen der Kinovorstellungen Reden zum Krieg zu halten. Ihre Organisation fand auf lokaler Ebene statt. Die "Four Minute Men" waren Freiwillige, die vom Hauptquartier des CPI in Washington mit Propagandamaterial versorgt wurden.¹⁹³

Die besten Redner wurden vom CPI ausgewählt und konnten Preise gewinnen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Behörde nicht nur auf alte Standards zurückgriff, sondern ein neues Repertoire an Propaganda-Techniken entwarf, das es so bislang nicht gegeben hatte. Gegen Ende des Krieges im Jahr 1918 gehörten der Abteilung rund 750.000 Frauen und Männer an, die insgesamt 755.190 Reden in 5.200 Städten und Gemeinden der USA hielten.¹⁹⁴ Ihre Themen lauteten unter anderem: „Why

¹⁸⁹Der Text findet sich in: *RG63, CPI A-5, Box 34, Folder 6, NA*

¹⁹⁰Weitere Filme, die in diese Kategorie eingeordnet werden können und die angebliche Gräueltaten der Deutschen thematisierten, sind: „The Little American“, „Horrors and Atrocities of the Great War“, „My Four Years in Germany“ oder „Heart of Humanity“. Diese Filme sind zum Teil in der audiovisuellen Sammlung der LC oder beim American Film Institute einzusehen. Interessant ist hierbei, dass sowohl Spielfilme als auch Dokumentarfilme dazu dienten, die amerikanische Bevölkerung von den Gräueltaten der deutschen Armee zu überzeugen.

¹⁹¹Vgl. „The War Work of Four Minute Men“ in: *The Touchstone*, Vol. 3. No.6., Sept. 1918.

¹⁹²Flemming, S.6

¹⁹³*M+8: Committee on Public Information*, by Neal O'Brien in: <http://www.ukans.edu/~kansite/wwi-0499/msg00237.html>. 22.3.2001, 16.50 MEZ.

¹⁹⁴Zu Aufgaben, Zielen sowie zur sozialen Herkunft der Four Minute Men vgl. unter anderem auch: Grahame, Jeanne: „The Four Minute Men: Volunteers for Propaganda“ in: *Southern Speech Journal*, 32, 1 (Jan.1966) und:

we are fighting“ oder „Unmasking German Propaganda“. Als einen der Leiter der *Four-Minute-Men-Division* hatte das CPI Professor Bertram G. Nelson vom Department of Public Speaking der Universität von Chicago gewinnen können. Ab März 1918 spezialisierte er sich als Associate Director gemeinsam mit seinem Universitätskollegen Professor Salmon H. Clark auf die Schulung der Redner und darauf, deren Rhetorik zu verbessern. Zu diesem Zwecke wurden die Zeitschriften „Four Minute Men Bulletin“ und „Four Minute Men News“ ins Leben gerufen, die als Fachzeitschriften gedacht waren.¹⁹⁵ Diese Zeitschriften sind die grundlegendsten Primärquellen zu Struktur, Aufgaben und Zielen dieser Untergliederung des CPI. So geht aus ihnen hervor, dass die Four Minute Men ein Publikum ansprechen sollte, das bislang noch nicht durch patriotische Versammlungen oder entsprechende Schriften erreicht wurde. Da sie im Kino auch vor Unterhaltungsfilm auftraten, war nicht davon auszugehen, dass die Zuhörer schon im Sinne des CPI prädispositioniert waren, wie die Zuschauer, die gezielt in einen Propagandafilm gingen. Der Adressat war in diesem Falle also wieder der bislang unbeeinflusste „Durchschnitts-Amerikaner“.¹⁹⁶ Die beiden Professoren hatten ihren Multiplikatoren ein detailliertes Rede-Schema an die Hand gegeben, mit denen das Publikum beeinflusst werden sollte:

First: The opening, which will arrest attention and arouse interest. (...) Second: The body, in which we submit facts and details logically to satisfy the reasoning faculties of our audiences. (...) Third: The appeal to the feelings, in which we stir sentiment and emotion and arouse the desire to do something. Fourth: Clinching the decision by a rapid summing up and an appeal to the will to do the thing for which the desire has been created.¹⁹⁷

Ein weiteres Element der Redetechniken sowie bei der Instruktion der Redner selbst, war das Eingehen auf die verschiedenen Nationalitäten und kulturellen Erfahrungshintergründe unterschiedlicher Zuhörer. Dies konnte natürlich nur gelingen, wenn das Publikum in diesen Punkten eine einigermaßen homogene Gruppe darstellte, was vor allen in ländlichen Gebieten der Fall war, in denen sich gezielt Einwanderer aus einer ganz bestimmten Region niedergelassen hatten. Dann aber war der Appell an gemeinsame kulturelle Traditionen oder die ethnische Herkunft der Zuhörer durchaus

Ingersoll, William: „The Future of the Four Minute Men“ in: *Quarterly Journal of Speech Education* , 5 (March 1919), S.175-178

¹⁹⁵Nelson, Bertram: *The Four-Minute-Men. What Every American Should Know About the War*, Montaville Flowers (NY) 1918, S.253

¹⁹⁶In der Frühzeit des Kinos und während des Ersten Weltkrieges wurden die Filmtheater sowohl von Arbeitern als auch von der Mittel- und Oberschicht besucht. Vgl. May, Larry: *Screening Out the Past*, New York 1980.

¹⁹⁷*Four Minute Men Bulletin*, Nr.39, 12.Sept.1918, Washington D.C. , S.3. ; im Folgenden zit. als FMMB.

hilfreich. So beschreibt ein Four Minute Men seine Erfahrungen mit einer Gruppe, in denen die meisten Zuhörer gälischer Abstammung waren:

If I had come before you carrying crossed sticks, soaked in oil and blazing brightly in the form of a fiery cross, those of you who are of Galic birth or ancestry might have guessed my mission in a moment. I come to summon you to the service of your Nation. In olden times, the chieftain of a Highland clan would send the symbol of a fiery cross, in the hand of a swift runner, to call together all the fighting men of the clan.¹⁹⁸

Aus den Four Minute Men Bulletins geht hervor, dass der Charakter der Reden durch die Regeln und Techniken der professionellen, kommerziellen Werbung und der PR geprägt war:

The perfect four-minute speech is an advertisement - not an address - and it is axiomatic that there are four steps to be taken in every successful advertisement: Attention, interest, desire and resolve.¹⁹⁹

Gemäß dieser Ausrichtung wurde der Anfang einer Rede gern besonders spektakulär gestaltet oder mit einem Element der Dringlichkeit versehen, wie etwa: „I have just received the information, that there is a German spy among us - a German spy watching us“ oder: „Stop! The Kaiser is watching us.“²⁰⁰ Diese Einleitungssätze waren in Hinblick auf den Schluss der Rede konzipiert, der dann lauten konnte: “Do not let that German spy hear and report that you are a slacker.”²⁰¹ Bei der Bewertung der Four Minute Men Division gelangt der Soziologe Jackall zu der Ansicht, dass ihre Reden eine Verbreitung erreichten, die nur mit einem modernen Massenmedium zu vergleichen ist:

The Four Minute Men were in effect a national broadcasting outfit years before commercial radio became available, at least for those that regularly flocked to the movie house.²⁰²

Maßgebliche Mitarbeiter und Initiatoren der Four Minute Men Abteilung stammten aus dem Bereich der Werbung und der professionellen PR. So war zum Beispiel William H. Ingersoll von 1909-1914 Präsident der „Advertising Mens League“ in New York gewesen; Ernest T. Gundlach war Inhaber der „Gundlach Advertising Co.“ und Charles H. Mackintosh gehörte die Werbeagentur Duluth. Aufgabe dieser „Profis“ war es vor

¹⁹⁸*FMMB, Nr. 37*, 21. Aug. 1918, S.11

¹⁹⁹*FMMB, Nr. 39*, 12. Sept. 1918., S.5

²⁰⁰*FMMB, Nr. 17*, 8. Okt. 1917

²⁰¹ibid

²⁰²Jackall, S.140

allem Kampagnen zum Verkauf der „Liberty Bonds“ oder „War Saving Stamps“ auf den Weg zu bringen und den allgemeinen Kriegswillen der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Dieses allgemeine Ziel war in den Briefen und Anweisungen der Abteilungsleiter an die Four Minute Men deutlich formuliert; sie trugen Titel wie „Combat Peace Propaganda“, „Welding the Will to Win“ oder „Install Faith in the Progress of War“.²⁰³

Werbung und professionelle PR sind bis heute wichtige Beeinflussungstechniken geblieben bzw. ausgebaut worden. Sie werden zu meinungs-manipulatorischen Zwecken auch im politischen Bereich gezielt eingesetzt. Aus diesem Grund soll an dieser Stelle kurz im Sinne des Versuchs einer Allgemein-Definition auf die Bedeutung der Public Relations und der Werbung eingegangen werden, bevor die Untersuchung des Fallbeispiels "Erster Weltkrieg" fortgesetzt wird.

Der Konkurrenzdruck und die Tendenz zur Kommerzialisierung der Presse hat sich im 20. Jahrhundert kontinuierlich verschärft. Dadurch traten und treten eigene Recherchen und der Einsatz geschulter Reporter und Redakteure bisweilen in den Hintergrund. Eigene Recherchen verursachen in der Regel nicht unerhebliche Kosten - diese will ein an Profit orientiertes Unternehmen aber gerade senken.²⁰⁴ Also rückt die Übernahme von Informationen aus Agenturen und aus anderen Medien weiter in den Vordergrund. Diese Gemengelage nutzt die Public Relation. Die Zahl der PR- Berichte ist angestiegen und ihre Übernahme durch die Medien auch.²⁰⁵ Auch wenn der Einfluss der strategischen PR kaum wissenschaftlich genau quantifizierbar ist, so lässt sich doch eine deutliche Zunahme erkennen. Der Medienwissenschaftler und Soziologe Ulrich Saxer charakterisiert die PR daher auch als expansive Sozialtechnik und beschreibt das Verhältnis der Journalisten zu dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit als „negative Einschätzung bei starker Nutzung derselben“.²⁰⁶

Die Public Relations-Techniken zielen in der Regel erst einmal auf die Medien und den Journalisten als Multiplikator ab. Ihre konkreten Ziele können dabei recht unterschiedlich sein. So kann es aus Sicht der PR-Agentur schon ein Erfolg sein, dass Journalisten und Herausgeber diese überhaupt kennen. Ein wesentlich größerer Erfolg ist es natürlich, wenn Themen die durch PR lanciert werden auch tatsächlich ihren

²⁰³Vgl. *FMMB, Nr. 16*, 24. Sept. 1917, S.1

²⁰⁴Vgl. dazu Heinrich, J. : *Medienökonomie: Band 1*, Opladen 1994, S.69ff. Für den amerikanischen Markt hat schon früh der Medienwissenschaftler Bagdikian dieses Phänomen untersucht.

²⁰⁵a.a.O.

²⁰⁶Saxer, Ulrich: „Public Relations als Innovation“ in: *Medien Perspektiven*, 5/91, S.281

Niederschlag in den Medien finden. Eine optimale PR zeichnet sich dadurch aus, dass Themen im Sinn oder gar im Wortlaut gänzlich von der Presse übernommen werden. Doch zumeist zeigen sich die Auswirkungen der Public Relations nicht so deutlich. Außerdem müssen die von PR-Unternehmen verbreiteten Informationen nicht unbedingt falsch sein. Sie sind aber stets interessengelenkt. Identifiziert ein Journalist die Aussagen einer PR-Firma als solche, recherchiert sie, vergleicht sie mit anderen Quellen und kommt dann zu einer eigenen, unabhängigen Einschätzung kann nur noch bedingt von Beeinflussung die Rede sein; und zwar nur insofern, als dass der Journalist auf das Thema gar nicht aufmerksam geworden wäre und deshalb auch nicht darüber berichtet hätte. Übernimmt ein Redakteur die von einer PR-Agentur verbreiteten Informationen indes kritiklos, ist dies als erfolgreiche Presselenkung zu bezeichnen.²⁰⁷

Methoden der PR sind neben der Publikation eigener Geschichten und Themen vor allem Einladungen zu Pressekonferenzen, die Bereitstellung von Informationsquellen, die Vermittlung von Interviewpartnern sowie die Kontaktpflege zu Personen des öffentlichen Lebens. Vermehrt finden diese Techniken in der Politik und bei großen gesellschaftlichen Organisationen Anwendung.²⁰⁸ Es gibt kaum einen wichtigen Politiker, der nicht über einen eigenen Pressereferenten verfügt, der ebenfalls PR-Techniken anwendet. So hat dieser häufig die Aufgabe, Anfragen von lästigen oder unliebsamen Journalisten von seinem Vorgesetzten fernzuhalten. Darüber hinaus kann seine Aufgabe aber auch darin bestehen, für den Politiker und die Partei positive Informationen an die Medien weiterzugeben. PR besteht darüber hinaus aber auch darin den politischen Gegner in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen und dieses Bild den Medienvertretern zu vermitteln. Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass politische PR nicht nur defensiv ausgerichtet ist; vielmehr versucht sie offensiv, Meinungen und Stimmungen zu beeinflussen. In den USA ist das „campaining“ politisches Alltagsgeschäft.²⁰⁹ Am stärksten fällt dies natürlich im Wahlkampf auf, politische Kampagnen können jederzeit ins Leben gerufen werden. Dann richten sie sich aber zumeist direkt an den Endverbraucher, also den potentiellen Wähler, und nicht mehr nur an den Journalisten als Multiplikator. Daher erfüllen sie in diesem Fall denselben Zweck wie die klassische Werbung der Industrie. Der Unterschied besteht im

²⁰⁷vgl. Hartwig, Stefan: Konflikt und Kommunikation, Münster 1999, S.53ff.

²⁰⁸Als ein Beispiel mag die Arbeit der Umweltorganisation „Greenpeace“ gelten, die immer wieder durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam macht. Die Besetzung einer Ölplattform oder das Entern eines Chemietankers werden dabei bewusst für die Medien inszeniert. Solche „Events“ sind häufig wirksamer als ein zehnteitiges Flugblatt zu demselben Thema; selbst wenn dieses korrekte und gut recherchierte Informationen enthält.

²⁰⁹Hartwig, a.a.O.

zu bewerbenden Produkt. Im Falle des CPI und der von ihm beauftragten Werbeagenturen war dieses Produkt der Krieg.

Kontakte zwischen PR-Firmen bzw. Werbeagenturen und dem Creel-Committee hatte es schon seit seiner Entstehung gegeben. Aber erst zu Beginn des Jahres 1918 wurde eine eigene CPI-Abteilung, die *Division of Advertising* ins Leben gerufen. Diese Verzögerung hatte unterschiedliche Gründe. Zum einen lag es daran, dass einige der Werbefachleute ihre Dienste dem Komitee gegen ein Entgelt angeboten hatten, was Creel ablehnte, da er auch in den anderen Abteilungen erst einmal auf freiwillige und unbezahlte Arbeit setzte. Zum anderen aber ist der Grund darin zu suchen, dass Mitglieder der Werbebranche bereits in anderen Abteilungen beschäftigt waren und daher zunächst keine Notwendigkeit für eine eigene Abteilung bestand.²¹⁰ Das sollte sich aber im Verlauf des Krieges ändern. Direkt nach dem Kriegseintritt hatte eine Gruppe von Werbefachleuten dem CPI vorgeschlagen, Werbeflächen für das CPI in Zeitungen und Magazinen zu kaufen. Creel lehnte diesen Vorschlag ab. Daraufhin schlug William Rankin, der Geschäftsführer einer Chicagoer Werbeagentur, vor, dass wohlhabende Einzelpersonen, Firmen oder Zeitungen selbst Werbeflächen kaufen und diese dann an das CPI spenden könnten. Dieser Vorschlag wurde akzeptiert und bis zum Jahresende 1917 hatten allein 800 Zeitschriften und Magazine dem CPI unentgeltlich Werbeflächen angeboten. Nun sah sich das CPI allerdings vor ein neues Problem gestellt: Zum einen mussten diese Werbeflächen inhaltlich sinnvoll und professionell gefüllt werden, zum anderen musste diese Arbeit einheitlich organisiert und strukturiert werden, damit es nicht zu ungewollten Überschneidungen kam. In dieser Situation entschloss sich Creel, am 20. Januar 1918 eine eigene Division of Advertising zu gründen. Zu ihrem ehrenamtlichen Leiter ernannte er William H. Johns, den Präsident der *American Association of Advertising Agencies (AAAA)*, die insgesamt 115 Agenturen im ganzen Land repräsentierte. In einem Brief an Johns hatte Creel aber bereits vor Gründung der neuen Division deutlich gemacht, dass er die Fäden in der Hand behalten wollte und dass sich die Werbebranche aber trotzdem weitestgehend selbst organisieren sollte:

Your work, for the moment, is to be a clearing house for all advertising aid offered to the Government. For the present it will be my own task to secure the cooperation of all other departments of Government. In short, all of the departments of Government will be in a position to let me know what their needs are. You will be in a position to let me know what the advertising interests of the country can offer for the fulfilment of these needs. Questions of advertising policy are for you. Questions of government policy are for me. (...) It seems to me the first work to be done is the completion of the

²¹⁰Vgl. Jackall, S.145

organizations representing advertising interests of the country with which you will come into contact. You are to proceed at once to invite all of the organizations of national advertising, not now represented, to organize themselves on a basis of self-organization for war work in order that they may offer their services to this new National Board.²¹¹

Mitglieder der AAAA - einer Organisation die sich nach mehreren Fehlschlägen, die regionalen Organisationen zusammenzufassen, selbst erst am 4. Juni 1917 konstituiert hatte - spielten von nun an eine wichtige Rolle in der Division of Advertising. Anderen lokalen Werbe-Organisationen und Dachverbänden war das ein Dorn im Auge, da sie fürchteten, von der Vergabe von Aufträgen abgeschnitten zu werden.²¹² Trotz ihrer verzögerten Entstehungsgeschichte und der Tatsache, dass die Division of Advertising hauptsächlich die Arbeit privater Gruppen und Organisationen koordinierte, wurde sie zu einer bedeutenden Unterabteilung des CPI. Denn hier liefen die Fäden der anderen Abteilungen zusammen. Plante eine andere Abteilung der Behörde eine groß angelegte Medienkampagne, wandte sie sich an die Division of Advertising, denn dort saßen die eigentlichen Vermarktungsprofis.²¹³ Die Division organisierte auch zahlreiche Werbefeldzüge für die Ministerien. Darüber hinaus sprachen aber auch zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen, wie zum Beispiel das YMCA oder die Arbeitnehmer- und Farmerverbände, die Abteilung an, wenn sie eine Kampagne starten wollten, die den Kriegsanstrengungen nützlich sein sollte.²¹⁴ Mit der Division of Advertising hatte das CPI eine eigene Werbeagentur installiert: Die Propagandainhalte wurden damit nicht nur unter professionellen Kriterien hergestellt, sondern auch noch zusätzlich professionell beworben und an den richtigen Stellen platziert. Das Verdienst dieser Abteilung für die nationalen Kriegsanstrengungen lag also nicht allein in der Produktion, sondern vor allem in der Distribution.²¹⁵

Die Zentralisierung des Informationsflusses: Die Nachrichtenabteilung

²¹¹Letter from Creel to W.H. Johns, Dec. 21st, 1917 in: *RG63, CPI I, A-4, Box 37, Folder 4, NA*

²¹²Zur Entstehungsgeschichte und zur personellen Verquickung von AAAA und CPI vgl. Clapp, Roger H.: *Prelude to the Four A*, Amherst (Mass.) 1954.

²¹³Jackall, S.147f.

²¹⁴Zu den wichtigsten Kampagnen der Division of Advertising vgl. *RG63 CPI I A-4, Box 32, NA*. Die Methoden moderner Werbestrategien wurden auch über den Ersten Weltkrieg hinaus und vor allem in der Zwischenkriegszeit genutzt, um sozialen Wandel und die Überlegenheit des US-Systems zu. Vgl. dazu: Marchand, Roland: *Advertising the American Dream: Making Way for Modernity 1920-1940*, Berkeley (CA) 1985.

²¹⁵Die Arbeit von Werbefachleuten für das CPI hatte Rückwirkungen auf die Werbebranche. Nach dem Ersten Weltkrieg erlebte sie einen Auftrieb und setzte sich als strategisches Element der Meinungsbeeinflussung durch.

Eine weitere besonders wichtige Abteilung des CPI, die in Hinblick auf die Pressepolitik der Regierung einer eigenen Betrachtung bedarf, war die *Division of News*. Pro Jahr verfasste sie durchschnittlich rund 6.000 Presse-Artikel und Flugschriften für Journalisten. Nach Angaben von George Creel fanden diese Artikel Niederschlag in mehr als 20.000 Zeitungs-Kolumnen.²¹⁶ Nach Kriegsbeginn gab die Division of News zentralisiert die Nachrichten der meisten Ministerien und Regierungsstellen heraus: Dazu zählten das Kriegs-, Marine-, Justiz-, Arbeits- und Außenministerium. Des Weiteren gehörten das Weiße Haus, das National War Labor Board, das War Industries Board, das War Trade Board und das Alien Property Custodian dazu.²¹⁷ Zur Koordination und zur Zusammenarbeit mit den betroffenen Ministerien bildete Creel einen Viererrat, dem Hugh Gibson vom Außenministerium, General Frank McIntyre vom Kriegsministerium, Commander Belknap vom Marineministerium und er selbst angehörten.²¹⁸ Das Gremium hatte vor allem zwei Funktionen: Es traf die letzte Entscheidung darüber, welche Nachrichten an die Presse weitergegeben wurden und es überprüfte die Richtlinien der jeweiligen Ministerien, in denen festgeschrieben worden war, welche Nachrichten nicht an die Presse gelangen sollten. Bis zum Februar 1918 wurden die meisten Nachrichten der Regierungsstellen und der Ministerien von diesen selbst abgefasst und lediglich vom CPI oberflächlich überprüft und dann veröffentlicht. Creel sprach von einer „mechanical operation“.²¹⁹

Als jedoch gehäuft Falschmeldungen bzw. nicht zur Weitergabe gedachte Informationen ohne Zutun des CPI aus verschiedenen Ministerien an die Öffentlichkeit gelangt waren, setzte Creel durch, dass journalistische Mitarbeiter des CPI in die Ministerien geschickt wurden, um die Nachrichten zu sammeln und mit Genehmigung

²¹⁶Marchand, S.117. Es ist davon auszugehen, dass Creel die Effizienz seiner Behörde als möglichst hoch darstellen wollte. Die zitierte Zahl - ebenso wie andere Angaben des CPI über den Wirkungsgrad ihrer Publikationen - können nicht verifiziert werden. Das liegt zum einem an der schier unüberschaubaren Menge an Material, zum anderen an einem methodischen Problem: Die Tatsache, dass bestimmte Passagen aus einer CPI-Veröffentlichung in einem Zeitungsbericht auftauchen, stellen keinen eindeutigen Beleg dafür dar, dass der Autor diese Passagen tatsächlich aus dieser Quelle entnommen hat. Er kann sie zum Beispiel auch unabhängig davon verfasst oder von einem Kollegen übernommen haben. Aus Sicht des Propagandisten ist dies letztlich unerheblich; für ihn zählt, dass die Geschichte verbreitet wurde, aus welchen Gründen auch immer. Bei der Durchsicht der US-Tageszeitungen lässt sich feststellen, dass die vom Creel-Komitee veröffentlichten Artikel häufig aufgegriffen wurden und einen hohen Zirkulationsgrad hatten. Alles in allem ist davon auszugehen, dass die Publikationen einen nachhaltigen Eindruck in der Bevölkerung hinterließen. Vgl. Scholz, S.178f. In der Forschung gibt es relative Übereinstimmung darüber, dass die alliierte Propaganda im Ersten Weltkrieg auch einen Einfluss auf den Feind hatte. Bruntz, George G.: *Allied Propaganda and the Collapse of the German Empire in 1918*, New York 1972.

²¹⁷Vgl. CPI-Report, S.12

²¹⁸Vgl. die Aussagen von Creel vor dem Kongress: U.S. Congress: *Sundry Civil Bill*, Hearings, Washington D.C. 1919, S.13

²¹⁹Vgl. Creel in: a.aO., S.30

des jeweiligen Abteilungsleiters zu veröffentlichen.²²⁰ Die Journalisten hatten eine Doppelstellung inne: Einerseits waren sie Mitarbeiter der jeweiligen Abteilung des Ministeriums und hatten dadurch auch Akteneinsicht in Geheimdokumente; andererseits sollten sie - gemäß Creels Auffassung - eine „independent force“ darstellen. Auf die Frage, welche Sichtweise sie letztlich bei der Erstellung und Weitergabe der Nachrichten einnehmen sollten, antwortete Creel:

Not exactly the newspaper man's point of view, because he is often opposed to reticence of all kinds. It is rather the point of view of the average citizen.²²¹

Aus ihrer Doppelstellung erwuchsen den Journalisten spezifische Probleme. Sie waren weder von den Ministerien voll akzeptiert, noch von der Presse. Der Argwohn der Abteilungsleiter in den jeweiligen Administrationen resultierte unter anderem daraus, dass diese eine direkte Zensur befürwortet hatten, was Creel wiederum mit Verweis auf sein System der freiwilligen Pressezensur und der „requests“ abgelehnt hatte.²²² Außerdem wurde das Misstrauen dadurch verstärkt, dass die betroffenen CPI-Mitarbeiter fast ausschließlich Journalisten waren und dass sich die Abteilungsleiter in den Ministerien von ihnen überwacht fühlten. Andererseits wiederum argwöhnte die Presse, dass das CPI doch durch seine Mitarbeiter eine indirekte Zensur ausübte und dass sie durch die Neuorganisationen in den Ministerien und die Gründung der Division of News nicht mehr auf ihre angestammten Informationskanäle und Informanten in den Ministerien zurückgreifen konnte, da diese nun vom CPI abgeschottet waren. Schon Ende 1917 beklagte der Journalist David Lawrence diese Entwicklung:

Mr. Creel failed to obtain either the cooperation of the officials or of the press. He forfeited the second when he lost the first. Mr. Creel, himself a newcomer in Washington, found that the Government did not do business in the open as he had supposed, and the effort at reform was doomed to failure ...²²³

Im Verlauf des Krieges verbesserte sich das Verhältnis von CPI und Presse graduell. Ein Grund dafür lag darin, dass die vom CPI herausgegebenen Nachrichten und seine regelmäßigen Schriften (die U.S. Official Bulletins) wesentlich korrekter waren, als von den Journalisten anfänglich angenommen. So stellte sich durch mehrere Einzelfälle wie

²²⁰Creel-Report, S.30

²²¹Creel, How we Advertised, S.78

²²²Die „requests“ waren eindeutig formulierte „Bitten“ in Anweisungsform an die Presse, bestimmte Nachrichten nicht zu veröffentlichen. Vgl. Creel, a.a.O. S.72

²²³Lawrence, David: „Not for Publication“ in: Saturday Evening Post, Dec. 1, 1917. Über die internen Probleme und die Kompetenzstreitigkeiten zwischen CPI und den Ministerien vgl. außerdem: Paxson, Frederic L.: *America at war 1917-1918. American Democracy and the World War*, Bd. 2, Boston (Mass.) 1939, S.46f.

den „Fourth of July Fake“ heraus, dass Fehlmeldungen, die zunächst dem CPI zugeschrieben worden waren, keineswegs von diesem verbreitet worden waren, sondern durch Fehler in der Nachrichtenübermittlung, in den Ministerien, durch unautorisierte Quellen, oder bei der Presse selbst entstanden und verbreitet worden waren.²²⁴ Eine Überprüfung der angezweifelte Nachrichten des CPI ergab, dass keine der beanstandeten Informationen wissentlich oder willentlich vom CPI lanciert worden war.²²⁵ Dies ist ein weiterer Beleg für die These, dass das CPI in erster Linie keine Zensurbehörde, sondern eine Propagandabehörde war.

Dennoch wäre es falsch daraus den Schluss zu ziehen, dass es im Ersten Weltkrieg keine offizielle und direkte Zensur gegeben hätte. Sie wurde lediglich nicht vom CPI durchgeführt.²²⁶ Außerdem war auch das bereits in Ansätzen beschriebene System der freiwilligen Zensur ein Zensursystem und nicht zuletzt übte auch das Vorenthalten von Nachrichten zensierende Wirkung aus. Allerdings ist es ideologiegeschichtlich höchst interessant, dass Creel und Präsident Wilson den Eindruck einer direkten Zensur unter allen Umständen vermeiden wollten. Neben der eigenen ideologischen Ausrichtung waren die Gründe für dieses Vorgehen vor allem pragmatischer Natur. Durch Berichte von US-Korrespondenten über die britische Zensur auf den Kriegsschauplätzen in Europa, fühlte sich die US-Regierung in ihrer Haltung bestätigt. Schon im März 1917 hatte der US-Korrespondent Patchin die Gefahren einer direkten Zensur für die amerikanische Regierung erkannt:

A stupid and inefficient censorship will more quickly break the authority of the government and lessen the confidence of the people in the government than almost everything else.²²⁷

Und so entschloss sich Creel für sein System der freiwilligen Zensur. Er nahm an, zu Recht, wie sich im Kriegsverlauf herausstellen sollte, dass die Presse den „Bitten“ des CPI um Geheimhaltung bestimmter Nachrichten nachkommen würde. Eine schriftliche oder gar vertragsrechtliche Vereinbarung über dieses „gentlemen agreement“ hat es allerdings nie gegeben.²²⁸ Im U.S. Official Bulletin vom 2. Juni 1917 wandte sich Creel an die Pressevertreter und erläuterte seine Sicht:

²²⁴Zum „Fourth of July Fake“, die Berichterstattung über die ersten US-Truppentransporte nach Frankreich, vgl. Scholz, S.35

²²⁵Vgl. die Untersuchung von Walton E. Bean: „The Accuracy of Creel Committee News 1917-1919“ in: *Journalism Quarterly*, 18. Sept. 1941.

²²⁶Vgl. Mock, James R.: *Censorship 1917*, New York 1941.

²²⁷Interview von Patchin durch Major Pierce in: *RG165, Nr. 8976, A-10, NA*

²²⁸Creel, *How we Advertised*, S.19f.

The CPI has decided against this policy (of secrecy), and the press is at liberty to give full publicity to this communication. It is well to let the people know just what it is that the committee proposes and desires, so that there may be the least possible impairment of public confidence in the printed information presented to it.²²⁹

Danach kam Creel dann allerdings auf seine Idee der „requests“ zu sprechen. Demnach gab es drei Kategorien von Nachrichten, die grundsätzlich erst einmal nicht ohne Prüfung durch das CPI veröffentlicht werden sollten:

1. Matters which obviously must not be mentioned in print (dangerous matter). 2. Matters of doubtful nature which should not be given publicity until submitted to and passed by the committee (questionable matter). 3. Matters which do not affect the conduct of war (routine matter).²³⁰

Um einzuschätzen, unter welche Kategorie die entsprechenden Nachrichten fielen sollten sich die Journalisten an die Division of News des CPI wenden. Dieses stempelte darauf die entsprechenden Berichte entweder mit „passed by the CPI“ oder „authorized by the CPI“ ab. Im ersten Fall bedeutete das, dass der Artikel keine militärischen Geheimnisse enthielt, im zweiten Fall wurde auch die Richtigkeit eines Artikels überprüft und durfte als offizielle Regierungsversion publiziert werden. De facto hielt sich die Presse während des gesamten Kriegsverlauf an dieses System.²³¹

In der allgemeinen Praxis wurde direkte Zensur im Ersten Weltkrieg vom Kriegsministerium und vom Marineministerium verlangt und durchgeführt. Auf ihre Entscheidungen versuchte Creel zwar Einfluss zu nehmen, doch in Fragen der Zensur blieb die letztliche Entscheidungsgewalt bei den Ministerien. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit Briefen von US-Soldaten:

The War Department has requested that the Committee on Public Information transmit confidentially to newspaper editors the following suggestions: Letters from soldiers will doubtless be submitted to you for publication. The War Department, however, urgently [Hervorhebung im Originaltext] requests that you do not publish a soldier's letter without the most careful scrutiny of its contents.²³²

²²⁹U.S. Official Bulletin, June 2nd, 1917, S.12

²³⁰ibid

²³¹Aussagen von Creel vor dem Kongress: U.S. Congress: *Sundry Civil Bill*, Hearings, Washington D.C.1919, S.16. Mock und Larson, die eine detaillierte Analyse der Pressearbeit vorgelegt haben, kommen weitestgehend zu demselben Schluss, auch wenn sie eine Reihe von Ausnahmen dokumentieren. Vgl. Mock/Larson, S.85

²³²Brief des CPI an die Zeitungsherausgeber in: „CPI Confidential to Editors“ in: *RG94, Dec. File 0007, Box 5, NA*

Hier zeigte sich, dass die Einrichtung der Division of News in Zensurfragen für die Zusammenarbeit mit der Presse kontraproduktiv war. Da das CPI in militärischen Angelegenheiten keinerlei Befugnisse hatte, konnte es Zensuranweisungen des Kriegs- und Marineministeriums nicht aufheben. Andererseits verbreitete es aber deren Nachrichten und „requests“ und wurde also von der Presse dafür auch verantwortlich gemacht. Obwohl Creel stets versuchte, zu erläutern, dass nicht das CPI für die Zensur verantwortlich war, sondern die jeweiligen Ministerien, erschloss sich dieser Kompetenzenstreit den Journalisten nicht bzw. war für sie nicht relevant. Der Geruch der Zensurbehörde haftete also auch dem CPI an.

Eine weitere wichtige Unterabteilung des CPI war die *Division of Civic and Educational Cooperation (DCEC)*, die für die Inhalte der Propaganda auf einer akademischen Basis zuständig war und verschiedene Schriften heraus gab, die den anderen Abteilungen des CPI wiederum als intellektuelle Grundlage für ihre Arbeit dienten.²³³ Leiter des DCEC wurde der Historiker Guy Stanton Ford, der als ausgewiesener Deutschlandkenner galt. Er holte zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiter in seine Abteilung, die Publikationen der DCEC waren daher von einem akademischen Stil geprägt. Durch die Unterstützung des NBHS - einem Zusammenschluss von US-Historikern - konnte Ford zahlreiche Professoren der Geschichtswissenschaft für eine freiwillige Tätigkeit im DCEC gewinnen.²³⁴ Er hatte schon früh die Bedeutung einer patriotischen Erziehung betont und so konzentrierte sich die Arbeit des DCEC in erster Linie auf die Schulen und Universitäten des Landes.²³⁵ Da sich über eine Untersuchung der Arbeit dieser Abteilung aber nur indirekte Bezüge zur Pressepolitik herstellen lassen, soll hier auf eine detaillierte Analyse verzichtet werden.²³⁶

Eine Analyse der Frontberichterstattung in Hinblick auf die Presse- und Informationspolitik erscheint indes ergiebiger. Die freiwillige Zensur und die Propagandaanstrengungen des CPI zielten zumeist auf amerikanische Bürger in den USA und nur auf Umwegen auf die Berichterstattung von den Schlachtfeldern ab. Hier

²³³Zu den Aufgaben und den Inhalten der DCEC-Propaganda vgl. die Briefwechsel von Ford in: *RG63, CPI 3-A, NA* und *RG63, CPI 3-A2, NA*

²³⁴Zum intellektuellen Selbstverständnis der Professoren vgl. unter anderem: *NBHS, Ac 3699, Box 5+7* in: Library of Congress, Manuscript Division.

²³⁵Einen indirekten Einfluss hatte in diesem Zusammenhang die „American Public Library“, die zahlreiches Material und Bücher zur Verfügung stellte, welches von den Propagandisten genutzt wurde. Vgl. Wiegand, Wayne A.: *An Active Instrument For Propaganda. The American Public Library During World War I*, New York 1989.

²³⁶Zu einer umfassenden Gesamt-Darstellung der Aufgaben, Ideologie und Effizienz der DCEC vgl. Scholz, Kap. II, S.63-84

war das Militär zuständig. Die Quellen zur militärischen Zensur der USA sind spärlich. Die meisten Autoren wenden sich in diesem Bereich den Briten, Franzosen oder Deutschen zu. Dies liegt in erster Linie an der Tatsache, dass sich die USA vergleichsweise nur relativ kurz im Krieg befanden. Aus eben diesem Grunde waren die US-Journalisten an den Fronten in Europa bis zum Kriegseintritt der USA nicht genuin von den amerikanischen Zensurrichtlinien, sondern von den Regeln der kriegsführenden Parteien betroffen.

Zensur an der Front

Zu Kriegsbeginn gab es eine Reihe neutraler Nationen, die ihre Berichterstatter in den Krieg schickten. Neben den skandinavischen und südamerikanischen Ländern, der Schweiz sowie Spanien zählten auch die USA dazu. Zeitungen und Agenturen aus diesen Ländern sandten „freie“ Berichterstatter an die Fronten. Am Anfang des Krieges schienen sich für die „Neutralen“, somit also auch für die US-Korrespondenten, die besten Möglichkeiten zur Berichterstattung auf der deutschen Seite zu ergeben.²³⁷ Dies hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Deutschland wollte sich der Welt gegenüber nicht ausschließlich als alleiniger Kriegsverursacher präsentieren und war daher an einer wenn nicht positiven, dann doch zumindest neutralen internationalen Presse interessiert. Außerdem konnten die Deutschen zu Beginn des Krieges eine Reihe militärischer Erfolge vorweisen und fühlten sich daher in einer überlegenen Position, die sie ebenfalls weltweit berichtet sehen wollten. Aus diesen Gründen gab es für neutrale Korrespondenten auf deutscher Seite anfänglich vergleichsweise geringe Einschränkungen in Form von direkter Zensur. So durfte der deutschsprachige Amerikaner Karl H. von Wiegand, der die „United Press“ in Berlin repräsentierte, auf deutscher Seite an der Schlacht von Wirballen (8. Oktober 1914) teilnehmen. Über den Vormarsch der Deutschen gegen die russischen Truppen berichtete er:

The Russians literally went down like dominoes in the row. Those who had kept their feet were hurled back as though by a terrible gust of wind ... the withering fire ranking them even as they faltered, the lines broke. Panic ensued.²³⁸

Diese Darstellung der absoluten Durchschlagskraft gefiel dem deutschen Militär, der Artikel wurde nicht zensiert. Der Journalist von Wiegand nutzte den Deutschen auch noch auf andere Art und Weise. Er war der erste US-Reporter, der Kronprinz Wilhelm interviewen durfte. Und dies war auch das erste Interview überhaupt, das ein Mitglied des deutschen Hochadels seit Ausbruch des Krieges einem ausländischen Kriegsberichterstatter gab. Dadurch hatte Kronprinz Wilhelm die Möglichkeit, der amerikanischen Bevölkerung seine Sicht der Dinge zu präsentieren. Nach dem Kriegsgrund befragt, antwortete er:

Undoubtedly this is the most stupid, senseless and unnecessary war of modern times. It is a war not wanted by Germany. I can assure you, but it was forced on us and the

²³⁷Zur Rolle der US-Kriegsreporter vgl. unter anderen: Crozier, Emmet: *American Reporters on the Western Front 1914-1918*, New York 1959.

²³⁸Wiegand in: Morris, J.A.: *Deadline Every Minute*, New York 1957, S.67. Vgl. auch das Original: Wiegand, Karl H.: *Eastern Front Disptach*, United Press Oct. 8. 1914.

fact that we were so effectually prepared to defend ourselves is now being used as an argument to convince the world that we desire conflict.²³⁹

Diese beiden Zitate illustrieren, warum die Deutschen zu Beginn des Krieges den neutralen Reportern eine für diese Zeit relativ freie Berichterstattung erlaubten. Sie hatten in vielen Fällen ein starkes Eigeninteresse daran. Allerdings führten die deutschen Presseoffiziere die neutralen Journalisten nur an die Kriegsschauplätze, die sie für geeignet hielten, ihr Bild des Krieges darzustellen. Der neutrale Berichtersteller befand sich also in der Gefahr, ungewollt zum deutschen Sprachrohr zu werden. Direkte Zensur der neutralen Berichterstattung gab es hier anfänglich aber nur selten. Aus den ausgewählten Frontabschnitten durften die Neutralen frei berichten. Ob die Ereignisse an diesen ausgewählten Orten aber auch immer den gesamten Kriegsverlauf repräsentieren konnten, darf bezweifelt werden.

Der „United Press“ Korrespondent in Paris, William Simms, war in seiner Berichterstattung wesentlich stärker behindert als sein Berliner Kollege. Er konnte zwar einen Artikel über den ersten deutschen Angriff auf die französische Hauptstadt durch einen Ein-Mann-Flieger in die USA absetzen. Als er aber versuchte, die französischen Truppen an die Front zu begleiten, wurde ihm dies untersagt. Enttäuscht gelangte er zu der Auffassung: „The old-time war correspondent with freedom of movement passed out in the first month of the war.“²⁴⁰ Für die These, dass die relative Neutralität der amerikanischen Berichtersteller auf deutscher Seite dem Kaiser in der Frühphase des Krieges hilfreich war oder zumindest nicht schadete, gibt es noch weitere Belege. Eine Umfrage aus dem Jahr 1914 unter 367 US-Zeitungsbesitzern kam zu dem Schluss, dass 242 von ihnen keinerlei Präferenzen für eine der Kriegsparteien hatten.²⁴¹ Die Herausgeber waren auf die Neutralität ihrer Blätter bedacht. So unternahm die „New York Times“ gewichtige Anstrengungen, die Vermutung aus der Welt zu räumen, sie würde durch die Londoner „Times“ inhaltlich beeinflusst. Ein Großteil der führenden Redakteure war in der Tat pro-britisch eingestellt; einer von ihnen war britischer Staatsbürger. Daraufhin veranlasste der Herausgeber der Zeitung personelle Veränderungen, um den Ruf der Zeitung als neutrales Blatt wiederherzustellen.²⁴²

Die neutralen amerikanischen Berichtersteller sorgten auch dafür, dass Propagandalügen über die Deutschen aufgedeckt wurden. Fünf führende US-

²³⁹Vgl. Morris, S.68

²⁴⁰William Simms in: Morris, S.70

²⁴¹Knightley, Phillip: *The First Casualty*, New York 1975, S.120

²⁴²Talese, Gay: *The Kingdom and the Power*, New York 1969, S.167f.

Journalisten unterschrieben eine Erklärung, die besagte, dass die Berichte in französischen und britischen Zeitungen über Kriegsverbrechen, Gräueltaten und Kannibalismus deutscher Soldaten falsch seien. Der AP-Korrespondent in Belgien, Dr. Hendrik Willem van Loon, blieb bei dieser Meinung, obwohl ihn die Deutschen später von der Berichterstattung ausschlossen. Noch nach seiner Rückkehr in die USA im Jahre 1915 bezeichnete er die Gräueltaten-Artikel als „indecent lies“.²⁴³ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Erfolg der Deutschen im Hinblick auf ihr Bild in der amerikanischen Presse nicht durch eine übertriebene Beeinflussung oder durch direkte Zensur herbeigeführt wurde, sondern lediglich dadurch, dass sie im Gegensatz zu den anderen kriegsführenden Nationen den neutralen Berichterstattern relative Bewegungsfreiheit an den von ihnen selektierten Frontabschnitten ermöglichten.

Wenn es ihren Zwecken dienlich war, lockerten auch die Briten ihre Zensur gegenüber den neutralen Berichterstattern aus den USA. Der „United Press“ Journalist Shephard befand sich zu der Zeit im britischen General Headquarter, als die Deutschen den ersten bekannt gewordenen Giftgas-Angriff starteten. Ihm wurde erlaubt, nach Zypern zu reisen, wo er das Ausmaß der Zerstörung mit eigenen Augen betrachten konnte. In seinem Bericht beschrieb er die verheerenden Folgen des Gasangriffs. Der Bericht musste, wie alle anderen auch, der britischen Zensur vorgelegt werden. Die Briten entschieden sich, nicht ein Wort zu ändern. Einen besseren Propagandaerfolg hätte kein Bericht eines britischen Reporters erreichen können. Denn dieser Artikel war von einem neutralen Beobachter verfasst worden. Shephards Artikel wurde zudem später durch andere Berichte gestützt.²⁴⁴ In einem anderen Fall zeigte sich die britische Zensur weniger liberal. Es war wieder der Amerikaner Shephard, der vom deutschen Zeppelin-Angriff auf London am 8. September 1915 berichten wollte. Bevor die letzten Bomben auf die Hauptstadt gefallen waren und die Gebäude noch in Flammen standen, erließ die britische Zensur ein Verbot jeglicher Berichterstattung über den deutschen Angriff. Mit dieser erheblichen Einschränkung konfrontiert, entschied sich Shephard dafür, nicht über den Angriff selbst zu berichten, sondern über seine Auswirkungen. Er rückte die Anstrengungen der Bewohner der Stadt, die gegen die Flammen kämpften, in den Mittelpunkt:

²⁴³Diese Haltung kann als exemplarisch für die US-Berichterstatter gelten, die in der Frühphase auf deutscher Seite den Kriegsverlauf beobachtet hatten. Vgl. dazu: Ponsonby, Arthur: *Falsehood in War Time*, London 1928, S.130ff.

²⁴⁴Vgl. Irwin, Will: *Germans Use Blinding Gas To Aid Poison Fumes*, New York Tribune, April. 27. 1915. Irwin hatte ebenfalls unter dem Titel: *The Splendid Story of Cyprus*“ zwei Artikel über die Giftgasangriffe auf der Mittelmeerinsel verfasst. Vgl. dazu: Lande, Nathaniel: *Dispatches from the Front*, New York 1996, S.177

These civilians, not privileged to fight at the front, had proved their mettle now that the war reached their home area. They had fought fires, rescued wounded, shrugged off an entirely new type of warfare and patching together their houses and shops had carried on as usual.²⁴⁵

Dieser Bericht über die heldenhaften Bemühungen der Londoner passierte die Zensur ohne Änderung. Wiederum hatte sich Shephard ungewollt in den Dienst der britischen Propaganda gestellt. Ein Bericht, der allein das desaströse Ausmaß der Zerstörung zum Thema gehabt hätte, hätte die Moral der Briten schwächen und den Angriff als deutschen Militärerfolg wirken lassen können. Der tatsächlich veröffentlichte Bericht über die Anstrengungen der Bevölkerung kehrte ein negatives Ereignis zum Positiven um: Er zeigte, dass sich die Briten von dem Angriff nicht einschüchtern ließen. Für die Pressepolitik wesentlich ist, dass dieser Eindruck erneut durch einen **nicht** zensierten Bericht entstanden war. Dies und die deutschen Beispiele zeigen, warum die direkte Zensur nicht die einzige Methode der Presselenkung geblieben ist. Die Einschränkung des Umfelds der Berichterstattung, des Zugangs zu Kriegsschauplätzen und das Verhindern der Darstellung der „anderen Seite“, die Propaganda sowie die „neutrale“ Präsentation der eigenen Kriegsschäden und Opfer sind häufig wesentlich effektivere Maßnahmen der Presselenkung als eine generelle Zensur.

Mit zunehmender Kriegsdauer und den schier unendlichen, oftmals in Filmen und Büchern thematisierten Stellungengefechten an der Westfront änderte sich in London die Meinung über den Kriegsverlauf. Es wurde immer klarer, dass der Krieg nicht aus eigener Kraft zu gewinnen war und dass nur ein Eingreifen der Amerikaner auf Seiten der Alliierten eine Niederlage der Deutschen bewirken könnte. Somit änderte sich auch der Blick auf die neutralen US-Reporter. Es reifte die Überzeugung heran, dass die Amerikaner unter allen Umständen zu einem Kriegseintritt bewegt werden mussten. Dies aber würde nicht geschehen, solange sich nicht auch die öffentliche Meinung in den USA verändern würde. Daher setzte die britische Propaganda an zwei Punkten an: Zum einen bei den in London stationierten US-Reportern, zum anderen in den USA selbst.²⁴⁶ Das britische Propagandabüro verfügte über eine amerikanische Sektion, die von Sir Gilbert Parker geleitet wurde. Parker analysierte die amerikanische Presse und entwickelte effiziente Mittel, sie zu beeinflussen. Er stellte eine Liste einflussreicher Persönlichkeiten in den USA zusammen und nutzte diese als Basis für eine ausgefeilte Strategie. Regelmäßig versorgte er die von ihm als Multiplikatoren auserkorenen Abgeordneten und Wirtschaftsvertreter mit Material über den angeblichen oder

²⁴⁵*United Press file*, London, Sept. 8, 1915.

²⁴⁶Vgl. Sanders & Taylor, S.169ff.

tatsächlichen Kriegsverlauf, die britische Position sowie unterschwelligen oder offensichtlichen Hilferufen zur Unterstützung. Dies geschah so subversiv und unter strengster Geheimhaltung, dass das exakte Vorgehen Parkers erst am Ende des Zweiten Weltkrieges bekannt wurde oder zum Teil bis heute nicht ganz genau beleuchtet werden kann.²⁴⁷ Bei der Untersuchung der US-Berichterstattung von der Front, ebenso wie bei der Analyse der Berichterstattung und der Lageeinschätzung durch die Zeitungen in den USA spielte der Einfluss der britischen Zensur und der britischen Propaganda eine erhebliche Rolle.

Ein weiterer Ansatzpunkt der britischen Vorgehensweise waren die amerikanischen Korrespondenten in London. Dabei kam den Briten die Tatsache zugute, dass sich die amerikanischen Tageszeitungen in einem nicht unwesentlichen Maße bei der Europa-Berichterstattung auf ihre Londoner Dependancen stützten. Außerdem waren die amerikanischen Reporter schon solange in der Stadt, dass sie in ihren Ansichten und ihrem Habitus den Briten immer ähnlicher geworden waren. Der verantwortliche Redakteur für die Auslandsberichterstattung der Londoner „Times“, Wickham Steed, lud seine amerikanischen Kollegen zu regelmäßigen Treffen ein. Wie stark diese Gespräche auf die Betroffenen gewirkt haben, erschließt sich aus den Erinnerungen des Journalisten Frederick Palmer. Rückblickend schrieb er: „The British propaganda had much to do with bringing the United States into the war.“²⁴⁸

Palmer vertrat alle drei großen US-Nachrichtenagenturen in London und seine politische Haltung war anfänglich nicht vorbehaltlos pro-britisch. Palmer fühlte sich zunächst der Neutralität verpflichtet. Über die geschilderten Treffen hinaus wurde er aber auch von der britischen Armee als einziger US-Korrespondent für die Teilnahme am britischen Expeditionskorps in Frankreich akkreditiert; er genoss damit ein ganz besonderes Vorrecht, das nicht allen Auslandskorrespondenten in London zu Teil wurde. Dem Journalisten wurde eine bevorzugte Unterkunft und Verpflegung gewährt, die direkte Zensur wurde auf argumentativem Wege als kriegswichtig erklärt und nicht einfach nur oktroyiert. All dies zusammen genommen bewirkte auch bei Palmer eine Änderung seiner Haltung. In der Retrospektive gestand er ein, dass er sich ungewollt als Propagandist für die Briten betätigt habe „... in the illusion of the moment.“²⁴⁹

²⁴⁷Zu einer detaillierten Aufstellung von Parkers Propagandamitteln vgl. Peterson, H.C.: *Propaganda for War*, University of Oklahoma 1939.

²⁴⁸Palmer, Frederic: *With my own Eyes*, Bobbs Merrill (Ind.) 1934, S.135

²⁴⁹ibid

Der Stand der Durchdringung der amerikanischen Presse mit britischen Ansichten wurde von Sir Gilbert Parker stets kontrolliert. Durch seine geheime „American Press Review“, einer den heutigen Pressespiegeln großer Unternehmen und Regierungsbürokratien nicht unähnlichen Übersicht über die Berichterstattung, verfolgte Parker die Erfolge seiner Politik. Bereits am 11. Oktober 1916 konnte er das Kabinett über seine Erfolge unterrichten:

This week supplies satisfactory evidence of the permeation of the American Press by British Influence.²⁵⁰

Sukzessiv beeinflusste die britische Meinungsinfiltation tatsächlich die amerikanischen Befindlichkeiten.²⁵¹ Neben der britischen Propaganda sorgten in den USA aber auch andere Nachrichten für einen allmählichen Stimmungsumschwung und für eine Abkehr vor der Politik der Neutralität. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel das Zimmermann-Telegramm zu nennen. Der Chef des deutschen Auswärtigen Amtes, Arthur Zimmermann, hatte darin Mexiko deutsche Unterstützung für die Rückeroberung von New Mexiko, Texas und Arizona zugesagt. Außerdem kam hinzu, dass die Deutschen bereits am 7. Mai 1915 den englischen Luxusliner „Lusitania“ versenkt hatten, an dessen Bord sich auch zahlreiche US-Staatsbürger befanden. Dies wurde in der Presse als anti-amerikanischer Akt interpretiert. So titelte die „Daily Mail“ drei Tage später: „British and American babies murdered by the Kaiser“.²⁵² Nicht zuletzt ist die deutsche Entscheidung vom 1. Februar 1917 zu erwähnen, einen unbegrenzten U-Boot-Krieg im Atlantik zu führen.²⁵³ Damit waren neben den eher abstrakten nationalen Sicherheitsinteressen vor allem vitale ökonomische Interessen der USA betroffen, da diese die Alliierten mit Waren belieferten. Die Sicherheit der Handelsrouten nach Europa zu garantieren, war daher von vordringlichem Interesse für die USA. Darüber hinaus waren die USA mit der Entente auch durch die Gewährung von milliarden schweren Krediten verbunden. Die Erschöpfung der alliierten Gold- und Devisenreserven wurde somit auch zu einem Problem für die amerikanischen Großbanken, die als Gläubiger befürchten mussten, auf ihren Schulden sitzen zu bleiben.²⁵⁴

²⁵⁰Peterson, S.43

²⁵¹Zum erheblichen Einfluss britischer Propaganda auf die Stimmung in der US-Bevölkerung vgl. auch Squire, James. D.: *British Propaganda at Home and in the United States from 1914-1917*, Cambridge (Mass.) 1935.

²⁵²Vgl. *Daily Mail*, 10. Mai 1915. Die näheren Umstände des „Lusitania-Zwischenfalls“ und die Rechtmäßigkeit der deutschen U-Boot-Attacke sollen hier nicht diskutiert werden. Wichtig ist, dass die Zerstörung des Schiffes dazu geeignet war, die amerikanische öffentliche Meinung stark zu beeinflussen.

²⁵³Dem Bericht über die Zerstörung der Lusitania folgten mit Beginn des U-Boot Krieges weitere Artikel. Vgl. z.B. Gibbons, Floyd : *The Sinking of the Laconia*, Chicago Tribune, Feb. 26., 1917.

²⁵⁴Vgl. zu diesen Überlegungen: Bagby, Wesley M.: *Americas International Relations Since World War I*, Oxford (N.Y.) 1999. S.18ff.

Mit dem Kriegseintritt der USA änderten sich die Arbeitsbedingungen für die US-Reporter an der Front. Dies begann schon mit der strikten Auswahl der Journalisten, die die „American Expeditionary Force“ (AEF) überhaupt nach Europa begleiten durften. Die Auswahl und die Regeln für die Akkreditierung wurden vom Kriegsministerium aufgestellt und überwacht. So musste jeder Reporter persönlich vor dem Kriegsminister oder seinem Vertreter schwören, nichts zu berichten, was dem Feind auch nur eventuell dienlich sein könnte. Ebenso verpflichteten sich die Kriegsberichtersteller im Ministerium der Loyalität zu den USA. Des Weiteren mussten sie einen detaillierten Plan darüber vorlegen, welche Schauplätze sie zu sehen wünschten und warum. Für den Transport verlangte die Armee eine Gebühr von 1.000 US-Dollar und ein Pfand von 10.000 US-Dollar. Dieses Pfand wurde einbehalten, falls sich der Reporter nicht an die Regeln der Armee hielt. Die Kriegsberichtersteller wurden nicht uniformiert - waren aber verpflichtet, eine Armeebinde mit einem roten C auf grünem Grund zu tragen.²⁵⁵

Neben diesen Akkreditierungs-Vorschriften adaptierte die AEF an der Front selbst die strengen Regeln der britischen Zensur. Für diese Arbeit wurde der Journalist Frederick Palmer ausgewählt, der seine Linie der Neutralität - wie bereits geschildert - inzwischen geändert hatte und nun von einer pro-britischen Einstellung geprägt war. Palmer versuchte, die britischen Methoden auf die amerikanischen Reporter zu übertragen. Dabei kam es wiederholt zu heftigen Meinungsverschiedenheiten.²⁵⁶ Palmer hatte allerdings in General Pershing, dem Oberkommandierenden der AEF, einen starken Verbündeten. Pershing war nicht gerade als Pressefreund bekannt. Aber, und das ist dem Verhältnis von Medien und Militär im Ersten Weltkrieg inhärent, trotz aller Streitigkeiten und den wechselseitigen Versuchen von Kontrolle und Ausbrechen aus derselben, kann die Grundstimmung nicht als Feindschaft charakterisiert werden.

Das illustriert folgendes Beispiel: Die Journalisten Jannis Wood (Chicago Daily News), Tom Johnson (New York Sun) und Herbert Corey (Associated Press) wollten eine Geschichte über Versorgungsschwierigkeiten beim Nachschub für die amerikanischen Truppen publizieren. Palmer, der davon erfuhr, lud die drei Korrespondenten zu einem Treffen mit General Pershing ein. Vor den Augen der Journalisten kabelte Pershing in der Angelegenheit direkt an das Kriegsministerium in Washington, das eine Veröffentlichung untersagte. Seine Anfrage wurde somit

²⁵⁵Hershey, B.: „Sons o' Guns in August“ in: *Dateline*, Overseas Press Club of America 1966, S.44f.

²⁵⁶Vgl. Knightley, S.126ff.

abschlägig beschieden. Die Journalisten akzeptierten dieses Vorgehen. Neben der Zusammenarbeit gab es für Militärs aber immer noch die Möglichkeit, missliebige Journalisten vom Geschehen auszuschließen.²⁵⁷

Obwohl die direkte militärische Zensur von den Kriegsschauplätzen nicht der Ideologie des CPI entsprach, war diese letztlich für die inhaltlichen Ziele des CPI nicht nachhaltig von Schaden. Im Gegenteil: Die Mittel der Zensur - initiiert und ausgeführt durch das Kriegs- und Marineministerium - und die Mittel der Propaganda - initiiert und ausgeführt durch das CPI - ergänzten sich letztlich in ihrer Wirkung. Nach dem die USA zunächst nur mehr oder weniger widerwillig in den Krieg eingetreten waren, wurde der nationale Konsens durch die Regierung, die Presse und das Militär so nachhaltig geprägt und umgekehrt, dass es zu anti-deutschen Ausschreitungen in den USA und zur Unterdrückung von Minderheitsmeinungen kommen konnte. Alle beschriebenen Maßnahmen zusammen erzielten die von der Propaganda intendierte Wirkung. So erinnert sich der Publizist Raymond B. Fosdick: „We hated with a common hate that was exhilarating.“²⁵⁸ Ein paar Zeilen später schildert er die Stimmung der damaligen Zeit an einem Beispiel sehr anschaulich. Als Teilnehmer einer Großveranstaltung in einer christlichen Kirche in Neu-England konnte Fosdick folgende Situation miterleben:

A speaker demanded that the Kaiser, when captured, should be boiled in oil, and the entire audience stood on chairs to scream hysterical approval. This was the mood we were in. This was the kind of madness that had seized us.²⁵⁹

Das juristische Schlachtfeld: Der Espionage Act und seine Folgen

Für die Kontrolle und Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowie die Ausgrenzung der Opposition wurden während und infolge des Ersten Weltkrieges eine Reihe von Gesetzen relevant, die sich nicht ausschließlich gegen die Presse richteten, sondern die Freiheiten aller Bürger einschränkten. Dass diese Gesetze zustande kommen konnten, ist auch auf den durch das CPI und die zensierte Kriegsberichterstattung nachhaltig gewandelten nationalen Konsens zurückzuführen und somit das Ergebnis der Presse-

²⁵⁷Vgl. dazu den Fall des Reporters Westbrook Pegler. Pegler hatte die Zensur durchbrochen und über die schlechten Bedingungen, unter denen die Soldaten leben mussten, berichtet. Daraufhin sandte Pershing ein Telegramm an die Vorgesetzten des Reporters bei der United Press, die Pegler in die USA zurück beorderten. Pilat, O.R.: Pegler. *Angry Man of the Press*, Westport (Con.) 1973, S.77

²⁵⁸Fosdick, Raymond D.: „Anti-German Sentiments in the Great War“ in: *Foreign Affairs*, Jan. 1932, S.316-323

²⁵⁹ibid

und Informationspolitik der US-Regierung und des Militärs. Der „Espionage Act“ vom 15. Juni 1917, der am 16. Mai 1918 zu einem Anti-Aufbruchgesetz ergänzt wurde, stellte jegliche Rede unter Strafe, die geeignet hätte sein können, die Kriegsanstrengungen zu behindern:

Whoever, when the United States is at war, shall willfully make or convey false reports or false statements with intent to interfere with the operation or success of the military or the naval forces of the United States or to promote the success of its enemies and whoever, when the United States is at war, shall willfully cause or attempt to cause insubordination, disloyalty, mutiny, or refusal of duty, in the military or naval forces of the United States, or shall willfully obstruct the recruiting or enlistment service of the United States, to the injury of the service or of the United States, shall be punished by a fine of not more than \$ 10.000 or imprisonment for not more than twenty years, or both.²⁶⁰

Die Wirkung des neuen Gesetzes ging weit über das hinaus, was bislang durch Zensur oder durch Propaganda auf dem Gebiet der Meinungsbeeinflussung erreicht worden war. Der „Espionage Act“ war kein Gesetz gegen Spione oder Landesverräter, wie der Name implizieren sollte. Er war ein Gesetz gegen jegliche Opposition bezüglich des Krieges. Zunächst sollte durch Paragraph 4 des „Espionage Act“ der Präsident in die Lage versetzt werden, im Kriegsfall oder bereits bei einem drohenden Krieg („period in which war threatened“) jegliche Kommunikation - sei sie nun privater oder publizistischer Natur - gemäß seiner eigenen Einschätzung verbieten zu dürfen. Dieser spezifische Entwurf hat so letztlich auf Grund von erheblichem Widerstand von Abgeordneten und Zeitungsherausgebern keinen Eingang in das Gesetz gefunden. Allerdings erlaubte Paragraph 7 des „Espionage Act“ dem „Postmaster General“ die Kontrolle über private Briefe und Telegramme, die ins Ausland gingen oder aus dem Ausland kamen.

Weitere zensierende Wirkung hatten darüber hinaus der „Trading with the Enemy Act“ (Oktober 1917) und der „Federal Criminal Code“. Artikel 6 des Code stellte jedweden Versuch der Konspiration gegen die Regierung unter Strafe (wobei der Begriff der Konspiration sehr weit gefasst wurde); Artikel 37 dehnte Artikel 6 auf jegliche Konspiration gegen die USA aus. Der „Trading with the Enemy Act“ traf in Bezug auf die Meinungsäußerung und Presselenkung vor allem die ausländischen Zeitungen. Demnach mussten auch alle publizistischen Artikel aus Übersee vor ihrer Veröffentlichung der obersten Postbehörde vorgelegt werden, die dabei die Aufgabe des Zolls und der Zensur gleichermaßen übernahm.²⁶¹

²⁶⁰US. Government Printing Office, *Espionage Act*, June 1917, Washington D.C.

²⁶¹Censorship. *Democracy in Action*, S.18ff.

Bislang hatte es in der amerikanischen Geschichte keine definitive, juristische Festlegung auf den Begriff der nationalen Sicherheit gegeben. Im Gegensatz zur Pressefreiheit findet sich kein Artikel der amerikanischen Verfassung, der nationale Sicherheit genau definiert. Mit dem „Espionage Act“ und dem „Sedition Act“, der 1921 wieder aufgehoben wurde, wurde diese grundrechtliche Festlegung obsolet, denn unter Anwendung der Gesetze konnten Regierung und Militär letztlich selbst bestimmen, was unter nationaler Sicherheit zu verstehen war. Diese Gesetzgebung wirft auch ein anderes Licht auf die Arbeit des CPI:

The committee's representatives did not make arrests (...) but any individual or publication failing to play the game of secrecy or patriotism (...) could be handed over to one or the other agencies for appropriate action.²⁶²

Die Exekutive und Legislative wurden in diesem Fall durch die Judikative bestätigt und gestärkt. Aus der Urteilsbegründung von Richter Holmes im Fall *Schenk v. United States* (1919) lassen sich die Stimmung der Zeit und die politische Haltung des Richters deutlich ablesen:

When a nation is at war many things that might be said in time of peace are such a hindrance to its effort that their utterance will not be endured so long as men fight and that no court could regard them as protected by any constitutional right.²⁶³

Der „Espionage Act“ und der neue „Sedition Act“ waren die gedankliche Fortführung des „Sedition Act“ von 1789: Der ursprüngliche Grundgedanke hinter diesen Gesetzen ist die Abwehr von Gefahren und die Angst vor möglichen Angriffen. Im Jahre 1917 wurden die juristischen Argumentationen, die schon dem alten „Sedition Act“ zu Grunde lagen, auf den Kriegsfall übertragen. Die Befugnisse des Staates gegenüber seinen Bürgern und der Presse wurden bedenklich weit ausgedehnt. Das Gesetz ist keineswegs nur defensiv in seinem ursprünglich gedachten Sinne angewandt worden, um Spione oder Landesverräter zu bestrafen. Der „Espionage Act“ wurde zum politischen Machtmittel. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele, von denen hier lediglich die sehr markanten heraus gegriffen werden sollen.²⁶⁴ Wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, war die Kriegsbegeisterung der US-Bevölkerung vor und unmittelbar nach dem Zeitpunkt des

²⁶²Ders. S.16

²⁶³Holmes in: *Schenk vs. United States 249 US. 47 (1919)*. An der Meinung Richter Holmes lassen sich in diesem Fall zwei grundsätzliche Tendenzen erkennen. Während er einerseits als Vertreter der Theorie vom Marktplatz der Ideen auftritt, besteht er andererseits auf einer Einschränkung der Pressefreiheit im Kriegsfall. Andere Richter kamen in verschiedenen historischen Situationen auf Grund derselben Überlegung aber auch zu einer anderen juristischen Auslegung, wie diese Arbeit noch zeigen wird.

²⁶⁴Vgl. Hurwitz, Leon: *Historical Dictionary of Censorship in the United States*, Westport (Con.) 1999, S.23ff.

Kriegseintritts - als die Propagandaarbeit des CPI noch nicht ihre volle Wirkung erzielt hatte - nicht unbedingt immer überwältigend:

Even when war had been declared, the American people showed a marked reluctance to take up arms. Enlistments were so poor - in the first six weeks only 73.000 men volunteered - that it became necessary for the government to raise a conscript army.²⁶⁵

In dieser Stimmung veröffentlichte der Pazifist Pierce ein Pamphlet, das die Schrecken des Krieges beschrieb und die zermarternde Situation des Stellungskampfes schilderte. Allein der Titel der Schrift, „The Price we pay“, macht deutlich, dass Pierce keineswegs ein deutscher Sympathisant oder gar ein Spion war, sondern vielmehr von der Sorge getrieben wurde, dass amerikanische Bürger auf europäischen Schlachtfeldern nutzlos fallen würden. Doch dem Supreme Court war offensichtlich kein Preis zu hoch, wenn es um die Kriegsanstrengungen des eigenen Landes ging. Der Oberste Gerichtshof der USA urteilte:

„The Price we pay“ was intended to interfere with the conscription and recruitment services, to cause men eligible for the service to evade the draft, to bring home to them, and especially to their parents, sisters, wives, and sweethearts, a sense of impending personal loss, calculated to discourage the young men from entering the service.²⁶⁶

Ein weiteres, auch in der juristischen Literatur häufig hervorgehobenes Beispiel für die These, dass der „Espionage Act“ als politisches Kampfmittel eingesetzt wurde, ist der Fall Debs v. United States. Eugene Debs, ein Vertreter der Idee des demokratischen Sozialismus, hatte am Sonntag, den 16. Juni 1918 in Canton/Ohio in einem öffentlichen Park eine Rede gehalten, die seine Ideen propagierte und seine Vorbehalte gegenüber der amerikanischen Kriegsbeteiligung darlegte. Debs wurde auf Grund des „Espionage Act“ dafür zu zehn Jahren Haft verurteilt. Richter Holmes verwies in seiner Urteilsbegründung darauf, dass Debs Rede gegen den Krieg opponierte und dass sie dazu geeignet gewesen sei, die Wehrpflicht in Frage zu stellen.²⁶⁷ Für eine Verurteilung reichte also lediglich die Intention einer Rede aus und nicht ihre tatsächliche Wirkung. Es ist in keiner Weise überliefert, ob sich junge Männer wegen der Rede tatsächlich weigerten, in den Krieg zu ziehen.

²⁶⁵Knightley, S.122

²⁶⁶Vgl. *Pierce vs. United States* 252 U.S. 47 (1919)

²⁶⁷*Debs vs. United States* 249 U.S. 211 (1919)

Die beiden oben beschriebenen Urteile zeigen, dass in dieser Zeit der Begriff der „nation at war“ in die juristische Debatte eingeführt wurde und dass mit diesem ideologischen Begriff der Patriotismus der Bürger überprüft und gegebenenfalls sanktioniert werden konnte. Es ging also nicht ausschließlich darum, Straftäter zu verfolgen. Darüber hinaus zeigen die Beispiele auch, dass die ursprüngliche Intention eines Gesetzes weit über ihren eigentlichen Bedeutungsinhalt ausgedehnt und missbraucht werden kann. Im Zuge der Urteile des Supreme Court entschieden sich auch mehrere Einzelstaaten, Gesetze gegen unpatriotisches Verhalten zu verabschieden und mutmaßliche oder tatsächliche Kriegsgegner zu verurteilen. So machte Richter McKenna im Fall *Gilbert v. Minnesota* unmissverständlich deutlich, was er von pazifistischem oder oppositionellen Gedankengut in einem Krieg hielt: „There is a war going on and if you do not support the government, even in thought and speech, you will be put into jail.“²⁶⁸ Diese Äußerung verdeutlicht, dass die neu geschaffenen Gesetze keineswegs nur defensiv im Sinne der Gefahrenabwehr genutzt wurden, sondern vielmehr offensiv im Sinne der Loyalitätsüberprüfung.

Der ideologische Hintergrund dieser Überzeugungen wurde auch noch nach dem Krieg zur Verfolgung politischer Gegner genutzt. Die Urteile, die gegen Oppositionelle im Zusammenhang mit der „Red Scare“²⁶⁹ gefällt wurden, die zweite Welle der „Red Scare“ nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Aktivitäten des Senators MacCarthy und des Senatskomitees gegen unamerikanische Untriebe entsprachen dieser Geisteshaltung. Es sollen hier nicht alle Urteile gegen potenzielle oder tatsächliche Sozialisten, Anarchisten, Liberale, Pazifisten oder Aktivisten des demokratischen linken Flügels aufgezählt werden.²⁷⁰ Vielmehr soll hier festgehalten werden, dass der Regierung und den Militärs von der Justiz, die ebenfalls unter dem Einfluss des Krieges stand, ein weiteres, sehr effizientes Mittel zur Beeinflussung der Presse und der Bevölkerung an die Hand gegeben wurde - nämlich die Bestrafung.

An dieser Stelle sei betont, dass die Kriegsbegeisterung zum Teil in eine Hysterie umschlug, die mehr als bizarre Formen annahm. Selbsternannte patriotische Gruppen meinten, in Selbstjustiz Jagd auf vermeintliche Abweichler machen zu dürfen

²⁶⁸*Gilbert vs. Minnesota*, 254 U.S. 325 (1920) Interessanterweise wurde das Urteil nach dem Krieg gefällt. Dies verdeutlicht, dass die Haltung, die während des Krieges aufgekommen war, starke Auswirkungen auf die Nachkriegszeit hatte.

²⁶⁹Der Begriff umschreibt die Angst vieler Konservativer, die vermuteten, dass nach der Oktoberrevolution in Russland die USA kommunistisch unterwandert würden. Diese Angst bot dann die Begründung für die Verfolgung Andersdenkender.

²⁷⁰Vgl. dazu Hurwitz, S.26ff.

und die allgemeine Stimmung diene ihnen sogar als Rechtfertigung für kriminelle Handlungen. Teile der Bevölkerung fühlten sich zu Denunziation und Schnüffelei nach Spionen, Saboteuren und Agenten animiert. Obwohl sich das CPI - zum Teil erfolgreich – bemühte, die Deutsch-Amerikaner in seine Organisation einzugliedern und Creel und Wilson einen Unterschied zwischen den Deutschen in den USA und der deutschen Regierung betonten, konnten sie die Auswirkungen ihrer eigenen Propaganda nicht kontrollieren.²⁷¹ Die anti-deutsche Stimmung ging so weit, dass deutsch-stämmige Amerikaner oder erklärte Kriegsgegner verprügelt oder gezwungen wurden, vor der Bundesfahne niederzuknien und den USA ihre Ehrerweisung zu erbringen.²⁷² Die Häuser von Widerstrebenden wurden mit gelber Farbe gekennzeichnet; in mindestens einem, dokumentierten Fall kam es zu einem Mord an einem Gewerkschaftsführer. Der Geiger Fritz Kreisler durfte nicht mehr öffentlich auftreten, Sauerkraut wurde in „Freiheitskohl“ umgetauft und die Krankheit Röteln bezeichnete man nicht mehr als „German Measles“, sondern als „Liberty Measles“.²⁷³

Zusammenfassend kann also konstatiert werden, dass mit den Mitteln der Propaganda und Zensur, des Lobbyismus sowie der Restriktion und Sanktion ein politisches Klima geschaffen wurde, in dem oppositionelle Meinungen in Bezug auf den Krieg unterdrückt wurden. Zudem waren die entsprechend wichtigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Teilnahme am Krieg geschaffen worden. Insofern ist der Erste Weltkrieg ein anschauliches Beispiel dafür, wie - um das eingeführte Kreismodell zu nutzen - unterschiedliche Politikfelder ineinander griffen und sich gegenseitig beeinflusst haben und welche entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang die Medien spielten. Innerhalb weniger Monate nach dem Kriegseintritt hatte sich der Kurs der Neutralität zum Kurs der Intervention verschoben. Ein Präsident, der als erklärter Kriegsgegner und religiöser Moralist angetreten war und noch 1916 im Wahlkampf den Slogan „He kept us out of war“ benutzte, hatte die Nation in den Ersten Weltkrieg geführt. Dass er dabei schließlich mit seinen Vorstellungen für „einen Frieden ohne Sieg“, der Forderung, die Welt für die Demokratie sicher zu machen, und seiner Völkerbunds-Idee scheiterte, zeigt, wie stark selbst ein Präsident strukturellen, innenpolitischen Strömungen und dem Zeitgeist unterworfen ist.²⁷⁴ Wilson war aus dem Blickwinkel der von ihm initiierten Propaganda-Anstrengungen betrachtet, nicht nur ein

²⁷¹Zur Rolle der Deutsch-Amerikaner im CPI vgl. Scholz, S.43ff.

²⁷²Zur Bedeutung der Propaganda in Hinblick auf die Deutsch-Amerikaner vgl. Ellis, Mark: „German-Americans in World War I“ in: Fiebig-von Hase & Lehmkuhl: *Enemy Images*, S.183ff.

²⁷³Hierzu und zu weiteren Repressalien gegen deutsch-stämmige Amerikaner vgl.: Luebke, Frederick C.: *Bonds of Loyalty. German-Americans and World War I*, DeKalb, 1974.

²⁷⁴Schäfer, S.307f.

„Täter“, sondern er wurde selbst Opfer; und zwar insofern, als dass die nachhaltige Meinungsbeeinflussung seiner eigenen Administration schließlich zu einem medienpolitischen Bumerang wurde. Die Propaganda des CPI hatte zum Teil auch Hoffnungen auf eine neue Weltordnung geschaffen, die nicht eingelöst werden konnten. 1921 musste Wilson das Amt des Staatsoberhauptes seinem Nachfolger Harding überlassen.²⁷⁵

Es gibt mannigfaltige, spezifische Erkenntnisse über den Ersten Weltkrieg, durch die er von anderen Kriegen unterschieden werden kann. Für den Bereich der Presse- und Informationspolitik lassen sich hier drei wesentliche Haupt-Untersuchungsergebnisse festhalten. Der Wilson-Administration war es gelungen, den Bedeutungsinhalt des Begriffs „nationale Sicherheit“ im Verlauf des Krieges erheblich auszudehnen. Einer breiten Öffentlichkeit war bewusst gemacht worden, dass sich amerikanische Interessen auch auf Europa und die ganze Welt beziehen können. Bezeichnend ist, dass diese Begriffsveränderung im Wesentlichen von Regierung, Militärs und Gerichten definiert wurde. Erstmals hatten die Methoden der Propaganda flächendeckende Wirkung erzielt. Zweitens hatte die Kriegspropaganda auch erhebliche innenpolitische Implikationen. Folgt man dem Ansatz der Konstitutionalisten, hatte das System der „checks and balances“ Schwächen aufgewiesen. Die Partizipation im Staatswesen war nicht mehr für alle Bevölkerungsschichten gewährleistet, damit wurde die individuelle Autonomie für viele Bürger außer Kraft gesetzt, was die Urteile in den Fällen „Debs v. United States“ und „Gilbert v. Minnesota“ zeigen. Hier kann die „market failure theory“ angewendet werden. Denn selbst Richter Wendell Holmes, der als erklärter Vertreter der Markplatz-Theorie galt, hatte die Pressefreiheit durch sein Urteil im Fall „Schenk v. United States“ eingeschränkt und den Krieg als Ausnahmesituation gekennzeichnet, in der grundsätzlich Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit hingenommen werden müssten. Die Justiz war also in dieser Frage der Politik gefolgt.

Drittens lässt sich festhalten, dass das Misstrauen der Realisten und Skeptiker in die Selbstreinigungskräfte des demokratischen Systems berechtigt erscheint. Das zeigt unter anderem auch die Tatsache, dass der unter dem Eindruck des Krieges entworfene „Espionage Act“ auch nach dem Krieg in Kraft blieb. Die Medien waren auch schon im Ersten Weltkrieg Teil des politischen Establishments; durch ihre Gesinnung und das

²⁷⁵Zu einer detaillierteren Einordnung und Bewertung von Wilsons Politik vgl. die Standardwerke: Weinstein, Edwin A.: *Woodrow Wilson. A Medical and Psychological Biography*, Princeton (N.J.) 1981 und Link, Arthur S.: *Woodrow Wilson. Revolution, War and Peace*, Arlington Heights, 1979.

Vertrauen auf offizielle Quellen, also im konkreten Fall auf die Publikationen des CPI, haben sie stark zur Kriegshysterie und zur Veränderung des amerikanischen Deutschlandbildes beigetragen.²⁷⁶

Interessant ist, dass die Medien vor dem Kriegseintritt der USA eine neutrale Position vertraten. Ihre Wandlung zum Kriegsunterstützer ist zum Teil durch die Filter-Theorie von Chomsky zu erklären. Denn die Medien folgten lediglich dem Mainstream. Zu Beginn des Krieges vertrat ja auch die Regierung eine Neutralitätspolitik. Dass die Medien den Wechsel von Neutralität zu Intervention nachvollzogen, entspricht der Überlegung, dass dabei der Filter der „ruling hierarchy“ griff. Die großen Presseorgane bildeten die Meinungen und Wertvorstellungen der sozial dominanten Klassen ab, was nicht verwunderlich ist. Denn - um eine weitere Hypothese der Realisten anzuwenden - hätten sie stattdessen eine oppositionelle Ausrichtung gehabt, wäre ihre wirtschaftliche Basis ins Wanken geraten.

Letztlich muss aber vor allem als ein übergeordnetes Analyseergebnis die enorme Bedeutung des „Committee on Public Information“ im Ersten Weltkrieg betont werden, durch das die Veränderung des nationalen Konsenses, den die Medien widerspiegeln, erst herbeigeführt worden war. Ein Teil der Arbeit des Komitees bestand darin, Plakate und Filme zu produzieren, die sich ständig wiederkehrender Symbole und Klischees bedienten. Die postmoderne Erkenntnis, dass vor allem Images die öffentliche Meinung beeinflussen und lenken, war also offensichtlich schon zu dieser Zeit bekannt. Die Macht der Bilder trat in den folgenden Kriegen aber noch wesentlich stärker zu Tage. Besonders wichtig für die historische Einordnung und Bewertung des CPI ist die Tatsache, dass sich mit dieser Propagandabehörde die Regierung erstmals in der Geschichte der USA der Mittel der modernen Massenkommunikation und damit auch der gezielten Meinungsbeeinflussung bediente. Die Einrichtung des CPI war somit ein revolutionärer Schritt in der amerikanischen Informations- und Pressepolitik und im Ersten Weltkrieg für die Veränderung der öffentlichen Meinung wesentlich stärker verantwortlich als das klassische Mittel der direkten Zensur, das von den Militärbehörden ausgeübt wurde.²⁷⁷

²⁷⁶Vgl. unter anderem: Schieber, Clara Eve: *The Transformation of American Sentiment Towards Germany*, New York 1923 und Möckelmann, Jürgen: *Das Deutschlandbild in den USA 1914-1918*, Hamburg 1965.

²⁷⁷Überblicksdarstellungen zur US-Propaganda und zur Geschichte der Auslandswerbung beginnen daher folgerichtig auch zumeist spätestens mit dem Ersten und nicht mit dem Zweiten Weltkrieg. Vgl. unter anderem: Krippendorf, Ekkehart: *Die amerikanische Strategie*, Frankfurt am Main 1970 oder Ohmstedt, Holger: *Von der Propaganda zur Public Diplomacy*, (Diss.) München 1993.

Propaganda versus Demokratie: Die Debatte nach dem Krieg

In den USA setzte nach Ende des Ersten Weltkrieges und in der Zwischenkriegszeit eine Debatte über die Vor- und Nachteile einer regierungstreuen Propaganda ein.²⁷⁸ Die republikanischen Gegner im Kongress hatten Creel schon während des Krieges vorgeworfen, für den Präsidenten und nicht zum Wohle des gesamten Volkes gearbeitet zu haben.²⁷⁹ Doch das war nicht der wichtigste Punkt. Vielmehr waren durch das CPI bestimmte ideologische Grundwerte, die bislang fester Bestandteil des nationalen Konsens waren, betroffen. Kritiker argumentierten, es gebe keine ethische Zulässigkeit von Propaganda in einem demokratischen Staat: "... democracy itself seemed endangered, for the mythical marketplace of ideas could not longer be truly competitive if ideas could be so easily manipulated."²⁸⁰

Außerdem sei die Macht der Einzelstaaten durch die zentralistisch organisierte Propagandabehörde der Bundesregierung erheblich eingeschränkt worden. Wiederum andere Kritiker stellten die Effizienz des CPI in Frage. Im Bereich der Auslandswerbung habe das CPI Aktivitäten autokratischer Regime initiiert und den Grundsatz der Nichteinmischung verletzt. Hier zeigt sich, dass alte isolationistische Tendenzen nach dem Krieg in der öffentlichen Debatte wieder eine Rolle spielten.

Der Großteil der Kritiker schien aber vor allem von der scheinbar unbegrenzten Macht der Propaganda und ihrer tatsächlichen und möglichen Auswirkungen auf die öffentliche Meinung beängstigt und forderte diesen Mitteln Einhalt zu gebieten.²⁸¹ Viele Kommunikationswissenschaftler befürchteten, dass mit den modernen Techniken der Meinungsbeeinflussung, Amerika in einen neuen Krieg getrieben werden könnte.²⁸² Sie bezeichneten Propaganda daher als gesellschaftlichen Fluch.²⁸³ Die neue

²⁷⁸Zum Umfang der Kritik und den wesentlichen Argumentationslinien im Propaganda-Diskurs vgl. Parry-Giles, Shawn J.: *America's Cold War Message: The Debate Over America's First Peacetime Propaganda Program*, Indiana University, (Diss.) 1992.

²⁷⁹Sproule, Michael J.: "Social Responses to Twentieth-Century Propaganda" in: Smith III, Ted J. (ed.): *Propaganda: A Pluralist Perspective*, New York 1989, S.9

²⁸⁰Winkler, Allan M.: *The Politics of Propaganda*, New Haven (CT) 1978, S.3

²⁸¹Zum aktuellen Forschungsstand der Propaganda-Debatte der Nachkriegszeit vgl.: Sproule, Michael J.: *Propaganda and Democracy. The American Experience of Media and Mass Persuasion*, Cambridge (NY) 1997 und Gary, Brett: *The Nervous Liberals: Propaganda Anxieties from World War One to the Cold War*, New York 1999. Viele Autoren kritisierten vor allem die generelle Zunahme von Propagandatechniken in demokratischen Gesellschaften. Vgl. MacKenzie, A. J.: *Propaganda Boom*. London 1938.

²⁸²Vgl. Borchard, Edwin M.: "Dragging America into War" in: *Current History*, No.40 (July 1934) S. 392-401

²⁸³Lumley, Frederic: *The Propaganda Menace*, New York 1933, S.415

Meinungswaffe des modernen Kommunikationszeitalters wurde von vielen liberalen Kritikern als hinterhältig, unmoralisch und damit als unamerikanisch beschrieben.²⁸⁴ Andere, gemäßigttere Kritiker wandten sich ebenfalls gegen die Propaganda, weil sie befürchteten, dass eine große Regierungsbürokratie für andere als die ursprünglich intendierten Zielsetzungen missbraucht werden könnte:

That is the great danger of such a bureau as this, because we must all admit that if any administration has in its power a Bureau of Public Information, as it is called, but really and advertising bureau, a propaganda bureau, a bureau of publicity, to exploit the various acts and departments of the Government, it is a very dangerous thing in a Republic; because, if used in a partisan spirit or for partisan advantage of the administration, it has tremendous power, and in ordinary peace-time I do not think any party or any administration would justify it or approve it.²⁸⁵

Der Aufstieg totalitärer Regime in Europa, die sich gezielter Propaganda zu innenpolitischen Zwecken bedienten, schien diesen Kritikern Recht zu geben.

Dennoch - oder vielleicht gerade deshalb - setzte zu Beginn der dreißiger Jahre in den USA ein allmählicher Sinneswandel ein, nach dem Propaganda nicht ausschließlich als Mittel autokratischer Systeme verurteilt und nicht generell als undemokratisch empfunden wurde. Dieser Ansatz konzentrierte sich auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme, die Propaganda anwendeten und auf ihren Zweck. Während die Propaganda autokratischer Regime als amoralisch definiert wurde, wurde die Propaganda demokratischer Gesellschaften als legitim angesehen.²⁸⁶ Andere Schriften betonten nun die positive Bedeutung der Propaganda als „soft power“:

The truth is that all governments are engaged to some extent in propaganda as part of their peace-time functions. They make propaganda on behalf of diplomatic friends or against diplomatic antagonists, and this is unavoidable.²⁸⁷

Dieser Ansatz wurde vor allem von einflussreichen Vertretern der damals noch jungen akademischen Disziplin der Kommunikationswissenschaft hervorgehoben.²⁸⁸ Bereits in den zwanziger Jahren hatten sich Walter Lippmann und Harold Laswell mit der Arbeit

²⁸⁴Winkler, S.4f.

²⁸⁵Der Abgeordnete Gillet in Rückblick auf das CPI vor dem Kongress, zit. in: *U.S. Congress, Records, 65th Congress, 2nd Sess.*, S.7915, Washington D.C. 1919.

²⁸⁶Vgl. z.B. Catlin, George E.G.: „The Role of Propaganda in a Democracy“ in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, No 175 (1935) S.219-226

²⁸⁷Laswell, Propaganda Technique, S.14

²⁸⁸Vgl. dazu: Stephens, Oren: Facts to a Candid World, Stanford (CA) 1955.

des CPI kritisch, aber generell wohlwollend auseinandergesetzt.²⁸⁹ Unter dem Eindruck eines neuen Krieges in Europa folgerten auch andere Kommunikationswissenschaftler:

... if public opinion is such a powerful force in the world, a world in which our very survival is now at stake, it follows that we had better try to get more of it on our side.²⁹⁰

In den dreißiger Jahren konzentrierten sich die US-Propagandaanstrengungen zunächst auf das Ausland. Die Kommunikationsforschung wurde von privaten Organisationen, wie der Rockefeller-Stiftung, vorangetrieben und finanziert.²⁹¹ Bei vielen jungen Forschern reifte die Erkenntnis heran, dass diktatorische Regime auf dem Feld der Meinungsbeeinflussung nur durch ihre eigenen Mittel und Techniken besiegt werden könnten, wenn dabei jedoch die ideologische Grundausrichtung selbstredend eine andere sein musste. Auch Präsident Franklin D. Roosevelt teilte diese Grundauffassung. Er war von der friedensschaffenden und friedenserhaltenden Kraft der Weltmeinung überzeugt und aus diesem Grund sah er auch die Notwendigkeit, diese zu beeinflussen.²⁹² 1938 ermöglichte Roosevelt die Schaffung einer Behörde, die die Auslands-Kulturpolitik und damit auch die Auslandswerbung der USA koordinierte.²⁹³ Hinzu kam eine Unterabteilung des Außenministeriums, die die auf Privatinitiative beruhenden, informellen transnationalen Programme unterstützte.²⁹⁴

Die beiden Organisationen unterstützen die geostrategischen Zielsetzungen der USA, wie zum Beispiel die Gegenmaßnahmen gegen die Nazi-Propaganda, oder die US-amerikanischen Ordnungsvorstellungen in Lateinamerika und Asien.²⁹⁵ Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Aggressionspolitik wurde die Arbeit der beiden Abteilungen den veränderten strategischen Bedingungen angepasst und die propagandistischen Aktivitäten stärker betont. 1940 setzte Roosevelt das nach seinem Vorsitzenden, Harold Ickes, benannte „Ickes Committee on National Morale“ ein;

²⁸⁹Vgl. deren Standardwerke: „Public Opinion“ (1922) und „Propaganda Technique in the World War“ (1927).

²⁹⁰Stephens, S.18

²⁹¹Vgl. Simpson, Christopher: *Science of Coercion: Communication Research and Psychological Warfare*, New York 1994, S.15-22

²⁹²Vgl. Ninkovich, Frank A. Modernity and Power. *A History of the Domino Theory in the Twentieth Century*, Chicago (Illinois) 1994, S.99

²⁹³vgl. Wieck, Randolph: *Ignorance Abroad. American Educational and Cultural Foreign Policy and the Office of Assistant Secretary of State*, Westport (Conn.) 1992, S.5ff.

²⁹⁴Zur Rolle der privaten Organisationen vgl. Laurie, Clayton: *The Propaganda Warriors: America's Crusade Against Nazi Germany*, Lawrence (KS) 1996, S..29-44

²⁹⁵Zu Lateinamerika vgl. Espinosa, Manuel J.: *Inter-American Beginnings of U.S. Cultural Diplomacy, 1936-1948* Washington D.C. 1977 und zu Asien: Fairbank, William: *America's Cultural Experiment in China*, Washington D.C. 1976.

dieser Ausschuss diene zur Vorbereitung einer nationalen Propagandabehörde.²⁹⁶ Im Folgenden kristallisierten sich in dem Ausschuss zwei Positionen heraus: Während Ickes ein rein defensiv orientiertes Propagandakonzept für die Heimatfront befürwortete, forderte der spätere Hochkommissar John McCloy den Einsatz meinungsverändernder Techniken im In- und Ausland. McCloy verband Auslandswerbung und Propaganda zugleich mit dem noch bevorstehenden Kriegseinsatz der USA. Er sah Propaganda als ein Mittel der psychologischen Kriegsführung an:

...a military weapon in this day and age ... an extension of a military concept ... the idea of a super barrage to precede the artillery barrage – the barrage of ideas.²⁹⁷

Keine der beiden Positionen konnte sich zunächst durchsetzen. Mit dem Kriegseintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg überschlugen sich die Ereignisse und letztlich verknüpfte die Roosevelt-Administration beide Ansätze miteinander. Hinzu kam, dass die USA im Zweiten Weltkrieg neben den offiziellen und offen ersichtlichen Propaganda- und Zensurmaßnahmen auch ihren Geheimdienst für die Propaganda und zur psychologischen Kriegsführung im Ausland einsetzten. Dieser Bereich der Informationspolitik ist bereits grundlegend an Hand der inzwischen freigegebenen Akten untersucht worden.²⁹⁸ Außerdem konzentrierten sich die Propaganda und Agitationsmaßnahmen des *Office of Strategic Services* (OSS), des Vorläufers der CIA, hauptsächlich auf das Ausland und den militärischen Feind und nicht auf die eigene Bevölkerung. Im Rahmen des Ansatzes dieser Arbeit kann daher auf eine Untersuchung des OSS verzichtet werden. Es sei aber betont, dass der Einsatz des Geheimdienstes zu Propagandazwecken eine qualitative Neuausrichtung und revolutionären Schritt in der Entwicklung der staatlichen Informations- und Pressepolitik darstellte.

²⁹⁶Schumacher, S.53

²⁹⁷McCloy zit. in: Laurie, S.49

²⁹⁸Vgl. Mauch, Christof: *Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941-1945*, Stuttgart 1999; Chalou, George C. (ed.) *The Secret War: The Office of Strategic Services in World War II*, Washington D.C. 1992; Heideking, Jürgen und Mauch, Christof (Hg.): *Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1993.

II.I. Krieg der Worte und Bilder: Der Zweite Weltkrieg

Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg ist die Untersuchung der amerikanischen Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg weiter fortgeschritten.²⁹⁹ Neben den Primärquellen, wie zum Beispiel den Akten der Zensurbehörden, persönlichen Erinnerungen der handelnden Personen werden auch visuelle Quellen ausgewertet, da die Bild-Propaganda eine noch stärkere Bedeutung hatte als im Ersten Weltkrieg.³⁰⁰ Hinzu kam mit der flächendeckenden Verbreitung des Radio ein neues Kommunikationsmedium, das sich für die Massenbeeinflussung einsetzen ließ.³⁰¹ Im Folgenden steht vor allem die Auseinandersetzung mit den ideologischen Hintergründen der Propaganda im Vordergrund. Dies erscheint sinnvoll, da die Grundzüge der staatlichen Informations- und Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg in Hinblick auf ihre Ziele, Adressaten und Wirkungsweisen strukturelle Parallelen zum Ersten Weltkrieg aufweisen.

Schon zu Beginn des Krieges - und dies ist ein Unterschied zum Ersten Weltkrieg - gab es eine generelle Übereinstimmung über die Notwendigkeit militärischer Zensur und staatlicher Kontrolle über die Berichterstattung:

In short, the consensus both in and out of government, civilian as well as military, was that a temporary circumscribing of one of the Constitution's most cherished guaranteed freedoms was a small price to pay for national survival in this moment of peril.³⁰²

Zensur im Zweiten Weltkrieg: Das Office of Censorship

Das "Office of Censorship" (OC) war eine zivile Einrichtung, die sich darauf konzentrierte, kriegsrelevante Meldungen aus den USA selbst zu überprüfen. Es wurde

²⁹⁹Vgl. z.B. Laswell „Propaganda Technique“, Jackall, „Propaganda“, Winkler: „The Politics of Propaganda“, Laurie: „The Propaganda Warriors“ oder Jones, David Lloyd: *The U.S. Office of War Information and American Public Opinion during World War II*, University of New York at Binghamton 1976 (Diss.); Mackay-LaMar, Seal: *Domestic Operations of the Office of War Information*, University of Wisconsin 1966 (Diss.) und Blum, John Morton: *I Was for Victory: Politics and American Culture During World War II*, New York 1976.

³⁰⁰Zur Bedeutung von Bildern und Filmen vgl.: Roeder, George H.: *The Censored War*, Yale 1993, passim. Diese Studie arbeitet die Bedeutung visueller Images heraus. Sie zeigt, dass die US-Bevölkerung den Krieg (oder besser gesagt, das offizielle Bild des Krieges) in vielen Lebensbereichen im wahrsten Sinne des Wortes vor Augen hatte. Die optische Durchdringung reichte von Verkehrszeichen (Victory Speed 35mph) über Plakate in allen öffentlichen Gebäuden, den Wochenschauen und Filmen in den Kinos bis zum täglichen Einkauf im Drug Store.

³⁰¹Vgl. Short, K.R.M.: *Film and Radio Propaganda in World War II*, London 1983.

³⁰²Voss, Frederic S.: *Reporting the War. The journalistic coverage of World War II*, Washington D.C. 1994, S.20

im Januar 1942 gegründet, nachdem der neue „War Powers Act“ von 1941 dem Präsidenten uneingeschränkte Vollmachten in Kriegszeiten zugestand. Zum Leiter des OC wurde der frühere Journalist Byron Price ernannt. Seine Auffassungen von Zensur und Pressefreiheit bedürfen einer näheren Analyse. Als ehemaliger Journalist war Price bei einer der bis heute größten Nachrichtenagenturen der USA, der Associated Press (AP), in Führungs-Positionen gelangt. Grundsätzlich war er der Überzeugung, dass jede Form der Zensur erst einmal dem Grundgedanken der Demokratie widersprach.³⁰³ Andererseits war er Patriot und bezeichnete sich selbst als Realist. Eine Einschränkung der Pressefreiheit in Kriegszeiten konterkarierte daher nicht seine Ideale. Im Gegenteil, aus seiner Sicht half die Zensur den Krieg zu gewinnen und damit die Staatsform zu schützen und zu erhalten, die erst die Garantie für die Verwirklichung seiner Ideale schuf:

Consequently, there must be some restrictions on the military and economic information which is circulated freely inside the United States. Determining the extent of those restrictions calls for clear thinking and good judgment by men who have the welfare of American institutions at heart.³⁰⁴

Glaubwürdiger als ein ehemaliger Journalist und bekannter Anhänger der Pressefreiheit konnte kaum eine andere Person Journalisten und der Öffentlichkeit gegenüber auftreten, um die notwendigen Übel einer zeitlich begrenzten Zensur zu vertreten. Da Price aber alle Möglichkeiten der Zensur kannte und erahnte, dass es innerhalb der Regierungshierarchie Bestrebungen gab, diese Möglichkeiten auch zu anderen Zwecken als der reinen Gefahrenabwehr einzusetzen, bestand er darauf, dass er allein dem Präsidenten Rechenschaft schuldet und das sein Amt direkt dem Staatsoberhaupt unterstellt war.³⁰⁵ Die Befürchtung, dass Zensur missbraucht werden könne und daher die Zensoren fest auf dem Boden der Verfassung stehen müssten, wird unter anderem im Vorwort zum Arbeits-Bericht seiner Behörde aus dem letzten Kriegsjahr deutlich:

Having in mind the normal tendency of censorship to feed on itself, erecting higher and higher bureaucratic barriers as the consciousness of great authority ripens, the old Romans decreed that no censor could hold office for a longer period than a year and a half. In our own country it should be understood that no one who does not dislike censorship should ever be permitted to exercise censorship. All planning for

³⁰³Zur ideologischen Ausrichtung Prices und seinen Vorstellungen zur Zensur vgl: Price, Byron: „How Can Censorship Help Win the War?“ in: Hunt, Erling (ed.): *America Organizes to Win the War*, Freeport (NY) 1972, S.222ff. sowie: Price, Byron: „The American Way“ in: Mott, Frank Luther: *Journalism in Wartime*, Westport (CT) 1943, S.28ff.

³⁰⁴Price in: Hunt, S.229

³⁰⁵ibid

ensorship should rest firmly on a determination to apply restraints in such a way as to preserve, rather than to destroy, free institutions and individual liberties.³⁰⁶

Aus der Lektüre von Prices Schriften und Aufsätzen lässt sich noch ein weiteres wichtiges Element isolieren: Nämlich seine detaillierte Kenntnis der verschiedenen Formen von Zensur sowie die Überlegung, dass die USA auf Grund ihres demokratisch-idealistischen Selbstverständnisses einen neuen, originären Weg in der Pressepolitik einschlagen mussten:

Leaving apart numerous local and half-hearted experiments, society has hit upon but three basic methods of controlling publication. One is the method of rigid government compulsion, with a censor always at the editor's elbow. One is a compromise procedure, under which enforcement is largely voluntary, but with a strictly worded statute hovering in the background. The third is a system of self-discipline under the leadership of the government, but with no statutory sanction and no penalties. The completely compulsory method needs no discussion. It is the familiar type of the totalitarian countries (...) The compromised method is the one now used by the British (...) Incidentally, the same provision, in precisely the same words, is on the statute books of Canada. The truly voluntary system may be considered almost an exclusively American institution. It is an example, on a grand scale, of democracy at work. It furnishes a test of an extreme kind of the ability of free institutions to impose self-discipline upon themselves and to marshal their resources, without mandatory order or threat, on the side of national security.³⁰⁷

Durch diese Argumentation gelang Price ein Spagat zwischen den Idealen der Pressefreiheit und der von der Regierung mit einer übergeordneten Staatsräson und dem Kriegszustand legitimierten Zensur. Durch die Betonung der Selbstdisziplin appellierte Price an das Verantwortungsgefühl von Journalisten und Herausgebern. Er gewährte ihnen einen Vertrauensvorschuss, der sich lohnen sollte, da die Presse stark mit dem OC kooperierte.³⁰⁸ Keine Zeitung oder Nachrichtenagentur wollte sich dem Vorwurf aussetzen, dem Feind gedient zu haben und war daher auf die Einhaltung der Zensurrichtlinien bedacht. Mit seiner Argumentation gelang Price aber noch ein Zweites: Im Sinne der nationalen Identitätsstiftung betonte er einen amerikanischen Geist und einen besonderen amerikanischen Weg, der die Zensur nicht auf machtpolitischem Wege rechtfertigte, sondern vor allem auf moralischem. Bei der Kreation dieser Zensurpraxis spielten auch die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg und die Auseinandersetzung mit der von Creel eingeführten „freiwilligen Zensur“ eine starke Rolle. Voss kommt zu der Bewertung, dass diese Form der Presselenkung effektiver wirkte als die „traditionellen“, rigiden Mittel der Zensur:

³⁰⁶Price in: *A Report on The Office of Censorship*, United States Government Historical Reports on War Administration, GPO, Washington D.C. 1945, S.1

³⁰⁷Price in: Mott, S.24f.

³⁰⁸Vgl. Irion, Frederick C.: *Public Opinion and Propaganda*, New York 1952. S.435f.

For, thanks to the agency's velvet-gloved techniques in news control, the United States had managed, with comparatively few exceptions, to strike an astonishingly healthy balance between allowing the press to report the war's progress and keeping information potentially helpful to the enemy under wraps.³⁰⁹

Zu den konkreten Aufgaben von Prices Behörde gehörten das Lesen von Millionen von Briefen, die Überprüfung fast aller in die USA ein- und von dort ausgehenden Fernschreiben und Telegramme, die Aufzeichnung von Telefongesprächen, das Hören von Radioprogrammen, die Auswertung von Filmen und die Sichtung sämtlicher Presseprodukte wie Tageszeitungen, aber auch von Pamphleten und Flugschriften. Das Archiv des „Office of Censorship“ stellte ein umfangreiches Konglomerat amerikanischen Denkens und publizistischen Handelns dar. Es war nicht nur beschränkt auf die Presse, es bezog auch „normale“ US-Bürger mit ein. Price war sich darüber im Klaren, dass Eingriffe in die Freiheiten und individuellen Rechte von Staatsbürgern nur bei einer großen Akzeptanz in der Bevölkerung erfolgreich sein konnten und dass diese Maßnahmen nur mit der zeitlich begrenzten Ausnahmesituation des Krieges begründet werden konnten:

The censor's house is built on sand, no matter what statutes may be enacted, or what courts may declare. (...) Everything the censor does is contrary to the fundamentals of liberty. He invades privacy ruthlessly, delays and mutilates the mails and cables, and lays restrictions on public expression in the press. All of this he can continue to do only so long as an always-sceptical public is convinced that such extraordinary measures are essential to national survival.³¹⁰

Die Durchdringung durch die Zensur war zwar nicht absolut, aber sie reichte doch weit bis ins Private. Aus den Richtlinien des OC geht detailliert hervor, welche Bereiche der Zensur unterlagen:

The term „communication“ shall include any letter or other writing, book, map, plan or other paper, picture, sound recording or other reproduction, telegram, cablegram, wireless message, telephone conversation either by landlines or radiotelephone circuits, or any message transmitted by any signaling device, carrier pigeon, by word of mouth, or by any other means.³¹¹

Somit wurde jedwede Kommunikation, die zwischen den USA und ihren Territorien sowie den USA und dem Ausland floss, zensiert:

³⁰⁹Gies, Joseph: *The Colonel of Chicago*, New York 1979, S.19

³¹⁰Price in: A Report, a.a.O.

³¹¹*U.S. Censorship Regulations*, Jan. 30, 1943, GPO, Washington D.C., S.1

3.Submitting Communications To Censorship. (a) Whoever takes or sends out, or brings into, or attempts to take or send out of, or bring into the United States any communication, except in the regular course of the mail or through a communications company whose traffic normally passes through censorship or a communication examined and passed by the Bureau of Customs, shall submit such communication to the Director of Censorship, Washington D.C., prior to transmission, or prior to the disclosure of the contents of such communication or any part thereof.³¹²

Unmengen von Material mussten angesichts dieser Definition vom „Office of Censorship“ gesichtet und kontrolliert werden. Ein Teil dieses Materials ist in den National Archives dokumentiert.³¹³ Hinzu kommen zahlreiche Schriftwechsel zwischen der Behörde und anderen Institutionen, Zeitungen und Privatpersonen.³¹⁴ In den Unterlagen finden sich zum Beispiel Anfragen von Bürgern, die wissen wollten, ob sie ihre Weihnachtspakete nach Übersee schicken konnten und was in diesen Paketen enthalten sein durfte. Ebenso gibt es Nachfragen von Wetterstationen, die sich vergewissern wollten, ob bestimmte Vorhersagen als kriegsrelevant eingestuft würden, da sie dem Feind möglicherweise hätten Hinweise geben können. Auch Wettervorhersagen unterlagen der Zensur. Hinzu kommen Eingaben von Zeitungsherausgebern, die sich nicht im Klaren darüber waren, ob und inwieweit sie eine „Homestory“ über die Familien von Soldaten abdrucken durften.

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit des OC war durch den „War Powers Act“ und durch Erlass des Präsidenten gegeben. In einem ersten „Code of Wartime Practices“ - in der Fassung von 14. Januar 1942 - sind die Regeln für die Presse noch allgemeiner definiert:

The security of our armed forces and even our homes and liberties will be weakened in greater or less degree by every disclosure of information which helps the enemy. This, then, is the basis for the request for voluntary censorship.³¹⁵

Konkret meinte dies alle Information über:

³¹²Ibid, S.2. In diesem Dokument sind die einzelnen Bereiche von Kommunikation und ihre spezifischen Anforderungen und technischen Voraussetzungen aufgeführt und ihre Behandlung durch Zensoren geregelt. Vgl. *ibid.* S.7ff.

³¹³vgl. RG 216 *Records of the Censorship*, National Archives (NA)

³¹⁴RG 216, *NND 812031,NA*

³¹⁵*Code of Wartime Practices*, GPO, Jan. 14. 1942, Washington DC. S. 1. Dieser „Code“ mündete letztlich in die bereits zitierten U.S. Censorship Regulations, die sich an alle Medien richteten. Der „Code“ hatte in seiner Ursprungsform zunächst nur die Zeitungsverleger angesprochen, aber schon einen Tag später (15. Jan. 1942) gab es eine erweiterte Variante, die sich auch an die Radiostationen und ihre Betreiber wandte. Darüber hinaus wurden vom OC in loser Folge Bulletins veröffentlicht, in denen den Medien Vorgehensweisen zu konkreten Ereignissen und Sachverhalten empfohlen wurden. Vgl. beispielsweise: Office of Censorship, *Censorship Bulletin No.3.*, Jan. 27. 1942. Washington D.C. Letztlich ist die Fassung der US-Censorship Regulations vom 30. Jan 1943 die umfassendste Leitlinie der Zensurpraxis.

... location, composition, destination, strength, routes etc. of American armed services or armed forces of friendly nations on American soil; information about locations, destinations and identities of ships of this or allied countries; the disposition, movements and strength of Army and Navy air units, the locations, personnel and strength of fortifications and camouflaged places. Similar restrictions cover weather reports, production of war materials, photographs and maps etc. In case of doubt arising on any matter, publishers are asked to seek advice of the Office of Censorship.³¹⁶

Es ist also - was die Presse im Inland anging - keine präventive Zensurgewalt angewandt worden. Die Freiwilligkeit war aus dieser eingeschränkten Sichtweise gesehen gewährleistet. Insofern wird in der Literatur auch oftmals davon gesprochen, dass es gar keine Zensur für die Inlandspresse gegeben habe. Dies entspricht aber, wie bereits gezeigt, lediglich einer sehr engen Definitionsauslegung und nicht den tatsächlichen historischen Fakten. Denn auch eine indirekte oder freiwillige Zensur ist eine Form der Zensur. Erstaunlich ist neben der schlicht unübersehbaren Menge des Materials des OC, wie wenig explizite Beschwerden es über die Zensur gab.³¹⁷ Die Sichtung der Unterlagen des OC zeigt, dass die von Price propagierte Linie in den meisten Fällen durchgehalten und von der Presse akzeptiert wurde.

Die US-Bürger wurden durch die Zensur in vielen unterschiedlichen Lebensbereichen betroffen. Dies lag auch daran dass, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, den Befugnissen der Zensurbehörden wieder weitere juristische Sanktionsmöglichkeiten in Form von alten und neuen Gesetzen an die Seite gestellt wurden. Der „Sedition Act“ von 1918 wurde zwar aufgehoben, der „Espionage Act“ blieb aber weiterhin in Kraft. Zudem wurde 1942 der „Trading with the Enemy Act“ von 1917 in einer erweiterten Version revitalisiert und hinzu kam der „Alien Registration Act“, der den Kongress schon im Juni 1940 - vor Kriegseintritt der USA - passierte. Durch dieses Gesetz wurden, wie es der Name impliziert, alle Ausländer in den USA aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Das Gesetz hatte aber eine weit über diese Funktion hinausgehende Wirkung. So findet sich auch hier wieder die Angst vor Konspiration und möglichen Umsturzversuchen sowie vor Staatsfeindlichkeit, die unter Strafe gestellt werden muss:

Section 2 (a). It shall be unlawful for any person to knowingly or wilfully advocate, abet, advise or teach the duty, necessity, desirability, or propriety of overthrowing or

³¹⁶Ibid.S.5ff.

³¹⁷Es gab eine Unterabteilung des "Office of Censorship" die sich nur mit Beschwerden befasste. Diese Beschwerden waren jedoch meist technischer Natur und bezogen sich auf Schwierigkeiten der konkreten Zensur-Praxis. Beschwerden über die generelle Notwendigkeit einer Zensur finden sich nur selten in den Unterlagen. Vgl. RG 216. *Eintrag 012-D „Complaints to Press Censorship“ Boxes 389-390. NA*

destroying any government in the United States by force or violence, or by assassination of any officer of any such government.³¹⁸

De facto ging es aber nicht um politischen Mord oder einen Umsturz, sondern um radikales oder auch nur um oppositionelles Gedankengut. Das Gesetz war nicht in erster Linie dazu gedacht, das Handeln von Personen zu sanktionieren, sondern ihr Denken. Da es aber unter dem Begriff „Alien Registration Act“ firmierte, wurde es von vielen US-Bürgern nicht als für sie geltend wahrgenommen, da sie sich nicht als Fremde fühlten. Es gab keinen Aufschrei der Empörung oder erheblichen Widerstand. Nur die wenigstens Zeitgenossen erkannten den weiteren Sinn und Zweck des neuen Gesetzes und die Möglichkeiten, die damit der Exekutive an die Hand gegeben wurden. Einer von ihnen war der Jurist Zechariah Chafee Jr., Professor der Harvard-University:

Not until months later did I realize that this statute contains the most drastic restrictions on freedom of speech ever enacted in the United States during peace. It is no more limited to the registration of aliens than the Espionage Act of 1917 was limited to spying. Most of the Alien Registration Act is not concerned with registration, and the very first part has nothing particular to do with aliens The act gives us a sedition law for everybody, especially citizens of the United States.³¹⁹

Doch trotz dieser Missbrauchsgefahr kamen auch ausgesprochene Kritiker der Zensur und Verteidiger der freien Meinungsäußerung zu der Überzeugung, dass bestimmte Formen der Kontrolle in Kriegszeiten unabdingbar nötig und sinnvoll sein:

True, no one questions the propriety of censoring outgoing cables and mails. This is done under the War Powers Act. Few people, too, can complain about the censoring of radio, because radio leaps national boundaries. No one, moreover, questions the right of the army and the navy to censor information which they have and which, if released, would be of aid to enemies we are fighting. None of these things plague us.³²⁰

Kooperation der Presse mit der Zensurbehörde war wesentlich üblicher als Konfrontation. Ein Beispiel dafür ist der Aufenthalt von Winston Churchill in den USA. Über die letzten 14 Tage seines Besuchs gab es keine einzige aktuelle Pressemeldung. Es wurden zwar im Nachhinein Bilder von Roosevelt und Churchill veröffentlicht, aber es ist nicht ersichtlich, wann diese Aufnahmen gemacht worden sind. Die amerikanische Öffentlichkeit wusste nicht, ob Churchill bereits wieder in Großbritannien angekommen war oder ob er sich noch auf amerikanischen Boden befand.³²¹ Hintergrund dieser Geheimhaltungsstrategie war die Überlegung, dass das Wissen über die tatsächlichen

³¹⁸*Alien Registration Act*, GPO, Washington D.C. June 1940, S.2

³¹⁹Chafee Jr., Zechariah zit in: *Censorship. Democracy in Action*, S.21

³²⁰a.a.O. S.23

³²¹Davis, Elmer, *War Information and Censorship*, Washington D.C. 1944, S.55f.

Daten des USA-Besuchs vielleicht die Deutschen zu einem spontanen Angriff auf Großbritannien hätte animieren können. Wäre der Premier bei so einer Attacke nicht auf heimischen Boden gewesen, hätte dies die Moral der Bevölkerung im Königreich oder die schnelle Handlungsfähigkeit der Regierung schwächen können, so die Befürchtung. Daher sollte das Datum von Churchills Rückkehr geheim bleiben, befanden sowohl die britische als auch die US-Regierung. Dass sich auch die Presse dieses Argument zu Eigen machte, ist nur eines der zahlreichen Beispiele für die Kooperation zwischen Journalisten und dem OC. Die Zusammenarbeit ging sogar so weit, dass sich Journalisten, nachdem das OC seine Arbeit eingestellt hatte, fragten: „But where will we go now to get our stories cleared?“³²²

Es ließen sich noch zahlreiche weitere Beispiele für die Zensurpraxis des Office of Censorship und die Methode der freiwilligen Zensur nennen. Wichtig ist jedoch nicht die Masse an Vorfällen und das Auflisten aller Fallbeispiele, sondern das Durchdringen der Wirkungsweisen der Zensur sowie die Ideologie, die hinter der Zensurpraxis stand. Bei der Betrachtung des OC sind vier wesentliche Grundgedanken festzuhalten, die entweder in allen anderen untersuchten Kriegen erneut Niederschlag fanden oder aber gerade umgekehrt von den späteren Administrationen vernachlässigt oder nicht mehr verfolgt wurden. So praktizierte das Office of Censorship einen „dritten Weg“ der Zensur. Dieses Prinzip der freiwilligen Zensur löste sich von den Traditionen der europäischen Zensur, stattdessen hatte es vielmehr das CPI als Vorbild. Die Ideologie des OC wurde somit als „typisch“ amerikanisch definiert. Daher hat das OC im Bereich der Propaganda- und Zensurdebatte wesentlich zu einer Definition „amerikanischen Geistes“ beigetragen und sogar nationale Identität gestiftet. Dieser Aspekt führte letztlich wiederum zu einer hohen Akzeptanz der Zensurpraxis in der Bevölkerung - so weit sie nicht negativ von den Zensurpraktiken betroffen war - und bei den Medien. Die Arbeit des OC wurde zudem durch eine Reihe nachhaltig wirkender Gesetze, wie zum Beispiel den „Alien Registration Act“ unterstützt. Somit war der Regierung neben der eigenen Zensur und der Propaganda wieder, ebenso wie im Ersten Weltkrieg, eine strafrechtliche Verfolgungsmöglichkeit oppositioneller Strömungen an die Hand gegeben worden.

Wieder Zensur an der Front

³²²Koop, Theodore F.: *Weapon of Silence*, Chicago 1946, S.270

Was die militärische Seite der Zensur anbetrifft, gab es grundsätzlich ein anderes Verständnis von Pressefreiheit. Auch wenn das Militär keinen monolithischen Block darstellte und die Pressepolitik einzelner Befehlshaber sehr unterschiedlich aussehen konnte, gab es doch eine generelle Übereinstimmung: Militärische Geheimnisse mussten grundsätzlich vor Veröffentlichung geschützt werden und die Einschätzung darüber, was ein solches Geheimnis darstellte sowie die Einstufung anderer kriegsrelevanter Fakten oblag den Militärs. Diese Grundeinstellung drückte sich in der Zensurpraxis des „censorship at source“ aus. Das Kriterium für Zensur war die Frage, ob die zu veröffentlichenden Informationen gut oder schlecht für die Armee, Marine oder Luftwaffe waren. Wenn diese Frage positiv beantwortet werden konnte, durfte der entsprechende Artikel oder die Radioübertragung passieren, ansonsten nicht.³²³ Für die Kriegsschauplätze in Europa und Asien galt daher im Prinzip dieselbe Praxis wie im Ersten Weltkrieg. Journalisten mussten sich bei den Oberbefehlshabern der jeweiligen Truppen und beim Verteidigungsministerium in Washington akkreditieren. Sollten die Korrespondenten nicht den Regeln der Militärs folgen, drohte ihnen der Entzug der Akkreditierung.

Nicht immer verfolgte das Militär eine einheitliche Linie bei seiner Zensurpraxis. Das lag zum einen an unterschiedlichen Einschätzungen der Sachlage, zum anderen an Kommunikations- und Abstimmungsproblemen. Ein Beispiel dafür stellt ein Detail des U-Boot-Krieges dar. So waren Offiziere im Marinecorps in Washington nicht bereit, den Angriff von U-Booten der Achsenmächte auf amerikanische und alliierte Schiffe vor der US-Ostküste zu diskutieren. Lokale Marineinstitutionen in New Jersey hatten hingegen eine andere Sicht der Dinge. Sie verneinten die „Zwischenfälle“ nicht generell und waren bereit, bestimmte Informationen preiszugeben.³²⁴ Diese unterschiedliche Zensurpraxis führte zu einem Protest der regionalen Zeitungsverleger in New Jersey:

The membership of the New Jersey Press Association objects to the contradictory policy of the Navy Department in its treatment of news of naval activity. It will be noted that the Navy Department has consistently refused to release the results of anti-submarine measures off the East Coast, holding that the suppression of such results (...) is demoralizing to the Nazi enemy (...) We maintain that it is more important to strengthen the morale of the American people by giving them the truth from all theaters of war than to the nebulous hope that our silence will be damaging to the Germans (...) We feel that continuance of such a policy is having an effect directly opposite to the result which it is hoped to obtain (...).³²⁵

³²³vgl. Knightley, S.275

³²⁴Censorship (DA) S.31

³²⁵Resolution , *The New Jersey Press Association*, 4.Feb, 1942.

Das Beispiel ist in mehrerer Hinsicht exemplarisch für das Denken und Handeln der Betroffenen. Es illustriert einerseits, dass die Verleger nicht das Verbergen der U-Boot-Aktivitäten als solche kritisieren, sondern den widersprüchlichen Umgang mit Informationen. Es ist also wahrscheinlich, dass es bei einer einheitlichen Pressepolitik keinen Widerspruch gegeben hätte. Außerdem zeigt sich, dass die „Association“ nicht in erster Linie und vor allem nicht ausschließlich mit dem Recht der Öffentlichkeit, informiert zu werden („The public's right to know“) argumentierte. Stattdessen wurde eine Publikation eingefordert, weil die Veröffentlichung der Information den Kriegsanstrengungen hätte dienlich sein können. Die Presse hatte also in diesem Fall ihre Rolle als Bestandteil der Propagandamaschinerie akzeptiert.

Zumeist verstanden sich auch die Journalisten an der Front nicht als Gegner der Militärs, sondern als Partner mit anderen Aufgaben. John Steinbeck schrieb im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg:

We were all part of the war effort. We went along with it, and not only that, we abetted it. Gradually it became part of us that the truth about anything was automatically secret and that to trifle with it was to interfere with the war effort. By this I don't mean that the correspondents were liars. They were not (...) It is in the things not mentioned (...) Yes, we wrote only a part of the war but at that time we believed, feverently believed, that it was the thing to do.³²⁶

Der kanadische Kriegsberichterstatter Charles Lynch, der an der Seite von US-Truppen am Krieg in Europa teilgenommen hatte, formulierte es in der historischen Rückschau noch drastischer:

It was crap, what we wrote. We were a propaganda arm of our governments. At start the censors enforced that, but by the end, we were our own censors. We were cheerleaders. I suppose there wasn't an alternative at the time. It was total war. But, for God's sake, let us not glorify our role. It wasn't good journalism. It wasn't journalism at all.³²⁷

General Dwight D. Eisenhower war sich der Tatsache bewusst, dass das Verhältnis von Medien und Militär im Krieg zunächst einmal prinzipiell durch einen Antagonismus geprägt ist, der in den unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben von Reportern und Soldaten liegt:

The first essential in military operations is that no information of value shall be given to the enemy. The first essential in newspaper work and broadcasting is wide-open

³²⁶Steinbeck, John: *Once There Was a War*, London 1959. S.11ff.

³²⁷Lynch zit. in: Knightley, S.317

publicity. It is your job and mine to try to reconcile those sometimes diverse considerations.³²⁸

Den funktionalen Widerspruch suchte Eisenhower durch vertrauensbildende Maßnahmen zu überwinden. Und so vertrat er häufig tatsächlich eine Politik der Kooperation. Ein Beispiel dafür ist die Landung der alliierten Truppen in der Normandie. Sie wurde ausgewählten Reportern mitgeteilt, zugleich wurde an ihre Verantwortung appelliert, die Operation nicht durch eine verfrühte Berichterstattung zu gefährden. Die Journalisten hielten sich an diese Regelung und durften anschließend an der Invasion teilnehmen und darüber berichten.³²⁹ Grundsätzlich befürwortete Eisenhower - anders als andere Militärs, wie im Folgenden gezeigt wird - die Kriegsberichterstattung durch zivile Reporter. Aber, und das mag auch die engen, teilweise sogar kameradschaftlichen Bindungen zwischen Soldaten und Journalisten erklären, sah Eisenhower die Journalisten während einer Schlacht als Teil seiner Truppe an. Ähnlich wie es im zivilen Bereich Elmer Davis oder George Creel versuchten, war Eisenhower bestrebt, die Kriegsberichtersteller mit ins Boot zu holen und an ihre nationale Verantwortung zu appellieren:

I regard war correspondents as quasi staff officers, and I want to emphasise that, in my opinion, each newsman has a greater responsibility than that of a competitive newsman. I am not prepared to treat you as my enemies. If I thought you were, I would do nothing for you. But I trust you and as staff officers however your first duty is a military duty, and the one fact you which you must bear in mind is to disclose nothing which would help the enemy.³³⁰

Trotz aller Einschränkungen und Zensurmaßnahmen des Militärs gegenüber den Medien ist das Verhältnis dieser beiden Akteure also nicht immer in ein einfaches Muster der Interessen-Konkurrenz einzuordnen. Wie der Journalist Middleton bemerkt, war das Verhältnis von Medien und Militär in vielen Kriegen - vor allem aber im Zweiten Weltkrieg - durchaus durch Kooperation geprägt: "There had, on the whole, been a balance, with the military benefitting as much as the media".³³¹ Diese Zusammenarbeit ergab und ergibt sich unter anderem aus einer partiellen Übereinstimmung der Interessen von Militär und Medien auf dem Gebiet der Technik. Die Entwicklung von

³²⁸General Eisenhower zit in: Rick, Charles W.: *The Military-News Media Relationship*, Carlisle Barracks, (PA.) 1993.

³²⁹Vgl. Blanchard, Margaret A.: *Free Expression and Wartime. Lessons from the Past, Hopes for the Future* in: *Journalism Quarterly*, Vol. 69, No. 1, Spring 1992, S.5ff.

³³⁰Eisenhower zit in: McConnagh J.: „The Army and the Press in War“ in: *Journal of the Royal United Services Institute*, Vol. 98, 1953, S.32. Zum Verhältnis Eisenhowers zu Presse vgl. ebenfalls Sixsmith, E.: *Eisenhower as Military Commander*, London 1973.

³³¹Middleton, Drew: "Barring reporters from the Battlefield" in: *„New York Times“ Magazine*, 5.Feb.1984, S.37ff.

zivilen Kommunikationsmitteln, zum Beispiel des Radio oder später des Satelliten, und der Waffentechnik verliefen oft gleichzeitig oder befruchteten sich gegenseitig.³³² Nach Ansicht des französischen Sozialwissenschaftlers Virillio haben sich Medien und Militärs auf Grund dieser Tatsache in den modernen Kriegen des Zwanzigsten Jahrhunderts zu einem "militärisch-informellen Komplex" zusammengefunden: "Innerhalb von 150 Jahren hat sich das Schussfeld in einen Drehort verwandelt, das Schlachtfeld ist zu einem für Zivilisten zunächst gesperrten Filmset geworden."³³³ Man muss diese pointierte Einschätzung nicht unbedingt teilen; die von Virillio herausgestellten Parallelen zwischen militärischer und ziviler Kommunikationsentwicklung sind indes augenfällig. Ein weiterer naheliegender Grund für eine Kooperation von Medien und Militärs ist die menschliche Nähe des Personals der beiden Organisationen zueinander. In einem Krieg ist der Arbeitsplatz von Soldat und Journalist teilweise identisch. Beide Berufsgruppen gehen das Risiko ein, getötet zu werden. Und oftmals hatten Vertreter beider Gruppen gleiche Wertvorstellungen, sie kämpften sozusagen gegen denselben Feind, nur mit unterschiedlichen Mitteln. Gegenseitigen Respekt und Achtung bis hin zur Kameradschaft hatte es schon im Ersten aber vor allem im Zweiten Weltkrieg gegeben. Das lag zum einen an der Tatsache, dass es in **diesem** Krieg volle Übereinstimmung über die moralische Einschätzung des Feindes gab; zum anderen aber auch daran, dass das gegenseitige Vertrauensverhältnis noch nicht nachhaltig gestört worden war.

Dennoch blieb auch im Zweiten Weltkrieg unumstritten, wer der "Herrscher" über die Erstinformation war: Die Zensurgewalt auf den Kriegsschauplätzen oblag im Wesentlichen den jeweiligen Befehlshabern. Und deren Informations- und Pressepolitik konnte durchaus erheblich von einander abweichen. Dass von den Militärs also nicht immer für alle Kriegsschauplätze einheitliche Zensurrichtlinien aufgestellt wurden, hatte auch mit den Charakteren der handelnden Personen zu tun, was am Beispiel zweier hochrangiger Kommandanten des Zweiten Weltkriegs exemplarisch gezeigt werden kann. Der eine, Admiral Ernest King, wurde 1941 zum „Commander in Chief of all naval operations“ ernannt; der andere, General Douglas MacArthur, kommandierte die US-Truppen auf den Kriegsschauplätzen im Südwest-Pazifik.

Eine der ersten Stellungnahmen Kings nach seinem Amtsantritt betraf die Presse. Gegenüber seinem zivilen Vorgesetzten, Marineminister Frank Knox, macht King

³³²Vgl. Virillio, Paul: *Krieg und Kino. Logistik der Wahrnehmung*, Frankfurt/Main 1989, passim

³³³a.a.O., S.21

deutlich, dass er keine Pressekonferenzen geben werde.³³⁴ Seiner Auffassung nach diene es den Kriegsanstrengungen und der reibungslosen Kriegsführung am meisten, wenn die Presse möglichst wenig wisse. Aus diesem Grund kursierte in Washingtoner Pressekreisen die Anekdote, dass King lediglich bereit wäre, bekannt zu geben, wann der Krieg vorüber sei und eventuell noch hinzuzufügen, wer gewonnen habe. Seine Zensur galt als sehr strikt. Häufige Beschwerden von Seiten der Presse waren die Folge.³³⁵ Diese Eingaben führten bei Mitgliedern der Administration zu der Befürchtung, dass Kings extreme Geheimhaltungs-Strategie in der Öffentlichkeit als Zynismus ausgelegt würde, der letztlich die Glaubwürdigkeit der Marine gefährden könnte. Der Admiral zeigte sich von dieser Kritik unbeeindruckt. So geriet er mit Elmer Davis, dem Leiter des *Office of War Information* (OWI), in einen Konflikt, der sich darüber beklagte, dass King einen Bericht so zensiert hatte, dass alle brauchbaren und interessanten Informationen daraus gestrichen worden waren. King reagierte nicht auf den Beschwerde-Brief. Sogar gegenüber seinem direkten zivilen Vorgesetzten zeigte King eine ähnliche Haltung. Auf die Frage eines Mitarbeiters, warum er Knox nicht ausführlich informiere, antwortete King: "Why should I. The first thing he does is tell it to the reporters."³³⁶ Die offiziellen „Statements“ und Mitteilungen der Marine wurden von King häufig selbst durchgesehen und zensiert. Seine Politik änderte sich mit dem Kriegsverlauf nur graduell. Die wenigen Änderungen, die es gab, sind auf den Einfluss von Kings Rechtsanwalt zurückzuführen. Der Jurist befürchtete, dass Kings Verhaltensweise im Endeffekt zu dessen Absetzung hätte führen können. So entschied der Admiral Ende 1942, sich regelmäßig vertraulich mit ausgewählten Journalisten zu treffen. Bei diesen Gesprächen unterhielt er sich relativ offen über den Kriegsverlauf, was aber nicht bedeutete, dass die dort verbreiteten Informationen auch veröffentlicht werden durften.³³⁷

Während bei King die strikte Zensur der Überzeugung entsprach, dass veröffentlichte militärische Informationen unter Umständen dem Gegner hätten helfen können oder die Moral der eigenen Truppe hätten schwächen können, gab es bei General Douglas MacArthur andere Motive. Im Gegensatz zu King, dem sein

³³⁴*Public Papers of Ernest J. King*, Archival Manuscript Material (Collection), Library of Congress, 39 containers, Washington D.C., container 12

³³⁵So wandten sich die drei größten Nachrichtenagenturen der USA in einem Schreiben gegen King, weil er die Öffentlichkeit nicht informierte. Auch in diesem Schreiben fällt auf, dass die Presse die militärische Zensur nicht grundsätzlich in Frage stellte, sondern nur die rigide Auslegung der Zensur durch die Person Kings. Vgl. dazu einen Schriftwechsel in: *Joseph A. Bors: "Sandor S. Klein to Admiral Ernest J. King"* in: a.a.O., container 13.

³³⁶Buell, Thomas B.: *Master of Sea Power*, Boston (Mass.) 1980, S.252

³³⁷Public Papers of Ernest J. King, container 22. LC

persönliches Bild in der Presse gleichgültig war, arbeitete MacArthur an der Vermittlung seiner Taten in Form von Heldengeschichten und Legenden. Die Zensur oder die Weitergabe von Informationen durch Militärs in MacArthurs Befehlsbereich sind daher zum Teil als eine Art Selbstinszenierung und Rechtfertigung zu sehen. MacArthur traf 1942 in Australien ein, nachdem er von den Philippinen geflohen war, wo eine japanische Invasion nicht verhindert werden konnte.³³⁸ Kurz nach seiner Ernennung zum „United Nations commander for the South Pacific“ teilte er auf einer Pressekonferenz in Australien mit, dass er der Auffassung sei, die Presse müsse im Krieg eine wesentliche Rolle spielen. So sagte er den Reportern, dass sie eine der „most valuable components“ der Kriegsführung darstellten. Außerdem, so MacArthur: „... in democracies it is essential that the public knows the truth.“³³⁹ Mit dieser Begrüßung hatte der General die Reporter auf seine Seite gezogen. Dennoch waren seine Zensurmaßnahmen mindestens genauso effektiv wie die von King. So wurden sogar positive Artikel, die MacArthurs persönliche Verdienste nicht ausreichend würdigten, beeinflusst und zensiert:

...if a news story did not sufficiently promote the general's reputation, it would have to be altered accordingly to pass through censorship. Translated into practice, this principle expressed itself in a host of ways. For starters, reporter's opinion pieces that in any way reflected imperfectly on MacArthur were often barred from publication, and the press was actively discouraged from dwelling, in its homebound reports, on Allied casualties in MacArthur-directed actions, especially if their rate was high. ³⁴⁰

Darüber hinaus traf die Zensur Berichtersteller, die MacArthurs untergeordnete Offiziere entweder zu stark kritisiert oder zu stark gelobt hatten. Eine vernichtende Kritik seiner Untergebenen hätte auch MacArthurs Autorität in Zweifel gezogen. Bei einer zu positiven Darstellung wiederum wäre nicht mehr ausreichend Schlaglicht auf MacArthur allein gefallen. Seine Egozentrik und sein Selbstdarstellungstrieb gingen soweit, dass zwischen Herbst 1941 und Frühjahr 1942 von 142 offiziellen Presse-Kommuniqués 109 direkt seine Person betrafen. Außerdem wurde in Anschreiben an Journalisten und in weiteren offiziellen Statements die Namenszeile geändert: Statt „With the Commander of the South-West Pacific Command“, stand dort zu lesen „With General Mac Arthur's Headquarters“. Diese Personalisierung ging dem Kriegsministerium in Washington zu weit und die Namenszeile nahm schließlich wieder ihre ursprüngliche Form an. MacArthurs Pressepolitik war in hohem Maße von persönlichen Interessen bestimmt

³³⁸Vgl. Connaughton, R.M.: *Mac Arthur and Defeat in the Philippines*, New York 2001.

³³⁹Whan, Vorin E. (ed.): *Soldier speaks; Public Papers and Speeches of General Douglas MacArthur*, U.S. Military Academy, West Point (N.Y.) 1965, S.57

³⁴⁰Sebring, Lewis: *The MacArthur Circus*, Lewis Sebring Papers (Manuscript) Madison (Wisconsin) S.19ff.

und die militärische Argumentationslinien für Zensur wurden häufig lediglich vorgeschoben, um die wahren Motive zu vertuschen.³⁴¹ Gemein mit Kings Haltung war MacArthur aber die grundsätzliche Auffassung vieler Militärs, dass sie diejenigen seien, die über den Kriegsverlauf Auskunft zu geben hätten und nicht die zivilen Behörden. Diese Haltung führte teilweise auch zu erheblichen Spannungen mit der obersten zivilen Propagandabehörde, dem "Office of War Information" (OWI).

Propaganda im Zweiten Weltkrieg: Das Office of War Information

Wenn sich das Office of Censorship der Kontrolle der Medienerzeugnisse und der privaten Publikationen widmete, wandte sich das Office of War Information der staatlichen Sicht der Dinge und der offiziellen Regierungs-Darstellung des Krieges zu. Das OWI war von der Regierung explizit als Propaganda-Apparat gedacht. Es wurde im Juni 1942 als bundesstaatliche Behörde per Erlass des Präsidenten gegründet. Sein Leiter Elmer Davis war ebenfalls ein ehemaliger Journalist. Davis' Meinung nach gab es zu viele unterschiedliche, sich gegenseitig widersprechende Administrationseinrichtungen, die die offizielle Sicht Washingtons über den Krieg an die Bevölkerung weitergaben:

But Davis had an alternative for this system of overlapping jurisdictions and its self-contradictory policies on just what war news was fit to print. The answer, he said, lay in the formation of a central agency „under one head“ that would be empowered to set criteria for determining what news should be released and when, and to serve as the clearinghouse for its release.³⁴²

Dieser „zentrale Kopf“ war kein anderer als Davis selbst und die „zentrale Agentur“ war das Office of War Information. Aber - zumindest seiner Rhetorik nach - war Davis nicht daran interessiert, das OWI zu einer reinen Propagandamaschinerie traditionellen Stils auszubauen, die sich in ihren Schriften und Äußerungen komplett vom tatsächlichen Kriegsgeschehen entfernte:

The American people ... and all other peoples opposing the Axis aggressors have a right to be truthfully informed. (...) They should get the fullest and most accurate information possible.³⁴³

³⁴¹Leary, William M.(ed.): *MacArthur and the American Century*, Lincoln (Nebraska) 2001, S.25ff.

³⁴²Voss, S.33

³⁴³Davis: War , S.32

Dieser Anspruch findet sich auch schon bei George Creel. Es soll hier festgehalten werden, dass der Anspruch der beiden obersten Zensoren in beiden Weltkriegen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmte. Ob Creel und Davis wirklich glaubten, ihre Behörden würden nur akkurate Informationen weitergeben, oder ob dies Rhetorik war, um die Propaganda-Maßnahmen zu rechtfertigen, ist nicht eindeutig zu klären. Beide Propagandisten bemühten sich, ihrer Propaganda den Anstrich objektiver Information zu geben. Aber auch wenn die vom CPI und OWI verbreiteten Daten und Fakten an sich korrekt waren und Ereignisse nicht erst für die Propaganda konstruiert worden sind, bedeutet dies nicht, dass es sich nicht um Manipulation und Beeinflussung gehandelt hat. Auch die bewusst selektive Auswahl von Fakten, bei Verschweigen anderer Informationen, und die ständige Wiederholung bestimmter Klischees, ist eine sehr wirkungsvolle Form der Propaganda. Der Propagandist muss nicht unbedingt lügen oder Ereignisse erfinden, um Meinungen zu beeinflussen. Es geht vielmehr um die Interpretation und die Art der Darstellung bestimmter tatsächlicher oder angeblicher Fakten. Diese Erkenntnis und den daraus resultierenden Propaganda-Ansatz hatte Davis von Creel übernommen. Dementsprechend war auch die gesamte Arbeit des OWI ausgerichtet:

The entire program of OWI was carried out in this manner. With a minimum of compulsion, the patriotic attitude was established and then the individual was told how to apply this attitude. All questions were answered in advance. Individual thinking was reduced to a minimum. New subtleties had been introduced in the creation of stereotypes.³⁴⁴

Ebenso wie schon Creel wurde Davis vorgeworfen, dass seine Kriegspropaganda nichts anderes sei als Stimmungsmache für die amtierende Regierung und Präsident Roosevelt.³⁴⁵ Man sieht, dass die Debatte über Presselenkung und Propaganda sich von ihrem eigentlichen Gegenstand, nämlich dem Krieg, löste und ins Feld der Innenpolitik eingriff. Im konkreten Fall gingen die Vorwürfe gegen Davis soweit, dass er als „Propagandaminister des New Deal“ oder als „Amerikas Antwort auf Joseph Goebbels“ denunziert wurde.³⁴⁶ Die Republikaner erzielten am Ende des Krieges einen Teilerfolg. Davis blieb zwar im Amt, aber der Kongress entschied sich dazu, die Mittel für das OWI zu kürzen und damit seine Arbeit zu erschweren. Bis zum Kriegsende indes waren die Mittel für das OWI kontinuierlich aufgestockt worden. Erhielt die Organisation

³⁴⁴Irion, S.433

³⁴⁵Vgl. Thomson, Charles A.: *Overseas Information Service of the United States Government*, New York 1972, S.40

³⁴⁶Farrar, Ronald T.: "Elmer Davis: Report to the President" in: *Journalism Monographs*, August 1968, Nr. 7, S.52
Vgl. dazu auch Davis' Selbstrechtfertigung in: Davis, Elmer: *But we were born free*, Indianapolis 1954.

1941 noch 2,4 Millionen Dollar aus dem Staatshaushalt, waren es 1945 18,1 Millionen Dollar.³⁴⁷

Probleme gab es aus Davis Sicht aber nicht nur mit dem Kongress. Vor allem im Bereich der Auslandspropaganda überschritten sich die Kompetenzen mit anderen Regierungsstellen, was unausweichlich zu Konflikten führen musste. So legte das Außenministerium sowie die neue Spionageabteilung OSS dem OWI Steine in den Weg und umgekehrt.³⁴⁸ So gab es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Art der Propaganda angewandt werden sollte. Davis' Vorstellungen von einer „informativen Propaganda“, durch die er gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit einen hohen Akzeptanzgrad zu erzielen erhoffte, passte nicht zu den von der *Morale Operations Branche* des OSS genutzten Methoden der „schwarzen Propaganda“, die bewusst subversive Techniken einsetzte, um die Moral des Gegners zu unterwandern.³⁴⁹ In diesem Streit zeigten sich unterschiedliche ideologische Ausrichtungen und moralische Wertvorstellungen. Es stellte sich die Frage, welche propagandistischen Mittel in einer demokratischen Gesellschaft zu legitimieren seien.³⁵⁰

Weitere Konfrontationen ergaben sich für das OWI durch die Zusammenarbeit mit dem Militär. Davis machte sich keine Illusionen darüber, dass die sich selbst gesetzte Verpflichtung zur informativen Propaganda nicht für militärische Geheimnisse oder Berichte von der Front gelten sollte. Hier akzeptierte er wohl oder übel, dass das Militär selbst entscheiden durfte, welche Informationen es herausgab oder zurückhielt. Trotz dieser generellen Akzeptanz des Hoheitsbereichs des Militärs stieß Davis mit seiner Auffassung, dass nicht jede Information, die nur indirekt das Kriegsgeschehen berührte, zensiert werden müsse, wiederholt mit den Interessen der Militärs aneinander. Das galt selbst für den Fall, dass das OWI positive Meldungen verbreiten wollte:

Thus, when OWI sought to circulate a government release announcing that United States warplane production had gone from 19.403 in 1941 to an impressively spirit-raising 47.694 in 1942, the Defense Department refused to clear the story on the

³⁴⁷Eine Aufstellung über die Finanzierungssummen findet sich in: U.S. Congress, House, Appropriations Committee: *National War Agencies Appropriations Bill for 1946, Hearings*, 79th Congress, 1st Session, Washington D.C. 1945, S.505 und 943

³⁴⁸Thomson, S.20

³⁴⁹Vgl. Mauch, Kapitel V „Medienkrieg und schwarze Propaganda“, S.190ff.

³⁵⁰An dieser Stelle sei daraufhin gewiesen, dass die unterschiedlichen Auffassungen und Propagandaansätze schon bei der Entstehung des OSS selbst eine große Rolle gespielt hatten und schließlich dazu führten, dass der Foreign Information Service (FIS) dem OWI und nicht dem OSS unterstellt wurde. Vgl. Mauch, S.86f. Zum OSS vgl. ebenso Casey; William J.: *The Secret War Against Hitler*, Washington D.C 1988, sowie Chalou, George (ed.): *The Secret Wars. The Office of Strategic Services in World War II*, Washington D.C. 1992.

rationale that airing this information would help the enemy much more than it would advance American civilian morale.³⁵¹

Die Auswirkungen einer Verbreitung dieser Nachricht waren und sind nicht konkret zu beziffern. Die Einschätzung des Militärs könnte durchaus zutreffend gewesen sein, zumal eine Täuschung des Gegners über die eigene Truppenstärke in vielen Fällen generell einen taktischen Vorteil darstellt; insbesondere bei einem Überraschungsangriff. Andererseits kann aber auch argumentiert werden, dass ein Gegner, der über eine funktionierende Aufklärungsabteilung und effektive Geheimdienste verfügte, die tatsächliche Stärke und das militärische Potenzial der USA kannte und daher auf eine Information dieser Natur gar nicht mehr angewiesen war. Dieser Überlegung wiederum könnte entgegengehalten werden, dass der Gegner diese Daten und Informationen zwar vermutete, aber nicht verifizieren konnte und dass diese Verifikation durch eine öffentliche Mitteilung oder eine Radioübertragung ermöglicht worden wäre. Es ist also äußerst kompliziert, objektiv einzuschätzen, welche Informationen tatsächlich kriegsrelevant sind oder sein könnten und welche nicht. Diese Debatte ist ein essentieller Bestandteil der Pressepolitik in Kriegszeiten; sie bewegt sich, um das in der Einleitung entwickelte Kreis-Modell anzuwenden, exakt zwischen den inneren Polen der nationalen Sicherheit und der Pressefreiheit und im oben geschilderten Fall sogar zwischen den Polen nationale Sicherheit und möglichem Propagandaerfolg. Davis erhoffte sich, durch die Verbreitung der Nachricht die Moral der eigenen Bevölkerung zu stützen.

Ein ebenso heikler Punkt war die Frage, inwieweit die Veröffentlichung von Fotos, die eigene tote Soldaten zeigten, den Propagandaanstrengungen nützlich oder schädlich sei. Schon seit dem Amerikanischen Bürgerkrieg waren sich Propagandisten und Politiker der Bedeutung von Fotografie bewusst:

This instinct that the visual was too powerful to contradict with words, that its impact could not be explained away by the best of logic, was one of the deadly legacies of the photograph.³⁵²

Im Ersten Weltkrieg waren nur relativ wenige Fotos von der Front und vor allem von eigenen gefallenen Soldaten in den US-Zeitungen gedruckt wurden. Im Zweiten Weltkrieg wurden indes durchaus Fotos publiziert, auf denen Leichen von US-Soldaten

³⁵¹Lawson, Cedric: "OWI's Domestic News Bureau: An Account and Appraisal" in: *Journalism Quarterly*, March 1949, S.6f.

³⁵²Neuman, Johanna: *Lights, Camera, War: Is Media Technology Driving International Politics?*, New York 1996, S.81

erkennbar waren. Dies ist mit einer veränderten Sichtweise im OWI auf die Verwendung von eigenen Verlusten zu Propagandazwecken zu erklären. Präsident Roosevelt und Davis' Behörde befreiten den Foto-Journalismus schließlich von der strikten Zensur, der das Genre noch im Ersten Weltkrieg unterworfen war. Bislang hatte die Doktrin gegolten, eigene Verluste herunterzuspielen und erst recht nicht bildhaft darzustellen. Durch entsprechende Fotos könnte die Öffentlichkeit in ihrer Meinung vom Krieg negativ beeinflusst werden, lautete die gängige Logik von Propagandisten.³⁵³

Doch trotz dieser Bedenken und Befürchtungen entschied sich Roosevelt für eine Veröffentlichungs-Erlaubnis. Roosevelt kehrte damit sogar zunächst eine Entscheidung des OWI um, nach dem sich das Magazin „Life“ bei ihm beschwert hatte, das Fotos des Reporters Strock veröffentlichen wollte.³⁵⁴ Wie war diese veränderte Sichtweise und der daraus resultierende neue Umgang mit Fotos motiviert? Die Entscheidung für eine Veröffentlichung entsprach nicht nur der Überzeugung, dass der Bevölkerung ein möglichst realistisches Bild vom Krieg gezeigt werden müsse; sie entsprach darüber hinaus vielmehr den Überlegungen eines Propagandisten. Roosevelt kehrte die Argumente der bisherigen Zensoren-Generationen in ihr genaues Gegenteil. Die Bilder der toten US-Soldaten sollten gerade - um diesen Begriff aus dem Ersten Weltkrieg zu zitieren - den „gerechten Zorn“ innerhalb der Öffentlichkeit provozieren. Die Fotos wurden genutzt, um zu zeigen, dass die US-Soldaten nicht umsonst gestorben waren, sondern für die Verteidigung von Pluralismus und Demokratie. Ihr Tod konnte stilisiert werden als Symbol für den Freiheitskampf einer ganzen Nation gegen Tyrannei und Diktatur.

So war auf einem Foto, das einen gefallenen GI zeigte, der noch sein Maschinengewehr in der Hand hielt, zu lesen: „This happens every 3 minutes. Stay on the job and get it over“³⁵⁵ Diese Vorgehensweise ist in doppelter Hinsicht interessant: Zum einen war sie relativ neu und entsprach nicht den gängigen Propaganda-Vorstellungen. Die Entscheidung, Fotos von toten US-Soldaten zu veröffentlichen, zeigt außerdem, wie sicher sich Roosevelt und später dann auch Davis der Unterstützung der Bevölkerung waren. Während die Taktik, die Bevölkerung nicht zu informieren und die Fotos zurückzuhalten, eine defensive Haltung darstellt, repräsentierte die neue Taktik ein offensives Umgehen mit den Möglichkeiten der Medien. Sie entsprach der generellen Überzeugung, dass der Krieg grundsätzlich bereits von der amerikanischen

³⁵³CPI-Report, S.54

³⁵⁴Naumann. S.43

³⁵⁵„*Stay on the job*“, US Army Official Poster, *RG 165, NA*

Öffentlichkeit befürwortet würde und dass die Fotos daher keinen Schaden anrichten könnten, sondern im Gegenteil die Unterstützung für den Krieg noch verstärken würden. Diese Überzeugung setzte sich aber erst in den letzten zwei Jahren des Krieges durch. Außerdem bedeutete dies nicht, dass alle Fotos unzensiert oder unbearbeitet blieben. So wurden Bilder, bei denen die Gesichter der gefallenen Soldaten erkennbar waren, zensiert.³⁵⁶ Ebenso wurden Fotos zensiert oder retouchiert, die den Eindruck erweckten, die medizinische Versorgung für verletzte US-Soldaten sei unzureichend³⁵⁷ oder die zeigten, wie Leichenteile beerdigt wurden.³⁵⁸ Aber - und dies ist ein qualitativer Unterschied - zuvor hatte der Umgang mit Bildern von den Schlachtfeldern noch der generellen Überlegung entsprochen, der Bevölkerung die schrecklichen Seiten des Krieges **überhaupt** nicht zu zeigen oder die wenigen veröffentlichten Fotos waren nicht so realistisch gewesen wie die des Zweiten Weltkrieges. Obwohl es auch erhebliche Widerstände und Kritik an den „neuen“ Fotos gab, war die Akzeptanz letztlich doch so stark, wie es sich die Regierungs-Administration und der Präsident erhofft hatten. Vor allem von der Presse wurde der neue Ansatz befürwortet. So schrieb die „Washington Post“ in einem Leitartikel, dass es endlich an der Zeit sei, die amerikanische Bevölkerung wie Erwachsene zu behandeln und ihr das wirkliche Bild des Krieges zu präsentieren.³⁵⁹

Je länger der Krieg andauerte und je mehr amerikanische Familien die Nachricht erhielten, dass einer ihrer Angehörigen gefallen war, um so unglaublicher wurde es, der Bevölkerung verheimlichen zu wollen, dass der Krieg Opfer forderte. Das „Editorial“ des damals führenden Fotomagazins „Life“ zu den Kriegsfotos von George Strock, die die amerikanischen Gefallenen von Buna Beach (Neu-Guinea) zeigten, nahm darauf Bezug. Außerdem appellierte die Zeitschrift an die Solidarität der US-Bevölkerung mit ihren gefallenen Soldaten:

The job of men like Strock is to bring the war back to us, so that we who are thousands of miles removed from danger and the smell of the death may know what is at stake(...) words are never enough. Words do not exist to make us see, or know, or feel what it is like, what actually happens.³⁶⁰

Neben den Zeitungsfotos wurden großflächige Poster, die Presse-Fotos als Vorlagen hatten, zur Mobilisierung der Heimatfront genutzt.

³⁵⁶Courtesy *RG 319, CE-19-SC-246918. NA*

³⁵⁷*RG 319, CE-6-SC-236603. NA*

³⁵⁸*RG 319, CE-6-SC-201456. NA*

³⁵⁹Roeder, S.14

³⁶⁰Editorial der Zeitschrift „Life“, 20. Sep. 1943.

Bei den Plakatmotiven dominierten aber vor allem Zeichnungen, die die Werte und Moral einer freien Gesellschaft darstellen sollten. Eines dieser Plakate war das der vier Freiheiten: Unter dem Motto „Our reasons to fight for“ wurden die Werte „Freedom of Speech, Freedom of Warship, Freedom of Want“ und „Freedom from Fear“ aufgelistet.³⁶¹ Darüber hinaus bemühten sich die Zeichner mit ihren Plakaten und Grafiken, die US-Bürger in ihrer realen Lebenswelt anzusprechen; also als Familienväter und Mütter, als Konsumenten, als ehrenamtliche Mitarbeiter et cetera. Beim Rezipienten sollte das Gefühl herbeigeführt werden, dass jeder Einzelne seinen Teil zu den Kriegsanstrengungen der Nation beitragen konnte. Ein Beispiel für dieses Denken symbolisiert die Comic-Zeichnung „Twelve months of war transformed the American family“.³⁶² Während der Familienvater in dieser Zeichnung 1941 im Lehnstuhl Zeitung las, war er 1942 Soldat, die Mutter hatte sich von der Hausfrau zur Krankenschwester gewandelt, die Tochter zur Sanitäterin, der Großvater spielte nicht mehr Golf, sondern arbeitete ehrenamtlich beim zivilen Sicherheitsdienst und der Sohn, der in dem Comicstrip 1941 noch mit dem Hund gespielt hatte, war nun den Pfadfindern beigetreten.

Doch noch wesentlich stärker als Plakate, Zeichnungen in Zeitungen und Comicstrips sollten die Massenmedien Film und Radio die Lebenswirklichkeit der US-Bevölkerung und ihr Bild vom Krieg prägen. Die technischen Entwicklungen, die sich schon im Ersten Weltkrieg angedeutet hatten, waren unaufhaltsam fortgeschritten und ebenso fortgeschritten war die Erkenntnis, dass sich die neuen Massenmedien zu Propagandazwecken besonders eigneten.

Neue Waffen der Propaganda: Film und Radio

Während des Zweiten Weltkrieges stellten führende Hollywood-Regisseure ihre Fähigkeiten in den Dienst der Propaganda.³⁶³ Viele von ihnen waren erklärte Gegner des Faschismus und Nationalsozialismus und fühlten sich als amerikanische Patrioten. Sie mussten daher nicht lange überredet werden, um sich in die Front der

³⁶¹RG 319, 44-PA-87. NA

³⁶²RG 319, M9-WP-142. NA

³⁶³Zu den Verflechtungen Hollywoods in die Propagandaaktivitäten des Zweiten Weltkrieges vgl.: Koppes, Clayton R.: *Hollywood goes to War. How Politics, Profits and Propaganda Shaped World War II Movies*, New York 1987 und Dick, Bernhard: *The Star Spangled Screen: The American World War II Film*, Lexington (KY) 1985.

Kriegsbefürworter einzureihen. So hatte Anatole Litvak 1939 den Film „Confessions of a Nazi Spy“ gedreht; mit dem Kriegseintritt der USA erhöhte sich die Zahl der antifaschistischen Filme erheblich.³⁶⁴

Allerdings dauerte es einige Zeit, bis die Hollywood-Industrie und die staatlichen Propagandastellen an einem Strang zogen. Dies hatte mehrere Gründe. So gab es schon innerhalb der Filmindustrie in den ausgehenden dreißiger Jahren einen Widerspruch, was Politik generell anbelangte. Einerseits hatten sich viele Produzenten und vor allem das Personal am Set seit 1936 auf breiter Basis politisch engagiert und die "Anti-Nazi-League" gegründet.³⁶⁵ Viele Filme, wie zum Beispiel "Gabriel over the White House" (MGM 1933) warnten vor dem Faschismus und priesen die Werte einer demokratischen Gesellschaft.³⁶⁶ Andererseits war Hollywood ein profitorientierter Industriezweig: Gesellschaftlich kontroverse oder politische Themen wurden im Allgemeinen als Filmstoff gemieden, da sie im Ruf standen, unrentabel zu sein.³⁶⁷ Hinzu kam, dass eine industrieeigene freiwillige Selbstkontrolle in dieser Hinsicht Einschränkungen vornahm. Der Leiter der *Production Code Administration* (PCA) Joseph Breen, versuchte jegliche soziale und politische Problematiken weitestgehend von der Leinwand fernzuhalten, da sie dem Geschäft abträglich hätten sein können. Hollywood verstand sich in erster Linie als Traum- und nicht als Realitätsfabrik.³⁶⁸ Durch die politischen Ambitionen der Macher und den Immigrationshintergrund der Produzenten, viele von ihnen waren jüdischen Glaubens, veränderte sich diese Tendenz vor und im Zweiten Weltkrieg. Allerdings gab es am Vorabend des Krieges (bis 1938) aus Sicht Hollywoods noch ein weiteres Problem, das eine allzu klare Stellungnahme gegen die kommenden Achsenmächte unangebracht erscheinen ließ. Filme die zu eindeutig den Aufstieg Hitlers und Mussolinis oder den spanischen Bürgerkrieg thematisierten, liefen Gefahr aus den europäischen Kinos verbannt zu werden. Für Hollywood war Europa aber ein riesiger Absatzmarkt.³⁶⁹ So gesehen befand sich die

³⁶⁴Meyerson, Jessica A.: "Theater of War: American Propaganda Films During the Second World War" in: Jackall, *Propaganda*, S.226

³⁶⁵Vgl. Ceplair, Larry: *The Inquisition in Hollywood. Politics in the Film Community*, Berkeley (CA) 1993, S.104ff.

³⁶⁶Vgl. Dick, Bernhard F.: *The star-spangled screen The American World War II Film*, Lexington (VA) 1985, S.41ff.

³⁶⁷Vgl. Koppes, Clayton R.: "Regulating the Screen: The Office of War Information and the Production Code Administration" in: Harpole, Charles (ed.): *History of the American cinema*, Vol.6, New York 1993, S.263

³⁶⁸Vgl. Black, Gregory D.: *Hollywood censored: morality codes, Catholics and the movies*, Cambridge (UK) 1994, S.244ff.

³⁶⁹Zur internationalen Ausrichtung der Hollywood-Produktionen und ihren Absatzmärkten in Europa und Südamerika vgl. Ceplair, S.94ff.

Branche in einem Dilemma zwischen politischen Überzeugungen und ökonomischen Abhängigkeiten. Spätestens 1938 löste sich dieses Dilemma dann von sich aus:

With the progressive decline and the 1938 virtual elimination of the German market for Hollywood products, the external constraint of overseas profits no longer hindered public expression of private loathing.³⁷⁰

Die privaten Filmprojekte die nun in Angriff genommen wurden, waren oftmals durch anti-nationalsozialistische Bekenntnisse und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auch interventionistische Appelle gekennzeichnet.³⁷¹ Vor allem das Studio der "Warner Brothers" hatte schon vor 1938 eine Reihe von Filmen dieses Formats produziert und Schritt nun auf seinem Weg weiter voran.³⁷²

Ideologisch bestand also nun völlige Übereinstimmung zwischen Hollywood und der Regierungsadministration. Organisatorisch gab es indes einige Probleme. Nach dem Angriff auf Pearl Harbor bot die Filmindustrie Präsident Roosevelt erneut ihre Hilfe an. Die großen Filmproduzenten riefen das "War Activities Committee" ins Leben, dass noch intensiver mit der Regierung zusammenarbeiten sollte. Allerdings betraf diese Zusammenarbeit nicht die "klassischen" Hollywood-Spielfilme, sondern nur die neuen politisch motivierten Produktionen. Hollywood wollte die Kontrolle über seine Haupteinnahmequelle, auch wenn es inhaltlich mit Washington übereinstimmte, nicht preisgeben. Auf der staatlichen Seite wurden im OWI das "Office of Government Reports" gegründet, dass wiederum später zum "Bureau of Motion Pictures" unbenannt wurde. Neben dem OWI bemühte sich aber auch das Office of Censorship (OC) um Einfluss auf die Filmbranche. Im Gegensatz zum OWI besaß das OC die Macht, den Verleih von Filmen im Ausland zu verhindern und damit ein entscheidendes Machtmittel gegenüber den Hollywood-Produzenten. Schließlich bat das OC um Einsendung aller Drehbücher. Die Filmbosse protestierten, wurden dann aber von Elmer Davis persönlich besänftigt und willigten ein. Das führte wiederum zu erheblichen Problemen bei der tatsächlichen Umsetzung eines Drehbuchs, sprich bei der konkreten Produktion im Studio. Zusammenfassend kann man konstatieren, dass viele Unstimmigkeiten zwischen Hollywood-Industrie und staatlichen Stellen aus der ungeklärten Kompetenzlage des "Bureau of Motion Pictures" und den sich darüber hinaus überschneidenden weiteren staatlichen Filmstellen resultierten. Hollywood fehlte ein

³⁷⁰Doherty, Thomas: *Projections of War. Hollywood, American culture and World War II*, New York 1993, S.39

³⁷¹Eine ausführliche Filmografie dieser Projekte findet sich bei Dick, S.93ff.

³⁷²Vgl. Birdwell, Michael E.: *Das andere Hollywood der dreißiger Jahre - Die Kampagne gegen die Nazis*, Wien 2000.

klarer Ansprechpartner, stattdessen gab es eine Vielzahl von Regierungsstellen, die sich mit dem Thema Film beschäftigten:

For Hollywood the constant frustration was not that the government presumed a measure of control and censorship, but that the levels of bureaucracy and the multiplicity of concerned agencies crossed signals, mixed messages, and generally mucked up the works.³⁷³

Außerdem bemängelten die Produzenten die Unkenntnis der Beamten im Filmgeschäft. Da sie das Vokabular und die Gepflogenheiten Hollywoods kaum beherrschten, konnten sie sich nicht konstruktiv am Produktionsprozess beteiligen.³⁷⁴ Nach und nach setzte sich beim OWI und OC die Erkenntnis durch, dass dem "war effort" am besten dadurch geholfen werde, wenn man die Profis der Hollywood-Industrie sich selbst überlasse und nur geringfügigen Einfluss nehme. Schließlich gab es über die ideologisch-politische Loyalität der Produzenten keine Zweifel. Darüber hinaus zeichnete sich noch eine zweite Tendenz ab. Das OWI und das Militär betätigten sich eigenständig als Produzenten von Propagandafilmen und engagierten dafür erfahrene Hollywood-Regisseure. So bildeten sich zwischen 1942 und 1946 zwei Zentren der Propagandafilm-Produktion heraus.³⁷⁵ John Fords *Field Photographic Branch* war organisatorisch dem OSS unterstellt und Frank Capra fungierte als Leiter der *834th Signal Corps Detachment* der US-Armee.

John Ford hatte bereits 1939 als Privatmann damit begonnen, eine „Einheit“ freiwilliger Kameraleute, Autoren, Cutter und Visagisten zusammenzustellen. 1941 konnte er dem *Naval High Command* bereits 210 für Kampfszenen ausgebildete Filmspezialisten anbieten. Seine selbst organisierte Truppe von Freiwilligen bestand aus 15 kompletten Kameracrews, die an unterschiedlichen Orten eingesetzt werden konnten. Um die Fähigkeiten und Einsatzmöglichkeiten dieser Leute unter Beweis zu stellen, hatte Ford eine Dokumentation mit dem Titel „Sex Hygiene“ gedreht, der Soldaten als Lehrfilm gezeigt werden sollte, um sie vor Geschlechtskrankheiten zu schützen.³⁷⁶ Die Marine lehnte seine Dienste aber zunächst ab. Erst als der Coordinator of Information (COI) und späterer Leiter des OSS, William Donovan, intervenierte, blieb Fords „Einheit“ erhalten. Ihren ersten großen Einsatz stellte die Schlacht um die Midway

³⁷³Doherty, S.45

³⁷⁴Cristensen, Terry: *Reel Politics. American Political Movies from Birth of a Nation to Platoon*, New York 1987, S.71f.

³⁷⁵Zu den Propagandafilmen der Regierungs- und Militärbürokratie vgl. auch: MacCann, Richard D.: *The People's Films: A Political History of U.S. Government Motion Pictures*, New York 1973.

³⁷⁶Callagher, Tag: *John Ford: The Man and his Films, Berkeley* (CA) 1986, S.178

Islands dar. Durch Geheimdienst-Informationen hatten die USA von einem bevorstehenden Angriff der Japaner erfahren. Fords Filmcrews sollten den Angriff auf Film dokumentieren. Sie waren bereits 24 Stunden vor der Attacke auf der US-Basis und filmten das Alltagsleben der Soldaten. Als der Angriff begann, waren die Kameraleute dann im wahrsten Sinne des Wortes am Ort des Geschehens. Einige befanden sich auf den Decks von Kriegsschiffen, andere im Cockpit eines Helikopters oder Flugzeugs. Ford selbst hatte sich mit seiner 16-mm-Kamera, die er allein bediente, bewusst eine besonders gefährliche Position ausgesucht. Er filmte den Angriff von einem elektrischen Generator aus, weil er glaubte, dass die Japaner versuchen würden, diesen als ersten zu treffen, um die Stromversorgung der Basis lahmzulegen. In der Tat bestätigte sich Fords Vermutung, er wurde während der Schlacht verwundet, seine Filmaufnahmen blieben aber erhalten.³⁷⁷

Statt nun aber seine und die Aufnahmen seiner Crew dem Militär zu übergeben, setzte sich Ford nach Hollywood ab. Hier arbeitete er zügig am Schnitt - sein Assistent Parrish bekam eine 24-Stunden-Deadline gesetzt -, weil er befürchtete, das Material würde vom Militär konfisziert und im Newspool der Armee verschwinden und nicht ausreichend propagandistisch genutzt. Ford rekrutierte vier berühmte Kinostars, Jane Darwell, Henry Fonda, Donald Crisp und Irving Pichel, die den Kommentar auf die Bilder sprachen. Einer der besten Toningenieure Hollywoods, Phil Scott, wurde engagiert, um den Schnitt abzumischen. Heraus kam dabei ein 18minütiger Farbfilm mit dem Titel „The Battle of Midway“.³⁷⁸

Obwohl „The Battle of Midway“ im eigentlichen Sinne ein Dokumentarfilm ist, da er nicht einer von Drehbuchautoren entwickelten Handlung folgt und ohne Schauspieler auskommt, folgt er den klassischen Regeln der Kino-Dramaturgie.³⁷⁹ Es gibt einen Anstieg der Handlung, einen Klimax und eine Lösung. Der Anstieg der Handlung besteht aus den Szenen der wartenden Soldaten vor dem Angriff, die in Naheinstellungen beim Schwimmen oder beim Kartenspielen gezeigt werden. Der Klimax ist der Angriff selbst, der durch den Anflug zweier japanischer Kampfflieger eingeleitet wird. Die Lösung stellen die Aufnahmen einer Gruppe von Marines dar, die während es um sie herum brennt und das Kampfgeschehen noch im vollen Gange ist, über der Basis die US-

³⁷⁷Ders, S.205f.

³⁷⁸Zur Entstehung von „Battle of Midway“ vgl. Parrish, Robert: *Growing Up in Hollywood*, New York 1976, S.141-150

³⁷⁹„The Battle of Midway“ kann ebenso wie die meisten anderen Propagandafilme in der Motion Picture Branche der National Archives oder der Library of Congress eingesehen werden.

Flagge hissen. Während dieser Szene wird die amerikanische Nationalhymne eingespielt und der Kommentator Irvin Pichel sagt: „Yes, this really happened“. Es liegt in der Natur der emotionalen Wirkung eines Films auf den Zuschauer, dass seine Auswirkungen auf die konkrete politische Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung nicht genau empirisch quantifiziert werden können. Es lässt sich zwar feststellen, dass ein Zuschauer durch einen Film nachhaltig berührt wird, ob er aber ausschließlich deswegen - und nicht auch aus anderen Gründen - danach eine veränderte politische Meinung einnimmt und diese dann auch aktiv vertritt, ist nicht zu belegen.³⁸⁰

Was hingegen zu belegen ist, ist die Rezeption des Films. „The Battle of Midway“. Er wurde millionenfach gespielt, die Kinos waren ausverkauft. Mit dem Film gewann Ford 1943 seinen fünften Oskar. Die Reaktion der Kinobesucher beschreibt der Filmhistoriker und Augenzeuge Parrish mit den Worten:

It was a stunning, amazing thing to see. Women screamed, people cried, and the ushers had to take them out. The people, they just went crazy.³⁸¹

Nach einer privaten Vorführung durch den Filmemacher im Weiße Haus, bevor „The Battle of Midway“ in die Kinos kam, zeigte sich Präsident Roosevelt tief beeindruckt und sagte: „I want every mother in America to see this picture.“³⁸²

Auch die Armee war sich der Bedeutung der Filmpropaganda bewusst. Ein „Chief of Staff“, General George Marshall, befürwortete explizit die Modernisierung der Armee mit Hilfe propagandistischer Techniken. Er hielt Filme sowohl zur Ausbildung von Soldaten als auch vor allem zur Stärkung ihrer Moral für ein probates Mittel.³⁸³ Kurz nach Kriegsbeginn hatte er vorgeschlagen, eine Reihe von Filmen zu produzieren, die den US-Soldaten die Notwendigkeit eines Kriegseinsatzes in Übersee verdeutlichen sollten. Dieser Vorschlag mündete schließlich nach langen internen Streits in die von Frank Capra inszenierten Filme der Reihe „Why we fight“. Bei der Produktion dieser Serie sah sich Capra gleich mit mehreren Problemen konfrontiert. Zum einen suchte sowohl das Militär als auch die "Morale Branche" des OSS auf ihn Einfluss zu nehmen, was er durch geschicktes Taktieren zwischen den einzelnen Organisationen

³⁸⁰Zum grundsätzlichen Problem, die Auswirkungen jeglicher Propaganda auf die Bevölkerung wissenschaftlich genau zu quantifizieren vgl. Ellul, Jaques: Propaganda. *The Formation of Men's Attitude*, New York 1973, S. 259ff. Ellul weist daraufhin, dass sowohl das Sujet der Propaganda schwer zu definieren ist - und dass auch „objektive“ Informationen Propagandawirkung haben- als auch auf die methodischen Grenzen der medialen Wirkungsforschung.

³⁸¹Parrish, S.141

³⁸²Sinclair, Andrew: *John Ford*, New York 1979, S.113

³⁸³Pogue, Forrest C.: *George Marshall. Organizer of Victory*, Vol.III, New York 1973, S.91ff.

ausgleichen konnte. Schließlich führte dies zur Gründung einer eigenen Organisationseinheit für Capra, die am 2. Mai 1942 in die Militärhierarchie als 834th Signal Corps Detachment eingegliedert wurde.³⁸⁴ Zum anderen konnte das Militär Capra nicht die notwendigen finanziellen Mittel für eine groß angelegte Filmserie zur Verfügung stellen.³⁸⁵ In dieser Situation hatte Capra eine Idee, die bis dahin noch keine Vorbilder hatte und nicht unumstritten war: „I decided to use the enemies own films to expose their enslaving ends.“³⁸⁶

Letztlich sparte dieses Vorgehen nicht nur Geld, es erzielte vor allem die beabsichtigte Wirkung, den amerikanischen „Way of Life“ den totalitären Bestrebungen der Kriegsgegner entgegen zu stellen:

By contrasting such re-edited, transplanted images of Nazi propaganda with more positive icons from Western Society - the Liberty Bell, Abraham Lincoln, the Holy Bible - the films in the “Why we fight” series introduced an extremely affecting contrast between the benefits and privileges of Western Democracy and the terrors of the Axis-sponsored fascism.³⁸⁷

Capra gelang es, für seine Produktionen zahlreiche prominente Hollywood-Filmmacher zu gewinnen. So sorgten Walt Disney und seine Crew für die Animationen und Landkarten in den Filmen der „Why We Fight“ Serie, um nur ein Beispiel zu nennen. Die durchschnittliche Länge eines Films betrug ungefähr eine Stunde, insgesamt drehte Capra sieben dieser längeren Kurzfilme.³⁸⁸ Der bekannteste darunter war „Prelude to War“. Auch hier setzte sich Präsident Roosevelt - ähnlich wie bei Fords „Battle of Midway“ - dafür ein, dass die Produktion nicht nur militärintern eingesetzt wurde, sondern einem größeren, zivilen Publikum vorgeführt wurde.³⁸⁹ Auch „Prelude to War“ spielte seine Kosten wieder ein; der Film wurde zudem mit einem Oscar ausgezeichnet. Darüber hinaus äußerten sich auch die politischen und militärischen Führer der Alliierten positiv über die Propagandaeffekte der „Why We Fight“- Reihe. So befahl Josef Stalin 1944, dass „The Battle of Russia“ ins Russische übersetzt wurde und in der Sowjetunion

³⁸⁴Vgl. Special Services Case Files in: *Records of the Chief Signal Officer of the Army Pictorial Division*, National Army Records Center, Suitland (MD), undatiert.

³⁸⁵Meyerson, S.239ff.

³⁸⁶Capra, Frank: *The Name Above the Title*, New York 1985, S.327

³⁸⁷Meyerson, S.242

³⁸⁸Einen detaillierten Überblick über die Wirkungsweisen der Serie gibt Culbert, David: „Why we fight. Social Engineering for a Democratic Society at War“ in: Short, K.R.M.: *Film and Radio Propaganda in World War II*, London 1983, S.173ff.

³⁸⁹Capra, S.321

vorgeführt wurde. Winston Churchill sorgte dafür, dass alle sieben längeren Filme der Serie auch in Großbritannien gezeigt wurden. Er kam zu dem Schluss:

I have never seen or read a more powerful statement of our rightful case against the nazi tyranny than these films portray.³⁹⁰

Ebenso wie die anderen Filme der Hollywood-Regisseure erzielte die „Why we fight“ Serie vor allem deswegen einen so großen Erfolg, weil sie einer Grundregel effektiver Propaganda folgte:

Capra understood well the basic principles of effective propaganda: the simpler, more direct and more readily comprehensible an argument is, the more likely people are to believe it.³⁹¹

Darüber hinaus markierte die Zusammenarbeit mit Hollywood aus Sicht der staatlichen Propaganda einen Einschnitt. Waren während des Ersten Weltkriegs - obwohl es , wie beschrieben, auch damals schon erhebliche Kooperationen mit den Hollywood-Filmstudios gegeben hatte - viele Filme auch im künstlerischen Sinne vom Militär selbst produziert worden, übernahmen während des Zweiten Weltkrieges die Regieprofis fast gänzlich das Propagandageschäft im Bereich der Filmproduktion für die zivile Nutzung. Sie hatten in erster Linie nicht nur die Propagandawirkung eines Filmes im Auge, sondern auch seine kommerzielle Verwertbarkeit.³⁹² Dies war aber kein Widerspruch: Durch die kommerzielle Ausrichtung wurde ein Film nicht mit zu viel Detail-Informationen überfrachtet, seine Aussage reduzierte sich auf das Wesentliche. Gerade dadurch wurden die Filme beim breiten Publikum zu einem so großen Erfolg und dienten damit wiederum so nachhaltig der Propaganda sowie der Schaffung und Bewahrung des nationalen Konsens. Bis heute folgen die kommerziell erfolgreichsten Hollywood-Filme einer sehr einfachen Erzählstruktur und bestechen durch die Macht ihrer technisch brillanten Bilder. Wie in vielen klassischen Shakespeare-Dramen, die ursprünglich auch für ein breites Durchschnittspublikum gedacht waren, wird in den meisten Filmen eine eindeutige Polarisierung zwischen einem Helden und seinem Widersacher vorgenommen. Genau diese Polarisierung passte im Zweiten Weltkrieg in das Schema der offiziellen Presse- und Informationspolitik, das einen Antagonismus zwischen den USA als Verteidiger der Freiheit und ihren Gegnern als Tyrannen und Unmenschen zu vermitteln suchte.

³⁹⁰Churchill zit. in: McBride, Joseph: *Frank Capra: The Catastrophe of Success*, New York 1992, S.453

³⁹¹Meyerson, S.242

³⁹²Koppes, S.87f.

Es soll an dieser Stelle aber nicht verschwiegen werden, dass nicht alle Hollywood-Regisseure reine Kampffilme drehten, die diesen Kriterien folgten und sich vorbehaltlos in den Dienst der Propaganda stellten. So beschrieb John Huston in „Report from the Aleutians“ vor allem das alltägliche Leben der Soldaten. Durch diesen eher psychologisch motivierten Film wurde eine Identifizierung mit den kämpfenden Truppen erzeugt. „Report from the Aleutians“ wurde einem militärischen Publikum vorgeführt, es wurde aber kein kommerzieller Erfolg. Noch bezeichnender für den Umgang mit Filmen, die nicht in das klassische Propagandaschema passten, ist Hustons „Battle of San Pietro“. Huston hatte die Schlacht im italienischen Liri-Tal gemäß seiner neuen realistisch-düsteren Ästhetik in Szene gesetzt. Während der Schlacht fielen 1100 US-Soldaten, auch wenn das Dorf letztlich von den Nazis befreit werden konnte. Huston zeigte auch die Rückkehr der Dorfbewohner, die nur noch zerstörte Häuser vorfanden. Als der Film 1944 den Militärzensoren vorgeführt wurde, waren diese geschockt. Einige verließen aus Protest den Vorführraum, die Filmrollen wurden konfisziert und der Film wurde als „top secret“ eingestuft.³⁹³ Erst als 1945 General Marshall intervenierte, konnte der Film einem kleinen militärischen und zivilen Publikum gezeigt werden. Der Filmkritiker James Agee hielt „The Battle of San Pietro“ für den besten Film des Jahres, beim Publikum und anderen Filmkritikern kam er aber nicht an.³⁹⁴

Huston unternahm noch einen weiteren Anlauf, die wahren Auswirkungen des Krieges zu zeigen. In „Let There Be Light“ filmte er Soldaten in einem Hospital. Diese ehemaligen Kämpfer litten am posttraumatischen Stresssyndrom. Obwohl Huston deutlich machte, dass sich die Soldaten bald von ihrer Krankheit erholen würden, entsprach dieser Film nicht den Vorstellungen der Armee. Sogar eine private Vorführung im Museum for Modern Art in New York wurde von der Militärpolizei unterbrochen und der Film wurde in das Archiv der Zensoren gebracht. Erst 1980, nach dem Ende des Vietnamkriegs, erlaubte das Militär die Vorführung. John Huston analysierte in der Rückschau die Gründe für das Publikationsverbot:

The film wasn't released because wounds you can see - heroes without legs or arms - are acceptable, because it shows a love of country and patriotism and the right stuff; but with men who were emotionally injured, who'd been destroyed in their spirits, that's a different question. The authorities wanted to maintain the warrior myth which

³⁹³Huston, John: *An Open Book*, New York 1980, S.119

³⁹⁴Agee schrieb für die Zeitung „The Nation“. Vgl. Grobel, Lawrence: *The Hustons*, New York 1989, S.234-63

said that our American soldiers went to war and came back stronger for the experience. Only the weaklings fell by the wayside.³⁹⁵

Betrachtet man die veröffentlichten und kommerziell erfolgreichen Propagandafilme des Zweiten Weltkriegs, ist diese Analyse sehr zutreffend. Der „Kämpfer-Mythos“ spielte eine wesentliche Rolle. Auch wenn - und das hat sich schon beim Umgang mit den Fotos von gefallenen US-Soldaten gezeigt - das Militär und das OWI nicht mehr generell eine Veröffentlichung von Bildern toter US-Soldaten unterbanden, hieß dies nicht, dass dadurch dem Betrachter automatisch ein realistisches Bild vom Krieg gezeigt wurde. Ebenso wie bei den Fotos wurde auch bei den Filmen retouchiert. Leichen, die zu grausam zugerichtet waren, wurden nicht gefilmt. Außerdem war die Präsentation der eigenen Toten immer mit einer Aufforderung oder einer positiven Botschaft verbunden, die zum Beispiel lauten konnte: „Lasst sie nicht umsonst gestorben sein“ oder „der Kampf geht weiter und wir werden siegen“.³⁹⁶ Dass die Leichen und Verwundete überhaupt gezeigt wurden, entsprach einer neuen Auffassung von Propaganda und einer veränderten Geisteshaltung, die sich teilweise auch beim Militär, wie das Beispiel von General Marshall zeigt, durchgesetzt hatte. Der neue amerikanische Weg der Meinungsbeeinflussung sollte nicht nur rein manipulatorisch (auch wenn das die Hauptaufgabe der Propagandisten blieb), sondern auch argumentativ oder belehrend beschränkt werden. Mit diesem Vorgehen zielten die Propagandisten auch auf die Verantwortlichen des neuen Mediums Radio ab.

Den Ausstoß an Propaganda-Reden und Kriegs-Debatten US-amerikanischer Radiostationen während des Zweiten Weltkrieges quantifizieren zu wollen, ist ein schier unermessliches Unterfangen.³⁹⁷ Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg gab es allein an der US-Küste zu Beginn des Zweiten Weltkrieges schon unzählige verschiedene lokale Sender. Daher erscheint es wesentlich sinnvoller, sich darauf zu konzentrieren, wie das OWI versuchte, die Berichterstattung zu lenken. Dabei bietet eine umfangreiche Quelle des OWI eine ausreichende Untersuchungsgrundlage. Der „Radio War Guide“ war ein

³⁹⁵Huston, S.125

³⁹⁶Zur Bedeutung des Kämpfer- bzw. Kriegermythos und zu seiner Funktionalisierung für Propagandazwecke vgl. Hamlin, Charles Hunter: *Propaganda and Myth in Time of War: The War Myth in United States History*, New York 1973 sowie Ders.: *Educators Present Arms*, New York 1973.

³⁹⁷Auch in der Auslands- und bei der Frontberichterstattung wurde das Radio zum Leitmedium. So wurden während des Zweiten Weltkrieges unter anderem die regelmäßigen Berichte des Londoner CBS-Korrespondenten Edward R. Murrow zum Markenzeichen. Um seinen Berichten einen Wiedererkennungswert zu verleihen, begann Murrow seine Reportagen stets mit dem Satz „This is London“. Vgl. z.B. Murrow, Edward R.: *A Report During the Blitz*, Sept. 13, 1940, CBS-Archiv. Andere - später berühmt gewordene - Schriftsteller und Autorinnen berichteten der amerikanischen Bevölkerung im Radio schon vor dem Krieg aus Europa. Vgl. z.B. Thompson, Dorothy: „Radio Broadcast“, Nov. 14, 1938, zit in: Lande, S.218ff.

über hundert Seiten starkes Grundlagen-Bulletin für die einzelnen Sender.³⁹⁸ Er galt während des gesamten Krieges unverändert als Leitlinie für den Umgang mit dem täglich neu vom OWI zur Verfügung gestellten Material. Obwohl der Radioführer nicht den Eindruck erwecken wollte, den Programm-Machern eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu nehmen, gab er klare Anweisung, wie das zu Verfügung gestellte Material zu gewichten sei:

The time and types of programs and spots available for Government messages vary from station to station. We have no intention of telling you, when, where or how to space these. However we have indicated in the headings of the various classifications the relative proportion of emphasis which each deserves in the war effort: AA: This material is 'rush' and should be allotted about 50% of the total program units, A: 30% and B 20% of program units. ³⁹⁹

Darüber hinaus versuchte das OWI, an die staatspolitische Verantwortung der Radio-Chefs und ihrer Mitarbeiter zu appellieren und ihnen gleichzeitig aufzuzeigen, dass sie mit der Ausstrahlung von Propaganda-Programmen auch ihre Hörer binden könnten:

You as local station program director, can make clear to your community that we are fighting for the four freedoms. OWI Intelligence reports that people do want to know this....⁴⁰⁰

An diesem Appell zeigt sich, dass das OWI nicht einfach nur oktroyierend vorging, sondern die Radiomacher auf argumentativem Wege davon überzeugen wollte, das Material der Behörde auch tatsächlich zu nutzen. Das OWI versuchte auf einem didaktischen Wege in seinen Leitlinien die Unterstützung der Radio-Redakteure zu gewinnen, damit diese in ihrer Funktion als Multiplikatoren wiederum für das OWI die Unterstützung der Bevölkerung gewannen. Dieses didaktisch-pädagogische Vorgehen zeigt sich zum Beispiel in einem detaillierten Wegweiser zum Umgang mit dem Material, das die Heimatfront betraf:

How the Home Front Fights: As part of this preface you will find a detailed chart. (...) Study this chart carefully. The Information Guide cannot be used properly unless you are familiar with it. You will note that under each of the main sections (Working, Sharing etc.) there are certain subsections (marked with capital letters). (...) Let's take a practical example. Suppose you needed general information on shoe rationing: (...)⁴⁰¹

³⁹⁸ „A Radio War Guide“, 1. July 1942 in: *RG 208, A3-B5, NA*

³⁹⁹a.a.O. S.15f.

⁴⁰⁰ibid

⁴⁰¹*RG 208 A3-B5 NA*, S.67ff.

Das OWI trat gegenüber den einzelnen Redakteuren (dies galt im Übrigen ebenso für die schreibende Presse) also nicht als übermächtige Regierungsbehörde auf, die ihren Willen unter allen Umständen durchsetzen wollte, sondern vielmehr als Dienstleister, der Informationen zur Verfügung stellte. Durch diese Taktik sollte die berufsbedingte Skepsis der Journalisten gegenüber großen Bürokratien entkräftet werden. Es handelte sich um eine psychologisch durchdachte Vorgehensweise, die zum Ziel hatte, eine grundsätzlich positive Grundeinstellung gegenüber den Pamphleten und Radiospots des OWI zu erzeugen. Inwieweit die Radiomacher diese Vorgehensweise durchschauten oder sich dadurch zur Verwendung von OWI-Material bewegen ließen, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Unzweifelhaft ist aber, dass das OWI die einzige große Regierungsorganisation war, die sendefähiges Material und verwertbare Informationen zu Verfügung stellte. Es war vor allem für kleinere Sender, die nur über wenige Reporter verfügten, eine unschätzbare Quelle. Ihre Dimension kann daher nur mit den Nachrichtenagenturen verglichen werden, die ihr Material und ihre Hintergrundinformationen aber wiederum vom OWI erhielten.⁴⁰²

Das OWI wurde nicht müde zu betonen, dass es die Presse als Verbündeten sah und nicht vorhatte, die Meinungs- und Pressefreiheit einzuschränken:

The Office of War Information will not, and does not want to, curtail the open door policy that has always prevailed in the dealings of the government with the press and radio and other news media. (...) This is a people's war, and to win it the people should know as much about it as they can. This Office will do its best to tell the truth and nothing but the truth, home and abroad.⁴⁰³

Dass dies nicht unbedingt immer der Fall war und vor allem nicht für Nachrichten von den Kriegsschauplätzen galt, wurde schon erläutert. Hier soll noch einmal festgehalten werden, dass die gesamten Propagandaanstrengungen, die durch die Maßnahmen der Zensur und durch entsprechende Gerichtsurteile flankiert wurden, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, dazu dienten, einen nationalen Konsens zuschaffen, die moralische Legitimität des Krieges zu betonen und oppositionelle Meinungen aus dem Bereich der legitimen Kontroverse in den Bereich der Ausgrenzung zu drängen.

⁴⁰²Short verweist darauf, dass auch dieses Vorgehen als Form der Zensur angesehen werden kann. Vgl. Short, K.R.M.: "Hewing Straight to the Line: Editorial Control in American News Broadcasting 1941-42" in: *Historical Journal of Film, Radio and Television*, No. 2 (1981) S.167-176

⁴⁰³Elmer Davis in einer Radioansprache vom 10. July 1942, zit. in: *Words of Truth?. The Radio speeches of World War II*, LC, Audiovisuelle Sammlung, Madison-Building.

Folgen und Auswirkungen der Propaganda

Im Zweiten Weltkrieg gab es für die Regierung kein ernsthaftes Loyalitätsproblem in der Bevölkerung und keine, sich auf breiter Basis Öffentlichkeit schaffende Opposition. Dementsprechend musste der nationale Konsens nicht grundsätzlich umgekehrt werden. Ebenso wie die Berichte von der Front waren die Zeitungsberichte und Radioreportagen in den USA von einem großen Maß von Patriotismus und Verständnis für die Aktionen der Regierung geprägt. Selbst links-liberale Gruppierungen und europäische Einwanderer waren von der Notwendigkeit eines Krieges gegen Faschismus und Nazidiktatur überzeugt, Zensur und Propaganda fielen somit auf einen fruchtbaren Boden. Inwieweit diese psychologische Stimmung allein durch den spezifischen Kriegsgegner, Nazi-Deutschland, hervorgerufen wurde oder durch die Propaganda stimuliert wurde, lässt sich in der Rückschau nur schwer differenzieren. Für die Arbeit der Propagandisten war dies aber letztlich im Ergebnis unerheblich.

Von Seiten der Justiz gab es im Zweiten Weltkrieg innerhalb der USA keine neuen flächendeckenden Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit an der Heimatfront. Dies lag im Wesentlichen daran, dass die alten Gesetze aus dem Ersten Weltkrieg, die der Loyalitätsüberprüfung dienten, nach wie vor Bestand hatten. Sie wurden aber unbedingt immer im selben Maße durchgesetzt.

If one discounts a massive use of governmental authority to restrict and control war news and information, World War II witnessed relatively few assaults on free speech and press. The government still had recourse to the 1917 Espionage Act, but the act was employed against real spies, not against people who voiced political opposition to the war.⁴⁰⁴

Im Fall *Hartzel v. United States* weigerten sich die Richter sogar, den Espionage Act anzuwenden. Hartzel hatte diffamierende Schriften gegen Präsident Roosevelt, die Briten und gegen jüdische Einwanderer veröffentlicht.

Dennoch wäre es falsch, im Nachhinein der Propaganda des OWI und der Roosevelt-Administration zu erliegen und die innenpolitische Situation in den USA im Zweiten Weltkrieg ausschließlich als freie und offene Gesellschaft zu charakterisieren. Durch Regierungserlasse und Gerichtsurteile wurden die Bürger- und Freiheitsrechte, besonders einer Bevölkerungsgruppe, erheblich eingeschränkt.⁴⁰⁵

⁴⁰⁴Irion, S.347

⁴⁰⁵Vgl. dazu die Gesamtübersicht von Iriye, Akira: *Power and Culture. The Japanese-American War 1914-1945*, Cambridge (Mass) 1981.

Die Umsiedlung der japanisch-stämmigen Amerikaner ab dem 29. März 1942 ist eines der dunkelsten Kapitel in der Weltkriegsgeschichte der USA. Die sogenannten „Relocation-Center“ werden in der Forschung zum Teil sogar mit den Konzentrationslagern der Briten im Burenkrieg verglichen.⁴⁰⁶ Nach dem Angriff auf Pearl Harbour wurde vom OWI ganz bewusst eine Invasionsfurcht geschürt und die Propaganda richtete sich zunehmend - in der Tradition der „Hate-Propaganda“ des Ersten Weltkrieges – diesmal gegen die Japaner.⁴⁰⁷ Durch die Verwendung rassistischer Motive wurde in der Propaganda gezielt ein Feindbild erzeugt, dass die Stimmung in der Bevölkerung - vor allem in den Staaten an der US-Westküste - gegen die Japaner, die jetzt als „enemy race“ betrachtet wurden, anheizte.⁴⁰⁸ Insgesamt wurden 112.000 Japaner und Amerikaner japanischer Abstammung von der Westküste ins Inland deportiert. Dabei unterschied die Regierung nicht zwischen Einwanderern der ersten Generation (Issei) und ihren in den USA geborenen Kindern (Nisei), die automatisch die US-Staatsbürgerschaft erlangt hatten.⁴⁰⁹ Obwohl es auch Widerstände gegen die Politik der Massendeportation gegeben hat, bestätigte der Oberste Gerichtshof im Fall Korematsu v. U.S. noch 1944 diese Praxis als mit der Verfassung vereinbar.⁴¹⁰ Während von der US-Presse im Zweiten Weltkrieg die anti-japanische Propaganda aufgegriffen und weiter verbreitet wurde, wurde die Existenz von Umsiedlungslagern verschwiegen. Erst in den 1980er Jahren korrigierte der Supreme Court sein Urteil und der Kongress entschuldigte sich offiziell. Durch Rassenvorurteile, Kriegshysterie und Versagen der politischen Führung sei den Internierten schweres Unrecht angetan worden.

Schon während des Krieges hatte in liberalen Kreisen und bei den Kirchen eine Debatte darüber eingesetzt, mit welchen Mitteln Amerikas Einheit und nationaler Konsens geschaffen werden könnte und welche Bedeutung in diesem Zusammenhang die Werte Toleranz und die Achtung von Minderheitsrechten einnehmen müssten. Diese Gruppen argumentierten, dass in der allgemeinen Kriegshysterie die Rechte ethnischer

⁴⁰⁶Vgl. Daniels, Roger: *Concentration Camps USA. Japanese Americans and World War II*, New York 1972.

⁴⁰⁷Dower, John W.: *War without Mercy. Race and Power in the Pacific War*, New York 1986.

⁴⁰⁸Das Propagandamittel der Feindbild-Erzeugung hatte lange Tradition und wurde fast in allen Kriegen in unterschiedlich starker Ausprägung eingesetzt. Vgl. „The Fear Appeal“ in: Pratkanis, Anthony R. & Aronson, Elliot : *The Age of Propaganda*, New York 1991, S.161ff.

⁴⁰⁹Eine erschütternde Beschreibung der Situation in den Umsiedlungslagern bietet der Augenzeugenbericht von Weglyn, Michi: *Years of Infamy. The Untold Story of America's Concentration Camps*, New York 1976.

⁴¹⁰Vgl. Korematsu vs. United States *323 U.S. 214 (1944)*. Drei Verfassungsrichter stimmten gegen das Urteil. In ihrer „dissenting opinion“ kamen sie zu dem Schluss, dass die Massendeportation den Grundprinzipien einer freien Gesellschaft widersprach und demokratisch illegitim sei. Einige Juristen verglichen die „Relocation-Center“ sogar mit den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten.

Minderheiten verletzt würden und dass Hass-Propaganda den USA mehr schaden als nutzen würde. Sie warnten vor Intoleranz und nationaler Ausgrenzung der Bindestrich-Amerikaner. Diese Bedenken wurden teilweise auch vom OWI geteilt. Dies ist ein Erklärungsansatz dafür, warum sich das OWI bemühte, stets die Werte Demokratie und Chancengleichheit in bewusster Abgrenzung zur Ideologie des Kriegsgegners in den Vordergrund zu rücken. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass dieser liberal-pluralistische Ansatz letztlich doch in der aufgeheizten Kriegsstimmung unterging und dass es ebenso wie im Ersten Weltkrieg zur Missachtung und Diskriminierung von Minderheiten kam.⁴¹¹

Während die Propaganda-Arbeit des OWI und die Zensurmaßnahmen erhebliche Auswirkungen auf die innenpolitische Stimmung und die generelle Akzeptanz von Propaganda in den USA hatte, sind die Erfolge der Auslandsaktivitäten des OWI und des OSS umstrittener. James Warburg, ein ehemaliger Mitarbeiter des OWI, gelangt zu der Auffassung, dass die amerikanische Propaganda in Deutschland und Italien das Kriegsende nicht unbedingt beschleunigt hat, aber auf jeden Fall dafür sorgte, die Kosten des Sieges im Griff zu halten:

The Italian people were knocked out of the war at least as much by psychological factors as by military defeat.⁴¹²

Außerdem meint Warburg, dass die Auslandspropaganda in Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Norwegen und Dänemark zur Aufrechterhaltung des Widerstandes beigetragen habe. Untersuchungen, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grundlage empirischer Methoden angestellt wurden, konnten indes keine Auswirkungen der Kriegspropaganda feststellen.⁴¹³ Auch die Wissenschaftler Daugherty und Janowitz kamen über zehn Jahre später zu demselben Schluss.⁴¹⁴ Die Debatte über Erfolge, Misserfolge und prinzipielle Möglichkeiten von Propaganda, Spionage und Auslandswerbung dauert bis heute an.⁴¹⁵

⁴¹¹Zu diesen Gedankengängen und zur Toleranzdebatte im Zweiten Weltkrieg vgl. Wall, Wendy L.: „Our Enemies within. Nazism, National Unity and America’s Wartime Discourse on Tolerance“ in: Fiebig-von Hase & Lehmkuhl, S. 209ff.

⁴¹²Warburg, James: *Unwritten Treaty*, New York 1946, S.124f.

⁴¹³Vgl. Lerner, Daniel: *Sykewar*, New York 1949; Padover, Saul: *Experiment in Germany*, New York 1946 und Leighton, Alexander: *Human Relations in a Changing World*, New York 1949.

⁴¹⁴Daugherty, William E. & Janowitz, Morris: *A Psychological Warfare Casebook*, Baltimore (MD) 1958.

⁴¹⁵Vgl. z.B. Ohmstedt, Holger: *Von der Propaganda zur Public Diplomacy. Die Selbstdarstellung der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges*, München 1993 (Diss.).

Zusammenfassend kann für den Zweiten Weltkrieg konstatiert werden, dass unabhängig von der Effizienzdebatte Propagandatechniken als legitimes Mittel zur Selbstdarstellung der USA, als Methode der psychologischen Kriegsführung nach außen und als Instrument der Konsenserzeugung nach innen akzeptiert worden waren. Ebenso wie für den Ersten Weltkrieg kann hier also die These der Realisten angewandt werden, dass Medien und die Propagandaapparate der Regierungsbürokratie und des Militärs eine Liaison eingegangen waren. Dies lag zum einen am neuen nationalen Konsens der Kriegsbefürwortung, zum anderen erneut daran, dass die Medien die patriotische Erwartungshaltung ihres Publikums auf Grund ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen bedienten:

Bound up in the patriotic demands and expectations of nations fighting for their survival, correspondents on each side had little choice other than to support the war aims of their government as they had during World War I. They were also limited by the requirement of their news outlets to reflect the patriotic spirit of their audiences.⁴¹⁶

Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg musste die grundsätzliche Stimmung in der Bevölkerung nicht umgekehrt werden, sie war - bis auf die immer geltenden Ausnahmen - deckungsgleich mit den Zielen, die Regierung und Militär verfolgten. Hier schloss sich also der Kreis, um das in der Einleitung entwickelte Modell wieder aufzugreifen. Die Aktionslinien der unterschiedlichen Akteure wirkten in eine Richtung, nur so ist die enorme Zustimmung zum Krieg und der gefestigte nationale Konsens im Zweiten Weltkrieg zu erklären. Die aus der historischen Rückschau als Fehlurteil zu deutende Bestätigung der Deportationspraxis durch den Supreme Court kann mit der „market-failure-theory“ analysiert werden. Am Urteil *Korematsu v. United States* zeigte sich ebenso wie an den Urteilen des Ersten Weltkriegs, die auf dem Espionage Act beruhten, dass die Justiz, anders als es die staatsphilosophisch argumentierenden Konstitutionalisten postulieren, keine unabhängige Instanz blieb. Das System der „check and balances“ versagte, der Supreme Court nahm seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung nur unzureichend wahr.

Nach 1945 gab es keine generelle gesamtgesellschaftliche Debatte über die Legitimität von Propaganda und Zensur in einer Demokratie wie nach dem Ersten Weltkrieg. Stattdessen zielte die Kritik am OWI und OC auf die Fragestellungen, welche Form der Propaganda gegen welchen Gegner in welchem Ausmaß angewandt werden sollte. Das tägliche Nachrichtenangebot des OWI wurde zwar nach dem Zweiten

⁴¹⁶Young, Peter & Jesser, Peter, S.41

Weltkrieg von 100.000 Wörtern auf 20.000 gekürzt, außerdem wurden 13.000 Stellen in der Behörde gestrichen, aber das OWI wurde zunächst nicht gänzlich abgeschafft.⁴¹⁷ Unter dem Einfluss der zerfallenden Kriegskoalition mit der Sowjetunion, der Teilung Deutschlands und Europas und des sich abzeichnenden Kalten Krieges wuchs die Überzeugung, dass die USA auch in Friedenszeiten über funktionierende Apparate der Meinungsbeeinflussung verfügen sollten. Diese Überzeugung führte schließlich zur Gründung neuer Behörden, Institutionen und Radiostationen, die sich mit der Auslandswerbung und Darstellung der USA in der Welt beschäftigten.⁴¹⁸ 1948 wurde das „Public Law 402“, der sogenannte Smith-Mundt-Act vom Kongress verabschiedet. Senator Alexander Smith und der Abgeordnete Karl Mundt setzten sich dafür ein, dass die USA einen offensiven Auslandsinformationsdienst betreiben sollten. Dieser sollte allerdings nach Smiths und Mundts Auffassung nicht wie ein „illegitimate child at a family reunion“ darstehen.⁴¹⁹ Wegen innenpolitischer Spannungen und Widerstände dauerte es aber noch weitere fünf Jahre bis eine neue zentrale Einrichtung der Auslandspropaganda auf den Weg gebracht wurde. Am 1. Juni 1953 rief Präsident Eisenhower die *United States Information Agency* (USIA) ins Leben⁴²⁰ Diese Organisation blieb im Wesentlichen bis zur ihrer Umstrukturierung unter Präsident Carter in ihrer ursprünglichen bürokratischen Struktur erhalten. Bei der Gründung der USIA spielten Überlegungen und Bedenken eine Rolle, die auch schon Davis in Bezug auf die Gründung des OWI gehegt hatte. Eine den Präsidenten beratende Studiengruppe der „Woodrow Wilson Foundation“ hatte die Notwendigkeit einer solchen zentralen Organisation zuvor wie folgt begründet:

Wir legen ebenfalls Nachdruck darauf, dass kein moderner Staat ohne bessere Zentralisierung seiner Informationsdienste wirksam funktionieren kann. Trotz aller natürlichen Scheu in einer Demokratie vor einer solchen Behörde würde ein ständiges Informationsbüro ähnlich dem Office of War Information, während des Krieges, von Nutzen sein – nicht um Informationen herzustellen, sondern einfach, um sie zu koordinieren. Die heutigen unkoordinierten Informations- und Propagandamethoden tragen ernsthaft zur allgemeinen Verwirrung bei.⁴²¹

Obwohl die USIA und Radiosender wie die „Voice of America“ oder der „RIAS“ in Deutschland, vor allem was ihre journalistischen Inhalte betrifft, nicht mit den

⁴¹⁷Thomson, Charles: *Overseas Information Service of the United States Government*, New York 1972, S.187

⁴¹⁸In diesem Zusammenhang ist die Gründung der „Voice of America“ zu nennen. Vgl. Shulman, Holly Cowan: *The Voice of America: Propaganda and Democracy 1941-1950*, Madison (Wis.) 1990.

⁴¹⁹Vgl. Barrett, Edward W.: *Truth is Our Weapon*, New York 1953, S.54

⁴²⁰Vgl. Ohmstedt, S.55ff.

⁴²¹Study Group of the Woodrow Wilson Foundation, zit. in: Weissman, William: *Kultur- und Informationsaktivitäten der USA in der Bundesrepublik Deutschland*, Pfaffenweiler 1990, S.39

Propaganda-Apparaten der Kriegszeit vergleichbar sind, ist ihre Gründung nicht ohne die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der politischen Situation des Kalten Krieges zu erklären.⁴²² Die Arbeitsweisen und Aufgabenstellungen des USIA zeigen indes auffallende Parallelen zu denen des OWI. Ein Beispiel dafür sind die Propaganda-Aktion der USIA während der Kuba-Krise:

For immediate release: The U.S. Information Agency dispatched more than 50.000 photographic prints and copy negatives to 225 field posts abroad in the past week to provide visual documentation of this nation's position in the Cuban Crises. The prints, air-expressed to Agency posts in 107 countries abroad, were quickly delivered to local government officials and to editors of newspapers and periodicals, as well as used in window displays and exhibits at USIA information centers. They served to provide irrefutable evidence of the secret Soviet missile buildup in Cuba.⁴²³

Auffallend ist weiterhin, dass sowohl Befürworter als auch Gegner der USIA mit denselben Argumenten operierten, wie schon die Befürworter und Gegner des OWI. Es zeigt sich also, dass die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und indirekt auch die des Ersten Weltkrieges tiefgreifende Auswirkungen auf die strategische Positionierung der USA auf dem Feld der Propaganda und Auslandswerbung während des Kalten Krieges hatte. Das Fundament des neuen nationalen Konsens, der durch die USIA auch ins Ausland transportiert wurde, war ein politischer und ideologischer Antikommunismus.

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zeigten aber auch noch ein weiteres: Neue technische Errungenschaften hatten die Entwicklung elektronischer Medien vorangetrieben. Film und Radio waren von den Propagandisten des OWI und vom Militär bereits effizient genutzt worden. Auf ein weiteres, neues Medium, das im nächsten großen Krieg der USA, in Vietnam, eine dominante Rolle spielen sollte, hatten sich Propagandisten, Zensoren, Regierung und Militär allerdings noch nicht einstellen können. Das Fernsehen verband die visuellen Darstellungsformen des Films mit der Massenverbreitung des Radios. Eine der wichtigsten Grundlagen für das Verständnis der Pressepolitik im Vietnamkrieg ist die Erkenntnis, dass mit dem Fernsehen ein neues, revolutionäres Kommunikations-Medium auf dem amerikanischen Markt etabliert war und damit weiten Teilen der Bevölkerung als Informationsquelle zur Verfügung stand.

⁴²²Vgl. dazu Ohmstedt, S.47ff. und Schumacher, S.60ff.

⁴²³„50.000 USIA Prints Expose Cuban Buildup“ in: *U.S. Information Agency Press Bulletin*, No.56, Washington D.C. Oct.30. 1962.

III. Krieg im Fernsehen: Der Vietnamkrieg

Ein neues Medium: Aufstieg der TV-Berichterstattung (1948-60)

Im Koreakrieg war der Gesamt-Anteil der TV-Berichterstattung im Vergleich zu Radio- und Zeitungspublikationen noch relativ gering. Außerdem war die Verbreitung von Fernsehgeräten in den US-Haushalten zur Zeit des Koreakrieges noch nicht so weit fortgeschritten, wie im Vietnamkrieg. Erst der Vietnamkrieg kann daher als „Fernseh-Krieg“ bezeichnet werden.⁴²⁴ So ist es in Hinblick auf das Verständnis dieses Kapitels angebracht, kurz auf die historische Entwicklung dieses neuen Mediums einzugehen, das die Lebenswirklichkeit der US-Bevölkerung erheblich beeinflusste und beeinflusst. Bereits in den dreißiger und vierziger Jahren war der Sender CBS im Radiobereich Marktführer bei der aktuellen Nachrichtenberichterstattung; er hatte beim Zuhörer ein Image erlangt, das für Kompetenz und Professionalität stand. Dieses positive Bild wollte CBS auf das neue Medium Fernsehen übertragen. Zwischen Mai und Juli 1948 starteten die ersten regulären „Evening News“.⁴²⁵ Die Sendung dauerte durchschnittlich 15 Minuten und setzte sich als erste, regelmäßige Nachrichtensendung im US-Fernsehen durch. Ende 1950 strahlte CBS bereits 41 verschiedene Nachrichtensendungen aus. Auch das Konzept der „Breaking News“, also der Programmunterbrechung für aktuelle Informationen, wurde zu dieser Zeit geboren.⁴²⁶ Über den gesamten Tag verteilt wurden einminütige Kurz-Nachrichten-Sendungen ausgestrahlt; pro Woche waren es rund 25.

Zu Beginn des TV-Geschäfts gab es noch relativ wenige Nachrichtenfilme im Fernsehen, ein Großteil der „News“ wurde verlesen. So hatte CBS 1947 nur einen Kamera- und einen Tonmann. Binnen zehn Jahren sollte sich diese Zahl verhundertfachen. Die Bearbeitungen des Film-Materials - bis in die ausgehenden fünfziger Jahren wurde auch beim Fernsehen ausschließlich auf 16-mm-Film gedreht - war zeitaufwändig und kostete wesentlich mehr Geld als ein Sprecher.⁴²⁷ Zu Beginn der fünfziger Jahre konzentrierten sich daher auch die Bemühungen der Fernsehmacher auf eine Verbesserung der Grafiken (vor allem für Landkarten) der Projektoren und anderer

⁴²⁴Kellner, S.7

⁴²⁵Zalisk Robert F. & Zalisk, Eileen: *CBS News: An Anecdotal Chronology*, Ms. o.O. 1974, S.7

⁴²⁶Dieses Konzept geriet zwischenzeitlich bei den Fernsehmachern wieder in Vergessenheit. Wahrscheinlich, weil es der festen Planung eines Programms und damit der kalkulierbaren Werbeeinnahme widerspricht. Der Fernsehsender CNN, der während des Golfkrieges zum führenden Newschannel in den USA aufstieg, präsentierte die „Breaking News“ bzw. sogenannte „News Flashes“ dem Zuschauer allerdings als neue Idee.

⁴²⁷Schoenbrun, David: *On and Off the Air*, New York 1989, S.48

bewegbarer Teile zur Herstellung von Schriften. Die Bedeutung der technischen Veränderung durch Computertechnik, die erst etwa ab Mitte der 80er Jahre das Fernsehen revolutionieren sollte, deutete sich hier schon an.⁴²⁸ Mit der Sendung „See it Now“ adaptierte CBS 1951 ein Qualitätsprodukt aus dem Radiobereich. Der Moderator Ed Murrow, dessen Stimme einer breiten Öffentlichkeit durch das Format „Here and Now“ bekannt war, übernahm die Aufgabe des Moderatoren dieser ersten Nachrichten-Hintergrund-Sendung im amerikanischen Fernsehen. „See it Now“ wurde durch Sponsoring finanziert - der Sponsor, die Aluminium Company of America, war damals mehr an einer Verbesserung seines Images als an einer Verbesserung der Verkaufszahlen interessiert. Daher erschien es sinnvoll, in diesem „seriösen“ Umfeld zu werben. Ed Murrow stand für ein hohes Maß an journalistischer Professionalität und vor allem Glaubwürdigkeit. Bereits in den fünfziger Jahren setzte allerdings auch schon allmählich eine Entwicklung ein, die zur kommerziellen Durchdringung von Fernsehnachrichten und damit später zu einer Abnahme der Glaubwürdigkeit führte.⁴²⁹

Es dauerte nicht lange bis CBS im Bereich der Fernsehnachrichten Konkurrenz bekam. Schon am 14. Februar 1949 ging „NBC Nightly News“ auf Sendung, ABC folgte erst vier Jahre später. Die CBS-Konkurrenz versuchte auch mit anderen Formaten Marktanteile zu erzielen, da sie im Bereich der „Evening News“, also der allabendlichen Hauptnachrichtensendungen, zurückstanden. So erfand NBC 1952 die Formate „Today“ und „Tonight“, die eine Mischung aus Informations- und Unterhaltungsprogramm darstellten. Sie waren die Vorläufer der späteren Magazinsendungen, die sich wesentlich besser vermarkten ließen, als reine Nachrichtensendungen.⁴³⁰ So kann schon für diese Frühphase des Fernsehens neben der Suche nach neuen journalistischen Darstellungsformen auch die Suche nach Vorteilen im Konkurrenzkampf konstatiert werden. Die wechselseitige Verstärkung von technischer Entwicklung und der Ausweitung der Zuschauerzahlen sowie das Ringen um Werbekunden sind bis heute charakteristische Merkmale des US-Fernsehens geblieben.

Die fünfziger Jahre werden häufig als das goldene Zeitalter des Fernsehens in den USA beschrieben. 1952 zeigten die erstmals erhobenen Zuschauerquoten, dass tagsüber mehr Fernseh- als Radiogeräte eingeschaltet waren. Schon Ende 1956 hatten

⁴²⁸Bates, Valery, Y.R.: *Change in Television News Graphics Technology and its Impact on Computer Graphics Production for Broadcast News*, Washington (D.C.) 1988, S.108f.

⁴²⁹Zu diesem Gedanken vgl. die vergleichende Studie Ludes, der die Entwicklung des US-Fernseh-Nachrichtenmarkts der deutschen Nachrichtensendungen gegenüberstellt. Ludes, Peter: *Von der Nachricht zur News Show*, München 1991, passim

⁴³⁰Bates, a.a.O.

78 Prozent aller amerikanischer Haushalte einen TV-Anschluss. Die durchschnittliche Einschaltdauer betrug fünf Stunden. 1954 vereinte CBS seine Radio- und Fernsehaktivitäten im Informationsbereich. Ein Jahr zuvor war die „Columbia News Film“ gegründet worden, ein Nachrichtenfilm-Service, der von 70 Stationen genutzt wurde. Davon lagen 18 außerhalb der USA. Im Jahr 1963 sollte dann der „breakeven“ des Fernsehens auf dem Informationsmarkt erreicht werden. Erstmals bezogen mehr Amerikaner ihre nachrichtliche Information aus TV-Sendungen denn aus den Tageszeitungen.⁴³¹

Der Koreakrieg war der erste Krieg, über den im US-Fernsehen berichtet wurde. Allerdings stellten zu dieser Zeit Fernsehnachrichten eine Mischung aus Radiojournalismus und Wochenschau dar. Filme mussten noch mit dem Flugzeug über Land transportiert werden, was die Berichterstattung über Ereignisse, die weit entfernt vom Ausstrahlungsort New York lagen, erschwerten. Gleiches galt in noch höherem Maße für Schauplätze außerhalb der USA. Filmmaterial gelangte teilweise erst Tage später in die Heimatredaktion und musste dort noch bearbeitet werden, bevor es ausgestrahlt werden konnte.⁴³² Das hatte zwei wesentliche Auswirkungen auf die Arbeit von Journalisten: Zum einen gab es gute Möglichkeiten der Zensur, da das Filmmaterial aus Krisen- und Kriegsgebieten vom Militär transportiert wurde. So konnte ein kritischer Bericht verzögert und damit seine Brisanz entschärft werden. Zum anderen waren die Ereignisse über die berichtet wurde zum Teil schon von der Tagesaktualität überholt worden. Dennoch blieb den „frühen“ Fernsehmachern ein Triumph: Die scheinbare Beweiskraft des Bildes. Der Glaube an das, was man sieht, war in den fünfziger und sechziger Jahren noch wesentlich stärker ausgeprägt als heute. Der Medienwissenschaftler Friendly kommt daher zu der Auffassung, dass die Fernsehnachrichten in den USA zu einem nationalen Identitätsstifter wurden. Durch die TV-Übertragungen seien das amerikanische Selbstverständnis und die Bewertung globaler Zusammenhänge definiert worden.⁴³³

⁴³¹Matusow, Barbara: *The Evening Star: The Making of the News Anchor*, New York 1983, S.126. Matusow beschreibt in ihrem Werk die Personalisierung der Nachrichten durch die Moderatoren. Sie zeigt, dass schon in den frühen Jahren, dieses als „Anchor-Prinzip“ bekannt gewordene Konzept Einzug hielt. Im Gegensatz zu der „unpersönlichen“ Vermittlung von Nachrichten in den Zeitungen oder durch einen neutralen Sprecher im Radio wurden nun die Ereignisse aus aller Welt den Zuschauer von einem „Bekanntem“ erzählt. Ein Prinzip, das sich auch in Deutschland und auf der ganzen Welt durchgesetzt hat.

⁴³²Zalisk & Zalisk, S.87ff.

⁴³³Friendly, Fred W.: *Due to Circumstances beyond our control*, New York 1986, S.159

Einer der wichtigsten Einschnitte in der Entwicklung der Fernsehnachrichten erfolgte 1956: CBS experimentierte als erster Fernsehsender mit dem Einsatz von Video. Das neue Material (vor Video zunächst U-Matic) hatte zwei entscheidende Vorteile: Erstens war es einfacher zu bearbeiten und zweitens war die notwendige technische Ausstattung erheblich leichter. Eine Videokamera wog ungleich weniger als die herkömmliche Filmkamera, mit der für die Wochenschauen gedreht worden war. Statt zwei Personen war nur noch ein Kameramann nötig. Notfalls konnte auf den Lichtsetzer und den Tonmann verzichtet werden. Zusätzlich kam hinzu, dass die kleineren Teams auch kostengünstiger waren. Die Fernsehcrews waren also wesentlich flexibler geworden und konnten sich nun leichter und ohne größeren Aufwand an die Schauplätze des Geschehens bewegen. Dies war vor allem in einem Krieg ein entscheidender Pluspunkt. Diesen logistischen Vorteil konnten Journalisten aber erst im Vietnamkrieg ausnutzen, für den Koreakrieg kamen diese technischen Entwicklungen zu spät.⁴³⁴

Die Bedeutung des Fernsehens für den Transport politischer Information zeigte sich zunächst vor allem im Inland. So sahen bereits 1952 etwa 40 Prozent der US-Bevölkerung, zum damaligen Zeitpunkt waren das rund 62 Millionen Menschen, die Fernsehnachrichten über die demokratischen und republikanischen Parteitage.⁴³⁵ Bis Mitte der fünfziger Jahre gab es eine enorme Ausweitung der visuellen Öffentlichkeit. Dies blieb auch den politischen Entscheidungsträgern nicht verborgen. Schien es Anfang der fünfziger Jahre noch so, als könne ein Parteitag ohne jegliche Kamerapräsenz tagen, dankten bereits 1956 die Delegierten ausdrücklich dem Fernsehen für seine Teilnahme. Hinzu kamen die Fernsehspots, die als eine Art politischer Werbung eingesetzt wurden. So gab Präsident Eisenhower in diesen 20 Sekunden-Spots Antworten auf „Fragen der Nation“. Eisenhowers Wahlkampf war auf das neue Medium Fernsehen ausgerichtet: Die Reden dauerten nicht länger als 20 Minuten; somit standen bei der standardisierten Form der 30 Minuten-Berichterstattung über seine Wahlkampfreisen weitere zehn Minuten für die Einspielung von Filmmaterial zur Verfügung. Die Berichterstattung folgte dabei in der Regel einem immer gleichen dramaturgischen Drei-Akte-Konzept: Ankunft des Kandidaten (durch die Bilder vom

⁴³⁴Zalisk, S.113ff.

⁴³⁵Zum Vergleich und besseren Einordnung dieser Zahlen empfiehlt sich ein Blick auf die Auflagenzahlen führender meinungsmachender Zeitungen, die heute im Mittel zwischen 300.000 und 500.000 liegen. Wenn man berücksichtigt, dass eine Zeitung statistisch gesehen von drei Personen gelesen wird, ergibt sich also gerade einmal rein rechnerisch eine Zahl von 1,5 Millionen Menschen, die einen politischen Leitartikel in einer überregionalen Zeitung der USA lesen könnten.

jubelndem Publikum zum Helden stilisiert), Rede und Abreise, die wieder mit Bildern der jubelnden Menge unterlegt war.⁴³⁶

In dieser Zeit (1950-56) kam es zu den ersten Wettläufen zwischen den verschiedenen Sendern um die Inszenierung eines politischen „Event“. Journalisten und Politiker versuchten, sich in einer bisher noch nicht gekannten Form gegenseitig zu beeinflussen oder gar zu kontrollieren. In diese Frühphase des US-Fernsehens fällt auch der erste nachhaltige Vorstoß, die Berichterstattung einzuschränken und den vermeintlichen Gegner - in diesem Fall den Journalisten, seinen Sender oder seine Station - zu diskreditieren. Im Juni 1950 veröffentlichte die Gruppe um den konservativen Senator McCarthy unter dem Titel „Red Channels: The Report of Communist Influence in Radio and Television“ eine Art Schwarzbuch. Darin wurden insgesamt 150 Autoren und Redakteure als unter kommunistischem Einfluss stehend angeprangert. Im Gegenzug berichtete Ed Murrow in „See it Now“ über Senator McCarthys falsche Anschuldigungen gegen den US-Army Leutnant Milo Radulovich und über die antikommunistische „Hexenjagd“ in den Senatsausschüssen. Auch auf Grund von Murrows Berichten wurde McCarthy von der eigenen Partei fallen gelassen. Dieses Beispiel illustriert, dass der Fernsehjournalismus im Stande war, erheblichen öffentlichen Druck zu erzeugen. Er erlangte damit eine wichtige Machtposition im gesellschaftlichen System, die es im Vietnamkrieg gegen Angriffe der Regierung und des Militärapparats zu verteidigen galt.⁴³⁷

Der Aufstieg des Fernsehens zur Hauptinformationsquelle für Ereignisse aus dem Ausland wurde durch weitere technische Entwicklungen begünstigt. Hatte sich bereits in den fünfziger Jahren die Transportzeit für Filmmaterial über den Atlantik halbiert, wurden 1959 die ersten Videoschnitt-Anlagen im Flugzeug eingesetzt. Damit verkürzte sich der Zeitraum von der Aufnahme von Bildern bis zu ihrer Ausstrahlung noch einmal erheblich. Hinzu kamen technische Entwicklungen, die Live-Berichterstattung von zwei Orten gleichzeitig ermöglichte. 1963 gab es die erste große interkontinentale Live-Diskussion, an der Gesprächsteilnehmer an der Ost- und Westküste simultan teilnahmen. Allerdings kostete eine zehnminütige Übertragung damals allein (ohne die zusätzlich anfallenden Produktionskosten) zur günstigsten Tageszeit rund 10.000 Dollar.

⁴³⁶So vertritt der Medienhistoriker Craig Allen die These, dass Eisenhower seinen Erfolg hauptsächlich dem Fernsehen zu verdanken hatte. In seinem Werk: „Eisenhower and the Mass Media“ kommt er zu dem Schluss, dass Eisenhower - noch vor Kennedy - den Titel des ersten TV-Präsidenten verdient. Vgl. Allen, Craig: *Eisenhower and the Mass Media. Peace, Prosperity and Prime Time TV*, Chapel Hill (NC) 1993.

⁴³⁷Zalisk, S.119

Die Sender entschlossen sich daher noch in den sechziger Jahren dazu, im Zweifelsfall auf Live-Berichterstattung zu verzichten und ihr Kapital in eine andere technische Innovation zu investieren - in das Farbfernsehen.⁴³⁸ Außerdem wurden die alten, handgemalten Karten durch Dias ersetzt, neue Trickfilmtechniken entwickelt und der Teleprompter vermehrt eingesetzt, was dem Zuschauer den Eindruck vermittelte, der Moderator spreche direkt zu ihm.⁴³⁹ Die Kosten für den Ankauf und die Verarbeitung von Bildmaterial sanken - es gab mehr und mehr private, senderunabhängige Anbieter.⁴⁴⁰ Bis zu Beginn der sechziger Jahre konnten die Fernsehsender mit Nachrichten- und Informationsformaten erhebliche ökonomische Erfolge erzielen. Nur die Auto- und Arzneimittelindustrie brachten höhere Gewinne ein als der Fernsehmarkt.⁴⁴¹

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass sich das Fernsehen am Vorabend des Vietnamkrieges als Leitmedium durchgesetzt hatte, ohne dabei die Attraktion des Neuen zu verlieren. Es wirkte realistischer als Radio und Zeitungsberichte. Es erreichte die Zuschauer in ihrer unmittelbaren Umgebung, in der Intimität ihres eigenen Zuhauses. Der Konsument musste seine Wohnung nicht mehr verlassen, wie beim Kino, um Bilder aus aller Welt sehen zu können. Alles in allem sprach das Fernsehen stärker die emotionalen als die kognitiven Rezeptionsmuster der Zuschauer an. Die Glaubwürdigkeit des neuen Mediums war noch nicht durch große TV-Skandale erschüttert worden. Auch die Politik hatte das neue Medium entdeckt und seine positiven Propaganda-Effekte ausgenutzt. Die Parteibosse und Wahlkampfstrategen waren sich durchaus bewusst, dass die Fernsehberichterstattung einen noch unmittelbareren, nachhaltigeren und direkteren Einfluss auf die Meinung von Bürgern ausüben konnte als Radio- und Zeitungsberichte.⁴⁴² Der Einsatz einer professionellen TV-Maschinerie in einem Krieg war aber noch nicht erprobt worden. Erst in Vietnam sollte sich zeigen, was für Auswirkungen die optische Nachvollziehbarkeit eines Krieges auf die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger haben kann. Anfang der sechziger Jahre hatte die flächendeckende Verbreitung eines Mediums, das auf der

⁴³⁸Allen, S.93ff.

⁴³⁹Der Teleprompter ist ein elektronisches Gerät, in dem der Text einer Moderation oder Ansage im Studio für den Moderatoren, aber nicht für das Publikum am Bildschirm sichtbar ist. Vor dem Einsatz des Teleprompters wurde der Text in Großbuchstaben häufig auf Tafeln aufgeschrieben, die neben die Kamera gehalten wurden. Somit wurde es dem Moderator erleichtert, den Zuschauer beim Vortrag anzusehen. Der Eindruck des „Ablesens“ sollte dadurch möglichst vermieden werden.

⁴⁴⁰Bates, S.109

⁴⁴¹Friendly, S.160ff.

⁴⁴²a.a.O. S.321

visuellen Vermittlung von Ereignissen basiert, eine die Lebenswelt verändernde Wirkung auf die Öffentlichkeit sowie auf Politik und Medien.⁴⁴³

Der unsichtbare Krieg: Die Frühphase (1961-64)

Zu Beginn des Krieges zeichnete sich die US-Pressepolitik in Vietnam durch relative Freizügigkeit aus. Es gab keinerlei Akkreditierungsbescheidungen oder direkte Pressezensur. In der Tradition der bereits im Zweiten Weltkrieg postulierten freiwilligen Zensur appellierte die Regierung an die Verantwortung der Presse. Sie konnte dabei auf einen allgemeinen antikommunistischen Konsens bauen. Dementsprechend wurde die Entsendung von 400 amerikanischen "Special Forces" im Mai 1961 in der Presse als Unterstützung für Verbündete und nicht als erste, direkte US-Einmischung in den Vietnamkonflikt gewertet.⁴⁴⁴ Im November desselben Jahres entschied sich Präsident Kennedy - auf Vorschlag seiner Berater General Maxwell D. Taylor und General Walt W. Rostow - dazu, die logistischen Aufgaben des Krieges von US-Soldaten übernehmen zu lassen. Vom November 1961 bis zum Juni 1962 erhöhte sich die Zahl der US-Militärangehörigen in Vietnam von 948 auf 5.576.⁴⁴⁵ Im Oktober 1963 befanden sich rund 17.000 "US. Military-Advisors" in Vietnam.⁴⁴⁶ Die Pressepolitik der Kennedy-Administration versuchte zu diesem Zeitpunkt aber, das tatsächliche Engagement der US-Truppen herunterzuspielen oder die wirklichen Aufgaben der Militärberater in Vietnam zu verheimlichen. Detaillierte Fragen zum US-Engagement in Vietnam sollten erst gar nicht aufkommen: "Their objective was to play down the whole issue of Vietnam, to keep the extent of the U.S. involvement out of the headlines."⁴⁴⁷

Diese Strategie war zunächst erfolgreich. Die Medien übernahmen weitestgehend die Regierungssicht. Dies lag im Wesentlichen daran, dass die Journalisten die außenpolitischen Einschätzungen der Administration teilten und die von ihr vorgegebenen theoretischen Erklärungsmodelle akzeptierten und zur Interpretation der aktuellen Ereignisse nutzten. Einer dieser theoretischen Ansätze war die *Dominotheorie*. Gemäß dieser Theorie führt eine kommunistische Machtübernahme in einem neutralen Land der

⁴⁴³Diese Grundvoraussetzung wird von fast allen Medienkritikern und Medienhistorikern unabhängig von ihren unterschiedlichen Interpretations-Ansätzen und ideologischen Hintergründen geteilt. Vgl. dazu Hallin, *The Uncensored War*, S.44ff., Seigenthaler, S.18 oder Kellner, S.4f.

⁴⁴⁴Vgl. z. B. CBS Evening News, 17.5.1961 oder NYT, 12. und 14.5.1961.

⁴⁴⁵Pentagon Papers, NYT-Edition, S.110

⁴⁴⁶Hallin, *Uncensored War*, S.27

⁴⁴⁷a.a.O., S.29

Dritten Welt nicht nur zur kommunistischen Veränderung des jeweiligen Landes, sondern über kurz oder lang auch zum inneren Zerfall desselbigen und zur kommunistischen Unterwanderung seiner Nachbarländer. Da zum Zeitpunkt des Kalten Krieges das außenpolitische Engagement der USA unter das übergeordnete Prinzip des Systemstreits zwischen kommunistischer und kapitalistischer Welt eingeordnet wurde, sahen die politischen Entscheidungsträger der USA einzelne Aktionen der Außenpolitik unter diesem globalen Aspekt.⁴⁴⁸ Diese Analyse schien aus Sicht ihrer Verfechter durch den Koreakrieg, die kommunistische Machtübernahme in Osteuropa und durch die Errichtung sowjetischer Satellitenstaaten bestätigt worden zu sein. Präsident Kennedy hatte die Dominotheorie deshalb auf Indochina übertragen:

I believe it. I think that the struggle is close enough. China is so large, looms so high just beyond the frontiers, that if South Vietnam went, it would not only give them an improved geographic position for a guerrilla assault on Malaysia, but it would also give the impression that the wave of the future in southeast Asia is China and the Communists. So I believe it.⁴⁴⁹

Im Verlauf des Kalten Krieges war antikommunistischen Strömungen in den USA immer mehr Gewicht zugemessen worden.⁴⁵⁰ Hallin bezeichnet die politische Stimmung am Anfang der sechziger Jahre als "Cold War consensus" und als "consensus on America's global commitment".⁴⁵¹ Weite Teile des politischen Establishments und vor allem die Medien - unabhängig von Parteizugehörigkeiten oder politischer Ausrichtung eines Senders oder einer Zeitung - teilten diese Konsensmeinung. Die Kennedy-Administration hatte alte außenpolitische Konzeptionen, die von der Ideologie der „manifest destiny“ über den politischen Glaubensgrundsatz „make the world safe for democracy“ bis hin zum „roll back“ reichten, wiederbelebt und diese Versatzstücke mit der Idee einer „New Frontier“ in Indochina verknüpft.⁴⁵² Dieses Konglomerat politischer Ideen wurde nicht nur zur Begründung der eigenen Politik gegenüber dem Kongress, sondern auch zur massenpsychologischen Beeinflussung genutzt. Gleichzeitig bildete es die ideelle Grundlage des US-Engagements in Indochina.⁴⁵³ Viele US-Medien

⁴⁴⁸Bagby, S.199ff. und S.228ff.

⁴⁴⁹„Transcript of Broadcast on NBC's Huntley-Brinkley Report, Sept.9 1963" in: *Public Papers of the President of the United States: John F. Kennedy*, Washington D.C, 1964, S.659

⁴⁵⁰Chomsky, Noam and Herman, Edward S.: *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*, New York 1988. Man muss die politischen Einschätzungen Chomskys nicht unbedingt teilen, seine These, dass spätestens seit der Kuba-Krise antikommunistische Strömungen im politischen Establishment der USA erheblichen Einfluss hatten, bleibt indes unbestritten.

⁴⁵¹Hallin, *Uncensored War*, S.27ff.

⁴⁵²Vgl. dazu die detaillierte Begründung des außenpolitischen Handelns der Kennedy-Administration in: *Documents on American Foreign Relations* (DAFR) 1960, S.79-109

⁴⁵³Hellman, John: *American Myth and the Legacy of Vietnam*, New York 1968, S.51ff.

übernahmen diese Vorgaben unkritisch und präsentierten sie ihren Zuschauern und Lesern sogar als eigene politische Analyse:

Domestic instability in key non-Communist nations fringing Communist China continues to hamper United States efforts to build up these lands against further Communist penetration into free Asia. As the richest non-Communist power and the principal Western nation with a Pacific Ocean frontier, the United States has inherited the chief responsibility for confining Communist rule in Eastern Asia to its present boundaries.⁴⁵⁴

Obwohl sich in der Medienlandschaft eine breite Unterstützung für den Vietnamkurs der Regierung abzeichnete, verheimlichte die Regierung ihr konkretes Vorgehen. Dies lag hauptsächlich daran, dass sich der kommunistische Einfluss der Nordvietnamesen nicht allein durch die Unterstützung der Südvietnamesen eindämmen ließ:

When the Kennedy administration took office in January 1961, it inherited the modest Vietnam Counter Insurgency Plan which would have increased U.S. aid to the anti-Communist regime of Ngo Dinh Diem by \$ 42 million over the previous yearly total of \$220 million. But reports from Vietnam were becoming increasingly pessimistic.⁴⁵⁵

Aus Sicht der Militärs in Vietnam gab es vor allem pragmatische Gründe für den Verzicht auf eine direkte Zensur. Sie verwiesen darauf, dass Reporter ihre Berichte aus leicht zugänglichen Orten wie Bangkok oder Hongkong hätten absetzen können, die nicht von einer potentiellen Zensur in Vietnam betroffen gewesen wären. Außerdem wären Journalisten aus neutralen Drittstaaten von der Zensur ausgenommen geblieben und hätten daher die zensierten Informationen als solche entlarven können.⁴⁵⁶

Kennedy selbst erwartete für seine - im Vergleich zu vorangegangenen Administrationen liberalere - Pressepolitik eine Gegenleistung der Medien. Er wünschte sich, dass die Reporter die Bedeutung des Krieges in den Berichten aus Saigon relativierten und negative Berichte - zum Beispiel über militärische Erfolge der Kommunisten - unterdrückten.⁴⁵⁷ Er beschwor die außergewöhnliche, staatspolitische Verantwortung amerikanischer Journalisten: "All I suggest is that you add the question: 'Is it in the interest of national security?'"⁴⁵⁸ Hier zeigt sich eine deutliche Parallele zu den Argumentationen vom Elmer Davis und Byron Price im Zweiten Weltkrieg. Die

⁴⁵⁴Robert Trumbull in: *Week in Review*, „New York Times“, 18.2.1962.

⁴⁵⁵Hallin, *Uncensored War*, S.26

⁴⁵⁶Westmoreland, William C.: *A Soldier Reports*, New York 1976, S.274

⁴⁵⁷Tebbel, John & Watts, Sarah Miles: *The Press and the Presidency*, New York 1985, S.487f.

⁴⁵⁸John F. Kennedy, zit. in: *Public Papers of the President of the United States of America: John F. Kennedy, 1961*, Washington D.C. 1962, 336/337.

Überzeugung der Administration und vor allem des Präsidenten - dessen hoher Popularitätswert nicht zuletzt durch seine guten Kontakte zur Presse begründet war -, dass eine rigorose Pressepolitik gar nicht nötig war oder sogar für die Verwirklichung eigener Ziele unter Umständen hätte kontraproduktiv sein können, war der Grund für das Fehlen einer direkten Zensur in der Frühphase des Vietnamkrieges. Kennedys anfängliche Strategie in der Pressepolitik zielte darauf ab, den Journalisten eine scheinbare Partnerschaft anzubieten, durch die die Reporter indirekt zum Sprachrohr von Regierungsinteressen wurden.⁴⁵⁹ Darüber hinaus gab es für die Administration neben den skizzierten politischen Überlegungen ein handfestes rechtliches Problem. Auf Grund einer fehlenden Kriegserklärung der USA, wäre eine militärisch begründete, direkte Zensur juristisch sehr bedenklich gewesen.⁴⁶⁰ Schließlich befanden sich die USA nach der offiziellen Sprachregelung der Regierung und des Militärs nicht selbst im Krieg, sondern unterstützten lediglich ihre Verbündeten.

Ebenso wie diese Regierungsversion von den Medien übernommen worden war, übernahm die Presse in der Frühphase des US-Engagement in Vietnam auch die Darstellung, dass die USA keine eigenen Kampftruppen einsetzen wollten. Noch Mitte Oktober 1961 berichtete die „New York Times“ unter Berufung auf vertrauliche Informationen höchster Regierungsstellen und der Militärbürokratie:

Military leaders at the Pentagon, no less than General Taylor himself, are understood to be reluctant to send organized U.S. combat units into Southeast Asia.⁴⁶¹

Hinter den Kulissen, innerhalb der politischen und militärischen Führungselite, hatte aber spätestens seit Mitte des Jahres 1961 eine Diskussion darüber eingesetzt, ob man der Situation in Vietnam durch bloße Beratung und Unterstützung der südvietnamesischen Seite noch gerecht werden könne.⁴⁶² Von dieser kontrovers

⁴⁵⁹Hallin, „The Media, the War in Vietnam and Political Support“ in: *Journal of Politics*, Vol. 46, Feb. 1, 1984, S.6

⁴⁶⁰Zur rechtlichen Diskussion über die Pressepolitik vgl. Carpin, Michael: "Vietnam and the Press" in: Shafer, D. Michael (ed.): *The Legacy. The Vietnam War in the American Imagination*, Boston 1990, S.132

⁴⁶¹zit. in :Pentagon Papers, Gravel Edition, II, S.82. Die kritiklose Übernahme der offiziellen Regierungsinformation durch die Medien war typisch für diesen Zeitraum. Nicht nur die „New York Times“, auch andere führende meinungsbildende Blätter verfolgten diese Linie. Vgl. beispielsweise auch: "Kennedy Seen Reluctant on Asia Troops", *Washington Post*, Oct. 15, 1961. Mit dem Begriff "kritiklose Übernahme" soll keine Wertung über den Wahrheitsgehalt der Regierungsaussagen vorgenommen werden. Es soll hier lediglich festgehalten werden, dass die meisten Medien die Regierungssicht übernahmen und sich nur sehr bedingt um alternative Informationsquellen bemühten.

⁴⁶²Die militärischen Berater Kennedys bezweifelten dies. So berichtete beispielsweise Verteidigungsminister McNamara nach einem Besuch in Vietnam: "The chances are against, probably sharply against, preventing [the fall of South Vietnam] by any measure short of the introduction of U.S. forces on a substantial scale." zit. in *Pentagon Papers*, Gravel-Edition, II, S. 108

geführten Debatte drang allerdings nichts an die Öffentlichkeit. Die Abschottung politischer und militärischer Entscheidungsfindungsprozesse durch das "News Management" der Regierung funktionierte. Selbst nachdem sich Kennedys Berater Taylor und Rostow in Saigon vom Ernst der Lage überzeugt hatten und ebenfalls die Auffassung vertraten, dass ohne aktives militärisches Eingreifen der USA eine Niederlage der Südvietnamesen nicht mehr abzuwenden sei, wurde versucht, das genaue Gegenteil dieser Überzeugung zu vermitteln.

Doch inzwischen wurden die Fragen der Journalisten drängender. Daher gerieten Regierung und Militär in einen Erklärungsnotstand. General Taylor bevorzugte es zum Beispiel, auf konkrete Nachfragen überhaupt keine Antwort zu geben: "The General declined to comment directly on whether he would recommend sending United States combat troops."⁴⁶³ Am 17. November 1961 wurde die Entsendung von Kampftruppen zwar immer noch nicht als konkrete Planungsvariante dargestellt. Allerdings wurde ein militärisches Eingreifen als letzte Notoption auch nicht mehr kategorisch ausgeschlossen:

Officials emphasized that the President and the National Security Council had not foreclosed the possibility of sending ground or air combat units if the situation does not deteriorate drastically. (...) However, the President and General Taylor agreed, according to reliable information available here, that the South Vietnamese government is capable of turning back the Communist threat.⁴⁶⁴

Die offizielle Sprachregelung der Militärs und der Regierung hatte sich inzwischen graduell verändert. Die Presse und die Bevölkerung sollten allmählich mit einem Kriegsszenario vertraut gemacht werden.⁴⁶⁵ Es wurde der Eindruck erweckt, dass die Regierung zwar prinzipiell gegen ein aktives militärisches Eingreifen war, dass sie aber die Situation in Vietnam zu einem Eingreifen zwingen könnte. Mit der Argumentation der Zwangsläufigkeit außenpolitischer Entscheidungsprozesse sollte schon im Vorfeld eine Legitimation möglicher US-Kampfhandlungen erzielt werden. Dieser Legitimationsversuch richtete sich vor allem an die US-Bevölkerung.⁴⁶⁶ Schließlich war es ein moralischer Unterschied, ob die USA gezwungen wurden, Krieg zu führen, um Verbündeten zu helfen oder ob sie von sich aus einer fremden Nation den Krieg erklärten. Immer noch wurde daher die Position vertreten, US-Soldaten würden lediglich

⁴⁶³Kenworthy, E.W. : "President Cool on Asia Aid; Sees Gen. Taylor" in : „*New York Times*“, Nov. 4. 1961.

⁴⁶⁴Kenworthy, E.W. : "U.S. to Help Saigon with More Experts and Planes", „*New York Times*“, Nov. 17, 1961.

⁴⁶⁵Hallin, The Media, S.13

⁴⁶⁶Gegenüber dem politischen Gegner musste sich Kennedy eher für sein zu zögerliches Vorgehen in der Vietnamfrage rechtfertigen, vgl. Hallin, *Uncensored War*, S.23

in beratender Funktion nach Vietnam geschickt. Auf die konkrete Frage, ob sich US-Truppen nun auch in Kampfhandlungen befänden, antwortete Kennedy noch im Januar 1962 wahrheitswidrig mit nein.⁴⁶⁷

Das Vertuschen der tatsächlichen militärischen Absichten in Vietnam wäre wahrscheinlich nicht notwendig gewesen. Auf Grund des allgemeinen anti-kommunistischen Konsens hätte auch ein aktives militärisches Engagement der USA in Vietnam den US-Medien schon 1961 plausibel gemacht werden können.⁴⁶⁸ Breite Teile der Bevölkerung waren zwar nicht kriegsbegeistert, akzeptierten aber schon zu dieser Zeit die These von der Notwendigkeit und Zwangsläufigkeit von Kampfhandlungen der USA in Vietnam.⁴⁶⁹ Außerdem rechneten sie - auch auf Grund der Darstellung des Kriegsverlaufs durch Militär und Regierung - mit einem schnellen Sieg. Mit einer langen, verlustreichen Auseinandersetzung kalkulierten zu Beginn der sechziger Jahre die wenigsten.⁴⁷⁰ Der Grund für die Geheimhaltungstaktiken ist daher eher in der amerikanischen Innenpolitik zu finden. Das Image des jungen, reformfreudigen Präsidenten, das ihm vor allem bei liberalen Wählern Stimmen eingebracht hatte, sollte nicht durch das Bild eines Kalten Kriegers konterkariert werden.

Am 9. Februar 1962 wurde das „Military Assistance Command, Vietnam“ (MACV) ins Leben gerufen.⁴⁷¹ Ein verstärktes militärisches Interesse an Vietnam wurde nun auch offiziell zugegeben. Justizminister Robert Kennedy brachte die bereits in den administrativen Führungseliten gefällte Entscheidung auf den Punkt: "United States troops would stay in South Vietnam until Communist aggression will be defeated." ⁴⁷² Durch diese und andere Aussagen räumten Regierungsvertreter ein, dass sich die

⁴⁶⁷Der Journalist Tom Wicker schreibt in seinen Erinnerungen: "I arose-feeling the cameras aim flattering at me-and demanded in my sternest voice: ' Mr. President, are American troops now in combat in Vietnam?' Kennedy looked at me - six feet away and slightly beneath his elevated lectern - as if he thought I might be crazy. 'No', he said crisply - not another word - and pointed out at someone else for the next question." Wicker, Tom: *On Press*, New York, 1978, S.92. Es kann Kennedy nicht unterstellt werden, dass er in diesem Fall **bewusst** die Unwahrheit gesagt hat; unter Umständen wurde er von seinen Militärberatern nicht richtig informiert. Fest steht aber, **dass** er die Unwahrheit gesagt hat, denn wie die Pentagon-Papers belegen, waren US-Truppen zu diesem Zeitpunkt bereits in Kämpfe verwickelt. Vgl. *Pentagon Papers*, NYT-Edition, S.115

⁴⁶⁸So propagierten die meisten führenden Zeitungen in ihren Leitartikeln eine Intervention in Vietnam. Vgl. Gelb, Leslie and Betts, Richard K.: *The Irony of Vietnam: The System Worked*, Washington D.C. 1979, S.201ff. Bei den großen Fernsehsendern lässt sich eine ähnliche Haltung finden. Vgl. dazu: Gans, Herbert: *Deciding What's News. A Study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek and Time*, New York, 1979.

⁴⁶⁹Vgl. dazu Hallin, Uncensored War, S.56. Hallin bezieht sich bei dieser These auf mehrere Meinungsumfragen unterschiedlicher Institute.

⁴⁷⁰Ibid

⁴⁷¹Kenworthy, E.W.: "Pentagon Sets Up Vietnam Command Under a General" in: *„New York Times“*, Feb. 9, 1962

⁴⁷²"Robert Kennedy Assures Vietnam" in: *„New York Times“*, Feb. 19, 1962.

Regierung, auf Anraten des Militärs und der Geheimdienste - so die nun propagierte, offizielle Linie - für einen aktiven militärischen Part der USA im Vietnamkrieg entschieden hatte. Ein Aufschrei in der Bevölkerung und eine Ablehnung des Krieges auf breiter Basis blieb aus.⁴⁷³ Ein militärischer Einsatz bewegte sich voll und ganz im Bereich des allgemeinen politischen Konsens. Was sich jedoch auf längere Sicht gesehen ändern sollte, war das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Regierungsaussagen. Schließlich hatte die Regierung bis vor kurzem offiziell noch verlautbart, dass ein militärisches Engagement nicht in Erwägung gezogen werde. Nach der Veröffentlichung der „Pentagon-Papers“, fast zehn Jahre später, die die Vertuschungsaktion enthüllten, fühlten sich viele Amerikaner von der Regierung betrogen.

Nachdem nun von Regierungsseite erstmals die Anwesenheit von US-Kampfverbänden in Vietnam zugegeben worden war, änderte sich auch die Pressepolitik. So sandte das Pentagon nach vorheriger Rücksprache mit dem Nationalen Sicherheitsrat eine als "Cable 1006" bekannt gewordene Nachricht an die Militärmission in Saigon. Diese Nachricht enthielt detaillierte Anweisungen zum Umgang mit der Presse. Jegliche negative Berichterstattung über Südvietnam und das Regime des Diktators Diem sollte unterbunden werden, Reporter sollten von bestimmten Militäraktionen ausgeschlossen und Botschaftsangehörige, die Informationen an die Medien weitergaben, bestraft werden.⁴⁷⁴ Doch dieser Versuch der Beschränkung journalistischer Unabhängigkeit scheiterte. Denn die Reporter besaßen freien Zugang zu den Kriegsschauplätzen und sie konnten sich auch ansonsten frei bewegen, was bedeutete, dass sie nicht nur ausreichend Alternativen zur Informationssammlung, sondern auch zur Informationsverbreitung besaßen und nicht ausschließlich auf offizielle Verlautbarungen angewiesen waren.⁴⁷⁵ Die US-Reporter in Vietnam waren schon länger durch ihre guten Kontakte zu untergeordneten Rängen vom Militär selbst über den tatsächlichen Kriegsverlauf unterrichtet worden.⁴⁷⁶ Eine direkte Zensur konnte also zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erfolgreich praktiziert werden. Und so erzielten die

⁴⁷³Taylor, S.15

⁴⁷⁴Zu weiteren Details des "Cable 1006" vgl. Hammond, William M.: Public Affairs: *The Military and the Media, 1962-68*, Washington D.C. 1988, S.15-17

⁴⁷⁵Hammond, S.28f.

⁴⁷⁶Bekannt wurde in diesem Zusammenhang das gute Verhältnis des „New York Times“-Korrespondenten David Halberstam und des US-Militärberaters John Paul Vann. Vann spielte Halberstam interne Informationen zu, die dieser dann zum Teil in seinen Berichten verarbeitete. Vgl. Halberstam, David: *The Making of a Quagmire*, New York 1964, passim. Allerdings wurden die Informationen in vielen Fällen aber auch nicht weitergegeben. Viele Reporter hatten sich in einem Akt freiwilliger Selbstzensur und um ihre Informationsquellen zu schützen, dafür entschieden, nicht über militärische Details zu berichten.

Versuche, die Berichterstattung im Nachhinein, nach anfänglich liberalem Vorgehen, restriktiver zu gestalten, nicht nur keinen Erfolg, sondern sie waren kontraproduktiv. Denn dieses Vorgehen wurde von den Journalisten als Affront gewertet. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Journalisten nun ihre unreflektierte Loyalität gegenüber der Regierung aufgaben, hinsichtlich offizieller Stellungnahmen vorsichtiger wurden und sich wieder verstärkt journalistischen Idealen wie Unabhängigkeit und Skeptizismus zuwandten.⁴⁷⁷ Trotz dieser neuen Frontstellung zwischen Presse und Militär bzw. Regierung, bezweifelten die Reporter aber nicht die Notwendigkeit des militärischen Vorgehens. Die Kritik bewegte sich weiterhin im Bereich der legitimen Kontroverse ⁴⁷⁸.

Nachdem die Versuche der Regierung, die Berichterstattung aus Vietnam durch direkte Zensur zu beeinflussen, gescheitert waren, wurde der anfänglich eingeschlagene Weg in der Pressepolitik weiter beschritten. Im offiziellen Sprachgebrauch der Regierung war immer noch von Militärberatern die Rede, die lediglich logistische Aufgaben übernahmen. Auch die Darstellung des südvietnamesischen Diktators Diem als verlässlichem Freund der USA hatte weiterhin Bestand.⁴⁷⁹ Der Konflikt zwischen US-Regierungsstellen und US-Journalisten in Vietnam spitzte sich nach der Schlacht von Ab Bac im Januar 1963 zu. Die Schlacht zwischen einer südvietnamesischen Division und einer Guerillaeinheit des Vietcong endete mit einem militärischen Desaster für die Südvietnamesen.⁴⁸⁰ Diese Einschätzung wurde von amerikanischen Militärbeobachtern dem US-Oberkommandierenden General Harkins übermittelt. Harkins indes bezeichnete die Schlacht - völlig zu unrecht und wohl wider besseren Wissens - als Sieg für das Diem-Regime.

⁴⁷⁷Als ein Beispiel hierfür möge die Auseinandersetzung zwischen dem US-Botschafter Nolting und dem Newsweek-Korrespondenten Francois Sully im Jahre 1962 dienen. Auf die Frage des Botschafters: "Why, Monsieur Sully, do you always see the hole in the doughnut?" antwortete der Gefragte kurz und bündig: "Because, Monsieur l'Ambassadeur, there is a hole in the doughnut?" zit. in: Sheehan, Neil: *A Bright Shining Lie. John Paul Vann and America in Vietnam*, New York/Toronto 1988, S.316. Ein weiteres Beispiel für die unabhängige Vorgehensweise von Journalisten und die Kritik an der offiziellen Informationspolitik bietet ein Bericht des AP-Korrespondenten Malcolm Browne, der am 24. März 1962 in der „New York Times“ erschien. In diesem Bericht kritisiert Browne offen die Täuschungsmanöver von Angehörigen der US-Militärmission in Saigon, die behaupteten, dass US-Soldaten nur unterstützend an Kampfhandlungen teilnahmen. Vgl. Browne, Malcolm, in: „*New York Times*“, 24.3.1962.

⁴⁷⁸Hallin unterscheidet drei Sphären, innerhalb derer sich die öffentliche, politische Debatte bewegt: die Sphäre des Konsens, die Sphäre der legitimen Kontroverse und die Sphäre der Abweichung. Vgl. Hallin, *Uncensored War*, S.117

⁴⁷⁹Knighthley, *First Casualty*, S.375

⁴⁸⁰Diese Bewertung wurde nicht nur von Journalisten vertreten. Auch führende Militärs werteten die Schlacht von Ap Bac als klare militärische Niederlage. Vgl. Kinnard, Douglas: *The War Managers*, Hanover, (N.H.) 1977, S.126. Selbst General Westmoreland, einer der Nachfolger Harkins, gab zu, dass die Journalisten zumindest zu diesem Zeitraum, oft sehr gut über militärische Belange unterrichtet waren. Vgl. Westmoreland, William C.: *A Soldier Reports*, New York 1976, S.67

Da aber Journalisten teilweise selbst der Schlacht beigewohnt hatten oder gute Informationen von den Militärs unterer Ränge erhielten, erschienen in den amerikanischen Zeitungen Berichte, die der Wahrheit näher kamen als die offizielle Stellungnahme Harkins. Die Glaubwürdigkeit Harkins wurde dadurch in der Öffentlichkeit geschwächt.⁴⁸¹ Der Bereich der legitimen Kontroverse, innerhalb derer die Regierung bislang kritisiert worden war, wurde von den US-Reportern in Vietnam sukzessive ausgedehnt. Die Administration in Washington versuchte daraufhin, zu einem pressepolitischen Gegenschlag auszuholen. Die Berichte der US-Reporter in Saigon wurden als sensationslüstern, falsch und politisch verantwortungslos denunziert. Präsident Kennedy versuchte sogar den Herausgeber der „New York Times“, Sulzberger, davon zu überzeugen, den besonders in die Kritik geratenen Times-Reporter Halberstam aus Vietnam abzubriefen.⁴⁸² In Saigon beschatteten Mitarbeiter der US-Militärmission Reporter, um deren Informationsquellen festzustellen oder um den Kontakt zwischen Journalisten und Soldaten oder Diplomaten, die nicht als absolut linientreu eingestuft wurden, zu unterbinden.⁴⁸³

Zu noch größeren Spannungen zwischen US-Medien und der Regierung in Washington kam es während der "Buddhistenkrise" im Sommer 1963. Da der südvietnamesische Regierungschef und Diktator Diem Katholik war, hatte er Schlüsselpositionen des Staates mit Katholiken besetzt. Dagegen opponierte schon seit längerer Zeit die buddhistische Bevölkerungsmehrheit. Im Mai 1963 hatte es erstmalig auch große Protestdemonstrationen der Buddhisten auf offener Straße gegeben. Im Verlauf des Frühsommers 1963 eskalierte der Konflikt zur einer offenen Auseinandersetzung. Das Diem-Regime ging mit unerbittlicher Härte gegen die Protestierenden vor, es gab Selbstverbrennungen buddhistischer Mönche, und schließlich stürmten am 21. August 1963 südvietnamesische Regierungstruppen die Pagoden in Saigon und verhafteten Hunderte buddhistischer Mönche.⁴⁸⁴ Die meisten US-Pressevertreter in Vietnam ergriffen im Verlauf der Krise Partei für die Buddhisten⁴⁸⁵. Das allein wäre für die US-Administration noch nicht bedenklich gewesen; was diese alarmierte, war die Tatsache, dass die innenpolitische Krise Diems mit dem Kriegsverlauf journalistisch in Zusammenhang gebracht wurde. Viele US-Journalisten

⁴⁸¹Sheehan, A Bright Shining, S.277ff.

⁴⁸²Halberstam, Quagmire, S.266ff.

⁴⁸³a.a.O. S.81

⁴⁸⁴Zum Verlauf der Buddhistenkrise vgl., Frey, S.93f. oder Hallin, Uncensored War, S.43-46

⁴⁸⁵Ausschlaggebend für dieses Verhalten der US-Journalisten war auch die effiziente Pressepolitik der Mönche. vgl. ibid

interpretierten die Buddhistenkrise als pars pro toto, unterstellten Diem generelle Inkompetenz und bewerteten sein Regime als politisch instabil.⁴⁸⁶ Diese Einschätzung war für die US-Administration gefährlicher als lediglich eine partielle Kritik an der südvietnamesischen Innenpolitik. Denn die US-Regierung und das US-Militär hatten Diem bisher in der Öffentlichkeit als verlässlichen Freund der USA und effektiven militärischen Partner dargestellt. Dieses Bild geriet nun ins Wanken und infolgedessen blieb auch die Pressepolitik der Kennedy-Administration nicht unbeschädigt. Als Reaktion auf die Buddhistenkrise reisten Verteidigungsminister McNamara und General Taylor, der Militärberater des Präsidenten, nach Vietnam, um die Situation zu überprüfen. Der Bericht ihrer Reise war 135 Seiten stark, allein 24 Seiten befassten sich damit, einen Bericht des Journalisten Halberstams und vor allem dessen allgemeine politische Analyse zu widerlegen.⁴⁸⁷

Die sichtbare Zerrüttung der Machtbasis Diems und sein drohender politischer Kollaps, inzwischen hatten sich die Streitkräfte gegen ihn gewandt, sorgte auch in Washington für heftige Diskussionen.⁴⁸⁸ Die Alternative für die US-Administration lautete „Sink or Swim with Diem“. Die Kennedy-Administration wählte eine Doppelstrategie: Die Fortsetzung der amerikanischen Unterstützung für Südvietnam, bei offizieller Kritik an Diem, verbunden mit dem Hinweis auf die Grenzen amerikanischer Leistungsbereitschaft sowie die Intensivierung bereits bestehender Geheimdienstkontakte zu Generälen, die Diem stürzen wollten.⁴⁸⁹ Diesen wurde die Bereitschaft der USA signalisiert, einen Coup d'Etat zu dulden. Der Staatsstreich ließ nicht lange auf sich warten. Am 1. November 1963 übernahm die Junta der Putschisten - unter Führung von General Van Minh und anderen - die Macht in Südvietnam. Diem und sein Bruder wurden ermordet.⁴⁹⁰ Die US Regierung erkannte die neuen Machthaber ohne zeitliche Verzögerung als offizielle Regierung an und setzte ihre Unterstützung fort. Drei Monate später gab es erneut einen Putsch, aus dem General Nguyen Khanh als Sieger hervorging.⁴⁹¹ Im Folgenden wurde Südvietnam bis 1965 von insgesamt **neun** verschiedenen Militärregimes regiert.⁴⁹² In diesem Jahr übernahmen die Generäle Ky

⁴⁸⁶Halberstam, Quagmire, S.191

⁴⁸⁷Vgl. dazu: *Pentagon Papers*, Gravel Edition III, S.23ff.

⁴⁸⁸Mecklin, John: *Mission in Torment: An Intimate Account of the U.S. Role in Vietnam*, New York, 1965.

⁴⁸⁹Hilsman, Roger: *To Move a Nation*, New York 1967, S.497

⁴⁹⁰Karnow, Stanley: *Vietnam: A History*, New York 1983, S.270-331

⁴⁹¹Leuenbeger, Theodor: *Kriege um den Frieden in Ostasien*, Zürich 1973, S.109f.

⁴⁹²Hess, S.184f.

und Thieu die Macht. Und erst im September 1967 gab es Wahlen, aus denen Thieu als Präsident hervorging.⁴⁹³

In der Situation von 1963 hatte es sich als Vorteil für die Pressepolitik der US-Administration erwiesen, dass die amerikanische Presse keinen einheitlichen Block bildete. Vielmehr hatte sich inzwischen sogar ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen den Redakteuren führender Zeitungen und Sender in den USA und ihren Korrespondenten am Ort, also in Vietnam, entwickelt. Während die jungen Reporter in Vietnam auf Grund ihrer tagtäglichen Erfahrungen, detaillierten Informationen und ob der bisherigen Täuschungsmanöver der eigenen Regierung diese kritisierten, waren die Heimatredakteure der Regierung gegenüber in der Regel loyal eingestellt.⁴⁹⁴ Mitarbeiter der Heimatredaktionen waren auch, was den weiteren Kriegsverlauf und die amerikanischen Siegchancen anging, optimistischer als ihre Kollegen in Vietnam. Die tägliche Routine des Umgangs mit Regierungsmitgliedern, die daraus resultierende Existenz enger persönlicher Bindungen und das Selbstverständnis, Teil des politischen Establishments zu sein, hatten bei einigen Journalisten zu einem Verlust kritischer Distanz gegenüber der Regierung und ihren außenpolitischen Entscheidungen geführt. Das galt besonders für die von der Administration bevorzugt behandelten Reporter der großen TV-Stationen.⁴⁹⁵

Insofern kann also in den Heimatredaktionen durchaus von einer gewissen Form der *Selbstzensur* gesprochen werden. Da Selbstzensur nur auf informellem oder indirektem Weg durch psychologischen Druck ausgeübt wird, gibt es keine Aktenvermerke oder Dokumente zu diesem Themenbereich. Hinweise auf Selbstzensur lassen sich nur durch Aussagen und Eingeständnisse von Journalisten oder Verlegern ausmachen, die in der historischen Rückschau getätigt wurden.⁴⁹⁶ Unter Selbstzensur

⁴⁹³Die verfassungsgebende Versammlung wollte Thieus Wahl-Sieg zunächst nicht anerkennen, da es sich nicht um eine demokratische Wahl gehandelt hatte und die Opposition massiv eingeschüchtert worden war. Erst auf Druck der USA wählte die Versammlung Thieu schließlich doch zum Präsidenten. Vgl. Frey, S.140f.

⁴⁹⁴Vgl. Gans, *Deciding*, S.135. Ein besonders krasses Beispiel für den Streit innerhalb der Presse bietet die Auseinandersetzung zwischen den Time-Korrespondenten Charles Mohr und Merton Perry und ihrer Heimatredaktion in Washington. Mohr und Perry hatten im August 1963 einen Bericht über die Situation in Vietnam verfasst, der mit dem Satz "The war in Vietnam is being lost" begann. In einem Akt der Selbstzensur wurde dieser Satz bei der Veröffentlichung gestrichen. Der Bericht wurde gänzlich umgeschrieben und der Tenor änderte sich. Nach dem Redigieren war aus einem kritischen ein optimistischer Bericht geworden. Bezeichnend für den Stil des "neuen" Artikels war der Satz: "Government troops are fighting better than ever." Die beiden Korrespondenten Mohr und Perry protestierten zunächst heftig, ihre Einwände wurden allerdings ignoriert. Daraufhin kündigten sie ihr Arbeitsverhältnis mit Time. Vgl. Knightley, *First Casualty*, S.379 und Halberstam, *Quagmire*, S.269-274

⁴⁹⁵Gans, a.a.O.

⁴⁹⁶Eine Ausnahme stellt der Journalist Bob Woodward dar, der zugibt, ihm zur Verfügung stehende Informationen bewusst zurückgehalten zu haben. Vgl. dazu MacArthur, S.109

werden im Folgenden alle Maßnahmen verstanden, die die Medien selbst, nicht das Militär oder die Regierung, ergreifen, um die Weitergabe von wichtigen Informationen an die Öffentlichkeit zu verhindern. Die Ursachen für Selbstzensur sind zumeist redaktionsinterne Einflussnahme durch Vorgesetzte aus politischen oder privaten Motiven oder die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Mediums von seinen Inserenten. Hinzu kommen direkte Beeinflussungen wie Bestechung oder Begünstigung. Hier gibt es zum Teil starke Überschneidungen mit der Public Relations. Eine Bestechung erfolgt dabei nicht unbedingt in Form von Geldzahlungen. Die Einladung zu exotischen Schauplätzen, bei der Vorstellung eines Produktes der Industrie oder die Gewährung von Journalistenrabatten oder spezielle Reisen für Journalisten verfehlen oftmals ihre Wirkung ebenso wenig. Berichtet ein Journalist aus Sicht des Beeinflussers danach nicht wie gewünscht, werden ihm bei nächster Gelegenheit die Begünstigungen wieder entzogen.

Viel häufiger aber ist eine andere Form der Sanktion: So antizipiert ein Journalist, dass er möglicherweise bei zu kritischer Berichterstattung, die zum Beispiel auch den Interessen seines Arbeitgebers schaden könnte, seine Stelle und damit seine ökonomische Grundlage verlieren würden. Das trifft in noch stärkerem Maß die zahlreichen freien Mitarbeiter von großen Sendern oder Zeitungen, die noch nicht einmal den Schutz eines festen Arbeitsverhältnisses genießen. Oftmals muss daher die Drohung der möglichen Entlassung vom Unternehmen gar nicht offen ausgesprochen werden. Schon im vorseilenden Gehorsam, aus Angst vor direkter Sanktion durch den Chef oder aus Angst, in der Firmen-Hierarchie nicht weiter aufzusteigen, werden Artikel oder Fernsehberichte verfasst. Es sei davon auszugehen, so der Medienkritiker Auletta, dass diese Selbstzensur eine der wirksamsten Formen der Beeinflussung sei, da sie nicht oktroyiert werde, sondern von Journalisten, Herausgebern und Verlegern selbst ausgehe.

This reprimanding of an already-weakened news media results in a chilling effect of self-censorship, which is even more insidious than blatant censorship.⁴⁹⁷

Eine weitere Form der Selbstzensur kann durch einen Blick in den Bereich der Kulturwissenschaft erläutert werden. Ausgehend von der Annahme, dass Journalisten zum größten Teil einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht angehören und weiter davon ausgehend, dass diese soziologische Gruppe bestimmte Wertvorstellungen und Perzeptionen von Realität teilt, kann man folgern, dass Ereignisse von Journalisten

⁴⁹⁷Auletta, S.487

unter dem Einfluss dieses spezifischen soziokulturellen Kontexts publiziert werden. Diese These beruht zum Teil auf der vom britischen Kulturtheoretiker Stuart Hall aufgestellten Theorie des „preferred reading“⁴⁹⁸ Bestimmte textuelle Zeichen und narrative Strukturen werden innerhalb ausgebildeter, soziologischer Muster wahrgenommen und - das trifft vor allem Medienvertreter - auch weitergegeben. Wären diese Muster bei Sender und Empfänger nicht vorhanden, würde die Nachricht ihren Inhalt verlieren; eine Kommunikation fände nicht mehr statt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das Publikum nur eine Nachricht aufnehmen wird, die in seinem soziokulturellen Erfahrungshorizont liegt. Das wiederum führt bei den Medien dazu, dass sie nur Nachrichten auswählen, die diesen Erfahrungen und Erwartungen entsprechen. Vom Zuschauer/Leser sowie von den Journalisten wird also - nach Hall - eher das Erwartete als das Unerwartete geglaubt und akzeptiert.

Für den Vietnamkrieg kann daher auch nicht ausschließlich von einer Frontstellung zwischen den Institutionen Regierung und Presse, bzw. Presse und Militär, gesprochen werden. Vielmehr verliefen die Meinungsunterschiede nicht interinstitutionell, sondern intra-institutionell. Ein weiterer Beleg für diese These, ist der Briefwechsel zwischen den beiden Journalisten Joseph Alsop und James Reston, dem Washingtoner Büroleiter der „New York Times“. Alsop, einer der bekannten, konservativen Washingtoner Zeitungskolumnisten, nahm einen Artikel des Vietnamreporters Sheehan über die Situation im Ia-Drang Tal zum Anlass für einen Generalangriff auf die Kriegs-Berichterstattung der „New York Times“:

Sheehan, he wrote me, has plenty of competitors for the title of worst war reporter in Saigon, but the tone of his look at me, I have got the big story about our losses, was too much to take. ... , and although I know you disagree, this business of nothing but casualties, and no mention of the astonishing successes, is somehow enraging.⁴⁹⁹

Reston antwortete daraufhin:

I wish I could share your confidence that our magnificent fighting at Ia Drang, and our ‘brilliant victories’, were symbols of decisive victories to come, but a few more ‘victories’ like Ia Drang and we’re likely to be undone.⁵⁰⁰

⁴⁹⁸Vgl. Hall, Stuart McPhail: *Critical Dialogues in Cultural Studies*, London 1996 sowie Ders: *Representation. Cultural Representation and Signifying Practices*, London 1997. Hall hat sich unter anderem auch der Frage gewidmet, wo Bedeutungen, die Gruppen und Individuen miteinander teilen, produziert, zirkuliert und konsumiert werden. Diese komplexen Prozesse hat H. mit Hilfe eines „circuit of culture“ zu charakterisieren versucht. Dabei unterscheidet er die Bereiche Identität, Produktion, Konsumtion, Regulierung und Repräsentation.

⁴⁹⁹Reston, S.324

⁵⁰⁰ibid

Es kristallisierten sich im Verlauf der Frühphase des amerikanischen Vietnamengagements also zwei Lager heraus: Das der uneingeschränkten Kriegsbefürworter und das der Zweifler am Kriegsverlauf. Doch beide Lager hatten eines gemeinsam; sie stellten die ideologischen Gründe für einen Krieg in Indochina und die Unterstützung für die amerikanischen Truppe nicht in Frage.⁵⁰¹ Die Frühphase des Vietnamkrieges ist somit ein Beispiel dafür, wie der Bereich der legitimen Kontroverse ausgedehnt werden kann, ohne dass gleichzeitig der allgemeine politische Konsens neu überdacht werden müsste. Die Meinung, dass die USA ihre militärischen Aktivitäten und die Unterstützung für ihre Verbündeten gänzlich fallen lassen sollten, war noch kein Element der legitimen Kontroverse geworden.

Begrenztes Engagement oder Eskalation? Pressepolitik in der Johnson-Ära (1964-68)

Nach der Ermordung Kennedys am 22. November 1963 trat Lyndon B. Johnson das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten an. Der Texaner Johnson unterschied sich in einigen, wesentlichen Aspekten von seinem Vorgänger. Nach außen trat er wesentlich rigoroser und weniger staatsmännisch als Kennedy auf. Seine Kontakte zur Presse waren längst nicht so ausgeprägt. Johnsons Vietnampolitik setzte auf die militärische Stärke der USA.⁵⁰² Auch er war ein Anhänger der Dominotheorie und ein erklärter Antikommunist.⁵⁰³ Dementsprechend hatte er bereits 1961 - damals noch als Vizepräsident - im Anschluss an eine Reise nach Saigon "... a strong program of action ..." gegenüber Nordvietnam empfohlen.⁵⁰⁴ Auch nach seinem Amtsantritt verfolgte Johnson diese Politik weiter. Er ging davon aus, dass ein US-Militäreinsatz in Vietnam aus geostrategischen Gründen nicht zu vermeiden sei.⁵⁰⁵

Dennoch war sich Johnson aber auch der Folgen eines uneingeschränkten und unkontrollierten militärischen Engagements in Vietnam bewusst. Die partielle Ausdehnung der legitimen Kontroverse war von seinen Beratern bereits wahrgenommen

⁵⁰¹Vgl. Hallin, *Uncensored War*, S.48

⁵⁰²Vgl. Cohen, Warren & Tucker, Nancy: *Lyndon Johnson Confronts the World*, Cambridge (UK) 1994.

⁵⁰³Zur Ideologie Johnsons in Bezug auf Vietnam und seinem Verhältnis zur Presse vgl. Turner, Kathleen J.: *Lyndon Johnson's Dual War-Vietnam and the Press*, Chicago 1985.

⁵⁰⁴Memorandum: Johnson to Kennedy (May 23. 1961), zit. in: *Vice-Presidential Security File, Vice-Presidential Travel, Vice-President's Visit to Southeast Asia*, May 9.-24., 1961, S.1

⁵⁰⁵Gelb, *Irony of Vietnam*, S.106/107

worden. Vor allem aus innenpolitischen Gründen - eines von Johnsons vorrangigen Zielen war das Programm der „Great Society“⁵⁰⁶ - brauchte er eine breite Unterstützung für seine Vietnampolitik. Er wollte seine innenpolitischen Vorhaben nicht durch eine vollkommen auf Vietnam fixierte Außenpolitik gefährden. Andererseits wäre ein kompletter politischer und militärischer Rückzug in der Vietnamfrage in den USA 1964 als Niederlage empfunden worden. Er hätte zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten mit konservativen Kräften in beiden großen Parteien und zum Verlust ihrer parlamentarischen Unterstützung bei innenpolitischen Gesetzesvorhaben geführt. So entschied sich Johnson für eine Politik des "Sowohl-als-auch" und damit zu einer begrenzten Ausdehnung des US-Militäreinsatzes in Vietnam.⁵⁰⁷ Wegen dieser Ausrichtung ergab sich allerdings für die Johnson-Administration das Problem, dass die militärische Situation in Vietnam nicht ad hoc zugunsten der USA verändert werden konnte. Die Johnson-Administration musste sich auf ein längerfristiges Vorgehen in Vietnam einstellen.⁵⁰⁸

In dieser Situation wollte die Regierung ihre Vietnampolitik nicht von allzu kritischen Presseberichten gefährden lassen. Die Johnson-Administration betrieb zunächst eine ähnliches News Management wie die Kennedy-Administration. Der Unterschied zwischen der Informationspolitik der beiden Regierungen zeigte sich in den Details, nicht im generellen System. Anfänglich setzte die Johnson-Administration auf eine Kooperation mit der Presse. Vor allem sollten positive Nachrichten über den Kriegsverlauf lanciert werden.⁵⁰⁹ Ziel dieser Politik war es, einen möglichst großen Konsens in der Vietnamfrage herzustellen. Kritische Stimmen sollten so weit wie möglich an den Rand des gesellschaftlich akzeptierten Meinungsspektrum oder darüber hinaus in die Sphäre der Abweichung bzw. des Ausschlusses gedrängt werden. Johnsons Washingtoner Pressecorps fand dabei Unterstützung durch die Heimatredakteure des „Time-Magazine“, die die Berichte ihrer Vietnam-Korrespondenten in Erfolgsgeschichten für die USA umschrieben. Aber auch andere Medien,

⁵⁰⁶Der Begriff "Great Society" bezeichnet ein Programm großangelegter Sozialreformen, für dessen Durchsetzung Johnson die Stimmen beider Häuser brauchte und das finanziell eine Belastung für den Staatshaushalt bedeutete. Eine vorbehaltlose Ausweitung des US-Engagement in Vietnam, hätte ebenfalls erhöhte Staatsausgaben nach sich gezogen. Vgl. Turner, *Dual War*, S.34ff.

⁵⁰⁷Johnson schreibt in seinen Memoiren: "I was determined to be a leader of war and a leader of peace, I wanted it both , ..." Johnson, Lyndon B.: *The Vantage Point. Perspectives of the Presidency. 1963-1969*, London 1972, S.422

⁵⁰⁸Dies war schon zu Beginn der Amtszeit Johnsons absehbar. Experten im Beraterstab Johnsons wiesen wiederholt auf diesen Sachverhalt hin. Vgl. dazu die Einschätzung Robert Johnsons, Leiter einer interministeriellen Planungsgruppe, in: *Pentagon Papers*, Gravel Edition, III, S.156

⁵⁰⁹Carpini: "Vietnam and the Press" in: Shafer, *The Legacy*, S.136

nicht zuletzt die großen TV-Stationen, verfolgten zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Linie,⁵¹⁰ die im Bereich des allgemeinen politischen Konsens lag.

Für die Durchsetzung ihrer presse- und informationspolitischen Ziele nutzte die Johnson-Administration einen militärischen Zwischenfall, der in die Geschichte des Vietnamkrieges als "Gulf of Tonkin incident" eingehen sollte. Am 2. August 1964 hatten - so die Darstellung der US Regierung - nordvietnamesische Truppen den amerikanischen Zerstörer „Maddox“ unvermittelt in einem einseitigen Akt von Gewalt angegriffen. Diese Darstellung des Zwischenfalls ist umstritten.⁵¹¹ Glaubwürdiger als die Version eines einseitigen Aktes von Gewalt, ist die Interpretation, dass die Nordvietnamesen mit dem Angriff auf die „Maddox“ einen Vergeltungsschlag für die Bombardierung ihres Territoriums unternahmen.⁵¹² Robert, J. McCloskey, Pressesprecher des US-Außenministeriums, behauptete indes, von Angriffen der Südvietnamesen und erst recht von Bombardierungen durch US-Truppen nichts zu wissen.⁵¹³ Dementsprechend sei der Angriff auf die "Maddox" eine direkte Attacke gegen US-Staatsangehörige im Ausland. Am 3. August 1964 teilte Präsident Johnson in einer Presseerklärung mit, jeden Akt nordvietnamesischer Gewalt mit gleichen Mitteln zu beantworten.⁵¹⁴ In seiner Rede an die Nation vom 4. August 1964 nutzte Präsident Johnson den Tonkin-Zwischenfall zur Begründung und Legitimation für eine Ausweitung militärischer Aktivitäten der USA auf nordvietnamesischem Territorium:

My fellow Americans, as President and Commander in Chief, it is my duty to the American People to report that the renewed hostile actions against U.S. ships in the Gulf of Tonkin have required me to order the military forces of the United States to take action in reply.⁵¹⁵

Die Johnson-Administration brachte umgehend die sogenannte "Tonkin-Resolution" auf den Weg, die von der Regierung als Ersatz für eine offizielle Kriegserklärung gewertet

⁵¹⁰Turner, S.154ff.

⁵¹¹vgl. Kronenberger, S.105-109

⁵¹²Die Einschätzung, dass es sich bei dem Angriff auf die "Maddox" tatsächlich um einen Vergeltungsschlag handelte, wurde nicht nur von der Nordvietnamesen so propagiert, sie wurde sogar von Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats der USA geteilt. Vgl. Gibbons, William Conrad: *The U.S. Government and the Vietnam War: Executive and Legislative Roles and Relationships, Part II, 1961-64*. Prepared for the Committee on Foreign Relations. U.S. Senate, April 1984, S.293. Weiterhin bleibt umstritten, ob - wie von der US-Administration behauptet wurde - am 4. August 1964 ein erneuter Angriff der Nordvietnamesen auf die "Maddox" und den zu ihrer Hilfe beorderten Zerstörer "Turner Joy" in der von den Militärs beschriebenen Form stattgefunden hat. Vgl. Goulden, Joseph C. : *Truth is the First Casualty: The Gulf of Tonkin Affair-Illusion and Reality*, Chicago 1969, S.28

⁵¹³ibid

⁵¹⁴"The 'Phantom Battle' That Led To War" in: *U.S. News & World Report*, July 23., 1984, S.59

⁵¹⁵Weitere Auszüge der Rede finden sich bei: Hallin, *Uncensored War*, S.19

und dementsprechend verwendet wurde. Die Resolution wurde bereits am 5. August 1964, also bevor die tatsächlichen Ereignisse im Golf von Tonkin näher untersucht werden konnten, vom amerikanischen Repräsentantenhaus mit 416 zu 0 und vom Senat mit 88 zu 2 Stimmen verabschiedet.⁵¹⁶

The United States regards the maintenance of international peace and security in South Asia as vital to its national interest and to world peace...the United States are, therefore prepared, as the President determines, to take all necessary steps, including the use of armed force, ...⁵¹⁷

Dies bedeutete eine qualitative Veränderung der Vietnampolitik und die Ausweitung des Krieges. Nun konnten US Regierung und Militärs auch offiziell ein aktives Vorgehen der USA rechtfertigen. Es musste nicht mehr die Argumentation vorgeschoben werden, die US-Truppen würden lediglich ihre Verbündeten unterstützen.⁵¹⁸ Mit der Tonkin-Resolution hielt Johnson nun machtpolitisch eine Carte Blanche in den Händen. Ihm wurde vom Kongress die Autorität übertragen, alle Schritte, die er politisch und militärisch für notwendig hielt, auch ergreifen zu dürfen.⁵¹⁹ Unmittelbar war die Entscheidung der Regierung für eine Ausdehnung des Krieges auch zur Entscheidung des Parlaments geworden. Erst mit dem „War Powers Act“ von 1973 erhielt der Kongress die Möglichkeit, die Entscheidung des Präsidenten für einen Auslandseinsatz von US-Truppen zu widerrufen.⁵²⁰

Johnsons Pressecorps hatte die propagandistischen Möglichkeiten, die der Tonkin-Zwischenfall bot, rechtzeitig erkannt und professionell umgesetzt. Die Regierung

⁵¹⁶U.S. Senate. Senate Foreign Relations Committee: *The Gulf of Tonkin, The 1964 Incidents, Hearings*, Feb. 20, 1968, S.16. Gegen die Resolution stimmten die Senatoren Gruening (Alaska) und Morse (Oregon). Viele Abgeordnete kamen in der Rückschau zur der Einschätzung, mit ihrer Zustimmung einen Fehler gemacht zu haben und fühlten sich von der Regierung getäuscht. Vor allem Senator Fulbright, der später zu einem vehementen Kritiker der Johnson-Administration wurde, ärgerte sich, auf Grund falscher Informationen einen politischen Blankoscheck ausgeschrieben zu haben. Zur Debatte um die Tonkin-Resolution und ihren politischen Folgen vgl. Schweitzer, Carl-Christoph: *Die USA und der Vietnam-Konflikt 1964-1967*, Köln 1969, S.19f. Jüngere Studien betonen ebenfalls, dass der Kongress getäuscht wurde und dass er durch die Tonkin-Resolution seine Kontrollfunktion in der Außenpolitik aufgab. Vgl. Hess, Gary R.: *Vietnam and The United States*, Boston (Mass) 1990, S.79ff. und McCormick, Thomas J.: *America's Half Century: United States Foreign Policy in the Cold War*, Baltimore (MD) 1989, S.152f.

⁵¹⁷ibid

⁵¹⁸Bereits sechs Monate vor dem Tonkin-Zwischenfall hatte die Johnson-Administration geheime militärische Aktivitäten auf nordvietnamesischen Territorium autorisiert, um eine militärische Reaktion Hanois zu provozieren. Schon damals war geplant, eine entsprechende Reaktion der Nordvietnamesen zu propagandistischen Zwecken zu benutzen, um eine Kongressresolution durchzusetzen. Ein militärischer Gegenschlag der Nordvietnamesen war zu dieser Zeit aber noch ausgeblieben. Vgl. dazu: *Pentagon Papers*, NYT- Edition, S.234.

⁵¹⁹ Congressional Research Service (CRS): *The U.S. Government And The Vietnam War: Executive and Legislative Roles and Relationships*, Part 2, 1961-1964, Washington D.C. 1985, S. 301-330.

⁵²⁰Vgl. Schweigler, S.202f.

konnte in den ersten Wochen des August 1964 ihre Sicht der Dinge nicht nur gegenüber dem Kongress, sondern auch gegenüber der Presse und der Bevölkerung durchsetzen.⁵²¹ Erst im Nachhinein enthüllten die Pentagon-Papers, dass die USA schon seit einem halben Jahr planten, die Nordvietnamesen auch auf ihrem eigenen Territorium zu attackieren, völlig unabhängig von deren Aktivitäten. Die Reaktion der USA war also keineswegs erst durch den Tonkin-Zwischenfall provoziert worden. Allerdings gaben dies die Verantwortlichen zum Teil erst vier Jahre nach dem Vorfall oder noch später und erst auf massiven parlamentarischen Druck hin zu.⁵²² Die Presse hatte die von der Regierung verbreitete Sicht der Dinge unkritisch übernommen. Dies lag zum einen an den bereits erwähnten Loyalitäten einiger führender Journalisten. Zum anderen war die Presse aber ebenso wie der Kongress erfolgreich von Militär und Regierung getäuscht worden, weil ihr keine unabhängigen Informationen über den Tonkin-Zwischenfall zur Verfügung standen. Der Darstellung der Nordvietnamesen und damit dem militärischen Feind zu glauben, hätte den Bereich der legitimen Kontroverse weit überschritten.⁵²³

Es gab aber noch einen dritten Grund dafür, warum die Medien die offizielle Variante der Regierung übernahmen und kritische Berichte ihrer Reporter vor Ort zum Teil unterdrückten. Die Heimatredakteure hatten eine ausgeprägte Neigung zum „objective reporting“.⁵²⁴ Unter diesem Begriff - der sich weder mit der Übersetzung „objektive Berichterstattung“, noch mit dem negativ belegten Begriff „Verlautbarungs-Journalismus“ gänzlich erschließen lässt - wurde verstanden, offizielle Meinungen von Regierungsstellen möglichst detailgetreu und ohne eigenen Kommentar wiederzugeben. Dies hatte im Fall des Tonkin-Zwischenfalls allerdings erhebliche Folgen für die Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung und parlamentarischer Zirkel. Durch das Fehlen einer kommentierenden Einordnung der von der Regierung verbreiteten vermeintlichen Fakten, wurden diese für die Leser und Zuschauer zur Wahrheit. Der

⁵²¹Goulden, S.44

⁵²²Vgl. die Aussage von Verteidigungsminister McNamara vor einem Untersuchungsausschuss des Senats im Jahre 1968. Dort beantwortete er die Frage von Senator Symington, ob der Tonkin-Zwischenfall **wirklich** der Grund für die Entscheidung, militärisch gegen Nordvietnam vorzugehen gewesen sei oder ob es vielmehr nur um die **nachträgliche Legitimation** einer bereits längst getroffenen Entscheidung gegangen sei, mit „Ja“. U.S. Senate. Senate Foreign Relations Committee, *The Gulf of Tonkin*, S.10

⁵²³Daher berichteten nur wenige, alternative Blätter kritisch über den Vorfall. Vgl. z.B. *New Republic*, 11.8.1964.

⁵²⁴Zum Begriff des "objective reporting" vgl. Cohen, Bernard: *The Press and Foreign Policy*, Princeton 1963, S.28f.

Unterschied zwischen Meinung der Regierung und tatsächlichen Geschehnissen verschwamm in der Berichterstattung.⁵²⁵

Am 8. Februar 1965 autorisierte Präsident Johnson US-Luftangriffe auf Nordvietnam.⁵²⁶ Der vorletzte Schritt in der Strategie der begrenzten Eskalation war nun vollzogen worden. Bei der Pressepolitik wurde weiterhin auf eine Vertuschungs- und Verheimlichungstaktik gesetzt. Zugleich waren im Bereich der Informationspolitik die eigenen propagandistischen Anstrengungen verstärkt worden. Es gab die Anweisung, in offiziellen Regierungsverlautbarungen zu Vietnam verstärkt auf die Dominotheorie und auf die Gefahr des kommunistischen Expansionsdrangs hinzuweisen.⁵²⁷ Zusätzlich wurde das Vietnam-Engagement zu einer Frage der nationalen Sicherheit aufgewertet, womit eine noch strengere Geheimhaltung der tatsächlichen Absichten und des konkreten Vorgehens gerechtfertigt wurde. Am 1. April 1965 ordnete Johnson Offensiveinsätze amerikanischer Bodentruppen in Nordvietnam an. Gemäß der Geheimhaltungsstrategie war der Regierungsbeschluss in einem Nationalen Sicherheitsmemorandum festgeschrieben worden:

The President desires with respect to these actions...premature publicity should be avoided by all possible precautions. The actions themselves should be taken as rapidly as practicable, but in ways that should minimize any appearance of sudden change in policy, and official statements on troop movements will be made only with the direct approval of the Secretary of Defense in consultation with the Secretary of State. The President's desire is that these movements and changes should be understood as being gradual and wholly consistent with existing policy.⁵²⁸

⁵²⁵Für diese Art der Berichterstattung gibt es zahlreiche Beispiele, die auf Grund der Menge der journalistischen Publikationen nicht alle hier aufgeführt werden können. Der Autor hat sich daher auf die beiden größten meinungsmachenden Zeitungen, die „New York Times“ und die „Washington Post“ konzentriert. Bei der Durchsicht der Berichte, die den Tonkin-Zwischenfall betrafen, fällt ins Auge, dass sie ausschließlich auf Informationen offizieller Regierungs- oder Militärstellen basierten. Auch auf einen dezidierten eigenen Kommentar, der zumindest Zweifel an der Darstellung der Regierungsseite hätte aufwerfen können, mussten die Leser verzichten. Ein Beispiel dafür, dass selbst kritische Journalisten durch das "objective reporting" und durch den Mangel an alternativen Informationsquellen beeinflusst wurden, ist ein Artikel Tom Wickers : "Decision: President Johnson, in a nationwide broadcast, tells of action he ordered taken against North Vietnam" in: *„New York Times“*, Aug. 5, 1964.

⁵²⁶Turner, *Dual War*, S.116f. Die Luftangriffe wurden am 11. Februar 1965 kurzfristig gestoppt, um die Reaktion der amerikanischen Presse auszuloten. Diese fiel unterschiedlich aus. Während die Mehrheit die Luftangriffe begrüßte, wie zum Beispiel Joseph Alsop von der "Washington Post", gab es auch Kritiker. Hier ist vor allem erneut Charles Mohr zu nennen. Die vom Autor vorgenommene Quellenauswertung der "Washington Post", „New York Times“, "Wall Street Journal" und "Los Angeles Times"(jeweils vom 1.-20.Feb. 1965 aller den Vietnamkrieg betreffenden Berichte) zeigt allerdings, dass die Befürworter in der Mehrheit waren.

⁵²⁷Am 27. Februar 1965 erschien ein Regierungspapier mit dem Titel "Aggression from the North - the Record of North Vietnam's Campaign to Conquer South Vietnam". Das Papier ist abgedruckt in: *Pentagon Papers*, Gravel Edition, S.323f.

⁵²⁸*National Security Action Memorandum*, No. 328, April 6. 1965, Washington D.C., NA RG273.

Die Anordnungen zur Verschwiegenheit zeigen die Bedenken der Administration. Sie war sich zu diesem Zeitpunkt nicht sicher, wie stark der allgemeine politische Konsens war und ob, die Entscheidung Bodentruppen einzusetzen, innerhalb der Bevölkerung eine breite Basis hatte. Dieser letzte, vorläufige Höhepunkt der militärischen Eskalation wurde der Öffentlichkeit bewusst verschwiegen; aus Regierungssicht ging es um eine Frage der nationalen Sicherheit.⁵²⁹ Eine zusätzliche demokratische Legitimation ihrer Entscheidung hielt die Exekutive nicht für notwendig. Seit der Tonkin-Resolution war, so die Regierungssicht, für den Einsatz von Bodentruppen auch eine parlamentarische Grundlage gegeben.

Allerdings wich Johnson am 1. April 1965 auf einer Pressekonferenz Fragen zu diesem Thema aus. Einige Journalisten wollten wissen, ob nach den Luftangriffen auch der Einsatz von Bodentruppen geplant sei. Johnson antwortete, es gebe keine konkreten Planungen aber man müsse alle Optionen prüfen, falls die Provokationen der Nordvietnamesen nicht aufhören würden.⁵³⁰ Erst am 28. Juli 1965 gestand er ein, dass US-amerikanische Bodentruppen in Nordvietnam bereits seit mehr als drei Monaten im Einsatz waren. Gleichzeitig betonte der Präsident aber, dass sich dadurch weder die angebliche Defensivtaktik der US-Armee noch die bisherige Regierungspolitik geändert habe oder ändern würde.⁵³¹ Im Stile des "objective reporting" wurde von den meisten Zeitungen die Stellungnahme des Präsidenten ohne Kommentar abgedruckt bzw. von den TV-Stationen gesendet. Ein Grossteil der Presse hatte es bis zur Jahresmitte 1965 versäumt, Johnson mit seinen eigenen Aussagen der Vergangenheit zu konfrontieren und damit die Öffentlichkeit umfassend zu informieren. Das änderte sich allerdings sukzessive seit dem 28. Juli 1965, da sich nach Johnsons spätem Eingeständnis der Existenz von Bodentruppen, nun auch die Heimatredakteure in Washington vom Präsidenten getäuscht fühlten. Bereits am 29. Juli 1965 schrieb die „New York Times“ in ihrer Schlagzeile: „This is Really War.“⁵³²

Die zur Imageverbesserung gedachten Inszenierungen und Beschönigungen des Kriegsverlaufs wirkten jetzt kontraproduktiv; sie führten nach und nach auch bei den Journalisten in Washington zu verstärkten Zweifeln am Wahrheitsgehalt präsidentieller Aussagen.⁵³³ Wurde zunächst nur die Person Johnsons kritisiert, weitete sich diese

⁵²⁹In dem Memorandum waren wiederholt dringliche Anweisungen eingefügt, den Einsatz streng geheim zu behandeln. Vgl. *ibid* und *Pentagon Papers*, Gravel Edition III, S.702/703

⁵³⁰*White House Press Briefing*, April 1, 1965.

⁵³¹Vgl. dazu: *Pentagon Papers*, NYT-Edition, S.416

⁵³²„New York Times“, 29. Juli 1965.

⁵³³Turner, S.13

Kritik bald zu einer Kritik seiner Vietnampolitik aus. Erstmals tauchte der Begriff „credibility gap“ auf.⁵³⁴ Die Phase von 1965 bis 1968 kann als ein Prozess des Auseinanderdriftens der Meinungspartnerschaft zwischen weiten Teilen der Presse und der Regierung charakterisiert werden. In dieser Zeit wurde der Bereich der legitimen Kontroverse ausgedehnt. So war es für die Zeitungen sowie Radio- und Fernsehsender kein generelles Tabu mehr, die Kriegspolitik des Präsidenten zu kritisieren.⁵³⁵

Präsident Johnson empfand sein Verhältnis zur Presse selbst als gespannt. Als gebürtiger Texaner meinte er eine Antipathie bei den Washingtoner Journalisten und den großen Medienorganisationen an der Ostküste auf Grund seiner Herkunft wahrzunehmen:

One reason the country could not rally behind a Southern President, I was convinced, was that the metropolitan press of the Eastern seabord would never permit it. My experience in office had confirmed this reaction.⁵³⁶

Über die Frage, inwieweit diese Einschätzung der Realität entsprach, lässt sich nur mutmaßen. Fakt bleibt aber, dass Johnson mit der Darstellung seiner Person in den Medien nicht zufrieden war.⁵³⁷

Einen nachhaltigen Effekt auf die Pressepolitik der Johnson-Administration hatte die Bedeutung des Fernsehens als Massenmedium. Exemplarisch ist hier der Umgang mit einem Bericht des CBS-Korrespondenten Morley Safers. Safer hatte die Gelegenheit gehabt ohne Begleitung durch Militärangehörige, eine US-Marines-Einheit beim Einrücken in das Dorf Cam Ne zu filmen.⁵³⁸ Die US-Soldaten forderten die Bewohner auf, ihre Häuser zu verlassen und brannten danach das Dorf nieder.⁵³⁹ Als Safers Filmmaterial am 5. August 1965 ausgestrahlt wurde, belegte es somit, dass US-Soldaten auch Repressalien gegenüber der Zivilbevölkerung ausübten. Dementsprechend heftig waren die Reaktionen der Zuschauer, zahlreiche empörte Anrufe gingen im Funkhaus ein und CBS wurde von einigen Bürgern der

⁵³⁴Erstmals tauchte der Begriff in der Presse in einem Artikel David Wises auf. Vgl. "The credibility gap" in: *New York Herald*, 23. Mai 1965. In diesem Zusammenhang meint Wise die Abnahme des Vertrauens der Bevölkerung in die Johnson-Regierung in Bezug auf Indochina. Später wurde dieser Begriff zu einer generellen Charakterisierung der Johnson-Politik benutzt. Vgl. Turner, *Dual War*, S.140f.

⁵³⁵Gelb, a.a.O.

⁵³⁶Johnson, Lyndon B.: *The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963-1969*, London 1972, S.24

⁵³⁷Ders., S.27ff.

⁵³⁸Safer, Morley: *Report on Cam Ne*, CBS-News, August 5. 1965.

⁵³⁹Safers Bericht gibt keinen Aufschluss über die Motive der Aktion. Es bleibt unklar, ob die US-Soldaten einen ausdrücklichen Befehl befolgten oder ob es sich um eine unkontrollierte Handlung der Soldaten handelte.

Wahrheitsverfälschung bezichtigt. Die Empörung richtete sich nicht etwa gegen die US-Soldaten, sondern gegen den Reporter. Daran kann man unter anderem ablesen, inwieweit die Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits durch die bisherige Berichterstattung beeinflusst worden war. Gerade das Fernsehen hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt in erster Linie durch die Übernahme der Regierungslinie ausgezeichnet.⁵⁴⁰ Die bisherigen Berichte dienten zum Teil Unterhaltungszwecken und der Konsensförderung für den militärischen Einsatz. Aktionsgeprägte Berichte über erfolgreiche US-Kampfhandlungen hatten die Nachrichten dominiert.⁵⁴¹ Die Zuschauer waren daher auf Safer's Bericht nicht vorbereitet gewesen. Die legitime Kontroverse war noch nicht so weit erweitert worden, als dass auch den US-Soldaten unmenschliches Verhalten zugetraut wurde. Viele Zuschauer wollten daher einfach nicht glauben, was sie mit eigenen Augen gesehen hatten. Die starke Emotionen hervorrufenden Bilder waren zudem noch mit einem kritischen Kommentar versehen:

The day's operation burned down 150 houses, wounded three women, killed one baby, wounded one marine and netted these four prisoners: Four old men who could not answer questions put to them in English. Four old men who had no idea what an I.D. card was. Today's operation is the frustration of Vietnam in miniature. There is little doubt that American firepower can win a military victory here. But a Vietnamese peasant whose home, which means a lifetime of backbreaking labor, is now burnt – it will take more than presidential promises to convince him that we are on his side.⁵⁴²

Erstmalig wurden damit im amerikanischen Fernsehen die Brutalität und die Irrationalität des Krieges dargestellt. Der Bericht demythologisierte das Ideal eines „sauberen“ Krieges. Auch wenn Safer nicht daran zweifelte, dass die USA den Krieg gewinnen könnten, warf er doch eindringlich die Frage auf, zu welchem Preis dies geschehen würde. Die heftigen Reaktionen beschränkten sich nicht nur auf die Durchschnitts-Zuschauer. Am Morgen nach der Ausstrahlung erreichte CBS-Chefredakteur Frank Stanton folgender Anruf:

'Frank', said the early-morning wake-up call, 'Are you trying to fuck me?' 'Who is this?' said the still sleepy Stanton. 'Frank, this is your President, and yesterday your boys shat on the American flag.⁵⁴³

⁵⁴⁰Zur Analyse der US-Fernsehberichterstattung in Vietnam vgl. Epstein, Edward J.: *Between Fact and Fiction: The Problems of Journalism*, New York 1975, S.212ff.

⁵⁴¹Vgl. Fulbright, William F.: *The Pentagon Propaganda Machine*, New York 1970, S.28f. und S.103ff. Der ungeheure Bedarf an Bildmaterial konnte durch eigene Reporter nicht gedeckt werden. Daher griffen die TV-Anstalten bis 1965 zumeist auf vom Pentagon produzierte Aufnahmen zurück. Das Pentagon beschäftigte zum Zwecke der Herstellung von Propaganda-Filmmaterial mehr Mitarbeiter als alle Fernsehanstalten der USA zusammen.

⁵⁴²Safer, *Report on Cam Ne*, CBS-Transkription.

⁵⁴³zit. in: Halberstam, David: *The Powers That Be*, New York 1976, S.683

Die Johnson-Administration reagierte auf den Bericht mit der Forderung, Safer zu entlassen, der CBS aber nicht nachkam. Daraufhin drohte Johnson, Safer öffentlich als Kommunisten zu entlarven. Außenminister Rusk denunzierte den Journalisten als KGB-Agenten. In den folgenden Wochen wurde Safer durch FBI-Agenten observiert, allerdings ohne Ergebnis, da Safer keinerlei Kontakte zu Kommunisten nachgewiesen werden konnten.⁵⁴⁴

Das Militär nahm die Ausstrahlung des Berichts als Beleg für eine verfehlte Pressepolitik. Der Ruf nach einer direkten Zensur wurde laut. Der amtierende US-Oberbefehlshaber in Vietnam, General Westmoreland, forderte die Verbannung aller Reporter aus Kampfzonen.⁵⁴⁵ Die Stimmung zwischen den US-Militärs und den US-Vietnamkorrespondenten hatte sich eindeutig verschärft. Um den nun fast offen ausbrechenden Konflikt zwischen dem Informationsbedürfnis der Reporter und den der nationalen Sicherheit verpflichteten Militärs einzudämmen, wurden 1966 von den US-Militärbehörden in Saigon sogenannte „ground rules“ eingeführt.⁵⁴⁶ Diese Grundregeln waren ein Ersatz für eine direkte Zensur.⁵⁴⁷ Die Tatsache, dass es im Vietnamkrieg keine offizielle Militärzensur gegeben hat, darf also nicht zum Schluss verleiten, dass die Militärs nicht doch nach 1966, zum Beispiel durch die ground rules, zensierende Wirkung auszuüben versuchte. Es gelang ihnen allerdings nicht in demselben Maße wie ihren Vorgängern im Ersten und Zweiten Weltkrieg, weil es zahlreiche Journalisten gab, die sich bereits im Lande befanden und sich nicht den ground rules unterwarfen, sondern unabhängig von einer Militärbegleitung recherchierten. In den Grundregeln waren 15 Kategorien von Informationen und Berichten aufgelistet, deren Publizierung erst nach ihrer offiziellen Verkündung durch die US-Behörden erlaubt war. Die meisten Journalisten, die neu ins Land kamen und in harten Gefechten auf Truppenbegleitung angewiesen waren, akzeptierten notgedrungen diesen Regelkatalog⁵⁴⁸.

Auch in Washington verschärfte sich zusehends das Klima zwischen der Regierung und Teilen der Presse. Als Beispiel dafür mögen die beiden einflussreichen

⁵⁴⁴Young, Marylin B.: *The Vietnam Wars 1945-1990*, New York 1991, S.356ff.

⁵⁴⁵Hammond, William M: *Public Affairs: The Military and the Media, 1962-1968*, Washington D.C. 1988, S.192f.

⁵⁴⁶Die Grundregeln wurden von der Presse aber erst wesentlich später in Artikeln thematisiert. Vgl. "U.S. 'Ground Rules' Keep Rein on War Reporting" in: „*New York Times*“, July 2., 1968.

⁵⁴⁷CRS, Part 2, Appendix.

⁵⁴⁸Young, S.298

Kolumnisten Walter Lippmann und James Reston⁵⁴⁹ dienen. Obwohl beide zunächst die Vietnampolitik Johnsons neutral oder positiv bewerteten, änderte sich durch die beschriebenen Vorfälle ihre Einstellung. Nun kritisierten sie die Politik der Regierung. Dabei tasteten sie aber nie den allgemeinen politischen Konsens an, sondern blieben im Bereich der legitimen Kontroverse; ihre Kritik bezog sich hauptsächlich auf die Täuschungsmanöver der Regierung und noch nicht auf die ideologischen Hintergründe des Krieges.⁵⁵⁰

Die Reaktion der Johnson-Administration auf das Ausscheren der beiden Journalisten aus der Riege der Unterstützer war hart: Reston und Lippmann verloren die Akkreditierung für das Weiße Haus. Andere, der Regierung positiv zugeneigte, Journalisten wurden indes bevorzugt behandelt.⁵⁵¹ Des Weiteren wurde in Washington versucht, durch von der Regierungsadministration verbreitete Memoranden, Kritiker zu widerlegen oder zu diffamieren. Doch inzwischen hatten sich auch Parlamentarier auf die Seite der Kritiker geschlagen. Ende Januar 1966 eröffnete Senator Fulbright eine Reihe von Anhörungen vor dem "Senate Foreign Relations Committee", in denen die Vietnampolitik der Regierung öffentlich diskutiert wurde.⁵⁵² Diese Anhörungen wurden live vom Fernsehen übertragen und sorgten dafür, dass erstmals seit Beginn des Krieges eine der Regierungsdarstellung widersprechende Meinung im großen Rahmen der Bevölkerung präsentiert werden konnte.⁵⁵³ Durch die Live-Übertragungen erfuhren nun auch viele Bürger, die nicht regelmäßig die Zeitungen gelesen hatten von den Ungereimtheiten in der Argumentation der Regierung. Die Ausdehnung der legitimen Kontroverse hatte damit eine andere Ebene erreicht. Die Pressepolitik der Desinformation und Manipulation entwickelte sich nun für die Johnson-Regierung zu einem meinungspolitischen Bumerang.⁵⁵⁴

Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellt die Berichterstattung des „New York Times“-Korrespondenten Harrison E. Salisbury dar. Salisbury hatte im Dezember 1966 die Erlaubnis erhalten, nach Nordvietnam einzureisen und von dort zu berichten. Seine Berichte über das Ausmaß der Zerstörung von zivilen Zielen durch US-Truppen

⁵⁴⁹Vgl. die Memoiren Restons, aus denen hervorgeht, dass er mit zunehmendem Kriegsverlauf eine immer kritische Distanz zur politischen Führung einnahm, ohne allerdings deren Autorität generell in Zweifel zu ziehen. Reston, James: *Deadline. A Memoir*, New York 1992.

⁵⁵⁰Vgl. Hallin, *Uncensored War*, S.56

⁵⁵¹Turner, S.160

⁵⁵²US Senate: *Hearings before the Committee on Foreign Relations*, Washington D.C. 1966.

⁵⁵³Ein Teil der Hearings liegt als Abschrift vor, die auch in Buchform veröffentlicht wurde. Vgl. Fulbright, William J. (Ed.): *The Vietnam Hearings*, New York 1966.

⁵⁵⁴Turner, S.154

widersprachen der US-Regierungsdarstellung erheblich.⁵⁵⁵ Während das Pentagon und das Außenministerium immer wieder betont hatten, dass die US-Bombardements mit absoluter Präzision ausschließlich *militärische* Ziele getroffen hätten, kam in den Berichten Salisburys zum Ausdruck, dass die Zerstörung *ziviler* Ziele erheblich war. Erstmals berichtete nun ein renommierter Journalist auch von der Gegenseite aus, der Feind bekam ein Gesicht. Die Reaktion der Johnson-Administration trat in diesem Fall - vermutlich wegen der Weihnachtsfeiertage - mit Verspätung ein.

Im Januar 1967 startete die Administration eine Gegenoffensive. Ihrer bisherigen Linie treu bleibend, wurden Salisburys Berichte von einem Expertenstab auf Schwachstellen untersucht und Salisbury selbst als kommunistischer Propagandist diffamiert.⁵⁵⁶ Auch einige regierungstreue Journalisten übten massive Kritik an Salisbury. So bezeichnete ihn „Washington Post“-Kolumnist Chalmers Roberts als "Ho's chosen instrument".⁵⁵⁷ Eine erst 16 Jahre später deklassifizierte CIA-Studie bestätigte die Richtigkeit von Salisburys Angaben. Erst dadurch konnte sich Salisbury vom Verdacht, ein Sympathisant Nordvietnams und ein Kommunist zu sein befreien.⁵⁵⁸

Dennoch hatten seine Berichte Wirkung erzielt. Durch die Senatsanhörungen, den CBS-Beitrag und auf Grund von Salisburys Berichterstattung wurden andere Medien animiert, ebenfalls kritischer zu berichten. Die Zeitungen berichteten nun auch vermehrt über die Opfer in der vietnamesischen Zivilbevölkerung⁵⁵⁹, den für die USA nicht gerade günstigen Kriegsverlauf und die Frustration bei den US-Soldaten. Selbst innerhalb der Exekutive häuften sich nunmehr skeptische Äußerungen. Diese bezogen sich aber in der Regel ausschließlich auf die Beurteilung des Kriegsverlaufs:

Our strategy of attrition has not worked...We became mesmerized by statistics of known doubtful validity, choosing to place our faith only in the ones that showed progress. ...In short, our setbacks were due to wishful thinking compounded by a

⁵⁵⁵Der erste seiner Berichte erschien an Weihnachten 1966 unter dem Titel: "A visitor to Hanoi Inspects Damage Laid to U.S. Raids" in: „*New York Times*“, 25/26. Dec., 1966. Man sollte in diesem Zusammenhang die emotionale Wirkung des Berichts auf die überwiegend christliche Bevölkerung der USA gerade zu dieser Zeit nicht unterschätzen.

⁵⁵⁶Vgl. Goulding, Phil E.: *Confirm or Deny: Informing the People on National Security*, Chicago 1969, S.52f.

⁵⁵⁷zit. in: Turner, *Dual War*, S.173

⁵⁵⁸Auszüge der CIA-Studie sind zitiert in: Salisbury, Harrison E.: *A Time of Change. A Reporter's Tale of Our Times*, New York 1988, S.148f.

⁵⁵⁹In einem Augenzeugenbericht für den "New Yorker" im April 1967 beschrieb Jonathan Schells das von der US-Regierung befürwortete "Pazifizierungsprogramm" in Südvietnam. Dieses Programm stellte sich für den Augenzeugen allerdings als ein gewaltsames Umsiedlungsprogramm dar. Am 7. April 1967 veröffentlichte die Zeitung "Life" zwölf Fotoseiten, die die von US-Truppen verursachten Zerstörungen in Nordvietnam zeigten. Für diese und weitere Beispiele vgl. Young, *Vietnam Wars*, S.195f.

massive intelligence collection and/or intelligence failure...We have achieved stalemate at a high commitment.⁵⁶⁰

Das Problem der Zerstörung von zivilen Zielen spielte in Regierungskreisen 1967 zwar noch eine untergeordnete Rolle.⁵⁶¹ Mit der oben zitierten Einschätzung des Verteidigungsministeriums wurden die Zweifel am Erfolg des Vietnam-Engagements jedoch auch innerhalb der Administration erheblich gestärkt. Der Presse und der Bevölkerung blieben sie zu diesem Zeitpunkt aber verborgen.⁵⁶²

Hatte die Johnson-Administration bis Mitte 1967 Negativmeldungen über den Kriegsverlauf auf eine schlechte Presse abwälzen können, wurde dies nun immer schwerer. Innerhalb der Bevölkerung zeigte sich langsam ein verändertes Stimmungsbild. Bei Meinungsumfragen sprachen sich rund 25 Prozent der Befragten für einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Vietnam aus und befürworteten stattdessen eine verstärkte, finanzielle Unterstützung der Verbündeten.⁵⁶³ Auch im Fernsehen, das bis 1967 - von den beschriebenen Ausnahmen abgesehen - als regierungstreu eingestuft werden konnte, änderte sich der allgemeine Ton der Berichterstattung.⁵⁶⁴ Zwar konzentrierten sich die TV-Reporter weiterhin auf offizielle Quellen, doch wurden diese nun durch private Äußerungen von Regierungsmitgliedern kontrastiert, die wesentlich weniger optimistisch anmuteten als die Aussagen des Präsidenten, der noch am 17. November 1967 behauptete: „We are making progress. We are pleased with the results that we are getting.“⁵⁶⁵ Doch trotz aller bisherigen Stufen der Ausweitung der legitimen Kontroverse stand ein entscheidender Stimmungsumschwung am Jahresende 1967 noch bevor. Der Impetus für eine entscheidende Veränderung der öffentlichen Meinung kam zu Beginn des Jahres 1968 vom Kriegschauplatz in Vietnam.

Die Stimmung kippt: Die Tet-Offensive und ihre Folgen (1968)

⁵⁶⁰Vgl. *Pentagon Papers*, Gravel Edition IV, S.556f.

⁵⁶¹ibid

⁵⁶²Die Einschätzung stammt aus einer **geheimen** Studie des Verteidigungsministeriums. Sie wurde erst später durch die „Pentagon Papers“ bekannt.

⁵⁶³Vgl: Mueller, John. E.: *War, Presidents and Public Opinion*, Willey 1973, S.36. Dabei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin für ein aktives Vorgehen der USA in Vietnam plädierte.

⁵⁶⁴Hallin, *Uncensored War*, S.164ff.

⁵⁶⁵Berman, Larry: *Lyndon Johnson's War: The Road to Stalemate Vietnam*, New York 1989, S.115

Am Tag des vietnamesischen Neujahrsfest "Tet", dem 30. Januar, starteten die nordvietnamesische Armee und die National Liberation Front of South Vietnam (NLF) in über hundert Städten auf dem Territorium des Gegners eine Großoffensive. Diese Offensive überraschte sowohl die Südvietnamesen als auch die US-Truppen. Es kam zu den schwersten Kämpfen des Krieges und zu hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung.⁵⁶⁶ Die Frage, ob die Tet-Offensive ein militärischer Erfolg oder Misserfolg war ist häufig kontrovers diskutiert worden und soll daher hier nicht näher erörtert werden.⁵⁶⁷ Entscheidend für die Pressepolitik ist die Interpretation dieses militärischen Ereignisses durch die US-Medien und die daraus resultierenden Perzeptionen und veränderten Wahrnehmungen. Während der Kämpfe verlor das US-Militär die Kontrolle über den Aufenthaltsort der US-Journalisten. Es gab zahlreiche Augenzeugenberichte von Straßenkämpfen. Die Zerstörungen in Saigon und anderen Städten Südvietnams waren unübersehbar.⁵⁶⁸ Besondere psychologische Bedeutung kam dabei der Berichterstattung über die angebliche Einnahme der US-Botschaft in Saigon zu. In den Wirren der ersten Angriffswelle hatten mehrere große Zeitungen berichtet, die Botschaft sei von kommunistischen Untergrundkämpfern eingenommen worden.⁵⁶⁹ Auch wenn sich diese Meldungen als falsch herausstellten, erschien allein die Tatsache, dass Mitglieder des Vietcong in die Nähe der Botschaft bzw. auf das Gelände gelangen konnten, als Niederlage. Jack Valenti, ein Berater Johnsons, bemerkte:

When you see Vietcong ... ten feet from the door of the U.S. embassy before they were finally killed, somebody said: 'My God, if they can get that close to the embassy, the war is over!'.⁵⁷⁰

Dieser Eindruck wurde durch Fotos⁵⁷¹ bestärkt. Der Argumentation der Regierung, das US-Militär und die Südvietnamesen hätten die Lage unter Kontrolle, wurde eine andere Sichtweise entgegengestellt.⁵⁷²

⁵⁶⁶Pentagon Papers, NYT-Edition, S.114

⁵⁶⁷Inzwischen wird die Tet-Offensive, trotz ihres Überraschungseffekts, nicht mehr als Sieg der NLF und der nordvietnamesischen Armee gewertet, da diese bei der Operation zu hohe eigene Verluste hinnehmen mussten und schließlich unterlagen. Vgl. Kronenberger, S.204

⁵⁶⁸Young, Vietnam Wars, S.198

⁵⁶⁹Vgl. die Titelseiten der „Washington Post“ und der „New York Times“ vom 31.Jan.1968.

⁵⁷⁰Valenti in: Ellerbee, Linda and others: *Winds of Change-Winter 1968*, New York 1987, S.4

⁵⁷¹Die Aufnahmen des Fotografen Dick Swanson im Magazin „Life“ (Feb, 2 1968) zeigten die toten Guerilla-Kämpfer.

⁵⁷²Mandelbaum, S.159

Während der Tet-Offensive waren auch amerikanische Fernseherteams zur Stelle gewesen. Die TV-Journalisten konnten auf eigene Filmaufnahmen zurückgreifen und mussten sich nicht aus dem Pentagon-Material bedienen. Dementsprechend sah das Bild des Krieges auf den US-Bildschirmen nun anders aus. So wurden nicht mehr nur landende und startende Hubschrauber oder Fallschirmspringer im Einsatz gezeigt, sondern auch flüchtende Vietnamesen und brennende Dörfer. Wenn in den letzten Jahren das Misstrauen gegenüber offiziellen Verlautbarungen der Regierung nur ganz allmählich gewachsen war, schoss es nun in die Höhe. Inzwischen schenkten größere Teile der US-Bevölkerung den offiziellen Aussagen der Regierung nur noch eingeschränkt Glauben.⁵⁷³ Die hohe Akzeptanz des allgemeinen politischen Konsens, das Vertrauen in die Schlagkraft der USA und die Annahme, der Krieg könne schnell beendet werden, hatten die große Basis für die bisherige fast vorbehaltlose Unterstützung für den US-Kriegseintritt gebildet. Diese Grundlagen gerieten nun ins Wanken und damit sank auch die Akzeptanz für die Heroisierung der Kampfhandlungen und der Glaube an einen schnellen Sieg.⁵⁷⁴ In diesem Zusammenhang ist vor allem die Bedeutung des Fernsehens zu nennen. Für viele US- Bürger bildete das Fernsehen die Hauptinformationsquelle. Bis zur Tet-Offensive waren nur wenige, kritische Berichte zum Vietnamkrieg ausgestrahlt worden. Diese Tendenz kehrte sich nun um: Die Fernsehberichte wurden durchgehend kritischer.⁵⁷⁵ Außerdem wurden die Bilder jetzt vermehrt durch eigene Reporter-Einschätzungen kommentiert, das Ideal des „objective reporting“ wurde zusehends durch die Vorstellung eines „interpretative journalism“ ersetzt.⁵⁷⁶

Ein weiterer, für den Meinungsbildungsprozess ausschlaggebender Punkt, bestand darin, dass das Fernsehen nun auch Aufnahmen von Lynchjustiz der Südvietnamesen zeigte. Bisher war der Verbündete der USA immer positiv dargestellt worden. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Berichterstattung über die

⁵⁷³Nach einer Gallup-Umfrage sprachen sich nach der Tet-Offensive nur noch 35 Prozent der Befragten für Johnsons Vietnampolitik aus. Vor der Tet-Offensive lag die Akzeptanz teilweise bei über 75 Prozent, zwischen 1964 und 1967 waren es sogar im Mittel mehr als 90 Prozent. vgl. Turner, *Dual War*, S.219

⁵⁷⁴Vgl. Gustainis, *American Rhetoric*, S.43. Über die Tatsache, dass die positive Mythologisierung des Krieges ein Großteil der US-Bevölkerung in ihrer Meinung beeinflusste, besteht in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung eine gewisse Einigkeit. Vgl. unter anderen: Gustainis, S.33f.; Hallin, *Uncensored War*, S.142-146 und Carpini: "Vietnam and the Press", in : Shafer: *The Legacy*, S.137f.

⁵⁷⁵Gans, *Deciding*, S.200

⁵⁷⁶Der Begriff kann wohl am ehesten mit „einordnendem Journalismus“ übersetzt werden. Die Journalisten beschränkten sich nicht mehr ausschließlich auf die reine Präsentation der Geschehnisse, sie analysierten diese auch und stellten sie in einen politischen Zusammenhang. So erhöhte sich der Anteil von Kommentaren in den Nachrichtensendungen von 5,9 Prozent (vor der Tet-Offensive) auf 20 Prozent (in den ersten zwei Monaten nach der Offensive). Vgl. Hallin, *Uncensored War*, S.169

Buddhistenkrise und Safers Beitrag für CBS. Kriegsverbrechen und Misshandlungen erwartete der US-Fernsehzuschauer daher von den Soldaten des Vietcong, aber nicht von den Südvietnamesen oder gar von US-Truppen. Diese Erwartungshaltung war zudem dadurch stimuliert worden, dass die wahre Natur der verschiedenen südvietnamesischen Regime der amerikanischen Bevölkerung nicht präsentiert worden war.⁵⁷⁷

Durch den "Huntley-Brinkley Report" des Senders NBC und die Bilder des AP-Fotografen Eddie Adams geriet das Bild der Südvietnamesen erheblich in Schiefelage. In dem Bericht wurden Bilder von der Erschießung eines vermeintlichen Vietcongekämpfers auf offener Straße durch den Polizeichef von Saigon gezeigt.⁵⁷⁸ Diese Sendung sahen ungefähr zwanzig Millionen US-Amerikaner.⁵⁷⁹ Auch wenn das Töten des Gegners in einem Krieg von den meisten Zuschauern nicht generell als unmoralisch empfunden wurde, und sich später herausstellte, dass vor der Tat die Familie des Polizeichefs ermordet worden war, überschritt eine willkürliche Exekution auf offener Strasse ohne vorherige Gerichtsverhandlung, für viele doch die Grenzen des moralisch Zulässigen.⁵⁸⁰

Ein weiterer Rückschlag für die Pressepolitik Johnsons war die veränderte Berichterstattung des populären Fernsehjournalisten Walter Cronkite. Der CBS-Moderator war im Februar 1968 nach Vietnam gereist, um sich über die Kriegssituation zu informieren. Nach seiner Rückkehr in die USA vertrat er in der Sendung "CBS-Evening News" die Meinung, dass die einzige Möglichkeit für die USA aus dem Vietnamkrieg militärisch und vor allem moralisch einigermaßen unbeschadet herauszukommen, darin bestand, den Krieg möglichst schnell zu beenden.⁵⁸¹ Die "CBS-Evening News" hatten zu dieser Zeit die höchsten Einschaltquoten von allen US-TV-Nachrichtensendungen. Cronkite verarbeitete seine Eindrücke aus Vietnam zudem noch in einer Sondersendung, die ebenfalls Millionen US-Bürger sahen. In dieser Reportage vertrat er die Meinung:

⁵⁷⁷Mandelbaum, Michael: „Vietnam. The Television War“ in: *Daedalus*, 111:4, Fall 1982, S.159

⁵⁷⁸Aus Pietät und aus ästhetischen Gründen hatte NBC sogar die letzte Sequenz des Filmes, in der die Kugel die Schädeldecke des Opfers durchschlägt, nicht ausgestrahlt. *The Huntley-Brinkley Report: The Tet-Execution*, Feb. 2. 1968., NBC-Archiv New York. Dieses Bild wurde später in zahlreichen Kino-Filmen motivisch verarbeitet und teilweise in andere Zusammenhänge gestellt.

⁵⁷⁹Vgl. Bailey, George A. und Lichty, Lawrence W.: "Rough Justice on a Saigon Street: A Gatekeeper's Study of NBC's Tet Execution Film" in: *Journalism Quarterly*, Vol. 49, Fall 2 (Summer 1972), S.37ff.

⁵⁸⁰Diese Einstellung kam in zahlreichen Leserbriefen an NBC zum Ausdruck., vgl. *ibid*

⁵⁸¹Vgl. dazu die tägliche Berichterstattung von CBS vom 20-28. Febr. 1968, CBS Archiv New York.

Who won and who lost in the great Tet Offensive against the cities? I'm not sure. The Vietcong did not win by a knockout, but neither did we. ... We have been too often disappointed by the optimism of the American leaders, both in Vietnam and Washington, to have faith any longer in the silver linings they find in the darkest clouds ... it seems now more certain than ever that the bloody experience of Vietnam is to end in a stalemate. ... It is increasingly clear to this reporter that the only rational way out there will be to negotiate, not as victors, but as honorable people who lived up to their pledge to defend democracy, ⁵⁸²

Dieser Bericht traf die Pressepolitik der Johnson-Administration besonders hart. Denn, so bemerkte Präsident Johnson zutreffend: "If we've lost Walter Cronkite, we are going to lose a whole lot of people."⁵⁸³ Doch die Pressepolitik änderte sich trotz dieser Erkenntnis nicht. Im Gegenteil: Die bereits begonnenen Anstrengungen, Kritiker zu diffamieren oder den Kriegsverlauf zu beschönigen, wurden erhöht. Auf der militärischen Seite wurde statt über einen Verhandlungsfrieden zu beraten, eine weitere Ausweitung des Krieges in Erwägung gezogen. Die Diskussion blieb der Öffentlichkeit zunächst verborgen. Doch schließlich konnten zwei Reporter der „New York Times“ die Sicherheits-Barrieren des Militärs und der Regierung durchbrechen. Durch ein „leak“⁵⁸⁴, die Mithilfe eines Informanten im Verteidigungsministerium, gelangten sie an Material für eine brisante Geschichte. Am 10. März 1968 berichtete die Times in ihrer Sonntagsausgabe darüber, dass der US-Oberkommandierende in Vietnam, General Westmoreland, weitere militärische Unterstützung durch die US-Regierung verlangte:

General Westmoreland has asked for 206.000 more American troops for Vietnam, and the request has touched off a divisive internal debate within high levels of the Johnson Administration... They are now about 510.000 American troops in Vietnam, and the President has authorized a level of 525.000 by next fall. Many of the civilian officials are arguing that there should be no increase beyond the movement of troops now under way. ⁵⁸⁵

Diese durch den Times-Bericht bekannt gewordene und daraufhin von anderen Medien weiterverbreitete Diskussion löste erhebliche Verwirrung in der US-Bevölkerung aus. Angesichts der Tatsache, dass die US-Administration immer wieder betont hatte, die militärische Situation im Griff zu haben, fragten sich viele Bürger, warum es denn dann überhaupt nötig sei, weitere Truppen zu entsenden. Die erneuten Zweifel an den Aussagen der Administration konnten von dieser nicht entkräftet werden. Die

⁵⁸²Vgl. CBS Television (Transcript): *Who, What, When, Where, Why: Report from Vietnam*, by Walter Cronkite, Feb. 27, 1968. CBS-Archiv, New York.

⁵⁸³zit. in: Ellerbee, Gandolf, Hersh: "Winds of Change", S.7

⁵⁸⁴Mit dem Begriff "leak" werden technische Mängel, Fehler in behördlichen Vorgängen oder Personen bezeichnet, die dazu beitragen, dass ein der Geheimhaltung unterliegender Sachverhalt an die Öffentlichkeit dringt.

⁵⁸⁵zit. in: Smith, Hedrick and Sheehan, Neil: "General Westmoreland Asks For More Troops" in: *„New York Times“*, March 10, 1968.
April 10., 1968.

Recherchen der Times-Reporter waren zu präzise, die Johnson-Administration realisierte, dass die Informationen entweder aus Regierungs- oder Militärkreisen stammten.⁵⁸⁶ Der in der Öffentlichkeit entstandene Schaden musste also anderweitig behoben werden. Präsident Johnson entschloss sich dazu, dem Drängen der Militärs nach einer Aufstockung des Truppenkontingentes nicht nachzugeben. Als General Westmoreland diese Entscheidung nicht akzeptierte, wurde er vom Präsidenten am 31. März 1968 seines Amtes enthoben.⁵⁸⁷ Doch auch dadurch konnten die Zweifel über den Erfolg der Kriegsanstrengungen nicht nur nicht zerstreut werden; sie wurden sogar noch gestärkt.⁵⁸⁸ Auch in den politischen Eliten setzte sich der meinungspolitische Erosionsprozess weiter fort. Bereits 1967 hatten Mitglieder der Regierung intern Zweifel an den Erfolgsaussichten von Johnsons Vietnampolitik angemeldet; nach der Tet-Offensive wurden diese Zweifel auch öffentlich geäußert.⁵⁸⁹ Im Februar 1968 hatte Verteidigungsminister McNamara aus Protest gegen die Vietnampolitik sein Amt zur Verfügung gestellt.

Außerdem hatte sich inzwischen die "Senior Advisory Group", ein die Regierung beratender Expertenstab aus Politikern, Militärs und Diplomaten, gegen die bisherige Vietnampolitik ausgesprochen und einen Kurs der Deeskalation gefordert.⁵⁹⁰ Bei einem Treffen mit den Führungsspitzen der Demokratischen Partei kritisierte zum Beispiel der einflussreiche Senator Robert Byrd die Schwächen von Johnsons Vietnampolitik. Mit Blick auf die Tet-Offensive argumentierte er:

I am concerned: 1. That we had poor intelligence. 2. That we are not prepared for these attacks. 3. We underestimated the morale and vitality of the Vietcong. 4. We overestimated the support of the South Vietnamese government and its people.⁵⁹¹

Die Kritik innerhalb des Senats nahm ständig zu. In den Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen von 1968 wurde deutlich, dass sich in Johnsons eigener Partei eine nicht unwesentliche Opposition gegen den Präsidenten gebildet hatte, die einen

⁵⁸⁶Vgl. Oberdorfer, Don: *Tet*, Garden City (N.Y.) 1971, S.267ff.

⁵⁸⁷Vgl. *Pentagon Papers*, NYT-Edition, S.589. Verständlicherweise kritisierte Westmoreland die Entscheidung, keine weitere Truppen nach Vietnam zu schicken. Aus seiner Sicht war dies zu diesem Zeitpunkt militärisch völlig unsinnig. Bei der Bewertung und Einordnung dieser Einschätzung muss allerdings berücksichtigt werden, dass Westmoreland Betroffener war. Seine Lagebeschreibung sollte daher eher als Rechtfertigung für eigene militärische Fehleinschätzungen interpretiert werden. Vgl. Westmoreland, S.334

⁵⁸⁸Vgl. Kinnard, *War Managers*, S.129

⁵⁸⁹Vgl. Carpi in Shafer: *The Legacy*, S.143f.

⁵⁹⁰Vgl. *Pentagon Papers*, NYT-Edition, S.609f.

⁵⁹¹*Notes of the President's meeting with the Democratic Congressional Leadership*, Feb. 6 1968, by Tom Johnson, The Lyndon Baines Johnson Library, Austin Texas.

Rückzug aus Vietnam nicht mehr ausschloss.⁵⁹² Am 31. März 1968 erklärte Johnson seinen Rücktritt zum Ende der Amtsperiode: "I will not accept, the nomination of my party for another term as president."⁵⁹³ Zugleich kündigte Johnson Schritte an, die US-Truppenpräsenz in Vietnam zu verringern.

Die Presse reagierte schnell auf die veränderte politische Konstellation. So teilte beispielsweise der ABC-Produzent Av Westin seinem Saigoner Korrespondenten in einem Telegramm nach der Rede des Präsidenten mit: "I think the time has come to shift some of our focus from the battlefield ... to themes and stories under the general heading: We are on Our Way Out of Vietnam."⁵⁹⁴ Bis zum Rückzug der US-Truppen aus Vietnam sollten allerdings noch fünf Jahre vergehen. Besonders interessant an Johnsons Rede zum Wiederwahlverzicht⁵⁹⁵ sind zweierlei Dinge: Zum einen hatte der Präsident selbst - unter dem Druck seiner eigenen Partei - mit dazu beigetragen, dass der Bereich der legitimen Kontroverse weiter ausgedehnt worden war und sich bis in den allgemeinen politischen Konsens verschoben hatte. Von nun an war es nicht mehr nur den oppositionellen Kräften und einer kritischen Presse vorbehalten, über mangelnde militärische Erfolgsaussichten der USA in Vietnam zu spekulieren. Zum anderen hatten die Demokraten mit ihrer Debatte um einen geordneten Rückzug auch die Weichen für die weitere Vietnampolitik der USA gestellt. Diplomatische Verhandlungen mit dem Gegner waren als eine mögliche Option nicht mehr ausgeschlossen.

Neben den geschilderten Entwicklungen in Vietnam in den Jahren 1966-1968 und der stärker werdenden Friedensbewegung⁵⁹⁶, hatten schon spätestens seit Beginn des Jahrzehnts eine Reihe wesentlicher innenpolitischer Veränderungen zu einer Ausweitung des allgemeinen nationalen Konsens und zu einer Liberalisierung - teilweise sogar Radikalisierung - politischen Denkens geführt. Präsident Kennedy hatte wiederholt an die Aufbruchstimmung in der Gesellschaft appelliert, dieser Appell blieb nicht unbeantwortet: Die sechziger Jahre waren eine Zeit der sozialen

⁵⁹²Vgl. Gustainis, S.47f.

⁵⁹³Johnson, Lyndon B.: "President's Address to the Nation Announcing Steps to Limit the War in Vietnam and Reporting His Decision Not to Seek Reelection" March, 31, 1968, in: *Public Papers of the Presidents of the United States, Lyndon B. Johnson 1968/69*, US Government Printing Office, Washington D.C. 1970, S.476

⁵⁹⁴Zit. in: Hodgson, Godfrey: *America in Our Time*, Garden City (N.Y.) 1976, S.378

⁵⁹⁵*President's Address*, March 31, 1968 in: Public Papers (Johnson), S.476

⁵⁹⁶Vgl. z. B. DeBenedetti: *An American Ordeal. The Antiwar Movement of the Vietnam Era*, Syracuse (NY) 1990 sowie Small, Melvin & Hoover, William D. (ed.) *Give Peace a Chance. Exploring the Vietnam Antiwar Movement*, Syracuse (NY) 1992. Zur außerparlamentarischen Opposition in den frühen siebziger Jahren vgl. Salisbury, Harrison E.: *The Eloquence of Protest. Voices of the 70's*, Boston (Mass.) 1982.

Emanzipationsbewegungen.⁵⁹⁷ Ethnische Gruppen organisierten sich in Verbänden, wie dem „National Indian Youth Council (1961) oder der „Mexican-American Political Association“. Erstmals hatte mit Thurgood Mashall seit 1961 ein Afro-Amerikaner einen Sitz im Supreme Court. Neben der gewaltfreien Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King, formierte sich eine Anzahl von radikalen, afro-amerikanischen Gruppierungen, wie die „Nation of Islam“, die „Organization of Afro-American Unity“ oder die „Black Panthers“.⁵⁹⁸ Studentenorganisationen, wie die bereits 1956 gegründete „SDS“ (Students for a Democratic Society), verlangten mehr gesellschaftliche Partizipation. Viele Studenten solidarisierten sich mit den Völkern der Dritten Welt, die sie vom Imperialismus und Neokolonialismus der westlichen Welt unter Führung der USA bedroht sahen.⁵⁹⁹ Die Frauenbewegung (vertreten z.B. durch die „National Organization of American Woman“) verlangte, die sexuelle, berufliche und politische Gleichberechtigung.⁶⁰⁰ Und nicht zuletzt hatte sich der politische Konsens auch durch Einflüsse der Kultur, die z.B. im „Hippie-Movement“ ihren Ausdruck fanden, verschoben.⁶⁰¹ Im Generationenkonflikt (der Anteil junger Menschen an der Bevölkerung nahm in den sechziger Jahren erheblich zu) war die Ablehnung des Vietnamkriegs zum Symbol des Aufstands gegen die eigenen Eltern und das „Establishment“ geworden.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen wurden auch von der Politik perzipiert. Im Kongress hatte sich erstmals das Verhältnis der uneingeschränkten Kriegsbefürworter und der Skeptiker umgekehrt und mit der Entscheidung Robert Kennedys, sich um die Präsidentschaft zu bewerben, war Johnson ein innerparteilicher Konkurrent erwachsen.⁶⁰² Vor allem aber hatte Johnsons Informations- und Pressepolitik selbst zu einer Veränderung der politischen Stimmung beigetragen. Weil die Öffentlichkeit niemals offen über den Sinn und die Kosten des Vietnamkrieges unterrichtet worden war und weil dies zum Teil durch die Berichterstattung der Medien auch ins öffentliche Bewusstsein gedrungen war, war das Vertrauen in die politische Führung erschüttert

⁵⁹⁷Vgl. Blum, John M.: *Years of Discord. American Politics and Society 1961-1974*, New York 1991.

⁵⁹⁸Vgl. unter anderem Branch, Taylor: *Parting the Waters: America in the King Years 1954-1963*, New York 1988 und Weisbrot, Robert: *Freedom-Bound: A History of America's Civil Rights Movement*, New York 1990.

⁵⁹⁹z.B. Wells, Tom: *The War within: America's Battle over Vietnam*, Berkeley (CA) 1994 oder Heinemann, Kenneth J.: *Campus Wars: The Peace Movement at American Universities in the Vietnam Era*, New York 1993.

⁶⁰⁰Zur Frauenbewegung vgl. Bianci, Suzanne M. & Spain, Daphne: *American Woman in Transition*, New York 1986; Chafe, William H.: *Women and Equality. Changing Patterns in American Culture*, New York 1977 sowie Rosenberg, Rosalind: *Divided Lives. American Women in the Twentieth Century*, New York 1992.

⁶⁰¹Vgl. Lipsitz, George: *Time Passages: Collective Memory and American Popular Culture*, New York, 1994.

⁶⁰²Vgl. Neustadt, Richard E.: *Presidential Power and the Modern Presidency: The Politics of Leadership from Roosevelt to Reagan*, New York 1990.

worden. Der allgemeine politische Konsens verlangte nun eine Veränderung in der Vietnampolitik.

Ein ehrenvoller Frieden? Pressepolitik in der Nixon-Ära (1969-71)

Wegen dieser Prädispositionen, versuchte sich Nixon zu Beginn seiner ersten Amtszeit am Jahresende 1968 von seinem Image des bedingungslosen "Kalten Kriegers" zu lösen. In einer am Sieg in Vietnam stark zweifelnden und generell kriegsmüden Gesellschaft konnte der Präsident nicht länger ausschließlich die militärische Karte spielen. Vielmehr musste er versuchen, das Abenteuer Vietnam zu einem aus amerikanischer Sicht guten Abschluss zu bringen.⁶⁰³ Nixons Außenpolitik in Bezug auf Indochina wurde unter dem Schlagwort „Vietnamisierung“ bekannt.⁶⁰⁴ Dies meinte eine zunehmende Übertragung militärischer Lasten auf den südvietnamesischen Verbündeten und einen teilweisen Rückzug amerikanischer Truppen. Zugleich wurde von der Administration in diesem Zusammenhang der Slogan "peace with honor" geprägt.

Denn im Gegensatz zur Friedensbewegung sprach sich zwar inzwischen ein Großteil der Bevölkerung für eine Reduzierung des US-Engagements und ein Ende des Vietnamkrieges aus, kritisierte aber nicht die generelle moralische Berichtigung der US-Intervention und die ideologisch motivierten außenpolitischen Konzepte, die zum Kriegseintritt der USA geführt hatten.⁶⁰⁵ Die sozialen Emanzipationsbewegungen und die Liberalisierung politischen Denkens hatten vor allem die Metropolen der Ost- und Westküste ergriffen. Weite Teile des Südens und die zahlreichen, agrarisch geprägten Bundesstaaten waren längst nicht so stark davon betroffen. Der allgemeine politische Konsens hatte sich zwar in seiner kulturellen, sozialen und damit in seiner innenpolitischen Komponente stark gewandelt ; in Fragen der Außenpolitik war er allerdings nur graduell verschoben worden.⁶⁰⁶ Hinzu kam, dass anti-kommunistische Vorbehalte durch den Einmarsch der Sowjetunion in Prag (August 1968) neuen Auftrieb erhalten hatten und dass der Glaube an die Notwendigkeit eines generellen

⁶⁰³Szulc, Ted: *The Illusion of Peace. Foreign Policy in the Nixon Years*, New York 1978, S.10

⁶⁰⁴Bagby, S.283ff. oder Schulzinger, S.274f.

⁶⁰⁵Mandelbaum, S.166

⁶⁰⁶Vgl. Kattenburg, Paul M.: *The Vietnam Trauma in American Foreign Policy*, New Brunswick (New Jersey) 1982, S.208ff.

Systemstreits zwischen kapitalistischer und kommunistischer Welt Bestandteil des allgemeinen Konsens und vor allem der offiziellen Regierungspolitik geblieben war.⁶⁰⁷

A policy of disengagement which has no answer, political or military, to the problems of the upheavals in the Soviet satellite orbit, or to the return of Soviet forces under another pretext, is likely to bring about the very conditions it seeks to avoid.⁶⁰⁸

So versuchte die Nixon-Administration zunächst, den Rückzug amerikanischer Truppen aus Vietnam voranzutreiben; allerdings war sie zugleich bemüht, den Eindruck einer Niederlage zu vermeiden. Denn eine militärische Niederlage der USA gegen die Guerillakämpfer des Vietcongs hätte eine Schmach für die Politik der Stärke bedeutet und einen erheblichen Diskurs über die nationale Identität und generelle Rolle der USA als Weltmacht auslösen können.⁶⁰⁹ Nixon und sein nationaler Sicherheitsberater Kissinger gingen davon aus, dass es sich die US-Regierung nicht leisten konnte, als orientierungslos und den Ereignissen passiv gegenüberstehend zu erscheinen.⁶¹⁰

Dementsprechend war zunächst die Presse- und Informationspolitik Nixons und seines Außenministers Kissinger durch die Betonung eigener, vermeintlich neuer, außenpolitischer Ansätze geprägt, die später unter den Schlagworten „Detente“, „Linkage“, „Shuttle Diplomacy“ oder „Nixon-Doctrine“ firmierten.⁶¹¹ Diese Ansätze stellten vor allem die Bedeutung des globalen Engagements der USA im Nuklearzeitalter in den Vordergrund und betonten die Notwendigkeit politischer Verhandlungen auf Basis realpolitischer Einschätzungen. In Bezug auf Indochina wurde in erster Linie die Vietnamisierung herausgestellt; außerdem versuchte die Nixon-Administration eine Dreieckspolitik, die sowohl Verhandlungen mit China als auch mit der Sowjetunion zuließ, in der Öffentlichkeit populär zu machen.⁶¹² Die Aufgabe, diese Politik den Medien und damit indirekt auch der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten, fiel

⁶⁰⁷Gaddis, a.a.O.

⁶⁰⁸Kissinger, Henry: "Can the United States trust Russia" in: Paterson, Thomas, G. (Ed.): *Containment and the Cold War. American Policy since 1945*, Reading (Mass.) 1973, S.141

⁶⁰⁹a.a.O., S.34

⁶¹⁰White, Theodore: *The Making of a President 1968*, New York 1970, S.150ff.

⁶¹¹Vgl. dazu z.B. Hacke, Christian: *Die Ära Nixon-Kissinger 1969-174. Konservative Reform der Weltpolitik*, Stuttgart 1983, S.22ff.; Schulzinger, Robert: *Henry Kissinger. Doctor of Diplomacy*, New York 1981 S.45; Garthoff, Raymond L.: *Detente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington D.C. 1985, passim

⁶¹²Dower, John W.: "Asia and the Nixon-Doctrine. The New Face of Empire" in: Brodine, Victoria (Ed.): *Open Secret. The Kissinger-Nixon Doctrine in Asia*, New York 1972, S.315ff. Durch die Dreieckspolitik sollte auch eine direkte Einmischung der beiden Nuklearmächte China und Sowjetunion in den Vietnamkrieg vermieden werden. Vgl. Schweigler, Gebhard: *Von Kissinger zu Carter*, München 1982.

vor allem in Fragen der Diplomatie und der Außenpolitik Henry Kissinger zu, der über hervorragende Kontakte zu einigen einflussreichen Journalisten verfügte:

Kissinger was a master of dealing with the access journalists of Washington, mainly because he was willing to lavish on them what they wanted, ...⁶¹³

Kissingers "special relationship with the press"⁶¹⁴ hat im Nachhinein geradezu einen legendären Ruf erlangt.⁶¹⁵ Sein Konzept der Manipulation von Journalisten basierte auf dem Wissen um ihre Arbeitsweise:

The journalist has comparably interested motives in his contacts with the official. He must woo and flatter the official because without his goodwill he will be deprived of information.⁶¹⁶

Diese Erkenntnis gilt vor allem dann, wenn alternative Informationsquellen für die Journalisten nicht vorhanden sind. Deswegen konzentrierten sich Kissingers Bemühungen in Bezug auf die Pressepolitik im wesentlichen auf zwei Bereiche: Einerseits der absoluten Abschottung undichter Stellen in der eigenen Administration und der Konzentration von wichtigen Regierungsinformationen in nur ganz wenigen, und vor allen seinen eigenen, Händen⁶¹⁷ und andererseits der partiellen Weitergabe eines bestimmten Teils von Informationen an ausgewählte Journalisten.⁶¹⁸ Ebenso wie Roosevelt, Eisenhower oder Kennedy versuchte Kissinger, mit Hilfe ihm zugeneigter Journalisten seine Sicht der Dinge besser an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Unterschied zu den vorhergehenden Administrationen bestand darin, dass Kissinger mit seinem Wissen um die Abhängigkeit der Medien von offiziellen Informationen ein ausgeklügeltes Prinzip mit konkreten Handlungsweisen formte, das von vielen Journalisten erst spät oder gar nicht durchschaut wurde. Nicht wenige der umworbenen

⁶¹³Isaacson, Walter: *Kissinger. A Biography*. New York 1992, S.576

⁶¹⁴Zu der Formulierung "Special Relationship with the Press" Vgl. Shawcross, William: *Sideshow: Kissinger, Nixon and the Destruction of Cambodia*, New York, 1979, S.91

⁶¹⁵Kissingers Verhältnis zur Presse ist aber nicht nur durch die Ereignisse um den Vietnamkrieg bekannt geworden, es zog sich vielmehr durch seine gesamte Karriere. Vgl. Isaacson, S.572f.

⁶¹⁶Kissinger, zit. in: a.a.O.

⁶¹⁷In diesem Zusammenhang ist Kissingers Umgang mit dem Nationalen Sicherheitsrates zu nennen. Wie kein anderer Sicherheitsberater vor ihm, baute er den Rat zu einem der wichtigsten Entscheidungsorgane der Außenpolitik auf. Vgl. dazu Crocker, Chester A.: "The Nixon-Kissinger National Security Council System. A Study in Foreign Policy Management" in: *Commission On Organization of the Government for the Conduct of Foreign Policy (Murphy-Commission) Bd. 6, Appendix O (Making Organizational Change Effective)*; US. Government Printing Office, Washington D.C. 1975, S.83ff. Der Journalist und spätere Biograph Kissingers, Marvin Kalb, charakterisiert Kissingers Informationssystem mit den Worten: "Everyone reports to Kissinger, and only Kissinger reports to the President." vgl. Kalb, Marvin and Bernard: *Kissinger*, London 1974, S.234

⁶¹⁸Shawcross, Sideshow, S.96f.

Journalisten fühlten sich tatsächlich geschmeichelt und wagten es nicht, Kissinger zu kritisieren, weil sie sonst ihre Privilegien verloren hätten.⁶¹⁹

Die einzelnen inhaltlichen Aspekte der beschriebenen Politikansätze spielten nur bedingt eine Rolle für die konkrete Ausprägung der Pressepolitik. Aus Sicht Kissingers war es wichtig, dass die Ansätze von den Medien in seinem Sinne wahrgenommen wurden und als effiziente Lösungsmöglichkeiten globalpolitischer Problemstellungen vermittelt werden konnten. Denn der Nixon-Administration war bewusst, dass die Informations- und Pressepolitik ihrer Vorgänger gescheitert war. Nixons Berater Ray Price brachte dies auf die einfache Formel: "We are in a period, when people want a change..."⁶²⁰

Der Vietnamkrieg war auch innenpolitisch zu einem drängenden Problem geworden; die öffentliche Meinung befand sich in einer Art Schwebesustand. Daher durfte die Regierung in der Öffentlichkeit nicht als untätig erscheinen; schließlich wollte sie die in den letzten Jahren der Johnson-Ära verspielte Meinungsführerschaft wieder zurückerlangen.⁶²¹ Als ein Schritt in diese Richtung kann Nixons Rede an die Nation vom 3. November 1969 interpretiert werden. In dieser Rede sprach der Präsident die "silent majority" der US-Amerikaner an: "And so tonight - to you, the great silent majority of my fellow Americans - I ask for your support."⁶²² Den Begriff der silent majority hatte Nixon schon im Wahlkampf 1968 entworfen. Er appellierte damit an konservativ-patriotisch eingestellte Bevölkerungsschichten, denen die liberalen Kräfte ein Dorn im Auge waren, und die mit den politischen Entwicklungen im Inland unzufrieden waren.

The war, the assassinations (von Robert Kennedy und Martin Luther King A.d.V.), the urban riots, the panthers, peace demonstrators, and student radicals had left the nation's political nerves quivering.⁶²³

Mit seinem Appell an die schweigende Mehrheit gelang es Nixon, zahlreiche Amerikaner auf seine Seite zu ziehen, die sich durch Antikriegs-Aktivisten abgestoßen fühlten. Durch die Betonung traditionell, konservativer Werte wie „law and order“ im Inneren und dem Versprechen für einen ehrenvollen Frieden in der Außenpolitik, versuchte der

⁶¹⁹Ders., a.a.O.

⁶²⁰zit in: White, S.157

⁶²¹Ders., S.160

⁶²²Nixon, Richard: "Address to the Nation on the War in Vietnam, Nov. 3. 1969" in: *Public Papers of the Presidents of the United States: Richard Nixon, 1969*; US-Government Printing Office, Washington D.C. 1970, S.908

⁶²³Hacke, Christian: *Die Ära Kissinger-Nixon 1969-1974. Konservative Reform der Weltpolitik*, Stuttgart 1983, S.22

Präsident, den allgemeinen politischen Konsens wieder konservativer zu gestalten und damit in seine politische Richtung zu lenken.⁶²⁴ Aber Nixon hatte nicht nur traditionell konservative Wählergruppen in der Mittelschicht im Auge, er appellierte indirekt auch an die Familien der ärmeren Bevölkerungsschichten, deren Söhne die Hauptlast des Krieges trugen. Viele von ihnen sahen es als ein Privileg der Oberschicht an, gegen den Krieg demonstrieren zu können, während ihre Kinder im Krieg massakriert wurden oder sterben mussten.⁶²⁵ Nixon konnte also durchaus auch mit Zustimmung in der Bevölkerung rechnen, als er in seiner Ansprache an die Nation, Kriegsgegner an den politischen Rand drängte und versuchte, sie zu isolieren. Wenn liberale Kräfte an die Macht kämen - so Nixon- habe die Nation keine Zukunft als freie Gesellschaft.⁶²⁶

In der Rede vom 3. November 1969 wurde zudem der Grundstein für eine moderne „Dolchstoßlegende“ gelegt. Nixon sprach von Feinden im Inneren, die nicht nur die Vietnampolitik torpedierten, sondern die angeblich auch generelle umstürzlerische Tendenzen aufwiesen. So machte Nixon vor allem den Teil der Presse, der sich inzwischen kritischer zur Vietnampolitik geäußert hatte, als einen solchen Feind aus. Nixons ehemaliger Pressesprecher William Safire erinnerte sich später:

When Nixon said „The Press is the enemy“, he was not saying, as some of us had hoped, “Be careful, its interest in gathering information is not in our interest of developing policy” or “There is an ideological bias as well as institutional opposition in the attitude of the press” or even “They are a pain in the neck, and don’t waste your time with them.” He was saying exactly what he meant: “The Press is the enemy” to be hated and beaten.⁶²⁷

Die Pressepolitik war somit geprägt durch eine Strategie der Spaltung der Medien in Gut und Böse. Die bereits von den Administrationen unter Kennedy und Johnson betriebene Verheimlichungs- und Täuschungsstrategie wurde nicht nur übernommen, sondern erheblich ausgebaut. Regierungsmitgliedern wurde der Umgang mit bestimmten Reportern strikt untersagt. Auch die gezielten Diffamierungskampagnen nahmen zu.⁶²⁸ So attackierte Vizepräsident Spiro Agnew die Journalisten des Landes in einer Rede vom 13. November 1969 als den eigentlichen Feind der Gesellschaft. Er behauptete, die gesamte Medienmacht sei konzentriert "in the hands of a tiny, enclosed fraternity of privileged men, elected by no one ..." und in Umkehrung der tatsächlichen Ursache-

⁶²⁴Vgl. Mc Cartney, James: "Must the Media be 'Used'?" in: *Columbia Journalism Review*, Winter 1969/70, S.37

⁶²⁵Vgl. Appy, Christian C.: *Working Class War. American Combat Soldiers and Vietnam*, Chappel Hill (NC) 1993.

⁶²⁶Address to the Nation, Nov. 3. 1969.

⁶²⁷Safire, William: *The Press is the Enemy. Nixon and the Media*, New York 1975, S.42

⁶²⁸ibid

Wirkung Relationen beschuldigte er die Medien, die Verursacher der Vertrauenskrise zu sein:

Perhaps the place to start looking for a credibility gap is not in the Offices of the Government in Washington but in the studios of the networks in New York.⁶²⁹

In der historischen Rückschau, mit dem Wissen um die tatsächlichen Gegebenheiten, fällt es leicht, diese Äußerungen als pure Polemik zu entlarven. Doch damals verfehlte die Rede ihre beabsichtigte Wirkung nicht.⁶³⁰ Dem in der Nixon-Rede aufgebauten Image des Präsidenten als Vertreter einer schweigenden Mehrheit des Volkes wurde das Bild einer elitären, überheblichen und unpatriotischen Medien-Minderheit entgegengesetzt. Die Taktik der Ausgrenzung, die Nixon schon in seiner Rede vom 3. November genutzt hatte, wurde auf die Presse übertragen. Da die Nixon-Administration den Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung aber natürlich auch nutzen wollte, konnte sich die Pressepolitik nicht **alle** Medienorgane zum Feind machen. Daher wurden vor allem Kissingers gute Kontakte zur Presse genutzt. Während dieser die Rolle des gesprächsbereiten und pressefreundlichen Diplomaten spielte, übernahm Nixon gegenüber den Medien die Rolle eines wenig Auskunft bereiten und strengster Geheimhaltung verpflichteten Präsidenten. Nach Meinung einiger Biographen entsprach diese Rollenteilung auch dem tatsächlichen Naturell der beiden Politiker und führte schließlich sogar dazu, dass Kissinger die Watergate-Affäre verhältnismäßig unbeschadet überstand, während sie für Nixon zu einem politischen Waterloo wurde.⁶³¹ Zu belegen ist, dass es eine Doppelstrategie der Nixon-Administration in Bezug auf die Medien gab.⁶³²

Als weiteres Argument für diese These kann ein regierungsinternes Papier herangezogen werden, das eine klare Einteilung in eine feindliche und eine freundliche Presse vornahm. Als freundlich wurden dabei unter anderem die "Los Angeles Times", die "New York Herald Tribune", der "U.S. News World Report" und als Einzelpersonen C.L. Sulzberger, William F. Buckley und Joseph Alsop charakterisiert. Als feindlich wurden die "New York Times", die "Washington Post", "Time", "Newsweek" und als Einzelpersonen Tom Wicker und Jack Anderson eingestuft.⁶³³ Gemäß dieser

⁶²⁹zit. in: Hersh, Seymour: *Price of Power*, Boston/London, S.132

⁶³⁰Tebbel, John and Watts, Sarah: *The Press and the Presidency. From George Washington to Ronald Reagan*, New York /Oxford 1985, S.102

⁶³¹Vgl. Kalb, passim und Isaacson, S.570ff.

⁶³²Porter, William E.: *Assault on the Media. The Nixon Years*, Ann Arbor (Mich.) 1976, S.244ff.

⁶³³White House Memorandum: *Butterfield to Ehrlichman 10. Juni 1969*. Ob die Einteilung in "freundliche" und "feindliche" Journalisten immer den **tatsächlichen** politischen Präferenzen der Reporter entsprach, ist zu bezweifeln.

Klassifizierung sollten Kontakte mit den feindlichen Medienorganen und Journalisten extrem eingeschränkt oder gänzlich eingestellt werden.⁶³⁴ Aus erst am 28.2.2001 vom „National Archive“ veröffentlichten Tonband-Aufzeichnungen geht hervor, dass Nixon bei seinen Einschätzungen der Medien auch von antisemitischen Vorurteilen geprägt war:

Newsweek is totally, it's all run by Jews and dominated by them in their editorial pages. The „New York Times“, the Washington Post, totally Jewish too.⁶³⁵

Die detaillierte Vorgehensweise der Nixon-Administration gegen die „feindliche“ Presse zeigt sich zudem in einem Memorandum mit dem Titel "The Shot-gun versus the Rifle". Dieses Dokument ist in mehrfacher Hinsicht eine der aufschlussreichsten Quellen zur Pressepolitik der Nixon-Administration. Zum einen beweist es, dass sich der Präsident persönlich über einen Zeitraum von 30 Tagen und mehr akribisch jede Art der Kritik an seiner Person und seiner Politik notiert hatte, um entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zum anderen belegt es aber auch, wie Nixons Berater, in diesem Fall Magruder, über das Vorgehen des Präsidenten dachten:

It is my opinion this continual daily attempt to get to the media or to Anti-Administration spokesmen because of specific things they have said is very unfruitful and wasteful of our time.⁶³⁶

Magruder schlug stattdessen eine wesentlich weniger aufwändige und seiner Ansicht nach effektivere Pressepolitik vor. Beispielsweise riet er:

- 1. Begin an official monitoring system through the FCC as soon as Dean Burch is officially on board as chairman. If the monitoring system proves our point, we have then legitimate and legal rights to go to the networks, etc. (...)**
- 2. Utilize the anti-trust division to investigate various media relating to anti-trust violations. Even the possible threat of anti-trust action I think would be effective in changing their views (...).**
- 4. Begin to show favorites within the Media. Since they are basically not on our side let us pick the favorable ones as Kennedy did. ... "**⁶³⁷

Magruders Vorschläge wurden in die Tat umgesetzt und damit wurde dem mannigfaltigen Arsenal der Presselenkungs- und Pressebeeinflussungsmöglichkeiten der Regierung ein weiteres Element hinzugefügt: Die staatliche Kontrolle und

⁶³⁴White House Memorandum: *From A. Butterfield For: H.R. Haldeman*, 9. Mai 1969.

⁶³⁵The Nixon Tapes, *Reuters TV, World 2, Story Nr. 505*, 28.2.2001, Source: NBC. Die 2001 veröffentlichten Bänder wurden zwischen Januar und Oktober 1972 aufgenommen und enthalten insgesamt 500 Stunden lange Aufzeichnungen aus dem Weißen Haus.

⁶³⁶White House Memorandum: *From: J.S. Magruder For: H.R. Haldeman*, RE: The Shot-gun versus the Rifle. Washington D.C. Oct. 17, 1969 . RG 233, NA

⁶³⁷ibid

Überwachung der Vergabe von Lizenzen durch die Federal Communications Commission (FCC) und das Drohen mit juristischen Mitteln des Kartellrechts. Während die bislang analysierte Pressepolitik direkt bei den Journalisten ansetzte, zielte diese Strategie auf Verleger, Herausgeber und TV-Manager.

Die meisten US-Zeitungen und Fernsehstationen präsentierten Anfang 1969 ihren Lesern und Zuschauern das Bild einer neuen, tüchtigen Regierung, die es ernst meinte mit ihren Beteuerungen um einen Neuanfang in der Vietnampolitik und dem Versprechen, die amerikanischen Truppen aus Vietnam abzuziehen.⁶³⁸ Die Presse beschränkte sich erneut gemäß dem "objective reporting" auf die Wiedergabe von Regierungsmeinungen. Auch die Berichte aus Vietnam selbst waren nicht mehr so kritisch wie zurzeit nach der Tet-Offensive. Der allgemeine politische Konsens war tendenziell wieder etwas konservativer geworden und verlangte nun eine ehrenvolle Beendigung des Krieges. Die Regierung stellte sich an die Spitze dieses veränderten Konsens. Absolute Kriegsgegner konnten in dieser Situation als unverbesserliche Nörgler diskreditiert werden.⁶³⁹ In den Medien dominierte das Bild, das von der Regierungsseite gezeichnet wurde; die Nixon-Administration hatte die Meinungsführerschaft kurzfristig zurückerobert.⁶⁴⁰

In einer landesweit ausgestrahlten Fernsehansprache im Mai 1969 verkündete Nixon⁶⁴¹, die USA hätten der Regierung in Hanoi einen Acht-Punkte-Friedensplan vorgelegt. Kissinger betonte, die Vorschläge seien neu und bedeutend. Fünf der acht Punkte stammten aber bereits aus der Zeit der Johnson-Administration. Doch weite Teile der Presse akzeptierten Nixons und Kissingers Darstellung und transportierten ihre Version weiter. Der Bevölkerung wurde der Eindruck vermittelt, die Regierung habe tatsächlich einen neuen Vorstoß zur Lösung des Vietnam-Problems unternommen.⁶⁴²

Während in der Öffentlichkeit vor allem die Deeskalation betont wurde, setzte die Nixon-Administration aber weiterhin auch auf eine Politik der militärischen Stärke. Dies war erneut Teil einer Doppelstrategie; diesmal war der Adressat der militärische Gegner. Nixon meinte Lehren aus der Geschichte gezogen zu haben und erläuterte seine

⁶³⁸ibid. Über die tatsächlichen Befürchtungen der Regierung, der Lage in Vietnam nicht Herr zu werden und der zum Teil heftig geführten Strategiedebatte in Regierungskreisen, trat zu diesem Zeitpunkt so gut wie gar nichts an die Öffentlichkeit. Vgl. Hersh, *Price of Power*, S.118

⁶³⁹Ders, S.120ff.

⁶⁴⁰Vgl. Hallin, *Uncensored War*, S.200ff.

⁶⁴¹CBS: *President's Address to the Nation*, Mai 1969.

⁶⁴²McCartney, James: *"Must the Media be Used?"* in: *Columbia Journalism Review*, Winter 1969-70, S.37

Vorgehensweise gegenüber republikanischen Abgeordneten mit einem Rückblick auf den Koreakrieg:

I tell you how Korea was ended. We got in there and had this messy war on our hands. Eisenhower let the word go out -let the word go out diplomatically- to the Chinese and the North Koreans that we would not tolerate this continual war of attrition. And in a matter of months they negotiated. Well, as far as negotiation in Vietnam is concerned that should be our position. I tell you one thing. I played a little poker when I was in the navy and I learned this - when a guy didn't have the cards, he talked awfully big. But when he had the cards, he just sat there- had that cold look in his eyes. Now we have got the cards. ...What we've got to do is walk softly and carry a big stick. And that's what we are going to do." ⁶⁴³

Seinem Vertrauten Bob Haldeman erklärte er seine Theorie noch deutlicher:

I call it the madman theory, Bob. I want the North Vietnamese to believe I've reached the point where I might do anything to stop the war. We'll just slip the word to them that, ' for God's sake, you know Nixon is obsessed about Communists. We can't restrain him when he's angry- and he has his hand on the nuclear button'- and Ho Chi Minh will be in Paris in two days begging for peace." ⁶⁴⁴

Weil sich die Nordvietnamesen aber weder militärisch einschüchtern ließen noch auf diplomatischen Wegen von einem Frieden nach US-Bedingungen überzeugt werden konnten, hatte die Nixon-Administration bereits im März 1969 unter größter Geheimhaltung, das völkerrechtlich neutrale Kambodscha von der US-Luftwaffe bombardieren lassen. Später - im Mai 1970 - wurde Kambodscha dann erneut angegriffen, diese Boden-Offensive wurde der Öffentlichkeit vorher angekündigt.⁶⁴⁵ Aus Nixons Memoiren geht hervor, dass die Bombardierung durch eine, aus seiner Sicht verfahrenere Verhandlungssituation bei den Friedensverhandlungen in Paris und der Einhaltung der zitierten madman-theory motiviert war. Nixon kam zu folgender Schlussfolgerung:

I am convinced that the only way to move the negotiations off dead center is to do something on the military front. This is something they [the NFL and the North vietnamese] will understand.⁶⁴⁶

Nicht nur die politische Entscheidung für die erste, geheime Bombardierung Kambodschas war verschleiert worden, sondern auch die konkrete militärische

⁶⁴³zit. in Hersh, Price of Power, S.52

⁶⁴⁴Nixon, Richard: *The Memoirs*, London 1978, S.381

⁶⁴⁵Vgl. CBS Evening News, April 30, 1970.

⁶⁴⁶Ders. a.a.O.

Ausführung der Operation. Die Öffentlichkeit und zahlreiche Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates der USA erfuhren erst 1973 - durch die Untersuchung eines Senatsausschusses - davon.⁶⁴⁷ Auch Außenminister Rogers und sein Vize Richardson waren 1969 nur ganz allgemein informiert worden, kannten aber keine konkreten Ziele.⁶⁴⁸ Diese waren nur ausgewählten Militärs bekannt, die sich untereinander durch das System des „dual reporting“ verständigten und mit Hilfe dieses Systems ihre Vorgesetzten informierten.⁶⁴⁹ Der Begriff „dual reporting“ bezog sich also in erster Linie auf die Informationsweitergabe innerhalb des Militärs. In Südvietnam wurde bei Lagebesprechungen eine gesamte Einheit über militärische Ziele in Südvietnam informiert. In einer zweiten Lagebesprechung, bei der nur noch ein Teil eingeweihter, die späteren Angriffe ausführenden Soldaten anwesend war, wurden die Namen der falschen südvietnamesischen Ziele, den echten Zielen in Kambodscha zugewiesen. Die Namen der Städte und Dörfer, die in der ersten Lagebesprechung gefallen waren, dienten lediglich zur Täuschung der anderen - nicht eingeweihten Militärs. Durch dieses System konnten die Soldaten nach ihrem Einsatz in Kambodscha über Erfolg oder Misserfolg der Aktion offen berichten, ohne ihr wahres Ziel jemals preisgeben zu müssen.⁶⁵⁰ Nur den Eingeweihten war bekannt, dass die Angriffe nicht Vietnam, sondern in Kambodscha stattgefunden hatten. Selbst die Soldaten, die den Journalisten bislang als inoffizielle Informationsquellen zur Verfügung gestanden hatten und damit aus Sicht der Militärführung ein leak darstellten, konnten den Reportern allenfalls die falschen Ziele verraten.

Darüber hinaus gab es die militär-interne Anweisung auf hartnäckige Nachfragen ausweichend zu antworten:

If newsmen asked whether the strike had occurred in Cambodia, briefers were to confirm that routine operations sometimes near the Cambodian border but that there were no further details.⁶⁵¹

Für den Fall, dass die Journalisten sich mit dieser Antwort nicht hätten zufrieden geben wollen und mit Hilfe anderer Quellen (zum Beispiel aus Kambodscha) die Angriffe auch

⁶⁴⁷Szulc, *Illusion of Power*, S.178

⁶⁴⁸Ders. *Illusion of Peace*, S.53

⁶⁴⁹Zu diesem Begriff vgl. Hersh, *Price of Power*; S.61

⁶⁵⁰Als im Jahre 1973 ein Untersuchungsausschuss des Senats die wahren Hintergründe der Bombardierung Kambodschas ermitteln wollte, verweigerte das Pentagon die Herausgabe vieler interner Aufzeichnungen. Im Zuge der Ermittlungen des Ausschusses konnte zwar festgestellt werden, dass viele Aufzeichnungen gefälscht waren, wer diese Fälschungen vorgenommen hatte, konnte der Ausschuss aber nicht mehr einwandfrei eruieren. Vgl. US Senate, *Hearings : Bombings in Cambodia*, Washington D.C, 1973, S.443

⁶⁵¹Hammond, *Military and Media Vol.2*, S.73

hätten nachweisen können, gab es eine weitere Anweisung. Es sollte geantwortet werden, dass eine Untersuchung betreffs der Angelegenheit im Gang sei und es sich bei den Luftschlägen lediglich um ein Versehen gehandelt haben könne: Die Kampfpiloten, die in einem schmalen Grenzstreifen unter erheblicher nervlicher Belastung und Zeitdruck operierten, hätten ihre Bombenlast wahrscheinlich fälschlicherweise und auf keinen Fall einen Befehl korrekt ausführend über kambodschanischen Boden abgeworfen.⁶⁵² Das System des „dual reporting“ wurde also um mehrere Sicherheitsvarianten erweitert und richtete sich somit auch gegen die Medien.

Dennoch hatte bereits im Mai 1969 der Pentagonkorrespondent der „New York Times“, William Beecher, von Informanten in Kambodscha von der Bombardierung erfahren und darüber berichtet. Doch sein Artikel vom 9. Mai 1969 erregte wenig Aufsehen.⁶⁵³ Der Bevölkerung und den Medien blieben von 1969 bis 1970, in vielen Bereichen sogar bis 1974, die wirklichen Entscheidungsabläufe im Weißen Haus, im Außenministerium und im Pentagon verborgen.⁶⁵⁴ Zwar griffen kurzfristig auch die „Washington Post“, das „Wall Street Journal“ und „Newsweek“ das Thema US-Angriffe in Kambodscha auf. Als ein Sprecher des „Military Assistance Command“ allerdings behauptete, der Bericht Beechers sei spekulativ, verfolgten sie die Angelegenheit nicht weiter.⁶⁵⁵

Ende 1969 sorgte vor allem die Berichterstattung über einen Zwischenfall auf dem vietnamesischen Kriegsschauplatz in den USA für Aufregung. Das Ereignis, über das berichtet wurde, lag allerdings schon über ein Jahr zurück. Am 16. März 1968 hatte eine amerikanische Truppeneinheit (Company C, 1st Battalion, 20th Infantry, 11th

⁶⁵²Vgl. Center of Military History (CMH) file: Wheeler: *Joint Chiefs of Staff (JCS) Message No. 4118*.

⁶⁵³Beecher, „*Raids in Cambodia*“, „New York Times“, May 9, 1969. Innerhalb der Nixon-Administration hingegen wurden heftige Anstrengungen unternommen, um herauszufinden, wie Beecher an seine Informationen gekommen war. So wurden zum Beispiel hohe Beamte- zum Teil sogar enge Mitarbeiter Kissingers- vom FBI abgehört.

Beecher selbst wurde 1969 noch nicht elektronisch überwacht, dies geschah erst mit der erneuten Bombardierung Kambodschas im Mai 1970. Vgl. Salisbury Harrison, E.: *Without Fear of Favour: An Uncompromising Look at the „New York Times“ and Its Times*, New York 1980, S.22. Beamte innerhalb der Regierungs-Administration waren schon vor Erscheinen des Beecher-Berichtes überwacht worden. Dies stellte sich allerdings erst bei den

Impeachment Hearings des Kongresses im Jahre 1974 heraus. Ebenfalls wurde dabei festgestellt, dass es Kissinger selbst war, der FBI-Direktor Hoover den Auftrag zu der Aktion gegeben hatte. Für eine detaillierte Darstellung der Abhöraktion vgl. U.S. Congress, House, Committee on the Judiciary: *Statement of Information-Book VII: White House Surveillance Activities, Hearings*, 93rd. Congress, 2nd. session, 1974, S.55-120. Die Abhöraktionen und die Bombardierung eines neutralen Landes waren nicht juristisch legitimiert worden. Vgl. Hersh, *Price of Power*, S.62

⁶⁵⁴Sie erfuhren erst im Nachhinein durch die Arbeit von Senats-Ausschüssen und durch die Aufdeckung des Watergate-Skandals davon. Sussman, Barry: *The Great Cover-Up: Nixon and the Scandal of Watergate*, New York 1974, S.204f.

⁶⁵⁵Hammond, *Media and Military*, Vol. 2, S.74

Infantry Brigade) den Befehl bekommen, in My Lai vermutete Basen der kommunistischen Guerillabewegung zu zerstören. My Lai 4, so die militärische Bezeichnung, war ein zur Gemeinde Son My gehörendes Dorf in der Küstenebene von Da Nang. Obwohl die Truppeneinheit keine kommunistischen Guerillas in dem Dorf aufspüren konnte, wurde es dem Erdboden gleichgemacht. Die US-Militärbehörden in Saigon konnten die wahre Natur des Zwischenfalls weitestgehend bis 1969 verdecken. Offensichtlich blieben auch militär-interne Untersuchungen stecken, obwohl der Kriegsveteran Ronald Ridenauer von der Sache erfahren hatte und sowohl den Oberbefehlshaber der Truppen General Westmoreland und Kongress-Abgeordnete informierte.⁶⁵⁶ General Westmoreland räumte in der Rückschau auf die Ereignisse ein:

The Military Assistance Command should have learned of what happened almost immediately, but .. it was not reported above the division level.⁶⁵⁷

Die offizielle Version lautete in der Öffentlichkeit, bei dem Einsatz in My Lai habe es sich um die erfolgreiche Niederschlagung eines "Guerillanestes" gehandelt. Diese Version wurde 1968 von den US-Medien übernommen. So präsentierte die „New York Times“ am 17. Mai 1968 ihren Lesern den Angriff auf My Lai als militärischen Triumph; auch die großen Fernsehsender widersprachen diesem Tenor nicht.⁶⁵⁸

1969 rollte ein freier Journalist, Seymour Hersh, in den USA die My Lai Militär-Aktion noch einmal auf und versuchte sie als das darzustellen, was sie tatsächlich war - ein Massaker. Hersh, der seine Darstellung durch akribische Detail-Recherche und vor allem durch die Aussagen von Augenzeugen, stützen konnte, hatte jedoch erhebliche Schwierigkeiten seine brisante Geschichte zu verkaufen. Keines der großen Presseorgane wollte seinen Artikel drucken. Erst mit Hilfe einer kleinen Washingtoner Nachrichtenagentur gelang es Hersh, seinen Bericht zu veröffentlichen.⁶⁵⁹ In dieser Situation kam Hersh ein glücklicher Zufall zur Hilfe. 1968 hatte der US-Militärfotograf Ron Haeberle das Massaker genauestens dokumentiert. Allerdings hatte er zu diesem Zeitpunkt (1968) seine Fotos zurückgehalten und über die tatsächlichen Begebenheiten in My Lai geschwiegen, vermutlich weil er seine Kameraden schützen wollte. 1969 brach er allerdings sein Schweigen: Am 20. November erschienen die Bilder in der Zeitschrift "Cleveland Plain Dealer". Die Verhandlungen über den Verkauf des Bildmaterials an das

⁶⁵⁶Ders, S.221

⁶⁵⁷CMH: *Record of the Chief of Staff*. (Westmoreland): Telecon with Mr. Frank Pace, 1400, 26. Nov.1969.

⁶⁵⁸„*Battle against the Vietcong*“. NYT, Mai 18,1968. *CBS Evening News*, Mai 15, 1968.

⁶⁵⁹Die Vorgänge in My Lai und die Schwierigkeiten beim Verkauf seiner Geschichte beschreibt Hersh in: Hersh, Seymour: *My Lai 4: A Report on the Massacre and its Aftermath*, New York 1970.

weitaus bekanntere Magazin "Life" kamen ins Stocken, weil andere Kriegsphotografen behaupteten, Haerberles Fotos seien gefälscht.⁶⁶⁰

Innerhalb der Armee sorgte die Angelegenheit für großes Aufsehen. Nach Darstellung des Militärhistorikers Hammond wurden die strafrechtlichen Verfolgungsmöglichkeiten ausgeschöpft und Untersuchungen schnell vorangetrieben.⁶⁶¹ Allerdings habe es auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen sehr unterschiedliche Meinungen darüber gegeben, wie mit der Angelegenheit in der Öffentlichkeit umzugehen sei, was zur Verzögerungen in der Informationsweitergabe geführt habe. Letztlich wertet Hammond die Aufdeckung des My Lai Massakers aber als Beleg für die demokratischen Strukturen in der Armee und die Funktionsfähigkeit der Militärjustiz.⁶⁶² Zwar wurden die strafrechtlichen Verfolgungsmöglichkeiten vom Militär genutzt und einer der Beteiligten, Leutnant Calley, auch verurteilt. Es bleibt aber dennoch die Frage, ob alle Militärs wirklich Interesse an einer schnellen und schonungslosen Aufdeckung hatten. Der Umgang mit den Untersuchungsergebnissen der „Peers-Commission“ spricht dagegen. General W.R. Peers legte seinen Report am 14. März 1970 den „Joint Chiefs of Staff“ und dem „Secretary of the Navy“ vor, er wurde aber erst vier Jahre später im November 1974 veröffentlicht.⁶⁶³

Aus dem Bericht geht hervor, dass die an der My-Lai Attacke beteiligten Soldaten der Kompanie C den Befehl bekommen hatten, über den Zwischenfall in der Öffentlichkeit zu schweigen:

Upon their return to LZ Dottie on 18. March 1968, the members of C/1-20 Inf. were advised by CPT Medina that the incidents of 16. March 1968 were to be investigated and that they were not to discuss them except in the course of investigation. In the same sense CPT Medina advised a member of C/1-20 Inf, who had indicated an intention to write his Congressman concerning the operation, not to do so "until the investigation was complete".⁶⁶⁴

Die Peers-Kommission kam daher schon 1970 zu dem Schluss:

⁶⁶⁰a.a.O., S.142

⁶⁶¹Hammond, S.237-255

⁶⁶²Hammonds Studie, die in weiten Teilen genaue Kenntnis der militärischen und pressepolitischen Details zeigt und auf einer breiten Quellenbasis beruht, muss aber auch unter quellenkritischen Gesichtspunkten gesehen werden. Denn Hammond lehrt an einer Militärakademie. Er arbeitet somit nicht nur **über**, sondern auch **für** die Armee.

⁶⁶³Vgl. dazu die Einleitung zur kommentierten Edition des Reports der Peers-Kommission: Goldstein, Joseph & others (Ed.): *The My Lai Massacre and His Cover-Up. Beyond the Reach of Law?. The Peers Commission Report*, New York 1976, S.3

⁶⁶⁴*The Peers Commission Report*, S.302

This action, combined with the natural reluctance of many of the men to discuss the acts they had participated in, proved an effective means of containing the story of Son My within C Company.⁶⁶⁵

Dies mag eine weitere Erklärung dafür sein, warum sich Haerberle erst so spät entschied, seine Fotos der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In den Medien ging die Aufdeckung der wahren Ereignisse in My Lai nur schleppend voran. Schließlich veröffentlichte das Wochenmagazin „Life“ am 29. Januar 1970 aber doch einen Bericht mit den Fotos von Haerberle, weil sich die Chefredaktion von „Life“ nun wiederum durch Hershs Artikel bestätigt fühlte. Mit den Aussagen der Augenzeugen und dem Bildmaterial Haerberles hielten die verantwortlichen Redakteure inzwischen genug glaubwürdiges Material in ihren Händen. Mit seiner Veröffentlichung brach „Life“ ein Tabu.⁶⁶⁶ Berichte über Kriegsverbrechen von US-Soldaten waren bislang auf Grund von Zensur und Selbstzensur - bis auf die erwähnten Ausnahmen - nicht in den großen überregionalen Blättern oder im Fernsehen erschienen. Durch den „Life“-Bericht wurde der Öffentlichkeit nun erstmals auch dargestellt, dass die US-Soldaten dem psychologischen Druck des Krieges nicht standhielten und selbst das unmenschliche Verhalten zeigten, was US-Regierung und Militär ihrem Gegner vorgeworfen hatten:

Haerberle and Roberts watched while troops accosted a group of women, including a teen age girl. The girl was about 13 and wearing black pyjamas. A GI grabbed the girl and with the help of others started stripping her. “Let’s see what she’s made out of”, a soldier said. “VC boom-boom”, another said, telling the girl that she was a whore for the Vietcong. “I am horny”, said a third. As they were stripping the girl, with bodies and burning huts all around them, the girl’s mother tried to help her. One soldier kicked the mother in the rear and another slapped her a bit. When they noticed Ron Haerberle with his camera, Roberts says, they left off and turned away as everything was normal. Then a soldier asked: “Well, what’ll we do with them?” “Kill them”, another answered. “I heard an M60 go off”, says Roberts, “a light machine gun, and when we turned back, they were dead.”⁶⁶⁷

Die Aufregung in der Bevölkerung nach einer derart schonungslosen Darstellung der Brutalität des Krieges war zwar enorm. Doch Meinungsumfragen zu My Lai zeigten, dass der nationale Konsens durch das Massaker nicht beeinträchtigt wurde. 49 Prozent der Befragten hielten den Bericht für eine Fälschung, 65 Prozent erklärten, die Medien sollten nicht über amerikanischen Kriegsverbrechen berichten, und nur 2.8 Prozent

⁶⁶⁵ibid

⁶⁶⁶ „*The order was to destroy MyLai and everything in it*“, „Life“ Jan 29, 1970.

⁶⁶⁷ibid

lehnten das Verhalten der US-Soldaten als unmoralisch ab.⁶⁶⁸ Diese Stimmungslage spiegelte sich dann wiederum in der Berichterstattung der US-Medien wider. Einige große Zeitungen und Sender schlossen sich dem investigativen Ansatz von Life nicht an; manche berichteten gar nicht über das Ereignis. Andere wiederum hatten schon auf die erste Veröffentlichung von Haeberles Fotos im „Cleveland Plain Dealer“ reagiert und versucht, die moralische Bedeutung des Massakers zu relativieren. Entweder war "My Lai" als absoluter Einzelfall dargestellt worden⁶⁶⁹ oder das Verbrechen der US-Soldaten war mit denen des Vietcongs verglichen worden:

For shocked Americans, what happened at My Lai seems an awful aberration. For the Communists in Vietnam, the murder of civilians is routine, purposeful policy.⁶⁷⁰

Diese Haltung vieler Medien erklärt sich aus der Bedeutung des allgemeinen politischen Konsens. Der Soziologe Sigal bemerkt dazu:

American editors preferred life in a crowd and disliked making the sort of lone, possibly erroneous stands that could open their publications to criticism.⁶⁷¹

Zudem galt es als allgemein akzeptiertes Schema erfolgreicher, auflagenstarker Zeitungen und TV-Sender, keine Berichte zu schreiben oder zu senden, die den politischen Einstellungen des eigenen Publikums extrem widersprochen hätten.⁶⁷² Vor allem aber gab es erheblichen Druck von Seiten der Regierung auf Herausgeber und Redaktionen.⁶⁷³

Am 30. April 1970 verkündete US-Präsident Nixon in der bereits zitierten Fernsehansprache die zweite, offizielle Invasion Kambodschas, die mit der Aussage begründet wurde, die USA müssten in Kambodscha geheime Waffenlager und Nachschubwege der Nordvietnamesen aus militär-strategischen Gründen vernichten. Außerdem befände sich das Hauptquartier der kommunistischen Aufstandsbewegung Südvietnams auf kambodschanischem Territorium. Nixon erklärte:

⁶⁶⁸Dass sich bei der Addition der Prozentzahlen eine Summe von über 100 Prozent errechnet, liegt an denen unterschiedlichen Fragestellungen der Umfrage. Mehrfach-Nennungen waren möglich. Vgl. Hersh, S.153

⁶⁶⁹Die Berichterstattung der Chicago Tribune kann für diese Haltung als exemplarisch gelten. „Americans should not be deceived by the contemptible lamentations that we are all guilty and that our troops in Vietnam have been brutalized by the war and are just as inhuman as the Communists.“, *Chicago Tribune*, Nov. 29, 1969.

⁶⁷⁰„*On the other side. Terror as Policy*“ in Time, Dec.5.1969.

⁶⁷¹Sigal, Leon V.: *Reporters and Officials. The Organization and Politics of Newsmaking* Lexington (Mass) 1973, S.40

⁶⁷²Chomsky, Manufacturing, S.302

⁶⁷³Carpini „*Vietnam in the Press*“ in Shafer, S.148f.

If, when the chips are down, the world's most powerful nation, the United States of America, acts like a pitiful, helpless giant, the forces of totalitarianism and anarchy will threaten free nations and free institutions throughout the world.⁶⁷⁴

Mitglieder des Kongresses hatten schon vorher signalisiert, dass sie einer Invasion in Kambodscha nicht zustimmen würden.⁶⁷⁵ Nach der Kambodscha-Invasion nahm der Kongress seine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive wieder stärker wahr⁶⁷⁶ und das führte zum Widerruf der Tonkin-Resolution⁶⁷⁷ und schließlich zum War Powers Act. Auch innerhalb der Regierung war die Entscheidung des Präsidenten alles andere als unumstritten. Am 26. April war der „National Security Council“ (NSC) informiert worden⁶⁷⁸; sowohl Verteidigungsminister Laird als auch Außenminister Rogers hielten die Entscheidung des Präsidenten für falsch. Drei Mitarbeiter des NSC traten aus Protest zurück.⁶⁷⁹ Nach anfänglichem Zögern unterstützte Sicherheitsberater Kissinger den Präsidenten.⁶⁸⁰

In den Medien stieß die Invasion auf ein geteiltes Echo. Die Kritik richtete sich zumeist auf die militärischen Erfolgsaussichten und die Risiken der Invasion:

If his gamble pays off and Nixon brings the Communists to serious negotiations, he will have achieved a near triumph. If he only manages to clean out the Cambodian sanctuaries without further escalation, he will have achieved a significant, though probably temporary success.⁶⁸¹

Die generelle Legitimation der Kambodscha-Invasion wurde nur vereinzelt in Frage gestellt:

President Nixon's insurance in his address last night that his decision to send American troops against Communist sanctuaries in Cambodia will save lives, hasten the withdrawal of American forces and shorten the war has a familiar and wholly unconvincing ring. ... the airstrike is a clear breach of Cambodian neutrality, the Geneva Accords and the principles of international law which the Administration has repeatedly cited in connection with the longknown and equally illegal Communist

⁶⁷⁴CBS-Evening News, April 30.1970, vgl. auch Nixon, The Memoirs, S.452

⁶⁷⁵Congressional Research Service (CRS): *The U.S. Government And The Vietnam War: Executive and Legislative Roles and Relationships*, Part 4 ,1968-1972, Washington D.C. 1987. Vgl auch Morris, Roger: *Uncertain Greatness, Henry Kissinger and American Foreign Policy*, New York 1977, S.174

⁶⁷⁶Vgl Bagby, S.262f. und Kattenburg, Paul M.: *The Vietnam Trauma in American Foreign Policy 1945-1975*, New Brunswick (New Jersey) 1980, S.146

⁶⁷⁷Bagby, S.287

⁶⁷⁸White House Memorandum: *Nixon to NSC*, April 26. 1970.

⁶⁷⁹Schweigler, S.75

⁶⁸⁰Kissinger, White House Years, S.515

⁶⁸¹“*Rising the Stakes in Indochina*”, Time, May 11, 1970, S.21

Vietnamese presence on Cambodian soil. ... In sending American troops into Cambodia, President Nixon has rejected his own Nixon Doctrine in Southeast Asia, escalating a war which he had promised to disengage.⁶⁸²

Diese kritische Analyse der Angriffe kann in der Rückschau als zutreffend bewertet werden. Zu dem Zeitpunkt der Bombardierungen waren solche Berichte aber nicht die Regel. 1985 brachte der Journalist Schanberg den Gedanken in die öffentliche Debatte, dass Nixons Politik gerade das genaue Gegenteil seiner eigenen Ziele erreicht habe. Statt den kommunistischen Einfluss in der Region zu begrenzen, sei er verstärkt worden, meint Schanberg:

The Khmer Rouge were a meaningless force when the war was brought to Cambodia in 1970. ... In order to flourish and grow, they needed a war to feed on. And the superpowers - including this country, with the Nixon incursion in 1970 and the massive bombings that followed – provided that war and the nurturing material.⁶⁸³

Als ein möglicher Erklärungsansatz dafür, dass ein Grossteil der Medien 1970 die Invasion nicht unter diesem Aspekt sah, dient ein Blick auf den Bereich des allgemeinen politischen Konsens. Trotz aller Vorbehalte sprach sich eine knappe Mehrheit der Bevölkerung für eine Ausweitung des Krieges aus.⁶⁸⁴ In weiten Teilen der Bevölkerung bestand Einigkeit darüber, dass die USA den Krieg nach ihren Regeln zu Ende führen müssten und sich nicht einen Friedensschluss diktieren lassen könnten.

Ein weiterer Grund dafür, dass der Kriegsschauplatz Kambodscha in der US-Presse tendenziell nur einen geringen Stellenwert einnahm, bestand in den Arbeitsbedingungen der Journalisten. Reporter aus den USA erhielten keine offizielle Akkreditierung für Kambodscha, der Transport von Journalisten aus Vietnam nach Kambodscha durch das Militär wurde verwehrt, unliebsame US-Reporter, die bereits vor Beginn der Invasion im Land waren, wurden auf Druck der USA von den lokalen Behörden ausgewiesen und den US-Botschaftsangehörigen in Kambodscha war ein Redeverbot gegenüber der Presse erteilt worden.⁶⁸⁵

Weil zudem auch die offiziellen Informationsquellen in Washington in Bezug auf Kambodscha verschlossen blieben, konzentrierte sich die Berichterstattung wieder stärker auf Vietnam. Die Glaubwürdigkeit der Regierung war durch das Eingeständnis,

⁶⁸² *“Military Hallucination-Again”* in NYT, May 1st, 1970.

⁶⁸³ Schanberg, Sidney: *“Reflections on Cambodia”*, NYT, April 8, 1985.

⁶⁸⁴ Gallup-Survey in: *US News and World Report*, May 4, 1970.

⁶⁸⁵ Vgl. Shawcross, Sideshow, S.169f. und S.197f.

Kambodscha zu bombardieren, gesunken, da die Nixon-Administration in den vergangenen zwei Jahren betont hatte, den Krieg einzuschränken und nicht ausdehnen zu wollen. Die Regierung hatte gegen den von ihr selbst propagierten Kurs der Deeskalation verstoßen. Als indirekte Folge des dadurch wachsenden Misstrauens der Medien an den Verlautbarungen offizieller Regierungsstellen, erhöhte sich zusehends die Anzahl der Berichte über Verlustzahlen und die sinkende Moral der US-Truppen.⁶⁸⁶ Außerdem wurde vermehrt über den innenpolitischen Streit und die Gegner der Regierung berichtet.

Als die Nationalgarde am 4. Mai 1970 auf dem Campus der Kent State University in Ohio auf protestierende Studenten das Feuer eröffnete, löste das einen der heftigsten Proteststürme in der Geschichte des Vietnamkrieges aus. Hunderttausende gingen auf die Strasse, sogar das Weiße Haus wurde von Demonstranten umlagert und musste gesperrt werden.⁶⁸⁷ Diese innenpolitischen Entwicklungen wurden von den Medien stark rezipiert und vor allem das Fernsehen nutzte die Ereignisse zu einer ausführlichen Berichterstattung.⁶⁸⁸ Die Zuschauer konnten den Eindruck gewinnen, das Land befände sich im Aufruhr. Der offensichtlich angeschlagene Nixon reagierte mit einem Besuch bei den vor dem Lincoln Memorial protestierenden Antikriegs-Aktivisten.⁶⁸⁹ Doch sein Versuch, einen Dialog mit den Demonstranten herzustellen und die Risse in der amerikanischen Gesellschaft zu kitten war halbherzig und kam viel zu spät. Bis zum Ende des Jahres 1970 wandten sich fast 60 Prozent der Amerikaner gegen den Krieg.⁶⁹⁰

Auch außenpolitisch überschlugen sich die Ereignisse: Im Nahen Osten, Chile und Kuba brodelten neben Indochina weitere Konfliktherde. Der eigene Globalanspruch drohte die Nixon-Administration zu überfordern.⁶⁹¹ Außerdem sahen die west-europäischen Partner der USA deren Engagement in Indochina zunehmend kritischer bis ablehnend.⁶⁹² Zu einer weiteren innenpolitischen Belastung wurden dann 1971 die Pentagon-Papers. Die juristische Auseinandersetzung um die Publikation der

⁶⁸⁶Vgl. Carpi in Shafer, *The Legacy*, S.147f.

⁶⁸⁷Vgl. Schweigler, S.77, Bagby, S.283f., Frey, S.196f. Hess, S.123

⁶⁸⁸Eine vom Autor vorgenommene Analyse der Hauptnachrichten-Sendung der beiden großen landesweiten Sender NBC und CBS (für die Zeitspanne vom 4. Mai bis 29. Mai 1970) zeigt, dass der Schwerpunkt der Beiträge auf den innenpolitischen Ereignissen lag und dass der Anteil der Auslandsberichterstattung über Indochina dadurch in den Hintergrund gedrängt wurde.

⁶⁸⁹Vgl. Hess, S.124 und Kissinger, *The White House Years*, S.514

⁶⁹⁰Vgl. Kattenburg, S.254

⁶⁹¹Schweigler, S.77ff.

⁶⁹²Bagby, S.273ff.

pentagoninternen Papiere durch die „New York Times“ stellte eine massive Konfrontation zwischen Presse und Regierung dar.

Lügen fliegen auf: Die Pentagon-Papers (1971)

Dieser Streit war einer der meist beachteten Fälle der neueren amerikanischen Rechtsgeschichte. Erstmals hatte das oberste Gericht der USA, der Supreme Court, einen juristischen Streit zwischen einem US-Presseorgan und einer Regierung zu schlichten. Am 13. Juni 1971 begann die „New York Times“ mit der Veröffentlichung einer Artikelserie, die auf pentagoninternem Material beruhte. Das Material, eine vom ehemaligen Verteidigungsminister McNamara beim RAND-Institut in Auftrag gegebene Studie mit dem Titel: "History of the United States Decision-Making Process on the Vietnam Policy", wurde der Zeitung durch den früheren Pentagonmitarbeiter Daniel Ellsberg übergeben.⁶⁹³ Diese Dokumente enthüllten die Arbeitsweisen des Pentagon und der Regierung während der Kennedy-, Johnson und Nixon-Administration und sie machten auch das Ausmaß der Täuschungs- und Geheimhaltungsstrategie deutlich.⁶⁹⁴ So ging aus ihnen unter anderem hervor, dass die Kennedy-Regierung die Rolle und die Aufgaben der Militärberater in der Frühphase des Krieges in der Öffentlichkeit falsch dargestellt hatte. Des weiteren belegten die Pentagon-Papers, dass sich die USA bereits de facto zu einem Zeitpunkt im Krieg befunden hatten, als in der Öffentlichkeit noch der Anschein erweckt wurde, die US Truppen würden lediglich Verbündete unterstützen. Außerdem wurden die Täuschungen der Johnson-Regierung in Bezug auf den Einsatz von Bodentruppen und die propagandistische Ausnutzung des Tonkin-Zwischenfalls entlarvt. Und nicht zuletzt wurde aus den Papieren deutlich, dass die amtierende Nixon-Regierung die Medien und die Bevölkerung täuschte.⁶⁹⁵

Die „New York Times“ hatte die ihr vorliegenden Dokumente nicht in gänzlicher Länge und redaktionell unbearbeitet an ihre Leser weitergegeben. Das Material wurde von den Journalisten vor der Veröffentlichung gesichtet und die in der Studie als geheim klassifizierten Dokumente, wurden nicht publiziert.⁶⁹⁶ Motiv dafür waren neben redaktionsinternen Überlegungen auch die Angst vor möglichen Klagen. Dies dokumentiert einerseits einen Akt der freiwilligen Selbstzensur dieser Zeitung, andererseits zeigt es auch ein grundlegendes Phänomen: Klassifizierte Dokumente aus

⁶⁹³Zur Rolle des RAND-Instituts vgl. Smith, Bruce L.R.: *The RAND Cooperation. Wissenschaftliche Politik-Beratung in den USA*, Cambridge (Mass.) 1966. McNamara war aus Protest gegen die Vietnampolitik von seinem Amt zurück.

⁶⁹⁴Vgl. das Vorwort zu den *“Pentagon Papers”* NYT-Edition.

⁶⁹⁵Vgl. die bereits in den beiden vorhergehenden Kapiteln zitierten Textstellen der Pentagon Papers in der NYT- und der Gravel-Edition.

⁶⁹⁶Epstein, Edward J.: *Between Fact and Fiction: The Problem of Journalism*, New York 1975, S.124. Zum Inhalt der Papiere und zu den vermeintlich darin enthaltenen sicherheitsrelevanten Daten vgl. Herring, George C. (ed.): *The Secret Diplomacy of the Vietnam War. The Negotiating Volumes of the Pentagon Papers*, Austin (Tex.) 1983.

dem Verteidigungsministerium galten für die Journalisten als besonders wichtiges und daher äußerst sensibel zu behandelndes Quellenmaterial. Sobald auch nur der Verdacht aufkam, die nationale Sicherheit könnte durch die Veröffentlichung der vorliegenden Dokumente gefährdet werden, hielten sich die Journalisten zurück.⁶⁹⁷ Die „New York Times“ wollte sich nicht mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, mit der Veröffentlichung des brisanten Quellenmaterials unverantwortlich oder unpatriotisch gehandelt zu haben oder gar Landesverrat begangen zu haben. Selbstzensur aus denselben Motiven ist in vergleichbaren Fällen auch bei anderen Medien zu beobachten gewesen.⁶⁹⁸ Darüber hinaus gab es aber auch innerhalb der „New York Times“ heftige politische Debatten. Denn bislang hatte die Zeitung der Regierung stets loyal gegenüber gestanden und die älteren Redakteure wollten diese regierungstreue Linie nicht verlassen. Es gab aber auch eine "neue Generation" jüngerer Redakteure, die sich wesentlich stärker der Öffentlichkeit als der Regierung verpflichtet fühlte. Die Veröffentlichung der Pentagon-Papers fiel also in eine Zeit, in der die Medien ihre Rolle in der Gesellschaft neu definierten. Außerdem war die Entscheidung zur Veröffentlichung auch dadurch geprägt, dass mit Arthur Ochs Sulzberger ein neuer Herausgeber die Zeitung von seinem Vater übernommen hatte, der noch keine einschlägigen Kontakte zu Regierungs- und Militäreliten pflegte.⁶⁹⁹

Mit dem pauschalen Argument des Verstoßes gegen Interessen der nationalen Sicherheit, versuchte die Nixon-Administration gegen die Veröffentlichung der Pentagon-Papers vorzugehen. Sie behauptete, durch die Publikation könne der militärische Feind geheime Informationen erhalten. Außerdem seien die Leben amerikanischer Kriegsgefangener bedroht. Zudem könnte sich der Abdruck der Pentagon-Papers ungünstig auf den Gestaltungsspielraum der US-Außenpolitik auswirken, argumentierte die Regierung. Andere Nationen könnten das Vertrauen in die Fähigkeit der US-Administration, Geheimpläne auch tatsächlich geheim zu halten verlieren. Letztere Argumentation war neu, weil sie den Bereich der nationalen

⁶⁹⁷Hentoff, Nat: *The First Freedom. The Tumultuous History of Free Speech in America*, New York 1980, S.204

⁶⁹⁸Wicker, On Press, S.186f.

⁶⁹⁹Zu den Debatten, die der Veröffentlichung innerhalb der „New York Times“ vorausgingen und den Entscheidungsprozessen, auch den ökonomischen Überlegungen die für oder gegen die Veröffentlichung sprachen, vgl.: Elfenbein, Stefan W.: *Die veränderte Rolle der „New York Times“. Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit Veröffentlichung der Pentagon Papers*, Frankfurt/Main 1996. Ein Kurzinterview des Autors mit der ehemaligen „New York Times“-Redakteurin und jetzigen Times-Biographin, Susan Tift, stützt die Elfenbein-These, dass es innerhalb der Redaktion der Zeitung sehr unterschiedliche Meinungen in Bezug auf eine Veröffentlichung der Pentagon-Papers gegeben hat. Vgl. *Interview mit Susan Tift*, Duke University (N.C.), Okt.1999. Darüber hinaus wird diese These auch von jüngeren Arbeiten zu den Pentagon Papers bestätigt: Rudenstine, David: *The Day the Presses Stopped. A History of the Pentagon Papers*, Berkeley (CA) 1996.

Sicherheit über ihren bisherigen Bedeutungsinhalt hinaus auf das diplomatische Verhältnis zu anderen Nationen ausdehnte.⁷⁰⁰ Bei dem veröffentlichten Material handelte es sich im konkreten Fall - während der juristischen Auseinandersetzung - allerdings noch um Quellen, die nur eine zurückliegende Zeitspanne betrafen. Das Argument, dass durch die Veröffentlichung des Pentagonmaterials noch aktuelle, geheime militärische Informationen an den Feind weitergegeben oder gar das Leben amerikanischer Gefangener gefährdet werden konnte, ist daher fragwürdig.

Wahrscheinlicher erscheint das Motiv, bestehende Machtstrukturen und die generelle Autorität der Exekutive nicht gefährden zu lassen. Neil Sheehan, der für die „Times“ den Kontakt zu Ellsberg hergestellt hatte, verweist auf einen weiteren wichtigen Aspekt, der zwar für alle Regierungen gelten kann, der aber speziell während der Nixon-Administration zu besonderer Geltung gelangte: Die Tendenz, innere Entscheidungsabläufe der Regierung nicht transparent zu machen. Sheehan spricht dabei von einem inneren Zirkel innerhalb der Regierung:

It is like a centralized state, far more powerful than anything else, for whom the enemy is not simply the Communists but everything else, its own press, its own judiciary, its own congress, foreign and friendly governments - all these are potential antagonistic. It had survived and perpetuated itself, often using the issue of anti-Communism as a weapon against the other branches of government and the press, and finally it does not function necessarily for the benefit of the Republic but rather for its own ends. ...Secrecy was a way of protecting itself, not so much from threats by foreign governments, but from detection from its own population on charges of its own competence and wisdom.⁷⁰¹

Schenkt man den Worten des damaligen nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger Glauben, war es nicht primär das Ziel, durch ein Veröffentlichungsverbot konkrete eigene Fehlentscheidungen zu verschleiern. Vielmehr fürchtete Kissinger die politische Sprengkraft der Papiere, weil durch sie die internen Entscheidungsabläufe und die generellen Methoden der Geheimhaltung aufgedeckt werden könnten. Angeblich ging es Kissinger um den Schutz der Glaubwürdigkeit der Institution „Regierung“ generell und nicht um die konkrete Regierung als solche:

The sudden release of over 7000 pages of secret documents came as profound shock to the Administration. The documents of course were in no way damaging to the Nixon Presidency. Indeed, there was some sentiment among White House political operatives to exploit them as an illustration of the machinations of our predecessors and the difficulties we inherited. But such an attitude seemed to me against the public

⁷⁰⁰Ders. S.204ff.

⁷⁰¹Sheehan, zit in: Halberstam, Best and Brightest, S.409

interest: Our foreign policy could never achieve the continuity on which other nations must depend, and our system of government would surely lose all trust if each President used his control of the process of declassification to smear his predecessors.⁷⁰²

Ob dies das wahre Motiv für das Vorgehen gegen die „New York Times“ war, oder ob die Nixon-Administration nicht auch fürchtete, dass die Pentagon-Papers eventuell doch aktuelle Geheimnisse enthalten könnten, lässt sich rückblickend nicht eindeutig klären. Daher darf vor allem das in den Worten Kissingers angeklungene prinzipielle Argument, dass durch weitere Veröffentlichungen die generelle Glaubwürdigkeit der Institution beschädigt würde, bei der Motivforschung nicht vergessen werden. Die Leser hätten sich fragen können: Wenn uns vergangene Regierungen haben täuschen können, warum sollte es die aktuelle Regierung nicht auch tun? Fest steht also, dass die amtierende Administration ein starkes Interesse daran hatte, die Publikation zu verhindern und so forderte Bundesanwalt John N. Mitchell bereits am 14. Juni 1971, also genau einen Tag nach Beginn der Veröffentlichung der Artikelserie, ihre Einstellung. Mitchell schrieb in einem Telegramm an den Herausgeber der „New York Times“:

(...) As such , publication of this information is directly prohibited by provisions of the Espionage Law, Title 18, United States Code, Section 793. Moreover, further publication of information of this character will cause irreparable injury to the defense interests of the United States. (...) Accordingly, I respectfully request that you publish no further information of this character and advise me that you have made arrangements for the return of these documents to the Department of Defense.⁷⁰³

Die Zeitung lehnte dies aber ab.⁷⁰⁴ Im weiteren Verlauf des Streits wandte sich nun die Regierung an das Bezirksgericht in New York. Dieses erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die Publikation. Der zuständige Richter untersagte dabei zwar die weitere Veröffentlichung, lehnte jedoch das Ersuchen der Regierung nach Rückgabe der Dokumente ab. Er akzeptierte das übergeordnete Argument der Regierung - eine Gefährdung der nationalen Sicherheit - , meldete jedoch Bedenken an der Stringenz der Beweisführung an:

Without revealing the context of the testimony, suffice it to say that no cogent reasons were advanced except in the general framework of embarrassment previously mentioned, would vitally affect the security of nation.⁷⁰⁵

⁷⁰²Kissinger, zit in: Hersh, S.389

⁷⁰³zit. in: Owen, Fiss M.: "Free Speech and the Proir Restraint Doctrine": The Pentagon Papers Case in: Burke, Marshall (ed.): *The Supreme Court and Human Rights*, Washington D.C. 1982, S.50f.

⁷⁰⁴ibid, S.52

⁷⁰⁵Richter Murray I. Gurfein, zit. in: *NYT*, 20.6.1971.

Daraufhin zog nun die „New York Times“ vor das nächst höhere Gericht, den "U.S. Court of Appeals",⁷⁰⁶ der der Zeitung die Fortführung der Artikelserie erlaubte. Allerdings bei Verzicht auf, von der Regierung als die nationale Sicherheit betreffend eingestuftes Material. Das wiederum veranlasste die Zeitung, die zumindest sämtliche Dokumente nutzen, wenn auch nicht unbedingt veröffentlichen wollte, dazu, erneut in Berufung zu gehen und schließlich musste sich dann ab dem 25. Juni 1971 der „Supreme Court“ mit dem Fall beschäftigen. Inzwischen hatte auch die "Washington Post" Teile der brisanten Dokumente erhalten und mit deren Veröffentlichung begonnen. Auch sie musste daraufhin bei untergeordneten Gerichten prozessieren. Der Rechtsweg stellte sich ähnlich wie bei der „New York Times“ dar und schließlich wurden beide Fälle, „New York Times“ vs. United States“ und "Washington Post vs. United States“ gemeinsam vor dem Supreme Court verhandelt. Der Prozess dauerte fünf Tage; am 30. Juni 1971 verkündete Richter Brennan den Beschluss der neun Verfassungsrichter⁷⁰⁷. Das Urteil (6 zu 3) fiel zu Gunsten der Zeitungen aus:

Any system of prior restraints of expression comes to this court bearing a heavy presumption against its constitutional validity [see *Bantam Books, Inc. vs. Sullivan* 372 U.S. 697 (1963)]; see also *Near vs. Minnesota* 283 U.S. 697 (1931). These government “thus carries a heavy burden of showing justification for the enforcement of such restraint.” [Austin vs. Keefe 402 U.S. 415 at 419 (1971)] The District Court for the Southern District of New York ...and ...for the District of Columbia ...held that the Government had not met that burden. We agree.⁷⁰⁸

Die Urteilsbegründungen jedoch waren sehr unterschiedlich. Sie spiegelten die gesamte Bandbreite der Diskussion über eine grundlegende staatsrechtliche Frage wider: Was ist höher zu bewerten: Die nationale Sicherheit oder das Recht auf freie Meinungsäußerung und damit auch die Pressefreiheit? In ihren unterschiedlichen Schlussfolgerungen orientierten sich die Richter an Präzedenzfällen, zu denen sie Bezüge herzustellen suchten. Insofern ist der „Pentagon-Papers Case“ ein Beleg für den in der Einleitung entwickelten Gedankengang einer flexiblen Verfassung. Diejenigen, die sich klar für die Zeitungen entschieden, zogen die „Marktplatz-Theorie“ und die Idee von der „Individuellen Autonomie“ heran. So argumentierten die Richter Black und Douglas:

Both the history and the language of the First Amendment support the view that the press must be left free to publish news, whatever the source is, without censorship,

⁷⁰⁶*US Court of Appeals*: The Pentagon Papers, 22.6.1971.

⁷⁰⁷Der "Supreme Court" fungiert sowohl als oberstes Strafgericht als auch als Verfassungsgericht. In diesem Fall war seine Entscheidung als Verfassungsgericht gefragt.

⁷⁰⁸„New York Times“ vs. United States“, *403 U.S. 713* (1971).

injunctions or prior restraint. ... In revealing the workings of government that led to the Vietnam War, the newspapers nobly did precisely what the founders hoped and trusted they would do.⁷⁰⁹

Durch den letzten Satz fügten Black and Douglas ihrer Argumentation den Gedanken der „Partizipation im Staatswesen“ hinzu. Den betreffenden Zeitungen und den Medien generell wurde die Rolle einer „Vierten Gewalt“ oder eines „watchdog“ zugewiesen. Ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wurde herausgehoben. Die Richter Stewart, White und Marshall argumentierten indes weniger staatsrechtlich-philosophisch, sondern eher formal-juristisch. Ihrer Meinung nach hatte die Regierung erstens ihr „nationales Sicherheitsinteresse“ nicht ausreichend nachweisen können. Und zweitens hielten diese drei Richter den Supreme Court mangels einer eindeutigen verfassungsrechtlichen Regelungen nicht für befugt, den von der Exekutive beanspruchten Sicherheitsinteressen stattzugeben.⁷¹⁰ Denn in der US-Verfassung gäbe es keinen Artikel, der die nationale Sicherheit exakt definiere und ihr prinzipiell und uneingeschränkt ein stärkeres Gewicht als der Pressefreiheit einräume. Die Richter Burger und Blackmun sahen dennoch im Gegensatz zu ihren Kollegen keinen Mangel an gesetzgeberischen Leitlinien und beriefen sich auf den zweiten Artikel der Verfassung, der der Exekutive die außenpolitische Richtlinienkompetenz zuweist:

The first Amendment, after all, is only a part of the entire Constitution. Article II ... vests in the Executive Branch primary power over the conduct of foreign affairs. ... Each provision of the Constitution is important and I cannot subscribe to a doctrine of unlimited absolutism for the First Amendment at the cost of downgrading other provisions.⁷¹¹

In Artikel II der Verfassung ist die außenpolitische Richtlinienkompetenz der Exekutive festgeschrieben. Allerdings sagt der Artikel nichts darüber aus, ob diese Kompetenz auch extreme Geheimhaltung rechtfertigt oder gar die Täuschung des Kongresses und der eigenen Bevölkerung über das außenpolitische Vorgehen der Regierung legitimiert.

Für den weiteren Verlauf dieser Arbeit bleibt festzuhalten, dass sich nur zwei der neun Richter - so unterschiedlich ihre Argumentationen auch waren - für eine generelle, uneingeschränkt geltende Bevorzugung der Pressefreiheit vor den Interessen der nationalen Sicherheit entschieden. Dies bedeutete, dass ähnlich gelagerte Fälle jeweils neu im Einzelfall verhandelt werden mussten. Eine eindeutige, normativ-juristische

⁷⁰⁹a.a.O.

⁷¹⁰a.a.O.

⁷¹¹Richter Blackmun “Dissenting Opinion” in *ibid*

Festlegung für die Zukunft erfolgte bis heute nicht. Insofern war der Urteilsspruch des Supreme Courts zwar in der Tat ein Sieg für beide Zeitungen, aber nicht, wie die „New York Times“ emphatisch kommentierte, ein Sieg für die Pressefreiheit als solche.⁷¹² Die Zeitungen hatten selbst betont, dass es ihnen bei ihren Klagen um den konkreten Fall ging und nicht darum, einen generellen Schutz der Pressefreiheit vor Gericht zu erfechten. Außerdem hielten sie unter gewissen Umständen - die im „Pentagon Case“ aber nicht gegeben waren - staatliche Pressezensur für gerechtfertigt. Der Historiker Porter kommt daher zu dem Schluss, dass der Supreme Court mit seinem Urteil keineswegs die Pressefreiheit für alle Zeiten gegen Angriffe der Exekutive schützte:

By the time the argument was reduced to a few hours before the Supreme Court, the only participants in the room who represented the opposition in the matter of principle, who were undeviatingly, philosophically committed to freedom of expression, were the old men named Black and Douglas.⁷¹³

Die Anstrengungen der Nixon-Administration konzentrierten sich nach der Niederlage vor Gericht auf das Aufspüren der undichten Stelle, des "leak" in den eigenen Reihen. Dies fiel in diesem Fall nicht schwer, da Ellsberg zugegeben hatte, die Papiere weitergegeben zu haben. Im folgenden versuchte die Administration, einerseits strafrechtlich gegen Ellsberg vorzugehen - er wurde am 28.6.1971 wegen des Verstoßes gegen den Espionage Act angeklagt - , andererseits ihn öffentlich zu diskreditieren. Die Tatsache, dass der bereits im Ersten Weltkrieg von der Regierung gegen politische Gegner erfolgreich angewandte Espionage Act immer noch Gültigkeit besaß, zeigt auch eine gewisse historische Kontinuität der Rechtsprechung zur Fragen der Presse- und Meinungsfreiheit. Richter Burger hatte eine Parallele zwischen dem aktuellen Fall der Pentagon-Papers und dem Fall „Near v Minnesota“ hergestellt:

In these cases, the imperative of a free and unfettered press comes into collision with another imperative, the effective functioning of a complex modern government and specifically the effective exercise of certain constitutional powers of the Executive.⁷¹⁴

Richter White schien der Regierung sogar in seiner Urteilsbegründung einen versteckten Hinweis auf die Möglichkeiten des Espionage Acts geben zu wollen. Statt des Versuchs eines Publikationsverbotes schlug er alternativ vor, die Mittel der Strafverfolgung zu nutzen:

⁷¹²Vgl. dazu "A historic Decision" in: „*New York Times*“, July 1, 1971.

⁷¹³Porter, William: *Assault on the Media. The Nixon Years*, Ann Arbor (Mich.) 1976, S.110

⁷¹⁴„New York Times“ vs. United States“, *403U.S.713 (1971)*.

That the government mistakenly chose to proceed by injunction does not mean it could not successfully proceed in another way.⁷¹⁵

Dass die Regierung diesen Hinweis aufnahm und die juristischen Möglichkeiten des Espionage Acts auslotete, zeigt sich in der strafrechtlichen Verfolgung Ellsbergs. Die Exekutive entschied sich darüber hinaus aber auch dazu, Ellsberg öffentlich zu diskreditieren und damit seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Zu diesem Zweck brachen am 27. August 1971 Mitglieder, der später im Zuge der Watergate-Ermittlungen bekannt gewordenen „Plumbers Unit“⁷¹⁶ in die Praxis von Ellsbergs Psychiater ein, um Belastungsmaterial zu finden. Ziel der Diskreditierungskampagne gegen Ellsberg war es außerdem potentielle "leaks" zu schließen und andere vermeintliche Pressesympathisanten, die noch für die Administration arbeiteten, abzuschrecken.⁷¹⁷

Bis zur Pariser Vietnamkonferenz 1973 ist keine weitere qualitative Veränderung der Pressepolitik der Nixon-Administration zu konstatieren. Die skizzierte Grundlinie von Propaganda auf der einen sowie Geheimhaltung und Einschüchterungsmaßnahmen auf der anderen Seite wurde nie verlassen, sie wurde indes nach den pressepolitischen Rückschlägen der Nixon-Administration eher verstärkt. Auch in den letzten beiden Jahren des Krieges bewegte sich die Presse im Bereich des allgemeinen politischen Konsens (der inzwischen ein Ende des Krieges verlangte) und der legitimen Kontroverse. Es häuften sich wieder Berichte über amerikanische Verluste und über Opfer in der vietnamesischen Zivilbevölkerung.⁷¹⁸ Nachdem die Friedenshoffnungen durch den US-Lufteinsatz in Laos und die nordvietnamesische Frühjahrsoffensive 1972 erneut enttäuscht worden waren⁷¹⁹, nahm die Tendenz zu einer kritischen Berichterstattung auch im Fernsehen weiter zu.⁷²⁰ Es wurden seltener - im Gegensatz zur Anfangsphase des Krieges - glorifizierende Kampfberichte gezeigt, sondern Beiträge, die das Leid und die Schrecken des Krieges thematisierten. Vor allem aber standen Analysen der innenpolitischen Auseinandersetzungen über den Krieg im Vordergrund.⁷²¹ Eine ähnliche Tendenz gilt auch für die Zeitungen und Zeitschriften. Hinzu kam dass, zu Beginn der siebziger Jahre vermehrt auf oppositionelle Strömungen

⁷¹⁵ibid

⁷¹⁶Vgl. Sussman, S.213f.

⁷¹⁷ibid

⁷¹⁸Vgl.: Hallin, *Uncensored War*, S.177

⁷¹⁹Vgl. Hess, S.125ff.

⁷²⁰Vgl. dazu eine Serie des einzigen US-amerikanischen „öffentlich-rechtlichen“ Senders „Public Broadcasting Service“ (PBS). PBS: *Vietnam: A Television History*, 13 VHS à 90 Min., Vision and Sound-Collection (Madison-Building) LOC. Diese Sammlung bietet einen hervorragenden Überblick über die Fernsehberichterstattung im Vietnamkrieg. Für oben genannte These sind vor allem die Teile 10 und 12 heranzuziehen.

⁷²¹Epstein, S.230f.

eingegangen wurde.⁷²² Eine Untersuchung der Berichterstattung des "Time Magazine" zeigt eine qualitative Veränderung der Kommentare. Hatte das Magazin bis 1969 einen regierungstreuen Kurs verfolgt, änderte sich die Tendenz spätestens ab 1970.⁷²³

Der innenpolitische Druck auf die Regierung, das US-Engagement in Vietnam zu beenden, wurde immer stärker. Sie wurde zusehends an ihren eigenen Versprechen der Vergangenheit gemessen. Zudem näherte sich ein neues Wahljahr:

As a US election year approached, and as a North Vietnamese offensive grew imminent, our domestic position was sure to be under assault again. We could not weather the storm unless we were clearly perceived as having made every effort to negotiate an end of the war, as having gone the extra mile.⁷²⁴

Dennoch entschloss sich die Regierung in dieser Situation nicht, ihre Pressepolitik transparenter und damit populärer zu gestalten, vielmehr wurde die Kommunikation mit Medienvertretern noch weiter eingeschränkt. Dieses Vorgehen stieß bei den Medien auf Ablehnung und wurde dementsprechend kommentiert:

In all of 1971, President Nixon faced ad hoc questioning by the White House press on nine occasions, compared with an annual average of 24 of 36 by Presidents over the last 25 years. There have been two news conferences in 1972, compared with President Eisenhower's 13 and President Johnson's 15 in the years they sought re-election, 1956 and 1964. The last formally scheduled news conference, which allows the preparation of questions in advance and provides radio and television as well as press coverage, occurred on June 1, 1971.⁷²⁵

Es sei hier noch einmal abschließend erwähnt, dass die Medien die Veränderung des nationalen Konsenses beim Wechsel von der Johnson zur Nixon-Regierung zwar mitverfolgten und verstärkten, ihre Berichterstattung aber nicht die Ursache für diese Veränderungen waren.

Als sich die Nixon-Regierung schließlich dazu entschloss, tatsächlich alle US-Truppen aus Vietnam zurückzuziehen und damit einen der längsten Kriege in der Geschichte der USA beendet wurde, wurde dies von den Medien weitgehend als Erfolg der Politik der Nixon-Administration dargestellt.⁷²⁶ Ein Beispiel dafür ist die Darstellung

⁷²²Vgl. Flowers, Jackie: *„Life“ in Vietnam: The Presentation of the Vietnam War 1962-1972*, University of South Carolina, 1996.

⁷²³Morokoff, David Scott: *The Vietnam War. A Comparison of Interpretations*, Las Vegas (Nev.) 1997.

⁷²⁴Kissinger, White House Years, S.1043

⁷²⁵Frankel, Max in: *NYT*, June 18, 1972.

⁷²⁶ibid

der Friedensverhandlungen in Paris und letztlich die Übernahme der Interpretation des Friedensschlusses der US-Regierung.⁷²⁷ Kissinger hatte behauptet, dass die Nordvietnamesen in den Friedensverhandlungen Südvietsnam als souveränen Staat akzeptierten. Diese Fehlinformation wurde von den meisten Journalisten nicht aufgedeckt und so übernahmen sie mehr oder weniger unkritisch die offizielle Version:

Equally, vital to the Nixon Administration was specific mention of “sovereignty” of the Saigon government, and on this point, too, the U.S. had its way. Hanoi finally conceded that, in Kissinger’s words, “there is an entity called South Vietnam”. In one important sense, the dispute over that question was what the war in Vietnam was all about.⁷²⁸

Selbst ein ausgewiesener liberaler Kritiker der Nixon-Administration, der von derselben sogar als „Feind“ eingestufte Journalist Tom Wicker, schrieb in Hinblick auf den Friedensschluss:

American policy, which never accepted the Geneva agreement, came to insist, instead, that South Vietnam was a legally constituted nation being subverted and invaded by another power; and that view is implied even in the documents that finally produced the cease-fire.⁷²⁹

Sogar nach Beendigung des Krieges wurde der US-Einsatz in Indochina als fehlgeschlagene Hilfeleistung für einen souveränen Verbündeten interpretiert.⁷³⁰ Dass Nordvietnam - im Gegensatz zu Kissingers Darstellung - Südvietsnam aber eben nicht als souveränen Staat akzeptierte, zeigte sich spätestens in dem Aufflammen neuer militärischer Konflikte im Jahre 1975.⁷³¹ Der Fokus der kritischen Berichterstattung in den USA hatte sich aber zu dieser Zeit schon längst von Vietnam abgewandt und auf die Betrachtung der zerrütteten innenpolitischen Verhältnisse und auf den Machtmissbrauch des Präsidenten gerichtet.

⁷²⁷Young, Vietnam Wars, S.279

⁷²⁸“Peace in Vietnam” in: Newsweek, Feb. 5, 1973.

⁷²⁹Wicker, Tom in: NYT, March 1th,1973.

⁷³⁰Chomsky, Manufacturing Consent, S.232f. Im Gegensatz zu dieser Darstellung steht die Perzeption des Friedensschluss durch die südvietsnamische Regierung. General Thieu fühlte sich von den USA im Stich gelassen.. Vgl. Frey, S.212., Hess, S.135f.

⁷³¹Hess, S.139

Ein unehrenhaftes Ende: Watergate und die Folgen (1972-74)

Der schließlich in der Watergate-Affäre gipfelnde Machtmissbrauch präsidentieller Macht kann nicht losgelöst von der Pressepolitik im Vietnamkrieg betrachtet werden.⁷³² Nixons Geheimhaltungsobsession führte zum Ausschluss der Presse und damit der Öffentlichkeit von den Entscheidungsabläufen im Weißen Haus. Selbst engste Regierungsmitarbeiter waren nicht mehr informiert. Als das Ausmaß des Machtmissbrauchs deutlich wurde und geheime Informationen an die Medien durchsickerten, erwies sich die Pressestrategie der Täuschungen, Vertuschungen und offenen Lügen als Bumerang. Die Medien kritisierten in erster Linie nicht einmal die Inhalte der Nixon-Politik als solche, sondern vielmehr den Amtsmissbrauch und die Tatsache, dass sie getäuscht und belogen worden waren.⁷³³ Der Watergate-Skandal war eine der tiefsten Vertrauenskrisen in der Geschichte der Vereinigten Staaten; in Kombination mit den Erfahrungen des Vietnamkrieges löste er das massenpsychologische Phänomen aus, dass in der Wissenschaft und Literatur sowie allgemeinen Sprachgebrauch bis heute als Vietnam-Trauma bezeichnet wird.⁷³⁴

Der Watergate-Skandal ist in einer ganzen Reihe von Einzelstudien dargestellt worden und soll daher hier nur in seiner Bedeutung für die Pressepolitik analysiert werden.⁷³⁵ Die Wahlen im November 1972 hatten Nixon einen 61 Prozent-Sieg beschert. Im Wahlkampf war sich Nixon aber offenbar seiner Siegchancen nicht so sicher gewesen und hatte ein „Committee to Re-Elect the President“ (CREEP) gebildet⁷³⁶, dem auch ehemalige FBI- und CIA-Mitarbeiter angehörten. Das „CREEP“ hatte die Aufgabe, politische Gegner zu beobachten, auszuspionieren und eventuelles Belastungsmaterial zu Tage fördern, mit dem die Opposition diskreditiert werden

⁷³²Szulc, Peace, S.9

⁷³³Wise, S.349

⁷³⁴Die Genese des Begriffs lässt sich nicht eindeutig klären. Ebenso ist unklar, wer ihn zum ersten Mal verwendet hat. Das Wort „Trauma“ tauchte nach den ersten Niederlagen der US-Truppen in Vietnam in der Presse auf. Der Begriff wurde aber vor allem zur Charakterisierung eines kollektiven Gefühls in den USA nach Watergate und dem Ende des Vietnamkriegs in den Medien und in der wissenschaftlichen Debatte herangezogen. Vgl. Kattenburg: *The Vietnam Trauma*; Hallin: *The Uncensored War*, Kellner: *The Persian*; Halberstam: *Best and Brightest* sowie Bagby: *Americas International Relations*.

⁷³⁵Vgl. z.B. Sussman, Barry: *The Great Cover-Up*. Einen journalistischen Erfahrungsbericht bieten: Bernstein, Carl & Woodward, Bob: *All the President's Men*, New York 1974. Mit einem Zeitabstand von 20 Jahren betrachtete der Publizist Emery die Ereignisse: Vgl. Emery, Fred: *Watergate. The Corruption and Fall of Richard Nixon*, London 1994.

⁷³⁶Ursprünglich war das „CREEP“ ins Leben gerufen worden, um Wahlkampfgelder zu sammeln. Dabei bewegte sich das Komitee teilweise am Rande der Legalität. Vgl. Schweigler, S.149

konnte.⁷³⁷ Die Arbeit des Komitees gipfelte am 17. Juni 1972 im Einbruch der so genannten „Plumbers“ in den Watergate-Komplex in Washington, in dem die Parteizentrale der Demokraten untergebracht war. Die „Klempner“ wollten dort Abhöreranlagen installieren, wurden jedoch auf frischer Tat bei ihrem Einbruch von der Polizei ertappt. An diesem Samstag, als die wirklichen Hintergründe der Tat noch nicht ersichtlich waren, setzte die „Washington Post“ unter anderem den Lokalreporter Woodward auf die Geschichte an:

June 17, 1972: Nine o'clock Saturday morning. Early for the telephone. Woodward fumbled for the receiver and snapped awake. The City editor of the Washington Post was on the line. Five men had been arrested earlier that morning in a burglary at Democratic headquarters, carrying photographic equipment and electronic gear. Could he come in?⁷³⁸

Zu diesem Zeitpunkt ahnte Woodward noch nichts von seinem „Reporter Glück“, für ihn stellte sich die Angelegenheit als ein routinemäßiger Kriminalfall dar und nicht wie einer der größten politischen Skandale der Nachkriegsgeschichte. Der Kriminalfall sollte jedoch eine Kette von Ereignissen in Gang setzen, die zwei Jahre später den Präsidenten zum Rücktritt zwingen würden. Denn - wie sich im Zuge der Ermittlungen herausstellte - hatte sich Nixons Abhör- und Spionagesystem nicht nur gegen den politischen Gegner gerichtet, sondern auch gegen die eigenen Mitarbeiter im Weißen Haus.⁷³⁹ Nixon klammerte sich aber zunächst an sein Amt und das aus seiner Sicht damit verbundene Recht zur Geheimhaltung. In der Tradition der bisherigen Presse- und Informationspolitik wurde versucht, die Angelegenheit zu vertuschen und eventuelle oder inzwischen tatsächliche Gegner in der Presse einzuschüchtern.⁷⁴⁰ Darüber hinaus

⁷³⁷Vgl. die Einleitung zu: Kutler, Stanley I. (Ed.): *Abuse of Power. The Nixon Tapes*, New York 1997. Dieses Buch enthält die Abschriften der auch im späteren Verfahren zur Amtsenthebung Nixons relevant gewordenen Tonband-Aufzeichnungen aus dem Weißen Haus. Die größte Sammlung der „Nixon-Tapes“ findet sich in der nach Maryland ausgelagerten Abteilung audiovisueller Quellen des „National Archive“. Teile der Tonbandaufnahmen wurden vor ihrer Herausgabe durch die Nixon-Regierung gelöscht, zwei Tonbänder blieben 1974 verschollen. Diese Dokumentations- Lücken werden nach und nach geschlossen. 1996 wurde die so genannte „smoking gun“ Konversation veröffentlicht, aus der Nixons Verwicklung in den Watergate-Skandal hervorgeht. Nach Nixons Tod (1994) und dem 25. Jahrestag von Watergate (1997) wurden erneut weitere Tonband-Quellen offengelegt. Zu einer aktuellen Übersicht der kompletten, aufgezeichneten Konversationen vgl. www.nara.gov/nixon/tapes/complete.html (5.3.2002, 22.15 MEZ) Bislang letzter Schritt in dieser Reihe ist die Veröffentlichung von 500 Stunden Tonbandmaterial durch das „National Archive“ am 28.2.2001. Vgl. *Reuters TV, World 2, Story 505*, 28.2.2001. Anlässlich des 25. Jahrestag von Watergate publizierte die Washington Post eine umfassende Schriften- und Dokumentenreihe, die auch im Internet einzusehen ist. Vgl. www.washingtonpost.com/wp-srv/national/longterm/watergate/front.htm (02.03.2002, 21.46Uhr MEZ).

⁷³⁸Bernstein & Woodward, S.13

⁷³⁹Vgl. Kutler, S. 187f. Die Geheimhaltungs-Strategie der Nixon-Administration hatte noch erhebliche Auswirkungen auf die Veröffentlichung der relevanten Quellen. Vgl. dazu Fußnoten 559 und 580.

⁷⁴⁰Sussman, S.120f.

wurde versucht, die Strafverfolgung der Watergate-Einbrecher zu verhindern ⁷⁴¹. Teil dieser Strategie war es auch, mögliche Spuren die zum Weißen Haus und schließlich zum Präsidenten führen könnten, zu vertuschen:

President Nixon: The question that they'll ask (die Presse), was there any White House involvement ... I think I want to say there is no White House involvement. ...

Haldeman: The only question would be whether technically that puts you in a (wird unterbrochen)

President Nixon: Position of commenting on it?

Haldeman: Well no. In a spot in the sense that - on a direct basis, White House involvement, I think you are absolutely clean. ... The only - see, you could get in the sense that Ziegler (korrigiert sich) - that Hunt was involved and Hunt was a consultant to the White House.⁷⁴²

Als die Medien - und inzwischen auch die Gerichte - die Sache aber hartnäckiger verfolgten, als zunächst von der Nixon-Administration angenommen, zielte Nixons Abwehrstrategie darauf, eigene Mitarbeiter zu entlassen und durch diese „Bauernopfer“ die aufgeregten Medien und die Öffentlichkeit zu beruhigen und von der politischen Verwicklung des Präsidenten in der Watergate-Skandal abzulenken.⁷⁴³ Aus den Nixon-Tapes wird ersichtlich, dass Nixon und sein Berater Haldeman vorhatten, Justizminister Mitchell die Verantwortlichkeit für die Watergate-Affäre zuzuschieben und ihm - auf Grund der Krankheit seiner Frau Martha – ein Abgangsszenario nahezu legen, mit dem er sein Ansehen in der Öffentlichkeit hätte wahren sollen:

President Nixon: Go back to Mitchell.

Haldeman: I think also lurking down way behind there is the question of his involvement in the Watergate caper and the fact that , that – (wird unterbrochen)

President Nixon: And that he does know about it?

Haldeman: We have got a lid on it, but it may not stay on, and his getting out might just be a good move on that, because supposedly it goes to him.

President Nixon: But I don't – I think, as I understand it – and I don't want to know because I have to got to answer at a press conference. ...

Haldeman: Well, my view would be – and John Mitchell is going to be back this afternoon and we'll want to talk about this. My view would be to encourage him to do it, on the basis of he has got a beautiful opportunity. He will gain great sympathy. The Martha fans will think: Isn't that a wonderful thing, that the man has given up. ... The poor woman hasn't been well and all and he is going to be on her side, and all of that.⁷⁴⁴

Tatsächlich trat Mitchell zurück, allerdings ohne die Alleinschuld für Watergate zu übernehmen. Die Entlassung weiterer ehemaliger enger Mitarbeiter, wie Dean,

⁷⁴¹Schweigler, S.153-161

⁷⁴²*The President and Haldeman, June 22, 1972, 9.40-11.25 a.m.*, Executive office Building, NA.

⁷⁴³Kutler, S.76ff.

⁷⁴⁴*The President and Haldeman, June 28,1972. 11.16 a.m.-1.55 p.m.*, Executive office Building, NA.

Haldeman und Ehrlichmann, folgte am 30. April 1973.⁷⁴⁵ Auf Druck des Senats musste der neue Justizminister Richardson einen Sonderankläger bestimmen: Mit der Ernennung des ehemaligen Harvard Professors Archibald Cox wurde ein neues Stadium der Watergate-Ermittlungen eingeleitet. Cox konnte wegen seiner außerordentlichen Funktion unabhängig vom Justizministerium ermitteln.⁷⁴⁶ Bereits im Februar 1973 hatten Anhörungen vor einem Untersuchungsausschuss des Senats Hinweise auf die Tonband-Aufzeichnungen ergeben, was in der Öffentlichkeit für großes Aufsehen sorgte. Ursprünglich sollte sich der Ausschuss mit den Auswüchsen des zurückliegenden Wahlkampfes beschäftigen, aber der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Mike Mansfield, ernannte Sam Ervin, einen altgedienten Senator aus North Carolina, zum Vorsitzenden des Ausschusses. Ervin nutzte diese Macht und der Ausschuss widmete sich auch der Untersuchung der Watergate-Affäre.⁷⁴⁷

Die Senat-Hearings wurden in voller Länge vom Radio und Fernsehen übertragen, spätestens damit war Watergate auch in der Öffentlichkeit das bestimmende Thema der politischen Debatte. Nixon unternahm noch weitere vergebliche Versuche, sich politisch zu retten.⁷⁴⁸ So meinte er durch die Entlassung des Sonderanklägers Cox, der formal der Exekutive unterstellt war, weitere Enthüllungen verhindern zu können. Doch Justizminister Richardson weigerte sich, die Entlassungsurkunde zu unterzeichnen. Wegen der Auseinandersetzung wurden im Kongress 22 Resolutionen auf Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens eingereicht.⁷⁴⁹ Schließlich nach vielen weiteren Einzelschritten - sowohl in der strafrechtlichen Verfolgung der Watergate-Einbrecher als auch bei der politischen Aufklärung durch Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses - entschied am 24. Juli 1974 der „Supreme Court“, dass der Präsident die brisanten Tonband-Aufzeichnungen dem Sonderankläger übergeben musste.⁷⁵⁰ Drei Tage später, am 27. Juli 1974, stimmte der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses für eine Anklage zu einem Amtsenthebungsverfahren. Nixon kam dem Ende des Verfahrens zuvor: Am 8. August 1974 erklärte er in seiner 37. Fernsehansprache an das amerikanische Volk seinen Rücktritt vom Präsidentenamt.⁷⁵¹ Ein Schuldeingeständnis legte er aber nicht ab. Zudem verheimlichte Nixon der

⁷⁴⁵Emery, S.334 ff.

⁷⁴⁶Vorsitzender Richter wurde John Sirica. Ders. S.377f.

⁷⁴⁷Schweigler, S.155

⁷⁴⁸Emery, S.408ff.

⁷⁴⁹CRS; *Watergate and the Congress*, S.236

⁷⁵⁰Zur Rolle des Supreme Courts und den inneren Entscheidungsabläufen im obersten Gericht vgl. auch Woodward, Bob & Armstrong, Scott: *The Brethren. Inside the Supreme Court*, New York 1981.

⁷⁵¹CBS: *Presidential Address to the Nation*, August 8, 1974.

Öffentlichkeit, wie nah die USA am Rande eines Atomkrieges gestanden hatten. Dass Nixon den Einsatz von Nuklearwaffen in Indochina in Erwägung gezogen hat und wahrscheinlich erst durch die Einwände seines Sicherheitsberaters Kissinger davon abgehalten werden konnte, kann inzwischen - durch die Veröffentlichung von neuen Tonband-Aufnahmen aus dem Weißen Haus - belegt werden:

Soundbite Nixon: "I would rather use the nuclear bomb."

Kissinger: "That, I think, would just be too much."

Nixon: "The nuclear bomb. Does that bother you?"

Kissinger: bad mumbling audio (unverständlich)

Nixon: "Henry, I just want you to think big- for Christ's Sake." ⁷⁵²

Es lässt sich in der Retrospektive nur darüber spekulieren, welche Wirkung diese Tonband-Aufzeichnung ausgelöst hätte, wären sie schon 1974 bekannt gewesen. Fest steht, dass die Fernsehübertragungen des Senats-Ausschusses für eine enorme Medienwirkung gesorgt hatten, und dass die Reaktionen der Presse durch die Rücktrittserklärung des Präsidenten noch einmal gesteigert wurden. Jede große Zeitung setzte die Artikel über den Rücktritt auf ihre Titelseite.⁷⁵³ Die Begnadigung Nixons durch seinen Nachfolger Ford wurde in der Öffentlichkeit mit Empörung und Wut aufgenommen. Statt die klaffenden Wunden des Vertrauensverlust zu heilen, streute Ford nur noch mehr Salz in dieselben.⁷⁵⁴ Der Eindruck, dass nicht nur die Nixon-Regierung, sondern auch jede andere Regierung potentiell korrumpierbar sei, ließ sich nicht mehr aus dem kollektiven Gedächtnis verbannen.⁷⁵⁵ Auf der anderen Seite rückten bei der Suche nach einer neuen nationalen Identität die Verdienste der Medien und des Kongresses bei der Aufklärung von Watergate in den Vordergrund. Dass sie ihre Funktion als Kontrollorgane letztlich trotz aller Angriffe der Exekutive und des Präsidenten wahrnehmen konnten, wurde als Beleg für die Selbstreinigungskräfte des US-Gesellschaftssystems gewertet. Das System der „check and balances“ habe sich bewährt. Diese Interpretation setzte sich nicht nur bei vielen Zeitgenossen, sondern auch zum Teil in der historischen Betrachtung durch.⁷⁵⁶ Mit dem „Freedom of Information Act“ und dem „Presidential Recordings and Materials Preservation Act“ von 1974 wurde dem Anspruch der Öffentlichkeit auf mehr Transparenz der Regierungsgeschäfte indirekt Rechnung getragen. Zwar wird durch diese gesetzgeberischen Maßnahmen die Arbeit der jeweils amtierenden Regierung nicht

⁷⁵²Reuters TV, *World 2, Story 505*, 28.2.2001.

⁷⁵³Vgl. „New York Times“, „Wall Street Journal“, „Washington Post“ und „Los Angeles Times“.

⁷⁵⁴Schweigler, S.161

⁷⁵⁵Kattenburg, S.287f.

⁷⁵⁶Vgl. z. B. Schudson, Michael: *Watergate in the American Memory*, New York 1992.

direkt betroffen; dennoch bildeten sie die Grundlage für die Offenlegung und Deklassifizierung von relevanten Akten vorhergehender Regierungen, wodurch sich zumindest in der Rückschau die tatsächlichen Begebenheiten besser rekonstruieren lassen.⁷⁵⁷

Die publizistischen Erfolge der Reporter Bernstein und Woodward sowie die Aufdeckung von Täuschungsmanövern der US-Regierung im Vietnam sorgte für ein neues Selbstbewusstsein der Presse: „Vietnam was the war where journalists made their reputations and generals lost theirs.“⁷⁵⁸ Die Presse habe ihre Rolle als watchdog und vierte Gewalt erfolgreich gegen die Angriffe der Regierung verteidigt, meinte der Journalist Harrison Salisbury im Rückblick auf Vietnam:

No one has done more to uncover the lies of war and peace, to bring reality to the public, to shoulder the responsibilities which the First Amendment to the Constitution places to press, than the media itself.⁷⁵⁹

Allerdings schränkt Salisbury selbstkritisch diese Einschätzung, die der Stimmung der unmittelbaren Erfahrung entsprang, in Bezug auf mögliche Täuschungsmanöver der Regierung in der Zukunft ein:

I was wrong in the beginning to believe - and the belief was strengthened by the Pentagon-Papers publication, the CIA exposés, the strong antiwar movement, Watergate and Nixon's resignation - that a new force had emerged American life, a combination of investigative reporting and populist action which could turn the country around. Twenty years after Hanoi I am not so sure. The words of the country's great investigative reporter, Sy Hersh, who exposed My Lai, haunt me ... Could, Hersh was asked at a Vietnam symposium 1984, it happen again? Could we be led down the fateful path to disaster despite what seemed to some, including me, the new courage and frankness of the press? Yes, said Hersh. It could happen again and probably would. How? The government would lie, just as it had done so often. It would just lie.⁷⁶⁰

Im historischen Vergleich zwischen der Presse- und Informationspolitik in den beiden Weltkriegen und in Vietnam fällt vor allem eins ins Auge: Der allgemeine politische Konsens war bis zum Vietnamkrieg nie gefährdet gewesen. Die moralischen Begründungen für einen Krieg gegen Kaiser-Deutschland im Ersten Weltkrieg und vor allem für einen Kampf gegen Japan und Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg waren

⁷⁵⁷Zur Geschichte und Motiven der Offenlegung sowie zum Umgang mit diesen Quellen vgl. www.nara.gov/nixon/tapes/process.html und www.nara.gov/nixon/tapes/history.html (beide 5.3.2002, 22.15 MEZ)

⁷⁵⁸Halberstam zit. in Morgan Thomas B.: *Reporters of the Lost War* in: Esquire, No. 7, 1984, S.51

⁷⁵⁹Salisbury, *Time of Change*, S.169

⁷⁶⁰Ders., a.a.O.

für die amerikanische Bevölkerung naheliegender. Zwar ist allen drei Kriegen gemein, dass der allgemeine politische Konsens dadurch von der Regierung gestärkt wurde, dass ihre Propaganda-Maschinerie ein „Bild des Bösen“ zeichnete, der von den USA bekämpft werden musste. Doch in der Zeit der Wilson- und Roosevelt Administration waren die Bedrohungsszenarien für die US-Bürger greifbarer und emotional einfacher nachzuvollziehen. Das Eingreifen in Kriege globalen Ausmaßes, bei denen es in der Darstellung der US-Propagandisten um die Verteidigung der freien Welt ging, war der Bevölkerung wesentlich einfacher zu vermitteln, als das Eingreifen in einen Regionalkonflikt in Indochina. Die Wilson- und Roosevelt-Regierungen genossen somit auch in Bezug auf ihre Pressepolitik einen erheblichen Vertrauensvorsprung. Restriktionen der eigenen Freiheitsrechte und Einschränkungen der Pressefreiheit wurden von der Bevölkerung und den Pressevertretern teils freiwillig, teils notgedrungen akzeptiert. Auch das Verhältnis Medien-Militär-Regierung überstand beide Kriege - trotz aller Auseinandersetzungen - relativ unbeschadet.⁷⁶¹

Erst im Verlauf des Vietnamkrieges änderte sich dies. Auch geriet in der Spätphase des Krieges erstmals der allgemeine politische Konsens ins Wanken. Auf die Ausdehnung der legitimen Kontroverse und die Änderungen im öffentlichen Stimmungsbild sowie auf den Unterschied zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Elementen des allgemeinen politischen Konsens wurde schon hingewiesen. Um diesen Gedanken wieder aufzugreifen und zu vertiefen, soll der Frage nachgegangen werden, warum die Medien im Vietnamkrieg lange Zeit der Regierungslinie folgten und viele Journalisten erst dann kritischere Analysen präsentierten, als der Bereich der legitimen Kontroverse von der Johnson-Administration selbst ausgedehnt worden war. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, warum die Medien dann den einmal eingeschlagenen Weg der Kritik bei der Berichterstattung über den Friedensschluss von Paris wieder verließen. Die Kritik der Medien bezog sich während des gesamten Krieges weitgehend auf die Täuschungsmanöver der Regierung, die militärischen Aussichten, den Nutzen der Operation, die Höhe eigener Verluste, das Bild Amerikas in der Weltöffentlichkeit; aber nur sehr selten - und dann hauptsächlich in den Alternativmedien⁷⁶² - auf eine generelle Kritik der politischen Gründe und der moralischen Rechtfertigung des Krieges. Diese Legitimationsfrage wurde in den Medien erst nach Watergate in extenso diskutiert. So gesehen erscheint

⁷⁶¹Vgl. Hallin, Knightley oder Halberstam, passim

⁷⁶²Shore, Elliott (Ed.): *Alternative Papers: Selection from the Alternative Press*, Philadelphia 1982, S.305ff.

es plausibel, auch von einem Watergate-Trauma und nicht nur von einem Vietnam-Trauma zu sprechen.

Bei der Beantwortung oben skizzierter Fragen wird zunächst ein Blick auf die Erkenntnisse des skeptischen Ansatzes geworfen. Diesem zufolge sind die großen Medien Teil der etablierten sozio-ökonomischen Strukturen und haben somit kein Interesse, diese durch eine zu kritische Sicht der Dinge zu gefährden. Neuere Studien bestätigten diese bereits von Hallin und Chomsky in die wissenschaftliche Debatte eingebrachte These.⁷⁶³ Doch dies allein reicht als Erklärungsansatz nicht aus. So ersetzte die Selbstzensur, ein von Chomsky als „Informationsfilter“ bezeichneter Mechanismus, der eigenen Redaktionen im Vietnamkrieg oftmals eine aktive Pressepolitik der US-Regierung. Im Sinne des Kulturtheoretikers Hall könnte dieser Mechanismus auch als Ergebnis einer sozialen Übereinkunft zwischen Heimatredakteuren und Regierungsstellen interpretiert werden. Gans und Barsamian verfolgen diesen Ansatz auf einer Mikroebene weiter. Da die Sozialisation von renommierten Journalisten häufig der von Mitarbeitern der Regierungsstellen ähnlich oder gar identisch sei, seien auch ihre Wertevorstellungen und geopolitischen Denkmuster ähnlich.⁷⁶⁴ Die von den Konstitutionalisten und vor allem nach dem Vietnamkrieg von den Medien selbst hervorgehobene Rolle der vierten Gewalt würde daher von vielen Medienvertretern nicht wirklich unabhängig wahrgenommen. Der Medienwissenschaftler Hartley kommt in einer Untersuchung über das Agenda-Setting der großen Zeitungen und Fernsehsender der USA zu demselben Schluss.⁷⁶⁵

Doch diese Analysen können nur bedingt auf den im Vietnamkrieg offensichtlich gewordenen Konflikt zwischen Heimatredakteuren und den Reportern am Ort angewandt werden. Daher erscheint es sinnvoll, den realistischen Ansatz in die Analyse mit einzubeziehen. Dieser betont einerseits die bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Verflechtungen der Medienorgane miteinander und mit der Großindustrie⁷⁶⁶, andererseits aber auch die Konkurrenzsituation der verschiedenen Zeitungen und Sender untereinander.⁷⁶⁷ Somit befanden sich die Heimatredakteure,

⁷⁶³Vgl. z.B. Paletz, David and Entman, Robert: *Media. Power. Politics*, New York 1991.

⁷⁶⁴Gans, Hebert: “How Well Does TV Present the News?” in: *„New York Times“ Magazine*, Jan. 11. 1970.

Barsamian, David: “NPR: All the Schmews that’s Fit to Soothe” in: *Audience 7*, July, 4. 1985.

⁷⁶⁵Hartley, John: *Understanding News*, New York 1982.

⁷⁶⁶Koistonen, Paul: *The Military-Industrial Complex: A Historical Perspective*, New York 1980. Bereits zehn Jahre zuvor hatte Melman auf die engen Verbindungen des Pentagon zu Industrie- und Medienkonzernen hingewiesen.

Vgl. Melman, Seymour: *Pentagon Capitalism. The Political Economy of War*, New York 1970.

⁷⁶⁷Aronson, James: *Deadline for the Media: Today’s Challenges to Press, TV and Radio*, New York 1991.

obwohl sie eine ähnliche berufliche Sozialisation durchlaufen hatten wie ihre Kollegen in Vietnam, in einer anderen Situation. Ihre Wahrnehmung der Realität wurde zum einen durch die Äußerungen und Stellungnahmen der Regierungsadministration, zu denen sie die Nähe suchten, geprägt.⁷⁶⁸ Zum anderen waren sie den wechselnden Strömungen des allgemeinen politischen Klimas wesentlich stärker ausgesetzt als die Reporter vor Ort, die unabhängig von den Ereignissen in der Heimat einen Blick auf das Kriegsgeschehen werfen konnten, da die direkte Zensur in Vietnam nur bedingt und erst nach Einführung der „ground rules“ griff.

Zudem waren die Redakteure in Washington oder New York aber noch vor ein anderes Problem gestellt. Selbst wenn sie den Berichten ihrer Kollegen vor Ort Glauben schenkten, mussten sie diese Berichte auch noch an die Öffentlichkeit weiter transportieren.⁷⁶⁹ Mit Berichten, die von der US-Öffentlichkeit abgelehnt wurden, riskierten die Sender und Zeitungen aber Leser und Zuschauer zu verlieren. Einen Beitrag über Kriegsverbrechen amerikanischer Soldaten zu veröffentlichen, war somit nicht nur eine Frage des journalistischen Ethos, sondern auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit.⁷⁷⁰ Erst als einige Zeitungen dieses Tabu durchbrachen und schließlich der Bereich der legitimen Kontroverse ausgedehnt worden war, löste sich der Konflikt zwischen Heimatredakteuren und Reportern in Südvietnam und die ideologischen Trennlinien verschwanden.⁷⁷¹

Da die Konzentration auf einen einzelnen Aspekt der theoretischen Kommunikationsforschung für eine historische Analyse zu kurz greift, wurde hier eine Kombination gewählt. Die Soziologen Nissen und Meinigen haben schon Ende der siebziger Jahre zu Recht darauf hingewiesen, dass der komplexe Prozess der politischen Themenstrukturierung, das Agenda-Setting der Medien, und damit auch deren Wirkung auf die öffentliche Meinung, nur multikausal zu erklären sind. So seien es letztlich nicht die Primärkommunikatoren (also in unserem Fall die Regierung oder die Militärs) noch die medialen Vermittler (TV-Stationen, Zeitungen) allein, die die Medienagenda setzten:

Vielmehr ist ein ungeschriebenes Klassifikationsschema für die Behandlung und Bearbeitung von Nachrichtenmaterial anzunehmen, das durch die komplexen Wechselbeziehungen zwischen öffentlicher Meinung und den Organisationszielen der

⁷⁶⁸Paletz, S.78f.

⁷⁶⁹Aronson, S.13

⁷⁷⁰Hartley, S.55

⁷⁷¹Hammond, William: *Public Affairs. The Military and the Media*, Washington D.C. 1988, S.37

Medien und politischen Kräfte geprägt wird und aus beruflicher Sozialisation und politischer Kultur resultiert.⁷⁷²

Diese Annahme gilt auch für den Vietnamkrieg. In der Geschichte der Pressepolitik stellt er einen signifikanten Einschnitt dar. Zum einen war durch den Krieg in Indochina die legitime Kontroverse erweitert worden. Es hatte sich eine kritische Öffentlichkeit entwickelt, auch wenn das globale Engagement der USA nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Zum anderen waren erstmals ernsthafte Spannungen im Verhältnis zwischen Medien und Militärs bzw. Regierung aufgetaucht, die den Krieg überdauern sollten. In diesem Misstrauen der Organisationen zueinander, dass es in dieser krassen Form in beiden Weltkriegen nicht gegeben hatte, liegt eine der wesentlichen Ursachen für eine neue Form der restriktiven Pressepolitik, die zunächst in Grenada und Panama erprobt werden sollte und dann im Golfkrieg in aller Konsequenz angewandt wurde.

Denn mindestens bis zum Golfkrieg hatte sich eine Art moderner „Dolchstoßlegende“ hartnäckig gehalten. Demnach seien die US-Medien Schuld am Rückzug aus Vietnam - der als Niederlage empfunden wurde -, da durch ihre kritische Berichterstattung die Unterstützung der Bevölkerung zu Hause sank und daher die US-Regierung letztlich zum Abbruch ihres militärischen Engagements in Indochina gezwungen war. Mit dieser Legende wurde also versucht, den Überbringer schlechter Nachrichten für diese verantwortlich zu machen.⁷⁷³ Das „Hiobs-Prinzip“, das in den USA auch unter dem Motto „blaming the messenger“ bekannt ist, war auch schon vereinzelt im Ersten und Zweiten Weltkrieg aufgetaucht. Die Überbetonung und Ausdehnung dieses Prinzips zu einem Generalangriff gegen die Medien, nahm indes ein Ausmaß an, das es so noch nicht gegeben hatte.⁷⁷⁴

Anfangspunkt der Legendenbildung war die Diskussion um die Tet-Offensive gewesen. So bemängelte Präsident Johnson schon direkt nach der Offensive, dass die Medien angeblich zu wenig über amerikanische Erfolge berichteten und sich stattdessen auf andere Ereignisse konzentrierten:

So I don't know why, to win a Pulitzer Price, people have to go probing for the things that one can bitch about when there are two thousand stories on the same day about things that are more constructive in character.⁷⁷⁵

⁷⁷²Nissen, Peter & Meiningen, Walter: *Der Einfluss der Gatekeeper auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit*, in: Publizistik, Nr. 22, 1977, S.164

⁷⁷³Mandelbaum, Michael: "Vietnam: The Television War" in: *Daedalus* 111,4 (1982), S.157

⁷⁷⁴Mohr, Charles: "Once Again- Did the Press Lose Vietnam?" in: *Columbia Journalism Review*, 22, 1983.

⁷⁷⁵Johnson, zit. in: Wicker, S.12

Diese Kritik wurde von verschiedenen Militärs aufgenommen, weiter entwickelt und damit schließlich zur ideologischen Grundlage für die beschriebene „Dolchstosslegende“. Namentlich General Westmoreland, der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Vietnam unter Johnson, versuchte von eigenen militärischen Fehleinschätzungen abzulenken, indem er seine Demission als Resultat eines Eingeständnis Präsident Johnsons an eine kritische Presse interpretierte.⁷⁷⁶ Somit wurde der Berichterstattung über militärische Operationen von den Militärs eine Bedeutung beigemessen, die in diesem Ausmaß absolut neu war. Die Aussage eines ranghohen Offiziers illustriert diesen Standpunkt:

The camera, the typewriter, the tape recorder are very effective weapons in this war—weapons to often directed not against the enemy, but against the American people. These weapons have a far greater potential for defeating us than rockets or artillery used against our men in Vietnam. In a free society, in which the right of dissent is a sacred principle, an enemy has boundless opportunity to manipulate our emotions.⁷⁷⁷

Die Meinung, dass die Medien für den Verlust an „Moral“ in der Heimat verantwortlich waren, reifte sukzessive bei weiten Teilen des Militärs heran und diffundierte von den oberen Rängen in die unteren Bereiche der Militärhierarchie.⁷⁷⁸ Im Endeffekt führte die Legendenbildung auf Seiten des Militärs zu einem starken Misstrauen in die patriotische Loyalität der Presse. Dabei spielte es überhaupt keine Rolle, dass der Vorwurf, der der Legende zur Grunde lag vollkommen unzutreffend war. Denn die Reporter waren im Gegenteil wesentlich loyaler und damit auch unkritischer gegenüber US-Kriegsverbrechen, militärischen Niederlagen und Fehleinschätzungen, als sie es eigentlich gemäß dem Postulat der Konstitutionalisten und der amerikanischen Verfassungsidee hätten sein müssen. In ihren Erinnerungen beschreiben viele Reporter, wie sie erst im späten Verlauf des Krieges Zweifel an den Erfolgsaussichten bekamen

We would have liked nothing better than to believe that the war is going well, and that it would be eventually be won. But it was impossible to believe these things without denying the evidence of our senses.⁷⁷⁹

Darüber hinaus ist ein Zweifel über die Erfolgsaussichten des Krieges keineswegs gleichzusetzen mit einem Mangel an patriotischer Grundhaltung oder einer generellen pazifistischen Einstellung. Der Journalist Charles Mohr, der Vietnam verließ, wurde im

⁷⁷⁶Westmoreland, A Soldier, S.334

⁷⁷⁷Lt. Lewis W. Walt zit. in: Berman, S.176

⁷⁷⁸Knightley, S.383f.

⁷⁷⁹Aronson, S.216

Nachhinein zu einem Anti-Kriegsheld stilisiert. Doch er hatte die Legitimation des Krieges lange Zeit nicht in Frage gezogen: "Every one thought I left because I was against the war. I just thought it wasn't working. I didn't t come to think of it as immoral until the very end."⁷⁸⁰ De facto wurde der Krieg also nicht, wie es die Legende von der unpatriotischen Presse behauptet, durch die Berichterstattung verloren, sondern durch militärische Fehleinschätzungen und diplomatische Fehler. Dennoch wurde die "Dolchstoßlegende" selbst von Journalisten noch nach dem Krieg geteilt und auch von den Medien weiter verbreitet.⁷⁸¹ Allein daran mag man ersehen, dass die Presse keinen monolithischen Block bildete und dass zahlreiche Reporter und ihre Herausgeber mit den Militärs und der Regierung kooperierten.⁷⁸²

Tatsächlich spielten die Medien - und hier ist vor allem das Fernsehen zu nennen - eine Rolle wie in keinem anderen Krieg zuvor. Die spezifische Bedeutung des Fernsehens im Vietnamkrieg liegt darin, dass es der amerikanischen Bevölkerung erstmals - wenn auch erst im späten Verlauf des Krieges - Aufnahmen zeigte, die annähernd ein realistisches Bild vom Krieg wiedergaben: „Such images did not correspond to the roles that the national myth ascribed to the Americans, his noble native ally, and their mutual enemy.“⁷⁸³ Denn die US-Bevölkerung war auf Bilder von Kriegsverbrechen, Zerstörungen, Niederlagen, mordenden Verbündeten oder flüchtenden Kleinkindern, die angeblich der Feind sein sollten, nicht vorbereitet. Damit entlarvte das Fernsehen die früheren Aussage des Präsidenten als unwahr und erzielte gleichzeitig eine politische Emotionalisierung. Die Frage, ob durch diese Emotionalisierung tatsächlich auch das konkrete Wahlverhalten beeinflusst wurde, wird in der Forschung kontrovers diskutiert. Der These, dass sich Zuschauer durch Medienberichte lediglich in ihren ohnehin schon bestehenden politischen Grundmustern bestätigt sehen⁷⁸⁴, stehen jüngere Forschungsergebnisse entgegen, die belegen, dass sich die politische Meinung der Zuschauer auf Grund der Fernsehberichterstattung

⁷⁸⁰Mohr zit. in : Ephron, Nora: "The War Followers" in „*New York Times Magazine*, Sept. 11. 1973.

⁷⁸¹Vgl. z.B. Elegant, Robert: „How to loose a War. Reflections of a Foreign Correspondent“ in: *Encounter*, 57/2 (1981).

⁷⁸²Einen entscheidenden Anteil am Fortbestand der „Presse-Dolchstoßlegende“ hatte der „Washington Post“ Mitarbeiter Peter Braestrup selbst. Mit einer umfassenden Einzelanalyse der Berichterstattung über die Tet-Offensive und die Folgen untermauerte er die Militärthese vom „publizistischen Verrat“. Vgl. Braestrup: *Big Story*. Dabei macht Braestrup aber – ob bewusst oder unbewusst - den Fehler, Ursache und Wirkung zu verkehren. Eine kritische Auseinandersetzung mit Braestrups Thesen findet sich bei Chomsky/Herman, *Manufacturing*, S.321-30

⁷⁸³Hellman, John: *American Myth and the Legacy of Vietnam*, New York 1986, S.9

⁷⁸⁴Lichty, W.: "The War We Watched on Television: A Study in Progress", *American Film Institute Report*, 4/4 (Winter 1973).

ändert.⁷⁸⁵ Neueste Studien stellen heraus, dass das Fernsehen nur einer von vielen Faktoren ist, der auf die politische Willensbildung einwirkt, allerdings ein sehr bedeutender. Sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der wissenschaftlichen Forschung ist viel über die konkreten Implikationen des Fernsehens im Vietnamkrieg diskutiert worden. So vertritt der Medienwissenschaftler Michael Arlen die These, dass durch die Präsentation von Kriegsbildern im Fernsehen auch eine gewisse Verfremdung eintreten könne:

I can't say I completely agree with people who think when battle scenes are brought into the living room the hazards of war are necessarily made 'real' to the civilian audience. It seems to me that by the same process they are also made less 'real' – diminished, in part, by the physical size of the television screen, which, for all the industry's advances, still shows a picture of men three inches tall shooting at other men three inches tall, trivialized, or at least tamed, by the enveloping cozy alarms of the household.⁷⁸⁶

Der Gedanke der Verfremdung des Geschehens durch das Medium und die Trivialisierung ist später auch in viele Arbeiten eingeflossen, die sich dem postmodernen Ansatz verpflichtet fühlen.

Für den Zeitpunkt des Vietnamkrieges ist allerdings noch davon auszugehen, dass die Schockwirkung wesentlich höher lag als der Abstumpfungsprozess. So kam der ehemalige US-Außenminister Dean Rusk in der Rückschau auf den Vietnamkrieg zu der Einschätzung:

Vietnam was the first war fought on TV every day (...) in our next war, Congress will have to decide what to do about censorship from the very beginning. War is the principal obscenity of the human race. To have this exposed on TV, weekly, daily, hourly, creates specific problems. ⁷⁸⁷

Diese Aussage ist in zweierlei Hinsicht sehr bezeichnend und exemplarisch für die Lehren, die Regierung und Militär aus dem Vietnamkrieg zogen und für die Ausgestaltung der Pressepolitik in den kommenden Kriegen. Zum einen wurde erkannt, dass das Medium Fernsehen weitaus größere Einflussmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung und Stimmungen bot als die traditionellen Medien Zeitung und Hörfunk. Zum anderen wurde die These, dass durch eine kritische Presse vermeintliche, außenpolitische Erfolge zunichte gemacht werden könnten, geglaubt. Die

⁷⁸⁵Iyengar, Shanto: "Experimental Demonstrations of the 'Not so minimal' Consequences of Television News Programs" in *American Political Science Review* 76/4 (1982).

⁷⁸⁶Arlen, Michael: *Living Room War*, New York 1982, S.8

⁷⁸⁷Rusk in: *Wall Street Journal*, Jan 14., 1985.

pressepolitischen Konzeptionen der nachfolgenden konservativen Administrationen der 1980er Jahre rezipierten den Vietnamkrieg daher als Beispiel für einen - aus ihrer Sicht - zu liberalen Umgang mit der Presse. Dabei verkanteten sie, dass der Meinungsumschwung während des Vietnamkriegs nicht etwa allein durch eine kritische Presse herbeigeführt worden war, sondern vor allem durch den Verlust an Glaubwürdigkeit der Regierung, deren Fehlinformationen und Lügen schließlich aufgedeckt worden waren. Die Presse hatte, das hat dieses Kapitel gezeigt, lediglich die Ausdehnung der legitimen Kontroverse und die Änderungen des allgemeinen politischen Konsens mitvollzogen, aber - und das ist der wesentliche Unterschied - die Medien hatten diese Veränderungen nicht ursächlich ausgelöst.

In der Verkehrgung von Ursache und Wirkung sprach US Präsident Reagan aber noch 1986 in Bezug auf das Verhältnis von Militär, Presse und öffentlicher Meinung während des Vietnamkrieges von „...our brave boys of Vietnam ... who fought a terrible and vicious war without enough support from home.“⁷⁸⁸ Dabei stellte er nicht die Frage, warum die Soldaten überhaupt in Indochina eingesetzt worden waren. So wurden also die wahren Gründe für das Vietnam-Desaster von den nachfolgenden Regierungen und Militäradministrationen in der 1980er Jahren nicht selbstkritisch hinterfragt, vielmehr trat die Dolchstoßlegende als Erklärungsmuster und Verdrängungsmechanismus in den Vordergrund. Dementsprechend war es erklärtes Ziel, die Fehler des Vietnamkrieges nicht zu wiederholen. Als Fehler wurden aber nicht die Vertuschungen und Täuschungsmanöver sowie die ungenügenden außenpolitischen Perzeptionen angesehen⁷⁸⁹, sondern die angeblich zu liberale Pressepolitik. Statt also eine neue Politik der Glaubwürdigkeit und Transparenz zu entwickeln, die auch von den Medien hätte mitgetragen werden können, entschied man sich dazu, die Pressepolitik restriktiver zu gestalten. Zensur, wenn nicht gar Ausschluss der Medien von Kriegsschauplätzen, sollten von nun an die probaten Mittel der Presselenkung sein. Einen ersten Testfall für diese pressepolitische Neuausrichtung stellte 1983 die Grenadainvasion dar.

⁷⁸⁸Reagan zit. in: Berman, S.7

⁷⁸⁹So wurden der Vietnamkonflikt auch von den nachfolgenden US-Regierungen lange Zeit in den Schemata des Kalten Krieges und damit als Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und westlichen Freiheitsidealen interpretiert. Der Gedankengang, den Vietnamkonflikt als Teil eines weltweiten Dekolonialisierungsprozesses zu begreifen, wurde auch von der Reagan-Regierung vernachlässigt. Vgl. Schulzinger, S.328ff.

IV. Zwischenspiele: Grenada und Panama

Die Grenadainvasion: Hintergründe und Legitimation

Die Grenadainvasion war militärisch und weltpolitisch gesehen nur ein kurzes Intermezzo der US-Außenpolitik in Lateinamerika. Pressepolitisch jedoch wurden dabei die Weichen für die Zukunft gestellt. In Grenada praktizierte das US-Militär erstmals eine Zugangsverweigerung. Um diese restriktive Pressepolitik besser einordnen zu können, erscheint ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte der Invasion angebracht.

Nach wechselvoller Geschichte unter französischer und englischer Kolonialherrschaft wurde Grenada 1974 unabhängig. An der Spitze des Staates stand Premierminister Eric Gairy, der im März 1979 während seiner Abwesenheit von Mitgliedern des "New Jewel Movement" (NJM) in einem unblutigen Putsch gestürzt wurde. Das NJM war eine Widerstandsbewegung, die sich um den Anwalt Maurice Bishop formiert hatte.⁷⁹⁰ Die Bevölkerung zeigte sich erleichtert über Gairys Sturz, "but it was nonetheless, a private action, not a public uprising."⁷⁹¹ Das NJM trat innenpolitisch mit einem sozialistischen Reform-Programm an. Gleichzeitig akzeptierte das NJM aber auch Privatbesitz und erkannte die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen an. Die Regierung betrieb infrastrukturelle Entwicklungen, sie begann unter anderem mit dem Bau eines internationalen Flughafens auf der Insel. Ihre relativ großen Erfolge verdankte die neue Führung unter anderem auch dem guten Verhältnis zu vielen westlichen Industriestaaten, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.⁷⁹² Außenpolitisch lehnte sich Grenada allerdings an die sozialistischen Länder der Region an. Kuba galt als Vorbild für die Gestaltung der Revolution. Auch wenn Grenada wie schon angedeutet zu vielen westlichen Ländern gute diplomatische Kontakte unterhielt, kühlte sich das Verhältnis zu den USA wegen der außenpolitischen Orientierung des Inselstaates seit der Revolution von 1979 immer weiter ab. Zu diesem Zeitpunkt aber lehnten die USA eine direkte Intervention in Grenada noch ab.

⁷⁹⁰Eine detaillierte Beschreibung der Geschichte Grenadas findet sich bei: Brizan, George: *Grenada, Island of Conflict - From Amerindians to People's Revolution* 1489-1979, London 1984.

⁷⁹¹zit. aus: Lewis, Gordon K.: *Grenada: The Jewel Despoiled*, Baltimore 1987, S.21

⁷⁹²"Without a doubt, the greatest economic success was in obtaining loans and grants from other governments and from international organizations". zit. aus: Pyror, Frederic L: *Revolutionary Grenada- A Study in Political Economy*, New York 1986, S.45

Der innenpolitische Wechsel in den USA von Carter zu Reagan verschärfte die Frontstellung in den diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Die Spannungen traten auf vielen Ebenen deutlich zu Tage: Eine Note der US-Regierung an Grenada, die den Inselstaat vor zu engen Kontakten mit Kuba warnte, wurde vom NJM als eindeutige Einmischung in innere Angelegenheiten gewertet. Die Reagan-Administration befürchtete, dass sich in der Karibik ein sozialistisches Lager etablieren könnte, was sie als potenzielle Bedrohung ansah. Die USA blockierten daher Finanzhilfen regionaler und internationaler Organisationen, in denen sie vertreten waren, und versuchten Druck auf ihre Verbündeten auszuüben, um sie zu demselben Vorgehen zu bewegen.⁷⁹³ Grenada konnte darauf nicht mit den gleichen politischen Mitteln reagieren. Der Argwohn des NJM schlug sich lediglich in der radikalen Rhetorik ihres Führers Bishop gegenüber dem "US-Imperialismus in der Karibik" nieder.⁷⁹⁴ Durch diese Äußerungen fühlten sich die USA wiederum in ihrer Perzeption der politischen Verhältnisse in der Region bestätigt. Dies geht aus einer als "top secret" eingestuften Handlungsempfehlung des Nationalen Sicherheitsrats an den Präsidenten hervor, die inzwischen teilweise deklassifiziert wurde:

Grenada, with increasingly closer ties to Cuba, serves as a location from which anti-democratic elements of each of the other islands receive encouragement, training and financial support. In the face of Grenada's growing military potential and the possible use of the island as a base for subversion, and Cuban/Soviet strategic outreach, the Eastern Carribean states entered into a regional security arrangement in late 1982.⁷⁹⁵

Die Politik der USA beschränkte sich aber nicht nur auf die Unterstützung der kapitalistisch orientierten Staaten der Karibik. Sie setzte zudem auf ein eigenes Sicherheitskonzept gegenüber einer mutmaßlichen sozialistischen Bedrohung in der Region:

To meet our own security needs and those of democratically oriented Eastern Caribbean States, the U.S. should increase assistance for the area's security forces and bolster elements dedicated to the enhancement and/or preservation of democratic institutions.⁷⁹⁶

⁷⁹³Vgl.: Davidson, Scott: *Grenada. A Study in Politics and the Limits of International Law*, Aldershot/Brookfield 1987, S.26ff.

⁷⁹⁴Zit. in.: Searle, Chris: *In Nobody's Backyard- Maurice Bishop's Speeches 1979-1983*, London 1984, S.34

⁷⁹⁵*National Security Decision Directive 105*, Oct. 4. 1983 in: RG 273 "Records of the National Security Council", NA, im Folg. zit. als NSDD 105.

⁷⁹⁶Ibid. Passagen, in denen es vermutlich - soweit dies aus dem Zusammenhang erkennbar ist - um konkrete Vorschläge zur Stationierung von US-Truppen und um konkrete Zahlen und Daten geht, sind in dem Dokument geschwärzt.

Dass es dabei aber nicht nur um die politische Stabilisierung der Region und das Aufrechterhalten demokratischer Regierungen ging, sondern um vitale ökonomische und militärische Interessen der USA, zeigt dasselbe Dokument an anderer Stelle:

A significant portion of our imported oil and U.S. commercial shipping transits through the sea lanes of the Eastern Carribean. U.S. military logistic support and reinforcements essential for use in the Persian Gulf contingency must also pass through the region. Should the small states of the area fall under the control of radical groups with anti-U.S. orientation, the U.S. would face a significant threat to our economic and security interests.⁷⁹⁷

Entsprechend dieser Doktrin unternahmen die USA bereits 1981 und 1982 bei Puerto Rico die Manöver "Ocean Venture I+II ". Dabei übten die Truppen die Einnahme einer karibischen Insel mit dem Codenamen "Amber and the Amberines". Für die Regierung Bishop war dies eine deutliche Anspielung auf den Namen ihrer Inselgruppe "Grenada and the Grenadines", zumal es an der Küste Grenadas einen Strand mit dem Namen "Amber Beach" gibt. Für die Annahme, dass es sich bei den beiden Manövern tatsächlich um eine Übung für den Ernstfall "Grenada" handelte, spricht weiterhin, dass sie von Einheiten der "82nd Airborne Division" unternommen wurden. Dies waren dieselben Einheiten, die 1983 tatsächlich in Grenada intervenierten. Die Annahme, dass es bereits 1981 einen Plan für eine mögliche Intervention in Grenada gegeben hat, wird in den USA bis heute als unbegründet zurück gewiesen.⁷⁹⁸ Dies verwundert nicht, da die Invasion 1983 mit dem Hinweis auf eine Befreiung möglicher US-Geiseln gerechtfertigt wurde:

The coup and the subsequent disorders on Grenada have created a situation that could seriously jeopardize the lives and safety of American citizens. ... All prudent measures should be taken to protect the lives and safety of American citizens on Grenada.⁷⁹⁹

Zum Argument einer möglichen Geiselnahme amerikanischer Bürger auf Grenada muss angemerkt werden, dass kein US-Bürger gegen seinen Willen festgehalten wurde. Zudem ist zu konstatieren, dass der Revolutionary Military Council (RMC) bereits am 23. Oktober - also zwei Tage vor der Invasion - eine

⁷⁹⁷NSDD 105, NA.

⁷⁹⁸Weitere Hinweise für diese Annahme finden sich bei: Cypher, Dorothea: "Grenada: Indications, Warning, and the U.S. Response" in: Watson, Bruce W: *American Intervention in Grenada- The Implications of Operation "Urgent Fury"*, Boulder, 1985.

⁷⁹⁹*National Security Decision Directive 110*, Oct. 21, 1983 in: RG 273, NA.

Sicherheitsgarantie für alle amerikanischen Staatsbürger abgegeben hatte.⁸⁰⁰ Der Kanzler der "Medical School", in der sich 700 und damit fast alle der 1000 Amerikaner auf Grenada aufhielten, erklärte, dass sich die US-Studenten zu keiner Zeit des Putsches gefährdet fühlten. Die Glaubwürdigkeit des Arguments der Reagan-Administration, den Schutz amerikanischer Bürger bei der Invasion gewährleisten zu müssen, ist also in dieser Hinsicht deutlich zu relativieren.⁸⁰¹ Hätte die Reagan-Administration zugegeben, dass die Manöver in den Jahren 1981 und 1982 tatsächlich der Übung für eine Grenadainvasion dienten, hätte sie sich eine wichtige Argumentationsgrundlage zur Legitimation der Invasion zerstört. Der Kulturkritiker Slotkin kommt in seiner Untersuchung über die Frühgeschichte der USA zu dem Schluss, dass die moralische Rechtfertigung für Kampfhandlungen in der gesamten Geschichte der USA stets eines der wichtigsten Elemente zur Herstellung des nationalen Konsenses war. Das Geisel-Motiv sei dabei immer wieder aufgetaucht und habe konkrete historische Vorbilder:

Early American society feared the Indians and used the myth of being taken captive to rationalize its actions and to move its people to new actions.⁸⁰²

Wie wichtig es im Fall Grenada für die USA auch außenpolitisch war, ihre Handlungen rational nachvollziehbar zu begründen, zeigt sich unter anderem an der Tatsache, dass wichtige europäische Verbündete, wie z.B. Frankreich oder Deutschland, die Invasion ablehnten. Die Vereinten Nationen verurteilten die militärische Aktion der USA in Grenada sogar als Nichtachtung der Souveränität eines unabhängigen Staates und damit als Verstoß gegen Artikel 2, Absatz 4 der UN-Charta.⁸⁰³

Offiziell begründeten die USA darüber hinaus - neben dem Argument des Schutzes ihrer Staatsbürger - die Invasion völkerrechtlich mit einem Bündnisfall. Die US-freundlichen Staaten in der Karibik, die sich in der Organisation of Eastern Caribbean States (OECS) zusammengeschlossen hatten, hätten die USA um Hilfe gebeten:

In response to the OECS request for U.S. participation in a multi-national effort to restore democracy on Grenada and to take prudent precautions to protect the lives and safety of American citizens, the following actions recommended by the Special Situation Group (SSG) are directed: The Secretary of Defense and the Chairman of the

⁸⁰⁰Diese Garantie wurde in einem Brief des RMC den Vereinten Nationen schriftlich übermittelt. Vgl. dazu: United Nations: *Letter by the Revolutionary Military Revolutionary Council of Grenada*, 23.Oct. 1983, S/PV 2487.

⁸⁰¹Vgl: Bourne, Peter: "Was the Grenada Invasion Necessary?" in: *Los Angeles Times*, 6. Nov. 1983.

⁸⁰²Slotkin, Richard: *Regeneration through Violence: the Mythology of the American Frontier 1600-1860*, Middletown (Conn.) 1973, S.96

⁸⁰³United Nations: *Documents, S 16077*, October 1983.

Joint Chiefs of Staff, in coordination with the Secretary of State and the Director of Central Intelligence, will land U.S. and allied Caribbean military forces in order to take control of Grenada, not later than dawn Tuesday, October 25, 1983.⁸⁰⁴

Wie vom Nationalen Sicherheitsrat empfohlen, landeten am Morgen des 25. Oktober 1983 dann in der Tat US-amerikanische Streitkräfte an der Küste Grenadas. Am selben Tag unterrichtete Präsident Reagan den Kongress:

Today at 5.00 AM Eastern Daylight Time, approximately 1.900 United States Army and United States Marine Corps personnel began landing in Grenada. They were supported by elements of the United States Navy and the United States Air Force.⁸⁰⁵

Offizieller Anlass der Invasion war der Putsch im NJM gewesen. Anfang 1983 war ein Streit über die weitere Führung von Partei und Staat ausgebrochen. Eine Gruppe um den Politiker Coard hatte Präsident Bishop Fehler bei der Amtsführung und Personenkult vorgeworfen. Die Gruppe forderte unter anderem, dass Bishop die Macht teilen sollte. Als dieser nicht einwilligte, wurde er am 13. Oktober 1983 abgesetzt, aus der Partei ausgeschlossen und unter Hausarrest gestellt. Bishop wurde aber am 19. Oktober von seinen Anhängern befreit; sie zogen sich daraufhin in die alte Festung der Hauptstadt St. George's. zurück. Einheiten der "People's Revolutionary Army", dem militärischen Flügel der Bishopgegner, eröffneten das Feuer und nahmen Bishop und zehn Mitglieder seines Kabinetts gefangen. Der 16-köpfige "Revolutionary Military Council" (RMC) unter Führung von General Hudson Austin übernahm daraufhin bis zur Invasion der USA die Macht auf der Insel. Er repräsentierte politisch die Coard-Fraktion im NJM.⁸⁰⁶

Die amerikanische Invasion verlief unter militärischen Gesichtspunkten erfolgreich: Nach nur drei Tagen hatten US-Einheiten mit Unterstützung anderer Truppen aus OECS-Staaten die Insel gänzlich besetzt. Nennenswerter Widerstand schlug den Angreifern nicht entgegen. Das revolutionäre Experiment auf Grenada war mit der Invasion beendet. Nach dem Ende der Kämpfe übernahm zunächst Sir Paul Scoon als Generalgouverneur die Macht. In den Wahlen vom Dezember 1984 siegte dann die bürgerliche Partei "Grenada National Party". Herbert Blaize wurde neuer

⁸⁰⁴*National Security Decision Directive 110 A*, Oct. 23, 1983 in: RG 273, NA. Dabei konnten sich die USA auch auf Artikel 8 des OECS-Vertrages berufen. Vgl. Valienta, J. & Ellison, H.: *Grenada and Soviet Cuban Policy: Internal Crisis and US/OECS Intervention*, Boulder (CO) 1986, S.42ff.

⁸⁰⁵*Presidential Letter to Congress*, 25. Oct. 1983 zit. in: Public Papers of the Presidents of the United States: Ronald Reagan, Washington D.C. 1983.

⁸⁰⁶Davidson, Grenada, S.34f.

Premier.⁸⁰⁷ Von nun an regierte auf Grenada eine Partei, die von der Reagan-Administration als demokratisch und antisozialistisch eingestuft wurde.⁸⁰⁸ Die politischen Verhältnisse waren im Sinn der USA wiederhergestellt worden.

Der Putsch war also keineswegs - wie von den USA impliziert - ein kompletter Umsturz der politischen und sozialen Verhältnisse, sondern lediglich ein interner Machtkampf gewesen: Ein sozialistisches Regime hatte ein anderes ersetzt. Es stellt sich daher die Frage, warum die USA nicht schon im März 1979 beim Wechsel eines kapitalistisch-orientierten zu einem sozialistischen System in Grenada interveniert hatten, was - folgt man den außenpolitischen Analysen und Lageeinschätzungen der US-Regierung - logisch gewesen wäre. Die Antwort ist vor allem in zwei Punkten zu suchen, die sich - um das eingeführte Kreismodell erneut anzuwenden - auf der zweiten äußeren Bahn befinden: In der außenpolitischen Perzeption der gesamten zentral-amerikanischen Region durch die USA und in der innenpolitischen Situation in den Vereinigten Staaten selbst. So wurde Anfang März, also zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch das NJM, die "sozialistische Gefahr" in der Karibik noch nicht als so stark wahrgenommen, wie schon einige Monate später. Das lag unter anderem daran, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine kubanischen Arbeiter auf Grenada beschäftigt waren. Die Hilfe kubanischer Konstrukteure beim Bau eines Flughafens auf Grenada, wurde ab 1980 von den USA als kubanische Militärhilfe und als indirekter Einfluss der Sowjetunion interpretiert.⁸⁰⁹ Zudem übernahmen die sozialistisch orientierten Sandinisten in Nicaragua erst Ende 1979 die Macht, also ebenfalls nach dem ersten Putsch auf Grenada.

In den USA erfolgte erst im Jahre 1980 ein Regierungswechsel. Die außenpolitischen Konzeptionen des Demokraten Carter und des neuen Präsidenten,

⁸⁰⁷Lewis, Grenada, S.183f.

⁸⁰⁸Vgl dazu: Statement by U.S. Deputy Secretary of State, Kenneth Dams, Louisville, 4. Nov. 1983 zit in: US Department of State: Western Hemisphere Bulletin, Vol. 83, No. 2081, Washington D.C. Dec. 1983.

⁸⁰⁹Im Gegensatz zu der US-amerikanischen Regierungssicht kamen internationale Organisationen und auch US-Wissenschaftler allerdings zu einer komplett anderen Einschätzung: "British, European and American companies had been also involved in the Grenadian airfield's construction, so that Grenada had received direct financial backing from the EEC but not from the Soviet Union." Beck, Robert J.: The Grenada Invasion: Politics Law, and Foreign Decisionmaking, Boulder (CO) 1993, S.30. Zur tatsächlichen Bedeutung der kubanischen Arbeiter auf Grenada, vgl. unter anderem Young & Jesser, S.12. Nach der Invasion wurde auch in den US-Medien die Regierungssicht in Frage gestellt und die Rolle der "Kubaner" anders bewertet: "Many (...) appeared to be well beyond the age and below the physical condition usually associated with active military personnel" Meislin, Richard J.: "Cuba Assails U.S. on Casualty List" in: „New York Times“, 3. Nov. 1983.

des Republikaners Reagan, unterschieden sich erheblich.⁸¹⁰ Während die Carter-Administration in Bezug auf Lateinamerika eher eine moderat-ausgleichende Politik verfolgt hatte, zeigte sich die Reagan-Administration wesentlich unbekümmerter in Hinblick auf mögliche Militäreinsätze. Außerdem stand 1984 ein Wahlkampf an, in dem sich Reagan für eine zweite Amtszeit qualifizieren musste. Die Administration wollte es sich in dieser Situation nicht leisten, in außenpolitischen Entscheidungen als handlungsunfähig oder unentschlossen dazustehen und war daher an einer Politik der Stärke gegenüber jedweder potenziellen sozialistischen Bedrohung interessiert.⁸¹¹

Es ist davon auszugehen, dass der zweite Putsch auf Grenada 1983 nicht der eigentliche Grund für die Reagan-Administration zur Invasion war. Vorher war die Zeit noch nicht reif gewesen, es fehlte die passende Gelegenheit. Unter dem Vorwand des Schutzes eigener Bürger und durch den Hilferuf der OECS-Staaten konnte die Reagan-Administration 1983 eine Invasion innen- wie außenpolitisch wesentlich besser legitimieren als 1979. Für die These, dass die USA lediglich auf die passende Gelegenheit gewartet hatten und de facto schon wesentlich länger mit dem Gedanken einer Invasion gespielt hatten, spricht neben den erwähnten, vorbereitenden Manövern 1981 und 1982 auch der Umgang mit der eigenen Presse während der Invasion.

Zugangsverweigerung und Ausschluss: Eine neue Form der Pressepolitik?

It is our conviction that accurate, objective information is necessary to the preservation of democracy and freedom. While there are those in the world who would have the press be an instrument of government policy in a new information order, you and your colleagues may be assured of our support in working against restrictions on the rights of journalists to report and informate as they see fit, free of authoritarian restrictions and official or ideological guidelines.⁸¹²

Am ersten Tag der Invasion in Grenada (25. Oktober 1983) sandte Präsident Reagan dieses Telegramm an die "Foreign Press Association" in New York anlässlich ihres 65. Geburtstages. Dass diese Zusage aber lediglich als Lippenbekenntnis zu werten war,

⁸¹⁰Die Reagan-Ära wird in der Literatur unter anderem auch als konservative Renaissance bezeichnet. Zu den außenpolitischen Aspekten vgl. Haftendorn, Helga & Schissler, Jacob (ed.): *The Reagan Administration: A Reconstruction of American Strength?*, Berlin/New York 1988 oder Nye, Joseph: *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*, New York 1990.

⁸¹¹Vgl. Hannan, S.8

⁸¹²Ronald Reagan, zit in: Friendly, Jonathan: "Press Voices Criticism of 'Off the road War'", in: *„New York Times“*, Nov. 4, 1983, S.46.

zeigte sich zur gleichen Zeit auf Grenada. Dort verweigerte das US-Militär unabhängigen Journalisten den Zugang zur Insel. Das Territorium war fast hermetisch abgeriegelt. Die amerikanische Öffentlichkeit wurde zunächst über die Vorgänge in der Karibik entweder gar nicht oder aber ausschließlich durch die Aussagen der Administration informiert. Damit wurde ein neues Stadium im Verhältnis Medien-Militär-Regierung erreicht. Zwar hatte es Zensur und Zugangsverweigerung zu bestimmten Frontabschnitten auf einem US-Kriegsschauplatz schon gegeben, ein kompletter Ausschluss der Presse von einem Feldzug war aber völlig neu. Die Grenadainvasion markiert somit einen entscheidenden Wendepunkt in der amerikanischen Pressepolitik des 20. Jahrhunderts. Hier wurde eine neue Form der indirekten Zensur eingeführt, die so bislang nicht zu beobachten gewesen war.

Täuschungen und Irreführungen der Medien durch die US-Regierung hatten zum Teil schon vor der Invasion begonnen. John Poindexter, stellvertretender Sicherheitsberater des Präsidenten, gab am Vorabend des Unternehmens "Urgent Fury", so die militärische Bezeichnung der Invasion, Anweisung an den Pressesprecher des Weißen Hauses, Fragen und Spekulationen von Journalisten nach einer Invasion in Grenada als lächerlich zu bezeichnen und die Anfragen niederzuschlagen, und zwar hart.⁸¹³ Diese Praxis löste in Regierungskreisen eine generelle Debatte über die Pflicht zur Information und Wahrhaftigkeit bzw. "Notlügen" der Regierung aus. Der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes, war erzürnt darüber, dass er selbst nicht vollständig informiert worden war und daher auch die Medien nicht ausreichend informieren konnte.⁸¹⁴

Les Janka, "Deputy Press Secretary for Foreign Affairs", schied eine Woche nach der Grenadainvasion freiwillig aus dem Dienst, da er die Pressepolitik der Reagan-Administration nicht weiter mitverantworten wollte. Er wertete die Pressepolitik der Zugangsverweigerung wie folgt:

The twin decision of excluding its own press officers from the preinvasion planning and denying/delaying media access to the island were not only a serious breach of constitutional responsibility toward informing the public, these were also acts of political stupidity (...)⁸¹⁵

⁸¹³John Poindexter, zit. in: Hertsgaard, Mark: *On Bended Knee- The Press and the Reagan Presidency*, New York, 1988, S.214

⁸¹⁴Vgl. dazu: Hoffman, David: "Speakes admits possibility that he misled the press" in: *Washington Post*, 26. Okt. 1983 und Romano, Lois: "The Truth- and how to avoid it" in: *Washington Post*, 28. Okt. 1983.

⁸¹⁵Janka, Les: "Grenada, the Media, and National Security" in: *Armed Forces Journal International*, Dec. 1983, S.9f.

Zu der Zugangsverweigerung durch die eigene Regierung und das Militär kam für die US-Journalisten noch eine weitere Behinderung durch die Machthaber auf Grenada hinzu. Der "Revolutionary Military Council" (RMC) hatte bereits am 15. Oktober ausländische Journalisten des Landes verwiesen und Alister Hughes, Korrespondent der Nachrichtenagenturen "Cana" und "Reuters", verhaftet.⁸¹⁶ So trafen die Journalisten, die von Grenada ausreisen mussten, auf Barbados auf ihre amerikanischen Kollegen, die nicht einreisen durften. Das Vorgehen der unterschiedlichen Kriegsparteien bezüglich der Presse hatte sich also ungeplant zu einer Kooperation entwickelt. Nach Angaben des Pentagonbeamten Fred Ikle kam die Idee zu einer Zugangsverweigerung für US-Journalisten von Seiten des US-Militärs.⁸¹⁷ Der Vorschlag wurde dann von Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger akzeptiert. Weinberger erklärte: "I wouldn't ever dream of overriding the commander's decision (...)"⁸¹⁸

Während der ersten zweieinhalb Tage der Invasion erschienen keine Berichte über die Vorgänge auf der Insel. Die Zugangsverweigerung funktionierte äußerst effektiv. Das lag daran, dass keinem Medienvertreter, der von der Nachbarinsel Barbados nach Grenada gelangen wollte, Platz an Bord eines US-Militärflugzeugs oder Schiffes geboten wurde. Private Fluglinien hatten ihren Betrieb eingestellt und Journalisten, die versuchten, mit Booten nach Grenada zu gelangen, wurden von U.S. Militärs aufgebracht. Die Soldaten erklärten, dass jegliches Schiff, das in Grenada zu landen versuche, notfalls bombardiert würde, da nicht zu erkennen sei, wer sich an Bord befände.⁸¹⁹ So waren die Journalisten zunächst auf Gerüchte, Amateurfunken auf Grenada, den offiziellen Sender "Radio Free Grenada" oder den kubanischen Rundfunk angewiesen. Sieben Journalisten, denen diese Informationsquellen nicht ausreichten und die sich selbst vom Fortgang der Dinge überzeugen wollten, durchbrachen die Sperre und verschafften sich durch einen Trick den Zugang zur Insel: Zunächst waren sie nach Union Island (ca. 30 km nördlich von Grenada) geflogen; dort hatten sie dann ein Fischerboot angemietet. Im Schatten der Dunkelheit waren sie dann in Grenada gelandet.⁸²⁰

⁸¹⁶Vgl. O'Shaughnessy, Hugh: *Grenada- An Eyewitness Account of the U.S. Invasion and the Caribbean History that Provoked it*, New York, 1984, S.197f.

⁸¹⁷Diese Ansicht äußerte Fred Ikle, Under Secretary for Policy, Department of Defense, nach der Invasion vor einem Kongressausschuss: Vgl.: "Full Committee Hearing on the Lessons Learned as a Result of the Military Operations in Grenada" in: *Hearing before the Committee on Armed Services, House of Representatives. 98th Congress, 2nd Session*, 24. Jan. 1984, S.20

⁸¹⁸Weinberger, zit. in: Castro, Janice: "Keeping the Press from the Action" in: *Time*, 7. Nov. 1983, S.39

⁸¹⁹Vgl. dazu: "Admiral says it was his decision to tether the press" in: *„New York Times“*, 31. Okt. 1983.

⁸²⁰Young & Jesser, S.129

Vier von ihnen wurden aber von US-Truppen auf der Insel gestellt und an der Berichterstattung gehindert. Sie akzeptierten das Angebot, sich auf das US-Schiff "Guam" fliegen zu lassen, um von dort ihre Berichte weiter in die USA zu übermitteln. Diese Zusage des Militärs wurde dann aber an Bord des Schiffes nicht eingehalten. Die offizielle Begründung lautete, es stünden keine Übermittlungsfrequenzen zur Verfügung. Erst zwei Tage später, nach dem die Kämpfe auf Grenada abgeflaut waren, durften die Journalisten das Schiff verlassen.⁸²¹ Auf Nachfragen der Zeitungen über den Verbleib ihrer Korrespondenten hatte das Militär nicht geantwortet. Letztlich blieben nur die drei übrigen Reporter (Bernard Dietrich von der "Time", der Fotograf Claude Urraca und Hugh O'Shaughnessey von der London "Financial Times") auf der Karibikinsel.⁸²² Wegen fehlender technischer Ausstattung konnten auch sie anfänglich ihre Berichte nicht an ihre Redaktionen übermitteln.

Am dritten Tag der Invasion, nachdem die Hauptkämpfe bereits abgeebbt waren, entschied das US-Militär, die strikte Zugangsverweigerung für Medienvertreter zu lockern. Inzwischen hatten sich rund dreihundert Journalisten und Techniker auf Barbados eingefunden und warteten auf eine Einreisemöglichkeit nach Grenada. Das Militär wählte eine Gruppe von 15 Journalisten (Reporter der großen Fernsehanstalten ABC, CBS, NBC und der marktführenden Agenturen AP, UPI, Reuters ; keine Reporter von Tageszeitungen) aus, um sie nach Grenada zu bringen. Diese Gruppe wurde vom Militär als "Pool" bezeichnet: ein System, dass später im Golfkrieg perfektioniert wurde.⁸²³

Nur unter strenger Aufsicht konnten die Reporter ausschließlich vom Militär selektierte angebliche "Kriegsschauplätze" besichtigen. Echte Kampfhandlungen bekamen sie aber nicht zu sehen. Die Berichte, die auf Grund dieser gefilterten Informationsquellen zustande kamen, konnten erst wieder von Barbados in die USA überspielt werden, da die Kommunikationsverbindungen auf Grenada zerstört waren. So erreichten diese Berichte die Heimat erst, nachdem Präsident Reagan seine Fernsehansprache zu Grenada gemacht hatte.⁸²⁴ Die Administration hatte somit einen klaren Zeitvorsprung in der Vermittlung ihrer Version der Dinge:

⁸²¹Vgl.: Cody, Edward: "US Troops Remove 4 Reporters" in: *Washington Post*, 28. Okt. 1983.

⁸²²Vgl.: Cody, Edward: "US Forces Thwart Journalists' Reports" in: *Washington Post*, 27. Okt. 1983.

⁸²³Der Begriff "Pool" bezeichnet im Folgenden immer eine Gruppe von Journalisten, die vom US-Militär oder der Regierung ausgewählt wird, um über einen bestimmten Sachverhalt zu berichten. Dabei können Zusammensetzung der Gruppe oder der jeweilige Sachverhalt differieren.

⁸²⁴ "Washington Post", 29.Oct.1983 und ABC-News, 29. Oct. 1983.

Because the press was excluded from the invasion for the first 48 hours, the White House's version of reality became the official and only version, and the political motivations behind it - to concoct a much-needed administration triumph - fulfill even the most jaded view of hierarchy.⁸²⁵

Die Regierung berief sich bei der Rechtfertigung der Zugangsverweigerung auf die Militärs und wertete den Presseausschluss als Form der militärischen Zensur. Dieser Argumentation sind begründete Zweifel entgegen zu bringen.⁸²⁶ Denn aus den deklassifizierten und damit nutzbaren Quellen geht in einem anderem Zusammenhang ein erhöhtes Sicherheitsinteresse der Regierung und die Tendenz zur zeitlichen Verzögerung eindeutig hervor. In Bezug auf die während der Invasion durch US-Truppen sichergestellten Unterlagen, heißt es in einem Top-Secret-Dokument des National Security Council:

The documents acquired by US Forces in Grenada represent a unique resource, which is of significant potential value to US national security interests. It is vital that this resource be protected (...) Furthermore, it is likely that full understanding of what is contained in this archive will not be known until after dedicated analysis of the material. This long term analysis by the CIA could take considerable time.⁸²⁷

Es ist davon auszugehen, dass die Zugangsverweigerung im Interesse der Reagan-Administration lag. In der Öffentlichkeit wurde die Verweigerung mit dem Verweis auf Sicherheitsinteressen gerechtfertigt; dem Militär wurde freie Hand bei der Medienbehandlung gegeben.

Of even greater importance, however, was the fact that, for the first time, the military was given a completely free hand in control of the media – even when decisions impinged on political areas.⁸²⁸

Die Regierung hätte Kraft ihres konstitutionellen Rechts die Zugangsverweigerung entgegen den Bestimmungen des Militärs wieder aufheben können.⁸²⁹ Genau dies passierte aber nicht. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass eine Aufhebung der Zugangsverweigerung von der Regierung nicht gewollt war.⁸³⁰

⁸²⁵Westphal, D' Val. J., S.79

⁸²⁶Vgl. unter anderem Davidson, S.79 und Young & Jesser, S.130ff.

⁸²⁷*National Security Decision Directive 112*, Nov. 15, 1983 in: RG 273, NA.

⁸²⁸Young, Peter & Jesser, Peter: *The Media and the Military. From Crimea to Desert Strike*, New York 1997, S.121

⁸²⁹Vgl. dazu: Combelles, Pascal: "Grenada" in: *Revue du Centre de Documentation et de Recherche sur La Paix et Les Conflicts*, No. 48/9, 1991.

⁸³⁰Zu dieser Überlegung vgl. auch Shales; Tom: "The Grenada Footage" in: *Washington Post*, 28. Okt. 1983.

Die Verantwortung für den Ausschluss der Presse übernahm General Vessey, einer der Kommandanten der Invasion.⁸³¹ Das Pentagon nannte drei Gründe für seine Entscheidung: Zum einen seien Platz- und Zeitmangel ausschlaggebend gewesen. Bei der schnellen Planung und Durchführung der Operation habe das Militär keine Möglichkeit gehabt, die Medienpräsenz zu bedenken. Der in den Flugzeugen zur Verfügung stehende Raum habe nur für Soldaten ausgereicht. In der Kürze der Umsetzung der Operation "Urgent Fury" habe man außerdem zunächst keine Zeit gehabt, Pools zu errichten. Als zweiter Punkt führte Vessey die operationale Sicherheit an. Die Invasion sei ein Überraschungsangriff gewesen, deswegen hätten militärische Erfolge nicht durch eine verfrühte Berichterstattung gefährdet werden sollen. Die Operation habe strengster Geheimhaltung bedurft, um den Feind nicht zu warnen. Außerdem hätte eine mögliche Gefahr für Leib und Leben der Journalisten im Vorfeld der Invasion nicht ermessen werden können. Das Militär hätte daher keinerlei Sicherheitsgarantien für Journalisten abgeben können und so sei der Ausschluss das einzig probate Mittel zum Schutz der Reporter gewesen.⁸³²

Noch während der Invasion protestierten amerikanische Journalisten gegen die Einschränkungen der Berichterstattung. Die oben genannten Begründungen konnten sie nicht akzeptieren. So schrieb der Geschäftsführer des Fernsehsenders CBS an Verteidigungsminister Weinberger:

I would like to protest the attitude expressed by your public affairs office that we learned lessons from the British in the Falklands. This is the United States, not Britain.⁸³³

Robert Fry, Moderator der ABC-Sendung "World News Tonight" kommentierte einen Bericht über Grenada mit den Worten:

We are very concerned about the control, to use a polite word, that the administration has decided to exert on the coverage of the invasion. The concept of the freedom of the press in this situation has not been adhered to. We have been totally blacked out.⁸³⁴

⁸³¹Vgl. dazu die Angaben Vesseys, zit. in: "Admiral Says ..." in: *New York Times*, 31. Okt. 1983.

⁸³²Vgl.: Watkins; James D.: "Vital Speeches of the Day" in: *The Media and the Military*, Vol. L, Nr. 7, 15. Jan. 1984, S.199ff.

⁸³³Die Briten hatten bei ihrem Kampfhandlungen auf den Falkland-Inseln die Presse ebenfalls gänzlich ausgeschlossen. Joyces' Brief wurde auch in mehreren Zeitungen abgedruckt. Vgl. unter anderem: *Washington Post*, 27. Oct. 1983.

⁸³⁴ABC: *World News Tonight*, 29. Oct. 1983.

Und der "Managing Editor" der "Washington Post", Howard Simons, äußerte seinen Unmut über die Pressepolitik auch bei der Konkurrenz von der "„New York Times““:

I'm screaming about it because writing letters takes too long. I think a secret war like a secret government is antithetical to an open society. It is absolutely outrageous.⁸³⁵

Mit dem Hinweis auf die Geschichte der US-Kriegsberichterstattung, in der es bis zu diesem Zeitpunkt im 20. Jahrhundert noch keine Zugangsbeschränkung gegeben hatte, analysierten die Kritiker die einzelnen Punkte von General Vesseys Ausschluss-Begründung wie folgt: Ein Platz- oder Zeitmangel habe bei einer Invasion von Tausenden Soldaten nicht gegen eine Pressebeteiligung sprechen können. Eine solche Militäraktion sei keine geheime Kommandosache mehr gewesen. Außerdem hätten Reporter während der zweiten Angriffswelle transportiert werden können, bei der der Feind ohnehin schon über den Angriff informiert gewesen wäre. Darüber hinaus hätten sich die Journalisten auch bereit erklärt, mit zivilen Flugzeugen einzureisen und das Risiko getötet zu werden, selbst getragen. Um das Leben von Journalisten habe sich das Militär noch in keinem Krieg gekümmert und auch nicht kümmern müssen.⁸³⁶ Bei einem privaten Transport hätten die Reporter dann wiederum gar keine Plätze in US-Militärmaschinen gebraucht. Aber auch diese Art der Einreise wurde vom Militär unterbunden.⁸³⁷ Von Geheimhaltung könne ebenfalls keine Rede gewesen sein, da der Feind schon längst vor Beginn der Invasion vorgewarnt gewesen sei. Selbst wenn es sich tatsächlich um eine Geheimaktion gehandelt hätte, hätten die Militärs nichts von den Journalisten befürchten müssen. Schließlich hätten die Journalisten ihre Verschwiegenheit bei militärischen Geheimnissen in vergangenen Zeiten eindeutig unter Beweis gestellt. Als Beleg dafür wurde zum Beispiel die Geiselnbefreiung im Iran angeführt. Auch dort hätten Journalisten vorher von der Aktion gewusst, dennoch erst danach darüber berichtet.⁸³⁸

Nach Abwägung der beiden Argumentationslinien liegt der Schluss nahe, dass selbst bei den US-Militärs die militärische Komponente allein nicht der Grund für den Ausschluss der Presse gewesen sein kann. Vielmehr scheinen das bereits erwähnte

⁸³⁵ „*New York Times*“, 26. Okt.1983.

⁸³⁶Vgl.: "US-Corps on the Press: Unanswered Questions" in: „*New York Times*“, 29.Okt.1983.

⁸³⁷Vgl. dazu die Stellungnahmen mehrerer Journalisten vor dem Kongressausschuss: "1984 .Civil Liberties and the National Security State“ in: *Hearings before the Subcommittee on Courts, Civil Liberties and the Administration of Justice of the Committee on the Judiciary*; House of Representatives, 98th Congress, 1st/2nd Session, 2./3. Nov.1983.

⁸³⁸Vgl. Johnson, Haynes: "Unfettered Press, Despite Its Sins, Needed most during Crisis" in: *Washington Post*, 30.Okt. 1983.

grundsätzliche Misstrauen gegenüber Journalisten auf Seiten des Militärs und die Erinnerung an die Rolle der Presse im Vietnamkrieg sowie der Blick auf das britische Vorbild bei der Falkland-Invasion eine Rolle gespielt zu haben.

These days, in which the adversary journalism has been developed, it seems as though the reporters are always against us and so they are always seeking to report something that is going to screw things up. And when you are trying to conduct a military operation, you don't need that.⁸³⁹

Auch nach der Lockerung der Zugangsverweigerung und der Einrichtung von Pools protestierten verschiedene Redaktionen und Berufsorganisationen der Journalisten und Verleger weiter gegen die bisher beispiellose Pressepolitik der Militärs und der Regierung. So reklamierte die "American Society of Newspaper Editors" (ASNE) den "bedauerlichen Ausschluss der Presse". Die "American Newspaper Publishers Association" (ANPA) ließ durch ihren Vizepräsidenten Friedhelm erklären, sie sei tief betroffen über den Nachrichtenblackout, der im Zuge der Invasion entstanden sei. Neben der "Society of Professional Journalists, Sigma Delta Chi" sandten die Washingtoner Büros der großen Nachrichtenagenturen und Zeitungen Protesttelegramme ins Weiße Haus.⁸⁴⁰ Die Medien äußerten auch weiterhin in ihren Berichten Kritik an der Pressepolitik; die Fernsehsender wiesen auf die Tatsache hin, dass die Bilder, die sie ausgestrahlt hatten, vom Militär stammten bzw. vom Militär zensiert worden waren.

Dennoch hatten die Medien die einseitigen Informationen übernommen. Der Journalist Mark Hertsgard führt dies auf die generelle Einbindung der Medien in die Konzepte der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik zurück.⁸⁴¹ Zu einer ähnlichen Analyse kommen die Medienwissenschaftler und Soziologen Silverstein, Hannan und Sharkey.⁸⁴² Sie ordnen das Verhalten der Medien in den realistischen, skeptischen Theorieansatz ein. Der wichtigste pragmatische Grund für die zwangsläufige Übernahme der Militärbilder war die Tatsache, dass die Sender und Bildagenturen durch die Zugangsverweigerung gar keine eigenen Bilder besaßen. Allerdings sei hinzugefügt,

⁸³⁹Außenminister Shultz zit. in: Shapiro; Margaret: "Shultz Defends Press Ban" in: *Washington Post*, 16. Dez. 1983.

⁸⁴⁰Zu den Protesten der Berufsverbände vgl. Randolph, Andrew: "News Organizations protest Grenada restrictions" in: *Editor and Publisher*, 5. Nov. 1983, S.14f.

⁸⁴¹Hertsgaard, S.209ff.

⁸⁴²Vgl. Sharkey, S.77, Hannan, S.28-30 und Silverstein, S.32. Silverstein kommt zudem in seiner Untersuchung der Presseberichterstattung der renommierten Tageszeitungen „New York Times“, „Washington Post“, „Los Angeles Times“ und „Wall Street Journal“ zu dem Schluss, dass in diesen Medien das Thema der Zugangsverweigerung nicht weiter verfolgt wurde. Auch aus einem naheliegenden Anlass, dem zehnjährigen "Jubiläum" der Grenadainvasion, widmeten die Zeitungen dem Ereignis keine Zeile.

dass viele Sender die Bilder nur mit dem Verweis "cleared by military censors" ausstrahlten.

Die Medien beriefen sich in ihrer Kritik an der Medienpolitik auf ihre Aufgabe, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Es stellte sich aber heraus, dass die Öffentlichkeit ein anderes Verständnis von Zensur und Zugangsverweigerung hatte als die Medien. Anrufe und Leserbriefe in unterschiedlichen Zeitungs- und Fernsehredaktionen zeigten je nach Medium ein Verhältnis von 3 zu 1, 5 zu 1, 8 zu 1 und später sogar von 99 zu 1 für die Zugangsverweigerung und Zensur der Militärs.⁸⁴³ Ein großer Teil des Publikums war der Überzeugung, eine Zugangsverweigerung sei gerechtfertigt gewesen. Außerdem glaubten die meisten Befragten unmittelbar nach der Invasion, dass die Regierung oder das Militär sie genauso gut über die Invasion und die Verhältnisse in Grenada informieren würden, wie eine unabhängige Presse.⁸⁴⁴ Bei einer Umfrage der "Los Angeles Times" im November 1983 begrüßte eine Mehrheit der Befragten (52 Prozent) den Ausschluss der Presse, 41 Prozent waren sich nicht sicher. Und 63 Prozent sprachen sich gegen Restriktionen in der Zukunft aus.

Aber - und dies konnte die Regierung als Sieg ihrer Pressepolitik interpretieren - die Befragten trauten auch noch einen Monat nach der Invasion sowohl den Medien, als auch der Regierung gleichermaßen die Veröffentlichung unvoreingenommen Informationen zu.⁸⁴⁵ Diese Haltung hatte unter anderem auch damit zu tun, dass das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Medien auf dem Tiefpunkt angelangt war. Von 13 amerikanischen Institutionen rangierte die Presse bei Meinungsumfragen in punkto Glaubwürdigkeit auf Rang neun, das Fernsehen als einzelnes Medium erreichte sogar nur den vorletzten Platz.⁸⁴⁶ Erst Ende Dezember gab es erstmals in vereinzelt Umfragen wieder eine Mehrheit von Bürgern, die sich in Grenada eine unabhängige Presse gewünscht hätte und die die Zugangsverweigerung als Fehler bezeichnete.⁸⁴⁷

⁸⁴³Zu diesen Zahlen vgl.: Henry, William A.: "Journalism under Fire" in: *Time*, 12. Dec. 1983, S.44

⁸⁴⁴Vgl. Shales, Tom: "Grenada - A question of News Control" in: *Washington Post*, 30. Okt.1983.

⁸⁴⁵Vgl. Nelson, Jack: "Bare Majority Backs Grenada News Curbs" in: *Los Angeles Times*, 20. Nov.1983.

⁸⁴⁶Vgl. Henry, William A.: „Surveys admit Crisis" in: *Editor and Publisher*, 19. Nov.1983, S.4

⁸⁴⁷Zu den genauen Ergebnissen dieser Umfrage vgl.: The Harris Survey: "Americans Say Reporters Should Have Been Allowed in Grenada" zit. in: Engber, John B.: "The Press And The Invasion Of Grenada: Does The First Amendment Guarantee The Press A Right Of Access To Wartime News?" in: *Temple Law Quarterly*, Vol. 58, 1985, S.873ff.

Rechtsbruch durch die Regierung? Die juristische und politische Debatte nach der Grenadainvasion

Vor dem Hintergrund der in der amerikanischen Pressegeschichte bislang einzigartigen Zugangsverweigerung setzte nach der Invasion auch eine generelle juristische Diskussion darüber ein, ob der Presseausschluss in Grenada verfassungskonform war, und ob das Militär auch in Zukunft die Möglichkeit haben sollte, Journalisten von Kriegsschauplätzen auszuschließen. Zunächst sahen sich die Juristen mit dem Problem konfrontiert, dass es eine Zugangsverweigerung bisher noch nicht gegeben hatte und damit auch kein Präzedenzfall vorlag. Die Zugangsverweigerung hatte sich im rechtsfreien Raum abgespielt. Die juristischen Befürworter der Zugangsverweigerung bezogen sich auf eine direkte Bedrohung der USA durch einen potenziellen Atomkrieg. In der Logik der nuklearen Abschreckung sahen sie keinen Unterschied mehr zwischen einem tatsächlichen und einem jederzeit drohendem Krieg.⁸⁴⁸ Jede vorschnelle Berichterstattung der Presse hätte im sozialistischen Lager womöglich eine unkalkulierbare Ketten- und Überreaktion auslösen können, so die Argumentation. Somit wäre dann nicht nur das Leben der einzelnen Soldaten auf Grenada gefährdet gewesen, sondern die Sicherheit der gesamten Nation. Daher sei eine Zugangsverweigerung verfassungsgemäß, da in Kriegszeiten die nationale Sicherheit höher zu bewerten sei als die Pressefreiheit. Damit wurde wieder einmal die alte Frage nach der Evaluierung unterschiedlicher Verfassungsprinzipien diskutiert. Außerdem habe die Presse kein größeres Recht auf Information durch die Regierung und das Militär als der Rest der Öffentlichkeit. Und da die Aufgabe des Militärs in Grenada nicht die Schaffung eines öffentlichen Forums gewesen sei, sei der Presseausschluss gerechtfertigt gewesen. Schließlich habe auch keine Privatperson an der Invasion teilnehmen dürfen.⁸⁴⁹

Die juristischen Gegner der Zugangsverweigerung argumentierten eng an der Verfassung und an der bisherigen Rechtsprechung des Supreme Court. Nach ihrer Meinung beinhaltet das konstitutionell garantierte Recht auf Pressefreiheit mehr als nur die Freiheit zur Publikation. In das Recht der Pressefreiheit gehöre notwendigerweise auch das Recht auf **freien Zugang** zur Information.⁸⁵⁰ Ansonsten sei auch das Recht auf Publikation wertlos. Neben der Überprüfung der durch den Presseausschluss

⁸⁴⁸Diese Argumentationslinie findet sich bei Kleegeer, James David: "The First Amendment, the Press and the U.S. Invasion of Grenada: Balancing the Constitutional Interests" in: *Western State University Law Review*, Vol. 12, 1984, S.217ff.

⁸⁴⁹Vgl. a.a.O., S.228 Diese Argumentation erscheint allerdings nicht ganz schlüssig, denn schließlich sind es die Medien, die die Öffentlichkeit informieren sollen und nicht umgekehrt.

⁸⁵⁰Engber, The Press, S.873ff.

eingeschränkten individuellen Grundrechte der Reporter, bezogen sich die meisten Juristen auf die bisher gängige Rechtspraxis.⁸⁵¹ Aus historischer Sicht seien die Schlachtfelder amerikanischer Truppen immer offen für amerikanische Journalisten gewesen. Es habe zwar Zensurbestimmungen gegeben; dies zeige aber nur umso mehr, dass einerseits die Journalisten diese Einschränkung ihrer Arbeit akzeptiert hätten, dass andererseits aber Militär und Regierung dadurch auch eingewilligt hätten, Journalisten an Kriegsschauplätzen überhaupt zuzulassen.⁸⁵² Zur Beurteilung der Frage, ob Journalisten **prinzipiell** ein Recht auf freien Zugang zu Militäraktionen haben, wurde des Weiteren eine Analogie zum Zugang zu Strafgerichtsverfahren gezogen. Gemäß höchstrichterlichem Entscheid dürften Medien bei Strafgerichtsverfahren anwesend sein.⁸⁵³ Sinn des freien Zugangs sei die unabhängige Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Kontrolle staatlicher Willkür durch die Medien. Diese Kriterien, so argumentierten die Gegner der Zugangsverweigerung, müssten auch für militärische Aktionen gelten. Ebenfalls entsprechend des Strafrechts wurde die Beurteilung von juristisch erlaubten Restriktionen für Medien überprüft. Da auch der Zugang zu Strafgerichtsverfahren nicht immer gänzlich frei sei, müssten auch die Ausnahmen berücksichtigt werden. Ein Ausschluss der Medien von Gerichtsverfahren sei dann möglich, wenn ein "overriding interest" des Staates oder einzelner, betroffener Personen an einem Ausschluss der Reporter bestehe.⁸⁵⁴ Die Beweislast dafür liege allerdings bei den Gerichten. Für den konkreten Fall der Grenadainvasion bedeute dies also, dass die Regierung ein solches Interesse hätte nachweisen müssen. Außerdem müsse die Begründung "narrowly tailored" (eng geschnitten) und verhältnismäßig sein. Verhältnismäßigkeit bedeute aber wiederum, dass es keine Alternativen zum Ausschluss hätte geben dürfen.⁸⁵⁵ Alternativen seien aber bei der Grenadainvasion gegeben gewesen. Die Reporter hätten in Pools oder erst mit der zweiten Angriffswelle einreisen können. Außerdem hätte eine direkte Zensur ihrer Berichte stattfinden können. Die juristische Debatte über die Zugangsverweigerung spiegelte somit die gesamte

⁸⁵¹Der Jurist Landau argumentierte dabei wie folgt: "What do we have here legally: prior restraint on the four reporters incarcerated for three days; prior restraint by threatening to kill the reporters in boats who tried to reach the island; denial of equal protection by establishing a US government news service with its own press corps and then refusing any non-military private press corps; denial of equal protection by allowing the press of Cuba and France to have reporters in the area but not the press of the United States; intentional deception of the American public by repeated false reports ...". Vgl.: Landau, Jack: "Media Law Today – Excluding the press from the Grenada invasion: A violation of the public's Constitutional rights" in: *Editor and Publisher*, 10. Dez. 1983, S.10ff.

⁸⁵²Vgl.: Homonoff, *The First Amendment*, S.382

⁸⁵³Vgl. "Globe Newspaper Co. vs. Superior Court", *457 US 596 (1982)*.

⁸⁵⁴Der Begriff "overriding interest" meint ein "begründetes, übergeordnetes Interesse".

⁸⁵⁵Engber, *The Press*, S.890

Bandbreite konstitutionalistischen Denkens wider, ähnlich wie zur Zeit des Vietnamkrieges die Debatte um die Pentagon-Papers.

Und so bezogen sich die Gegner der Zugangsverweigerung auch auf den Verfassungsrichter Stewart, der im Fall der Pentagon-Papers das Argument einer **direkten** Gefährdung der nationalen Sicherheit ("clear and present danger") in die bisherige Rechtspraxis eingeführt hatte. Eine Zugangsverweigerung sei also nur dann rechtmäßig, wenn bewiesen werden könne, dass die Veröffentlichungen der Medien "(...) will surely result in direct, immediate, and irreparable damage to our Nation or its people."⁸⁵⁶ Doch diese direkte Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Reporter auf Grenada hätten die Regierung und das Militär nicht glaubhaft nachweisen können. Deswegen sei eine Zugangsverweigerung eindeutig verfassungswidrig.

Trotz der vielen juristischen Begründungen gegen eine verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Zugangsverweigerung konnte keine eindeutige juristische Leitlinie für die Zukunft gefunden werden. Die Begründungen waren zu unterschiedlich, zudem gab es auch einen nicht zu vernachlässigenden Teil von Juristen, der den Presseausschluss als gerechtfertigt ansah. Von einer einheitlichen Lehrmeinung kann also keinesfalls die Rede sein. Die einzige Klage, die tatsächlich vor ein Gericht getragen wurde, wurde abgewiesen.⁸⁵⁷

Aber auch auf politischer Ebene gab es Reaktionen auf die Pressepolitik in Grenada. Der Senat verabschiedete am 29. Oktober mit 53 zu 18 Stimmen eine Resolution, die von der Regierung ein Ende der Pressebeschränkung forderte,⁸⁵⁸ aber nachdem eine große Zustimmung der Bevölkerung zur Invasion deutlich wurde, wurden die kritischen Stimmen der Parlamentarier leiser.⁸⁵⁹ Die Frage der Pressepolitik während der Invasion kam in Sitzungen der bereits bestehenden Ausschüsse und Unterausschüsse des Kongresses zur Sprache, die das Thema Grenada allgemein

⁸⁵⁶Richter Stewart, zit. in: Engber, S.892

⁸⁵⁷Hierbei handelte es sich um eine Klage von Larry Flint, Herausgeber, Verleger und Eigentümer des Männermagazins "Hustler". Die Klage wurde vom District Court in Washington D.C. abgewiesen, da sie als hinfällig betrachtet wurde. Zum Zeitpunkt der Klage (1984) war die Zugangsverweigerung für Grenada bereits aufgehoben worden. Vgl. "Flynt vs. Weinberger" *588 F.Supp 57 (DDC 1984)* Beachtlich ist in diesem Zusammenhang, dass außer Flint (dessen Magazin nicht gerade für politische Berichterstattung bekannt ist) keine große, politische Zeitung gegen die Zugangsverweigerung zu klagen versuchte.

⁸⁵⁸Randolph, Eleanore: "Senate Votes to End Curbs on Grenada News Coverage" in: *Los Angeles Times*, 30. Okt. 1983.

⁸⁵⁹Vgl. Mermin, Jonathan: *Debating War and Peace. Media Coverage of U.S. Intervention in the Post-Vietnam Era*, Princeton (NJ) 1999, S.41ff.

behandelten. Ein neues, **eigenes** Subkomitee wurde der Pressepolitik nicht gewidmet. Nur in einem einzigen parlamentarischen Gremium kamen Medienvertreter selbst als Zeugen zur Sprache.⁸⁶⁰ In allen anderen Ausschüssen äußerten sich ausschließlich Vertreter der Regierung und des Militärs zur Frage der Pressebehandlung. Grundsätzlich kann man bei den Diskussionen und Hearings im Kongress die Meinungen nach folgendem Muster unterscheiden: Die Regierung verteidigte prinzipiell die Zugangsverweigerung. Bei den Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses differierte die Einschätzung der Pressepolitik sehr stark, je nach ihrer generellen Einschätzung der Grenadainvasion selbst. Befürworter der Invasion unterstützten auch die Pressepolitik, Gegner der Invasion lehnten sie ab.⁸⁶¹ Insgesamt zeichnete sich letztlich eine Mehrheit der Befürworter ab.⁸⁶² Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Wechselspiel zwischen öffentlicher Meinung und damit einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung und dem Verhalten der demokratischen Opposition.⁸⁶³ Deren Spitzenkandidat für den Wahlkampf 1984, Walter Mondale, hatte zunächst die Invasion und die Pressepolitik kritisiert, dann aber seine Meinung relativiert. Unter dem Eindruck der unwidersprochenen Legitimations-Argumente für die Invasion machte auch er sich die Version der Regierung zu Eigen. Mondale hielt die Invasion für gerechtfertigt, falls

American citizens in Grenada were in serious danger, or if Grenada was on the verge of becoming a base for Soviet or Cuban subversion in this hemisphere.⁸⁶⁴

Der Kommunikationswissenschaftler Mermin konstatiert in seinem Vergleich der Grenada- und Panamainvasion, dass die Demokraten ihre außenpolitische Strategie in den Jahren 1983 bis 1989 änderten.⁸⁶⁵ Ein wichtiger Gesichtspunkt dabei war die innenpolitische Perzeption außenpolitischer Vorgänge durch die politischen Berater der Demokraten. Sie waren der Überzeugung, dass:

⁸⁶⁰Dies war das "Subcommittee on Courts and Law".

⁸⁶¹ibid

⁸⁶²Vgl. Whittle, Richard: "Questions, Praise Follow Grenada Invasion" in: *Congressional Quarterly Weekly Report*, No.41, 29. Oct. 1983, S.2221

⁸⁶³Vgl. Felton, John: "After the Invasion: Support Widens on the Hill" in: *Congressional Quarterly Weekly Report*, No. 42, 12. Nov. 1983, S.2360

⁸⁶⁴Vgl. "The 7 Democratic Candidates Weigh In" in: *Washington Post*, 29. Oct. 1983.

⁸⁶⁵Mermin, S.61-65.

the Democrats can't win the presidency unless they win the South. There is a further assumption that to carry the South, they have to project a more muscular foreign policy.⁸⁶⁶

Hatten Mondale und der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses O'Neill unmittelbar nach der Grenadainvasion noch versucht, mit einer opponierenden Meinung auf dem Feld der Außenpolitik zu punkten, erkannten sie bald, dass dieses Vorgehen erhebliche innenpolitische Gefahren in sich bergen konnte und änderten ihre Strategie unter dem Eindruck der Meinungsumfragen, die eine starke Unterstützung von Reagans Außenpolitik der Stärke zeigten.⁸⁶⁷

Dieses Wechselspiel zwischen Presselenkung, Außen- und Innenpolitik ist ein weiterer Beleg für das in der Einleitung entwickelte Kreismodell. Durch die Zugangsverweigerung war die Pressepolitik massiv beeinflusst worden und die Sicht der Regierung und deren Legitimation standen unwidersprochen als Leitmeinung im Fokus der öffentlichen Debatte. Das wiederum hatte Auswirkungen auf die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung, die die Invasion befürwortete. Nicht zuletzt um sich im kommenden Wahlkampf nicht dem Vorwurf des Anti-Patriotismus aussetzen zu müssen, griff auch die Opposition in dieser außenpolitischen Frage die Stimmung in der Bevölkerung auf und schloss sich der Mehrheitsmeinung an. Dadurch wiederum konnten sich auch regierungskritischere Wähler in ihrer Meinung zu Grenada bestätigt sehen. Der nationale Konsens war also über die Parteigrenzen hinaus hergestellt worden und Kritik an der Invasion fand nur noch am Rande der legitimen Kontroverse statt. Der Kreis hatte sich in diesem Fall geschlossen; Profiteur dieser Entwicklung war die Regierung.

Wenn im Kongress also die unterschiedlichen Meinungen nicht zu einer Kritik an der Reagan-Administration kulminierten, gab es zumindest Differenzen zur Regierungsposition.⁸⁶⁸ Das Militär zeigte sich im Rückblick auf die Pressepolitik in Grenada hingegen noch einheitlicher und selbstbewusster als vor der Invasion und im Vietnamkrieg. Die Verantwortung für die angespannte Situation zwischen Medien und Militär sahen die vor den Kongress-Ausschüssen befragten Offiziere und Generäle einzig und allein bei den Medien. Sie forderten für die Zukunft von den Medien eine Rückkehr zum Konzept der patriotischen Kriegsberichterstattung.⁸⁶⁹ Auch die

⁸⁶⁶O' Donnell, Kirk (Center of National Policy) zit. in: Madison Christopher: "Democratic Tough Talk" in: *National Journal*, 31 Oct. 1987, S.2731

⁸⁶⁷Vgl. Morrison, David C.: "Dogged by Defence" in: *National Journal*, 29. Oct. 1988, S.2722

⁸⁶⁸Vgl. zum Beispiel: Roberts, Steven V.: "O' Neill Criticizes President" in: „*New York Times*“, 29. Oct. 1983.

⁸⁶⁹Vgl. Upchurch, Richard, S.68 ff.

Restriktionen wurden als gerechtfertigt angesehen. Nach Auffassung der befragten Militärs stand in Kriegszeiten das Interesse der nationalen Sicherheit, das im konkreten Kriegsfall von ihnen und von der Regierung definiert wurde, klar über dem Interesse einer freien Presse. Deswegen solle auch in Zukunft das Militär über den Zugang zu Militäraktionen befinden: "(...) The Military alone should be the arbiter of when and to whom access should be granted."⁸⁷⁰

Es waren bei den öffentlichen Hearings im Kongress und bei unterschiedlichen Parteien aber auch Stimmen laut geworden, die die Pressepolitik in Grenada nicht isoliert betrachteten, sondern als einen Mosaikstein in der gesamten Informationspolitik der Reagan-Administration ansahen:

I do not recall one (US-government) which has so consistently acted in a fashion inconsistent with the public right to information (...). And so I do, for myself, view the episode with respect to Grenada a part of a larger discernible pattern of behaviour and thinking.⁸⁷¹

Bei einigen Parlamentariern und vor allem bei den Journalisten schwang die Angst mit, Grenada könne zu einem Präzedenzfall werden:

(It is) my great concern that this does not become a 1-week issue that occurs, and then is forgotten, but that the military looks at it as an example of a future technique they can use over and over again or, indeed, that other arms of government say this is a terrific approach.⁸⁷²

Diese wichtige, und wie sich im Golfkrieg zeigen sollte, zutreffende Überlegung ging zwar unter dem Eindruck der kurzen Invasion und der Zustimmung der Bevölkerung unter. Dennoch machte der Justiz-Ausschuss den Vorschlag, ein Forum zu schaffen, in dem Medienvertreter und Militärs gemeinsam Leitlinien für eine zukünftige Pressepolitik in Kriegszeiten ausarbeiten sollten. Das Militär willigte ein, eine Kommission einzurichten, die sich mit dieser Fragestellung befasste.

Perspektiven einer neuen Pressepolitik: Die Sidle-Kommission

⁸⁷⁰James Webb, Assistant Secretary of Defense (Reserve Affairs), zit in: *The Military and the Media*, Vol. LXVIII, Nr. 11, Nov. 1984, S.37

⁸⁷¹Der Parlamentarier Floyd Abrams vor dem Untersuchungsausschuss des Kongresses, zit. in: *Hearings before the Subcommittee of Courts*, S.28 u. 31

⁸⁷²Der Journalist Joyce, Edward, zit in: *Hearings before the Subcommittee of Courts*, S.36

Die Kommission wurde als ein "Media-Military Relations Panel" vom Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, General John Vessey, ins Leben gerufen. Vessey, der während der Invasion für die Zugangsverweigerung verantwortlich gezeichnet hatte, berief an die Spitze der Kommission den pensionierten Major General Winant Sidle, der im Vietnamkrieg die Presseabteilung der amerikanischen Streitkräfte geleitet hatte. Sidle, nach dem die Kommission erst im Nachhinein benannt wurde, betonte, dass man sich nicht mit der juristischen Seite der Zugangsverweigerung auseinandersetzen wolle und dass es nicht mehr um eine Beurteilung der Pressepolitik während der Grenadainvasion gehen werde. Vielmehr solle nach einer Möglichkeit gesucht werden, wie das Sicherheitsbedürfnis der Militärs mit dem journalistischen Wunsch nach freier Berichterstattung in Zukunft verbunden werden könne.⁸⁷³ Die Kommission setzte sich personell aus Offizieren, Dozenten von Journalistenschulen und pensionierten Redakteuren und Reportern zusammen. Ursprünglich war auch an eine Beteiligung der noch amtierenden Vertreter der großen Medienbetriebe gedacht, doch diese lehnten ab. Sie erklärten sich zwar bereit, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, als Repräsentanten unabhängiger Presseorgane wollten sie aber weder in einer offiziellen Regierungs- noch in einer Militärkommission Vollmitglied sein.⁸⁷⁴ Alle Vertreter der Medienseite innerhalb der Kommission waren also keine aktiven Journalisten. Die Mitglieder der Kommission verständigten sich zunächst auf ein "Statement of Principle", in dem das Recht auf Zugang zu Militäraktionen eingefordert wurde:

(...) We strongly urge government officials to assure that the historic free press reporting to the American public about military activities will be a planned part of future operations under conditions which also assure mission security and troop safety.⁸⁷⁵

Die Meinungen bezüglich Restriktionen durch direkte Zensur gingen auseinander. Sie reichten von kategorischer Ablehnung⁸⁷⁶ bis zu widerwilliger Hinnahme von Einschränkungen in bestimmten Fällen.⁸⁷⁷ Die Vertreter der Militärs in der Kommission gestanden inzwischen ein, dass ein Recht der Öffentlichkeit auf Information auch in Kriegsfällen bestehe. Allerdings sei eine Abwägung dieses Rechts mit den Belangen der

⁸⁷³Dies erklärte Sidle in einem Brief an General Vessey, zit. in: "Report By CJCS Media-Military Relations Panel (Sidle-Panel)" in: *Temple Law Review*, Vol. 58, 1985, Appendix I, S.902 im Folg. zit. als CJCS-Report.

⁸⁷⁴CJCS-Report, S.929

⁸⁷⁵Zit. aus: "A Statement of Principle on Press Access to Military Operations" in: *Temple Law Review*, Vol. 58, 1985, Appendix II, S.903ff.

⁸⁷⁶Vgl. "We oppose censorship", Brief von William J. Small, Präsident der United Press International (UPI) an General Vessey, zit. in: Engber, *The Press*, Anm. 49.

⁸⁷⁷Vgl. "In specific circumstances, censorship may be required", Meinung der Vertreter der Associated Press (AP), zit. in: Engber, *The Press*, Anm. 50.

nationalen Sicherheit nötig. Die Entscheidung über Geheimhaltung sei nur im Einzelfall zu treffen, neben einer militärischen Implikation, gäbe es immer auch eine politische. Daher oblägen Entscheidungen über politische Geheimhaltung immer der jeweiligen Regierung und nicht dem Militär. So drehten sie die Argumentation, die die Regierung während der Grenadainvasion angewandt hatte um. Hatte damals die Regierung in Fragen der nationalen Sicherheit und einer daraus resultierenden, spezifischen Pressebehandlung auf das Militär verwiesen, so verwies jetzt das Militär seinerseits auf die Regierung. Aus Sicht der Medien bedeutete dies, dass sie in einem Kriegsfall gleich zwei potenziellen Zensoren begegnen mussten.

Sicherheitsbedenken äußerten die Militärs insbesondere in Bezug auf die Live-Berichterstattung im Kriegsfall, die dem Feind als wichtige Informationsquelle dienen könne.⁸⁷⁸ Am 23. August 1984 stellte Verteidigungsminister Weinberger den abschließenden Bericht der Sidle-Kommission der Öffentlichkeit vor. Neben dem "Statement of Principle", dem sich im Verlauf der Treffen auch die Militärvertreter angeschlossen hatten, hatte sich die Kommission auf die Einrichtung eines ständigen Medienpools für die Berichterstattung von Militäraktionen geeinigt. Dieser Pool sollte zu Beginn einer militärischen Operation aktiviert werden, dann allerdings im Verlauf der Operation zugunsten einer freien Berichterstattung aufgelöst werden. Für die konkrete Arbeit in den Pools wurden acht weitere Empfehlungen gemacht:

- gleichzeitige Planung von militärischer Aktion und Information der Medien,
- Berücksichtigung einer möglichst großen Anzahl von Journalisten im Pool,
- Prüfung, ob Journalisten, die im Pool vertreten sind, ständig beim Pentagon akkreditiert sein sollen,
- freiwillige Unterwerfung der Medienvertreter unter Sicherheitsvorschriften des Militärs,
- Bereitstellung von Kommunikationstechnik für die Medienvertreter,
- Transportunterstützung durch das Militär sowie
- Maßnahmen zum besseren Verständnis zwischen Militärs und Medien.⁸⁷⁹

Diese Empfehlungen der Kommission hatten keinerlei rechtsverbindliche Wirkung. Tatsächlich wurde aber im Oktober 1984 ein ständiger Pool von Reportern beim

⁸⁷⁸Vgl. CJCS-Report, .S.941

⁸⁷⁹Zum vollständigen Text der abschließenden Empfehlungen der Sidle-Kommission vgl. *U.S. Department of Defense. Office of the Assistant Secretary of Defense, Public Affairs, News Release No. 450/84, 23.Aug. 1984.*

Pentagon gebildet.⁸⁸⁰ Die Vorschläge der Sidle-Kommission stießen schon sehr bald auf Kritik bei den aktiven Medienvertretern, die nicht in der Kommission vertreten waren. Die Empfehlungen seien faule Kompromisse, die nach wie vor die Priorität des Militärs vor der Presse manifestierten. Außerdem hätten die Medien in allen Angelegenheiten, die die Einrichtung von Pools angingen, lediglich beratende Funktion. Ein **Recht** auf die Durchsetzung dieser Vorschläge bestehe nicht. Die Presse bleibe weiterhin auf das Wohlwollen des Militärs angewiesen.⁸⁸¹ Neben dieser Kritik machten die aktiven Medienvertreter auch Verbesserungsvorschläge für die Pressepolitik in zukünftigen Kriegen. Diese Vorschläge blieben allerdings Meinungen und Ideen; sie wurden weder bei der Regierung noch beim Militär in die konkreten Empfehlungen eingearbeitet.

Obwohl die Grenadainvasion in ihrer übergeordneten historischen Bedeutung für die Analyse der gesamten US-Außenpolitik angesichts anderer, schwerwiegenderer Ereignisse eine eher geringere Rolle spielt, ist ihre Bedeutung für den weiteren Verlauf der Pressepolitik sehr entscheidend gewesen. Die Invasion markierte einen Qualitätssprung in der Geschichte der Presselenkungs- und Zensurmethoden. Zusammenfassend können daher mehrere Grundüberlegungen als Fazit gezogen werden. Zum einen waren erstmals Reporter von einem US-Kriegsschauplatz gänzlich ausgeschlossen worden. Dadurch hatten Regierung und Militär einen Alleinvertretungsanspruch für die Darstellung ihrer Version erworben. Hinzu kam, dass die Bild-Medien durch die Zugangsverweigerung nun mehr ausschließlich Militärmaterial als Quellen benutzten:

Another alarming feature that emerged from Grenada was control of the news by the military through the release of carefully selected still photographs and pre-edited footage shot by military cameramen and women. Several thousand feet of this videotape footage was made available to the American and international media in the absence of independent coverage.⁸⁸²

Ein auf unabhängigen Informationsquellen beruhender öffentlicher Diskurs der Geschehnisse war so gut wie nicht mehr möglich. Obwohl zahlreiche Juristen auf diese verfassungsrechtlich sehr bedenkliche Entwicklung hinwiesen, hatte das keine bindenden rechtlichen Konsequenzen für die Zukunft. Die einzige Konsequenz war die

⁸⁸⁰Seib, Gerald F.: "Pentagon selects Pool of Journalists For Battle Coverage" in: *Wall Street Journal*, 11. Okt. 1984.

⁸⁸¹Zu dieser Meinung vgl.: Block, Maria; Mungham, Geoff: "The Military, the Media and the Grenada Invasion" in: *Contemporary Crisis*, Vol. 13, Nr. 2, 1989, S.121 und Halloran, Richard: "Pentagon Forms War Press Pools; Newspapers Excluded" in: „*New York Times*“, 11.Okt.1984

⁸⁸²Young & Jesser, S.137

Einrichtung der Pools, die es zum Teil zwar schon in anderer Form im Vietnamkrieg gegeben hatte, die nun aber institutionalisiert und damit für die Medien fast zur einzigen offiziellen Möglichkeit der Kriegsberichterstattung avancierten. Dies war ein weiterer qualitativer Sprung in der Pressepolitik, und nicht nur eine graduelle Veränderung.

Darüber hinaus war die Grenadainvasion aus Sicht des Militärs für seine eigene Pressepolitik vor allem aus einem Grund ein entscheidender Wendepunkt. Zwar hatte es in den bisherigen Kriegen immer wieder vergebliche Versuche gegeben, die Presse gänzlich vom Kriegsgeschehen auszuschließen. Doch im Fall der Grenadainvasion erkannte das Militär, dass dieser Versuch unter ganz bestimmten Vorzeichen auch erfolgreich sein konnte:

The final lesson to be learned from Grenada was that, given the advantages of a relatively remote theatre of operations, lack of strong local media infrastructure, use of regular forces, and the right political imperative, such as the need to restore public confidence, the media *could* be successfully excluded.⁸⁸³

Das Beispiel der Grenadainvasion hatte zudem die historische Erfahrung bestätigt, dass viele Wähler in einem Kriegsfall Einschränkungen der Pressefreiheit für gerechtfertigt hielten.

Legitimationen für die Panamainvasion: Das Feindbild Noriega

1983 übernahm General Manuel Noriega die Macht in Panama. Obwohl die US-Behörden seit Mitte der siebziger Jahre Hinweise für die Verwicklung Noriegas in Drogengeschäfte gesammelt hatten, war dies zunächst kein bestimmendes Thema in der Öffentlichkeit. Der General wurde von US-Geheimdiensten, namentlich vom CIA, dessen damaliger Direktor der spätere Präsident George Bush war, bis 1986 finanziell unterstützt.⁸⁸⁴ Dies lag unter anderem auch an Noriegas Haltung zur Situation in Nicaragua:

Noriega had been quietly providing the CIA with enough help in its Nicaraguan war to ensure his protection by some of Washington's most influential power brokers.⁸⁸⁵

⁸⁸³ibid

⁸⁸⁴Sharkey, Jaqueline *Under Fire- U.S. Military Restrictions on the Media from Grenada to the Persian Gulf*, Washington D.C. 1991, S.91ff

⁸⁸⁵Vgl. Powell, Collin: *A Soldier's Way*, London 1995, S.415

Ein weiterer Beleg für die offiziellen Kontakte zwischen den USA und Noriega ist ein Besuch des später - wegen der Iran-Contra-Affäre - in Verruf geratenen Leutnants Oliver North und des Sicherheitsberaters Poindexter in Panama-City:

Based on your guidance, arrangements have been made for you to meet with General Noriega in Panama (Dec. 4). (...) The itinerary and substance of your meetings have been discussed with State (DASS Bill Walker) and SOUTHCOM (General Galvin). (...) Attached at TAB I is a NSC Staff Travel Authorization Sheet for a proposed trip to Panama and Honduras on December 4.-5., 1985.⁸⁸⁶

Bedauerlicherweise ist diese Quelle nur begrenzt nutzbar, da der Teil, der die Inhalte des Treffens behandelt, nicht deklassifiziert worden ist. Fast 50 Prozent des als geheim eingestuften Dokuments sind geschwärzt. Es ist also davon auszugehen, dass es sich nicht um ein Routinetreffen gehandelt hat. Was aber im Zusammenhang dieser Arbeit ebenfalls entscheidend ist, ist die Tatsache, dass es bereits 1985 offizielle Kontakte (offensichtlich auch auf militärischer Ebene) zu Noriega gegeben hat. Während und nach der Invasion 1989 wurde aber von der US-Regierung der Eindruck vermittelt, Noriega sei schon **immer** ein Feind der USA gewesen.⁸⁸⁷

Die Duldung - oder sogar Unterstützung - des Noriega-Regimes durch die USA änderte sich erst 1988 unter dem Eindruck einer massiven Anti-Drogen-Kampagne in den Vereinigten Staaten. Eine Anklage wegen Drogenhandels und Geldwäscherei in den USA machte Noriega für Washington politisch untragbar. US-Politiker drängten ihn zum Rücktritt und signalisierten gegenüber Panama die Bereitschaft, mit einer anderen Regierung zusammenarbeiten zu wollen. Ein Putschversuch von Noriegas Offizieren im Oktober 1989 wurde von den amerikanischen Truppen am Kanal allerdings nicht unterstützt.

In October, dissidents in the Panamanian Defence Force approached the CIA with offers of a coup against Noriega. The offer was poorly handled - so poorly in fact that it led Senator Jesse Helms to describe the administration, in the House, as a ' bunch of keystone cops'.⁸⁸⁸

Der Putsch scheiterte und Noriega blieb an der Macht. Zu dieser Zeit spitzte sich das Verhältnis zwischen den USA und Panama zu. Am Kanal kam es im Jahre 1989

⁸⁸⁶*Secret Memorandum for John M. Poindexter*, North to Poindexter, NSCM 159, Dec. 2. 1985. in: RG 273, NA.

⁸⁸⁷Vgl. Barsamian, S.48f.

⁸⁸⁸Young & Jesser, S.145. Zu den Optionen für eine US-Unterstützung des Coup d' Etat und den Reaktionen in Washington vgl. auch ein Interview mit General Frederick Woerner: "Challenge and Response on the Southern Flank" in: *Military Review*, August 1986.

vermehrt zu Zusammenstößen zwischen US-Soldaten und Panamesen, die Verletzte und Tote auf beiden Seiten zur Folge hatten.⁸⁸⁹ Zeitgleich rückte die Situation in Panama und die Person Noriega immer mehr ins Blickfeld der US-Öffentlichkeit. Die Public Relations Abteilung des Weißen Hauses betrieb eine massive Dämonisierungskampagne.⁸⁹⁰ Auch die meinungsmachenden Zeitungen zielten in dieselbe Richtung. Noriega wurde als Drogendealer großen Stils portraitiert.

In addition, he was accused of being a sexual deviant, a child molester, a murderer and torturer. At the same time, he was likened to a 'demented Adolf Hitler' and said to be into 'devil worship, satanism and magic'.⁸⁹¹

Der nächste Schritt in Richtung Eskalation kam indes aus Panama selbst. Weil er die Anschuldigungen aus den USA als Provokation empfand, erklärte Noriega am 15. Dezember 1989, dass sich das Land praktisch im Kriegszustand mit den USA befände. Diese Aussage wurde vor der Invasion in Washington als "unbeachtlich" abgetan. Nach Beginn der Invasion wurde Noriegas Äußerung dann aber von amerikanischer Seite als Ersatz einer Kriegserklärung an die USA gewertet und somit zur moralischen Rechtfertigung für die Invasion benutzt.⁸⁹² Die mutmaßliche "Kriegserklärung" Panamas war aber weder offiziell an die amerikanische Regierung übermittelt, noch von dieser anerkannt oder gar vom Parlament ratifiziert worden.⁸⁹³ Die "Kriegserklärung" Panamas bestand also de facto nur auf rhetorischer Ebene, sie ließ sich aber propagandistisch gut ausschlichten.

Juristisch nutzten die USA noch eine andere Argumentation zur Legitimierung der Invasion. Da Noriega in den USA wegen Drogenschmuggels gesucht wurde und da er sich dem Zugriff der amerikanischen Behörden entzogen habe, sei eine "Polizeiaktion" in Panama vertretbar. Das US-Justizministerium kam zu dem Schluss, dass die Festnahme eines Flüchtlings in einem fremden Land ohne dessen Einwilligung - notfalls sogar mit militärischer Hilfe - nicht notwendigerweise einen Bruch internationaler Verträge bedeute.⁸⁹⁴ Der auslösende, aber nicht der ursächliche Faktor für den Einmarsch war schließlich der Tod des amerikanischen Soldaten Robert Paz, der am

⁸⁸⁹Vgl. Sharkey, S.91

⁸⁹⁰Vgl. dazu: Kasper, D.: *The Panama Deception*, Video-Film, 95 Min. in: LOC, Madison-Building, Audio-visuelle Abteilung.

⁸⁹¹Young & Jesser, S. 149. Diese Einschätzung deckt sich mit einer qualitativen Auswertung der Berichterstattung folgender Zeitungen und Zeitschriften: "Washington Post", "New York Times", "Christian Science Monitor", "New York Daily" und "Los Angeles Times". Berücksichtigt wurden die letzten drei Wochen vor der Invasion.

⁸⁹²Draper, Theodore: "Did Noriega declare War?" in: *New York Review of Books*, Vol. 37, No.5, S.73

⁸⁹³Vgl. dazu die Einlassungen in: *US. Department of State: Press Release*, 27. Dec. 1989, Washington D.C.

⁸⁹⁴*US. Department of Justice: Memo to National Security Council, 3. Nov. 1989* in: RG273, NA.

16. Dezember 1989 beim Durchbrechen einer Straßensperre in Panama-City vom panamesischen Militärs erschossen wurde. Am 17. Dezember 1989 ordnete Präsident Bush die Ausführung der Operation "Just Cause" an.⁸⁹⁵

Pressepolitik während der Operation "Just Cause"

Mit der Panamainvasion sollten laut US-Präsident Bush vier Ziele erreicht werden. Zum einen ging es um den Schutz amerikanischer Staatsbürger in Panama. Zum anderen wurde die Wahrung amerikanischen Rechts gemäß der Panama-Kanal-Verträge angeführt. Der dritte Invasionsgrund sei die Wiedererrichtung der Demokratie in Panama gewesen, so Bush. Und das mit Abstand am häufigsten in der Presse zitierte Ziel war die Ergreifung General Noriegas.⁸⁹⁶

Um 0.45 Uhr am 20. Dezember 1989 griffen 7.000 Soldaten der US-Streitkräfte die strategisch und militärisch wichtigen Punkte in Panama-City und im Hinterland an, weitere 7.000 folgten. Ohnehin waren in Panama schon 13.000 US-Soldaten stationiert. Die Luftlandeaktion war die größte seit dem Zweiten Weltkrieg.⁸⁹⁷ An den Angriffen beteiligten sich zum erstenmal die bis dahin geheim gehaltenen Tarnkappenbomber F-117 der US-Luftwaffe. Trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit stießen die US-Truppen auf stärkeren Widerstand als erwartet, denn die Geheimhaltung der Aktion war durchbrochen worden. Am 19. Dezember hatte "Radio Panama" vor einer bevorstehenden Militäraktion der USA gewarnt. Der staatliche Sender hatte alle Angehörigen der panamesischen Streitkräfte zur sofortigen Mobilmachung aufgerufen.⁸⁹⁸ Das US-Militär erlangte nach rund drei Tagen die Kontrolle über Panama; General Noriega konnte zunächst nicht ausfindig gemacht werden. Er hatte sich in die vatikanische Botschaft in Panama-City geflüchtet, wo er sich letztlich am 3. Januar 1990 dem US-Militär ergab.⁸⁹⁹ Die Invasion hatte nach amerikanischen Angaben 23

⁸⁹⁵Der Begriff "Just Cause" ist die militärische Bezeichnung für die Panamainvasion. In der Planungsphase des Militärs war zunächst der Code "Blue Spoon" gewählt worden, der dann noch vor Beginn der Invasion in "Just Cause" geändert wurde. Vgl. Flanagan, Edward Jr.: *Battle for Panama. Inside Operation Just Cause*, Washington D.C. 1993, S.73-75

⁸⁹⁶Watson, Bruce W., Tsouras, Peter G. (ed.): *Operation Just Cause-The U.S. Intervention in Panama*, Boulder 1991, S.217

⁸⁹⁷Vgl. Cole, Ronald H.: *Operation Just Cause. The Planning and Execution of Joint Operations in Panama Feb. 1988-Jan. 1990*, Washington D.C 1995, S.37-39

⁸⁹⁸Vgl.: Tyler, Patrick E.: "US Commander Decries Leak on Panama Invasion" in: *The Washington Post*, 27.Feb. 1990.

⁸⁹⁹"Noriega Surrenders to U.S. Authorities" in: *Washington Post*, 4.1.1990, S.A1

Amerikaner und 534 Panamesen, darunter 202 Zivilisten, das Leben gekostet.⁹⁰⁰ Zwei Jahre nach der Invasion kam die "Internationale Kommission für Menschenrechte in Mittelamerika" dagegen in einem Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis, dass "die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung (...) mindestens zehnmal so hoch war, wie die von den USA offiziell genannte Zahl."⁹⁰¹

Der Panamakanflikt war der erste echte Test für die nach der Grenadainvasion eingeführte Pool-Regelung. Trotz der Kritik der Sidle-Kommission hatte es keine weiteren nennenswerte Änderungen in der Pressepolitik gegeben. Die Pool-Regelung war stillschweigend von der Presse akzeptiert worden. Kritik kam lediglich an den Details der Durchführung der Pool-Regelung auf, nicht aber an ihrer Existenz. Bei der Planung der Operation "Just Cause" Anfang November war das US-Militär in Panama aufgefordert worden, einen Plan für die Pressearbeit vorzulegen. Am 22. November hatte das "Southern Command in Panama" (SOUTHCOM) einige Vorschläge, aber keinen genauen Plan nach Washington übermittelt. Diese Vorschläge wurden auf Anweisung von Richard C. Brown, Deputy Assistant Secretary of Defense, als geheim klassifiziert und "in den Safe gesteckt und vergessen".⁹⁰²

Mit der Begründung, die Operation geheim halten zu wollen, wurde keinerlei Information über die bevorstehende Invasion an die Presse weitergegeben:

Not even the Pentagon Press Pool was advised, even though its members had pledged to maintain operational security and had demonstrated their ability to do so during 'callouts' in Honduras 1985 and 1988, and during the naval blockade of the Gulf.⁹⁰³

Auch innerhalb der Regierungsadministration gab es strikte Geheimhaltungsvorschriften. Präsident Bush, ehemaliger CIA-Chef, hielt den Kreis der Informierten so klein, dass selbst sein Nachfolger an der Spitze des Geheimdienstes keinen genauen Termin kannte.⁹⁰⁴

⁹⁰⁰Watson/Tsouras, S.218

⁹⁰¹Der Untersuchungsbericht der Menschenrechtsorganisation findet sich im übersetzten Wortlaut in: "Panama ist ein besetztes Land" in: *Die Tageszeitung*, 20.Dez. 1991.

⁹⁰²Hoffman, Fred, zit. in: U.S. Department of Defense, Office of the Assistant Secretary of Defense (Public Affairs): *Review of Panama Pool Deployment*, Dec. 1989, prepared by Fred S. Hoffman, März 1990, S.5; im Folg. zit. als Hoffman-Report.

⁹⁰³Vgl. "The Pentagon Press Pool" in: *Christian Science Monitor*, 5. Aug. 1990.

⁹⁰⁴Vgl. Donnelly, Thomas & Roth, Margaret & Baker, Caleb: *Operation Just Cause: The Storming of Panama*, New York 1991, S.98

General Patrick Brady, der "Chief of Public Affairs of the U.S. Army", gestand später ein, dass es Fehler bei der Aktivierung des Pools gegeben habe. Diese Fehler und die Verzögerungen seien aber keineswegs intentional gewesen, um die Presse an ihrer Arbeit zu hindern. Vielmehr habe es sich um ein Versehen gehandelt:

(...) for reasons that are not readily understandable, the decision to send the pool was made too late, and as a result, it got to Panama late and there was little support once it did get there.⁹⁰⁵

Bei der konkreten Planung der Operation übernahm Verteidigungsminister Cheney die Verantwortung für die Pressepolitik:

I specifically was the one who made the decision about whether or not to notify the pool and under what conditions and with how much lead time. That was my responsibility, and I accept whatever criticism goes with it. (...) But I will say that as long as I am in the job, it is a decision I'm going to make.⁹⁰⁶

Die zuständigen US-Militärs in Panama wurden von Cheney von der bevorstehenden Invasion informiert, über die Aktivierung von Pools war nicht die Rede. Die Presse und die eigenen Öffentlichkeits-Offiziere wurden nicht informiert. Dies war ein Verstoß gegen die - auch vom Militär akzeptierten - Empfehlungen der Sidle-Kommission, die auch schon für Planungen in Friedenszeiten festgelegt hatten, dass "public affairs staff principals must be involved in the earliest planning stage of the operation."⁹⁰⁷ Die Meinungen über der Pressebehandlungen gingen also auch im Militär auseinander. Es zeigte sich aber vor allem, dass die Empfehlungen der Sidle-Kommission keinerlei rechtsbindende Wirkung hatte. Selbst der pressepolitische Minimalkonsens konnte also vom Verteidigungsministerium außer Acht gelassen werden, ohne nennenswerte Konsequenzen befürchten zu müssen.

Des Weiteren geht aus einem Memorandum von Verteidigungsminister Cheney an Pete Williams, den zuständigen Leiter der Pentagon-Presseabteilung, hervor, dass die Pools nicht sofort aktiviert werden sollten und dass eine Verzögerung bewusst einkalkuliert wurde:

⁹⁰⁵Brady, Patrick: "Telling the Army Story" in: *The Army*, 22. Sep. 1990.

⁹⁰⁶Cheney, Richard: "Response to the Hoffman-Report" zit. in: Mathews, L.: *Newsmen and National Defense*, Brassey's (VA) 1991, S.107f.

⁹⁰⁷Vgl.: *U.S. Department of Defense. Office of the Assistant Secretary for Defense. Public Affairs. News Release No. 450/84*, 23. Aug. 1984. Washington D.C. Die Ansicht, die Militär-eigenen Pressestellen rechtzeitig vor einem bevorstehenden Konflikt informieren zu müssen, spiegelte sich auch in den offiziellen Empfehlungen von Militärakademien wider. Vgl. dazu: U.S. Army Air Force Centre: *US Armed Forces Public Affairs Roles in Low Intensity Conflict*, Study, Langley (VA) 1988.

Cheney would not have Pete Williams (Defense Public Relations) notify the media pool (...) until after the evening television news shows the next night. This would be six hours before H Hour, making it impossible for reporters to make it to Panama in time for the start of Just Cause.⁹⁰⁸

Auch die US-Militärstellen in Panama wurden in dem Glauben gelassen, dass es sich bei einem im Falle der Invasion einzurichtenden Pool um Journalisten handeln würde, die ohnehin schon in Panama ansässig waren. Deswegen wurden keinerlei Vorbereitungen für die Unterbringung und den Transport von Journalisten aus Washington getroffen. Die Entscheidung, dass es sich aber um einen Pool von Journalisten aus Washington handeln würde, sei ihnen erst zu einem Zeitpunkt übermittelt worden, als alle verfügbaren Transportmittel bereits belegt gewesen seien.⁹⁰⁹ So traf der Pool von zwölf Reportern aus Washington erst fünf Stunden nach Beginn der Kampfhandlungen in Panama ein. Auf der "Howard Air Base" mussten die Reporter dann 24 Stunden warten.⁹¹⁰ Und erst weitere fünf Stunden später wurden die Journalisten erstmalig an einen Kriegsschauplatz transportiert. Dort waren die Kämpfe aber inzwischen gänzlich abgeflaut.⁹¹¹

No journalists were taken in until the fighting was completed and those who made it by boat were to late to see the combat (...) the Pentagon, by controlling the flow of television news gave the impression before Christmas the war was over on the first day and only mopping up operations remained.⁹¹²

Die Forderung der Journalisten, in die Nähe von tatsächlichen Kampfhandlungen gebracht zu werden, wurde vom US-Militär erneut mit dem Verweis auf mangelnde Transportmittel abgelehnt. Die Reporter durften die Militärbasis nicht verlassen und es standen ihnen keine Kommunikationsmittel zur Verfügung.⁹¹³ Die ersten Fernsehbilder kamen gut 17 Stunden nach Bekanntmachung der Invasion durch die Regierung, und nicht nach Beginn der Operation in den Redaktionen an; Fotos brauchten drei Tage.⁹¹⁴

⁹⁰⁸Woodward, S.178. Vgl. dazu auch: *U.S. Department of Defense. Memo: Cheney to Williams*, 18. Dec. 1989, in: RG 518, NA.

⁹⁰⁹Hoffman-Report, S.9

⁹¹⁰Vgl. Boot, William: "Wading Around in the Panama Pool" in: *Columbia Journalism Review*, March/April 1990 und Komorow, S.: "Pooling Around in Panama" in: *Washington Journalism Review*, March 1990.

⁹¹¹Vgl.: Merida, Kevin: "The Panama Press-Pool Fiasco" in: *Washington Post*, 7. Jan. 1990.

⁹¹²Boswell, H.: "The News-Blackout" in: *The Australian*, 29. Dec. 1989. Vgl. auch: Jaco, C.: "Missing the Action in Panama" in: *Quill*, Nov./Dec.1990 und Cloud, S.: "How Reporters missed the War" in: *Time Magazine*, Jan.1990.

⁹¹³Vgl.: Sharkey, Jacqueline: *Under Fire. U.S. Military Restrictions on the Media from Grenada to the Persian Gulf*, Washington D.C., 1991 und Edwards, Sean J.A.: *Mars Unmasked: The Changing of Urban Operations*, Santa Monica (CA) 2000, S.68

⁹¹⁴Hoffman-Report, S.15

Die meisten Bilder zeigten keine Kampfhandlungen; auch der Text von Zeitungsberichten war wenig präzise:

Reports from Panama said shooting was audible in the streets of the capital. One witness said he saw tow dozen American tanks in action.⁹¹⁵

In ihren Berichten bezogen sich die Reporter auf Angaben von Militär- und Regierungssprechern, Aussagen des US-Oberbefehlshabers oder einfach auf nicht näher benannte "U.S. officials". Unabhängige Quellen oder Vor-Ort-Berichte ihrer eigenen Reporter konnten die Medien nicht präsentieren. Ebenso wenig waren Fotos von panamesischen Gefangenen, amerikanischen Verwundeten oder Toten zu sehen. Stattdessen wurden der US-Öffentlichkeit landende US-Flugzeuge oder Hubschrauber präsentiert. Dies veranlasste Andrew Stephan, Chef des Washingtoner Büros der Zeitung "Observer" zu der Aussage: "They are showing the glamorous war shots, but not blood pouring out of 19-year-olds."⁹¹⁶ Die offizielle Sicht der Invasion durch die Regierung und das Pentagon war bestimmt von Erfolgsmeldungen. Der Einmarsch der Amerikaner sei von der panamesischen Bevölkerung nicht nur akzeptiert, sondern sogar gefeiert worden. Berichte über Verwundete und Tote sowie die Zerstörung ziviler Ziele wurden erstmals mit dem euphemistischen Terminus "collateral damage" versehen.⁹¹⁷ Young und Jesser kommen daher zusammenfassend zu dem Schluss:

In the case of Panama, the decision to exclude the media was taken at the highest political and military levels, and with deliberate disregard for the recommendations of the Sidle Report. It was a calculated decision, based on the perceived need to avoid any evidence of lack of success, or coverage of the normal difficulties that can be expected in the opening phase of any campaign.⁹¹⁸

Am 5. Januar 1990, zwei Tage nachdem sich Noriega dem US-Militär gestellt hatte, erklärte US Präsident Bush die Invasion in Panama offiziell für beendet.⁹¹⁹ Die schon vorher in der Region stationierten US-Einheiten verblieben auf ihrem Posten. Da nach den Worten des US-Präsidenten nun in Panama die Demokratie unter dem neuen Präsidenten Endara wieder hergestellt sei, war eine Einschränkung der Pressefreiheit aus sicherheitspolitischen Erwägungen nur noch schwer vermittelbar. Der vermeintliche Grund und damit auch die Rechtfertigung für eine restriktive Pressebehandlung war

⁹¹⁵"Bush Launches Strike to Seize Noriega; Fighting Widespread in Panama City" in: *The Washington Post*, 20.12.1989, S.A1

⁹¹⁶Stephan zit. in: *ibid*

⁹¹⁷Vgl z.B. *ABC Radio*, News-Headlines, 29. Dec.1989 in: ABC-Archiv, New York.

⁹¹⁸Young & Jesser, S.140

⁹¹⁹Presidential Statement in: *CBS-Evening News*, 5. Jan.1990.

entfallen. Zum Teil war die strikte Zugangsverweigerung aber schon vorher von internationalen und US-amerikanischen Journalisten durchbrochen worden. Das lag zum einen daran, dass US-Reporter über Costa Rica nach Panama eingereist waren und damit die Sperre überwunden hatten. Zum anderen waren die Kampfhandlungen abgeflaut und Panama galt in der offiziellen Diktion der US-Regierungsstellen daher als befriedet. Die volle Aufarbeitung der tatsächlichen Ereignisse durch die Presse war aber durch die Zugangsverweigerung während der Invasion geprägt und so konzentrierten sich die Medien vor allem auf einen Punkt – die Ergreifung von General Noriega, die von der US-Regierung als ein Hauptziel der Invasion genannt worden war.

Spätfolgen der Invasionen: Die Pool-Regelung setzt sich durch

Bereits am Weihnachtsabend 1989 hatte sich Noriega in die Botschaft des Vatikans in Panama City geflüchtet. Der Vatikan verweigerte Noriega zwar das von ihm beantragte politische Asyl, doch garantierte dem General einen gewissen Schutz. Da weder die USA noch die neue Regierung Endara offizielle Auslieferungsverträge mit dem Vatikan geschlossen hatten, verweigerte der Kirchenstaat seine Auslieferung.⁹²⁰ Außerdem waren die USA zu diesem Zeitpunkt in Panama noch eine "occupying power", was ebenfalls eine Auslieferung aus Sicht des Vatikans unmöglich machte.⁹²¹ Nichtsdestotrotz hinderte dies das US-Militär in Panama nicht daran, die Botschaft zu belagern. Außerdem wurde versucht, psychologischen Druck auszuüben. General Thurman hatte den Befehl gegeben, die Botschaft Tag und Nacht mit lauter Rockmusik zu beschallen.⁹²² Zusätzlich fuhr er höchstpersönlich durchschnittlich drei Mal am Tag in die Botschaft, um die neuesten Forderungen und Drohungen aus Washington zu übermitteln.⁹²³ Diese Art der "Kriegsführung" wurde in den US-Medien heftig kritisiert. Hierbei zeigte sich allerdings erneut, dass die Presseorgane keinesfalls den Bereich der legitimen Kontroverse verließen. Sie kritisierten nicht die Tatsache, **dass** Noriega aus der Botschaft getrieben werden sollte, sondern vielmehr **wie** dieses Ziel erreicht werden sollte. Auch innerhalb der erweiterten Militärzirkel gab es Kritik an der Zermürbungstaktik:

⁹²⁰Vgl. Reuters, AAP, Knight Ridder Services, 28. Dec. 1989.

⁹²¹Vgl. Vatican Statement, 30. Dec. 1989 zit. in: „*New York Times*“, 30. Dec. 1989.

⁹²²Die abgespielten Lieder trugen Titel, wie "You're No Good" oder "I fought the Law and the Law Won", vgl. McConnell, Malcolm: Just Cause: *The Real Story of America's High-Tech Invasion of Panama*, New York 1991, S.222f.

⁹²³Vgl. Jaco, S.: "Military to Journalists. Now Hear This" in: *Washington Journalism Review*, March 1990.

The most atrocious, barbaric and unsophisticated act I've ever seen by a military commander (...) it's so childish, like kids standing on a street corner and yelling names at one another.⁹²⁴

Neben der Tatsache, dass Noriega auch nach Beendigung der Kampfhandlungen nicht festgenommen werden konnte, kritisierten die US-Medien zunehmend auch die Angaben über die Opfer der Invasion. Die offiziellen Zahlen, die vom US-Militär Mitte Januar veröffentlicht wurden, sprachen von 314 toten panamesischen Soldaten, 202 getöteten Zivilisten und 23 gefallenen US-Soldaten.⁹²⁵ Ein Bericht des US-Fernseh-Magazins "60 Minutes" bezifferte indes die Zahl der toten Zivilisten auf mehr als 4000.⁹²⁶ Nachdem die Endara-Regierung ein Massengrab ausgeschachtet hatte, in denen Leichen in grünen US-Militärsäcken aufgefunden worden waren, korrigierte sie ihre Angaben über getötete Zivilisten um fast 100 Prozent nach oben und sprach von 650 Opfern.⁹²⁷ Die tatsächliche Zahl der während der Invasion ums Leben gekommenen Zivilisten ist nicht eindeutig belegt und variiert bis heute je nach der Quelle. Fest steht indes, dass die offiziellen Zahlen der US-Behörden so nicht stimmen konnten, da sie nach der Invasion auch zusätzlich noch von unabhängigen internationalen Organisationen, wie z.B. Amnesty International oder Human Rights Watch, begründet in Frage gestellt wurden.⁹²⁸

Dieser Eindruck wurde auch in den US-Medien vermittelt; es gab erhebliche Bedenken daran, ob es sich bei der Invasion tatsächlich - wie häufig vom US-Militär propagiert - um einen "chirurgischen Eingriff" zur Ergreifung eines Diktators gehandelt habe.⁹²⁹ Auch an der Darstellung von Noriegas Missetaten wurden Zweifel laut. So kam ein Bericht der "Los Angeles Times" zu dem Schluss, dass es sich bei einem angeblichen Kokain-Fund in Noriegas Hauptquartier um Talkum-Pulver und nicht um Kokain gehandelt habe.⁹³⁰ Und außerdem gestand das Pentagon selbst ein, dass das Militär in sechzig Fällen während der Invasion falsche Angaben gemacht hatte.⁹³¹ Auch der Sprecher der Public Affairs-Abteilung des Pentagons, Pete Williams, gab zu, dass

⁹²⁴Statement of Laroque G. zit. in: *Centre of Defense Information*, 30. Dec. 1989, Washington D.C. Vgl. ebenfalls: *"New York Times"*, 27. Dec. 1989.

⁹²⁵U.S. Military Command, Southcom zit in: Woodward, S.195

⁹²⁶CBS, 60 Minutes, 3. Jan. 1990. Der Sender berief sich dabei auf Angaben der panamesischen Opposition. Die Zahl ist letztlich ebenso wenig zu verifizieren, wie die Angaben der US-Regierung.

⁹²⁷AFP, "Panama Exhumes US Massacre Victims", 30. April 1990.

⁹²⁸Vgl. Westphal, S.91ff.

⁹²⁹Daniel, L.: "Too many Civilians Die in Overkill" in: *Washington Post*, 30. Dec. 1989.

⁹³⁰Jehl, D. & Broder, J.: "Facts got in the Way of Panama Victory" in: *Los Angeles Times*, 28. April 1990.

⁹³¹Vgl. dazu ein Statement des früheren Generalbundesanwalts Ramsays. Clarke, Ramsay: Press Conference, Panama City 15. Aug. 1990 zit in: *Congressional Record Materials 1990-1991*, LC, Washington D.C.

es Fehlinformationen durch Militärs gegeben habe, allerdings verneinte er, dass diese absichtlich gestreut worden seien.⁹³²

Doch diese "Enthüllungen", die zum Teil erst bis zu einem Jahr nach der Invasion der Öffentlichkeit bekannt wurden, führten in den USA keineswegs zu einem wesentlich veränderten Stimmungsbild in der Breite.⁹³³ Die generelle Rolle der USA in Panama und Lateinamerika wurde nur von oppositionellen Gruppierungen in Frage gestellt. Ebenso blieb in der Öffentlichkeit eine breite Debatte über den Sinn und Zweck der Invasion aus. Auch auf juristischer Ebene oder im Kongress wurde die Panamainvasion nicht ausführlich diskutiert.⁹³⁴ Mermin gelangt zu der Auffassung, dass dies an der Art der kritischen Berichterstattung lag:

In the Panama Case, journalists offered critical analysis of the efforts of the President to execute the invasion, but declined to question the wisdom and justification of U.S. policy itself.⁹³⁵

Im Sinne des realistischen und skeptischen Ansatzes ist das Verhalten der Presse mit ihrem Eingebundensein in etablierte Wertemuster und die Eliten-Hierarchie zu erklären. Außerdem - und hier greift erneut das Kreismodell - war die Berichterstattung der Medien zu Beginn der Invasion stark von der restriktiven Pressepolitik der Zugangsverweigerung geprägt, was wiederum dazu führte, dass die offizielle Sicht der Regierung transportiert wurde und sich in der Öffentlichkeit durchsetzte. Das brachte die Medien in die Position, die Invasion nicht grundsätzlich in Frage stellen zu können, weil sie dann gegen den allgemeinen politischen Konsens verstoßen hätten und damit gegebenenfalls auch mit wirtschaftlichen Einbußen abgestraft worden wären.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Opposition. Wie schon teilweise im Falle der Grenadainvasion, wollten sich die Demokraten auf dem Feld der Außenpolitik nicht durch eine gegensätzliche Position zur Regierung ins politische Abseits stellen. Zum einen gehört es zum ungeschriebenen politischen Kanon in den USA, im Falle eines Krieges den Präsidenten und die Regierung zu unterstützen und ihr nicht in den Rücken zu fallen. Dies würde der Wähler - so zeigen es die in dieser Arbeit bislang vorgestellten Beispiele - nicht schätzen. Zum anderen hatte sich aber auch die außenpolitische Ausrichtung der Demokraten mit Rücksicht auf die

⁹³²Williams, Pete zit. in: *Editor and Publisher*, 6. April 1991.

⁹³³Vgl. McConnell, S.180ff.

⁹³⁴Vgl. Frisby, Michael K. : "Dissonant Voices Are Few as Congress Goes Along" in: *Boston Globe*, 21. Dec. 1989.

⁹³⁵Mermin, S.65

innenpolitische Situation und die kommenden Wahlen geändert. Und außerdem hatte die Opposition Präsident Bush noch im Oktober 1989 kritisiert, weil er den geplanten Putsch gegen Noriega nicht ausreichend unterstützt habe.⁹³⁶ Jetzt, nach der Invasion, unvermittelt gegen die Invasion zu plädieren, hätte die eigene Glaubwürdigkeit nicht gerade gestärkt. So war die Opposition, ebenso wie ein Großteil der Presse, durch ihre eigene Position vor der Invasion festgelegt. Dies ist auch ein Erklärungsansatz dafür, warum die Kritik an der Pressepolitik nicht so weite Kreise zog wie nach der Grenadainvasion. Die Medien zogen es vor, die "Zugangsverweigerung" nicht allzu oft zum Thema ihrer Berichterstattung zu machen und setzten nach der Panamainvasion stattdessen auf Appelle an die Regierung und vor allem an das Militär. Diese Appelle, Kritik und Anregungen wurden schließlich vom Pentagon zum Anlass genommen, erneut (wie im Fall der Sidle-Kommission) eine interne Analyse der Pressepolitik während der Panamainvasion und für die Zukunft zu erarbeiten.

Nach Beendigung der Operation "Just Cause" kam ein pentagoninterner Bericht, der nach seinem Verfasser benannte "Hoffman-Report", zu dem Ergebnis, dass ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis des Verteidigungsministers für ein Scheitern der Pool-Regelung verantwortlich zu machen sei. Darin heißt es:

Excessive concern for secrecy prevented the Defense Department's media pool from reporting the critical opening battles of the U.S. invasion of Panama. Because of a secrecy-driven decision by Defense Secretary Dick Cheney, the pool was called out too late and arrived too late to cover the decisive U.S. assaults in that brief war. Military leaders played NO part in shaping that decision.⁹³⁷

Weiter kam der Bericht zu dem Schluss, dass auch ein Einsatz von Journalisten, die bereits in Panama waren, möglich gewesen wäre:

It should be noted here that the Pentagon pool was established to enable U.S. news personnel to report the earliest possible action in a U.S. military operation IN A REMOTE AREA WHERE THERE WAS NO OTHER AMERICAN PRESS. Panama did not fit that description.⁹³⁸

Verteidigungsminister Cheney übernahm die politische Verantwortung für das Fehlschlagen der Pool-Regelung. Pentagonsprecher Pete Williams erklärte, es sei Cheneys Fehler gewesen, dass der Pool nicht funktioniert habe.⁹³⁹ Die allgemeine

⁹³⁶Vgl. Kurkjian, Stephen: "U.S. Says It Knew of Plot, Denies It Had an Active Role" in: *Boston Globe*, 4. Oct. 1989.

⁹³⁷Hoffman-Report, S.14

⁹³⁸ibid

⁹³⁹Vgl.: Gordon, Michael: "Pentagon to Aid the Press in Coverage of Combat" in: *„New York Times“*,

Meinung der Medienvertreter bestand darin, dass der zu spät eingerichtete Panama-Pool eine Farce gewesen sei. Neuigkeiten hätten die Reporter nur durch Zufall mitbekommen. So prägten die Poolreporter ihr ironisches Motto: "If it is news today, it is news to us" und in Anlehnung an das Motto der US-Marines "semper fidelis" befanden sie für sich selbst das Motto "semper tardis" (immer zu spät) als bezeichnend. Die Journalisten wurden nur zufällig Zeugen von Plünderungen, als sich ein US-Militärfahrer verfahren hatte. Die Angriffe von Noriegas Truppen auf das US-Hauptquartier bekamen sie nur deshalb mit, weil das Quartier zufällig direkt neben dem Pressecenter lag.⁹⁴⁰ Doch der entscheidende Punkt war, dass die Kritik am Funktionieren des Pool-Systems keine massive Kritik an der generellen Existenz des Pools auslöste. Statt das Pool-System gänzlich abzulehnen, verglichen es viele Journalisten mit der Situation während der Grenadainvasion: "Bad as the pool operation was in Panama, it was better than we had in Grenada."⁹⁴¹

Von Seiten der Militärs wurden Fehler des Pool-Systems eingestanden. Allerdings war man der Meinung, insgesamt habe sich das System bewährt. Schließlich seien von den Poolreportern über 50 Berichte in die USA geschickt worden.⁹⁴² Ein anderes Argument wurde nicht angeführt. Auch die Qualität der Berichte wurde nicht in Frage gestellt. Das Pool-System hatte sich also stillschweigend seit Grenada als gängige und akzeptierte Praxis der Pressepolitik durchgesetzt. Darin änderte auch sein von Militärs und Medien gleichermaßen konstatiertes Versagen in Panama nichts. Als Folge der Pool-Pleite in Panama entschied sich das Militär dazu, das System zu verbessern und für den Ernstfall zusammen mit den Reportern zu üben.⁹⁴³ Es wurde ein Pool ständig beim Pentagon akkreditierter Journalisten eingerichtet. Dieser "Department of Defense National Media Pool" sollte, so bald es nötig werden würde, aktiviert werden. Die Gründe, warum die Medien die Pool-Regelung ohne großen Widerspruch hinnahmen, haben denselben Ursprung wie die Gründe dafür, warum sie schon bei ihrer Kritik an der Invasion den Bereich der legitimen Kontroverse nicht überschritten.

Vor allem aber sahen sie sich seit der Grenadainvasion mit einem handfesten pragmatischen Problem konfrontiert: Das US-Militär hatte gezeigt, dass die Presse von

21. March 1990.

⁹⁴⁰Vgl.: Cloud, Stanley: "How Reporters Missed the War" in: *Time*, 8. Jan. 1990.

⁹⁴¹Carl Leubsdorf, Chef des Washingtoner Büros der "Dallas Morning News" zit. in: *ibid*

⁹⁴²Vgl.: Boot, William: "Wading Around in the Panama Pool" in: *Columbia Journalism Review*, March/April 1990, S.18ff.

⁹⁴³Vgl Hoffman-Report "Memorandum for Correspondents". Pentagonsprecher Pete Williams versprach, die Empfehlungen des Reportes aufzunehmen und umzusetzen.

einem Kriegsschauplatz unter bestimmten Vorzeichen ganz ausgeschlossen werden kann. Vor die Wahl gestellt, gänzlich ausgeschlossen zu werden oder aber zumindest in Pools am Geschehen teilnehmen zu können, entschieden sich die Medien für letzteres.

Zusammenfassend können für die Pressepolitik während der Panamainvasion mehrere essentielle Punkte festgehalten werden. Obwohl die Invasion militärisch betrachtet der größte Auslandseinsatz von US-Truppen seit dem Vietnamkrieg war, stand das Ausmaß der Berichterstattung und kritischer Hintergrundbetrachtung in keinem annähernd proportionalem Verhältnis zu dieser Tatsache. Das lag zum einen daran, dass es sich um einen regional begrenzten Konflikt kürzerer Dauer handelte; zum anderen aber auch an der Pressepolitik selbst. Durch die Zugangsverweigerung und die anderen Einschränkungen der Berichterstattung konnten die Medien die ihnen von den Konstitutionalisten zugedachte Rolle als "vierte Gewalt" nicht befriedigend wahrnehmen:

When the media was eventually admitted into the theatre of operations, it was subject to strict controls that went far beyond any valid needs of operational security. (...) It was only when control was lifted and the media was able to fulfil its proper function that the failures and problems became evident. By then, however, the news value of the event had declined, and the opportunity for various publics to make informed decisions had passed.⁹⁴⁴

Sowohl Militär als auch Regierung zogen ihre Lehren aus der Pressepolitik während der Panamainvasion. Kombiniert mit den Erfahrungen der Grenadainvasion und dem Wissen um die Funktionsweise moderner Massenkommunikationsmittel bauten Militär und Medien nach der Panamainvasion ein neues System der Pressepolitik auf. Dieses war geprägt von den Erfahrungen des Vietnamkrieges und den neuen Erkenntnissen über die Wirkungsweise der Zugangsverweigerung und der Pool-Regelung sowie dem Willen, künftige Kriegseinsätze zeitlich wie regional möglichst zu begrenzen. Die Erfahrungs- und Erprobungswerte der Panamainvasion wurden als integraler Bestandteil eines zukünftigen, generellen Systems der Pressepolitik der USA in Kriegsfällen adaptiert.⁹⁴⁵

⁹⁴⁴Young & Jesser, S.155

⁹⁴⁵Vgl. Westphal, D' Val J., S.96ff.

V. Fernsehkrieg: Der Golfkrieg

Es sollte nicht lange dauern, bis die in Panama praktizierte Pressepolitik der US-Regierung (in diesem Fall sogar derselben) in einem Krieg erneut auf die Probe gestellt wurde. Am 2. August 1990 rollten irakische Panzer über die Grenze Kuwaits, um das Scheichtum zu besetzen. In der offiziellen Rhetorik der Hussein-Administration wurde dieser Vormarsch, der am 8. August 1990 abgeschlossen war, als Annexion bezeichnet. Irak betrachtete Kuwait als 19. Provinz seines Staates, da es die historische Grenzziehung durch die Kolonialmächte niemals anerkannt hatte.⁹⁴⁶ Aktueller Hintergrund der Eskalation des irakisch-kuwaitischen Konfliktes waren Streitigkeiten über die Einhaltung der Ölfördermengen der OPEC. Bereits am 17. Juli 1990 hatte Saddam Hussein in einer Fernsehansprache Kuwait und Saudi-Arabien beschuldigt, in Zusammenarbeit mit den USA den Ölpreis durch eine Erhöhung der Förderung über die OPEC-Quote hinaus künstlich niedrig zu halten.⁹⁴⁷ Dieses Argument wurde von den USA gar nicht und von den Vereinten Nationen nicht als ausreichende Rechtfertigung für eine irakische Invasion in Kuwait anerkannt. Am 29. November 1990 stellten die Vereinten Nationen dem Irak ein Ultimatum: Für den Fall, dass sich die Truppen nicht bis zum 15. Januar 1991 ohne Gegenbedingungen aus Kuwait zurückziehen würden, werde eine gewaltsame Befreiung automatisch autorisiert.

Am 16. Januar 1991 griffen die USA und ihre Verbündeten, darunter auch mehrere arabische Staaten, militärisch in den Konflikt ein. Der Irak hatte das Ultimatum verstreichen lassen. Nach rund einem Monat beschränkten sich die USA bei ihrer Kriegsführung nicht mehr nur auf Bombardierungen aus der Luft. Am 23. Februar 1991, 21 Uhr US-Zeit, gab US-Präsident Bush offiziell den Beginn der Bodenoffensive gegen den Irak bekannt. Nur fünf Tage später am 28. Februar 1991 erklärte sich der Irak zum Waffenstillstand und zu einer Zusammenkunft der militärischen Befehlshaber zur Aushandlung von Waffenstillstandsbedingungen bereit.⁹⁴⁸ Am 4. März 1991 stimmte der Irak den Waffenstillstandsbedingungen zu und ließ die letzten Gefangenen frei.⁹⁴⁹ Die Kampfhandlungen unter Federführung und Kommando der USA dauerten also gerade einmal 43 Tage. In diesen rund sechs Wochen sind allenfalls graduelle Veränderungen

⁹⁴⁶Über die historische Entwicklung des irakisch-kuwaitischen Grenzkonflikts und die an der Grenze gelegenen Ölfelder, vgl. auch: Khalidi, Wahid: "Iraq vs. Kuwait" in: Sifry, Micah L. & Cerf, Christopher: *The Gulf War Reader*, New York 1990, S.57ff.

⁹⁴⁷Vgl. Iraqi-TV, 17. Juli 1990, *Transcript in CBS-Archiv*, New York.

⁹⁴⁸Vgl. Sifry & Cerf: *The Gulf War Reader*, S.401

⁹⁴⁹Vgl. "The Media at War: The Press and the Persian Gulf Conflict" in: *A Report to the Gannett Foundation*, New York, 1991, S.7

in der US-Pressepolitik zu erkennen. Eine chronologisch orientierte Vorgehensweise scheint daher bei diesem Fallbeispiel unangebracht. Stattdessen wird eine thematische Strukturierung gewählt, die teilweise den linearen Zeitrahmen verlässt.

Der CNN-Faktor: Krieg im Zeitalter der Live-Berichterstattung

Die neuen technischen Möglichkeiten der Fernsehberichterstattung haben einen starken Impuls für die Veränderung von Zensurmaßnahmen und Presselenkungsmethoden ausgeübt. Aus militärischer Sicht wurde vor allem die Schnelligkeit und Anschaulichkeit der Information in den Vordergrund gestellt, die dem Feind wertvolle Hinweise geben könnte. Seit dem Aufkommen der weltweiten Satellitenkommunikation waren Live-Berichte von der Front Usus geworden, die im Vietnamkrieg noch eine Ausnahme darstellten. Diese "Realtime-Berichte" haben oder hätten, so die Sicht der Militärs, die Sicherheit empfindlich getroffen bzw. treffen können.⁹⁵⁰ Generell setzte sich aus militärischer Perspektive die Meinung durch, dass selbst wenn der Feind durch seine Abwehrdienste bereits Informationen über Ausstattung und Umfang von Waffen habe, durch Fernsehbilder, auf denen diese Waffen und deren Tarnung zu sehen seien, der Feind seine Informationen bestätigen könne und daraus einen militärischen Vorteil gewinnt. Eine völlig freie, unzensierte Live-Berichterstattung wurde und wird aber vor allem deswegen vom Militär prinzipiell moniert, weil es in diesem Fall keine Möglichkeit mehr habe, die vom Fernsehen gesendeten Bilder vor der Ausstrahlung in jeglicher Hinsicht, also auch auf ihre Bedeutung auf eine mögliche Veränderung der öffentlichen Meinung im Heimatland, zu kontrollieren.⁹⁵¹

Während des Golfkrieges war in diesem Zusammenhang oft vom so genannten CNN-Faktor die Rede. Der Nachrichtensender CNN, der erst 1980 gegründet worden war und anfänglich nur eine geringe Rolle im Vergleich zu den traditionell-etablierten Networks wie ABC, CBS oder NBC spielte, erlebte Mitte der 1980er Jahre und dann noch einmal unmittelbar vor und während des Golfkrieges eine Boomphase. Er wurde zum bestimmenden Informationsmedium für weite Teile der US-Bevölkerung, wenn nicht gar für die Weltöffentlichkeit.⁹⁵²

⁹⁵⁰Vgl. Aubin, Stephen B.: *Distorting Defense. Network News and National Security*, Westport (Conn.) 1998.

⁹⁵¹Zu diesem Gedankengang und zur generellen Bedeutung der Live-Bild-Berichterstattung vgl. Gowing, Nik: *Real-time Television Coverage of Armed Conflicts and Diplomatic Crisis*, Cambridge (Mass.) 1994.

⁹⁵²Wicks, Robert H. & Walker, Douglas, C. Walker: "Differences Between CNN and the Broadcasts Networks in Live War Coverage" in: Greenberg, Bradley S. & Gantz, Walter: *Desert Storm and The Mass Media*, Cresskill (N.J.) 1993, S.99-113

By the mid-1980's, CNN had become one of the most widely available television program services in the world. All or parts of CNN programs could be seen regularly on every continent, except Antarctica, and in virtually every nation.⁹⁵³

Zu seinem Image als Informationsmedium Nummer Eins trug der Sender natürlich auch selbst einiges bei. So warb CNN schon einen Tag nach Beginn des Golfkrieges am 17. Januar 1991 während des gesamten Tagesverlaufs in eigener Sache. Es strahlte zwischen seinen einzelnen Sendungen immer wieder dieselbe eigen-produzierte Werbung aus, die sich im Gedächtnis der Zuschauer einprägen sollte:

As war erupts in the Persian Gulf, the world turns to one source, as principals check the widening conflict, key figures monitor world reactions, and families look for news to hope. Now more than ever, shouldn't you be watching CNN?⁹⁵⁴

Grundvoraussetzungen für den Erfolg der Live-Berichterstattung waren technische Entwicklungen. Der norwegische Kommunikationswissenschaftler Ottosen charakterisiert die Berichterstattung im Golfkrieg als erste "high-tech war coverage" der Menschheitsgeschichte. Er nennt zehn Punkte von technischen Voraussetzungen, die so bei der Berichterstattung in den vorhergehenden Kriegen entweder noch gar nicht gegeben waren oder aber damals noch zu kostenintensiv waren und deshalb von den Medien noch nicht eingesetzt wurden:

- 1. Electronic mail and computer-to-computer communications**
- 2. Digital transmission of still photographs**
- 3. Facsimile transmissions**
- 4. Portable satellite imagery**
- 5. Remotely sensed satellite imagery**
- 6. Frame capture of video images to print**
- 7. Portable, laptop computers**
- 8. International data transmission networks**
- 9. Flyaway satellite uplinks**
- 10. Computer graphics⁹⁵⁵**

Für die Fernsehsender waren vor allem die Punkte vier, fünf und neun essentiell. Durch die neue, bewegliche Satellitenkommunikation wurden sie in die Lage versetzt, praktisch von jedem Punkt der Erde zu jeder Zeit auf Sendung gehen zu können. Es stellt sich

⁹⁵³Weispfenning, Jens: "The Routinization of News" in: Greenberg, Bradley S. & Gantz, Walter: *Desert Storm and The Mass Media*, New Creskill (N.J.) 1993, S.52

⁹⁵⁴CNN Werbejingle: zit. in White, Mimi: "Site Unseen: An Analysis of CNN's War in the Gulf" in: Jeffords, Susan & Rabinowitz, Laura (eds.): *Seeing through the Media. The Persian Gulf War*, New Brunswick (NJ) 1994, S.12-143

⁹⁵⁵Ottosen, Rune: *The Gulf War with the Media as Hostage*, International Peace Research Institute, Oslo 1991, S.19

nun die Frage, warum der Sender CNN diese Vorteile besser nutzen konnte als die auf dem Fernsehmarkt seit Jahren etablierte Konkurrenz. Eine kommunikationswissenschaftliche Studie, die nach dem Golfkrieg an der University of Indiana verfasst wurde, gibt eine Antwort.⁹⁵⁶

Sie macht drei Hauptgründe für den CNN-Erfolg aus, die miteinander zusammenhängen bzw. sich gegenseitig bedingen: Zum einen wird die Organisationsstruktur des Senders genannt, zum anderen seine Zugriffsmöglichkeiten auf internationales Bildmaterial und zum dritten seine Nachrichtenphilosophie. Die Grundlage für die Organisationsstruktur war und ist eine Kooperation mit lokalen Stationen in den USA. Durch diese "affiliates" sicherte sich CNN kostenlosen Zugriff auf Bildmaterial, im Gegenzug stellte CNN den lokalen Sendern seine Reporter für Live-Einsätze von Orten an denen die lokalen Sender nicht vertreten waren bzw. sind zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es bis heute zusätzlich auch noch einen direkten Austausch von Bildmaterial zwischen den "affiliates" und CNN.⁹⁵⁷ Außerdem baute CNN vor dem Golfkrieg den Einsatz von Videoreportern aus, also Redakteuren, die neben ihrer journalistischen Tätigkeit auch ihre eigenen Bilder mit Hilfe von leichten, damals neuen, Digitalkameras drehten. So konnten zum Teil die Kosten für Filmteams eingespart werden, was es dem Sender ermöglichte, mehrere Videoreporter an unterschiedlichen Orten einzusetzen.⁹⁵⁸ Das Prinzip der "affiliates" wurde sukzessiv auch außerhalb der USA etabliert.

More than 150 organizations, representing 120 nations, have entered into an exchange agreement with CNN. In exchange of supplying news reports to CNN, these organizations receive the rights to broadcast the World Report Program. The exchange is programming for programming; no money change hands.⁹⁵⁹

Dieses Vorgehen erklärt die Zugriffsmöglichkeit auf internationales Bildmaterial. Hinzu kamen noch klassische Kooperationsverträge (also auf finanzieller Basis) mit weiteren internationalen Sendern.

Durch seine "neue Wirtschaftlichkeit" schaffte es CNN mit wesentlich geringeren Budgets als die Konkurrenz, schon vor dem Golfkrieg wesentlich höhere Umsätze zu erzielen:

⁹⁵⁶Die Studie wurde von Wicks und Walker ausgewertet, Vgl. Wicks & Walker, S.110ff.

⁹⁵⁷Interview des Autoren mit Martin Bohley, International Newsource Producer, CNN Atlanta, Okt. 1999.

⁹⁵⁸ibid

⁹⁵⁹Interview des Autoren mit McDonald, B. , World Report Coordinating Producer, CNN Atlanta (GA) Okt, 1999.

Indeed, by 1986, NBC officials held up to CNN to the network news divisions as a model of efficiency. CNN's budget was approximately one-third the size of the NBC News budget, and CNN was able to earn a profit of almost \$40 million, while NBC News lost \$64 million.⁹⁶⁰

Obwohl CNN also über ein wesentliches geringeres Nachrichtenbudget verfügte, im Vergleich zu den Sendern ABC oder CBS waren es durchschnittlich sogar fast 50 Prozent, setzte es dieses konsequent für den Ausbau seiner internationalen Büros ein, statt wie die anderen Sender an dieser Stelle zu kürzen. So unterhielt der Sender in fast allen Hauptstädten der Welt permanente Büros oder eigene Studios. Dieser numerische Vorteil an Reportern erklärt zum Teil, warum der Sender vor seinen Konkurrenten bestimmte Themen entdeckte und behandelte.⁹⁶¹

Die Idee des "to get to the stories first" war kein neues journalistisches Prinzip. Grundsätzlich ist bis jeder Sender bemüht, eine Geschichte als erster und möglichst exklusiv zu haben. CNN perfektionierte dieses Prinzip und trieb es auf die Spitze. Diese Nachrichtenphilosophie wurde und wird vor allem bei den so genannten "breaking news" deutlich, Nachrichtenkurzberichten oder Reporterschalten, die das laufende Programm unterbrechen und so eine besondere Dringlichkeit oder Wichtigkeit implizieren und darüber hinaus die Fähigkeit des Senders demonstrieren, schnell zu reagieren. Die "breaking news" waren grundsätzlich keine neue Erfindung, aber auch hier gilt wieder, dass sie von CNN am konsequentesten genutzt wurde. Da CNN grundsätzlich als reiner Nachrichtenkanal konzipiert und auf eine 24stündige Berichterstattung ausgelegt war und ist, konnte er wesentlich schneller und unkomplizierter seine laufenden Sendungen unterbrechen als andere Stationen.⁹⁶² Die drei anderen großen TV-Networks, die Mischprogramme ausstrahlen, also sowohl Unterhaltungs- als auch Nachrichtenformate, mussten und müssen sich in ihrer Programmplanung an den bereits eingebuchten und dem Kunden vertraglich zugesicherten Werbezeiten orientieren.

The combined costs of coverage and lost advertising revenue was estimated at nearly \$50 million each for CBS and NBC, but significantly less at ABC. CNN, with its tradition of spending less money to cover events than the three other networks, spent less and received more.⁹⁶³

⁹⁶⁰Auletta, Ken: *The three blind mice: How the TV networks lost their way*, New York 1991, S.37

⁹⁶¹Wicks & Walker, S.111

⁹⁶²Vgl. White, S.147

⁹⁶³Zoglin, R. "Assessing the war Damage" in: *Time-Magazine*, (18.3.1991) S.88f.

Die etablierten Nachrichtensender (CBS, ABC, NBC) konnten und können daher nicht ohne weiteres ihr Programm zur jeder Zeit unterbrechen.

Während des Golfkrieges und vor allem zu Beginn der Kampfhandlungen erwies es sich als weiterer Wettbewerbsvorteil für CNN, dass der Sender eigene Reporter in Bagdad hatte, die sofort berichten konnten.⁹⁶⁴ Außerdem hatte CNN schon im Vorfeld des Krieges Kooperationsverträge mit arabischen Sendern oder den zuständigen Regierungsstellen dieser Länder geschlossen:

CNN already had established a familiar presence in those countries: Both Iraqi TV and Jordanian TV were participants in the World Report Exchange, and CNN programming was available in both countries. Following Iraq's invasion of Kuwait in August 1990, CNN executives began their strategic planning for coverage of a possible war. In September, a CNN executive traveled to Jordan to negotiate with the TV and radio ministry. Following that, CNN began difficult negotiations with two Iraqi ministries (Information and Telecommunications) that were divided as to whether the CNN request of own coverage in their country should be granted. CNN's growing reputation and Jordan's approval ultimately led to Iraq's approval.⁹⁶⁵

Die Zusammenarbeit stellte sich für CNN zu Beginn des Golfkrieges als besonders fruchtbar heraus. Denn der US-Sender hatte in Bagdad eine besondere Telefonleitung installieren dürfen, die es ihm erlaubte auch dann noch zu berichten, als die Bombardierung der irakischen Hauptstadt begann und die konventionellen Kommunikationswege und vor allem alle Bildübertragungsleitungen zerstört waren oder nicht mehr genutzt werden konnten oder auf Grund der Anordnung des irakischen Militärs nicht mehr genutzt werden durften.

In October 1991, a four-wire Telephone line was finally installed between the Al-Rashid Hotel in Bagdad and the local Telephone exchange, bypassing the standard two-wire Telephone system. From the local exchange, the special line ran to Jordan where it was sent by satellite to the United States. It was this bypass that allowed CNN to broadcast reports from correspondents in the hotel while other journalists were unable to communicate with their organizations.⁹⁶⁶

CNN hatte also nicht nur einen Wettbewerbsvorteil gegenüber seinen nationalen Konkurrenten, deren Journalisten die keine Akkreditierungen für den Irak hatten, sondern auch gegenüber der weltweiten Konkurrenz. Zu Beginn der Kampfhandlungen

⁹⁶⁴Diese Reporter waren Peter Arnett, John Holliman und Bernard Shaw. Vgl. Arnett, Peter: *Live from the Battlefield. From Vietnam to Baghdad -35 Years in the World's War Zones*, New York 1994, S.348ff.

⁹⁶⁵Warren J: "The Finest Hour" in: *Chicago Tribune* (3.3.1991) Sec.5, S.2

⁹⁶⁶Rosenberg C.: "CNN reporter says that history will prove him right" in: *Indianapolis Star*, (10.3.1991) S.A10. In seinen Memoiren beschreibt der CNN-Reporter Arnett die Bedeutung dieses speziellen Satellitentelefon. Vgl. Arnett, Peter: *Live from the Battlefield. From Vietnam to Baghdad -35 Years in the World's War Zones*, New York 1994, S.348ff.

wurde der US-Sender somit zum **einzigen** Medium, das über das Ereignis berichtete. CNN war aber nicht nur zu Beginn des Krieges, sondern während des gesamten Kriegsverlaufs, Vorreiter einer neuen Form der weltweiten Live-Berichterstattung.

Der Sender soll hier deshalb als prägnantestes Beispiel für die moderne Form der Kriegsberichterstattung im Zeitalter der Satellitentechnik verstanden werden. In denselben Gründen, die den Erfolg des Senders ausmachten, liegen auch die systemimmanenten Probleme der neuen "high tech war coverage" verborgen, die noch anfälliger für Manipulationen zu sein scheint, als die traditionelle Kriegsberichterstattung. Zur Herleitung und Begründung dieser These wird zunächst noch ein Blick auf die allgemeinen Rahmenbedingungen der Berichterstattung und die durch CNN veränderte Ausgangssituation in der Medienlandschaft der USA eingegangen. Festzuhalten ist, dass CNN durch den Golfkrieg einen enormen Zuschauerzuwachs erfuhr:

While CNN usually has an audience of fewer than 900.000 homes, that night [während der ersten Bombardierungen Bagdads A.d.V.] the cable channel attracted an audience in an estimated 10.890.000 homes. That translated to an increase of more than 1000% above the channel's December average. For the month of February, CNN's audience increased by more than 350%.⁹⁶⁷

Es bleibt weiterhin zu konstatieren, dass CNN durch seine sprunghaft gestiegene Zuschauerzahl seine Anzeigenpreise erhöhen konnte und dies auch tat:

For example, a 30-second commercial in prime time, which had cost \$5000 before the war, was increased to \$20.000 during and after the war.⁹⁶⁸

Neue Werbekunden, die sich bei CNN einbuchten und bereit waren, die höheren Preise zu zahlen, sorgten für einen wirtschaftlichen Aufschwung des Senders aus Atlanta. Diese Tendenz, wenn auch damals noch zu den alten Preisen, war schon vor dem Golfkrieg zu beobachten. Die drei etablierten, großen Fernsehstationen CBS, NBC und ABC kämpften somit gleich auf zwei Ebenen gegen ihren neuen Konkurrenten – bei den Einschaltquoten und bei den Anzeigenkunden. Sie konnten ihre Preise nicht im gleichen Maße anheben, zumal sie durch längerfristige Verträge an ihre Kunden gebunden waren. Dies zusammen genommen führte dazu, dass für alle drei etablierten Stationen der Golfkrieg zu einem Zuschussgeschäft wurde:

⁹⁶⁷Clark, K.R.: "War focus aids networks, but ad losses taking toll" in: *Chicago Tribune*, (18.1.1991) Sec. 3, S.2

⁹⁶⁸"CNN's price of peace" in: *Broadcasting*, (11.3.1991) S.52

For the networks, the Gulf War was a financial disaster. Not only did the initial coverage preempt already scheduled commercials, but the networks had great difficulty locating sponsors for continuing coverage.⁹⁶⁹

Die Abhängigkeit der Sender von den weniger gewordenen "Sponsoren" und Anzeigenkunden wurde also noch größer. Chomkys Filtertheorie und Bagdikians Untersuchungen finden hier Bestätigung. Im Sinne der Realisten und Skeptiker kann für den Golfkrieg eine starke ökonomische Beeinflussung der Fernsehsender durch die Industrie und damit auch eine Manipulationsmöglichkeit angenommen worden, da die oben beschriebenen Entwicklungen schon vor dem Golfkrieg einsetzten und durch ihn lediglich verstärkt worden sind. Außerdem hatten sich auch die Besitzverhältnisse und Anteilseigner aller drei Sender bereits in den späten 1980er Jahren geändert:

ABC merged with Capital Cities Broadcasting, control of CBS was purchased by Loews at the direction of its CEO Laurence Tisch, and NBC's parent company was purchased by General Electric.⁹⁷⁰

Die unternehmerische Kongruenz von Medien- und Rüstungskonzernen ist besonders in Bezug auf die Kriegsberichterstattung nicht unproblematisch, wie Realisten und Skeptiker betonen. Die Bedeutung der Sponsoren für die Berichterstattung zeigte sich während des Golfkriegs aber noch in einem ganz anderen Bereich, nämlich bei den Zuschauern selbst:

CBS conducted a viewer poll after a 60 Minutes episode on the war. In using the poll to attract advertisers, CBS said viewers saw sponsors of war coverage as doing a public service. The lack of sponsors, when combined with the added costs of covering the war, created a bind for journalistic organizations.⁹⁷¹

Die "Patriotismusfalle": Abhängigkeiten und Zwänge großer Medienkonzerne

Kritische Ansätze in der Berichterstattung, so weit es sie gab, wurden während des Golfkrieges vor allem im Fernsehen durch den allgemeinen, nationalen Konsens, der den Kurs der Regierung befürwortete, überlagert. Zudem stellte die wirtschaftliche Abhängigkeit von Anzeigenkunden und Sponsoren für die Fernsehsender nicht gerade eine günstige Ausgangssituation für eine kritische Berichterstattung über den

⁹⁶⁹Weispfenning, S.55

⁹⁷⁰Ders. , S.51

⁹⁷¹Clark, S.2

kommenden Krieg dar. Direkte Manipulation im Sinne von Zensuranweisungen durch Herausgeber und Anzeigenkunden ist zwar für das Vorfeld des Golfkrieges nicht eindeutig nachzuweisen, aber - und das ist das entscheidende - sie war auch gar nicht notwendig. Denn die meisten Sender und Zeitungen stellten einen Krieg gegen den Irak zur Befreiung Kuwaits grundsätzlich nicht in Frage. Ihre Leitartikel und Kommentare bewegten sich ausschließlich im Bereich der legitimen Kontroverse. Opponierende Meinungen wurden lediglich von der Alternativpresse geäußert.

American television crisis coverage often strayed into jingoism, with generous and unquestioning coverage of U.S. military operations and policy, including a glowing package on 60 Minutes on Middle East Commander General Schwarzkopf ...⁹⁷²

Der Journalist Goldman kam auf Basis einer von ihm ausgewerteten, umfassenden qualitativen Analyse der Berichterstattung der TV-Networks ABC, CBS, CNN und NBC zu demselben Schluss.⁹⁷³

Einer der Gründe für diese Art der unkritischen bzw. hauptsächlich patriotisch orientierten Berichterstattung liegt auch in den unter dem Stichwort Selbstzensur zusammengefassten sozio-kulturellen Beeinflussungsfaktoren. Diese Faktoren hat der Kommunikationswissenschaftler Stephen Adubato in einer Feldstudie herausgearbeitet.⁹⁷⁴ Darin befragte er über 100 US-Journalisten mit Hilfe eines psychologischen Testkatalogs. Seiner Meinung nach ist der Grund für das Einschwenken der Journalisten auf Regierungskurs vor allem in zwei Faktoren zu suchen, in den "conflicting values" und in der "confusing of roles". Die in diesen beiden Begriffen zusammengefasste Ambiguität von Journalisten in Zeiten eines herannahenden Kriegseintritts resultiert aus und korrespondiert mit den, in der Einleitung beschriebenen, widerstrebenden Polen Pressefreiheit und nationale Sicherheit. Ein Beispiel dafür ist das Ergebnis der Befragung des renommierten Reporters und ABC-Moderators Sam Donaldson durch Adubato. Donaldson erklärte seine Unterstützung für die Golfkriegspolitik des Präsidenten wie folgt:

If the country declares war, I am an American citizen as well as a reporter who works for ABC News. My job as a reporter is not different because, we have declared war. I still want to find out what is going on. But (!!) as an American citizen, obviously I am part of the effort.⁹⁷⁵

⁹⁷²O'Hefernan in: Greenberg & Gantz, S.23

⁹⁷³Goldman, Kevin: "Test for TV. Dodging Gulf Propaganda" in: *Wall Street Journal*, 28.Aug.1990, S.17

⁹⁷⁴Vgl. Adubato, Stephen: *Television News and the Gulf War*, New Brunswick (N.J.) 1998.

⁹⁷⁵Sam Donaldson zit. in: Adubato, S.3

Ein weiterer Grund für diese Form der Selbstzensur lag in der Tendenz der Fernsehmoderatoren und der Leitartikel-Schreiber, sich zu stark auf die Ergebnisse regierungsamtlicher Lageanalysen zu verlassen. Dass sie dabei ihre journalistische Unabhängigkeit aufgaben, bemerkten sie offenbar nicht:

During the Gulf War and other crisis, television anchors assumed the mantle of quasi-diplomats, a practice which became embarrassingly obvious when "Nightline" anchor Ted Koppel used the word "we" several times to refer to the U.S. government.⁹⁷⁶

Die meisten TV-Sender, Hörfunkstationen und Zeitungen konzentrierten sich bei ihrer Berichterstattung daher auf offizielle Regierungsquellen und Experten, die der Bush-Regierung nahe standen oder sie zumindest nicht inhaltlich in Bezug auf einen möglichen Krieg gegen den Irak kritisierten.

Indeed, the mainstream media consistently privileged whatever strategy the Bush Administration deployed and were little more than public relations managers for the White House and the Pentagon.⁹⁷⁷

Eine von den Konstitutionalisten eingeforderte "objektive" Betrachtung der Situation gab es kaum, vielmehr übernahmen viele Medien die Position der Administration und diskutierten Details einer möglichen Kriegsführung. Nur selten wurde hingegen über Oppositionelle berichtet, die die Notwendigkeit eines Krieges bezweifelten. Die Moderatoren und leitenden Redakteure beim Fernsehen bzw. beim Hörfunk und den großen Tageszeitungen waren also schon vor dem Golfkrieg in eine eigenkonstruierte Patriotismusfalle getappt.

Die unabhängige Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) "FAIR", die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Medien zu beobachten und die Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten zu überwachen, kam in ihrem Jahresbericht 1991 zu dem Schluss,

that during the first five months of TV coverage of the Crisis in the Gulf, ABC devoted 0.7% of its total Gulf coverage to opposition to the military buildup. CBS allowed 0.8%, while NBC devoted 1.5%, a hearty 13.3 minutes to all stories about protests, anti-war organizations, conscientious objectors, religious dissenters, and the like. Consequently, of the 2855 minutes of the TV coverage of the Gulf crisis from August 8,

⁹⁷⁶O'Hefernan, S.21

⁹⁷⁷Kellner, Douglas: "The Crisis in the Gulf and the Lack of Critical Media Discourse" in: Greenberg, Bradley S. & Gantz, Walter: *Desert Storm and the Mass Media*, Cresskill (N.J.) 1993, S.38

1990 to January 3, 1991, only 29 minutes, roughly 1%, dealt with popular opposition to the U.S. military intervention in the Gulf.⁹⁷⁸

Diese Zahlen zeigen, dass die Medien im weitesten Sinne bereits von sich aus auf Regierungskurs geschwenkt waren bevor direkte Zensurmaßnahmen erlassen worden sind: Dies ist ein Beleg für die These, dass Meinungsbeeinflussung und Steuerung des allgemeinen politischen Konsenses nicht erst durch eine explizit restriktive Informationspolitik herbeigeführt werden müssen, sondern zu einem nicht unwesentlichen Teil auch im Verhalten der Medien selbst zu suchen sind.

The broadcasts media are afraid to go against a perceived popular consensus, to alienate people, or to take unpopular stands, because they are afraid of losing viewers and thus profits. Since U.S. military actions have characteristically been supported by the majority of the people, at least in the early stages, television is extremely reluctant to criticize what might turn out to be popular military actions. The broadcast media also characteristically rely on a narrow range of established and safe commentators and are not likely to reach out to new and controversial voices in a period of national crisis.⁹⁷⁹

Bei ihrer Einschätzung der politischen Lage in Bezug auf einen bevorstehenden Golfkrieg berücksichtigten die Medien offensichtlich einen Punkt nicht, nämlich dass sie selbst durch ihre Berichterstattung zum Teil erst den, von ihnen schon im Vorhinein vermuteten, allgemeinen politischen Konsens mit konstruierten.

Das Phänomen der "Realitätskonstruktion" durch die Medien wird von Medientheoretikern besonders für das 20. Jahrhundert als prägend angesehen. Für eine moderne Gesellschaft sei auf Grund ihrer Größe Massenkommunikation absolut unabdingbar. Ein Großteil der Informationen werde von einem dispersen Publikum erfahrungslos aufgenommen, mit der Folge, dass sich soziale Realität für den Einzelnen erst durch die Berichterstattung der Medien konstituiere.⁹⁸⁰ Denn die meisten, vor allem außenpolitisch relevanten Sachverhalte wie z.B. ein Krieg, sind außerhalb der persönlichen Erfahrung und Erlebnissphäre des Rezipienten angesiedelt und daher für diesen nicht direkt nachvollziehbar. Die Massenmedien, so die Medientheorie, übten daher einen starken Einfluss darauf aus, was in einer Massengesellschaft, wie der der USA, als Realität wahrgenommen würde.⁹⁸¹ Die These der "Realitätskonstruktion" wird durch medienpsychologischen Untersuchungen Leon Festingers ergänzt. Festinger hat

⁹⁷⁸FAIR-Report, Press Release, May 1991, S.22ff.

⁹⁷⁹Kellner in: Greenberg & Gantz, S.45

⁹⁸⁰Vgl. Schulz, Winfried: *Die Konstruktion von Realität in den Massenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*, Freiburg 1976.

⁹⁸¹Vgl. Bürklin, Wilhelm & Klein, Markus: *Wahlen und Wählerverhalten*, 2. Auflage, Opladen 1998.

bereits Ende der fünfziger Jahre seine "Theorie der kognitiven Dissonanz" formuliert. Demnach suchen Rezipienten bewusst Medieninhalte und nehmen nur diejenigen Informationen nachhaltig auf, die im Einklang mit ihren eigenen Prädispositionen stehen.⁹⁸² Neuere Erkenntnisse und Erklärungsmodelle der Medienwirkungsforschung gehen davon aus, dass die Medien eine große, wenn auch subtile, Wirkungskraft auf gesamtgesellschaftliche Wahrnehmungen politischer Realitäten haben.⁹⁸³

Je mehr Beiträge die Medien in einem gegebenen Zeitraum über ein Thema veröffentlichen, desto wichtiger ist für einen gegebenen Rezipienten dieses Thema bzw. desto mehr Rezipienten halten dieses Thema für wichtig.⁹⁸⁴

Auf den Journalisten lastet die zunehmend schwieriger zu bewältigende Aufgabe, der Gesellschaft die 'objektiven' Agendas zu präsentieren. Agenda-Setting ist durchaus als ein politischer Prozess zu verstehen: Ob ein Thema ausgeweitet oder unterdrückt wird, ist auch eine Frage der relativen Macht der Medien.⁹⁸⁵

Für die Phase der Berichterstattung vor dem Golfkrieg bleibt festzuhalten, dass die Medien den, durch die Regierung geprägten, kriegs-befürwortenden nationalen Konsens nicht unterdrückten, sondern vielmehr noch einmal zusätzlich verstärkten. Dieser Mechanismus ist mit dem eingeführten Kreismodell gut zu beschreiben: Der von den Medien angenommene politische Konsens wurde in der Berichterstattung transportiert, dadurch fühlten sich die Zuschauer in ihrer Meinung bestärkt. Dies zeigte sich dann in Meinungsumfragen, durch die sich wiederum die Regierung bestätigt fühlte und zu gewissen Teilen ihr Handeln danach ausrichtete. Damit bestätigte sie früheren Analysen und Vorhersagen der Presse. Die Medien fühlten sich letztlich so in ihren Analysen und Vorhersagen bestätigt. Ihre Berichterstattung war in dieser Phase häufig eine selbsterfüllende Prophezeiung.

In August 1990, 60% of American voters approved the way in which President Bush was handling his job. The onset of the Gulf Crisis added twelve percentage points to this tally, with three Americans out of four expressing their approval for the President.⁹⁸⁶

Es stellt sich zudem die Frage, ob der beschriebene Kreis unter Umständen zu unterbrechen gewesen, hätten die Medien im Vorfeld des Krieges eine andere Position

⁹⁸²Vgl. Festinger, Leon: *A Theory of Cognitive Dissonance*, Evanston (Minn.) 1957.

⁹⁸³Vgl. Brosius, Hans: "Agendasetting nach einem Vierteljahrhundert" in: *Publizistik*, Nr.39, 1994, S.269-288

⁹⁸⁴Ders. S.270

⁹⁸⁵Schenk, Michael: *Medienwirkungsforschung*, Tübingen 2002, 2. vollständig überarbeitete Auflage, S.402

⁹⁸⁶"Washington Post", March, 31. 1991. Die Unterstützung des Kriegskurses durch die Bevölkerung setzte sich auch nach Beginn der Kampfhandlungen weiter fort. Vgl. "Strong Support for US Effort in Gulf Continues", *USIS Wireless File, Ref. EPF515, 15. Feb. 1991.*

vertreten? Die Antwort lautet vermutlich nein. Denn der einzige Krieg in der Geschichte der US-Konflikte des 20. Jahrhunderts, in dem es überhaupt starke Tendenzen zu einer kritischen Berichterstattung gegeben hat, war der Vietnamkrieg. Aber selbst dieses Beispiel hat gezeigt, dass die öffentliche Meinung nicht ursächlich durch die Medien verändert wurde, sondern dass die Medien vielmehr umgekehrt auf eine veränderte Stimmungslage reagierten und diese als Transporteur und Multiplikator verstärkten. Als einzelne Medienvertreter zu Beginn des Vietnamkriegs die Regierung entgegen der allgemeinen Stimmungslage kritisierten, wurden sie selbst zum Angriffsziel erzürnter Leser und Zuschauer. Erst als sich der allgemeine politische Konsens auf Grund der Pentagon-Papers und schließlich im Zuge des Watergate-Skandals partiell geändert hatte, profitierten die Medien von einer kritischen Berichterstattung. Adubato und andere Medienwissenschaftler des realistischen Ansatzes bringen dieses über den Vietnamkrieg hinaus übertragbare Phänomen mit einer rhetorischen Frage auf den Punkt:

What happens when a significant number of viewers may not want to know certain newsworthy details of a war, that could potentially cast the United States in a negative international light ? ⁹⁸⁷

In Bezug auf den Golfkrieg liegt die Antwort auf der Hand: Diese Details wurden zumindest von den Mainstream-Medien gar nicht mehr oder nur noch am Rande berichtet. So gesehen hatten auch die Medien ihre "Lehren" aus dem Vietnamkrieg gezogen.

Es gab aber noch andere, für die Arbeit der Fernsehreporter wesentlich unmittelbarere Gründe, für eine relativ unkritische Berichterstattung. Durch die Satellitentechnik und die globale Verfügbarkeit von Nachrichten war für die Fernsehsender der Druck zur aktuellen Berichterstattung enorm verstärkt worden. War während des Vietnamkriegs ein Bericht, der erst drei Tage nach dem Ereignis ausgestrahlt wurde, unter Umständen noch als schnelle Berichterstattung empfunden worden, konnte im Golfkrieg ein Bericht, der nur eine Stunde nach dem Ereignis ausgestrahlt wurde, schon als langsam oder veraltet angesehen werden. Die Simultanität von Ereignis und Bericht über das Ereignis, also der Live-Kommentar oder die "Real-Time-Berichterstattung", hat für den Zuschauer eine hohe Attraktivität. Sie impliziert ein Gefühl der Unmittelbarkeit oder des sofortigen Miterlebens wichtiger Geschehnisse. Allerdings, und das beklagen fast unisono alle Medienkritiker, hat sie

⁹⁸⁷Adubato, S6

auch einen erheblichen Nachteil - den Mangel an analytischer Einschätzung, fundierter Kommentierung und das Problem der Überprüfbarkeit von Quellen. Denn ein Reporter, der gerade "live" über ein Ereignis berichtet, kann nur schwerlich gleichzeitig recherchieren und verschiedene, unter Umständen sich widersprechende, Meinungen und Fakten zusammentragen und einordnen.

Der Kommunikationswissenschaftler Gerbner betrachtet dieses Problem in einem übergeordneten Rahmen. Er gelangt zu der Auffassung, dass spätestens seit dem Golfkrieg das Fernsehen "instant history" schreibt. Für ihn entsteht "instant history" wenn:

...access to video-satellite-computer technologies blanket the world in real time with selected images that provoke immediate reactions, influence the outcome, and the quick-freeze it into the official text of received history. Instant history is simultaneous, global, mass, living, telling, and making history in brief and intensive bursts.⁹⁸⁸

Gerbner vertritt die Meinung, dass im Zeitalter der "instant history" durch den notorischen Zwang zur schnellen Berichterstattung die Qualität des Berichteten abnimmt, vor allem in einem Krieg oder während einer Krise:

The crisis unfolds before our eyes, too fast for thoughtful consideration of antecedents, alternatives, or long-range consequences, but just in time for conditioned reflex. (...) Images reveal what presumably happens; they do not need logic to build the case.⁹⁸⁹

Seine Auffassung wird von einer Studie des Soziologen Caldarola untermauert:

Finally, the "real-time" quality of television war reporting elevated the live remote broadcast to a stylistic necessity while eliminating the temporal distance required for the work of good journalism. The ultimate temporal distortion was the tacit but immediate denial of history with regard to the development of this conflict, as real time obliterated both past and future.⁹⁹⁰

Ebenso wie Gerbner und Caldarola kommt auch der Medienwissenschaftler Vollmer zu dem Schluss, dass das Fernsehen "structured the historical event around its own fascination with images instead of the older social form of reasoned discourse".⁹⁹¹ Hier

⁹⁸⁸Gerbner, George: *Acceptance Address to the Wayne Danielson Award for Outstanding Contributions to Communication Scholarship*, The University of Texas, Austin (Texas) 1991.

⁹⁸⁹Ders., a.a.O.

⁹⁹⁰Caldarola, Victor J.: "Time and Television" in: Jeffords, Susan & Rabinowitz, Laura (eds.): *Seeing through the Media. The Persian Gulf War*, New Brunswick (N.J.) 1994, S.102

⁹⁹¹Vollmer, Eric: "Untying the Yellow Ribbon" in: *Media & Values*, Nr. 56 (Fall 1991), S.14f.

findet sich eine Kernthese, der bereits in der Kategorie "Theorie der visuellen Dominanz" zusammengefassten Lehrmeinungen wieder. In Bezug auf den Golfkrieg bilanziert der Medientheoretiker Vollmer, dass die öffentliche Meinung eher durch mediale Kurzberichte und starke visuelle Images denn durch perspektivische Analysen der gesamtpolitischen Lage beeinflusst wurde.⁹⁹²

Der Pressehistoriker Denton vertritt die These, dass die gesamte TV-Berichterstattung im Golfkrieg durch affektorientierte Tendenzen geprägt war. Den Grund dafür sieht er in den Zielen und Intentionen der Sender.

The entire coverage of the war was more of a race for ratings, personalities, and scoops than for citizen information, context, and understanding. (...) The nation was treated to play-by-play analyses, human interest features, special music, graphics, and animation.⁹⁹³

Diese Einschätzung verwundert nicht, da - wie bereits erwähnt - alle großen TV-Sender in den USA kommerzielle Betriebe sind, deren systeminhärentes Ziel die Gewinnmaximierung ist. Das hat zur Folge, dass bei der Organisation der Berichterstattung, also bei der Logistik und Personalplanung, die ökonomische Effizienz im Vordergrund steht und nicht in erster Linie die journalistische Qualität. Diese wirkt eher indirekt und zwar insofern, als dass sie bei bestimmten Medien die Auflagenzahlen bzw. Einschaltquoten zu steigern in der Lage ist. Der Sozialwissenschaftler Epstein konstatiert, dass

Network executives have historically used the fewest number of crew and staff members deemed possible to cover the day's stories, and they commission many stories in advance of their scheduled broadcast to maximize the return of investment.⁹⁹⁴

Bei den audiovisuellen Medien hat sich im Zeitalter der "Real-Time Berichterstattung" auf Grund ökonomischer Zwänge die ohnehin schon vorhandene Tendenz zur episodischen Berichterstattung auf Kosten einer kontextvermittelnden Interpretation verschärft⁹⁹⁵. Beim Fernsehen liegt dieser Mangel aber auch an einer medienimmanenten Problemstellung, nämlich an der Tatsache, dass dieses Medium auf Bilder angewiesen ist

⁹⁹²ibid

⁹⁹³Denton, Robert E: "Television as an Instrument of War" in: Ders. (ed.) : *The Media and the Persian Gulf War*, Westport (CT) 1993, S.31

⁹⁹⁴Epstein zit. in Weispfenning, S.50

⁹⁹⁵Kalb, S.7

Berichtet werden kann nur das visuell Darstellbare. Die nur schwer zu vermittelnden Hintergründe und Zusammenhänge, die politische Entscheidungsprozesse und ihre Ergebnisse erst verständlich und nachvollziehbar machen, werden nicht dargestellt. Während also die gesellschaftlichen Problemlagen immer komplexer und differenzierter werden, ist das Medienformat eher auf Unterhaltung und Komplexitätsreduktion angelegt.⁹⁹⁶

Vor und während des Golfkrieges war daher in den US-Medien, vor allem dem Fernsehen, eine *nicht analytische Berichterstattung* zu sehen:

Rarely were viewers provided background in the form of analyses of the antecedents of the conflict, historical precedents for similar territorial disputes, information about the socioeconomic and cultural makeup of Iraqi and Kuwaiti society, or other such contextual presentations.⁹⁹⁷

Umfragen vor und nach dem Golfkrieg zeigen, dass ein Großteil der amerikanischen Bevölkerung keine oder nur wenige Vorkenntnisse über die kulturellen, geographischen und politischen Verhältnisse der Golfregion hatte.⁹⁹⁸ Dass ein umfassendes Wissen um diese Hintergrundfakten aber auch grundlegend für die Meinungsbildung in Bezug auf eine Pro oder Contra Entscheidung für den kommenden Krieg im Irak war, zeigt eine Studie der Sozialwissenschaftler Morgan, Lewis und Jhally. Je höher der Kenntnisstand über die politischen Verhältnisse in der Golfregion war, desto niedriger war die Unterstützung für einen Militäreinsatz.⁹⁹⁹

Auch die Studiogespräche mit Experten in Washington, die aus Sicht der Sender den Mangel an Einordnung und Kommentierung ersetzen sollten, taten dies nur unzureichend. Denn hier zeigte sich das Problem der *Abhängigkeit von den Quellen*. Der Politologe und Medienwissenschaftler Aubin hat an Hand einer Inhaltsanalyse der Ausstrahlungen der großen US-Fernsehsender ermittelt, dass 61,9 Prozent der Gesamtberichterstattung zum Golfkrieg auf Pentagonangaben bzw. auf Informationen des Weißen Hauses beruhten:

⁹⁹⁶Bürklin/Klein, S.181

⁹⁹⁷Iyengar, Shanto & Simon, Adam: "News Coverage of the Gulf Crisis and Public Opinion" in: Bennett, Lance & Paletz, David L.: *Taken by Storm. The Media, Public Opinion and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*, Chicago (Ill.) 1994, S.167-185, S.179

⁹⁹⁸Dorman, William A. & Livingston, Steven: "News and Historical Content. The Establishing Phase of the Persian Gulf Policy Debate" in: Bennett & Paletz, S.69f.

⁹⁹⁹Morgan, Michael & Lewis, Justin & Jhally, Sut: "More Viewing, Less Knowledge" in: Mowlana, Hamid et al. (ed.): *Triumph of the Image. The Media's War in the Persian Gulf – A Global Perspective*, Oxford (UK) 1992, S. 216-234

They [die Medien] do so, in part because of the ease of regular access to the officials, the dependable supply of news the officials provide, the need to cultivate such sources over time, and the usefulness of citing legitimate, authoritative sources, all of which serve important commercial needs to these for-profit business.¹⁰⁰⁰

Hinzu kam, dass die Fernsehsender ABC, CBS und NBC unter anderem mit Marine-General Bernard Trainor und Army-Colonel Harry Summers ehemalige Angehörige der US-Streitkräfte als Hauptexperten und damit als vermeintlich objektive und unparteiische Quellen nutzten. Auch wenn diese Soldaten sich inzwischen in Ruhestand befanden, war ihre Loyalität zum Militär immer noch unverkennbar.¹⁰⁰¹

The pro-war, pro-America slant of most America news organizations was underscored by the widespread use of former military or diplomatic officers as "experts" brought in to "explain" the war. This practice produced two popular impressions:

- It gave copious air time to men (very few women were used) who were seen as and were in many cases former administration spokesmen, reinforcing the administration's perceived credibility.
- By failing to provide any meaningful time experts with opposing opinions, it left the impression that all of the facts, knowledge, and expertise lay with the pro-war administration and therefore they must be right.¹⁰⁰²

Das Problem, das zu einer unkritischen Berichterstattung führte, lag also weniger darin begründet, dass die Sicht der Regierung und des Militärs präsentiert wurde, was selbstverständlich zur Aufgabe der Medien zählt. Es bestand viel mehr darin, dass den Meinungen dieser Experten keine fundierten, widersprüchlichen Positionen entgegengesetzt wurden. Was fehlte, war in erster Linie nicht die reine Menge an Details, sondern vielmehr deren Auswahl und vor allem der Diskurs darüber. Außerdem konnten die, von den Experten vorgebrachten Daten und vermeintlichen Fakten, weder von den Medien noch vom Zuschauer auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Die Medien hatten sich also in eine nicht zu lösende *Abhängigkeit von den Quellen* gegeben. Das journalistische Grundprinzip "Audiatur et altera pars" (Höre auch die andere Seite) war weitgehend außer Kraft gesetzt worden, da kaum Substantielles von der anderen Seite in den US-Medien zu hören bzw. zu lesen war.

Für dieses Ergebnis ist unter anderem auch eine schon vor dem Golfkrieg zu beobachtende Entwicklung in der Nachrichtenberichterstattung auszumachen, die von

¹⁰⁰⁰Entman, Robert & Page, Benjamin: "The News before the Storm. The Iraq War Debate and the Limits to Media Independence" in: Bennett & Paletz, S.96

¹⁰⁰¹Vgl. dazu Aubins Untersuchung: Aubin, Stephen P.: *Distorting Defense. Network News and National Security*, Westport (CT) 1998, S. 168-171.

¹⁰⁰²O'Heffernan, Patrick: "Sobering Thoughts on Sound Bites Seen Round the World" in: Greenberg & Gantz, S.22

Medienwissenschaftlern häufig als *routinization of news* bezeichnet wird.¹⁰⁰³ Darunter wird im Wesentlichen die Auswahl, redaktionelle Bearbeitung und die Weiterverbreitung von Nachrichten nach ganz bestimmten, immer gleichen Mustern verstanden. Diese Muster oder Kriterien für eine Nachricht sind zum Beispiel Aktualität, Gebrauchswert für den Zuschauer, Nähe zum eigenen Geschehen (Inlandsmeldungen sind in der Regel wichtiger als Auslandsmeldungen, es sei denn die Auslandsmeldungen betreffen das Inland, z.B. in einem Krieg) oder die Bedeutung der Person bzw. Institution, die eine Nachricht in Umlauf gebracht hat. Der Soziologe C.R. Bantz hat bereits 1980 in seinem "factory model" die Arbeitsabläufe in einer Nachrichtenredaktion eines großen Senders bzw. einer großen Tageszeitung beschrieben.¹⁰⁰⁴ Dabei kam er zu folgendem Schluss:

The attempt to routinize is an attempt to regulate organizational activity so the organization not only meets the deadline but also produces a news show that the organization defines as good.¹⁰⁰⁵

Die *routinization of news* ist zudem ein Teil des Agenda-Setting-Prozesses, durch den die Medien die Themen, über die berichtet wird, festlegen. Um in der Flut der Informationen eine Auswahl für eine Nachrichtensendung treffen zu können, ist diese Art der professionellen Selektion nach vorgegebenen Mustern und Kriterien essentiell. Allerdings birgt die *routinization* auch Gefahren. Nachrichten, die keinem der vorgegebenen Muster folgen oder durch die Rasterkriterien fallen, werden nicht gesendet. Eines dieser vorgegebenen, im journalistischen Alltag häufig genutzten Muster ist es aber gerade, regierungsamtlichen Verlautbarungen mehr Bedeutung und redaktionelle Zeit bzw. Platz einzuräumen, als Meldungen von Privatpersonen oder "non governmental organizations".

Even in situations in which people possess the information necessary to engage in informed deliberation, they will not take the trouble to do so. (...) the source of a message greatly affect how individuals, such as reporters, judge the message.¹⁰⁰⁶

Das hatte dann im Golfkrieg die, dem konstitutionalistischen Konzept vom Markplatz der Ideen zu widerlaufende Folge, dass fast nur noch regierungsamtliche Quellen zitiert wurden, was natürlich ursprünglich nicht Intention des Auswahlprozesses sein sollte.

¹⁰⁰³Vgl. zum Beispiel: Tuchman, G.: "Making News by Doing Work" in: American Journal of Sociology, Nr. 79, S.110-131; Ders.: Making News: *A Study in the Construction of reality*, New York 1978 oder Turow, J.: *Media Industries. The Production of News and Entertainment*, New York 1984.

¹⁰⁰⁴Bantz, C.R.: "The News Factory" in: *Communication Research*, Nr.7, 1980, S.45-68

¹⁰⁰⁵Ders., S.57

¹⁰⁰⁶Zaller, John: "Elite Leadership of Mass Opinion. New Evidence from the Gulf War" in: Bennett & Paletz, S.186-210, S.187

Gerade während eines Krieges, also zu einem Zeitpunkt, wo Objektivität meist nur ein Postulat bleibt, zeigten sich die Anfälligkeit des Prinzips der *routinization* und die Gefahren für eine unabhängige und unvoreingenommene Berichterstattung.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass schon vor dem Golfkrieg eine Tendenz zu einer unkritischen Haltung der Medien in Hinblick auf die Regierungs- und Militärsicht bestand. Die Gründe für diese Tendenz sind in verschiedenen Faktoren zu suchen, die durch das neue Zeitalter der "real-time coverage" im Vergleich zu den vorherigen Kriegen erheblich verstärkt wurden. Diese Faktoren sind die *nicht-analytische Berichterstattung*, die *routinization of news*, die *Abhängigkeit von den Quellen*, die verschiedenen ökonomischen Rahmenbedingungen, die Konkurrenz für die drei großen etablierten Networks durch einen neuen 24-stündigen Nachrichtenkanal, die Selbstzensur der Medienbetriebe und einzelner Journalisten und vor allem der allgemeine politische Konsens.

Darüber hinaus gibt es noch einen weiteren wesentlichen Grund dafür, warum viele US-Medien im Golfkrieg zum Sprachrohr der Regierung und des Militärs wurden. Neben den oben beschriebenen Beeinflussungsfaktoren kam eine bis ins Detail geplante und auf unterschiedliche Medien abgestimmte Informationspolitik der Regierung hinzu, die es so noch in keinem anderen Krieg gegeben hatte. Die alten Techniken der Zensur, Manipulation, Presselenkung und der Propaganda wurden erheblich perfektioniert. So hatte das Militär seine "Lehren" aus dem Vietnamkrieg gezogen und wollte diesmal von Anfang an verhindern, dass sich Journalisten auf oder auch nur in der Nähe von Kriegsschauplätzen frei bewegen und berichten konnten. Das Mittel um dies zu verhindern, hätte die bereits in Grenada erfolgreich praktizierte Zugangsverweigerung sein können. Die "public relations officers" des Militärs wussten aber, dass dies im Irak nicht nur rein technisch nicht zu praktizieren, sondern vor allem im Sinne der eigenen Informationspolitik strategisch nicht klug gewesen wäre. Das im Golfkrieg erstmals im großen Stil (Panama war aus der Retrospektive betrachtet eine Art Testlauf gewesen) praktizierte System der Zugangsbeschränkung und der gleichzeitigen Kontrolle des Aufenthaltsortes der Journalisten und ihrer Berichte durch die Pool-Regelung, bot weitaus effektivere Möglichkeiten.

Journalismus unter militärischer Kontrolle: Das Poolsystem im Golfkrieg

Beim unmittelbaren Beginn der neuen Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und Kuwait (Mai/Juni 1990) bestand für die US-Medien zunächst noch kein akuter Handlungsbedarf, eigene Korrespondenten an den Persischen Golf zu schicken. Denn zu diesem Zeitpunkt wussten die US-Medien noch nicht, welche Rolle ihr Land in dem Konflikt einnehmen würde. So war - von einigen freien Mitarbeitern einmal abgesehen - auch noch beim Einmarsch der irakischen Truppen nach Kuwait am 2. August 1990 kein amerikanischer Journalist in dem Scheichtum anwesend. Auch im Nachbarland Saudi-Arabien sah die Situation nicht anders aus. Als sich dann aber herausstellte, dass der irakische Angriff auch von der Völkergemeinschaft nicht geduldet wurde - schon am ersten Tage der Invasion wurde die UN-Resolution 660 verabschiedet ¹⁰⁰⁷, die dieses Vorgehen klar verurteilte - wurden in Washington die Vorbereitungen für ein militärisches Eingreifen in den Konflikt verstärkt. Das wiederum alarmierte die Medienkonzerne, nun doch möglichst schnell in der Region Präsenz zu zeigen.

Bereits am 10. August 1990, also nur acht Tage nach dem Einmarsch, waren Vertreter der vier großen US- Fernsehsender [Barbara Cohen (CBS), Timothy Russert (NBC), George Watson (ABC) und Bill Headline (CNN)] beim saudischen Botschafter Prinz Bandar Bin Sultan Bin Abdul Aziz zu Gast. Sie baten um Visa für Saudi-Arabien, da sie ihre Korrespondenten an den Golf schicken wollten.¹⁰⁰⁸ Dieses Treffen ist aus zwei Gründen beachtenswert: zum einen wegen des relativ frühen Zeitpunkts; immerhin wurde ein aktives militärisches Eingreifen der USA in den Irak-Kuwait Konflikt erst knapp ein halbes Jahr später am 12. Januar 1991 vom Kongress parlamentarisch sanktioniert.¹⁰⁰⁹ Zum anderen vor allem deshalb, weil sich die TV-Vertreter direkt an den saudischen Botschafter und nicht wie es eigentlich üblich gewesen wäre an das US-Verteidigungsministerium wandten, um Zugang zu den nach Saudi-Arabien ziehenden US-Truppen zu bekommen. Doch dafür gibt es eine Erklärung: Die Sender hatten bereits bei US-Verteidigungsminister Dick Cheney angefragt. Ihre Bitte um Visa war jedoch erfolglos geblieben. Cheney hatte die Zuständigkeit von sich auf die saudiarabische Regierung verlagert:

¹⁰⁰⁷Zum Inhalt der UN-Resolutionen und dem diplomatischen Vorgehen der USA im Vorfeld des Krieges vgl. Menos, Dennis: *Arms over Diplomacy. Reflections on the Persian Gulf War*, Westport (Connecticut) 1992. Der Wortlaut der Resolution findet sich in: Sifry & Cerf: *Gulf War Reader* S.137

¹⁰⁰⁸MacArthur, John R.: *Second Front: Censorship and Propaganda in the Gulf War*, Berkeley (CA) 1992, S.3

¹⁰⁰⁹Die "Joint Congressional Resolution Authorizing The Use Of Force Against Iraq" ersetzte aus US-Sicht eine offizielle Kriegserklärung an den Irak. Vgl. Menos, S.145f.

The fact of the matter is, we are in [the Saudis] country at their request (...) They are a very traditional society. They' ve got certain standards and norms, certain ways of doing business. We must accept that.¹⁰¹⁰

Außerdem betonte Cheney, dass Saudi-Arabien ein souveräner Staat sei, der eigene Regeln in Bezug auf die Presse habe, die von den USA akzeptiert werden müssten.¹⁰¹¹ Diese Lageanalyse bot für das US-Verteidigungsministerium eine gute Möglichkeit, Anfragen von Journalisten nach Visa abweisen zu können, ohne dabei selbst die Verantwortung dafür tragen zu müssen. Schließlich war bekannt, dass Saudi-Arabien nicht als ein, die westliche Werteskala und damit die Bedeutung einer freien Presse akzeptierendes Land galt. Es ist davon auszugehen, dass die Verantwortlichen in der Bush-Administration und im Pentagon de facto aber bewusst bei der Akkreditierung von Journalisten mit den Saudis zusammenarbeiteten.¹⁰¹² Viele Journalisten nahmen aber an, dass die restriktive Handhabung von Visaanfragen auf Druck des Militärs zurückzuführen sei und fragten sich, wie lange das Militär bzw. das Pentagon seine Argumentation aufrecht erhalten könnte und wann das Weiße Haus einschreiten würde. So war zum Beispiel in einem Leitartikel der Zeitung "News and Observer" zu lesen:

Yet the White House has seemed ready to let the Pentagon get by with the lame excuse that the feudalistic Saudis don't like reporters on their turf. What hogwash! However anachronistic the sheikh's attitudes are, if they were worried enough to allow the whole U.S. Army into their desert domain, they clearly weren't about to balk, and still aren't, at a handful of reporters and cameramen. All Washington need is to tell them that the latter are as essential as the former to the effective restraint of Saddam Hussein's blind ambition.¹⁰¹³

Obwohl die Presse also zu diesem Zeitpunkt noch glaubte, dass die restriktiven Elemente in der Informationspolitik ausschließlich von Seiten der Militärs initiiert und gewollt waren und dass die Regierung eine andere Pressepolitik zu vertreten bereit wäre, zeigt sich aber im historischen Rückblick, dass die Administration ganz bewusst - und nicht etwa aus Nachlässigkeit - dem Pentagon bei der Ausgestaltung der Pressepolitik in Bezug auf die Kampfschauplätze freie Hand ließ.

Ein im August 1990 und während des gesamten Golfkrieges klassifiziertes Pentagon-Papier, dessen Geheimhaltung inzwischen aufgehoben ist, verstärkt diesen Eindruck. Unter dem Titel "Annex Foxtrot" schrieb US-Marinekapitän Ron Wildermuth

¹⁰¹⁰Cheney zit. in: Kendrick, Keith: "Cheney Says Press Access Up to Saudis" in: *Washington Post*, 23. Aug. 1990, S.22

¹⁰¹¹MacArthur, S.6f.

¹⁰¹²ibid

¹⁰¹³"Pentagon wraps must come off", Editorial Opinion in: *The News and Observer*, 12.8.1990, S.16

ein insgesamt zehn Seiten umfassendes Memorandum, das sich mit der Pressepolitik in einem möglichen US-Krieg gegen den Irak befasste. Dieses Papier ist von Wildermuth, dem höchsten Public-Relations-Angestellten des Oberbefehlshabers der US-Truppen General Norman Schwarzkopf, bereits am 14. August 1990, also schon vier Tage nach dem Treffen der Fernsehvertreter mit Prinz Bandar verfasst worden.¹⁰¹⁴ In diesem Papier wird eine detaillierte Pressepolitik beschrieben, die sowohl von der obersten Militärführung als auch von der Regierungsadministration eingefordert worden war, wie Wildermuth schreibt. Über den Zweck des Papiers lässt er keinen Zweifel zu. Schon im ersten Satz heißt es:

This plan provides specific guidance, concepts of operations, taskings and coordinating instructions for news coverage of combat operations in the event of hostilities during Operation "Desert Shield".¹⁰¹⁵

Dies zeigt, dass die Pressepolitik schon im Vorfeld der eigentlichen militärischen Auseinandersetzungen präzise geplant war und dass von Kämpfen ("in the event of hostilities") mit US-Beteiligung ausgegangen wurde. Für den Ernstfall sah Wildermuth einen Drei-Stufen Plan vor:

This is a three phase plan: Phase I begins immediately and focuses on forming and exercising media pools. Phase II begins when those pools are moved forward or repositioned to cover actual or anticipated hostilities and continues until open media coverage is established. Phase III begins when unilateral (open) media coverage is reestablished.¹⁰¹⁶

¹⁰¹⁴"Approved Annex F (Foxtrot) To OPOD Desert Shield Public Affairs. U.S. CENTCOM. August 14, 1990. Declassified by R.E. Wildermuth Capt. USN. May 22, 1990 in: *Hearings before the Committee on Governmental Affairs* ; United States Senate (102. Congress, 1. Session) US-Government Printing Office, Washington D.C. Feb. 20, 1991, S.279ff; im Folg. zit als: Annex Foxtrot. Dieses Papier bezieht sich auf ein bereits im März fixiertes Pentagon-interne Memo. vgl.: "Joint Operations Procedures Manual: 'Annex F, Planing Guidance-Public Affairs.' Joint Chiefs of Staff Publication 5-C2.2, March 30, 1990" in: *Hearings before the Committee on Governmental Affairs*, S.246ff.; im Folg. zit als Joint Operations. Dieses Memo wiederum bezieht sich auf ein drittes Pentagon-Papier, das dem Verfasser nicht zugänglich ist, da es weder im Rahmen der oben zitierten Kongresshearings noch auf anderem Wege deklassifiziert wurde. Dieses dritte Papier muss logischerweise zu einem noch früheren Zeitpunkt verfasst worden sein. Die im Zuge der Hearings den Kongressabgeordneten zur Verfügung gestellten deklassifizierten Unterlagen und Pentagon-internen Dokumente bilden die wichtigste Quellengrundlage zur Untersuchung der Pressepolitik vor und im Golfkrieg. Insgesamt sind für die Ausschuss-Sitzungen über 1500 Seiten Material zusammengetragen worden, welches unterschiedliche Themenbereiche betrifft. Dieses Material ist vom Verfasser dieser Arbeit gesichtet und ausgewertet worden. Häufig sind die einzelnen Unterkapitel dieser Quellensammlung nicht katalogisiert - in diesen Fällen bezieht sich der Verfasser allgemein auf die "Hearings before the Committee on Governmental Affairs". Eine weitere umfassende, über 300 Seiten starke, Quellensammlung zur konkreten Planung und Ausführung der Pressepolitik des Militärs findet sich in: U.S. CENTCOM: General Subjet File, Forwarded to Riyad, in: *NND 003099, RG 518(NA)*. Diese Sammlung besteht aus 64 Einzeleinträgen, eine systematische Erfassung nach fortlaufenden Aktenzeichen- bzw. Dokumentennummern steht noch aus. Ebenso fehlt auch hier eine detaillierte inhaltliche Katalogisierung.

¹⁰¹⁵Annex Foxtrot , S.279

¹⁰¹⁶a.a.O., S.302

Phase III, als Phase der gänzlich freien Berichterstattung, ist im Golfkrieg fast nie erreicht worden. Lediglich über die Befreiung von Kuwait-Stadt ist frei berichtet worden. Besonderes Augenmerk verdienen zwei Passagen des Annex-Foxtrot, die nachdem ihr Inhalt (nicht die frühere Existenz der Passagen selbst) den Medien bekannt gegeben worden war, bereits im Vorfeld des Krieges für Kontroversen zwischen Medien und Militärs sorgen sollten. Die eine betraf die so genannte "security review":

Security review will be accomplished using the following procedures: Prior to transmission or transportation from forward areas, print news stories will be reviewed at the source by public affairs escort personnel and security violation will be reported to the writer. If the writer agrees to make necessary changes, the story will than be forwarded to JIB Dharan. If the writer does not agree to make changes and the PA [public affairs, A.d.V.] escort believes classified information is contained, the story will be forwarded to JIB Dharan for resolution or release.¹⁰¹⁷

Sollte das „Joint Information Bureau“ (JIB) in Dharan einem Bericht nicht zustimmen und der Autor sich nicht bereit erklären, den Bericht zu ändern, sollte der Artikel nicht gedruckt bzw. erst gar nicht an die Heimatredaktion weitergeleitet werden. Es handelte sich also um direkte Zensur, die euphemistisch mit dem Begriff Sicherheitsüberprüfung verschleiert wurde. Das JIB in Dharan war de facto kein Informationsbüro, wie der Name implizieren sollte, sondern eine Zensurbehörde.

Die andere angesprochene Passage betraf die "ground rules" (Grundregeln).¹⁰¹⁸ In diesen Regeln, die jeder Journalist, der zum Pool gehören wollte, unterschreiben musste, ist eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Journalisten explizit festgelegt: "You must remain with your military escort at all times (...) and following instructions regarding your activities.¹⁰¹⁹ Weiterhin war eine Überprüfung des Gesundheitszustandes der Journalisten vorgesehen:

¹⁰¹⁷a.a.O. , S.307f.

¹⁰¹⁸Von den „ground rules“ existieren mehrere Fassungen, die zu unterschiedlichen Zeiten verfasst worden sind und zum Teil an die Journalisten weitergegeben wurden. Die vollständige und letztlich maßgebliche Fassung stammt vom 16. Dezember 1990, obwohl die "ground rules" schon früher publiziert und von Journalisten unterschrieben wurden. Inhaltlich gleichen sich alle Fassungen in den wichtigsten Punkten. Der Unterschied besteht darin, dass die späteren Fassungen ergänzt wurden. Die wesentlichen Punkte, die eine Einschränkung der freien Berichterstattung vorsahen, sind aber schon in den ersten Entwürfen zu finden. Vgl. Joint Operations, S.246ff. Zur Übernahme der ground rules vgl. auch *NND 003 099, RG 518 (NA)*. Als Zusatz zu Dokument 25 ist dort vermerkt: "Initial Desert Shield ground rules were modified on this date and used for Operation Desert Storm" Vgl. "Operation Desert Shield Ground Rules and Guidelines" in: *191745Z JAN 91, RG 518 (NA)*. Eine inhaltliche Veränderung der ground rules hatte es aber schon früher gegeben. Vgl. "Public Affairs Guidance for Operation Desert Shield: Modification of New Media Ground Rules" in: *251715Z AUG 90, RG 518 (NA)*.

¹⁰¹⁹Annex Foxtrot , S.309

You must be physically fit. If, in the opinion of the commander, you are unable to withstand the rigorous conditions required to operate with his forward deployed forces, you will be medically evacuated out of the area.¹⁰²⁰

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Gesundheitszustand nicht von einem Arzt überprüft werden sollte, sondern von den "commanders" der jeweiligen Einheiten, die nicht medizinisch ausgebildet waren. Eine medizinische Untersuchung erfolgte nach der Ausweisung. Des Weiteren ist in Bezug auf die Gesundheitsüberprüfung nicht vom Wissen der "commanders", sondern von ihrer Meinung die Rede. Es ist also davon auszugehen, dass den einzelnen Kommandeuren mit dieser Klausel eine Handhabe gegeben werden sollte, weitgehend nach eigenem Ermessen zu entscheiden, welcher Journalist in ihrem Pool bleiben durfte und welcher nicht. Viele Journalisten interpretierten diesen Passus der „ground rules“ daher als Einladung für Willkürakte.¹⁰²¹

Sämtliche im Annex Foxtrot oder den „ground rules“ formulierten Pläne sind im Golfkrieg so wie vorgesehen in die Tat umgesetzt worden. Solch umfassende Zensurmaßnahmen hätten niemals ohne Zustimmung der Regierung durchgesetzt werden können. Auch der "Department of Defense (DOD) National Media Pool", der nach der Panamainvasion eingerichtet worden war, blieb in Kraft. Dieser Pool von ständig beim Pentagon akkreditierten Journalisten, der nicht mit den während des Krieges nach und nach eingesetzten anderen Pools verwechselt werden darf, wurde vom Pentagon als offizielle Vertretung der US-Presse angesehen. In diesem personell wechselnden "DOD National Media Pool" waren anfänglich insgesamt gerade einmal rund 15 Journalisten vertreten. Es handelte sich zudem auch nicht um eine offizielle Berufsvertretung. Fraglich bleibt daher, ob diese 15 Personen die Interessen der gesamten amerikanischen Presse vertraten oder ob die Journalisten nicht vielmehr ein vitales Eigeninteresse an der Nähe zu exklusiven Informationsquellen hatten.¹⁰²²

Um eine Verwechslung bei den Begrifflichkeiten zu vermeiden, sei schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es vor und während des Golfkrieges ganz verschiedene Pools gegeben hat, die in der Literatur häufig nicht differenziert werden, da sie zum Teil gleiche Namen trugen. Zum einen existierte der bereits erwähnte, **ursprüngliche, ständige** DOD National Media Pool mit 15 Journalisten, der in einem herannahenden Kriegsfall aktiviert werden sollte und wurde. Dieser Pool wurde kurz vor

¹⁰²⁰ibid

¹⁰²¹Zu dieser Interpretation vgl. auch: Fialka, "Hotel Warriors", S.34

¹⁰²²Zu dieser Einschätzung vgl. MacArthur, S.12ff.

Kriegsbeginn nach Kritik von nicht im Pool vertretenen Journalisten noch einmal auf rund 50-100 Journalisten erweitert. Er war in Washington angesiedelt und dort eigentlich für die ständige Pentagonberichterstattung während eines Krieges gedacht. Seine Vertreter konnten aber auch nach Saudi-Arabien bzw. später in den Irak entsandt werden. Über diese Möglichkeit und über die genauen Modalitäten der Entsendung und der generellen Pressepolitik wurde im Vorfeld des Krieges in diesem Pool debattiert.

Darüber hinaus gab es dann während des Krieges eigens im und für den Krieg geschaffene und damit nicht ständige Pools. In diesen wurden entweder Journalisten desselben Mediums, wie z.B. Fernsehen oder Zeitung, aus unterschiedlichen Städten zusammengefasst oder Journalisten unterschiedlicher Medien, die aus einer Stadt stammten (so genannte "hometowners"). Obwohl diese Pools ausschließlich für den Krieg geschaffen wurden, bedeutete dies aber nicht automatisch, dass ihre Mitglieder auch an Kampfhandlungen teilnehmen durften, sondern nur dass sie nicht in den USA, sondern von Anfang an in Saudi-Arabien oder im Irak stationiert waren. Über eine Teilnahme an Kämpfen wurde im Einzelfall entschieden. Für die Berichterstattung von Kampfhandlungen gab es explizit eine weitere Gruppe, die "combat pools". Ihre Zusammensetzung konnte, sowohl was die Herkunft der Reporter als auch das Medium, für das sie arbeiteten, betraf, ständig wechseln.

Zusätzlich erschwert wird die Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Pools dadurch, dass sie zum Teil unbenannt oder umfunktioniert wurden. Aus einem "hometown pool" konnte zum Beispiel ein "combat pool" entstehen. Außerdem gab es personelle Überschneidungen und Wechsel. Ein Reporter, der vor dem Krieg im erweiterten DOD National Media Pool in Washington gesessen hatte, konnte später in einem "hometown pool" vertreten sein. Eine inhaltliche Konstante gab es allerdings, denn für alle Pools galten die „security review“ und die „ground rules“ gleichermaßen.

Liest man die Briefwechsel zwischen dem Leiter des DOD National Media Pools Pete Williams, Assistant Secretary of Defense, und den Medienvertretern, gewinnt man den Eindruck, dass im Pool (als er noch nicht erweitert worden war) eine entspannte Atmosphäre herrschte. Selbst Briefe, in denen die Pressepolitik des Pentagon von den Medienvertretern kritisiert wurde, begannen nicht selten mit der Anrede "Dear Pete" und nicht etwa mit der Anrede "Mr. Secretary".¹⁰²³ Pete Williams, die rechte Hand von

¹⁰²³Vgl. dazu: "Communications Between Department of Defense and the Media" in: *Committee on Governmental Affairs*, Feb. 20, 1991, S. 550-736 Insgesamt sind dort 102 Briefe dokumentiert. Rund die Hälfte stammt von

Verteidigungsminister Dick Cheney, fungierte vor und während des Golfkrieges als wichtigstes Bindeglied zwischen den Medienvertretern und den Militärs. Schon im Vorfeld der militärischen Auseinandersetzung hatte er den Pool aktiviert, um die Journalisten über die geplante Pressepolitik des Pentagons zu informieren. Nicht alle Treffen sind dokumentiert. Die zugänglichen Informationen basieren entweder auf den Erinnerungen von Journalisten oder aber auf den bereits angesprochenen Briefwechseln, die sich aber nicht nur auf die Treffen beziehen. Die ergiebigste Quelle stellen die vom Herausgeber des "Harper Magazine", John. R. MacArthur, nach dem Krieg mit den im ursprünglichen Pool vertretenen Journalisten geführten Interviews dar.¹⁰²⁴

Am 14. August 1990 saß schließlich eine Gruppe von Journalisten aus dem ursprünglichen DOD Media Pool im "Dharan International Hotel", um - unter militärischer Aufsicht - die Ankunft von US-Truppen und Material in Saudi-Arabien zu beobachten. Vor ihrem Einsatz waren die Journalisten vom Pentagon informiert worden und sie hatten die „ground rules“, die auch für die späteren Pools gelten sollten, unterschrieben. Zu diesem Zeitpunkt war das Militär daran interessiert, den Einsatz der Journalisten nicht publik werden zu lassen. Im ersten Absatz der "ground rules" heißt es:

Prior to your departure, do not tell anyone that the pool has been activated. This is absolutely essential to preserve security in the event of an actual contingency operation.¹⁰²⁵

Die Journalisten hatten mit ihrer Unterschrift diese Regeln akzeptiert. Außerdem hatte das Militär ein wesentliches Druckmittel gegenüber den Reportern: "Failure to follow these ground rules may result in your expulsion from the pool."¹⁰²⁶ Aber auch Angehörige des Militärs waren vor einer Ausweisung aus dem Kriegsgebiet bzw. von ihrer generellen Abberufung nicht gefeit, sollten sie "Fehler" bei der Informationsübermittlung begangen haben. Diese Fehler konnten zum Beispiel darin liegen, dass Soldaten zu enge Kontakte mit den Journalisten pflegten oder wichtige Informationen weitergaben, die als geheim eingestuft wurden. Ein prominentes Beispiel dafür war die Entlassung des "Air Force Chief of Staff" General Michael J. Dugan, der

Medienorganisationen, die im "DOD National Media Pool" vertreten waren, die andere Hälfte von nicht im Pool vertretenen Medienorganisationen oder einzelnen Journalisten..

¹⁰²⁴Vgl. dazu MacArthur: Second Front, Kapitel 1: "Cutting the Deal" S.3-36

¹⁰²⁵“DOD National Media Pool Ground Rules. August 1990 [Reissuance of April 13, 1990 Rules]" in: *Hearings before the Committee on Governmental Affairs*, S.289ff.

¹⁰²⁶ibid

sich zu einem Zeitpunkt für eine Entsendung von Journalisten an den Golf stark gemacht hatte, als das Pentagon dies noch nicht plante.

Defense Secretary Richard B. Cheney's dramatic decision to fire one of his top generals highlighted the military's problem in striking a balance between informing the press and the public about its massive build up in the gulf region and, at the same time, trying to maintain the secrecy of its operations.¹⁰²⁷

Aus Sicht Cheneys und der Militärführung bestand Dugans Fehler aber neben der Tatsache, dass er die Journalisten informierte vor allem darin, dass er dabei die Befehlskette umging. Dies kritisierte unter anderem die im konservativen Spektrum anzusiedelnde "Washington Times":

'There was a debate prior to the trip about whether reporter should go, and he was advised by senior OSD people it was not a good idea' a defense official said. When General Dugan ignored that advice and then got into trouble, it made it all easier to say: 'Ok, you are fired'.¹⁰²⁸

Das Beispiel Dugan zeigt zwei Dinge: Erstens scheute die oberste Militärführung, in diesem Fall sogar der Verteidigungsminister selbst, nicht vor unpopulären Maßnahmen, wie der Abberufung eines hochdekorierten Spitzengenerals zurück, wenn es um die Durchsetzung einer strikten, restriktiven Informationspolitik ging. Zweitens macht es deutlich, dass das Weiße Haus die Informationspolitik des Pentagon unterstützte. Denn Dugans Entlassung hätte auf Druck des Präsidenten rückgängig gemacht werden können, wenn dieser das gewollt hätte.¹⁰²⁹

Vor der Entsendung des ständigen Pools hatte es, wie ja zum Teil schon aus den oben angeführten Zitaten deutlich wird, erhebliche Diskussionen in der Öffentlichkeit und auch im Pentagon selbst gegeben. Zunächst sah es sogar so aus, als ob überhaupt kein amerikanischer Journalist die Ankunft der US-Truppen vor Ort in Saudi-Arabien hätte mitverfolgen können.¹⁰³⁰ Doch dann entschied sich das Pentagon nach langer Erörterung der Sachlage doch für eine Aktivierung des Pools:

¹⁰²⁷Moore, Molly: "Press Finding Open Doors at Desert Shield. Long Secretive U.S. Military has turned Image-Conscious" in: *Washington Post*, 19.Aug.1990, S.18

¹⁰²⁸Scarborough, Rowan: "Dugan Ignored Advice" in: *Washington Times*, 19. Sept. 1990, S.1

¹⁰²⁹Zu dieser These vgl. "General Dugan's Costly Blunder" in: *Cleveland Plain Dealer*, 19. Sept. 1990, S. 10-B. Der Artikel enthüllt, dass es sich bei der Entlassung Dugans um ein klassisches Bauernopfer und ein Exempel handelte, das alle anderen Militärs als Warnung verstehen sollten, nicht allzu pressefreundlich zu agieren.

¹⁰³⁰Vgl. "Pentagon Pool Not Sent to Gulf" in: *New York Times*, 9.Aug. 1990, S.14

As the United States pours soldiers and machinery of war into Saudi-Arabia, it is only proper that reporters join the troops to tell the American people the story of this massive operation. The Pentagon, after first refusing to allow the press any access now has agreed to bring a media pool to the scene. It's about time.¹⁰³¹

Es ist anzunehmen, dass die Entscheidung für eine Aktivierung des ständigen DOD Media Pools auch durch Druck der Öffentlichkeit und der Presse befördert wurde. Im Juli und August 1990 hatten sich in den US-Tageszeitungen und in den Nachrichtensendungen die Forderungen gehäuft, über das militärische "build-up" am Golf berichten zu dürfen. Die Medien beriefen sich dabei stets auf die von der Verfassung garantierte Informationsfreiheit und das Informationsbedürfnis der Bevölkerung:

U.S. taxpayers will have to pay the bills for most of the Saudi Venture - bills as yet incalculable but predictable painful. They're certainly entitled to know what they'll paying for. The American people want to know what is happening. More important, they have a right to know.¹⁰³²

Ebenso argumentierte die "Minneapolis Star Tribune":

Journalists had complained to the Pentagon about being excluded from covering the deployment of thousands of troops that President Bush ordered last week in response to the invasion of Kuwait. (...) A measure of the thirst for information about such situations can be taken from TV news ratings. Public interest in the Middle East crisis boosted the ratings for the three network evening news shows by 15 percent Monday through Wednesday (...).¹⁰³³

Dass es den einzelnen Medienorganisationen aber neben der Verteidigung der Pressefreiheit und des Rechts, die Bevölkerung zu informieren, auch um wirtschaftliche Interessen ging, wird deutlich wenn man ihr Verhalten in den Treffen des National Media Pools näher analysiert. Jeder Sender, jede Zeitung, jede Hörfunkstation kämpfte für sich, um ihre Journalisten an den Ort des Geschehens zu bekommen. Kein Medium wollte es sich leisten, bei so einem Großereignis im Kampf um Einschaltquoten und Auflagezahlen hinten an zu stehen:

Among the media and the Pentagon bureaucrats in Washington, the argument was not about constitutional principles but about the number and the duration of visas to be made available for each news organization. In the words of the retired "Washington Post" executive editor Benjamin Bradlee, the posture of the individual newspapers and networks in that period was all 'me, me, me, me ...'.¹⁰³⁴

¹⁰³¹"Media Pool: The Pentagon rightly assures journalists access" in: *Detroit Free Press*, 11.Aug.1990, S.10

¹⁰³²"Pentagon wraps must come off", Editorial Opinion in: *The News and Observer*, 12.Aug. 1990, S.J6

¹⁰³³Zipperlen, Gene: "The Problems in Reporting the Middle east Crisis" in: *Minneapolis Star Tribune*, 2.Aug.1990, S.3f.

¹⁰³⁴Mac Arthur, Second Front, S.8

Am 22. August 1990 verliehen 15 Washingtoner Nachrichtenbürochefs der einflussreichsten Zeitungen und Fernsehsender des Landes (zum Beispiel von CNN, NBC und CBS, sowie von „Washington Post“ und „New York Times“) in einem Brief an Präsident Bush ihrer Sorge Ausdruck, dass zu wenige Journalisten nach Saudi-Arabien gelassen worden waren und weiterhin werden sollten:

Those of us listed below, representing the nation's major media organizations in Washington, are deeply concerned about current limitations on open press coverage in Saudi-Arabia.¹⁰³⁵

Obwohl einige Medien in ihrer Berichterstattung ja bereits den Verweis auf die Saudis als Ausflucht des Pentagons enttarnt hatten, vermieden es die Protestbriefschreiber, die US-Regierung direkt anzugreifen und übernahmen in ihrer Note das Argument, dass in erster Linie die Saudis für die Begrenzung des Zugangs verantwortlich zu machen seien. In der Hoffnung auf eine bessere Verhandlungsposition hielten sie den Tenor ihres Protestes – wahrscheinlich auch in Hinblick auf die saudiarabische Herrscherfamilie - recht moderat: "While we appreciate what the Saudis have done in recent days to allow more journalists into their country, we do not understand that access may be cut, (...)."¹⁰³⁶ Diese Taktik stellte sich als kontraproduktiv heraus. Denn dadurch, dass die Medien in ihrem Schreiben an Präsident Bush das Argument, die Saudis seien für die Begrenzung der Anzahl an Reportern verantwortlich, anerkannt hatten, akzeptierten sie gleichzeitig auch, dass die US-Regierung nur begrenzte Einflussmöglichkeiten in dieser Angelegenheit hatte. Dementsprechend konnte Marlin Fitzwater, der Pressesprecher des Präsidenten, den Protestbrief relativ problemlos beantworten:

We all understand, government and media, that the best approach is full and open coverage at all times. The various necessities for pool arrangements, which we have learned to live with in every aspect of journalism today, are never the desired course. (...) Nevertheless, please be assured that we will do everything possible to help meet your needs.¹⁰³⁷

Was an der Antwort von Marlin Fitzwater darüber hinaus auffällt, ist die Tatsache, dass er von der "necessities for pool arrangements" spricht, die angeblich "never the desired

¹⁰³⁵"Letter of Media Organizations concerning press coverage (Aug, 22nd, 1990)" in: *Hearings before the Committee on Governmental Affairs*, S.577

¹⁰³⁶Zit. in: *ibid*

¹⁰³⁷Fitzwater, Marlin: "Responding Letter to Media Protest (Sept. 6. 1990)" in: *Hearings before the Committee on Governmental Affairs* S.642

course" seien. Diese Äußerung wirft zwei Fragen auf: Warum war erstens eine Regelung, die von der Regierung als nicht wünschenswert angesehen wurde, de facto in Kraft ? Und warum sollte zweitens diese nicht wünschenswerte Regel dann nicht nur nicht abgeschafft, sondern sogar noch erweitert werden? Diese Fragen stellten die Zeitungsverleger und Senderchefs in ihren weiteren Protestnoten allerdings nicht. Ebenso wenig monierten die Initiatoren des Protestbriefes an der Antwort Fitzwaters die Tatsache, dass er von der Notwendigkeit von Pools sprach: "Fitzwater's comment about the 'necessities for pool arrangements' should have set off alarm bells, but the media hardly stirred."¹⁰³⁸

Nur bei Sydney H. Schanberg, einem Journalisten, der auch schon den Vietnamkrieg als Reporter miterlebt hatte, läuteten offenbar die Alarmglocken:

We are at war with Iraq, with or without an official declaration - and the lessons of Vietnam are writ large. (...) But the largest lesson our government seems to have taken from Vietnam is the absolute opposite of being candid with the American people. Our leaders have decided, it would appear, that what Vietnam thought them above all was never again let the press have a front-row in military actions. (...) Now we have a pool in Saudi Arabia that, though no fault of the journalists in it, produces feature stories about the weather (it's hot) and the food (it's not good). The journalists can do nothing on their own - not rent a car, not hire their own guide, not even select the American military unit they want to observe. Pentagon escorts pick the sites, accompany the reporters and stand over shoulders as interviews take place.¹⁰³⁹

Ein Grund für die Zurückhaltung bei Verlegern und Herausgebern nach Fitzwaters Antwortschreiben auf die Protestnote ist darin zu suchen, dass im Anschluss an ihr Schreiben (im September 1990) in der Tat - wie von Fitzwater in Aussicht gestellt - weitere Akkreditierungsanträge für die Begleitung der Truppen in Saudi-Arabien wohlwollend behandelt wurden.¹⁰⁴⁰ Auch hier zeigt sich wieder, dass sich die Medienvertreter nicht die wenigen Chancen auf einen Zutritt zum Pool durch harte Kritik an der Presse- und Informationspolitik der Regierung und des Pentagon verspielen wollten. Die Medienvertreter im DOD Media Pool hatten die Poolregelung als solche offensichtlich schon als unabänderbar hingenommen. Jetzt gingen es ihnen darum, den aus ihrer Sicht größten Nutzen aus der Regelung zu ziehen und die Regierungsseite zu weiteren Eingeständnisse bzw. zu einer Erweiterung des Pools zu bewegen.

¹⁰³⁸Mac Arthur, Second Front, S.11

¹⁰³⁹Schanberg, Sydney H. : "Pool Reporters Are Prisoners of War" in: *Newsday*, 21.Aug.1990, S.55

¹⁰⁴⁰ibid

Im Herbst 1990 fanden dann im Pentagon erneut Treffen zwischen der Presse und Pete Williams statt. Ab dem 25. Oktober 1990 waren daran auch erstmals Mitglieder der nicht im ständigen Pool vertretenen Medienorganisation beteiligt. Während dieser Treffen erläuterte Pete Williams den Medienvertretern den Sinn und Zweck der Pools, kündigte erstmals an, den Pool zu erweitern bzw. weitere neue Pools zu errichten, um auch den nicht im ständigen Pool vertretenen Journalisten Zugang zum Golf zu ermöglichen, und er versprach, die Kritik der Journalisten an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Man muss nicht unbedingt soweit gehen wie MacArthur, der Williams Funktion so interpretiert:

To characterize Williams double-talk as Orwellian would be to exaggerate his powers as a manipulator. It is his bland and unaggressive style that is the key to his success. In the familiar law- and order scenario, he plays the quintessential good cop.¹⁰⁴¹

Fest steht aber, dass Williams Aufgabe darin bestand, einen Puffer zwischen Anfragen und drängenden Bitten der Medienvertreter und den obersten Verantwortlichen im Pentagon und der Regierung zu bilden. Auf die Kritik des Journalisten Tom Kurkjian vom "Boston Globe", dass in dem bzw. in den nun für den Ernstfall einzurichtenden Pools auch nur wieder die großen Zeitungen und TV-Sender vertreten sein würden, reagierte Williams mit Kooperationsbereitschaft. Kurkjian beschreibt aus der Erinnerung Williams Rolle näher:

It was a very substantive meeting. Pete said he'd worked on our requests; he was very cooperative on those individual requests. Basically he said, 'Yes I see no problem in getting a plane to go over there once the war goes off. Get your people ready. Give us names, rank, serial number of all the people you would want to send. I could imagine it being a big plane and every one of you here would be able to get one, two, or three people on the plane.'¹⁰⁴²

Bei der Zusammenkunft mit Williams - nennen wir sie im Unterschied zu den Treffen des ursprünglichen 15 Mann starken DOD Media Pools - erweitertes Treffen wurde auch über Zensurfragen diskutiert. Auch hierbei kann das Vorgehen Williams, glaubt man den dokumentierten Erinnerungen der Journalisten - eine offizielle Mitschrift des Treffens gibt es auch in diesem Fall nicht - als diplomatisch beschrieben werden. Denn die Poolregelung wurde zwar angesprochen; sie war aber nur eines von vielen Themen, und nicht das entscheidende.¹⁰⁴³ Williams verstand es also, von einem heiklen

¹⁰⁴¹a.a.O., S.15

¹⁰⁴²Kurkjian, zit. in: MacArthur, Second Front, S.16f.

¹⁰⁴³Vgl. dazu die Erinnerung des Journalisten Andrew Glass, Redaktionschef von "Cox Newspapers": Glass, zit. in: Mac Arthur, S.17. Aus Glass' Berichten geht auch hervor, dass sich Saudis und US-Amerikaner auch zu diesem

Punkt abzulenken. Außerdem erweckte er den Eindruck, dass die Poolregelung nur ein Hilfsmittel in den ersten Tagen des Krieges sein sollte. Der Journalist George Watson sah es so:

Williams says he wants unilaterals [freie Berichterstatter A.d.V.] as soon as possible. (...) Williams says he is talking only about the very early stages of a conflict. When 'maturity of the theatre' is achieved -meaning supply lines and transportation systems are established- then the Pentagon, he says, will welcome unilateral requests.¹⁰⁴⁴

Allerdings mussten die Journalisten, um an ihre Ausweispapiere für Saudi-Arabien zu kommen, die bereits zitierten „ground rules“ unterschreiben. Auf diesen wesentlichen Tatbestand, der Williams Äußerungen diametral entgegenstand, verwiesen die Journalisten auch bei dem erweiterten Treffen nicht. Zumindest gibt es keinerlei Dokumente darüber und auch in den von MacArthur gesammelten mündlichen Erinnerungen findet sich keine Erwähnung dazu. MacArthur bewertet das Verhalten der Journalisten als "surprisingly gullible."¹⁰⁴⁵

Die Äußerung Williams, es werde am Golf in absehbarer Zeit eine freie Berichterstattung geben und die militärische Eskortierung diene lediglich der Sicherheit in der Frühphase des Konflikts war eine bewusste Täuschung. In einem Telefonat mit seinen Untergebenen beim JIB äußerte sich Williams eindeutig über die tatsächliche Intention der militärischen Eskorte:

During the entire war you're the ones who keep journalists out of areas they shouldn't be in. ... Your job is to get them moving ...¹⁰⁴⁶

Am 28. November 1990 fand das zweite erweiterte Treffen im Pentagon statt. Wieder waren neben den "normalen" Journalisten auch 13 Nachrichtenbüro-Chefs, Pete Williams und sein Stellvertreter, Bob Taylor, anwesend. Über diese Treffen ist nicht allzu viel an die Öffentlichkeit gedrungen. Obwohl es keinen ausgesprochen vertraulichen Charakter hatte, war es den Journalisten keinen Artikel wert.¹⁰⁴⁷ Ein Detail soll hier allerdings Erwähnung finden: Williams versprach erneut, auf General Schwarzkopf und

Zeitpunkt noch gegenseitig ein Alibi für die Beschränkung von Akkreditierungsanträgen und Visa gaben: "The Saudis were saying, 'One news organization, one visa;' and saying that's the way the Pentagon wanted it. The Pentagon people were saying, 'No, no we don't have any problem with it. It's the Saudis.'

¹⁰⁴⁴Watson zit. in: MacArthur, Second Front, S.18

¹⁰⁴⁵a.a.O. , S.19

¹⁰⁴⁶Williams, zit. in: ibid . Das Telefonat ist durch einen Bandmitschnitt aus dem Pentagon dokumentiert.

¹⁰⁴⁷Vgl. Menos, S.114

General Powell einzuwirken, die Poolregelung in Bezug auf die militärische Eskortierung zu lockern.

Inzwischen hatten sich die politischen Rahmenbedingungen geändert. Präsident Bush hatte schärfere Töne gegenüber Hussein angeschlagen. Zudem hatte der Präsident die in die Mitte seiner Amtszeit fallenden Kongresswahlen unbeschadet überstanden und so konnte er, ohne unmittelbare politische Konsequenzen erwarten zu müssen, ankündigen, die US-Truppenstärke in Saudi-Arabien zu verdoppeln. Außerdem war inzwischen eine weitere UN-Resolutionen (Resolution 671) verabschiedet worden, die Husseins Invasion gemäß internationalem Recht als illegal einstufte.¹⁰⁴⁸ Die Stimmen, die offen einen Krieg gegen Hussein forderten, waren immer lauter geworden. Pete Williams hatte bereits beim ersten erweiterten Treffen vom 25. Oktober gesagt: "When we go to war, all these questions will be resolved about coverage.' It was 'when', not 'if'."¹⁰⁴⁹

Nur einen Tag nach dem zweiten erweiterten Treffen im Pentagon, verabschiedeten die Vereinten Nationen am 29. November 1990 die Resolution 678. Damit wurden die Mitgliedsstaaten der Völkergemeinschaft autorisiert,

(...) to use all necessary means to uphold and implement Security Council Resolution 660 (1990) and all subsequent relevant resolutions and to restore international peace and security in the area.¹⁰⁵⁰

Damit gab es nun auch eine internationale Legitimation für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak. Die Verantwortlichen in der US-Regierung und im Militär konnten nun jegliche Zurückhaltung in Bezug auf ihre tatsächlichen Kriegspläne aufgeben. Krieg gegen den Irak und vor allem gegen seinen Machthaber Saddam Hussein war im Rahmen der legitimen Kontroverse auch von der Weltöffentlichkeit akzeptiert worden. Damit konnte das Pentagon nun auch Einschränkungen der Pressefreiheit mit dem Verweis auf die Sicherheit von US-Truppen nachhaltiger begründen als zuvor. In einem Memorandum an die 13 "Washington bureau chiefs of the Pentagon Press Corps", die bei den erweiterten Treffen dabei gewesen waren, schrieb Pete Williams:

Since the beginning of Operation Desert Shield I have met twice, ..., with the bureau chiefs of several news organizations that are regular members of the Pentagon press corps. (...) After the second meeting, on November 28th, I briefed Secretary Cheney

¹⁰⁴⁸Sifry & Cerf, The Gulf War Reader, S.34ff.

¹⁰⁴⁹Williams, zit. in: MacArthur, Second Front, S.20

¹⁰⁵⁰Menos, S.145

and General Powell on a concept for combat pools, the result of a month planning and discussions within the Pentagon and with military commanders in the Gulf. After making some suggestions, the Secretary and the Chairman approved the concept. (...). Our staff has since been preparing the more detailed version of the pool concept that will become part of the overall military plan for the operation. (...) A summary of the concept is attached .¹⁰⁵¹

In dieser Zusammenfassung wurden die von Ron Wildermuth bereits spätestens im August im Annex Foxtrot schriftlich fixierten Pläne nun auch den Journalisten offiziell mitgeteilt. An den ursprünglichen presse- und informationspolitischen Plänen des Pentagons und der Regierung hatte sich nichts Wesentliches geändert und das, obwohl Williams bei den Treffen mit den Journalisten stets den Eindruck erweckte, ihre Anregungen und Vorschläge würden berücksichtigt. Dies war aber nur sehr begrenzt der Fall gewesen, und zwar insofern, als dass das Pentagon einer personellen Ausweitung der Pools zugestimmt hatte. Inhaltlich gab es indes keine Zugeständnisse an die Medien: Sowohl der Drei-Stufen Plan als auch die „security review“ und die militärische Eskortierung blieben erhalten und lassen sich in dem Memorandum - zumeist sogar wortwörtlich - wiederfinden.¹⁰⁵²

Bereits einen Tag zuvor (28. November 1990) hatte das Pentagon die "neuen", umformulierten „ground rules“ den Medienvertretern übermittelt. Diese enthielten neben den schon bekannten noch weitere Einschränkungen:

All interviews with service members will be on the record. Security review at the source is the policy. In the event of hostilities, media products will be subject to security review prior to release.¹⁰⁵³

Auf diese Ankündigung reagierten die Medienvertreter nun energischer als bisher. In neuen Protestbriefen forderten sie unter anderem, die security review, die inzwischen offen als "censorship" bezeichnet wurde, fallen zu lassen.¹⁰⁵⁴ Ein Großteil der Briefe befasste sich aber weiterhin nur mit Detailfragen, die ausschließlich das eigene Medium betrafen. Meist ging es darum, weitere Visa für die eigenen Leute zu bekommen. Aber

¹⁰⁵¹Department of Defense Memorandum: *Plans for pools and flight for auxiliary staff in the event of hostilities in the Persian Gulf*, December 14, 1990.

¹⁰⁵²Vgl. den Anhang zum "Department of Defense Memorandum", S.557ff. mit dem Annex Foxtrot, S.279ff.

¹⁰⁵³"Department of Defense. Contingency Plan for Media Coverage of Hostilities. Operation DESERT SHIELD" zit. in: *Hearings before the Committee on Governmental Affairs*, S.298

¹⁰⁵⁴Vgl. beispielsweise: "Letter responding to proposed media pool plans and rules. From: "Boston Globe", December 17, 1990" zit. in *Hearings before ...* S.562 oder: "Letter responding to proposed media pool plans and rules. From: "Knight Ridder", December 17, 1990" zit. in: *Hearings before ...* S. 564 oder: "Letter responding to proposed media pool plans and rules. From: Hearst Newspapers, December 20, 1990" zit. in: *Hearings before ...*, S.570. Es ließen sich hier an die 20 weitere Briefe zitieren, die alle denselben Tenor hatten.

inzwischen hatten einige kleinere Zeitungen die Erkenntnis gewonnen, dass sie von Pete Williams und anderen Pentagon-Bürokraten getäuscht worden waren. Am 4. Januar 1991 fand dann ein letztes Treffen im Pentagon statt.

Die Veranstaltung glich eher einer Pressekonferenz denn einer Diskussionsrunde. Inzwischen war die Zahl der Teilnehmer auf rund 50-100 gestiegen. Williams hatte weitere Medienvertreter eingeladen. Er verkündete vor allem für die Journalisten, die diese noch nicht kannten, die ground rules, erläuterte den Drei-Stufen-Plan und erklärte, dass bei Beginn der Kampfhandlungen ein weiterer Pool eingerichtet würde. Gleichzeitig verwies Williams darauf, dass das Militär ein Flugzeug für den Transport der Journalisten zur Verfügung stellen werde. Auf die Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Kritik der Journalisten bei den letzten Treffen ging er nicht ein. Die Planungsphase war damit abgeschlossen und jetzt bemühte sich Williams nicht mehr, bei den Journalisten den Eindruck zu erwecken, als ob noch etwas zu ändern wäre. Bei diesem letzten Treffen wurde die Pressepolitik nicht mehr diskutiert, sondern lediglich mitgeteilt. Williams Mitarbeiter nahmen die Zusammenkunft auf einem Tonband auf, dies war vorher nicht der Fall gewesen.¹⁰⁵⁵

Infolgedessen erreichten Verteidigungsminister Dick Cheney und Pete Williams eine Flut von Protestbriefen. Inzwischen hatten fast alle größeren Medienkonzerne ihr Missfallen geäußert. Eine offizielle Absprache und koordiniertes Vorgehen zwischen den einzelnen Zeitungen und Sendern gab es aber nicht. Selbst zu diesem Zeitpunkt, als die Periode der Diskussionen und informellen Verhandlungen endgültig vorbei war, artikulierten die Zeitungen und Sender ihren Protest in der Regel immer noch relativ moderat. Am 9. Januar 1991 schrieb Benjamin Bradlee, Chefredakteur der „Washington Post“, an den direkten Vorgesetzten von Pete Williams, Verteidigungsminister Dick Cheney:

You have the weight of the world on your shoulders and I really hesitate to intrude on you. But please don't let this proposed security review happen. I think it will be poison to the good atmosphere between the press and the Pentagon and erode credibility to each of our detriment.¹⁰⁵⁶

Dieser Brief kritisierte zwar die „security review“, es wird aber auch noch etwas anderes aus ihm ersichtlich. Wenn Bradlee von der "guten Atmosphäre zwischen der Presse und

¹⁰⁵⁵Mac Arthur verweist darauf, dass das Tonband oder eine Mitschrift des Treffens trotz eines Antrages auf Grund des Gesetzes über die Informationsfreiheit vom Pentagon nicht freigegeben wurde. Vgl. Mac Arthur, Second Front, Anmerkung auf S.30

¹⁰⁵⁶"Letter concerning security review policy. From: The Washington Post, January 9, 1991" in: *Hearings before* S.607

dem Pentagon" spricht, ist dies nicht nur eine Höflichkeitsfloskel. In der Tat hatten viele Journalisten die Treffen bei Williams und die Zusammenarbeit als fruchtbar empfunden. Noch im Januar 1991, als die endgültigen „ground rules“ schon bekannt waren, zeigten die Medien bei aller Kritik immer noch Verständnis für das Vorgehen des Pentagons. Ein typisches Beispiel dafür war der Brief Shelby Coffeys von der „Los Angeles Times“:

We understand and appreciate the negotiations that have improved some of the conditions. But at the Los Angeles Times, we remain disturbed by the Pentagon's position that combat must be covered exclusively by pools.¹⁰⁵⁷

Selbst die vier größten Fernsehsender der USA (ABC, CBS, CNN und NBC), die man durchaus als eine Ansammlung von Medienmacht bezeichnen kann und die nun gemeinsam (allerdings immer noch ohne andere TV-Sender oder Zeitungen) ihren Protest formulierten, hielten sich in ihrer Kritik zurück. Auch hier heißt es schon zu Beginn ihres Schreibens: "We understand and accept the need for ground rules (...)". Erst später wird die Kritik deutlich " 'Security review' may not be censorship in its purest form, but it compromise the free flow of information with official intrusion and government oversight."¹⁰⁵⁸ Trotz dieser Erkenntnis lehnten die Chefs der vier wichtigsten Fernsehsender des Landes die Grundregeln, in denen eben genau die schriftliche Zustimmung zu der kritisierten Sicherheitsüberprüfung gefordert war, nicht generell ab. Sie verwiesen darauf, dass sich das Pentagon auf die Journalisten verlassen könne: "The long years of war in Vietnam clearly proved that journalists can be relied on to adhere voluntary to appreciate security ground rules."¹⁰⁵⁹ Doch auch der Brief der vier größten Fernsehsender änderte nichts an der Tatsache, dass die Grundregeln - so wie geplant - vom Pentagon auch in die Tat umgesetzt wurden. Der Hinweis auf Vietnam dürfte nicht gerade dazu beigetragen haben, das Pentagon zu einer Änderung seiner Pressepolitik zu bewegen. Denn nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen aus dem Vietnamkrieg hatte das Pentagon die Pressepolitik im Golfkrieg ja überhaupt so auf den Weg gebracht.

Von den großen und einflussreichen Medienorganisationen protestierte lediglich das Nachrichtenmagazin „Time“ heftiger. In einem Schreiben des Time-Herausgebers

¹⁰⁵⁷"Letter responding to revised ground rules and guidelines. From: The Los Angeles Times, January 11, 1991" in: *Hearings before*, S.614

¹⁰⁵⁸Dieses und die beiden vorhergehenden Zitate finden sich in: "Letter responding to revised ground rules and guidelines. From: ABC News, CBS News, CNN, NBC News, January 9, 1991" in: *Hearings before*, S.604

¹⁰⁵⁹ibid

Henry Mullers an Verteidigungsminister Cheney heißt es in Bezug auf die Treffen und die vermeintlichen Eingeständnisse Pete Williams:

Even so, profound differences remain. The greatest of these involves the Pentagon's insistence that any war be covered exclusively by so-called pools. This is simply unacceptable. Pools are intended as short term, stop-gap measures until independent coverage can be arranged. I know of no precedent for the kind of open-ended and severely limiting policy that the Pentagon is contemplating in this case. The other major difference from TIME's perspective is the formal reimposition of censorship for the first time since Korea in an actual wartime situation. I realize Pete Williams denies that a 'security review' is in fact censorship, but I disagree. We have already had experiences showing how an innocent-sounding review can be abused.¹⁰⁶⁰

Am 10. Januar 1991 erhob dann eine Gruppe kleiner Wochen- und Monatszeitschriften, vertreten durch das "Center for Constitutional Rights", Klage vor dem New Yorker Bundesgericht, nach dem am 9. Januar die endgültige Pressepolitik im Golfkrieg noch einmal von der Administration offiziell verkündet worden war. Die Klage richtete sich gegen das Pentagon und wurde damit begründet, dass die Poolregelung nicht verfassungsgemäß sei. Im April 1991 - also bereits nach Ende des Krieges - wies Richter Leonard B. Sand die Klage ab. Als Begründung führte er den Rechtsgrundsatz der überholenden Kausalität an. Das Ende des Krieges und damit die Aufhebung der Pressebeschränkungen habe die eigentliche Klagegrundlage aufgehoben. Es bestünde demzufolge kein akuter Handlungs- und Entscheidungsbedarf mehr.¹⁰⁶¹

Bemerkenswert ist, dass sich keines der größeren und damit einflussreicheren Medienorgane an der Klage beteiligt hatte. Infolge des letzten Medien-Pentagon Treffens vom 4. Januar 1991 sandte Pete Williams am 15. Januar 1991, also nur drei Tage nach der Verabschiedung der "Joint Congressional Resolution Authorizing The Use Of Force Against Iraq" und nur einen Tag vor Beginn der ersten Luftangriffe auf den Irak, ein weiteres, letztes Memorandum an die "Washington bureau chiefs", in dem die Pentagon-Regeln noch einmal manifestiert und als für den Krieg gültig erklärt wurden. Darin heißt es unter anderem:

Last Monday I sent you copies of our revised for press coverage of combat operations and guidelines for correspondents that are intended to meet them specific operational environment of the Persian Gulf. I appreciate the comments I have received from some

¹⁰⁶⁰"Letter concerning press pool restrictions. From: Time, January 9, 1991 in *Hearings before...*, S.606

¹⁰⁶¹Allerdings erwähnte Sand in seiner Urteilsbegründung auch, dass das Recht des Präsidenten gemäß Artikel II nicht höher zu bewerten sei, als das Recht der Presse gemäß des ersten Zusatzartikels zur Verfassung. Vgl.: "Opinion. United States District Court. Judge Leonard B. Sand. United States District Court. Southern District of New York, April 16, 1991" in: *Hearings before...*, S.1432

of you and understand your concerns, particularly with respect to security review and pooling in general.¹⁰⁶²

Bis zu Beginn und auch noch während des Krieges erweckte Williams den Anschein, als ob er den Sorgen und Anregungen der Journalisten Rechnung tragen wolle. In Wirklichkeit tat er dies aber nicht und setzte die Regeln wie vom Pentagon geplant und nicht etwa durch Anregungen von Journalisten modifiziert um. Denn nur zwei Zeilen später heißt es in demselben Memorandum: "The ground rules have been reviewed and approved with no major changes. They became effective today." Damit war zwar die spätestens seit August andauernde Debatte zwischen Medienvertretern und dem Pentagon nicht beendet. Die Machtfrage und Entscheidungskompetenz war indes klar zu Gunsten des Pentagons entschieden worden. Für die Medienvertreter gab es keinerlei Möglichkeit mehr, auf die Pressepolitik einzuwirken. Wer am Krieg teilnehmen wollte, musste sich den Regeln fügen.

Zusammenfassend kann also konstatiert werden, dass die Medien die einzige Chance, die sie im Vorfeld des Krieges gehabt hätten, die Pressepolitik im Krieg mitzuprägen, verspielten. Statt von Anfang an massiv gegen die ihnen bekannten Grundregeln, die Sicherheitsüberprüfung und vor allem generell gegen die Pool-Regelung zu protestieren, konzentrierten sich die meisten großen Medienkonzerne darauf, ihren eigenen Platz im Kriegsgeschehen und damit ihre Einschaltquoten und Auflagezahlen beim Medienspektakel Golfkrieg zu sichern. Einer der scheinbaren Widersprüche der amerikanischen Golfkriegsberichterstattung war es, dass sich die Medien einerseits schon vor und während des Krieges über die Einschränkung der Berichterstattung beschwerten und diese auch in ihren Publikationen zum Teil thematisierten, andererseits aber genau auf die von ihnen kritisierten Quellen in ihrer Berichterstattung zurückgriffen. Dieser Widerspruch lässt sich wie folgt auflösen: Da die Medien durch die Pool-Regelung keine alternativen Informationsquellen hatten, gleichzeitig aber auch nicht auf die Berichterstattung verzichten wollten, griffen sie auf die offiziellen Informationen zurück. Dieses Phänomen wurde bereits unter dem Stichwort „Abhängigkeit von Quellen“ thematisiert. Zum anderen zeigt sich an diesem scheinbaren Widerspruch aber auch, dass es **eine** einheitliche Linie der Medien nicht gab. Obwohl zum Beispiel der ehemalige CBS-Korrespondent Marvin Kalb schon Anfang September 1990 auf das Problem der einseitige Berichterstattung hingewiesen hatte und das US-Fernsehen als "too jingoistic, too much focus on the military and a

¹⁰⁶²"Assistance Secretary of Defense Memorandum. For: Washington Bureau Chiefs of the Pentagon Press Corps. January 15, 1991" in: *Hearings before ...* S.636

rush to avoid complex issues" kritisiert hatte, war es vor allem das Fernsehen, das während des Krieges diese Kritik und Warnung häufig ignorierte.¹⁰⁶³

Die Redakteure der großen TV-Sender waren sich schon vor Ausbruch des Krieges darüber bewusst, dass eine Einschränkung des Zugangs zum Kriegsschauplatz auch zu einer Einschränkung der Berichterstattung führen würde. So erklärte der Produzent der Sendung "ABC World News Tonight" Paul Friedman in einem Zeitungsinterview am 23. Oktober 1990:

I expect restrictions. Every since the Vietnam War, the feeling among the Armed Forces is that the media was responsible for their problems and access has been difficult. What we'd like is to avoid a pool and live with Armed Forces wherever we can and be where we have to be.¹⁰⁶⁴

Abschließend stellt sich also erneut die essentielle Frage, warum die Medien nicht wesentlich stärker gegen die Poolregelung und damit gegen eine Einschränkung der Pressefreiheit protestierten und gemeinsam ihr Gewicht als geballte Medienmacht gegen die Presse- und Informationspolitik des Pentagons einsetzten.

Mit den in der Einleitung vorgestellten Interpretationen des realistischen und skeptischen Ansatzes lässt sich dies auf drei Ebenen erklären: Zunächst ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der Medienkonzerne von hohen Quoten und Auflagen sowie der extrem angewachsene Konkurrenzkampf auf dem Medienmarkt zu nennen. Hinzu kam zweitens der Faktor Selbstzensur und die hohe Akzeptanz für einen Krieg auch auf Seiten der Journalisten. Und drittens hatten die Zeitungen und Sender bei ihren Lesern und Zuschauern nur relativ wenig Zuspruch erfahren, wenn es um eine unbedingte und vorbehaltlose Verteidigung der Pressefreiheit in einem Krieg ging. Das hatten in jüngerer Vergangenheit die Beispiele Grenada- und Panamainvasion gezeigt. Ein Großteil der Bevölkerung akzeptierte auch im Golfkrieg die vom Pentagon erlassenen Zensurmaßnahmen:

Despite repeated complaints by reporters and news executives about access to information about the war, 78 percent of those surveyed said the military is not hiding bad news and is telling the public as much as it can under the circumstances, according to the analysis by the Times Mirror Center for the People and the Press.¹⁰⁶⁵

¹⁰⁶³Marvin Kalb auf dem Medienforum "CNN World Report Contributors Conference" zit. in: "US Media play military's tune, TV veteran says of gulf coverage" in: *Atlanta Journal and Constitution*, 5. September 1990.

¹⁰⁶⁴Friedman zit. in: Gardella, Kay: "The rules of war coverage" in: *New York Daily News*, 23. Oct. 1990, S.18. Ähnlich werden auch der CNN Präsident Johnson und der NBC-Auslandschef Miller in demselben Interview zitiert.

¹⁰⁶⁵Kurtz, Howard: "Media's Mixed Reviews" in: *Washington Post*, 31. Jan. 1991.

Der allgemeine politische Konsens war auf Krieg eingestellt. Das wiederum hatte auch mit der Rolle der Medien zu tun, die vor dem Krieg stets den Eindruck erweckten, dass ein Krieg realpolitisch unabdingbar und gleichzeitig moralisch gerechtfertigt wäre. Außerdem hatten die Medien in ihrer Berichterstattung einen Großteil der offiziellen Regierungspropaganda übernommen.

Die Schlacht der Lügen: Zensur, Desinformation und Propaganda

In den 43 Tagen der "Operation Desert Storm" sind nach Angaben des Pentagon über 1300 Berichte durch Presseoffiziere eingesehen worden. Nur fünf davon wurden nach Washington weitergeleitet und dort verhandelt. Dies war die letzte Station im System der Sicherheitsüberprüfung.¹⁰⁶⁶ Alle anderen Berichte waren schon vor Ort gemäß der Grundregeln direkt durch den zuständigen Presseoffizier des jeweiligen Pools überprüft und zensiert worden („censorship at source“). In einem der fünf umstrittenen Berichte, die die letzte Überprüfungsstation erreichten, beschrieb der Washington Times-Korrespondent Michael Hedges die Arbeit einer US-Aufklärungseinheit. Der Bericht war bereits in Dharan vom JIB geändert worden und wurde danach in seiner veränderten Form von den Verantwortlichen in Washington genehmigt.¹⁰⁶⁷ In der Zensur-Statistik des Pentagons werden nur die in Washington verhandelten Berichte erfasst. Über die Zensur der Presseoffiziere auf den Kriegsschauplätzen selbst, also über die "censorship at source", werden vom Pentagon bis heute keine übergeordneten, quantifizierende Angaben gemacht, obwohl dies die gängigere und am meisten praktizierte Form der Zensur war. Die „censorship at source“ (Zensur am Ort) ist lediglich durch die davon betroffenen Journalisten zum Teil selbst dokumentiert worden.¹⁰⁶⁸ Auch die Auswirkungen der ständigen Begleitung der Reporter durch Presseoffiziere auf die Berichterstattung wurden vom Pentagon nicht erfasst. Im Folgenden sollen daher einige Beispiele der von Journalisten überlieferten Fälle vorgestellt werden.

Frank Bruni von der "Detroit Free Press" beschrieb in einem Bericht über eine F-

¹⁰⁶⁶Vgl. : *Conduct of the Persian Gulf Conflict. An Interim Report to Congress*, 102nd Congress, 1st Session, US-Government Printing Office, Washington D.C. 21.Feb.1991, S.19-2 . Vier der fünf Berichte wurden in der Form, die dem Pentagon vorgelegt wurde, freigegeben. Einer wurde vom Verfasser geändert und konnte dann publiziert werden.

¹⁰⁶⁷Vgl. Williams, Louis A.: "The Press and the Persian Gulf War" in: *Parameters*, Nr.6, 1991.

¹⁰⁶⁸Vgl. Jacobs, Matthew J.: "Assessing the Constitutionality of Press Restrictions in the Persian Gulf War" in: *Stanford Law Review*, Autumn 1992, S.675-726

117 A Bomberstaffel die Stimmung der Piloten mit dem Adjektiv "giddy" (schwindelig oder flatterig). Dieses Adjektiv wurde bei der Durchsicht des Artikels durch den zuständigen Presseoffizier in "proud" (stolz) geändert.¹⁰⁶⁹ Ein anderen Fall der Einschränkung der Berichterstattung durch Presseoffiziere, gab es an Bord des US-Flugzeugträgers "John F. Kennedy". Kampfpiloten hatten gegenüber einem Korrespondenten der Nachrichtenagentur "Associated Press" (AP) erwähnt, sie entspannten sich vor ihren Kampfeinsätzen bei pornographischen Videofilmen. Dieses Detail wurde in dem Bericht vom zuständigen Presseoffizier mit der Bemerkung es sei "too embarrassing", gestrichen.¹⁰⁷⁰ Aber nicht nur Journalisten wurden kontrolliert, sondern auch Angehörige der Armee. So zensurierte das JIB Briefe eines Unteroffiziers der Luftwaffe an die Regionalzeitung seiner Heimatstadt. Der Soldat hatte in seinen Briefen die mangelhaften Sanitäranlagen und die allgemein schlechten Lebensumstände in Saudi-Arabien beklagt. Außerdem, und das war wohl aus Sicht der Zensoren der entscheidende Faktor, zweifelte er in seinen Briefen am Sinn und Zweck der Operation Desert Storm.¹⁰⁷¹ Berichte über christliche Feldgottesdienste in Saudi Arabien wurden mit der Begründung zensiert, sie könnten die religiösen Gefühle der gastgebenden Nation verletzen.¹⁰⁷² In anderen Fällen gab es keine Begründung für die Zensurmaßnahmen. Dies gilt beispielsweise für einen Bericht über den Einschlag einer Rakete in eine amerikanische Militärbaracke in der Nähe von Dharan. Bei diesem Zwischenfall wurden 27 amerikanische Soldaten getötet. Der Fotograf Scott Applewhite versuchte, die beschädigte Baracke zu fotografieren. Bei diesem Versuch wurde er von 15 amerikanischen und saudi-arabischen Militärpolizisten geschlagen und schließlich mit Handschellen gefesselt. Ein Bericht über diesen Zwischenfall erschien erst, als der Krieg bereits beendet war.¹⁰⁷³

Eine andere häufig praktizierte Form der direkten Zensur im Golfkrieg bestand darin, dass sich Presseoffiziere bei Live-Interviews mit Soldaten vor die laufenden Kameras stellten und das Interview für beendet erklärten. Oftmals reichte auch schon

¹⁰⁶⁹ibid

¹⁰⁷⁰Vgl. Kellner, Douglas: *The Persian Gulf TV War*, Boulder 1992, S.198. Dieses in der Tat für den Kriegsverlauf völlig unwichtige Beispiel zeigt, dass es bei der "security review" nicht ausschließlich um Fragen der Sicherheit ging, wie von den Militärs und vom Pentagon behauptet. Sinn und Zweck der "security review" war es, de facto jegliche mögliche negative Berichterstattung zu verhindern. In dem oben erwähnten Beispiel ging es dabei um das allgemeine Image der Soldaten in der amerikanischen Presse.

¹⁰⁷¹Vgl. "United Press International (30.Nov.1990)" zit. in Kellner, S.84 Auszüge der Briefe finden sich auch bei MacArthur, *Second Front*, S.167-169

¹⁰⁷²Gordon, Michael R.: "Pentagon Seeks Tight Limits on Reporters in Gulf War" in: „*New York Times*“, 4.Jan. 1991.

¹⁰⁷³Kellner, *TV-War*, S.84

die Anwesenheit eines Offiziers, um den interviewten Soldaten zu beeinflussen. Der Journalist Gary Matsumoto beschrieb dies so:

When ever I began interviewing a soldier, this PAO [Public Affairs Officers, A.d.V.] would stand right behind me, stare right into the eyes of the soldier, stretch out a hand holding a cassette recorder, and click it on (...) . This was patient intimidation (...) which was clear from the soldiers reactions. After virtually every interview, the soldier would let out a deep breath, turn to the PAO, and ask something like:, 'Can I keep my job?' ¹⁰⁷⁴

Erhebliche Möglichkeiten zur Beeinflussung der Berichterstattung hatte das Militär zudem durch seine sprachliche Darstellung der Ereignisse. Der Nachweis für diese Form der indirekten Beeinflussung ist nur sehr schwer zu führen, da aus den Golfkriegsberichten nicht hervorgeht, an welcher Stelle genau sie redigiert worden sind oder wann Journalisten von sich aus die Militärsprache übernahmen. Der Effekt für den Zuschauer oder Leser blieb aber in beiden Fällen identisch. Es ging um eine Verharmlosung von negativen Dingen, eine Glorifizierung positiver Ereignisse oder um das Herunterspielen eigener Fehler. Einige Journalisten, die diesen Effekt der Militärsprache erkannten, bezeichneten sie in Anlehnung an die Bezeichnung "Doublespeak" aus George Orwells Roman "1984", als "Warspeak". Für diese Art der sprachlichen Verzerrung nennt Medienwissenschaftler Kellner folgende Beispiele:

The coalition forces 'engaged' the enemy rather than attacking it. Instead of dropping bombs or firing weapons, planes 'dropped' ordnance". If the bombs missed their targets, 'incontinent ordnance delivery' resulted, which produced "collateral damage", a neologism for civilian deaths as accidental damage.¹⁰⁷⁵

Weitere Beispiele für Sprachverzerrungen und Euphemismen, das geht aus der Lektüre der Golfkriegsberichte hervor, sind zum Beispiel die Bezeichnung von Zerstörungen militärischer Ziele als "visited", "aquired", "taken out", "serviced" oder "neutralized". Das Verb "kill" wurde in den Berichten oftmals durch "eliminate", "hurt" oder "atrit" ersetzt. Die dänische Zeitung "Politikeen" analysierte den Sprachgebrauch der US-Militärs zudem in Hinblick auf seine unterschiedliche Verwendung bei eigenen Aktionen und denen des Gegners:

**The Allies have:
Army, Navy and Air Force**

**The Iraqis have:
A war machine**

¹⁰⁷⁴Matsumoto, Gary, zit. in: Mac Arthur, Second Front, S.171. Die implizierte Drohung, den Job zu verlieren, falls man etwas Falsches sagen würde, ist für die US-Soldaten besonders essentiell gewesen, da es sich in der Regel Berufssoldaten und nicht um Wehrpflichtige handelte.

¹⁰⁷⁵Kellner, TV-War ,S.238

**Guidelines for journalists
Briefings to the Press**

**The Allies:
Eliminate
Neutralize
Hold on
Conduct precision bombing**

**The Allied soldiers are:
Professional
Cautious
Full of courage
Loyal
Brave**

**Censorship
Propaganda**

**The Iraqis:
Kill
Kill
Bury themselves in holes
Fire wildly at anything**

**The Iraqi soldiers are:
Brainwashed
Cowardly
Cannon fodder
Blindly obeying
Fanatic ¹⁰⁷⁶**

Kellner weist daraufhin, dass der Medienkritiker Solomon in seiner Kritik sogar noch einen Schritt weitergeht und die militärische Sprache als "linguicide" bezeichnet:

When the slaughter of civilians ist called 'collateral damage', that's linguistic. (...) The degradation of meaning and language is not harmless for it is language that we use to make sense of the world, (...) and if language is debased or degraded, so is our consciousness, our communication, and our social interactions.¹⁰⁷⁷

Nahe liegt, dass die sprachliche Darstellung der Ereignisse im Golfkrieg vom Militär ganz bewusst gewählt wurde und dass auch die Unüberprüfbarkeit der redaktionellen Bearbeitung der Berichte durch das JIB kein Zufall war.¹⁰⁷⁸

Zensierende Auswirkung auf die Arbeit der Journalisten am Golf hatte auch die Vorgabe, nach der alle in den Pools entstandenen Berichte ausschließlich durch das Militär übermittelt werden durften.¹⁰⁷⁹ Es ergaben sich in fast allen Fällen erhebliche Verzögerungen bei der Übermittlung an das Pressezentrum in Dharan, von wo aus die Berichte schließlich an die Heimatredaktionen weitergeleitet wurden:

Copy was regularly delated, sometimes purportedly because of the military review process, and sometimes for no apparent reason at all ... it often took three to four days.¹⁰⁸⁰

¹⁰⁷⁶"Politikern" zit. in: *In These Times*, 13.Feb. 1991, S.5

¹⁰⁷⁷Solomon zit. in : Kellner, TV-War, S.239

¹⁰⁷⁸Vgl. dazu die Interpretation Kellners, TV-War, ibid

¹⁰⁷⁹Vgl. dazu: "Centcom Pool Membership and Operating Procedures" in: *NND 003 099, (NA)*.

¹⁰⁸⁰Gottschalk, Marie: "Operation Desert Cloud: The Media and the Gulf War" in: *World Policy Journal* (Summer 1991), S.455

Laut einer Statistik des JIB dauerte der Transport der Poolberichte in 21 Prozent der Fälle weniger als zwölf Stunden, 69 % gingen nach zwei Tagen ein und zehn Prozent der Berichte brauchten mehr als drei Tage. Im JIB wurden die eingehenden Berichte häufig, diesmal entgegen den Bestimmungen der „security review“, die eine Überprüfung durch den Presseoffizier vor Ort vorsahen, erneut überprüft. Dies führte zu weiteren Verzögerungen bei der Weiterleitung der Berichte in die Heimatredaktion. In einigen Fällen erreichten die Poolberichte das JIB überhaupt nicht.¹⁰⁸¹ Die Verzögerungen bei der Weiterleitung hatten zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Verwertbarkeit der Berichte. So wurde beispielsweise ein Artikel des „New York Times“ Korrespondenten Malcolm W. Browne erst nach insgesamt über 48 Stunden der Redaktion in New York zugänglich. Zu diesem Zeitpunkt war der Bericht bereits überholt und wurde nicht mehr publiziert.¹⁰⁸² Der bereits erwähnte Artikel von Fred Bruni wurde ohne offizielle Begründung zwei Tage zurückgehalten, bevor er an die "Detroit Free Press" weitergeleitet wurde. Die Verzögerungen wurden vom Pentagon als menschliches Versagen bezeichnet und auf die angeblich mangelnde Ausbildung der Presseoffiziere zurückgeführt.¹⁰⁸³ Diese wiederum wurde damit gerechtfertigt, dass es seit Beendigung des "Wartime Information Security Program" im Jahre 1987 kein Training von Presseoffizieren mehr gegeben habe.¹⁰⁸⁴

Diesem Argument sind indes begründete Zweifel entgegen zu bringen. An Hand der vorliegenden Quellen lässt sich ersehen, dass die Presseoffiziere regelmäßig selbst darüber unterrichtet wurden, wie sie sich gegenüber der Öffentlichkeit, der Militärführung und vor allem der Presse zu verhalten hatten. Ganz besonders interessant ist hierbei die Weiterentwicklung der pressepolitischen Richtlinien und vor allem der übergeordneten Strategie. Sie stellte eine erhebliche qualitative Veränderung dar. So sollten die Presseoffiziere in den Pools nicht mehr nur - anders als in den vorhergehenden Kriegen - reagieren, sondern agieren. Das bedeutete, ihre Aufgabe beschränkte sich nicht nur darauf, die Anfragen der Journalisten zu beantworten. Zugleich wurden die einzelnen Presseoffiziere des Militärs in allen Waffengattungen explizit darauf hingewiesen, selbst die Agenda der Themen zu setzen. Neben ihrer Zensurtätigkeit bestand ihre Aufgabe im

¹⁰⁸¹"Seventh Corps was simply a black hole" bemerkt dazu der Korrespondent des "Wall Street Journal", Fialka, John zit. in: Smith, Hedrick, Media, S.130

¹⁰⁸²Browne berichtet selbst über diesen Vorfall: Browne, Malcolm W.: "The Military versus the Press" in: „*New York Times*“ *Magazine*, March 3rd, 1991, S.44-5

¹⁰⁸³Williams, Louis A.: "The Press and the Persian Gulf War" in: *Parameters* (Autumn 1991), S.8

¹⁰⁸⁴Vgl. dazu einen Brief von Pete Williams an das "Senate Committee on Governmental Affairs" in: "Pentagon Rules on Media Access to the Gulf War" in: *Senate Hearing 102-178* (20.Feb. 1991), S.146-7

aktiven *News-Management* (PR- und Presselenkungstechniken). Sie sollten also die Sicht des Militärs über den Krieg, an den Mann bzw. an die Frau bringen:

One of our greatest challenges is providing the American people and the news media with indicators of how well U.S. forces are doing (...) We need to find and articulate the stories of our airmen, soldiers, sailors and marines (...) Assemble these stories in narratives and send them to CENTCOM via message or fax. (...) If we need additional information, we will contact you on a secure line.¹⁰⁸⁵

Diese Anordnung des Zentralkommandos aller Waffengattungen (CENTCOM oder Central Command) ist nur eine von vielen an die Presseoffiziere in den Pools. So gibt es zum Beispiel konkrete Handlungsanweisungen, wie mit einem ganz bestimmten, einzelnen Bericht umzugehen sei.¹⁰⁸⁶ Daneben existiert ein Dossier dazu, wie eine Gruppe von militärischen Aktionen in der Öffentlichkeit kommuniziert werden sollte.¹⁰⁸⁷ Außerdem lassen sich Anordnungen über die Behandlung von religiösen Festen finden.¹⁰⁸⁸ Mit diesen und über 60 weiteren "Public Affairs Guidances" lässt sich belegen, dass das CENTCOM einen regen Kontakt zu den Presseoffizieren hielt und diese speziell ausbildete. Die Häufigkeit der Verzögerungen bei der Weiterleitung von journalistischen Artikeln und das inhaltliche Parallelverhalten bei der vermeintlichen Begründung dieses "Fehlers" legt daher einen Schluss sehr nah: Bei den Verzögerungen handelte es sich nicht ausschließlich um menschliches Fehlverhalten auf Grund mangelnder Ausbildung der Offiziere, sondern vielmehr um eine sehr bewusst geplante Taktik.

Das Militär hatte aber nicht nur in Bezug auf die Pools seine Presse- und Informationspolitik neu justiert und weiter verfeinert. Unter dem Begriff *News-Management* können zahlreiche einzelne Presselenkungstechniken und die Öffentlichkeit beeinflussende Maßnahmen subsumiert werden. Inzwischen liegt eine beachtliche Anzahl von Einzelstudien vor, die diese Techniken untersucht haben und dabei auch in Feinanalysen den euphemistischen Begriff *News Management* dekodieren konnten.¹⁰⁸⁹ In dieser Arbeit wird der Blick indes stärker auf die Vernetzung und

¹⁰⁸⁵"Public Affairs Briefs for Desert Shield Units" in: *181100Z AUG 90 (NA)*.

¹⁰⁸⁶Vgl. "Guidance on Washington Post Article of 16.Sep.1990" in: *172100Z SEP 90 (NA)*.

¹⁰⁸⁷"Public Affairs Guidance: PAG for Amphibious Operations" in: *291800Z SEP 90 (NA)*.

¹⁰⁸⁸"Public Affairs Guidance: Media Coverage of Christmas and Hannukkah" in: *031809Z NOV 90 (NA)*.

¹⁰⁸⁹Zu diesen investigativen Studien, die auf Interviews mit Zeitzeugen, soziologisch-empirischen Untersuchungen, den zugänglichen Quellen des Militärs und der Regierung sowie einer zum Teil täglichen Auswertung der TV-, Hörfunk- und Zeitungsberichterstattung basieren, zählen unter anderem die Arbeiten von Denton, Taylor, MacArthur, Fialka, Adubato, Mowlana oder Leslie. Vgl. dazu die Literaturliste im Anhang.

Kombination der unterschiedlichen Techniken, auf ihre Wirkung und ihre Zielrichtung, kurz auf ihren gemeinsamen Zweck, gerichtet.

Eine dieser Techniken war wie in allen Kriegen zuvor die Propaganda. Schon im Vorfeld des Krieges häuften sich in der politischen Rhetorik der Bush-Administration historisierende Anspielungen oder direkte Aussagen, die Saddam Hussein mit Adolf Hitler verglichen. Abgesehen davon, dass beide als Diktatoren und Tyrannen dargestellt wurden, wurde vor allem der Massenmord an den Kurden als Vergleichsgrundlage für den Holocaust herangezogen. Obwohl dieser Vergleich jeder seriösen wissenschaftlichen Grundlage entbehrte, hinderte dies die US- und Weltpresse nicht daran, diesen Vergleich zu übernehmen. Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung der Berichterstattung der Golfkriegs-Rhetorik kommt zu dem Schluss, dass dies das Ergebnis propagandistischer Anstrengungen war:

The fact, that the name Saddam Hussein ranked number seven of the list of the mostly used words and phrases in US media coverage of the war already mentioned, and that the name of Hitler was connected to Saddam in 25 percent of the cases, shows that we are talking about a campaign and not about isolated examples.¹⁰⁹⁰

Um eventuellen Missverständnissen vorzubeugen, sei hier noch einmal ausdrücklich erwähnt, dass es dem Autoren dieser Arbeit nicht darum geht, die unbestrittenen Menschenrechtsverbrechen der irakischen Regierung zu relativieren. Es soll hier ausschließlich deutlich gemacht werden, wie das News Management des Pentagons funktionierte und welchem Zweck es diente. So ist es ein integraler Bestandteil erfolgreicher Propaganda, unbestrittene Fakten - wie zum Beispiel die Tatsache, dass Iraks Präsident Hussein in seinem Land ein diktatorisches Regime etabliert hatte und Giftgasangriffe auf die kurdische Bevölkerungsminderheit durchführte - aus ihrem historischen Zusammenhang loszulösen und damit zu meinungslenkenden Zwecken zu nutzen. Dies war bei den Hussein-Hitler-Vergleichen der Fall.¹⁰⁹¹

The media are of course not to blame for telling the truth about the terrible things Saddam Hussein was responsible for. However what was less convincing was that these things had not been in the headlines as long as Saddam's regime was regarded as a Western ally. There was little mention of the fact that Hussein was armed by the Western powers now allied against him, that he had received help from the Soviet

¹⁰⁹⁰Miller, Media at War, S.42

¹⁰⁹¹Für eine detaillierte, qualifizierende und quantifizierende Untersuchung des Hitler-Hussein-Vergleichs in der Golfkriegsberichterstattung der US-Medien vgl. auch Shaw, Donald L.: "The Natural, and Inevitable Phases of War Reporting: Historical Shadows and New Communication in the Gulf War" in: Denton, Robert: *The Media and the Persian Gulf War*, S.43ff.

union and the KGB to build up his military machine and secret police, or that the USA had used him vigorously in their fight against Iran after Khomeini came to power.¹⁰⁹²

Weitere propagandistische Mittel waren die Fokussierung auf die Person Saddam Hussein und seine Darstellung als "Irrer von Bagdad", wie nicht nur das deutsche Boulevardblatt "Bild" wörtlich titelte, sondern sinngemäß auch renommierte amerikanische Zeitungen, wie z.B. das "Wall Street Journal".

The portrayal of Saddam Hussein after the invasion of Kuwait offers rich material in this respect. In headlines, cartoons and articles all over the world he was compared to Hitler (also by President Bush) (...) psychiatrists were interviewed on television and presented a "remote diagnosis" to declare him paranoid and mentally ill.¹⁰⁹³

In seinem Buch "Faces of the Enemy" beschreibt der US-Historiker Keen, dass Feindbildkonstruktionen geschichtlich gesehen in vier Archetypen eingeteilt werden können.¹⁰⁹⁴ Auch im Falle des Golfkrieges wurden die Archetypen "the enemy as criminal", "the enemy as death", "the enemy as enemy of God" und "the enemy as rapist, desecrator of women and children" wiederbelebt und häufig angewandt, was eine Parallele zur Propaganda im Ersten Weltkrieg darstellt. Ein Beispiel für die Anwendung des vierten Archetypus ist die Geschichte von der Ermordung von Babys in Brutkästen durch irakische Soldaten nach ihrem Einmarsch in Kuwait. Diese Geschichte stellte sich nach dem Krieg als von der Werbeagentur "Hill and Knowlton" (H&K) frei erfunden und lanciert heraus.¹⁰⁹⁵ Diese Agentur war offiziell vom Komitee "Citizens for a Free Kuwait" (CFK) beauftragt worden. Erst nach dem Krieg wurde klar, wer die Geldgeber des CFK waren:

CFK reported to the Justice Department receipts of \$ 17,861 from seventy-eight individual U.S. and Canadian contributors and \$ 11, 852, 329 from the government of Kuwait.¹⁰⁹⁶

Die Agentur selbst hatte wiederum gute, personelle Kontakte zur republikanischen Partei und zum amtierenden Präsidenten Bush, die bis in die Zeit der Reagan-Administration zurückreichten:

¹⁰⁹²Runesen, S.41

¹⁰⁹³Gan, Stephen: "War Lies and Videotape" in: *Working Paper to the International Summer School, University of Oslo*, 1991, S.123ff.

¹⁰⁹⁴Keen, Sam: *Faces of the Enemy- Reflections of the Hostile Imagination*, San Francisco (CA) 1986.

¹⁰⁹⁵Vgl. dazu MacArthur, Kapitel 2: "Selling the Babies", S.37ff.

¹⁰⁹⁶MacArthur, S.49

The contract between H&K and the CFK was signed by H&K chairman Robert K. Gray, a powerful fixture in Republican politics who was active in the two Reagan Presidential campaigns. Craig Fuller, the firm's then Washington-based president and chief operating officer, was Vice President Bush's chief of staff. Fuller was on the Kuwaiti account at H&K since the first day and The Washington Post said H&K's efforts on behalf of CFK bore the 'imprimatur' of the White House.¹⁰⁹⁷

Ob das Weiße Haus tatsächlich die Druckerlaubnis für die Baby-Geschichte gegeben hat, sei dahin gestellt. Nach Recherchen des "Sydney Morning Herald" sei Präsident Bush aber von der Agentur stets informiert worden.¹⁰⁹⁸ Fest steht, dass enge personelle Kontakte und Kontrakte zwischen der US-Regierung und einer Agentur, die nachweisbar Lügen in die Welt gesetzt hatte, bestanden.¹⁰⁹⁹ Im Zusammenhang dieser Arbeit wesentlich wichtiger ist jedoch, dass die Geschichte zum Zeitpunkt ihres Erscheinens geglaubt wurde und das Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt erst im Nachhinein laut wurden:

The story was taken as fact by Amnesty International and the US-Congress. There were further reports that photographs of the 'atrocities' had been displayed in Congress and journalists could only cringe when the stories were later revealed as complete fabrications.¹¹⁰⁰

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen für Propagandamaßnahmen im Golfkrieg.¹¹⁰¹ So unterschiedlich die einzelnen Geschichten, unbewiesenen Anschuldigungen und Vorwürfe auch waren, so einheitlich war ihr Zweck. Es ging, wie schon beim Ersten und Zweiten Weltkrieg, um die Konstruktion eines einfachen, vom Zuschauer schnell zu erfassenden Schwarz-Weiß Musters. Während die eigene Seite als gut und moralisch im Recht dargestellt wurde, wurde der Gegner mit dem "Bösen" gleichgesetzt:

Saddam Hussein went from being a friend of the United States to a tyrant and brutal dictator. In his actions, he was portrayed as having devoured Kuwait. (...) He was labelled an aggressor and a tyrant who shed the blood of his people on the altar of his own ambitions.¹¹⁰²

Diese Sichtweise wurde auch vom Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen vertreten und als Argument für einen Militärschlag angeführt.

¹⁰⁹⁷ibid

¹⁰⁹⁸"Baby-Story Untrue" in: *Sydney Morning Herald*, 16. April 1991.

¹⁰⁹⁹Vgl. dazu Young, Peter & Jesser, Peter, S.172f.

¹¹⁰⁰ibid

¹¹⁰¹Für eine weitere Auswertung von Propagandatechniken im Golfkrieg vgl. zum Beispiel: Jowett, Garth: "Toward a Propaganda Analysis of the Gulf War" in: Greenberg, Bradley S. & Gantz, Walter: *Desert Storm and the Mass Media*, Creskill (NJ) 1993, S.74ff.

¹¹⁰²Young & Jesser, S.169

Hussein took power by assassination, kept it by murder, left hundreds of thousands of dead in a war of aggression against Iran, gased and obliterated the Kurds, obliterated Kuwait (...) oppressed his own people through torture, execution and denial of rights and fundamental freedoms (...).¹¹⁰³

Die Aufgabe, die Gräueltaten von Saddam Hussein herauszustellen und die Medien dazu zu bewegen, darüber im Sinne der US-Regierung zu berichten, nahm das offizielle Informationsbüro des Staates eine besondere Rolle ein:

There can be little doubt that the voluminous background information and opinion-leading articles, provided by the United States Information Service (USIS) to all branches of the media throughout the United States and the coalition countries, directly influenced the tone of media coverage.¹¹⁰⁴

Hier zeigen sich deutliche Parallelen zur Arbeit des CPI im Ersten und zur Arbeit des OWI im Zweiten Weltkrieg. Auch im Bereich der Radiopropaganda griff die Bush-Administration im Golfkrieg auf bewährte Mittel der "schwarzen Propaganda" aus dem Zweiten Weltkrieg zurück:

In the Gulf war the 'black' broadcasts appeared to be emanating from disaffected groups inside Iraq and Kuwait, when in fact they were coming from transmitters within coalition-controlled areas.¹¹⁰⁵

Zu diesen Sendern gehörten Stationen wie "Voice of Free Iraq", "Radio Free Iraq" und "Voice of the Gulf", die vermutlich vom CIA finanziert worden sind.¹¹⁰⁶ Darüber hinaus sendete aber auch ganz offiziell das Programm "Voice of America" 15 Stunden am Tag in arabischer Sprache auf derselben Frequenz wie das irakische "Radio Bagdad". Diese Sendungen können, je nach Standpunkt, als Informationssendungen zur positiven Beeinflussung des amerikanischen Images in arabischen Ländern oder als weiße Propaganda interpretiert werden.¹¹⁰⁷

Inszenierungen eines sauberen Krieges: "Chirurgische Eingriffe" und "intelligente Bomben"

¹¹⁰³Blackwell, J.: *US Evidence to the UN Commission of Human Rights*, Geneva, 25. Feb. 1991, S.4f.

¹¹⁰⁴Vgl. dazu: Solomon, Richard: *USIS Worldnet Television Hookup*, Washington 1991, passim

¹¹⁰⁵Taylor, S.150

¹¹⁰⁶Vgl. Young & Jesser, S.172

¹¹⁰⁷Zur Definition von weißer und schwarzer Propaganda vgl. auch Mauch, Schattenkrieg, S.190ff.

Noch wesentlich wichtiger als das Radio war im Golfkrieg das Fernsehen. Wie bereits zu Beginn dieses Kapitels angesprochen, war es für die meisten US-Bürger die erste und häufig auch einzige Informationsquelle. Die Medienwissenschaftler Ball-Rokeach und DeFleur haben bereits 1976 herausgefunden, dass die Bedeutung des Fernsehens exponentiell zum generellen Informationsbedürfnis der Bevölkerung steigt:

Furthermore they have suggested that when audience dependency is high, TV-media information sources may achieve a credibility and degree of conviction which they might not otherwise possess. The concept of information dependency helps explain the degree of the media's impact upon public perception of the war. For many viewers, the events in the Gulf War were experienced primarily via TV. Because the war was so brief, direct personal accounts did not have time to circulate through the culture in ways that might have reframed the official portraits.¹¹⁰⁸

Eigentlich hätten die technischen Voraussetzungen der neuen Satellitentechnik eine Kriegsberichterstattung von jedem Punkt des Schlachtfeldes aus möglich gemacht. Dadurch hätten Reporter prinzipiell jedes Detail des Krieges in seinen Einzelheiten beleuchten können. Theoretisch hätte der US-Bevölkerung ein so echtes und unverfälschtes Bild des Krieges gezeigt werden können wie nie zuvor. Doch das genaue Gegenteil dessen passierte im Golfkrieg. Es ist nur ein scheinbares Paradox, dass ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die technischen Voraussetzungen für eine umfassende Kriegsberichterstattung ideal waren, die Fernseh-Berichterstattung so wenig wie noch in keinem Krieg der USA zuvor vom **tatsächlichen** Kriegsgeschehen zeigte. Denn die grundlegende und unabdingbare Voraussetzung für jegliche objektive Berichterstattung fehlte: Die Reporter hatten keinen Zugang zum Geschehen.

The use of the pool system and limitations on access had made the military de facto assignment editors. It allowed the military to choose what reporters would be able to see and when and where they would be able to see it.¹¹⁰⁹

Erfahrungen aus dem Vietnamkrieg hatten das Militär in seiner Überzeugung bestärkt, insbesondere die Bild-Berichterstattung kontrollieren zu müssen.

The reporters and the cameras could be there to record each step, vastly complicating all military tasks. The media is able instantly bringing home the action, death, consequences and emotions even more graphically than during Vietnam.¹¹¹⁰

¹¹⁰⁸Prince, Stephen: "Celluloid Heroes and Smart Bombs: Hollywood at War in the Middle East" in: Denton, Robert E.: *The Media and the Gulf War*, Westport (CT) 1993, S.236

¹¹⁰⁹McMasters, J. "How the Pool System failed" in: *Washington Post*, 17. March 1991. Vgl. auch: Schmeisser, P: "How the Press Lost the Gulf War: Shooting Pool" in: *New Republic*, 18. March 1991.

¹¹¹⁰General Collin Powell zit. in: Woodward, Commanders, S.315

Die tatsächlichen Auswirkungen eines Krieges, Leid und Zerstörung in der Zivilbevölkerung, sowie Berichte über Kriegsverbrechen und Kurzschlussreaktionen von Soldaten, sollten im Golfkrieg nicht gezeigt werden. Auch das war eine Lehre aus dem Vietnamkrieg:

(...) during Vietnam the war had turned ugly. Virtually officer in military service blames the media for the American defeat in Vietnam. While we are fighting the Viet Cong, the media was fighting us. This is not going to happen again.¹¹¹¹

Das Militär war also sehr stark an einem Image des sauberen Krieges interessiert, da es befürchtete durch eine realistische Präsentation vom Krieg die Unterstützung in der Heimat zu verlieren. Durch die Pool-Regelung hatten die Militärvertreter auch weitgehend die Macht dazu, selbst zu bestimmen, welche Bilder auf Sendung gingen.

During the Gulf War TV screens were full of bombs accurately hitting military headquarters in Baghdad. These carefully selected pictures played an active part in creating the myth that this was a matter of a rapid and efficient war intended to strike military targets only, a war to be won by superior US technology that spared civilians without jeopardizing American lives.¹¹¹²

Das Bild eines perfekt durchgeplanten Hightech-Krieges bestimmte die Berichterstattung in den US-Medien und in den Medien der Welt, die sich aus dem amerikanischen Bildmaterial bedienten, das größten Teils entweder vom Pentagon zensiert oder selbst produziert worden war. Das Militär hatte sich die Kontrolle sämtlichen Bildmaterials, das im Krieg produziert wurde, gesichert. Dies betraf die Aufnahmen der Fernsehstationen, die durch die „security review“ in den jeweiligen Pools gingen. Diese Kontrolle betraf aber auch Bilder, die die Pentagon-eigenen Crews gedreht hatten und das private Foto- und Videomaterial von einzelnen Soldaten:

a. During hostilities, U.S./Allied military units/personnel will obtain all official photos/video that will be of any interest to the news media.

b. Aircraft gun cameras, recon, BDA photos and video will be transported to OASD by the most expeditious means possible. Upon security review clearance, OASD (PA) will release photos and video products (...) No promises of availability will be made! (...)

d. Unofficial photos and video release taken by U.S. military personnel which are intended for public release will be treated the same as official material, once their existence is discovered

¹¹¹¹Parrish, P. & Andreacchio N.: *Schwarzkopf: An Insider's View of the Commander and his Victory*, New York 1992, S.178

¹¹¹²Runesen, S.36

e. Personal photos and video which are to be provided to the media through other than public affairs sources should be security reviewed.¹¹¹³

Klare Regeln gab es auch im Umgang mit Bildern von verwundeten oder traumatisierten amerikanischen oder alliierten Soldaten:

Subject to the guidelines below, media visits to medical care facilities are authorized in principal. However public affairs escort is in all cases required. (...)

f. The following prohibitions apply to media coverage of wounded and injured military personnel:

- 1. Visual and audio recordings of personnel in agony or severe shock are not authorized.**
- 2. Imagery of patients suffering from severe illness or disfigurement or undergoing plastic surgery treatments are not authorized.**
- 3. Interviews with or visual imagery of patients undergoing psychiatric treatment are not authorized.¹¹¹⁴**

Offiziell wurden diese Einschränkungen der Berichterstattung mit dem Persönlichkeitsschutz der Soldaten begründet. Doch für die Fernsehsender stellten diese Regeln eine fast unüberwindbare Hürde dar: Wie sollte man über Verwundete und Verletzte berichten, wenn sie nicht gefilmt werden durften? Die Antwort war, dass außer im Textteil eines Berichts, der auf der Bildebene ein Lazarett oder Hospital von außen zeigte, überhaupt nicht über eigene Verwundete berichtet wurde. Daher waren die Pentagonregeln nicht nur ein Schutz der Persönlichkeitsrechte der betroffenen Soldaten, sondern auch eine Form der indirekten Zensur. Das Militär wünschte keine ausführlichen Berichte über eigene Verwundete und Verletzte. Sie hätten die Inszenierung des sauberen Krieges in Frage stellen können. Ein ähnliches Bilderverbot galt für tote US-Soldaten, sowohl auf den Kriegsschauplätzen als auch bei der Rückkehr der Leichen in die USA:

At home, in the United States, there was a matching ban on recording the arrival of coffins at Dover Air Force Base. When the ban was challenged on constitutional grounds by the American Civil Liberties Union, the court decided that access should be denied on the basis that the arrival of dead soldiers presented a risk to national security.¹¹¹⁵

¹¹¹³U.S. Central Command, Headquarters, Riyadh: "Appendix 4 to Annex F to Operation Desert Storm. Policy and Procedures for Release of Military Photos/Videos" in: APO NY 09852 in: *122336Z AUG 91 SECDEF (NA)*.

¹¹¹⁴U.S. Central Command, Headquarters, Riyadh: "Appendix 2 to Annex P to Operation Desert Storm. Procedures and Policies for Coverage of Wounded and Injured Personnel" in: *ibid*

¹¹¹⁵Zoglin, Richard: "It was a public relations route too" in: *Time*, 11. March 1991.

Durch die restriktiven Poolregeln und die nahezu hundertprozentige Bildkontrolle durch das Militär blieben zahlreiche zentrale Ereignisse des Krieges unberichtet. Dieser Mangel an Aufklärung wurde bereits unmittelbar nach dem Krieg in verschiedenen Zeitungsberichten beklagt.

I guess you could call it censorship by lack of access. There were a couple of big battles that nobody's seen any pictures of yet.¹¹¹⁶

No one except the military was allowed to film or witness the awesome destruction wreaked by the B-52s on static positions, or what some saw as the unnecessary pounding afforded the retreating Iraqi forces as they withdrew from Kuwait.¹¹¹⁷

No one saw the major tank battles.¹¹¹⁸

No one witnessed the casualties from friendly fire that were ten times higher than those recorded in any other war fought by American Forces.¹¹¹⁹

Neueste Studien weisen auf die Ähnlichkeit der in den US-Medien präsentierten Kriegsbilder mit Videospiele hin. Diese These wird vor allem von Medienwissenschaftlern vertreten, die sich dem Ansatz von der Dominanz des Bildes verpflichtet fühlen. Der Krieg sei in seiner visuellen Präsenz, die mengenmäßig alles bisher Bekannte überstieg, fast schon virtuell gewesen.¹¹²⁰ Dadurch seien auch nicht die wirklichen Geschehnisse des Krieges, sondern die Inszenierung des Krieges durch das Militär Grundlage der politischen Debatten in den USA gewesen. Diese These kann auch dadurch gestützt werden, dass sozialwissenschaftliche und publizistische Untersuchungen nachweisen, dass fast alle Fernsehsender die Bilder des Pentagons kritiklos übernahmen.¹¹²¹ Zudem wurden diese zensurierten Bilder durch animierte Grafiken angereichert, was den Eindruck eines Videospiele zusätzlich verstärkte und beim Zuschauer den Eindruck hinterließ, es würden nur modernste Waffen eingesetzt, die ausschließlich gezielte Schäden anrichteten. Dies war de facto aber eben nicht der Fall:

What was often used, was semi-advanced technology from the Vietnam war, two 200 pound bombs from the 1950s, a Paveway II laser system – a renewed Paveway used in

¹¹¹⁶Fialka, S.6

¹¹¹⁷Garrett, L.: "The Dead: What we Saw, What we Learned" in: *Columbia Journalism Review*, May/June 1991.

¹¹¹⁸Nairn, A.: "When Casualties don't Count" in: *Progressive*, 4. May 1991.

¹¹¹⁹"Casualties of War" in: *US: News and World Report*. 8. June 1991.

¹¹²⁰Vgl. dazu unter anderen: Franklin, H. Bruce: "From Realism to Virtuality: Images of America's Wars" oder Engelhardt, Tom: "The Gulf War as Total Television", beide in: Jeffords, Susan: *Seeing through the Media. The Persian Gulf War*, New Brunswick (NJ) 1994.

¹¹²¹Vgl. Cheney, George: "We are Talking War: Symbols, Strategies and Images" in: Bradley & Gantz, S. 61ff. oder Engelhardt, Tom: "The Gulf War as Total Television" in: Jeffords, S.83ff.

Vietnam as early as 1972, leading two MK 84 bombs with laser steering in their noses, steering mechanisms on their tails and renamed GBU.¹¹²²

Das tatsächliche Bild des Krieges unterschied sich im Wesentlichen nicht von dem anderer Kriege. Dies belegen unter anderem Berichte zweier F-15-Kampffliegerpiloten, die die ersten Angriffswellen auf Bagdad begleiteten:

Flames rising up from the city left some neighborhoods lit up like a huge Christmas tree. The entire city was just sparkling at us. (...) There were a bunch of explosions, quick as they were going of. If you saw any footage from World War II, that's exactly what it looks like.¹¹²³

Bilder von Zerstörungen waren der Öffentlichkeit in den USA nur zum unmittelbaren Beginn des Krieges durch den Sender CNN gezeigt worden, der Reporter in Bagdad stationiert hatte und damit als einziger US-Sender von der "anderen Seite" berichtete. Dafür wurden CNN und vor allem sein Reporter Peter Arnett in den USA heftig kritisiert:

At one time, Arnett was accused in Congress of being an Iraqi sympathiser, a biased reporter during the Vietnam War, and married to a woman whose brother was active in the Vietcong (...) These charges had no foundation at all.¹¹²⁴

Dieses Vorgehen, kritische Stimmen aus dem Bereich der legitimen Kontroverse in den Bereich der Abweichung zu drängen, war im Golfkrieg - wie in allen Kriegen zuvor - durchaus üblich. Es galt auch für die wenigen kritischen Berichte in der Alternativpresse oder die Kommentierung von Anti-Kriegs-Protesten in den USA. Bilder des irakischen Fernsehens, die Zerstörungen ziviler Einrichtungen zeigten, konnten natürlich noch eher diskreditiert werden, da sie vom Gegner stammten und auch tatsächlich zu Propagandazwecken genutzt wurden. Auch dieser Mechanismus, tatsächliche Propaganda des Gegners als solche zu enttarnen und damit gleichzeitig zu eigenen Propagandazwecken zu nutzen, ist aus den vorhergehenden Fallbeispielen bekannt.

Ein weiteres Element in der Reihe der Beeinflussungs- und Meinungslenkungsmethoden des Militärs waren die regelmäßigen Pressekonferenzen des Central Commands, die live vom Fernsehen übertragen wurden.

¹¹²²Walker, Paul F. & Stambler, Eric: " ... and that Dirty Little Weapons" in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, Vol. 47, No. 4, May 1991.

¹¹²³Capt. Steve Tate und Lt. Col. Don Klein zit. in: Berg, John: "Vapen i Golf-krigen" in: *Dagbladet*, Oslo, 19. July 1991.

¹¹²⁴Monroe, B.: "Peter Arnett, Anti-Hero of Bagdad" in: *Washington Journalism Review*, March 1991. Vgl. auch *Sydney Morning Herald*, 11. Jan. 1991.

The military, which possessed the valuable commodity of information during the war, was able to impose its interpretation of events on world audiences because the power of the information was such that military briefings were both transmitted and watched. (...) In the live Gulf war briefings, the military had the opportunity to present its view of the war without filter or frame by the media.¹¹²⁵

Bei den "live briefings" verwiesen die Sprecher des Militärs auf das Sicherheitsrisiko, das die Live-Übertragung solcher Pressekonferenzen darstellen würden, da auch die gegnerische Seite zusehen könne. Diese Erkenntnis hatte aber noch eine andere Komponente:

They [die Militärs A.d.V.] knew that Saddam's intelligence service would be watching. Yet this fact also made the briefings an ideal channel of sending out messages to the enemy.¹¹²⁶

Auf die zielgerichtete Verbreitung von Falschmeldungen angesprochen, erklärte Pete Williams: " I am unaware of any misinformation campaign ... I can pledge you that I was part of no misinformation campaign".¹¹²⁷ Es kann nicht für alle Angaben der militärischen Führung, die sich im Nachhinein als falsch herausstellten, angenommen werden, dass sie zum Zwecke der Manipulation oder Desinformation verbreitet wurden. Allerdings, so der Medienwissenschaftler Kellner, impliziert allein die Menge an Fehlmeldungen, das es sich dabei nicht um eine Reihen von Versehen handelte, sondern um gezielte Beeinflussung und Propaganda.¹¹²⁸

Von gezielter Fehlinformation spricht auch Stan Cloud vom Nachrichtenmagazin "Time". Während der Vorbereitungen zum Bodenkrieg habe die militärische Führung erwähnt, dass die Offensive von Einheiten der Marineinfanterie geführt werden würde, die von der Insel Faylakah einen See-Angriff auf die kuwaitische Küste vorbereiteten. Diese Information entsprach aber nicht den tatsächlichen Plänen des US-Oberbefehlshaber General Norman Schwarzkopf. Wie sich herausstellte, wurde der Angriff an der irakisch-saudischen Grenze geführt. Leutnant Colonel Doneal G. Gersh, Presseoffizier im Pentagon, erklärte nach dem Krieg, dass es sich nicht um eine gezielte Desinformation gehandelt habe. Die Journalisten hätten die potenziellen Angriffspläne lediglich in die Verlautbarungen "interpretiert". Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang aber, dass **alle** Zeitungen und Sender diese Interpretation teilten. Außerdem gab Gersh selbst zu, dass die Nachricht auch von der irakischen Seite so gewertet wurde: "It was

¹¹²⁵Baroody, Judith Raine: *Media Access and the Military: The Case of the Gulf War*, Lanham (MD) 1998, S.207

¹¹²⁶Taylor, Philip M.: *War and the Media. Propaganda and Persuasion in the Gulf War*, Manchester 1992, S.8

¹¹²⁷Williams, Pete, zit. in: Smith, H. Media, S.180

¹¹²⁸Kellner, TV-War, S.198

very successful, because five or six Iraqi divisions were still sitting on the coast line waiting for Marines to come ashore".¹¹²⁹

In einem anderen Fall, kurz vor Ausbruch der Bodenoffensive, wurden Journalisten über die vermeintliche Desertation von sechs irakischen Hubschrauberpiloten informiert. Diese Information stellte sich nach dem Krieg als falsch heraus, wurde zum Zeitpunkt ihrer Verbreitung von den Journalisten aber publiziert, obwohl sie keine Möglichkeit zur Überprüfung der Information hatten.¹¹³⁰ Gleiches gilt für die offiziellen Angaben der US-Militärs über die Truppenstärke des Feindes. Zu Beginn der Verlegung amerikanischer Truppen an den Golf informierte das Pentagon die Journalisten und die Öffentlichkeit darüber, dass die irakischen Truppen in Kuwait 240.000 Mann stark seien. Anfang Januar war diese Zahl laut Pentagonangaben auf 540.000 gestiegen. An dieser Version wurde während und sogar noch nach dem Krieg vom Pentagon festgehalten. Ein Bericht der "St. Petersburg Times" vom 6. Januar 1991 stellte die Pentagonangaben über die Höhe der irakischen Truppenstärke allerdings auf Basis russischer Geheimdienstinformationen in Frage: "Soviet satellite photos (...) suggest the Bush administration might have exaggerated the scope of Iraq's military threat to Saudi-Arabia."¹¹³¹ Ein Bericht des US-Kongresses bezifferte die Höhe der irakischen Truppenstärke nach dem Krieg auf 183.000 Mann.¹¹³² Es ist also anzunehmen, dass es sich bei den Angaben der US-Militärs vor Ort und des Pentagons über die feindliche Truppenstärke um eine gezielte Manipulation bzw. Desinformation gehandelt hatte.

In den rund sechs Wochen des Golfkriegs flogen die alliierten Streitkräfte 109.876 Einsätze mit einer Gesamtbombenlast von 88.500 Tonnen.¹¹³³ Bei einer Pressekonferenz am 18. Januar 1991 in Riad gab General Norman Schwarzkopf eine

¹¹²⁹Lt. Col. Gersh zit. in: *Washington Post*, April 11, 1992.

¹¹³⁰Vgl. Ottosen, Rune: *The Gulf War with the Media as Hostage*, Oslo 1991, S.42

¹¹³¹Heller, Jean: "Photos Don't Show Buildup" in: *St. Petersburg Times*, 6. Jan. 1991, S.1A,9A

Der Bericht Hellers basierte auf russischen Satellitenaufnahmen vom 11. und 13. September, die einem militärischen Fachmann und ehemaligem Berater der "Defense Intelligence Agency" mehrfach zur Überprüfung vorgelegt wurden. Auch der Fernsehsender ABC verfügte über die Photos der Satellitenaufnahmen, entschloss sich aber, diese nicht zu veröffentlichen, da sie den offiziellen Regierungs- und Pentagonverlautbarungen widersprochen hätten. Das gleiche gilt für den Fernsehsender CBS und die "Chicago Tribune". Pete Williams äußerte gegenüber der "Washington Journalism Review", er habe den drei oben genannten Medienorganisationen von der Weiterverfolgung der Sache und der Veröffentlichung der Photos abgeraten. Vgl. dazu: MacArthur, *Second Front* S.197ff.

¹¹³²Vgl. Royce, Knut: "Study Cites Desert Storm Overcount" in: *New York Newsday*, 24. April 1992.

¹¹³³Vgl. Gellman, Barton: "US Bombs missed 70 % of the Time" in: *Washington Post*, 16.3.1991, S. A1. Zum Vergleich: Im acht Jahre dauernden Vietnamkrieg wurden gerade einmal doppelt so viele Bomben eingesetzt.

Trefferquote von 80 % bekannt.¹¹³⁴ CNN und andere Fernsehsender übertrugen Bilder des Pentagons (nicht tatsächliche Bilder von Kampfhandlungen) von lasergelenkten Waffen, sogenannten "smart bombs", die angeblich eine "chirurgische" Genauigkeit bei der Bombardierung demonstrierten. Dabei wurde betont, dass nur militärische Objekte Ziel der Angriffe seien und alles getan würde, um die irakische Bevölkerung vor Angriffen zu bewahren. Auf einer Pressekonferenz am 27. Januar 1991 erklärte General Schwarzkopf: "The coalition forces are absolutely doing more than ever to avoid casualties."¹¹³⁵

Die 80 Prozent-Quote der Treffergenauigkeit der Bombardierungen und auch die Angaben über die relativ geringe Anzahl ziviler Opfer hielten detaillierteren Untersuchungen schon während des Krieges nicht stand. Die Quote, so ein Bericht der Zeitschrift "Newsweek", gäbe lediglich an, wie viel Prozent der kalkulierten Bombenlast tatsächlich planmäßig über dem Zielgebiet abgeworfen wurden. Sie mache aber keine Angaben über die Treffergenauigkeit. General Schwarzkopf, als erfahrener Militär, kannte den Unterschied zwischen planmäßigem Abwurf einer Bombe und einem tatsächlichen Treffer. Es ist also davon auszugehen, dass seine falschen Angaben auf den Pressekonferenzen der Desinformation der Journalisten und damit der Öffentlichkeit dienten.¹¹³⁶ In seinen Memoiren rühmt sich Schwarzkopf an verschiedenen Stellen, durch gezielte Fehlinformationen in den Pressekonferenzen den militärischen Gegner getäuscht zu haben. Dass er dadurch aber auch die eigene Bevölkerung, die Presse und damit sogar die Weltöffentlichkeit täuschte, nahm er offensichtlich als ein notgedrungenes Übel der psychologischen Kriegsführung hin.¹¹³⁷

Die lasergelenkten, so genannten "smart bombs", die auf den Pressekonferenzen und in Pentagonfilmen vorgestellt wurden, hatten in der Tat eine Treffergenauigkeit von 90 Prozent. Unveröffentlicht blieb aber bis zum Ende des Krieges die Tatsache, dass lediglich sieben Prozent der abgeworfenen Bomben überhaupt zu diesem Typus zählten. 81.950 Tonnen Bombenlast waren "unguided", die Militärs bezeichneten diesen Typus im Gegensatz zu den "smart bombs" als "dumb bombs".¹¹³⁸ Ihre Treffergenauigkeit lag lediglich bei 25 Prozent. Rechnet man die beiden Waffenarten zusammen, ergibt sich allenfalls eine Treffergenauigkeit von 66 und nicht von 80

¹¹³⁴Schwarzkopf, zit. in : Kellner, TV-War, S.198

¹¹³⁵a.a.O., S.234

¹¹³⁶Watson, Russel: "Hard Days Ahead" in: *Newsweek*, 4. Feb. 1991, S.30ff.

¹¹³⁷Schwarzkopf, "It doesn't take a hero", passim

¹¹³⁸Die militärische Unterscheidung zwischen "Dumb Bombs" und "Smart Bombs" bezieht sich lediglich auf die Treffergenauigkeit einer Bombe, nicht auf ihre Durchschlagskraft.

Prozent.¹¹³⁹ Dies illustriert, dass die von Schwarzkopf angegebenen Zahlen schon allein mathematisch nicht richtig sein konnte. Nach dem Krieg veröffentlichte das Pentagon eine Statistik, derzufolge 70 Prozent der während des Golfkrieges abgeworfenen Bomben ihr Ziel verfehlten und nicht etwa, wie Schwarzkopf behauptet hatte, 80 Prozent trafen.¹¹⁴⁰

Ebenso wie die Angaben über die Treffergenauigkeit der eigenen Bomben mussten Zahlen über die Zerstörung irakischer Flugzeuge, Landeplätze und Trägersysteme für Scud-Raketen noch während des Krieges korrigiert werden. Sprachten das Pentagon und General Schwarzkopf zwei Tage nach Beginn der Luftoffensive davon, dass 100 Prozent der irakischen Flugplätze und ein Großteil der Luftflotte zerstört worden seien, gaben sie zehn Tage später zu, dass es sich lediglich um 35 % handelte. Von 850 irakischen Kampfflugzeugen wurden während des gesamten Krieges 50 von alliierten Truppen getroffen.¹¹⁴¹ Auch die "Patriot" Boden-Luft-Raketen waren weitaus weniger effektiv als vom Pentagon und der militärischen Führung angegeben. Die Zeitung "New York Newsday" zitierte nach dem Krieg Aussagen von militärischen Experten vor dem Kongress, die Trefferwahrscheinlichkeiten von 1 zu 90 angaben. Schwarzkopf hatte während des Krieges, diesen Aussagen fast exakt diametral widersprechend, von einer Wahrscheinlichkeit von bis zu 70 zu 1 gesprochen.¹¹⁴² Auch in vielen anderen Fällen stimmten die Angaben des Pentagon und der militärischen Führung am Golf nicht mit der Realität überein.

Dazu zählt zum Beispiel die Zerstörung einer angeblichen Waffenfabrik. Eine Untersuchung der Vereinten Nationen bestätigte nach dem Krieg die rein zivile Nutzung der Fabrik. Die Fabrik wurde aber während des Krieges von den US-Militärs, mit der Rechtfertigung es würden in der Fabrik biologische Kampfstoffe erstellt, zerbombt, obwohl ein Vertreter der französischen Erbauerfirma wiederholt darauf hingewiesen hatte, dass es sich um eine rein zivile Einrichtung handelte.¹¹⁴³ Ähnliches ereignete sich bei der Zerstörung eines Luftschutzbunkers in Al Amiriya. Während das Pentagon erläuterte, es habe sich bei dem Bunker um eine geheime Kommandozentrale der Irakis

¹¹³⁹Vgl. Gellman, B. in: *Washington Post*, 19.3.1991.

¹¹⁴⁰Vgl. "Study: Patriots missed" in: *New York Newsday*, 8. April 1992, S.17

¹¹⁴¹Zu diesen Angaben vgl. einen Artikel der "International Herald Tribune" vom 29. Jan. 1991, zit. in: Taylor, Propaganda, S.74

¹¹⁴²"Study: Patriots missed " in: *New York Newsday*, 8.April 1992, S.18

¹¹⁴³Vgl. Kellner, S.206ff.

gehandelt und bei dem Angriff seien keine zivilen Opfer zu beklagen gewesen, enthüllten Berichte des Journalisten Peter Arnett (CNN) und anderer westlicher Korrespondenten, dass bei diesem Angriff etwa 500 Zivilisten getötet wurden. Außerdem sei keine militärische Nutzung des Bunkers nachzuweisen gewesen, so die Berichte.¹¹⁴⁴

Die Fehlinformationen bei den Pressekonferenzen wurden also nicht ausschließlich durch die Unübersichtlichkeit der Kriegslage verursacht, sondern durch intentionale Desinformation. Gleiches gilt für die Angaben über zivile Opfer des Krieges. Selbst nach Ende des Kriegs gaben weder die amerikanische Regierung noch das Pentagon Zahlen über getötete Zivilisten bekannt.¹¹⁴⁵ Einem Bericht des ehemaligen amerikanischen Generalbundesanwalts Ramsey Clark zufolge waren die US-Bombenangriffe auf den Irak keineswegs so gezielt und "sauber" wie offiziell angegeben. Seine Untersuchungen zeigen, dass auch zahlreiche zivile Ziele getroffen wurden.¹¹⁴⁶ Eine Studie der Umweltorganisation "Greenpeace" kam nach Ende des Krieges zu dem Schluss, dass während der Luftangriffe auf den Irak zwischen 5.000 und 15.000 Zivilisten ihr Leben ließen.¹¹⁴⁷ Die Zahl gefallener und verletzter irakischer Soldaten belief sich nach Angaben des saudi-arabischen Militärs auf 85.000 bis 100.000 Mann.¹¹⁴⁸

In den letzten Tagen des Krieges waren erstmals Berichte der so genannten "unilaterals", also von den wenigen Reportern, die ohne Eskorte außerhalb der Pools tätig waren, erschienen. Diese Berichte relativierten die vom Pentagon verbreitete Sicht der Dinge. Ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen veränderter Berichterstattung und öffentlicher Meinung ist aber nicht herzustellen. Die größte Demonstration gegen den Golfkrieg in den USA hatte es bereits am 26. Januar, also schon vor den Berichten der "unilaterals", in Washington gegeben.¹¹⁴⁹ Bis zum Kriegsende blieb das News-Management des Pentagons für die Berichterstattung in den USA und damit für die

¹¹⁴⁴Vgl. Ottosen, S.38

¹¹⁴⁵Dazu bemerkte Joint Chief of Staff Gen. Colin Powell nach dem Krieg: "It's not really a number I'm terribly interested in.", zit. in: Tyler, Patrick E.: "Powell Says U.S. will Stay in Iraq 'for some Month' " in : *New York Times*, 23. March 1991, S.A4

¹¹⁴⁶Gottschalk, M., S.462. Ein Bericht der Vereinten Nationen beschrieb die Situation im Irak nach den Bombenangriffen als "catastrophic". Die Luftangriffe hätten das Land in einen vorindustriellen Zustand, wenn nicht gar in die "Steinzeit" zurückversetzt, konstatiert der Bericht. Vgl. Bericht der UN, zit. in: Mowlana, Hamid: *Triumph of the Image*, Boulder, 1992, S.30

¹¹⁴⁷"Modern War and the Environment", *Greenpeace Report*, London 1991.

¹¹⁴⁸Vgl. Gugliotta, Guy: "Iraqi Battle Casualties May Exceed 60.000" in: *Washington Post*, 28. Feb. 1991, S.A32

¹¹⁴⁹Vgl. *Report to the Gannett Foundation*, S.7

öffentliche Meinung bestimmend. Die wenigen kritischen Berichte der "unilaterals" waren eine Ausnahme.

Ein Beispiel dafür ist die Berichterstattung um die Kämpfe in der saudi-arabischen Stadt Khafdschi. Noch vor Beginn der offiziell durch Präsident Bush verkündeten Bodenoffensive (23. Februar 1991) hatten sich in Khafdschi irakische und alliierte Truppen Gefechte geliefert. Saudische Einheiten waren für die Sicherung der Landesgrenze eingeteilt worden, sie waren jedoch von irakischen Panzereinheiten am 30. Januar 1991 überrascht und weitgehend aus der Stadt zurückgedrängt worden. Nach Angaben des Pentagons waren an diesen Kämpfen auf alliierter Seite ausschließlich Truppen Saudi-Arabiens und Quatars beteiligt. Reporter aus den Pools hatten zum Zeitpunkt der Kämpfe keinen Zugang nach Khafdschi. Daher erschienen auch keine der Pentagonsicht widersprechende Berichte in den US-Medien. Lediglich ein Reporter der "Associated Press", der als "unilateral" in die Stadt gelangt war, berichtete, dass auch amerikanische Marineinfanteristen in die Gefechte verwickelt gewesen seien.¹¹⁵⁰ Später bestätigte das Pentagon die Darstellung des Journalisten, allerdings erst nach Ende des Krieges.¹¹⁵¹ Zum Zeitpunkt seines Erscheinens jedoch war in der US-Öffentlichkeit dem einzigen korrekten Bericht kein Glauben geschenkt worden, da er allen anderen Berichten widersprach und die offizielle Bestätigung durch das Pentagon fehlte. Dieses Beispiel ist symptomatisch für die Berichterstattung im Golfkrieg.

Besondere Aufmerksamkeit in der US-Presse erfuhren auch die ökologischen Folgen des Krieges. Bereits am 18. Januar 1991 hatte General Norman Schwarzkopf auf einer Pressekonferenz auf die Frage, ob auch Ölraffinerien Ziele amerikanischer bzw. alliierter Angriffe seien, geantwortet: "We have made it a point not to hit targets that are not of a military nature."¹¹⁵² Allerdings erklärten Sprecher des Pentagons wenige Tage später, dass man durchaus auch Ölraffinerien und Fabrikanlagen bombardiere. Fragen nach den Folgen dieser Bombardierungen blieben unbeantwortet. Nach den schwerwiegenden ökologischen Folgen des Vietnamkrieges war das US-Militär an einen "environmental code" gebunden worden. Dieser wurde auf Anordnung der Bush-Administration während des Golfkrieges aber außer Kraft gesetzt.¹¹⁵³ Noch bevor die Diskussion über ökologische Folgen der US-Luftangriffe in den US-Medien geführt

¹¹⁵⁰Vgl. Fisk, R., Mother Jones, S.58

¹¹⁵¹Vgl. Hedges, Chris: "The Unilaterals" in: *Columbia Journalism Review*, May/June 1991, S.34

¹¹⁵²Kellner, TV-War, S.209

¹¹⁵³Schneider, Keith: "Environment Rule is waived for Pentagon" in: *„New York Times“*, 30 Jan. 1991, S.A14

werden konnte, verhängte die Bush-Administration für alle staatlichen Behörden eine Nachrichtensperre zu diesem Themenkomplex. Dieses Verhalten ist als Desinformation bzw. Manipulation zu werten. In der Frage der ökologischen Folgen gingen die Bush-Administration und das Militär aber noch einen Schritt weiter. Sie nutzten die Umweltproblematik propagandistisch aus.

Am 25. Januar 1991 veröffentlichte das Pentagon Bilder einer ausgedehnten Ölpest, die angeblich von Irakis verursacht worden sei. Saddam Hussein habe, so eine begleitende Stellungnahme Pete Williams zu den Bildern, veranlasst, mehrere Millionen Barrel Öl aus kuwaitischen Raffinerien in den Golf zu pumpen. In diesem Zusammenhang ist besonders ein Bild sehr bekannt geworden: "... : the dying, oil smeared crested cormorant that was supposedly the innocent victim of Saddam's environmental terrorism."¹¹⁵⁴ Saudi-arabische Stellen meldeten, der Ölteppich treibe von der Küste Khafdschis auf das offene Meer zu, also an einer ganz anderen Stelle als vom Pentagon angegeben. Da die Bilder des sterbenden Kormorans damit keine Folgen der gemeldeten Ölpest bestätigen konnten, gab General Thomas W. Kelly einige Tage später zu, die Bilder seien bereits früher an einem ganz anderen als dem angegebenen Ort gemacht worden. Obwohl dies das Eingeständnis war, den amerikanischen Journalisten bewusst falsche Bilder zugespielt zu haben, stand der Unmut über diese Täuschung in keinem Verhältnis zu dem Unmut über den angeblichen Umweltterrorismus Saddam Husseins.¹¹⁵⁵ In fast allen US-Zeitungen und Fernsehsendern wurden ausschließlich Spekulationen über die Pläne Husseins angestellt. Sehr populär waren Mutmaßungen darüber, ob und wann der Irak den Ölteppich entzünden wolle. Die Frage, ob die Ölpest tatsächlich vom Irak verursacht worden war, wurde so gut wie gar nicht diskutiert. Die bewusste Lancierung falscher Bilder durch das Pentagon in Verbindung mit den dazugehörigen Angaben, kann als Propaganda gewertet werden. Nach Ende des Krieges gaben saudische und amerikanische Regierungsstellen bekannt, die Ölpest sei bis zu 30 % auf alliierte Luftangriffe zurückzuführen. Die französische Zeitung "Journal de Dimanche" kam zu dem Schluss, dass die alliierten Angriffe zu 80 % für die Ölpest verantwortlich zu machen seien, und eine Studie von Claude Marie Vadrot sprach sogar von 100 %.¹¹⁵⁶

Wie an Hand zahlreicher Beispiele hier illustriert wurde, gab es vor und während des Krieges ausgefeilte Presselenkungs- und Beeinflussungsmethoden des Pentagons,

¹¹⁵⁴Taylor, S.80

¹¹⁵⁵a.a.O. S.80ff.

¹¹⁵⁶Zu den unterschiedlichen Studien über die Ursachen der Ölpest vgl. Kellner, S.226

das bei seinem News-Management entweder gänzlich freie Hand hatte oder von der Regierung entscheidend unterstützt wurde. Viele der hier zitierten Fehlmeldungen, Täuschungsmanöver und Desinformationen sowie Propagandakampagnen wurden erst nach dem Krieg aufgedeckt, als die USA und die Alliierten siegreich aus der militärischen Auseinandersetzung hervorgegangen waren. Dementsprechend erregten die Enthüllungen nur noch sehr bedingt die breite Öffentlichkeit. Der genaue Kriegsverlauf, die tatsächliche Zahl der zivilen Toten und der Einsatz von Giftgas, um nur einige Beispiele zu nennen, sind bis heute nicht zweifelsfrei geklärt. Angesichts der hier beschriebenen Begebenheiten muss der Verlässlichkeit offizieller Pentagonangaben auch in diesen nicht nachprüfaren Fällen quellenkritisch mit einem gewissen Zweifel gegenüber getreten werden. Insgesamt ist es nicht übertrieben, für den Golfkrieg von einer zweiten Front zu sprechen: der Front der Informationspolitik. Durch sein ausgefeiltes News-Management transportierte das Pentagon und schließlich ebenso die Medien während des gesamten Krieges im Wesentlichen nur eine Sicht der Dinge, nämlich die der USA. Da auch die irakische Seite erhebliche Propagandaanstrengungen unternahm, sind ihre Angaben ebenso in Frage zu stellen. Ein objektiver Blick auf den Golfkrieg blieb und bleibt zum Teil bis heute verstellt. Wer letztlich die Wahrheit oder die Unwahrheit sagte, ist in vielen Punkten nicht mehr zu klären. Auch dies ist ein Ergebnis der US-Informationspolitik im Krieg.

Die Pressefreiheit im konstitutionalistischen Sinne war während des Golfkrieges in den USA temporal außer Kraft gesetzt worden. Die Bürger in den USA und in der Welt wurden nur durch den Filter des News Managements informiert. Dies war grundsätzlich - wie die anderen Fallbeispiele gezeigt haben - keine neue Entwicklung. Was allerdings neu war, war die Perfektion und Professionalität dieses News-Managements sowie die Vernetzung und Abstimmung seiner Einzelmaßnahmen im Sinne des Ziels der positiven Darstellung der US-Rolle im Krieg. Das Militär hatte bei der Ausgestaltung seiner restriktiven Informationspolitik seit dem Vietnamkrieg erheblich aufgeholt und aus seiner Sicht die entsprechenden Lehren gezogen. Die PR-Strategen beim Pentagon waren professioneller ausgebildet als noch im Vietnamkrieg und hatten die Verwundbarkeit der Medien detailliert schon vor dem Krieg ausgelotet. Sie erkannten, dass die Medien - vor allem das Fernsehen - von ihnen abhängig waren, da sie nicht nur die Informationen, sondern vor allem die Bilder vom Krieg brauchten. Deswegen wurde der Kriegsschauplatz nicht nur wie in Grenada komplett abgeschottet, sondern das Militär "bediente" die Medien auch mit den Bildern, die es selbst weiterverbreitet sehen wollte. Das News Management des Pentagons sperrte die

Medien also nicht nur einfach aus, sondern nutzte sie für seine eigenen propagandistischen Zwecke. Dies war unter anderem deswegen möglich, weil:

The military exploited to the full the advantages inherent in an expeditionary campaign in remote and inhospitable terrain with little local infrastructure. This along with the distances involved and the speed of operation, forced the media to rely on the military for transport, maintenance, communications and above all access. Combined with the restrictions imposed by the guidelines, the military was able to control what the media was allowed to see and report.¹¹⁵⁷

Dass im Golfkrieg eine nahezu absolute Informationskontrolle durch das Militär erreicht werden konnte, lag aber auch an der schwachen Position der Medien, die aus den beschriebenen unterschiedlichen Gründen, wie zum Beispiel wirtschaftlicher Abhängigkeit oder Abhängigkeit vom nationalen Konsens, ihre Aufgaben als "watchdog" und neutraler Berichtersteller nicht mehr hinreichend ausfüllten. Dieser Sachverhalt wurde während und nach dem Krieg in öffentlichen Diskussionen und Symposien zum Golfkrieg analysiert und zum Teil auch selbstkritisch von einzelnen Medienvertretern reflektiert.

Ein Desaster für die Pressefreiheit? Reaktionen und Reflexionen nach dem Golfkrieg

Nach dem Krieg erkannten viele Reporter und Herausgeber, dass sie schon vor dem Krieg viel energischer gegen die Pressepolitik des Pentagon hätten intervenieren müssen, dies aber nicht taten, weil sie die Bedeutung der Poolregelung zum damaligen Zeitpunkt unterschätzt hatten:

I really wasn't aware that the situation was as bad it seems to have turned out to be. (...) I'd read about Grenada and Panama. Everybody had. Bud I rather thought that whatever was wrong there had gotten fixed. (...) I have to say the issue to protest against the pool-system was not on my screen. Maybe it should have been on my screen, but it wasn't.¹¹⁵⁸

Der bekannte CBS-Moderator Dan Rather teilte diese Auffassung und ging nach dem Krieg noch einen Schritt weiter und bewertete die mangelnde Opposition gegen die Poolregelung und die fehlende Bereitschaft zur Kritik an Regierung und Militär sowie zur Verteidigung der Pressefreiheit als Trend im amerikanischen Journalismus:

¹¹⁵⁷Young & Jesser, S.189

¹¹⁵⁸Die Herausgeberin der „Washington Post“, Katharine Graham, zit. in: MacArthur, S.207f.

It is: just get in the middle and move with the mass, don't cause any trouble; don't take any risk (...) Obviously politicians have learned ways to intimidate individual reporters, news organizations, and the press in general. (...) We begin to think less in terms of responsibility and integrity, which get you in trouble ... and more in terms of power and money. ¹¹⁵⁹

Ähnlich äußerte sich auch der ehemalige Vietnamreporter Salisbury:

As far as the TV nets are concerned, they're looking for favors. All they want are good photo shots and pics. If they get in bad with the Pentagon, they're going to miss out on something. ¹¹⁶⁰

Viele Medienvertreter sprachen zudem in ihrer Reflexion der Presse- und Informationspolitik im Golfkrieg davon, dass sie auf Grund der realen Machtverhältnisse nichts am Handeln des Pentagons hätten ändern können. Außerdem sei das Pentagon und das Weiße Haus durch die Öffentlichkeit unterstützt worden, da die Bevölkerung die Einschränkungen der Pressefreiheit selbst dann noch für richtig erachtet hätte, als ihre negativen Auswirkungen deutlich wurden.¹¹⁶¹

Neben diesen resignierenden Tendenzen, gab es allerdings auch nach dem Krieg Widerstand gegen die Pressepolitik, der sich unter anderem in einem Protestbrief der "American Society of Newspaper Editors" äußerte.¹¹⁶² Nach Ansicht des Präsidenten der Gesellschaft, Burl Osborne, bestand das Problem mit dem sich die Presse nun konfrontiert sah, nicht darin, dem Pentagon und der Administration sondern vor allem der Bevölkerung deutlich zu machen, wie wichtig die Verteidigung der Pressefreiheit in einem Krieg sei. In seiner Ansprache zum jährlichen Treffen der "American Society of Newspaper Editors" sagte er:

We the press failed to persuade people that timely first hand reporting will in the long run best serve the public interest (...)¹¹⁶³

In ihrem Protestschreiben an den Verteidigungsminister machten die Verleger deutlich, dass sie eine Poolregelung auf Grund der Verfassung als rechtlich problematisch an-

¹¹⁵⁹Rather zit in: MacArthur, S.217f.

¹¹⁶⁰Salisbury zit. in: MacArthur, S.218

¹¹⁶¹Vgl. dazu Fialka, S. 137 und Denton, S.212f.

¹¹⁶²Vgl. *American Society of Newspaper Editors*: Letter to Secretary of Defense Dick Cheney, 25. June 1991.

¹¹⁶³Osborne, B.: *Annual Address to the Annual Convention of the American Society of Newspaper Editors*, May 1991, Boston (Mass).

sahen und daher verurteilten und dass diese Regelung in einem künftigen Krieg abgeschafft werden müsse:

We believe that the Pentagon Pool arrangements during Operation Desert Storm made it impossible for reporters and photographers to tell the public the full story of the war in a timely fashion. We believe it is imperative that the Gulf war will not serve as a model for future coverage.¹¹⁶⁴

Nicht nur die "American Society of American Newspaper Editors" äußerte sich in diesem Sinne, sondern auch andere führende Medienorganisationen. Diesmal gab es im Gegensatz zu den Protesten vor und während des Krieges auch ein gemeinsames Schreiben von Fernsehsendern, Zeitungen und Presseagenturen an das Pentagon.¹¹⁶⁵ Daran beteiligten sich unter anderem die "Chicago Tribune", "Time", "ABC-News", "NBC-News", "CNN", "Hearst Newspapers", "Associated Press", "Washington Post", "Knight Ridder", "Cox Newspaper Co." und "Newsweek". Auch eine so genannte "Ad hoc Media Group", die sich aus einer Anzahl weiterer verschiedener Medienorganisationen zusammengefunden hatte, protestierte und sandte ihre Note am selben Tag wie die beiden anderen Gruppen an das Verteidigungsministerium und in Kopie an das Weiße Haus.¹¹⁶⁶ Darüber hinaus ist noch das Protestschreiben der "American Radio- and Television News Directors Association" zu nennen, das ebenfalls am selben Tag an das Pentagon abgeschickt wurde.¹¹⁶⁷ Die oben genannten Gruppen bzw. Organisationen repräsentierten den Grossteil der gesamten US-amerikanischen Medien überhaupt und damit eine Leser-, Hörer- und Zuschauerschaft, die im dreistelligen Millionenbereich lag.

Wie bereits bei ihren Protesten gegen die Einrichtung der Poolregelung beriefen sich die Medienorganisationen auf den ersten Zusatzartikel zur Verfassung und das Recht der Öffentlichkeit, informiert zu werden. Dabei fanden sie auch Unterstützung im Kongress, der sich ja schon seit dem Februar in den ständigen Sitzungen des "Committee on Governmental Affairs" mit der Pressepolitik im Golfkrieg beschäftigte. Der Ausschussvorsitzende, Senator John Glenn, hatte bereits zu Beginn der Sitzungen seine Position deutlich gemacht:

¹¹⁶⁴*American Society of Newspaper Editors*: Letter to Secretary of Defense Dick Cheney, 25. June 1991.

¹¹⁶⁵*Letter concerning need to improve future combat coverage and improved understanding between media and military*, 25. June 1991.

¹¹⁶⁶*Ad Hoc Media Group*: Letter and Report: "Problems of News Coverage in the Persian Gulf War", 25. June 1991.

¹¹⁶⁷*The Radio- and Television News Directors Association*: "Statement Opposing Pentagon News Blackout", 25. June 1991.

I believe a free press serves an important function in war time. An independent press ensures that the public has the information it needs to exercise its rights as citizens. This yet another irony, for while war reporting might lead to opposition to Government policy, no administration can build and maintain public support for a war or anything else without a free press.¹¹⁶⁸

Das News-Management des Pentagons und der Regierung wurde also durchaus kontrovers diskutiert. Allerdings, und das ist das Wesentliche, diese Diskussion führte nicht zu einer generellen Ablehnung der Poolregelung für die Zukunft, sondern lediglich zu Denkanstößen, das bestehende System zu verbessern. Im Rückblick lässt sich also festhalten, dass die Medien viel zu spät eine gemeinsame Linie des Protestes fanden und daher ihre Einwände keine nennenswerten, generellen Konsequenzen hatten. Verteidigungsminister Cheney sah auch nach dem Krieg keinen Grund dafür, etwas zu verändern: "If we had to do it tomorrow, I would start with what we have just done."¹¹⁶⁹ Die Poolregelung und die "security review" hatten sich endgültig durchgesetzt und wurden auch für die Zukunft als Grundprinzipien der Informationspolitik übernommen. Der Golfkrieg war somit ein entscheidender, qualitativer Einschnitt in der Geschichte der US-amerikanischen Pressepolitik.

Dies lag im Wesentlichen auch daran, dass das Zensursystem, das im Golfkrieg etabliert worden war, von weiten Teilen der Bevölkerung befürwortet wurde.¹¹⁷⁰ Die Soziologen Oliver, Mares und Contor haben in Anlehnung an Adornos Autoritätsmodell für den Golfkrieg gezeigt, dass Menschen in Konfliktfällen, wie eben einem Krieg, autoritäre Meinungen bevorzugen und dass im Falle des Golfkrieges, der Kriegsgewinn als wichtiger empfunden wurde als investigativer Journalismus oder Faktentreue in den Berichten. Ein Großteil der Öffentlichkeit teilte die vom Militär angeführte Begründung für Zensur, dass eine unabhängige und freie Berichterstattung dem Kriegsgegner taktische Vorteile hätte ermöglichen können.¹¹⁷¹

Obwohl das Verteidigungsministerium also keinerlei Anlass sehen musste, die Grundprinzipien seiner Informationspolitik zu ändern, bedeutete dies nicht, dass das News Management im Golfkrieg nicht im Nachhinein auch im Militär diskutiert und überprüft wurde. Dies geschah allerdings aus einem anderen Blickwinkel heraus, als bei

¹¹⁶⁸Opening Statement of Chairman John Glenn to Hearings "Pentagon Rules on Media Access to the Persian Gulf War", *US-Congress, Committee on Governmental Affairs*, 24. Feb. 1991.

¹¹⁶⁹Cheney zit. in: „*New York Times*“, 6. May 1991.

¹¹⁷⁰Vgl. Pan, Zhongdang et. al: "Audience Evaluations of U.S. News Media Performance in the Gulf War" in: Greenberg, S.213-231

¹¹⁷¹Vgl. Oliver, Mary & Mares, Marie-Louise & Contor, Joanne: "News Viewing, Authoritarianism and Attitudes Towards the Gulf War" in: Denton, S.145-161

der Presse und beim Kongress. Fast alle Militärs betonten, dass ein Krieg ohne Medien nicht mehr zu führen sei. Vor allem im Bereich der psychologischen Kriegsführung und bei der Aufrechterhaltung des nationalen Konsenses in der Heimat spielten die Medien nach Ansicht der Militärs eine entscheidende Rolle:

As to the role of the media, even the most cynical of soldiers would have to admit that for all their shining and posturing the media did a credible job in informing the American public of the performance of the Armed Forces. National will was assured, soldier's dedication and sacrifice were recognized and lauded, and the reputation of the military enhanced vividly. Without the presence of the media, these developments would not have come to pass. The value of the media is thus manifest.¹¹⁷²

Einige Militärgeschichtler bezeichneten das Fernsehen nach dem Golfkrieg als neue Waffe der Kriegsführung.¹¹⁷³

Das News-Management im Golfkrieg hatte das Verhältnis Medien-Militär erheblich verändert. Hatten große Teile des Militärs am Ende des Vietnamkriegs die Medien als potentiellen Gegner angesehen und waren aus dieser Überlegung heraus erst die neuen presse- und informationspolitischen Konzeptionen im Golfkrieg entstanden, so hatten die Erfahrungen des Golfkriegs (zum Teil auch schon in Panama) die Militärstrategen eine andere Lehre ziehen lassen. Wesentlich besser und effektiver als die Medien als Feind zu betrachten und sie von allen Informationen abzuschneiden, war die Taktik, die Medien zum eigenen Sprachrohr zu machen. Das Militär hatte also insofern "hinzugelernt", als dass es die Medien und ihre spezifischen Abhängigkeiten in einem Krieg erkannt und für sich genutzt hatte. So ist die Kritik von Seiten des Militärs an der Presse- und Informationspolitik immer unter einer Grundvoraussetzung zu sehen. Das Militär fragte sich, wie es die Medien noch besser als im Golfkrieg zur Darstellung seiner eigenen Sicht der Dinge nutzen konnte.

Auch die Kritik des Navy-Commanders Peter B. Mersky ist unter dieser Prämisse zu interpretieren. Mersky vertrat die Auffassung, dass die Navy im Golfkrieg im Bereich der Medienpräsenz von der Air Force ausmanövriert worden war und "the battle of images" verloren hatte. Hinzu kam als weiterer Hintergrund seiner Kritik der traditionelle Wettbewerb und zuweilen auch Streit zwischen den Waffengattungen Marine und Luftwaffe um die Höhe ihrer Budgets.

¹¹⁷²Chiaventone, Frederic J.: "Ethics and Responsibility in Broadcasting" in: *Military Review*, Vol. 71, No.8, August 1991, S.31ff.

¹¹⁷³Major Noyes, Harry F. : "The New Master-Weapon" in: *Military Review*, Vol. 71, No.8, August 1991, S.10f.

The result is the perception that the Air Force - with little help from the Army and the Marines – won the war, single-handedly, as far as the public knows. That includes the budget planners and program funders on Capital Hill. Who can blame them? They saw only tape after glorious tape of bombed-up F-15s and F-16s rolling down those long, comfortable runways in Saudi Arabia, and returning from another successful mission.¹¹⁷⁴

In der Tat waren die Bilder, die Kampfeinsätze der Air Force zeigten, präsenter als Bilder vom Bodenkrieg oder von Einsätzen der Army. Dies aber war keineswegs ein Zufall oder ein Versäumnis der Pressestrategen im Pentagon. Die Bilder von Kampffjets, die in die auf- oder untergehende Sonne flogen, implizierten Dramatik ohne die Folgen der Angriffe (Zerstörungen, Tote) zu zeigen. Sie passten damit also wesentlich besser in das visuelle Gesamtkonzept vom "sauberen Krieg" und der technologischen Überlegenheit.

Die weitere Kritik, die von Seiten des Militärs geäußert wurde, betraf fast ausschließlich technische und logistische Komponenten der Presse- und Informationspolitik im Krieg. Stets stand die eingangs erwähnte Überlegung im Vordergrund, wie den Medien die Sichtweise des Militärs in einem neuen Krieg noch besser "verkauft" werden könnte und was im Golfkrieg in dieser Hinsicht falsch gelaufen war. Am häufigsten wurde Kritik an mangelnder Kommunikation und an fehlender technischer Ausstattung laut:

**Once hostilities ensued, problems with the media pool concept were exacerbated by the almost total lack of communications the JIB had with unit PAO's (...)
The courier system was insufficient to support the transport of combat media pool (CMP) products, insufficiently resourced and insufficiently supported by ARCENT. (...)
The Army failed to provide dedicated ground and air transportation and state-of-the-art communications equipment. These items of equipment are mission essential to the success of any future JIB operation. (...)¹¹⁷⁵**

Schon während des Krieges hatten das JIB und vor allem die einzelnen PAO (Press Assistance Officers) in den Pools eine Einteilung der Medien vorgenommen. Sie unterschieden zwischen den nationalen bzw. überregionalen Sendern und Zeitungen und den so genannten "hometowners", also lokalen Medien:

Reports from local media were allowed much freer access to the field, and even had their trips to Saudi Arabia paid for by the Pentagon. A Pentagon 'media support program' invited about 450 reporters to travel to the Persian Gulf at military expense. The 'hometowners' were allowed to spend as long as four days visiting with units from

¹¹⁷⁴Mersky, Peter B.: "What happened Out There?" in: *Naval Institute Proceedings*, August 1991, S.16

¹¹⁷⁵CENTCOM, JIB DHARAN: "After Action Report: Operation Desert Shield/ Storm" in: *NND 003099, NA RG 518*.

their area. This emphasis on local news promoted coverage far more likely to be soft morale boosting coverage.¹¹⁷⁶

Die Berichterstattung der lokalen Medien war in der Tat mehr auf die persönlichen Geschichten der Soldaten, ihre Lebenswirklichkeit, Grüße an die Heimat und die Betonung ihrer individuellen Anstrengungen und die Kreation von "kleinen Helden" ausgerichtet, denn auf eine umfassende Analyse der Kriegssituation und einer Beleuchtung des gesamten Geschehens. Diese Art von Berichten wurde daher auch von den Pressestrategen im JIB favorisiert.¹¹⁷⁷

Dieser Auswahl entsprechend wurde auch in der Nachbetrachtung auf den Unterschied zwischen Zeitungen und Fernsehen und dabei wiederum im Speziellen auf die Lokalmedien hingewiesen und Verbesserungen eingefordert:

The photo, wire service and television pools seemed to operate more smoothly than the magazine and newspaper, especially local newspaper, pools. Whereas the photo, wire and TV pool coordinators served longer, the magazine and newspaper pool coordinators rotated frequently. Maintenance of the same coordinator had a positive effect on the pool, rotation a negative.¹¹⁷⁸

So wurde vom JIB im Nachhinein eine Zweiklassen-Gesellschaft der Medien moniert:

1. Requests were not equal. Some people got special treatment during the period the combat media pool system was in effect because media opportunities were arranged around their needs (...) 3. On the eve of ground combat, with no aircraft dedicated to support the movement of pool products, a UH-1H was made available for a 'high roller' media personality, while documentation of American infantrymen fighting in the sand lay frustrated awaiting ground transportation.¹¹⁷⁹

Eine mögliche Lehre daraus könne es sein, dass eine noch stärkere Unterstützung der "hometowners" auch dem Militär im Sinne der positiven Vermittlung des Kriegs nutzen werde:

(...) To make the pool system better, we must understand that it is the story of the soldiers that must be told especially to those who are already interested in these matter, that means to the local media.¹¹⁸⁰

¹¹⁷⁶Ottosen, S. 21

¹¹⁷⁷Vgl. dazu die Aussagen des Direktors des JIBs, Captain Michael Sherman, zit. in: Nathan, Debbie: "Just the Good News Please" in: *Progressive*, March 1991, S.216

¹¹⁷⁸CENTCOM, JIB DHARAN: "After Action Report -Annex A" in: *Records of the U.S. Central Command: NND 978202, Box 4, Eintrag 1091.*

¹¹⁷⁹*NND 978202, Box 4, Eintrag 1095.*

¹¹⁸⁰*NND 978202, Box 4, Eintrag 1105.*

Generell betonten die "After-Action-reports", dass in die Ausbildung eines jeden Führungsoffiziers in Zukunft auch eine Schulung im Umgang mit den Medien einschließen müsse:

We will not achieve our mission of telling the Army, Navy and Air Force story in concert with the free press until Commanders elevate the priority of public affairs in their mission planning. Lessons learned from Operations Desert Shield and Desert Storm must be shared in our service schools and pre-command courses. The importance of public affairs must be continuously emphasized to commanders. (...).¹¹⁸¹

Auch die höhere Hierarchieebene teilte diese Auffassung. Für die oberste Militärführung war es für die Zukunft besonders entscheidend, dass bei der wichtigen Aufgabe der "Public Affairs" die Kommandokette genau eingehalten werden müsse und dass diese Aufgabe von in ihrem Sinne geschulten, professionellen Personal ausgeführt werden solle:

Public Affairs at every level of the chain of command is inherently a command function. Our experience in Desert Shield/ Desert Storm demonstrated, once again, that no matter how much guidance and direction is provided from higher headquarters, the successful execution of the Public Affairs mission is directly related to the level of support and interest shown by the unit commanders down the chain of command. Where command interest was evident, all phases of the PA program worked very well. In cases where the command chose not to be involved and leave the execution to lower level officers, we saw problems that should have been addressed well before they became evident at the theater on a Washington level. Lessons Learned: Public Affairs is a legitimate part of the military mission that requires the unit commander's personal involvement to be successful. Where that interest and involvement is lacking, the effort is doomed to failure. Commander's support for public affairs should be a part of their formal evaluation criteria.¹¹⁸²

Die gesamte Kritik, die in den hier vorgestellten, verschiedenen "After-Action-Reports" zusammengefasst wurde, war also darauf ausgerichtet, neue Lehren zu ziehen und Fehler in der Presse- und Informationspolitik in Zukunft zu vermeiden, damit die Sicht des Militärs in der Zukunft besser von der freien Presse transportiert werden könne. Die Medienstrategen des Militärs verstanden sich inzwischen als PR-Leute, die im Golfkrieg dem Ziel, ein positives Image der US-amerikanischen Kriegsführung herzustellen, verpflichtet waren. Diese Einstellung gleicht der der CPI-Strategen im Ersten Weltkrieg. Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied. Während im Ersten Weltkrieg die Regierung mit dem CPI eigens eine zivile Einrichtung zum Zwecke der Propaganda und

¹¹⁸¹ibid

¹¹⁸²U.S. Department of Defense: *Memorandum thru the Deputy Chief of Staff for the Chief of Staff. Public Affairs: Macro Lessons Learned from Operation Desert Shield/Storm*, 13. March 1991, Riyad.

PR-Kampagnen installiert hatte, wurde diese Aufgabe im Golfkrieg eben nicht von Zivilisten, sondern vom Militär selbst in Angriff genommen. Die Frage, ob die Öffentlichkeit dabei tatsächlich auch immer der Wahrheit entsprechend unterrichtet worden war, war für die Militärs unerheblich.

Resümee: US-Presspolitik zwischen Kontinuität und Wandel:

Wie in dieser Arbeit deutlich wurde, sind in allen Kriegen der USA im 20. Jahrhundert wiederkehrende Elemente in der Ausgestaltung der Presse- und Informationspolitik durch Regierung und Militär zu finden. Diese Parallelen beziehen sich auf fast alle Bereiche der Meinungslenkungstechniken, sei es die direkte und indirekte Zensur, die Propaganda und die Public Relations bzw. die Inlands- und Auslandswerbung durch regierungsamtliche Stellen oder das Mittel der Täuschung und Desinformation durch Militär und Regierung. Entwicklungshistorisch fallen gleich mehrere Dinge ins Auge: Zum einen gibt es deutliche Kontinuitätslinien in der US-Presse und Informationspolitik. Diese Entwicklung verlief aber nicht linear. Immer wieder gab es qualitative Sprünge, die die konkreten Ausformungen der Presspolitik, die stets auch Einschränkungen der Pressefreiheit und damit Medienlenkung zur Folge hatten, auf eine andere Ebene hoben.

Aus der vorliegenden Arbeit können vier Hauptergebnisse gezogen werden. Als erstes und wichtigstes Ergebnis soll festgehalten werden, dass die Presse- und Informationspolitik der USA im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen eine dialektische Entwicklung genommen hat.

So hat die Presspolitik eines voran gegangenen Krieges die Presspolitik des darauf folgenden qualitativ beeinflusst. Die in dieser Arbeit hervorgehobenen rezeptionsgeschichtlichen Aspekte sind dabei die wesentlichen Dreh- und Angelpunkte. Wählt man den Ersten Weltkrieg als Ausgangspunkt der beschriebenen Entwicklung so lässt sich konstatieren, dass hier mit dem Creel-Komitee eine staatliche Behörde geschaffen wurde, die auf die Presse und damit sowohl direkt als auch indirekt auf die öffentliche Meinung starken Einfluss genommen hat. Dies war ein qualitativer Einschnitt, da die Presselenkungsmethoden erstmals staatlich institutionalisiert und zentral gesteuert wurden. Die in dieser Arbeit beschriebenen Debatten nach Ende des Ersten Weltkrieges, und dann vor allem in den dreißiger Jahren zwischen liberalen und konservativen Kritikern meinungslenkender Techniken spiegeln den Nukleus der Auseinandersetzung um die Ausmaße und Grenzen der Pressefreiheit bzw. der Presselenkung wider. Als Reaktion auf die starke Öffentlichkeitswirkung des Creel-Komitees kritisierten Gegner des Komitees seine Arbeit als undemokratisch und anti-amerikanisch. Andererseits argumentierten die Befürworter staatlicher

Meinungslenkung, dass Propaganda als Mittel der modernen Kriegsführung im Massenzeitalter unabdingbar geworden sei.

Aus diesen thetisch-antithetisch aufeinander bezogenen Positionen entwickelten dann im Zweiten Weltkrieg der Leiter des Office of Censorship (OC), Byron Price, und der Leiter des Office of War Information (OWI), Elmer Davis, mit ihrem dritten, genuin amerikanischen Weg der Propaganda eine Synthese. Diese bestand darin, die Mittel der modernen Propaganda zu nutzen und weiterzuentwickeln, gleichzeitig aber die demokratischen Inhalte der eigenen Propaganda und den übergeordneten Nutzen für das Gesamtsystem zu betonen. Dabei griffen sie gezielt auf Journalisten, Historiker und andere Wissenschaftler als Transporteure der neuen Meinungslenkung zurück. So vermieden sie bereits im Vorfeld des Krieges weitgehend eine Frontstellung zwischen potentiellen Befürwortern und Kritikern pressepolitischer Einschränkungen. Dass dies nicht immer vollständig gelingen konnte, liegt auf der Hand. Dennoch war die Synthese der positiven Propaganda alles in allem ein entscheidender Einschnitt, da pressepolitische Meinungslenkung nicht mehr ausschließlich als Maßnahme autoritärer Staaten verstanden wurde.

Der ideengeschichtliche Ansatz der Pressepolitik des Zweiten Weltkriegs, mit dem Price und Davis operierten, bestand darin, die nationale Sicherheit als Grundvoraussetzung für die Pressefreiheit herauszustellen und dadurch den institutionellen Trägern der Presse- und Meinungsfreiheit (z.B. in Schulen, Universitäten, Zeitungen oder bei Radio und Film) die Zensur und Einschränkung der Pressefreiheit in Kriegszeiten als Element zum Schutz eben dieser Freiheit zu präsentieren. Dabei wurden fast sämtliche gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt und ein allgemeiner nationaler Konsens geschaffen, der den Kampf für die Kriegsanstrengungen als demokratische Bürgerpflicht verstanden wissen wollte. Die Pole Pressefreiheit und nationale Sicherheit sind von Davis und Price in ihrer Synthese verschmolzen worden. Neue Institutionen der Auslandswerbung wurden installiert und der Hollywood-Film als Propagandamittel belebt. Durch die Arbeit des OWI und OC ist also die übergeordnete Entwicklungslinie, die eine Tendenz zur Verfeinerung und flexiblen Ausrichtung von Propagandamaßnahmen zeigt, nicht unterbrochen, sondern einen entscheidenden Schritt vorangetrieben worden.

Nach 1945 gab es im Gegensatz zur Nachkriegszeit des Ersten Weltkriegs keine Debatte um die generelle Legitimität von Propaganda und Zensur in den USA. Die

These-Antithese zwischen den Polen Pressefreiheit und nationaler Sicherheit war in dieser Hinsicht bereits im Krieg aufgelöst worden und ihre Synthese wurde als genereller Ansatz von Presse- und Informationspolitik auch in der Nachkriegszeit akzeptiert. Zusätzlichen Aufschwung fanden neue Organisationen der so genannten Auslandswerbung (nach dem Krieg wurde 1953 die USIA ins Leben gerufen) durch den Systemstreit mit der UdSSR und schließlich durch den Koreakrieg.

Der Vietnamkrieg stellte dann erneut einen Einschnitt dar. Dies lag auch in der Massenverbreitung des neuen Kommunikationsmediums Fernsehen begründet. Erstmals konnte der Zuschauer in den USA in bewegten Farbbildern den Krieg im eigenen Wohnzimmer mitvollziehen. Die dadurch entstehende emotionale Wirkung hatten das Militär und die Regierung vor dem Krieg in ihren pressepolitischen Planungen nicht ausreichend berücksichtigt, was aber erst im späteren Kriegsverlauf deutlich wurde. Zwar diente das Fernsehen, vor allem in der Anfangsphase des Krieges, den Interessen der Militärs und der Regierung unter anderem dadurch, dass es zum Beispiel Aufnahmen von in Szene gesetzten amerikanischen Kampfhubschraubern zeigte. Andererseits waren später veröffentlichte Aufnahmen von zivilen Opfern und brennenden vietnamesischen Dörfern aus Sicht des Militärs und der Regierung für die Meinungsbildung in den USA kontraproduktiv. Das propagandistische Problem bestand also nicht in den Fernsehaufnahmen als solchen, sondern in der - wenn auch häufig eingeschränkten - freien Berichterstattung, die auch die negativen Auswirkungen eines Krieges zeigte.

Außerdem war im Vietnamkrieg eine neue Generation von Kriegsberichterstellern im Einsatz, die sich nicht unbedingt den kämpfenden Truppen, sondern dem Zuschauer zu Hause und dem eigenen Ideal der objektiver Berichterstattung verpflichtet fühlte. So lassen sich auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Redakteuren in den Heimatbüros der Zeitungen und Fernsehsender und den Reportern in Indochina erklären. Die Heimatredakteure, die eine enge Bindung zur Washingtoner Administration pflegten, sahen den Kriegsverlauf zunächst positiver als ihre Kollegen vor Ort. Das änderte sich allerdings allmählich, nachdem die Desinformation und Selbstzensur im Vietnamkrieg durchbrochen und die Täuschungsmanöver der Regierung schließlich aufgedeckt werden konnten. In der Schlussphase des Krieges und spätestens seit dem Watergate-Skandal entstand bei weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung eine tiefe Vertrauenskrise in staatliche Organisationen. Der wichtigste Punkt in Bezug auf die weitere Entwicklung der Presse- und Informationspolitik in Kriegszeiten war aber die

Existenz des neuen Mediums Fernsehen, dessen Bilder den Krieg emotionaler und für die US-Bevölkerung miterlebbar gestalteten. Diese Bilder konnten im Vietnamkrieg nicht vollständig vom Militär vor Ort oder einem Zensoren in den USA kontrolliert werden, da es keine generelle Zensurregelung wie in den vorangegangenen Kriegen gab. Die 1966 eingeführten "ground rules", die eine Zensur vor Ort ersetzen sollten, kamen entweder zu spät oder trafen nicht alle Journalisten. Die nachfolgenden Administrationen in Washington und das US-Militär zogen aus dieser, ihrer Meinung nach, fehl geleiteten Entwicklung ihre Lehren.

Im Vietnamkrieg waren die Widersprüche zwischen einer freien Berichterstattung und den vermeintlichen Interessen der nationalen Sicherheit, verstärkt durch das Medium Fernsehen, deutlicher zu Tage getreten als je zuvor. Die These - die vor allem von der Generation der jungen Journalisten vertreten wurde - lautete, eine freie Berichterstattung hilft, den Krieg für eine breite Masse der Bevölkerung nachvollziehbarer zu machen und dient damit der politischen Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft. Erst auf Grund einer möglichst objektiven Berichterstattung könnten sich die Bürger ein eigenes Bild machen und ihre Wahlentscheidung ohne Manipulation treffen. Die Antithese - die vor allem vom Militär, aber auch von weiten Teilen der Nixon-Regierung vertreten wurde - lautete hingegen: Durch eine freie Bildberichterstattung, die das Leid und die negativen Folgen eines Krieges deutlich macht, können nationale Sicherheitsinteressen nachhaltig gefährdet und die Sicht über den Kriegsverlauf an der Heimatfront negativ beeinflusst werden. Beim Militär verdichtete sich diese Ansicht sogar zu einer modernen „Dolchstoßlegende“, nach der die Medien im Vietnamkrieg durch ihre Berichterstattung den kämpfenden Truppen in den Rücken gefallen seien und so letztlich zur Niederlage beigetragen hätten.

Nach dem Vietnamkrieg wurde die beschriebene These-Antithese Konstellation zunächst nicht durch eine Synthese ausgeglichen. Selbst die Entscheidung des Supreme Courts im Fall der "Pentagon-Papers", die auf den ersten Blick einen Sieg für die Sichtweise der Medien impliziert, löste den Widerspruch nicht auf. Denn sie maß der Pressefreiheit nicht grundsätzlich einen höheren verfassungsmäßigen Stellenwert zu als der nationalen Sicherheit. Die Entscheidung wurde vertagt und so verblieb die Diskussion um die weitere Ausgestaltung der Pressepolitik in der Schwebe. Durch eine in ihrer Grundausrichtung liberalere Handhabung der Pressefreiheit unter der Carter-Administration, die Popularisierung und Entpolitisierung der Massenmedien und die

Tatsache, dass zunächst kein weiterer Handlungsbedarf durch einen womöglich bevorstehenden Krieg gegeben war, stand eine Auflösung des Widerspruchs auch nicht im Vordergrund politischen Handelns.

Als mit Ronald Reagan ein konservativer, republikanischer Präsident ins Weiße Haus einzog, bekam die Diskussion um das Thema Pressepolitik allerdings wieder eine neue Dimension. Denn Reagan setzte innerhalb der Administration auf Geheimhaltungsstrategien, die aus der Nixon-Zeit bekannt waren. So wurden Beamte, die zu engen Umgang mit der Presse pflegten und eventuell Informationen hätten weitergeben können, aus dem Dienst entfernt. Außerdem fiel in die Zeit der Reagan-Administration die teilweise Aufhebung des "Freedom of Information Act". Den eigentlichen Meilenstein aus pressepolitischer Sicht stellte indes die Grenadainvasion dar. Erstmals in der Geschichte der USA gab es eine generelle Zugangsverweigerung für Journalisten zum Kriegsschauplatz. Reporter, die bereits vor Ort waren oder sich als freie Berichterstatter Zugang verschaffen wollten, wurden vom US-Militär aufgegriffen und ausgewiesen. Die Reagan-Administration löste den Widerspruch zwischen Pressefreiheit und nationalen Sicherheitsinteressen auf ihre eigene Art. Die Pressefreiheit wurde für den Kriegsschauplatz schlicht außer Kraft gesetzt. Dass dies nicht die Synthese des seit dem Vietnamkrieg offen gebliebenen dialektischen Widerspruchs sein konnte, stellte sich unmittelbar nach der Invasion heraus. Hohe Regierungsbeamte traten aus Protest gegen die Pressepolitik Reagans zurück, die Zeitungen thematisierten den Ausschluss in ihren Leitartikeln und ein Gericht beschäftigte sich mit der Frage nach der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Presseausschlusses. Doch durch all dies wurde die öffentliche Meinung nur wenig beeinflusst, die Grenadainvasion (nicht zuletzt wegen ihrer kurzen Dauer und der geringen außenpolitischen Bedeutung des Inselstaates) löste keinen generellen gesellschaftlichen Konflikt aus wie noch der Vietnamkrieg. Außerdem war die Debatte um die Pressefreiheit nach der Grenadainvasion durch die Pressepolitik während der Grenadainvasion geprägt. Das bedeutete wiederum, dass Regierung und Militär die öffentliche Meinung weitgehend auf ihrer Seite hatte. Diese beiden Akteure erkannten aber, dass sie den dialektischen Schwebezustand auflösen mussten, um die Medien für zukünftige Konflikte nicht gänzlich als potentielle Unterstützer und Multiplikatoren ihrer Meinung zu verlieren.

Die Synthese die nach der Grenadainvasion gefunden wurde, und den Widerspruch des Vietnamkrieges aufzulösen suchte, bestand in der Einführung der

Pool-Regeln. Diese Regeln sollten einerseits den Journalisten die Möglichkeit geben, vom Kriegsgeschehen zu berichten und auch Bilder zeigen zu dürfen. Andererseits ermöglichten sie es dem Militär, die Arbeit der Journalisten kontrollieren zu können und darauf Einfluss zu nehmen. Dadurch stellte die Pool-Regelung, so ihre Befürworter, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Pressefreiheit und der nationalen Sicherheit her. Die generelle Zugangsverweigerung zu einem Kriegsschauplatz als Mittel der Informationspolitik wurde verworfen. Sie nutzte der Regierung und dem Militär nur begrenzt. Einerseits konnte zwar dadurch der militärische Konflikt ohne massive Kritik der Medien voranstreiten, andererseits fehlten die Medien aber auch als Instrument zur Herstellung des nationalen Konsens, den die Regierung und das Militär für die Unterstützung durch den Kongress und damit für die Bereitstellung finanzieller Mittel in den kommenden Konflikten und Kriegen benötigten.

Die Poolregelung, die sich selbst nach Auffassung des Militärs während der Panamainvasion als fehlerhaft erwiesen hatte, wurde im Vorfeld des ersten amerikanischen Golfkrieges daher perfektioniert und ausgebaut. Die Folgen für die Pressefreiheit wurden in dieser Arbeit bereits ausgiebig diskutiert. Der Golfkrieg stellte, was die prinzipielle dialektische Entwicklung der Geschichte der Pressefreiheit und der Presselenkung betrifft, keinen entscheidenden Wendepunkt dar, da die Poolregeln schon seit der Grenadainvasion bestanden. Die Pressepools im Golfkrieg sind letztlich, ebenso wie die der Grenada- und Panamainvasion, nur durch die Erfahrungen des Vietnamkrieges und den Versuch der Lösung des damals zu Tage getretenen Widerspruchs heraus nachzuvollziehen. Das neue News-Management des Militärs und der Regierung konnte durch eine zeitgeschichtliche Perspektive und die Einordnung in langfristige Entwicklungslinien analysiert werden. Der historische Kontext, in den alle hier vorgestellten Fallbeispiele einbezogen worden sind, wird damit auch eine essentielle Analysegrundlage für die Untersuchung weiterer Einzelbeispiele der Zukunft sein müssen.

So könnte eine mögliche Arbeitshypothese für die Betrachtung der aktuellen pressegeschichtlichen Entwicklungen darin bestehen, die Einführung des Prinzips der "embedded reporter" im Irakkrieg 2003 ebenfalls als dialektische Weiterentwicklung zu interpretieren. Denn nach dem ersten Golfkrieg gab es wie beschrieben, sowohl bei den Medien als auch beim Militär, erhebliche Zweifel an der Effizienz des Poolsystems. Der nach dem Golfkrieg von den Medien deutlich artikulierten These, dass durch die Poolregelung eine komplette Nachrichtenkontrolle ausgeübt worden sei und der

Antithese der Regierung, dass das Newsmanagement im großen und ganzen funktioniert habe und dass lediglich große Teile des Militärs ihre Sicht der Dinge nicht ausreichend in den Medien hätten präsentieren können, könnte die Synthese der Trennung zwischen "embedded reporter" und "freien" Berichterstattern folgen.

Diese Schlussfolgerung darf aber bislang lediglich als eine Hypothese betrachtet werden. Denn für den Irakkrieg 2003 stellen sich die Grundvoraussetzungen für den Krieg und damit auch für die Pressepolitik essentiell anders dar als beim Golfkrieg von 1991. So konnte zum Beispiel das US-Militär die Kriegsschauplätze nicht mehr vor Beginn des Krieges abschotten. Vor Ausbruch der Kampfhandlungen befanden sich bereits zahlreiche internationale Journalisten, auf die das US-Militär gar nicht oder nur über Umwege Einfluss nehmen konnte, im Land. Außerdem war der Angriff auf den Irak 2003 nicht durch die UN sanktioniert, was internationale Kritik an den USA zur Folge hatte. Und drittens hat die Tatsache, dass das US-Militär und die Regierung anfänglich nur Reportern aus so genannten "befreundeten" Staaten Informationen zukommen lassen wollten sowie die Tatsache, dass der arabische Fernsehsender "Al Dschasira" mehrfach Ziel US-amerikanischen Beschusses war, Zweifel daran aufgeworfen, inwieweit eine "freie" Berichterstattung als Konkurrenz zu den "embedded reporter" tatsächlich als eine mögliche Synthese der, seit dem Golfkrieg 1991 nicht gelösten These-Antithese Konstellation vom US-Militär akzeptiert würde.

Wenn der Golfkrieg von 1991 also in Bezug auf die dialektische Weiterentwicklung der Pressepolitik keinen Wendepunkt darstellte, so markierte er dennoch auf andere Weise einen qualitativen Sprung in der übergeordneten Entwicklungslinie. Dieser Sprung bestand vor allem im Ausmaß der Berichterstattung, den permanenten Live-Schalten, der neuen "Zusammenarbeit" zwischen Militär und Medien - was den Austausch und die Nutzung von Bildmaterial betraf - und in der in diesem Fall besonders großen Bedeutung des visuellen Primats über die Inhalte von Nachrichten während eines Krieges.

Zweites Untersuchungsergebnis dieser Arbeit ist, dass es das Primat der Visualität fast in jedem Krieg der USA gegeben hat.

Schon seit dem amerikanischen Bürgerkrieg ist die Wirkungskraft von Bildern (damals noch Stichen, zum Teil auf Grundlage von Fotografien) bekannt. Bilder und Images haben die öffentliche Meinung häufig wesentlich stärker beeinflusst als Texte. Es gab stets zwei Tendenzen in der Pressegeschichte der US-Kriege: Zum einen die Tendenz der Zensur und des Bilderverbots, zum anderen die Tendenz zur propagandistischen Ausnutzung von Bildern. In allen Fällen - mit Ausnahme der Grenadainvasion, von der auf Grund der Zugangsverweigerung kaum Bilder überliefert sind - traten beide Tendenzen nahezu simultan auf. Das lag an ihrer dialektischen Verschmelzung: Die These des Bilderverbots und die Antithese der Bilderverbreitung, wurden durch die Synthese der Bilderkontrolle aufgelöst. Daher ist die Geschichte der Pressepolitik immer auch eine Geschichte der Bilderkontrolle. Auf Grund technischer Innovation, durch die Fotografie, den Film und schließlich das Fernsehen, mussten sich die presse- und informationspolitischen Konzepte der unterschiedlichen Administrationen jeweils neu ausrichten.

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg waren es staatliche Behörden bzw. das Militär, die entweder die Bilder der Korrespondenten zensurierten oder aber passieren ließen, gleichzeitig aber in einem bis dahin nicht gekannten Maße selbst Bilder und Filme zum Zwecke der Meinungsbeeinflussung produzierten. Im Vietnamkrieg scheiterte die Bilderkontrolle, da die Zensurmaßnahmen nicht vollständig griffen. Dies führte nach dem Krieg zum Konzept der Bilderkontrolle vor Ort während der Grenada- und Panamainvasion, sowie im Golfkrieg. Zunächst durch das Mittel der Zugangsverweigerung, dann durch das Mittel der Poolsysteme wurde eine neue Form der Bilderkontrolle etabliert. Im Gegensatz zur traditionellen Form der Zensur, die die Ergebnisse der journalistischen Arbeit, also erst die fertigen Fotos und Filme, kontrollieren konnte, boten diese Konzepte die Möglichkeit, schon die Produktion der Bilder zu kontrollieren und zu steuern. Die Fotografen und Kameraleute wurden erstens stets vom Militär begleitet. Außerdem war zweitens durch die Zur-Verfügungstellung eigenen Filmmaterials von Kriegsschauplätzen, an die die Kamerteams der Medien nicht gelangen konnten, gleichzeitig fast der gesamte "Output" der Medien beeinflusst worden. Drittens kontrollierte das Militär durch seine Hoheit über die Übertragungswege auch die mediale Distribution. Die generelle Arbeitshypothese, dass es langfristig gesehen in der Pressepolitik der US-Kriege eine beständige Zunahme und subtile

Verfeinerung der Presselenkungsmethoden gegeben hat, konnte auch durch die Detailanalyse des Primats der Visualität bestätigt werden.

Drittes Untersuchungsergebnis dieser Arbeit ist die Erkenntnis, dass aussagekräftige Studien über die US-Pressegeschichte eines interdisziplinären Ansatzes und der Kombination medientheoretischer Erkenntnisse bedürfen.

Es ist deutlich geworden, dass Presse- und Informationspolitik im Massenmedien-Zeitalter nicht mehr allein nur aus verfassungsgeschichtlicher Perspektive heraus interpretiert werden kann. Inzwischen ist eine Kombination der unterschiedlichen medien-theoretischen Ansätze und ihre Anwendung auf unterschiedliche Epochen nötig geworden. Die Einsichten der Realisten und Skeptiker, insbesondere in Hinblick auf die Analyse der wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Medienbetriebe und ihrer daraus resultierenden, partiellen Interessenkongruenz mit dem militärisch-industriellen Komplex, sind Grundvoraussetzungen für die Untersuchung pressehistorischer Entwicklungen geworden. Darüber hinaus wurde deutlich, wie bedeutend der Ansatz von der visuellen Dominanz - vor allem in Bezug auf das Fernsehen - geworden ist. Dieser Aspekt kann bei neuen Studien über die Medien und presse- und informationspolitische Zusammenhänge nicht mehr außer Acht gelassen werden.

Die unterschiedlichen medientheoretischen Ansätze, die zur Analyse der einzelnen Fallbeispiele herangezogen wurden, haben zum Teil selbst zeitgeschichtlichen Strömungen unterlegen. Man denke zum Beispiel an die Propaganda-Debatten der dreißiger Jahre. Häufig waren die vorgestellten Theorien und Lehrmeinungen sogar eine direkte Reaktion auf die in einem Kriege zu Tage getretenen Entwicklungen im Bereich der Presse- und Informationspolitik. Danach stellten sie dann allerdings Arbeitsgrundlagen dar, die über ihren jeweiligen aktuellen Anlass hinaus auch allgemeingültige Bedeutung erlangten und somit auf ganz unterschiedliche Epochen angewandt werden können.

Die partizipatorische Vorstellung von Presse im Gemeinwesen, die von den Konstitutionalisten vertreten wird, ist stark in den Erfahrungen der Revolutionszeit und den Anfängen der Republik verankert. Die Theorien vom „Marktplatz der Ideen“, „der individuellen Autonomie“ oder der „Partizipation im Staatswesen“ sind letztlich ideelle Postulate, die nie in Gänze in der Praxis erfüllt worden sind. Aber gerade deshalb ist das Streben nach ihrer Umsetzung bzw. die Debatte um ihre Nichtverwicklung bis ins 20.

Jahrhundert virulent geblieben. Das zeigte sich zum Beispiel in der Diskussion um die Bedeutung des „Marktplatz der Ideen“, der im ausgehenden 19. Jahrhundert unter ökonomischen Gesichtspunkten als Möglichkeit zur freien wirtschaftlichen Entfaltung von Medienkonzernen interpretiert wurde oder in den Diskussionen um die "Pentagon-Papers" sowie in den Beschwerden der Medien gegen die Poolregelung vor und im Golfkrieg, in denen sie sich auf das "public's right to know" bezogen.

Viele realistische Ansätze stammen ungefähr aus der Zeit, als sich auch die elektronischen Medien - die Printmedien hatten dieses Stadium schon wesentlich früher vollzogen - zu einer Massenindustrie entwickelten. Sie sind somit gewissermaßen eine Reaktion auf die Zwischenkriegszeit. Denn hier wurde, nicht zuletzt durch die kommunikationstechnische Neuerung, die das Radio und der Film darstellten, die neue Epoche der Massenmedien eingeläutet. Daraufhin beschäftigten sich Medienkritiker nicht mehr nur mit der Frage, ob und wie die Medien dem Anspruch des ersten Zusatzartikels gerecht wurden, sondern vielmehr mit der Frage, warum sie es nicht taten. Aus dieser Diskussion erwuchs auch die Frage, wem die Medien gehörten und wessen Interessen sie vertraten. Es kam also eine kritische Betonung der ökonomischen Variante hinzu, die die realistischen Ansätze auszeichnet. Diese Ansätze können aber auch durchaus schon auf die Zeiten eines William Hearsts oder die Entstehung der Boulevardpresse im 19. Jahrhundert bezogen werden.

Im Zuge des Vietnamkriegs, dem gesellschaftlichen Umbruch der sechziger Jahre und der Massenverbreitung des Fernsehens wurden in der Medienforschung soziologische und diskurs-orientierte Ansätze bedeutender. Die Fragestellungen bezogen sich zusehend auf strukturelle Probleme. Die Analyse, dass Medien als große private Wirtschaftsunternehmen grundsätzlich die Meinung sozialer Eliten widerspiegeln würden und daher die Gesellschaft sozusagen "von oben" mit dem Mittel des medialen "brain washing" auch im Sinne dieser Eliten zu beeinflussen suchten, ist eng verknüpft mit anderen Forschungsströmungen dieser Zeit, zum Beispiel auf dem Feld der Sozialwissenschaften. Gleiches gilt für die Einsicht, dass Redakteure als Mitglieder einer spezifisch geprägten nationalen Kultargesellschaft in einem Krieg diese zu verteidigen suchen, statt sie kritisch zu hinterfragen. Der Paradigmenwechsel in Richtung einer strukturellen Geschichtsbetrachtung, die auch kulturelle, soziale und wirtschaftliche Faktoren berücksichtigt, hatte schon nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Auf dem Feld der Medienkritik war er spätestens seit den ersten Totalitarismusdebatten nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes und in Hinblick auf die Stalin-Ära in der

UdSSR bekannt. Das erklärt auch die partielle Übereinstimmung von realistischen und skeptischen Ansätzen. Ohne die Erkenntnisse dieser beiden Forschungsrichtungen einzubeziehen, das hat diese Arbeit durchgängig gezeigt, lassen sich keine relevanten Aussagen über Pressepolitik treffen. Dies gilt vor allem im Bereich der Medienwirkungsforschung.

Die in dieser Arbeit unter dem Schlagwort "Theorien vom visuellen Primat" zusammengefassten Ansätze erlebten während des Golfkriegs eine Renaissance. Dieser Fernseh-Bilderkrieg bestätigte viele früher getroffene Analysen exemplarisch in der Praxis. Die Vorstellungen von der Bedeutung des Images, die Auflösung der klassischen Kommunikationseinheiten von Sender und Empfänger oder das Konzept von der Auflösung historischer Kontexte durch die Medien, waren zu großem Teil gedankliche Produkte der sechziger und siebziger Jahre, die aber auch in den neunziger Jahren weiterhin Gültigkeit besaßen. Die Kombination unterschiedlicher medientheoretischer Ansätze dürfte auch die Untersuchungen über die aktuellen pressepolitischen Entwicklungen bestimmen. Eine Perspektive allein wird nicht ausreichen, um der Komplexität der Ereignisse zu gerecht zu werden.

Diese Untersuchung hat viertens gezeigt, dass der allgemeine politische Konsens stets Einfluss auf die Ausgestaltung der Presse- und Informationspolitik der einzelnen Regierungen hatte.

Zum Teil war dieser Konsens erst von den Medien selbst mitgeprägt worden. Somit konnten sie nicht, wie es konstitutionalistische Theoretiker postulieren, die Rolle des Kontrolleurs und "watchdog" in einer demokratischen Gesellschaft einnehmen. Hier bestätigt sich auch die Arbeitshypothese, dass pressepolitische Arbeiten einen gewissen Aufschluss über demokratiethoretische Fragestellungen geben können. Fast in allen Kriegen wurden oppositionelle Meinungen an den Rand der legitimen Kontroverse oder darüber hinaus in die Sphäre der Abweichung gedrängt. In Zeiten des Krieges wurde der allgemeine politische Konsens bestimmend, die Pressefreiheit und die Bürgerrechte litten und das Phänomen des "rally around the flag" verdrängte kritische Stimmen in der öffentlichen Debatte. Obwohl die USA dem Prinzip der Presse- und Informationsfreiheit in ihrer Verfassung und bei der moralischen Rechtfertigung von Interventionen und Kriegen einen besonders hohen Stellenwert zuweisen, sind Einschränkungen der Pressefreiheit, wie Zensur und Medienlenkung, gerade in diesen Zeiten besonders auffällig gewesen.

Wie alle Fallbeispiele illustriert haben, wurde der Duopol zwischen Pressefreiheit und nationaler Sicherheit, der den Nukleus dieser Arbeit darstellte, normativ-verfassungsrechtlich bislang in den USA nicht aufgelöst. Bislang ist weder vom Kongress noch vom Supreme Court de jure definitiv entschieden worden, welcher der beiden Pole das Primat über den anderen ausüben soll. De facto wurde daher in Kriegszeiten von Regierung und Militär darüber entschieden, und zwar zugunsten der nationalen Sicherheit, oder besser gesagt, dem was diese beiden Akteure unter dem Begriff verstanden. Breite Kritik an Einschränkungen der Pressefreiheit, eines essentiellen Bürgerrechts, kam meistens erst **nach** den jeweiligen Kriegen auf. Nur einmal, während des Vietnamkrieges, schien der nationale Konsens ins Wanken zu geraten. Aber er wurde durch die nachfolgenden Administrationen wiederhergestellt und überdauerte dann sogar den Zusammenbruch der Sowjetunion und damit den Wegfall eines Jahrzehnte langen Systemgegners der USA.

Durch den, nur durch den Vietnamkrieg relativ kurzfristig beschädigten, nationalen Konsens in Fragen der Außenpolitik blieb auch eine Konstanz in der Presse- und Informationspolitik gewahrt. Sie besteht in den Bestrebungen der Regierung und vor allem des Militärs in einem Krieg selbst alle Fäden, vor allem die der Bildkontrolle, in der Hand zu behalten und die meinungspolitische Hoheit nicht an die Medien zu verlieren, die theoretisch andere Meinungen vertreten könnten. Dies geschieht obwohl verfassungsrechtlich gesehen nicht das Militär und die Regierung, sondern die Bürger, die ihre Wahlentscheidungen zum Großteil auf Grund der Informationen der Medien treffen, der Souverän des Staates sind. Ein Verzicht auf die meinungspolitische Dominanz zugunsten der Medien, wurde in einem Krieg im 20. Jahrhundert von den US-Regierungen und vom Militär allenfalls dann akzeptiert, wenn die Medien ihre Auffassungen und Meinungen teilten. Dieses Verhalten stellt nicht zwangsläufig immer eine Gefahr für das gesamte System der Pressefreiheit und die demokratischen Grundfeste dar, weil Kriege in der Regel zeitlich begrenzte Ausnahmesituationen sind.

Da aber der amtierende US-Präsident, George Bush junior, dem Terror und den, in seiner Diktion, Ländern der "Achse des Bösen" nach den Anschlägen auf das World Trade Center einen "permanenten Krieg" erklärt hat, bleibt diese Gefahr auch im 21. Jahrhundert bestehen:

Suppose in the next war Pentagon and military leaders are not circumspect? If information can be controlled at all, without public reaction or sufficient press protest, it can be controlled to any particular purpose the controllers may desire.¹¹⁸³

¹¹⁸³Wicker, Tom: "The Unknown Casualty" in: „*New York Times*“, 20.3.1991, S.A29

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AAAA	American Association of Advertising Agencies
AEF	American Expeditionary Forces
AF	Agence France Press
AP	Associated Press
CIA	Central Intelligence Agency
CND	Council of National Defense
CBS	Columbia Broadcasting System
CPI	Committee on Public Information
CENTCOM	Central Command
DCEC	Division of Civic and Educational Cooperation
DOD	Department of Defense
DPA	Deutsche Presse Agentur
FMMB	Four Minute Men Bulletin
FMMN	Four Minute Men News
JCOS	Joint Chiefs of Staff
JIB	Joint Information Bureau
LOC	Library of Congress
MAC	Military Assistance Command
MACV	Military Assistance Command Vietnam
NA	National Archives
NSC	National Security Council
NSCM	National Security Council Memorandum
NSDD	National Security Decision Directive
OC	Office of Censorship
OWI	Office of War Information
OSS	Office of Strategic Studies
PA	Press Assistance
PO	Press officer
PAO	Press Assistance officer
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
RG	Record Group
UP	United Press
UPI	United Press International
USIA	United States Information Agency
VOA	Voice of America

Literaturverzeichnis

Quellen, Archivalien:

National Archives (NA) Collegepark/MD:

RG 44: Records of the Bureau of Special Services

RG 59: Records of the Department of State

RG 62: Records of the Council on National Defense

RG 63: Records of the Committee on Public Information

RG 94: Records of the Adjutant General's Office

RG 165: Records of the War Department, General Staff

RG 208: Records of the Office of War Information

RG 216: Records of the Office of Censorship:

NND 812 031, Administrative Division Service Station

Eintrag: 012-D "Complaints to Press Censorship", Boxes 389-390.

Eintrag: 003-C/1 "Office of Strategic Services of War information", Box 56

Eintrag: 023 "Film Censorship Regulations", Box 64

RG 273: Records of the National Security Council:

NSDD105 : "Eastern Caribbean Regional Security Policy", Oct.4.1983.

NSDD110 : "Grenada: Contingency Planning", Oct.21.1983.

NSDD110 A: "Response to Caribbean Governments' Request to Restore Democracy on Grenada" Oct.23.1983.

NSDD112: "Processing and Disposition of Documents Acquired by U.S. Forces in Grenada", Nov.15.1983.

NSCM159: "Memorandum for John M. Pointdexter", Dec.2.1985.

NSAM328:"Memorandum for The Secretary of State, The Secretary of Defense, The Director of Central Intelligence", April 6, 1965.

RG 319: Records of the Still Picture Branch

RG 518: Records of the Department of Defense:

NND 981 519:

Records of the U.S. Central Command U.S. Centcom forward
Public Affairs Office (PAO), Media Briefing Files, 2 Boxes, diverse Einträge.
Box 1: Jan.17.1991 - Feb.20.1991.

NND 003 099: U.S. Centcom General File, 64 Einträge plus Anhänge
191745Z JAN 91
251715Z AUG 90
181100Z AUG 90
172100Z SEP 90
291800Z SEP 90
031809Z NOV 90
122336Z AUG 91 SECDEF

CENTCOM JIB DHARAN: After-Action Report -- Operation Desert
Shield/Storm

NND 978 202: Records of the U.S. Central Command U.S. Centcom for wars
PAO, Combat Correspondent Pool Reports, 4 Boxes, 1352 Einträge.
Box 1: Jan.6.1991 - Jan.28.1991, Einträge: 1-359
Box 2: Jan.26.1991 - Feb.13.1991, Einträge: 359-699
Box 3: Feb.11.1991 - Feb.25.1991, Einträge: 700-1079
Box 4: Feb.22.1991 - Mar.10.1991, Einträge: 1080-1352

CBS-Archiv, New York:

Evening News, 1965-1970, unvollständig
"Who, What, When, Were, Why" Report from Vietnam by Walter Cronkite,
Feb. 27. 1968
"Home Front 1917-1919. War transforms America", 1967.
"Report on Cam Ne" from Morley Safer, Aug. 5. 1965.
"Report During the Blitz", Edward R. Murrow, Sept. 13. 1940
weitere Nachrichtenberichte, nicht katalogisiert

NBC-Archiv, New York:

Nightline
The Huntley/Brinkley Reports, 1968-1972
Verschiedene Nachrichtenberichte, nicht katalogisiert

The Lyndon B. Johnson Library, Austin (Texas):

Tom Johnson's Notes of Meetings, 3 Boxes

Library of Congress, (LOC) Washington D.C.:

U.S. Congress: Records, 65. Congress, 2. Session, Washington D.C. 1919.

U.S. Congress. Commission on Security and Cooperation in Europe: The Milosevic regime versus Serbian democracy and Balkan stability. Hearing, 105. Congress, 2. Session, Washington D.C. Dec.10. 1998.

U.S. Congress. Commission on Security and Cooperation in Europe: The latest crisis in Bosnia-Herzegovina. Hearing, 104. Congress, 1.Session, Washington D.C. June 8. 1995

U.S. Congress. Congressional Weekly Reports.

U.S. Congress. House. Committee on Appropriations. The Sundry Civil Bill 1919, Committee on Public Information. Hearing Before the Subcommittee on Appropriations, Part III, Washington D.C. 1918.

U.S. Congress. House. Committee on Government Reform: Subcommittee on DOD's mandatory anthrax vaccine immunization program for military personnel. Hearings, 106. Congress, 1. Session, Washington D.C. 1999.

U.S. Congress. House. Committee on Government Operations. Foreign Operations and Government Information Subcommittee: U.S. Government information policies and practices-The Pentagon-Papers. Hearings, 92. Congress, 1. & 2. Session, Washington D.C. 1971-72.

U.S. Congress. House. Committee on Government Operations: United States information problems in Vietnam. 11. Report, 88. Congress, 1.Session, Washington D.C. 1964.

U.S. Congress. House. Committee on the Judiciary: Statement of Information- Book VII: White House Surveillance Activities and Campaign Activities. Hearings, 93. Congress, 2. Session, Washington D.C. 1974.

U.S. Congress. House. Committee on National Security: HR 7- National Security Revitalization Act. Hearings, 104. Congress, 1. Session, Washington D.C. Jan. 19.&25.&27. 1995.

U.S. Congress. House. Permanent Select Committee on Intelligence: HR 4165- National Security Act of 1992. Hearings, 102. Congress, 2. Session, Washington D.C. 1992.

U.S. Congress. House. Committee on Foreign Affairs: Impact of Television on U.S. foreign policy. 103. Congress, 2. Session, Washington D.C. April 26. 1994.

U.S. Congress. House. Congressional Research Service: Federal Courts and the First Amendment: intercollegiate debate topic 1986-87. 99. Congress, 2. Session, Washington D.C. 1986.

U.S. Congress. Senate. Committee on Governmental Affairs: Pentagon rules on media access to the Persian Gulf War, Hearings, 102. Congress, 1. Session, Feb. 20. 1991

U.S. Congress. Senate. Committee on the Judiciary: Censorship. Hearings, Washington D.C. 1943.

U.S. Congress. Senate. Committee on the Judiciary. Subcommittee on the constitution: Amendments to the Freedom of Information Act, Hearings, 98. Congress, 2. Session, Washington D.C. April 3. 1984.

U.S. Congress. Senate: Records of Congressional Hearings. Washington D.C. 1983-1984.

U.S. Congress. Senate. Armed Services Committee: Bombings in Cambodia. Hearings, 93. Congress, 1. Session, Washington D.C. 1973.

U.S. Congress. Senate. Committee on Foreign Relations: The Gulf of Tonkin, The 1964 Incidents. Hearings, 90. Congress, 2. Session, Washington D.C. 1968.

U.S. Congress. Senate. Committee on Foreign Relations: Security classification as a problem in the Congressional Role in foreign policy. Hearings, 92. Congress. , 1. Session, Washington D.C. 1971.

U.S. Congress. Senate. Committee on Foreign Relations: China, Vietnam and the United States; highlights of the hearings, Fiscal Year 1966, Washington D.C. 1966.

U.S: Congress. Senate. Committee on Foreign Relations: The War in Kosovo and a postwar analysis. Hearings, 106. Congress, 1. Session, Washington D.C. April 20. & Sept. 28. & Oct. 6. 1999.

U.S. Congress. Senate. Committee on Commerce, Science and Transportation. Subcommittee on Communications: Media ownership- diversity and concentration. Hearings, 101. Congress, 1. Session, Washington D.C. June, 14. & 21. & 22. 1989.

U.S. Department of the Army: The My Lai Massacre and its cover-up: beyond the reach of law? The Peers Commission Report, New York 1976.

U.S. Department of Defense: Office of the Assistant Secretary of Defense, Public Affairs, News Release No. 450/84, 23. Aug. 1984.

U.S. Department of Defense: Joint Operations Procedures Manual "Annex F. Planning Guidance-Public Affairs", Joint Chiefs of Staff Publication 5-C2.2., March. 30, 1991, Tampa Bay (Florida) 1991.

U.S. Department of Defense: US. CENTCOM Ground Rules for Operation Desert Shield, Version I, undatiert

U.S. Department of Defense: US. CENTCOM Ground Rules for Operation Desert Shield, Version II, undatiert

U.S. Department of Defense: Conduct to the Persian Gulf Conflict: An Interim Report to Congress. "Introduction to the Interim Report by Secretary Dick Cheney", Washington D.C. July 1991

U.S. Department of Defense: Memorandum thru the Deputy Chief of Staff for the Chief of Staff: Public Affairs: Macro Lessons Learned for Operation Desert Shield/ Desert Storm, Riyadh 13. March 1991.

U.S. Department of Defense. Assistant Secretary of Defense (Public Affairs): Review of Panama Pool Deployment. Dec. 1989. Prepared by Fred. S. Hoffman, March 1990, Washington D.C. 1990

U.S. Department of Defense and Department of State: Grenada Documents: An Overview and Selection. Sept. 1984, Washington D.C. 1984.

U.S. Department of State: American Foreign Policy- Current Documents. 1983. Washington D.C. 1985

U.S. Department of State: Western Hemisphere Bulletin.

U.S. Information Service: Grenada: Background and Facts. undatiert

U.S. Information Service: Joint US. State Department and Department of Defense Report on Grenada- A Preliminary Report. Dec. 21. 1983, Washington D. C. 1984

U.S. Information Security Oversight Office: Classified national security information: E.O. 12958 and its implementing directives. Washington D.C. 1995.

U.S. National Archives: Preliminary inventory of the records of the Office of Censorship. Washington D.C. 1953.

U.S. General Accounting Office: Gulf War illness: Management actions needed to answer basic research questions: Report to the Chairman of the Subcommittee on National Security, Veterans Affairs and International Relations. Washington D.C. 2000.

U.S. Office of Censorship: U.S. cable and radio censorship regulations. Washington D.C. 1942.

U.S. Office of Censorship: U.S. censorship regulations. Washington D.C. 1943.

U.S. Office of Censorship: Code of wartime practices for nonmilitary radio services. Washington D.C. 1943.

U.S. Office of Censorship: A Report on the Office of Censorship. Washington D.C. 1945.

Public Papers of Ernest Joseph King, 1908-1966, Archival Manuscript Collection, Washington D.C. , 39 Container, 10.000 Items.

U.S. War Department: Annual Reports 1918 (Bd.1), Washington D.C. 1919.

U.S. Official Bulletin: Bde. 1-2, 1917-1918, Washington D.C. 1918.

Division of Manuscripts:

Papers of George Creel

Papers of Newton D.Baker

Papers of Albert S. Burleson

Papers of William E. Dodd

Papers of Robert Lansing

Veröffentlichte Dokumente und Sammlungen:

AFIS (American Forces Information Service): The Military and The Media, Washington (D.C.) 1991.

Association of the Bar. Committee on Federal Legislation: National Security and The First Amendment: NSDD 84, New York 1984.

British Film Institute: Bosnia by Television, London 1996.

Council for Democracy: Censorship, New York 1942.

Davis, Elmer: War Information and Censorship, Washington D.C. 1944.

Greenpeace Report: Modern War and the Environment, London 1991.

Florida National Guard: Operation Desert Shield/ Desert Storm: Selected Unofficial Documents and Media Reports, St. Augustine (Fla.) 1991.

Freedom Forum Center: Media Perspectives 20 years After The End of The Vietnam War. A Series of International Conferences Conducted in Arlington (VA), Ho Chi Minh City (Vietnam), Hong Kong and Oakland (CA), edited by Chris Wells, New York 1995.

King, Ernest J.: U.S. Navy at War 1941-1945, U.S. Government Printing Office, Washington D.C. 2001 (Reprint).

Library of America. Reporting World War II, New York 1995.

Library of America: Reporting Vietnam: American Journalism, 1959-1975. New York 2000.

Lord Byron Foundation for Balkan Studies: The Kosovo Dossier: A Collection of Essays and Articles, London 1999.

Papers of Ernest J. King, Archival Manuscript Material (Collection), LoC, Washington D.C.

Public Papers of the President of the United States. George Bush. Washington D.C. 1990-1991.

Public Papers of the President of the United States: Lyndon B. Johnson, Washington D.C. 1965-1970.

Public Papers of the President of the United States: John F. Kennedy, Washington D.C. 1962-1964.

Public Papers of the President of the United States: Richard Nixon, Washington D.C. 1970-1975.

Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan, Washington D.C. 1983

Serbian P.E.N. Center: Documents on Civil Rights, The University and Media Laws, the Kosovo Crisis and NATO's Destruction of Serbia, Sept. 1998-Sept. 1999. Belgrad 1999.

Serbian Ministry of Information: The Media War Against the Serbs. Belgrad 1994.

Soldier Speaks; Public Papers and Speeches of the General of the Army Douglas MacArthur, (ed.) Whan, Vorin E., US Military Academy, West Point (N.Y.) 1965.

The Independent Commission of Inquiry: The U.S. Invasion of Panama: the Truth Behind Operation ‚Just Cause‘, Boston 1991.

The Institute of Carribean Studies. University of Puerto Rico. Documents on the Invasion of Grenada. Carribean Monthly Bulletin. Supplement No. I. Rio Piedras 1984.

The International Bank for Reconstruction and Development/ The World Bank: Grenada- Economic Report. A World Bank Country Study, Washington D.C: 1985.

The Intimate Papers of Colonel House, Hrg. Charles Seymour, London 1926.

The Pentagon-Papers: Senator Gravel Edition, 5 Vols., Boston 1971.

The Pentagon-Papers: as published by the „New York Times“, New York 1971.

US Historical Documents Archive, [http:// w3.one.net/](http://w3.one.net/)

The Writings of Thomas Jefferson, The Memorial Edition, 20 Bde., Washington 1903-1904.

Woodrow Wilson: The Public Papers. War and Peace 1917-1924, hrsg. von Baker, Ray Stannard & Dodd, William E. , Bd.1, New York 1920.

Gerichtsurteile, Gesetze, Verfügungen:

Abrams v. United States 260 U.S. 616 (1919)

Debs v. United States 249 U.S. 211 (1919)

Dennis v. United States 341 U.S. 494 (1951)

Pierce v. United States 252 U.S. 239 (1920)

Schenk v. United States 249 U.S. 47 (1919)

Korematsu v. U.S. 323 U.S. 214 (1944)

New York Times v. United States 403 U.S. 713 (1971)

Gilbert v. Minnesota 254 U.S. 325 (1920)

Near v. Minnesota 283 U.S. 69 (1931)

Alien Registration Act, June 1940

Espionage Act, June 15, 1917

War Powers Act, 18. Dec. 1941

Code of War Time Practices, 14. Jan. 1941

Biographien und Autobiographien

Creel, George: How We Advertised America, New York 1920.

Ders.: Rebel at Large, Recollections of Fifty Crowded Years, New York 1947.

Davis, Elmer: But We Were Born Free, Indianapolis 1954.

Johnson, Lyndon B.: The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963-1969, London 1972.

King, Ernest J.: U.S. Navy at War 1941-1945, Government Reprints Press, Washington D.C. 2001.

Kissinger, Henry: The White House Years, London 1979.

McNamara, Robert S.: In Retrospect. The Tragedy and Lessons of Vietnam, New York 1995.

Nixon, Richard: The Memoirs, London 1978.

Powell, Collin: A Soldier's Way, London 1995.

Reston, James: Deadline. A Memoir, New York 1992.

Salisbury, Harrison E.: A Time of Change. A Reporter's Tale of Our Times, New York 1988.

Schwarzkopf, Norman: It doesn't take a Hero, New York 1992.

Stursberg, Peter: The Sound of War: Memoirs of a CBS correspondent. Toronto 1993.

Westmoreland, William C.: A Soldier Reports, New York 1976.

Woodward, Bob: The Commanders, New York 1991.

Interviews des Autoren, Gedächtnisprotokolle

Martin Bohley, International News Source Producer, CNN Atlanta, Okt.1999.

David Paletz, Duke University, (N.C.),Okt.1999.

Ellen Mickewitz, Duke University, (N.C.),Okt.1999.

Susan Tifft, „New York Times“-Biographien, Duke University (N.C.),Okt.1999.

Albert Dalgliesh, Pentagon, Washington D.C.,Okt.1999.

Zeitungen und Magazine:

Atlanta Journal and Constitution

Detroit Free Press

Dagbladet

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

Frankfurter Rundschau

In theseTimes

Le Monde

Minneapolis Star Tribune

New York Daily News

New Republic

Newsday

Newsweek (Jahrgänge 1965-1992)

Politikern

Progressive

Rheinischer Merkur

Spiegel

Sydney Morning Herald

Süddeutsche Zeitung

The Los Angeles Times (Jahrgänge 1962-1970 und 1990-1999)

The News and Observer

The „New York Times“

The Australian

The Boston Globe

Tageszeitung

Time Magazine (Jahrgänge 1961-1999)

The Wall Street Journal (Jahrgänge 1961-1999)

The Washington Post (Jahrgänge 1961-2002)

US. News and World Report

Fachzeitschriften, Agenturen

American Heritage (Jahrgänge 1965-1990)

American Journalism Review

Agence France Presse (AFP)

Armed Forces Journal International

Associated Press (AP)

Bulletin of the Atomic Scientists

California Law Review

Caribbean Monthly Bulletin

Center Magazine

Columbia Journalism Review (Jahrgänge 1961-1992)

Communications and the Law (Jahrgänge 1989-1992)

Congressional Weekly Report

Contemporary Crisis

Daedalus

Deadline (Bulletin of the Center of War, Peace and the News Media)

Deutsche Presse Agentur (dpa)

Editor and Publisher (Jahrgänge 1982-1999)
Encounter (Jahrgänge 1980-1983)
Federal Communications Law Journal
Georgetown Law Journal
International Law and Politics (Jahrgänge 1988-1991)
Index on Censorship (Jahrgänge 1983-1991)
Indiana Law Review
Harvard Law Review
Journal of Communication Inquiry
Journalist
Journalism Monographs
Journalism Quarterly
Mac Lean's
Marine Corps Gazette
Media and Values
Media Studies Journal
Medium (Jahrgänge 1990-1992)
Military and the Media (Jahrgänge 1961-1993)
Military History
Military Media Review
National Journal
Naval War College Review (Jahrgänge 1975-1990)
Naval Institute Proceedings
New York Review of Books (Jahrgänge 1990-1992)

Parameters. Journal of the U.S. Army War College (Jahrgänge 1981-1987)

Policy Review

Political Science Quarterly (Jahrgänge 1984-1987)

Public Opinion Quarterly

Publizistik und Kunst (Jahrgänge 1985-1992)

Quill

Reuters-Text, London

The Army

Temple Law Review

Temple Law Quarterly (Jahrgänge 1984-1986)

The New Jersey Press Association Bulletin

United Press (UP)

United Press International (UPI)

University of Pennsylvania Law Review

U.S. Naval Institute Proceedings (Jahrgänge 1983-1992)

Washington Journalism Review

Western State University Law Review

World Policy Journal (Jahrgänge 1983-1991)

Sind Jahrgangsangaben vermerkt, erfolgte eine systematische Auswahl **aller** Artikel !

Audiovisuelle Dokumente:

ABC News: Nightline: Propaganda Wars (35 Minuten 1 VHS) 17.09.1990.

APTN TV, London

CBS, Archiv, New York

Compton's New Media: USA Wars. Desert Storm. (Computerdisc) 1992.

CNN, Atlanta (Georgia)

Deutsches Rundfunkarchiv: Der Kampf um die Ätherwellen: Feindpropaganda 7.5.1937-10.5.1945 (420 Minuten, 6 Audiokassetten). Frankfurt/Main 1990.

Globalvision Inc: Rights and Wrongs: Panama-truth as Casualty of war (127 Minuten 2 VHS) undatiert.

Lucerne Media: The Universal Video Yearbook. Korea 1950-53 (60 Minuten 1 VHS) 1989.

Reuters TV, London

U.S. Embassy Home Entertainment: Vietnam. The Ten Thousands Day War Vol. 4 (98 Minuten. 1 Laserdisc) Release of the 1980 television Documentary by TDW. undatiert.

Warner New Media: Desert Storm: The War in the Persian Gulf (Computerdisc) Burbank (CA) 1991.

WETA-TV: America Goes to War-The Home Front WW II, Part 6: „Right in the Führer's face“ (30 Minuten 1 VHS) 16.11.1990.

WETA-TV: America Goes to war-The Home Front WW II, Part 2-4 (90 Minuten 3 VHS) undatiert.

WETA-TV: Korea- the Unknown War. Part 2 (60 Minuten 1 VHS) 12.11.1990.

WETA-TV: Vietnam - A Television History (420 Minuten 7 VHS) verschiedene Sendedaten.

Internet-Quellen:

www.airdisaster.com/news/0901/wtc0912/news3.shtml
www.cnn.com
www.cnn.com/2002/ALLPOLITICS/
www.cnn.com/2002/ALLPOLITICS/03/05/bunker.briefing/index.html
www.cnn.com/2002/WORLD/americas/03/03/detainees.hungerstrike/index.html
www.mediachannel.org
www.nara.gov.com
www.nara.gov/nixon/tapes/complete.html
www.nara.gov/nixon/tapes/history.html
www.nara.gov/nixon/tapes/process.html
www.newsroom.de/news/display/print.ctm
www.poynter.org
www.thenation.com
www.welt.de
www.washingtonpost.com
www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A34095-2002Mar4.html
www.washingtonpost.com/wp-srv/national/longterm/watergate/cronology.html

Sekundärliteratur

Monographien, Sammelbände, Dissertationen:

Adams, William C.: Television Coverage of International Affairs, Norwood (N.J.) 1982.

Albarran, Alan B. (ed.): Global Media Economics: Commercialization, Concentration, and Integration of World Media Markets, Ames (Iowa) 1998.

Albersmeier, Franz Josef (Hrsg.): Texte zur Theorie des Films, Stuttgart 1979.

Alexander, Alison: Media Economics. Theory and Practice, Hillsdale (N.J.) 1993.

Allen, Craig: Eisenhower and the Mass Media. Peace. Prosperity and Prime Time TV, Chapel Hill (NC) 1993.

Anderegg, Michael A. (ed.): Inventing Vietnam: The War in Film and Television, Philadelphia 1991.

Arlen, Michael: Living Room War, New York 1982.

Armstrong, David: A Trumpet to Arms: Alternative Media in America, Los Angeles 1981.

Arnett, Peter: Exporting the First Amendment to the World, Tucson (University of Arizona) 1992.

Aronson, Daniel: The Press and the Cold War, Bobbs-Merril (Ind.) 1970.

Aubin, Stephen P.: Distorting defense: Network News and National Security, Westport (CT) 1998.

Aukofer, Frank: America's team - The Odd Couple: A Report on the Relationship between the Media and the Military, Nashville (Tenn.) 1995.

Auletta, Ken: Three Blind Mice, New York 1991.

Bagby, Wesley M.: America's International Relations Since World War 1, Oxford (UK) 1999.

Bagdikian, Ben H.: The Media Monopoly, Boston (Mass.) 1992.

Barnett, Stephen R.: Cross-Ownership of Mass Media in the Same City, Berkeley (Cal.) 1974.

- Baroody, Judith Raine:** Media Access and the Military, Lanham (MD) 1998.
- Barron, Jerome A.:** Freedom of the Press for Whom?, Bloomington (IN) 1973.
- Barsamian, David:** Stenographers to Power: Medias and Propaganda, Monroe (Maine) 1992.
- Bartlett, Jonathan (ed.):** The First Amendment in Free Society, New York 1979.
- Bates, Valery Y.R.:** Change in Television News Graphic Technology and its Impact on Computer Graphics Production for Broadcast News, Washington D.C. 1988
- Batra, Narrain Dass:** A Self-renewing Society: the Role of Television and Communications Technology, Lanham (MD) 1990.
- Baudrillard, Jean:** The Precession of Simulacra, New York 1983.
- Beaubien, Michael P.:** Views on the News: the Media and Public Opinion, New York 1994.
- Beham, Mira:** Kriegstrommeln, München 1996.
- Bergsdorf, Wolfgang:** Die Vierte Gewalt. Einführung in die Politische Massenkommunikation, Mainz 1980.
- Bernhard, Nancy E.:** U.S. Television News and Cold War Propaganda 1947-1960, New York 1999.
- Bernstein, Carl & Woodward, Bob:** All the President's Men, New York 1975.
- Berman, Larry:** Lyndon Johnson's War: The Road to Stalemate in Vietnam, New York 1989.
- Berkman, Ronald:** Politics in the Media Age, New York 1986.
- Bender, Gunnar:** Cross-Media-Ownerships. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Kontrolle multimedialer Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, Münster 1997.
- Bennett, James R.:** Control of the Media in the United States, New York 1992.

Bennett, Lance & Paletz, David L.: Taken by Storm. The Media, Public Opinion and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago (Ill.) 1994.

Birdwell, Michael E.: Das andere Hollywood der dreißiger Jahre - Die Kampagne der Warner Brothers gegen die Nazis, Wien 2000.

Black, Gregory D.: Hollywood Censored: morality codes, Catholics and the movies, Cambridge (UK) 1994.

Ders.: Hollywood goes to war: How Politics, Profits and Propaganda shaped World War II, London 1987.

Blackwell, J. (ed.): US Evidence to the UN Commission of Human Rights, Geneva 1991.

Bodansky, Yossef: Offensive in the Balkans: the Potential for a Wider War as a Result of Foreign Intervention in Bosnia-Herzegovina, London 1995.

Bogart, Leo: Press and Public. Who Reads What, When, Where and Why in American Newspapers, Hillsdale (NJ.) 1988.

Bohlen, Andreas: Die sanfte Offensive, New York 1994.

Boventer, Hermann: Wozu Journalismus?: USA und Deutschland, Frankfurt /Main 1995.

Braestrup, Peter: Big Story: How the American Press and Television Reported and Interpreted the Crisis of Tet 1968 in Vietnam and Washington, 2. Vols., Boulder (CO) 1977.

Braverman, Jordan: To Hasten the Homecoming: How Americans Fought World War II through the Media, Lanham (MD) 1996.

Brinkley, Alan: The Unfinished Nation. A Concise History of the American People, New York 1993.

Brizan, George: Grenada: Island of Conflicts. From Amerindians to People's Revolution 1498-1979, London 1984.

Broder, David: Behind the Front Page, New York 1987.

Broderick, Wilfrid N.: Civil Censorship in the United States During World War II, Kansas City (Ohio.) 1980.

Brown, Charles H.: The Correspondent's War: Journalists in the Spanish-American War, New York 1967.

Buell, Thomas: Master of Sea Power, Boston (Mass.) 1980.

Bürklein, Wilhelm & Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten, 2.Auflage, Opladen 1998.

Burrowes, Reynold: Revolution and Rescue in Grenada- An Account of the U.S. Carribean Invasion, Westport (Conn.) 1988.

Campbell, David: Politics Without Principle: Sovereignty, Ethics and the Narratives of the Gulf War, Boulder (CO) 1993.

Campbell, Douglas S.: The Supreme Court and the Mass Media: Selected Cases, Summaries and Analyses, New York 1990.

Campbell, Geoffrey A.: The Pentagon-Papers: National security versus the Public's Right to Know, San Diego (CA) 2000.

Campbell, Greg: The Road to Kosovo: a Balkan Diary, Boulder (Col.) 1999.

Carter, T. Barton (ed.): The First Amendment and the Fourth Estate: The Law of Mass Media, Westbury (N.Y.) 1997.

Caruthers, Susan L.: The Media at War: Communication and Conflict in the Twentieth century, New York 1999.

Ceplair, Larry: The Inquisition in Hollywood. Politics in the Film Community 1930-1960, Berkeley (CA) 1983.

Cirino, Robert: Don't Blame the People; How Media Use Bias, Distortion and Censorship to Manipulate Public Opinion, Los Angeles 1971.

Chomsky, Noam and Herman, Edward S.: Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media, New York 1988.

Ders.: The New Military Humanism: Lessons from Kosovo, Monroe (ME) 1999.

Ders.: Necessary Illusions: Thought Control in Democratic Societies, Boston (Mass.) 1989.

Ders.: Media Control: the Spectacular Achievements of Propaganda, New York 1997.

Cline, Ray S.: Domestic Security: First and Fourth amendments, Washington D.C. 1985.

Cohen, Bernard C.: The Press and Foreign Policy, Princeton 1967.

Cohen, Warren I. & Tucker, Nancy: Lyndon Johnson Confront the World. American Foreign Policy 1963-1968, Cambridge (UK) 1994.

Cole, Ronald H.: Operation Just Cause: The Planning and Execution of Joint Operations in Panama Feb.1988-Jan.1990, Washington D.C. 1995.

Coleman, Craig S.: American Images of Korea: Korea and Korean as Portrayed in Books, Magazines, Television, News Media and Film, Elizabeth (N.J.) 1997.

Combelles-Siegel, Pascale: The Troubled Path to the Pentagon's Rules on Media Access to the Battlefield: Grenada to Today, U.S. Army War College. Carlisle Barracks (PA) 1996.

Ders.: Target Bosnia, Washington D.C. 1998.

Compaine, Benjamin M.: Who Owns the Media?, Mahwah (N.J.) 2000.

Connaughton, R.M. (ed.): MacArthur and Defeat in the Philippines, New York 2001.

Connor, Steven: Postmodernist Culture: An Introduction to Theories of the Contemporary, Cambridge (Mass.) 1989.

Cooke, Jacob E. (ed.): The Federalists, Middletown (Conn.) 1982.

Cornwell, Elmer E.: Presidential Leadership of Public Opinion, Bloomington (Ind.) 1965.

Cristensen, Terry: Reel Politics. American Political Movies from Birth of Nation to Platoon, New York 1987.

Culbert, David Holbrook: Information Control and Propaganda: Records of the Office of War Information. Frederick (MD) 1987.

Ders.: Film and Propaganda in America: A Documentary History, New York 1990.

Cullen, Maurice R.: Mass Media and the First Amendment: An introduction to the Issues, Problems and Practices, Dubuque (Iowa) 1981.

Cummings, Bruce: War and Television, London 1992.

Cuthbert, Marlene: Journalistic Perspectives on the Grenada Crisis: Media Coverage in the Caribbean, Canada, the United States, and Europe, Kingston 1985.

Curry, Richard Orr (ed.): Freedom at Risk: Secrecy, Censorship and Repression in the 1980s. Philadelphia 1988.

Daalder, Ivo: Winning ugly: NATO's War to Save Kosovo, Washington D.C. 2000.

Davidson, Scott: Grenada- A Study in Politics and the Limits of International Law, Avebury 1987.

Deosaran, Ramesh (ed.): The Grenada File: The Media, Law and Politics, St Augustine (Trinidad) 1989.

Demac, Donna A.: Keeping America Uninformed: Government Secrecy in the 1980's , New York 1984.

Dies.: Liberty Denied: The Current Rise of Censorship in America, New Brunswick (N.J.) 1990.

Denton, Robert: The Media and the Gulf War, Westport (Conn.) 1993.

Dennis Everette E.: Basic Issues in Mass Communication. London 1984
Ders.: The Media at War. The Press and the Persian Gulf Conflict. A Report of the Gannett Foundation. New York 1991.

Desmond, Robert William: Tides of War: World News Reporting 1940-1945, Iowa City 1984.

Devol, Kenneth S.: Mass Media and The Supreme Court: The legacy of The Warren Years. Mamaroneck (N.Y.) 1990.

Diamond, Edwin: The Media Show: The Changing Face of The News, 1985-1990, Cambridge (Mass.) 1991.

Dick, Bernard F.: The Star-Spangled Screen. The American World War II Film, Lexington (VA) 1985.

Dienes, Thomas C.: Newsgathering and the Law, Charlottesville (Va.) 1997.

Dilnawaz, A. Siddiqui (ed.): The Gulf War: Implications for Global Business and Media, Apollo (PA) 1992.

Dippel, Horst: Die Amerikanische Revolution, Frankfurt/Main 1985.

Doherty, Thomas: Projections of War. Hollywood, American Culture and World War II, New York 1993.

Donnelly, Thomas & Roth, Margaret & Baker, Caleb: Operation Just Cause, The Storming of Panama, New York 1991.

Dower, John W.: War Without Mercy. Race and Power in the Pacific War, New York 1986.

Dunham, Corydon B.: Fighting for the First Amendment. Stanton of CBS v. Congress and the Nixon White House, Westport (Conn.) 1997.

Eichhorn, Wolfgang: Agenda-Setting-Prozesse: Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung, München 1996.

Edwards, Sean: Mars Unmasked: The Changing of Urban Operations, Santa Monica (CA) 2000.

Elfenbein, Stefan W.: Die veränderte Rolle der „New York Times“. Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit Veröffentlichung der Pentagon-Papers, Frankfurt/Main 1996.

Ellsberg, Daniel: Papers on the War, New York 1972.

Ellul, Jaques: Propaganda: The Formation of Men's Attitude, New York 1973.

Emery, Edwin and Michael: The Press and America. An Interpretative History of the Mass Media, Englewood Cliffs (N.J.) 1988.

Emery, Edwin: The Press and America. An Interpretative History of Journalism, Englewood Cliffs (N.J.) 1962.

Epstein, Edward J.: Between Fact and Fiction: The Problems of Journalism, New York 1975.

Ewen, Stuart: All Consuming Images. The Politics of Style in Contemporary Culture, New York 1988.

Feldman, Marc D. (Lt. Col. USAF): The Military/Media Clash and the New Principle of War, Thesis Presented to the Faculty of the School of Advanced Airpower Studies, Maxwell Airforce Base, Alabama 1991.

Festinger, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance, Evanston (Minn.) 1957.

Fialka, John: Hotel Warriors: Covering the Gulf War, Washington D.C. 1991.

Fiebig-von Hase, Ragnhild & Lehmkuhl Ursula (eds.): Enemy Images in American History, Providence (RI) 1997.

Fishman, Mark: Manufacturing the News, Austin (Tex.) 1980.

Fiske, John: Television Culture, Routledge (NY) 1987.

Foote, Joe S. (ed.): Live From The Trenches: The Changing Role of The Television News Correspondent, Carbondale (IL) 1998.

Foster, Hal (ed.): The Anti-Aesthetic. Essays on Postmodern Culture. Reprinted as Postmodern Culture, London and Sydney 1985.

Flanagan, Edward M.: Battle for Panama: Inside Operation Just Cause, Washington D.C. 1993.

Flournoy, Don M.(ed.): CNN: Making News in The Global Market, Luton (U.K.) 1997.

Frankenberg, Günter und Rödel, Ulrich: Von der Volkssouveränität zum Minderheitenschutz. Die Freiheit politischer Kommunikation im Verfassungsstaat. Frankfurt/Main 1981.

Franklin, John Hope: From Slavery to Freedom. A History of African Americans, New York 1994 (c1947).

Frey, Marc: Geschichte des Vietnamkriegs, München (3.Auflage) 1999.

Friendly, Fred W.: Due to Circumstances Beyond our Control, New York 1986.

Fromkin, David: Kosovo Crossing: American Ideals Meet Reality on The Balkan Battlefields, New York 1999.

Fulbright, William F.: The Pentagon Propaganda Machine, New York 1970.

Fulbright, William J. (ed.): The Vietnam Hearings, New York 1966.

Gans, Herbert: Deciding What's News. A Study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek and Time, New York 1979.

Gates, Gary Paul: Air Time: The Inside Story of CBS News, New York 1978.

Gelb, Leslie: The Irony of Vietnam: The System Worked, Washington D.C. 1979.

Gies, Joseph: The Colonel of Chicago, New York 1979.

Gilmore, William C.: The Grenada Intervention: Analysis and Documentation, Berlin 1984.

Goulden, Joseph C.: Truth is the First Casualty: The Gulf of Tonkin- Illusion and Reality, Chicago 1969.

Gowing, Nik: Real-time Television Coverage of Armed Conflicts and Diplomatic Crisis, Cambridge (Mass.) 1994.

Greenberg, Bradley S. & Gantz, Walter (eds.): Desert Storm and the Mass Media, Cresskill (N.J.) 1993.

Grey, David L: The Supreme Court and The News Media, Evanston (Ill.) 1968.

Gustainis, Justin: American Rhetoric and The Vietnam War, Westport (Conn.) 1993.

Hacke, Christian: Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1960-1984, Stuttgart 1984.

Halberstam, David: The Best and the Brightest, New York 1972.
Ders.: The Making of a Quagmire, New York 1964.
Ders.: The Powers That Be. New York 1979.

Hall, Stuart: Cultural Representation and Signifying Practices, London 1997.
Ders.: Critical Dialogues in Cultural Studies, London & New York 1996.

Hallin, Daniel C.: The "Uncensored War". The Media and Vietnam. New York and Oxford, 1986.
Ders.: „We keep America on Top of The World“ in: Watching Television, Ed. Tott Gittlin, New York, 1986.

Hammann, Jutta: Nachrichten für das globale Dorf: Entwicklung, Organisation und Arbeitsweise von CNN, Berlin 1994.

Hammond, Philip (ed.): Degraded Capability: the Media and the Kosovo Crisis, London 2000.

Hammond, William M.: Public Affairs: The Military and the Media. Vol.1 (1962-1968) & Vol. 2 (1968-1973), Washington D.C. 1998.

Harpole, Charles (ed.): History of the American Cinema, Vol.6, New York 1993.

Hartwig, Stefan: Konflikt und Kommunikation: Berichterstattung, Medienarbeit und Propaganda in internationalen Konflikten vom Krimkrieg bis zum Kosovo, Münster 1999.

Heideking, Jürgen: Die Verfassung vor dem Richterstuhl. Vorgeschichte und Ratifizierung der Amerikanischen Verfassung 1787-1791, Berlin/New York 1988.

Hemmer, Joseph J.: Communication Law: the Supreme Court and the First Amendment, Lanham (MD) 2000.

Ders.: The Supreme Court and the First Amendment, New York 1986.

Hellman, John: American Myth and The Legacy of Vietnam, New York 1986.

Hentoff, Nat: The First Freedom. The Tumultuous History of Free Speech in America, New York 1980.

Herring, George C.(ed.): The Secret Diplomacy of The Vietnam War: The Negotiating Volumes of the Pentagon-Papers, Austin (Tex.) 1983.

Hersh, Seymour M.: My Lai 4: A Report on the Massacre and its Aftermath, New York 1970.

Ders.: The Price of Power, London 1983

Hertsgaard, Mark: On Bended Knee - The Press and the Reagan Presidency, New York 1988.

Hess, Gary R.: Vietnam and the United States: Origins and Legacy of War, Boston (Mass.) 1990.

Hess, Stephan: The Government/Press Connection. Press Officers and Their Offices, Washington D.C. 1984.

Hiebert, Ray Eldon (ed.): Impact of Mass Media: Current issues, New York 1999.

Hixson, Richard F.: Mass Media and The Constitution: An Encyclopedia of Supreme Court decisions, New York 1989.

Hodgson, Godfrey: America in Our Time, Garden City (N.Y.) 1976.

Hunt, Erling Messer (ed.): America Organizes to Win the War; A Handbook on the American War Effort, Freeport (N.Y.) 1972 [c1942].

Hurwitz, Leon: Historical Dictionary of Censorship in the United States, Westport (Conn.) 1985.

Hutchings, Robert L.: American Policy and the End of the Cold War, Washington D.C. 1997.

Ignatieff, Michael: Virtual War: Kosovo and Beyond, New York 2000.

Imhof, Kurt und Schulz, Peter (Hrsg.): Medien und Krieg. Krieg in den Medien. Zürich 1995.

Irion, Frederick G.: Public Opinion and Propaganda, New York 1952.

Isaacson, Walter: Kissinger. A Biography, New York 1992.

Issenberg, Michael T.: War on Film: the American Cinema and World War I, 1914-1941, Rutherford (Minn.) 1981.

Jackall, Robert (ed.): Propaganda, New York 1995.

James, Daniel: El Salvador: A Case History of U.S. Media Influence Upon Public Attitudes Toward Central America, Washington D.C. 1986.

James, D. Clayton: The Years of MacArthur, Boston (Mass) 1975.

Jansen, Sue Curry: Censorship: The Knot That Binds Power and Knowledge, New York 1988.

Jeffords, Susan (ed.): Seeing Through the Media: The Persian Gulf War. New Brunswick (N.J.) 1994.

Johns, Christina Jacqueline: State Crime, the Media, and The Invasion of Panama. Westport (Conn.) 1994.

Jowett, Garth S. & O'Donnell, Victoria: Propaganda and Persuasion, Beverly Hills (CA) 1986.

Judah, Tim: Kosovo: War and Revenge, New Haven (Mass.) 2000.

Kattenburg, Paul M.: The Vietnam Trauma in American Foreign Policy 1945-1975, New Brunswick (New Jersey) 1980.

Kellner, Douglas: The Persian Gulf TV-War, Boulder (Col.)1992.
Ders.: Television and the Crisis of Democracy, Boulder (Col.) 1990.

Kennedy, William V.: The Military and The Media: Why the press cannot be Trusted to Cover a War, Westport (Conn.) 1993.

Kerbel, Mathew Robert: Edited for Television: CNN, ABC, and the 1992 Presidential Campaign, Boulder (CO) 1994.

Kessler, Lauren: The Dissident Press. Alternative Journalism in American History, Newbury Park (Minn) 1984.

Kinnard, Douglas: The War Managers, Hanover (N.H.) 1977.

Klinkner, Philip: The First Amendment, Eaglewood Cliffs (N.J.) 1991.

Knightley, Philip: The First Casualty, New York 1974.

Knieper, Thomas: Infographiken: Über die Bedeutung von Graphiken in Tageszeitungen und Fernsehen. München 1995.

Kohn, Richard H.: The United States Military under the Constitution 1789-1989, New York 1991.

Koop, Theodore F.: Weapon of Silence, Chicago 1946.

Krippendorf, Ekkehart: Die amerikanische Strategie, Frankfurt/Main 1970.

Kronenberger, Peter: Der Einsatz amerikanischer Kampftruppen in Südvietnam 1965/1966, Münster 1989.

Kunczik, Michael.: Media Giants: Ownership Concentration and Globalisation, Bonn 1997.

Kurland, Philip B.: Free Speech and Association: The Supreme Court and the First Amendment, Chicago 1975.

Kurtz, Howard: Media Circus, New York 1993.

Kutler, Stanley I. (Ed.): The Nixon Tapes. Abuse of Power, New York 1997.

Lake, Anthony (ed.): The Legacy of Vietnam, New York 1976.

Lane, Allen: Keep the Home Fires Burning. Propaganda in the First World War, London 1977.

Lande, Nathaniel: Dispatches from the Front, New York 1996.

LaRose, John: Lessons of the Grenada Revolution, London 1985.

Laswell, Harold Dwight: Propaganda technique in World War I, Cambridge (Mass.) 1971. (c.London 1927).

Leary, William M. (ed.): MacArthur and the American Century: A Reader. Lincoln (Neb.) 2001.

Lefever, Ernest W.: TV and National Defense: An Analysis of CBS News 1972-73, Boston (Va.) 1974.

Leslie, Paul: The Gulf War as Popular Entertainment, Lewiston (NY) 1997.

Leuchtenburg, William E.: Franklin D. Roosevelt and The New Deal 1932-1940, New York 1963.

Leuenberger, Theodor: Kriege um Frieden in Ostasien, Zürich 1973.

Lewis, Gordon: Grenada: The Jewel Despoiled, Baltimore 1987.
Ders.: The Growth of the Modern West Indies, New York 1969.

Link, Arthur S. : Woodrow Wilson. Revolution, War and Peace, Arlington Heights, 1979.

Löffelholz, Martin: Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation, Opladen 1993.

Luebke, Frederick C. : Bonds of Loyalty. German-Americans and World War I, DeKalb, 1974.

Ludes, Peter: Von der Nachricht zur News Show: Fernsehnachrichten aus der Sicht der Macher, München 1993.

MacArthur, John R.: Second Front. Censorship and Propaganda in the Gulf War, New York 1993.

McConnel, Malcolm: Just Cause: the Real Story of America's High-Tech Invasion of Panama, New York 1991.

McCormick, Thomas J.: America's Half Century. United States and Foreign Policy in the Cold War, Baltimore (MD) 1989.

Mc Luhan, Herbert Marshall: The Mechanical Bride: Folklore of Industrial Man, New York 1951.

Maninger, Stephan: Kosovo: eine Frage der Lehre, München 1999.

Martini, John: International Propaganda. Its Legal and Diplomatic Control, University of Minnesota 1958.

Marnell, William H.: The Right to Know: Media and the Common Good, New York 1973.

Marshall, Burke (ed.): The Supreme Court and Human Rights, Washington D.C. 1982.

Mathews, Lloyd J.: Newsmen and National Defense, Washington D.C. 1991.

Matusow, Barbara: The Evening Stars. The Making of the Networks News Anchor, New York 1983.

Mauch, Christof: Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste, Stuttgart 1999.

Mock, James R. & Larson, Cedric: Words That Won the War. The Story of the Committee on Public Information. 1917-1919, Princeton (N.J.) 1939.

Modlewski, Tania: Studies in Entertainment. Critical Approaches to Mass Culture, Bloomington (Ind.) 1986.

Moore, John: Law and the Grenada Mission, Charlottesville (VA) 1984.

Mott, Frank Luther: Journalism in Wartime, Westport (Conn.) 1984 (c1943).

Morris, J.A.: Deadline Every Minute, New York 1957.

Morrison, David: Television and the Gulf War, London 1992.

Mowlana, Hamid: Triumph of the Image, Oxford (UK) 1992.

Moyar, Mark: Phoenix and The Birds of Prey: The CIA's Secret Campaign to Destroy The Viet Cong, Annapolis (MD) 1997.

Mueller, John: War, Presidents and the Public Opinion, New York 1973.

Neuman, Johanna: Lights, Camera, War: Is Media Technology Driving International Politics?, New York 1996.

Newcomb, Horace (ed.): Television - the Critical View, New York 1987.

Nornes, Abe Mark (ed.): The Japan/America Film Wars: World War II Propaganda and its Cultural Contexts, Chur (Schweiz) 1994.

Oberdorfer, Don: Tet, Garden City (N.Y.) 1971.

Ohmstedt, Holger (Diss.): Von der Propaganda zur Public Diplomacy, München 1993.

Olalquiaga, Celeste: Megapolis, Minneapolis (Minn.) 1992.

Olschewski, Malte: Krieg als Show, Wien 1992.

O'Neill, Michael J.: The Roar of The Crowd: How Television and People Power Are Changing The World, New York 1993.

O'Shaughnessy, Hugh: Grenada - An Eyewitness Account of the U.S. Invasion and the Carribean History that Provoked it, New York 1984.

Ottosen, Rune: The Gulf War with the Media as Hostage, Oslo 1991.
Ders.: Media and War Reporting: Public Relations vs. Journalism, Oslo 1992.

Packer, Cathy Lee: Freedom of Expression in the American Military: A Communication Modeling Analyses, New York 1989.

Palmer, Frederic: With my Own Eyes, Bobs-Merill (Ind.) 1934.

Parenti, Michael: Inventing Reality. The Politics of Mass Media, New York 1986.

Parrish, R. & Andreacchio: Schwarzkopf: An Insider's View of the Commander and his Victory, New York 1992.

Patzelt, Werner: Einführung in die Politikwissenschaft, Passau 1992.

Payne, Anthony: Grenada: Revolution and Invasion, New York 1985.

Peterson, H.C.: Propaganda for War, Oklahoma City 1939.

Petritsch, Wolfgang: Kosovo, Kosova: Mythen, Daten, Fakten, Klagenfurt 1999.

Pilat, O.R.: Pegler. Angry Man of the Press, Westport (Con.) 1973.

Ponsonby, Arthur: Falsehood in War Time, London 1928.

Porter, Williams E.: Assault on the Media. The Nixon Years, Ann Arbor (Mich.) 1976.

Postman, Neil: Amusing Ourselves to Death: Public Discourse in the Age of Show Business, New York 1985.

Powers, Thomas: Vietnam: The War at Home, Boston 1984.

Pratkanis, Anthony & Aronson, Elliot: Age of Propaganda, New York 1992.

Pryor, Frederic: Revolutionary Grenada. A Study in Political Economy, New York 1986.

Relyea, Harold C.: The Presidency and Information Policy, New York 1981.

Ricks, Charles W.: The Military-News Media Relationship: Thinking Forward, U.S. Army War College. Carlisle Baracks (PA) 1993.

Roeder, George H.: The censored war: American Visual Experiences During World War II, New Haven (Yale) 1993.

Ronfeldt, David.: In Athena's Camp: Preparing for Conflict in the Information Age, Santa Monica (CA) 1997.

Ross, Stewart: Propaganda, New York 1993.

Rotberg, Robert I.: From Massacres to Genocide: The Media, Public Policy and Humanitarian Crisis, Washington D.C. 1996.

Rubin, Bernard: Big Business and The Mass Media, Lexington (VA) 1997.
Ders.: Media, Politics and Democracy, New York 1971.

Rüb, Matthias: Kosovo: Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, München 1999.

Rudenstine, David: The Day the Presses Stopped. A History of the Pentagon-Papers, Berkeley (CA) 1996.

Sadkovich, James J.: The U.S. media and Yugoslavia, 1991-1995. Westport (Conn.) 1998.

Safire, William: The Press is the Enemy - Nixon and the Media, New York 1975.

Salisbury, Harrison E.: Without Fear or Favour: A Uncompromising Look at the „New York Times“ and Its Times, New York 1980.

Sanders, Michael & Taylor, Philip M.: British Propaganda During The First World War 1914-1918, London 1982.

Sandford, Gregory: Grenada: The Untold Story, London 1984.

Schäfer, Peter und Skorsetz, Ulrike: Die Präsidenten der USA in Lebensbildern, Berlin 1999.

Schell, Jonathan (ed.): The Real War: The Classic Reporting on The Vietnam War, New York 2000.

Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung, Tübingen 1987
Ders.: Medienwirkungsforschung, Tübingen 2002, 2. vollständig überarbeitete Auflage.

Schlesinger, Arthur M.: The Almanac of American History. Revised and Updated Edition, New York 1993.

Schmid, Thomas (Hg.): Krieg im Kosovo, Reinbek 1999.

Schneider, William (ed.): The Military and The Media, Claremont (CA) 1984.

Schoenbrun, David: On and Off the Air, New York 1989.

Schoenhals, Kai: Revolution and Intervention in Grenada, London 1985.

Schumacher, Frank (Diss.): Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland 1945-1955, Trier 2000.

Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Massenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg 1976.

Schulzinger, Robert D.: A Time for War. The United States and Vietnam 1941-1975, Oxford 1997.

Schuster, Detlev: Meinungsvielfalt in der dualen Rundfunkordnung, Berlin 1990.

Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik 1969-1981, München 1982.

Schweitzer, Carl Christoph: Die USA und der Vietnam-Konflikt 1947-1967, Köln 1969.

Schwilk, Heino: Was man uns verschwieg. Der Golfkrieg in der Zensur, Frankfurt/ Main 1991.

Schwoch, James: Media Knowledge: Readings in Popular Culture, Pedagogy and Critical Citizenship, Albany (NY) 1992.

Searle, Chris (ed.): In Nobody's Backyard-Maurice Bishop's Speeches 1979-1983, London 1984.

Sebring, Lewis: The MacArthur Circus, undatiertes Manuskript, Madison (Wisconsin).

Shafer, D. Michael (ed.): The Legacy. The Vietnam War in the American Imagination, Boston (MA) 1990.

Sharkey, Jacqueline: Under Fire- U.S. Military Restrictions on The Media from Grenada to The Persian Gulf, Washington D.C. 1991.

Shawcross, William: Sideshow: Kissinger, Nixon and the Destruction of Cambodia, New York 1979.

Sheehan, Neil: A Bright Shining Lie: John Paul Vann and America in Vietnam, New York and Toronto 1988.

Short, Kenneth R.M.: Film and Radio Propaganda in World War II, Knoxville (TN) 1983.

Sievert, Ron.: Cases and Materials on U.S. Law and National Security, Middleton (CO) 2000.

Sloan, William D.: The Media in America. A History, Northport (AL) 1996.

Smith, Andrew F.: International Conflict and The Media, New York 1997.

Smith, Bruce L.R.: The RAND Cooperation. Wissenschaftliche Politik-Beratung in den USA, Cambridge (Mass.) 1966.

Smith, Hedrick: The Media and the Gulf War, Washington D.C. 1992.

Soley, Lawrence: Radio Warfare: OSS and CIA Subversive Propaganda, New York 1989.

Solomon, Jack: The Signs of Our Time, New York 1988.

Solomon, Michael: US Worldnet Television Hookup, Washington D.C. 1991.

Spieler, Ekkehard: Fusionskontrolle im Medienbereich, Berlin 1988.

Sproule, Michael J.: Propaganda and Democracy. The American Experience of Media and Mass Persuasion, Cambridge (UK) 1997

Steinbeck, John: Once there was a War, London 1959.

Stoler, Peter: The War against the Press: Politics, Pressure and Intimidation in the '80s, New York 1986.

Steffens, Bradley: Censorship, San Diego (CA) 1996.

Stich, H.F.: Civil and Military Censorship During World War II: Postal History. Vancouver (Canada) 1993.

Suess-Kennedy, Sheila: Free Expression in America. A Documentary History, Westport (Conn.) 1999.

Summers, Robert E.: Wartime Censorship of Press and Radio, New York 1942.

Sweeney, Michael S.: Secrets of Victory: The Office of Censorship and the American Press and Radio in World War II, Chapel Hill (NC) 2001.

Squires, James D.: British Propaganda at Home and in the United States from 1914-1917, Cambridge (Mass.) 1935.

Szulc, Tad: The Illusion of Peace. Foreign Policy in the Nixon Years, New York 1978.

Talese, Gay: The Kingdom and the Power, New York 1969.

Taylor, Philip: War and the Media: Propaganda and Persuasion in the Gulf War, Manchester 1992.

Tebbel, John and Watts, Sarah M.: The Press and the Presidency. From George Washington to Ronald Reagan, New York and Oxford 1985.

Thompson, Kenneth W. (ed.): The White House Press on the Presidency-News Management and Cooption, London 1983.

Thompson, Loren B.: Defense Beat: The Dilemmas of Defense Coverage, New York 1991.

Thompson, Marc: Forging War: The Media in Serbia, Croatia and Bosnia-Herzegovina, London 1994.

Thorndike, Tony: Grenada: Politics, Economics and Society, London 1985.

Thrall, A. Trevor: War in The Media Age, Cresskill (N.J.) 2000.

Tribe, Laurence H.: American Constitutional Law, New York 1988.

Tuchman, Gaye: Making News, New York 1978.

Turner, Kathleen J.: Lyndon Johnson's Dual War: Vietnam and the Press, Chicago 1985.

Turow, Joseph: Media Today: An Introduction to Mass Communication, Boston (Mass.) 1999.

Virillio, Paul: Krieg und Kino - Logistik der Wahrnehmung, Frankfurt/Main 1978.

Voss, Frederick: Reporting The War: The Journalistic Coverage of World War II, Washington D.C. 1994.

Wasburn, Philo C.: Broadcasting Propaganda, Westport (CT) 1992.

Ward, Larry Wayne: The Motion Picture Goes to War: The U.S. Government Film Effort During World War I, Ann Arbor (Michigan) 1985.

Warner, John S.: National Security and the First Amendment, Mc Lean (Va.) 1984.

Watson, Bruce (ed.): Operation 'Just Cause' - The U.S. Intervention in Panama, Boulder 1991.

Watkins, John J.: The Mass Media and the Law, Eaglewood Cliffs (N.J.) 1990.

Weimann, Gabriel: Communicating Unreality: Modern media and the Reconstruction of Reality, Thousand Oaks (CA) 2000.

Weinstein, Edwin A.: Woodrow Wilson. A Medical and Psychological Biography, Princeton (N.J.) 1981.

Wells, Alan (ed.): Mass Media and Society, Greenwich (Conn.) 1997.

Westphal, D'Val J.: From the Mai Lai Massacre to the Slaughter of Sarajevo, Albuquerque (NM) 1995.

Wicker, Tom: On Press, New York 1978.

Wiener, Robert: Live from Baghdad: Gathering News at Ground Zero, New York 1992.

Wilkinson, Francis: Essential Liberty: First Amendment Battles for a Free Press, New York 1992.

Willard, Richard K.: National Security and the First Amendment, Chicago 1984.

Winfield, Betty Houchin: FDR and the News Media, Urbana (Illinois) 1990.

Wise, Davis: The Politics of Lying, New York 1973.

Whitman, Sylvia: V is for victory: The American Home Front During World War II, Minneapolis (Minn.) 1993.

Wood, Peter: Television as Dream, New York 1976.

Woodward, Bob: Geheimcode Veil - Reagan und die geheimen Kriege der CIA, München 1987.

Wyatt, Clarence R.: Paper Soldiers: The American Newspapers and the Vietnam War, New York 1993.

Young, Peter R.: The Media and The Military: From the Crimea to Desert Strike, Houndmills (NH.) 1997.

Young, Marilyn B.: The Vietnam Wars 1945-1990, New York 1991.

Zalisk, Robert F. & Zalisk, Eileen: CBS News: An Anecdotal Chronology, (Ms. o.O.)1974.

Zuckmann, Harvey: Mass Communications Law in a Nut Shell, St. Paul (Minn) 1988.

Zumwalt, Ken: The Stars and Stripes. World War II and The Early Years, Austin (Tex.) 1989.